

SCHEIB

Protokoll

*33. Bundesparteitag
20./22. März 1985 · Essen*



Herausgeber:

Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle,
Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Gesamtherstellung:

Weiss-Druck+Verlag GmbH & Co. KG
Industriestraße
5108 Monschau-Imgenbroich
Telefon 0 24 72 / 82 - 0

Bestell-Nr.: **3636**

**33. Bundesparteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands**

Niederschrift

Essen, 19. - 22. März 1985

INHALT	Seite
Eröffnung durch den Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB	7
Wahl des Tagungspräsidiums	13
Beschlußfassung über die Tagesordnung	14
Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission	16
Wahl der Mandatsprüfungskommission	16
Wahl der Stimmzählkommission	16
Grußworte	17, 19, 44, 122, 143
Bericht des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB	22
Bericht des Generalsekretärs der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundesminister Dr. Heiner Geißler MdB	51
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Alfred Dregger MdB	62
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Rudolf Luster MdEP	68
Bericht des Bundesschatzmeisters, Walther Leisler Kiep	73
Bericht der Rechnungsprüfer	79
Aussprache zu den Berichten	80
Entlastung des Bundesvorstandes	94
Bericht der Mandatsprüfungskommission	94
Wahl des Bundesvorstandes	
Bundenvorsitzender	96
Generalsekretär	97
7 Stellvertretende Bundesvorsitzende	98
Bundesschatzmeister	99
20 weitere Mitglieder des Bundesvorstandes	120

Wahl der Rechnungsprüfer	111
Begründung des Leitantrages Frauenpolitik	128
Beratung und Beschlußfassung des Leitantrages Frauenpolitik	153
Sonstige Anträge	230
Beratung und Beschlußfassung des Antrages „Aufschwung in Nordrhein-Westfalen“	250
Schlußwort des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB	272
Anhang	
Beschlußprotokoll	279
Beschlüsse	
Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau	293
Sonstige Beschlüsse	307, 318
„Wir geben Nordrhein-Westfalen wieder eine Zukunft“	313
Foren	
Forum 1: Frauen in Beruf und Familie	321
Forum 2: Frauen im Berufsleben	367
Forum 3: Frauen in Politik und Gesellschaft	413
Forumsdiskussion im Plenum	459
Namenverzeichnis	515

Mittwoch, 20. März 1985

1. Plenarsitzung

Beginn: 10.11 Uhr

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt):
Exzellenzen! Verehrte Gäste aus dem In- und Ausland! Liebe Delegierte und
Gastdelegierte der CDU Deutschlands! Meine sehr verehrten Damen und Herren!
Hiermit eröffne ich den 33. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union
Deutschlands und darf Sie alle sehr herzlich in Essen begrüßen. Ich begrüße sehr
herzlich die in- und ausländischen Gäste, die heute zu uns gekommen sind. Viele
alte, gute Freunde der CDU Deutschlands sind dabei. Herzlich willkommen!

Mein besonderer Gruß gilt dem Oberbürgermeister dieser Stadt, unserem Bundes-
tagskollegen Peter Reuschenbach.

(Beifall)

Wir danken ihm und dem Rat der Stadt, allen Bürgern und auch allen Mitarbeitern der
Stadtverwaltung für die uns gewährte Gastfreundschaft, für die Unterstützung und
die Hilfe, die wir in dieser großartigen Stadt gefunden haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Daß wir uns hier mitten im
Revier treffen, ist zuallererst eine Sympathiekundgebung für die Menschen, die hier
zu Hause sind.

(Beifall)

Das Land an Rhein und Ruhr ist ein Kernland Deutschlands. Von hier gingen nach
der Zerstörung 1945 viele der großen Wiederaufbauleistungen aus für die Bundesre-
publik Deutschland. Einen beachtlichen, einen großen Teil unseres Wohstandes in
den schwierigen Nachkriegsjahren verdanken wir nicht zuletzt den Menschen hier an
der Ruhr, ihrer Arbeit. Ich nenne für viele die Stahlarbeiter und die Kumpel im Revier.

(Beifall)

Heute trägt das Ruhrgebiet besonders schwer an den Folgen der wirtschaftlichen
Krise und des Strukturwandels. Die Menschen, die hier ohne Arbeit sind, sollen
wissen: Wir, die Christlich Demokratische Union Deutschlands, sind mit ihnen
solidarisch.

(Beifall)

Und wir, die CDU, lassen sie im Revier in dieser schwierigen Situation nicht im Stich.
Solidarität ist für uns keine Einbahnstraße.

(Beifall)

Wir wollen, daß sich der wirtschaftliche Aufschwung endlich auch an Rhein und Ruhr
durchsetzt. Weshalb, meine Freunde, soll dieses Kernland unserer Industrienation

nicht die gleiche Energie, nicht die gleiche Dynamik entfalten, wie dies in Berlin unter der Führung der CDU geschehen ist?

(Beifall)

Daß sich der Aufschwung in Nordrhein-Westfalen noch nicht überall entfalten konnte, liegt doch wahrlich nicht daran, daß die Menschen hier weniger arbeiten, weniger ideenreich sind als anderswo. Im Gegenteil: Die Menschen hierzulande warten mit wachsender Ungeduld darauf, daß ihr Leistungsvermögen und ihre Schaffenskraft sich voll entfalten können.

Das Problem, liebe Freunde, sind diejenigen, die hier seit 19 Jahren politische Verantwortung tragen und den notwendigen Strukturwandel verschlafen haben.

(Beifall)

Wer hier lebt, wer hier arbeitet, der zahlt schon viel zu lange die Zeche für die verfehlte Politik der 70er Jahre.

(Beifall)

Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen haben versagt. Sie haben ihren wichtigsten Auftrag nicht erfüllt: vor allem auch die Zukunft des Ruhrgebiets zu sichern. Heute zeigt man dann hier auf den Bund und auf die Bundesregierung, aber auch die Bürger in Nordrhein-Westfalen haben nicht vergessen, wer in Bonn bis zum Oktober 1982 regiert hat, welche Erblast wir übernommen haben.

(Beifall)

Liebe Freunde, das Revier braucht wieder Zuversicht. Es ist auch hier Zeit für einen neuen Anfang, für Wandel und Erneuerung.

Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde, hinter uns liegen die wichtigen Wahlen in Berlin, an der Saar und in Hessen.

Wir alle wissen aus der Erfahrung der Bundesrepublik in den letzten 35 Jahren, daß solche Zwischenwahlen für die, die in Bonn die Regierungsverantwortung tragen, immer besonders schwierig sind. Gerade vor diesem Hintergrund ist unser Glückwunsch für Eberhard Diepgen und die Berliner Freunde um so herzlicher, um so deutlicher.

(Beifall)

Wir sind gemeinsam mit unseren Berliner Freunden auf diesen Erfolg in Berlin besonders stolz, weil ja jeder von uns weiß, daß Berlin mit seiner Wählerschaft nach Tradition und Geschichte zunächst keine CDU-Hochburg ist. Wir alle wissen, daß dieser Erfolg in Jahren hart erarbeitet, in Jahren mühsam erkämpft wurde. Wir sind auf diesen Erfolg auch besonders deswegen stolz, weil uns gerade in dieser größten deutschen Stadt so viele Arbeitnehmer das Vertrauen ausgesprochen haben.

Meine Freunde, wenn die CDU im Wedding den früheren Wahlkreis von Karl

Liebknecht und später von Willy Brandt direkt gewinnen konnte, ist das ein großartiges Ergebnis.

(Beifall)

Die Wähler in Berlin haben die Dynamik des wirtschaftlichen Aufschwungs, haben ihre Zukunft erkannt. In Berlin konnten wir Zukunftshoffung und Zuversicht vermitteln.

Das gleiche ist uns leider an der Saar nicht gelungen. Die schwierigen regionalen Verhältnisse und die großen strukturellen Probleme wurden uns bei dieser Wahl angelastet, weil wir eben Regierungspartei waren. Aber auch hier gilt, daß unsere Freunde aus der Saar-CDU hart gearbeitet haben, einen Wahlkampf voll kämpferischen Mutes geführt haben. Zur Mehrheit fehlten uns, wie Sie wissen, im Regierungsbündnis letztlich nur knapp 13 000 Stimmen.

Daß wir an der Saar keinen Erfolg hatten, bedrückt uns alle, schmerzt uns alle. Aber, meine lieben Freunde, auch das will ich in dieser Stunde sagen, und zwar auch ganz persönlich zu Werner Zeyer, der heute wegen einer ärztlichen Untersuchung nicht bei uns sein kann: Wir feiern nicht nur Siege gemeinsam, wir lassen einander auch in der Niederlage nicht im Stich. Ich will ihm meinen besonderen freundschaftlichen Respekt und meine herzliche Verbundenheit aussprechen.

(Beifall)

Ich weiß aus meiner eigenen politischen Lebenserfahrung, was es heißt, knapp zu verlieren. Und gerade weil ich dies weiß, möchte ich unseren Freunden an der Saar zurufen, daß sie gemeinsam mit uns den Blick nach vorne richten.

(Beifall)

In Hessen hat sich das Ergebnis der Landtagswahlen aus dem Jahre 1983 jetzt auch auf die Rathäuser übertragen. Die Stimmenverluste sind für uns besonders schmerzlich, vor allem auch weil wir wissen - ich weiß dies, da ich selbst aus der Kommunalpolitik komme -, daß unsere Freunde großartige Arbeit in vielen Rathäusern geleistet haben. Ich weiß, was es bedeutet, wenn dann am Wahltag die Ernte nicht eingebracht werden kann, weil andere, auch übergeordnete Elemente beim Wähler dagegen gesprochen haben, weil die Kampagne gegen die eigene Arbeit gelaufen ist.

Um so großartiger, meine Freunde, ist das Abschneiden von Walter Wallmann in Frankfurt, der wiederum die absolute Mehrheit erreicht hat.

(Beifall)

Daß wir in großen deutschen Städten, Städten, die noch vor weniger als einem Jahrzehnt als unregierbar galten - Berlin wie auch Frankfurt - die klare Mehrheit und den Wählerauftrag erhalten konnten, zeigt, wie wichtig gute Kommunalpolitik ist.

Liebe Freunde, aus den Ergebnissen vom 10. März ergeben sich wichtige Hinweise auf die Entwicklung der Parteienlandschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Es ist offenbar, daß sich die FDP konsolidiert hat. Im Blick auf die Wahlen hier in Nordrhein-Westfalen und im Blick auf die Bundestagswahl von 1987 können wir das

nur begrüßen. Die Koalition der Mitte hat dadurch und durch vieles andere an Stabilität gewonnen. Wir können - und lassen Sie mich das offen aussprechen - damit auch unter Koalitionspartnern auf mancherlei unnötige und ärgerliche Nervosität verzichten. Je einiger sich FDP, CSU und CDU sind, desto größer ist das Vertrauen der Bürger in unsere gemeinsame Politik, in die Politik der Koalition der Mitte.

(Beifall)

Liebe Freunde, in einer Koalition kann man nur gemeinsam gewinnen und gemeinsam verlieren. Wer glaubt, sich auf Kosten des Partners profilieren zu müssen, wird immer verlieren.

(Beifall)

Die Koalition der Mitte hat in diesen knapp 30 Monaten gute Arbeit geleistet. Wir werden auf diesem Weg voranschreiten, und wir haben alle Chancen, im Februar 1987 die Bundestagswahl zu gewinnen, erneut einen eindeutigen Wählerauftrag zu erringen.

Aber, liebe Freunde, die Wahlen haben auch gezeigt - lassen Sie mich das klar und ohne Schnörkel aussprechen -, daß wir, die CDU Deutschlands, keine Stimmen zu verschenken haben

(Beifall)

und daß wir bei allen Wahlen, ob bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, ob bei den Landtagswahlen im nächsten Jahr, ob bei der Bundestagswahl 1987, um jede Stimme kämpfen müssen und um jede Stimme kämpfen werden.

(Beifall)

Und, liebe Freunde, wir werden mit großem Interesse verfolgen, welche Konsequenzen die Sozialdemokraten aus ihrem Wahlerfolg an der Saar ziehen. Wir müssen damit rechnen, daß sich jetzt die Verfechter eines klaren Linkskurses endgültig durchsetzen werden.

Deshalb müssen wir jene Wähler der Mitte, vor allem aus der Arbeitnehmerschaft, für uns gewinnen, die eben nicht Utopien, sondern eine sichere Zukunft anstreben. Dies ist gerade mit Blick auf die Wahlen in Nordrhein-Westfalen entscheidend. Der Wahlausgang - lassen Sie sich nichts anderes einreden - ist zur Stunde offener denn je.

(Beifall)

Den Grünen geht sichtbar der Atem aus, und alle Daten zeigen, daß die FDP die 5%-Hürde wieder überspringen kann.

Es geht jetzt darum, daß wir hier - und „wir“ heißt: alle unsere Mitglieder, Freunde, Mandatsträger, Funktionsträger in Nordrhein-Westfalen und mit ihnen die ganze CDU Deutschlands - in diesen Wochen an Rhein und Ruhr, in Nordrhein-Westfalen, um jede Stimme kämpfen.

(Beifall)

Und es ist für mich selbstverständlich - aber lassen Sie es mich noch einmal betonen -, daß ich als der Vorsitzende der Partei sowie alle Freunde in der Parteiführung sich mit ganzer Kraft hier engagieren werden.

Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, wir werden uns bei diesem Parteitag ganz besonders mit den Chancen der Frauen in unserer Gesellschaft befassen. Wir werden dieses Thema nicht akademisch diskutieren. Hier geht es schließlich um den Lebensalltag in unserem Land, um die Stellung von Frauen als Mutter und im Beruf, um die Stärkung der Familie, um die Partnerschaft zwischen Mann und Frau, um Ausbildungschancen für junge Mädchen und um die Probleme älterer Frauen.

Unsere Gesetze schreiben gleiches Recht für alle vor. Aber jeder weiß: Im Alltag ist noch viel nachzuholen. Es ist höchste Zeit, daß das Notwendige geschieht. Wir wollen morgen die Probleme und Fragen mit Frauen aus ganz unterschiedlichen Lebensbereichen, mit Vertreterinnen vieler Frauenverbände - und sicher auch bei sehr unterschiedlichen Meinungen - diskutieren. Es geht uns im Gespräch mit ihnen um mehr als um Leitsätze der Beschlüsse.

Der morgige Tag ist nach meinem Verständnis auch ein Tag der Offenheit, der Aufgeschlossenheit und der Fähigkeit zum Zuhören in der CDU Deutschlands.

(Beifall)

Wir werben als CDU um die Mitarbeit von Frauen. Für die moderne Gesellschaft mit menschlichem Gesicht - und das ist ja das Ziel unserer Gesellschaftspolitik - brauchen wir diesen Beitrag.

Und, meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, ich bin sicher, daß uns dieser Parteitag ähnlich viele Anregungen geben wird, wie es 1981 auf dem Jugendparteitag in Hamburg möglich war.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben Freunde, wenn wir von unserer Partei, der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, sprechen, so sprechen wir nicht von irgendeinem Interessenverband. Für uns ist diese Partei immer auch politische Heimat für den einzelnen. Viele von uns haben in unserer Gemeinschaft Freundschaft und Kameradschaft in vielen Jahren, ja Jahrzehnten erfahren, nicht zuletzt und vor allem mit jenen, die vor uns und mit uns für unsere gemeinsamen Ideale gearbeitet haben und die heute nicht mehr unter uns sein können.

Einer guten Tradition unserer Parteitage entsprechend, gedenken wir zu Beginn eines jeden Parteitags der Freunde, die seit unserem letzten Treffen von uns gegangen sind.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen)

Ich habe mir erlaubt, Ihnen zu diesem Tag eine Ehrenliste unserer Toten vorzulegen.

Ich möchte aus der Reihe der Toten einen heimgegangenen Freund in Dankbarkeit besonders hervorheben. Ich spreche von Karl-Heinz Bilke, geboren 1934 und im September 1984 im Alter von 50 Jahren gestorben.

Er diente unserer Partei in vielfältigen Funktionen viele Jahre hindurch als hauptamt-

licher Mitarbeiter, von 1973 bis 1978 als Bundesgeschäftsführer der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

Wir danken ihnen und allen Verstorbenen für ihren Dienst an unserer Idee, für ihr Mittun, für ihre Hingabe.

Liebe Freunde, wir wollen unseren Toten ein stilles Gebet widmen. -

Ich danke Ihnen.

In wenigen Wochen, im Juni dieses Jahres, können wir den 40. Geburtstag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands feiern. Wenige Wochen nach dem Ende des Kriegs und dem Zusammenbruch der Diktatur fanden sich in Berlin und im Rheinland Männer und Frauen zur Gründung der Union zusammen. In vielen anderen Regionen der späteren Bundesrepublik Deutschland folgten weitere Gründungen.

Aus diesen ersten, fast zaghaften Anfängen wurde die Union zur stärksten politischen Kraft in der Bundesrepublik Deutschland.

Ich freue mich ganz besonders, daß ich heute einige Mitglieder begrüßen und zu Beginn der Nachmittagssitzung in besonderer Weise würdigen darf, die von Anfang an, seit 40 Jahren mit dabei waren. Ich darf Ihnen danken für den großartigen Dienst an unserer Sache.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir können heute sagen, daß das mutige Experiment der Gründung einer großen Volkspartei gelungen ist. Die Union hat damit einen ganz entscheidenden Beitrag zur Stabilität der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland geleistet.

Ein entscheidender Anstoß zur Gründung der CDU kam - das will ich immer wieder sagen, auch und gerade unseren jüngeren Freunden - aus der Erfahrung im Widerstand gegen die totalitäre Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten. Viele von denen, die unsere Partei gründeten und aufbauten, hatten in jener Zeit ihr Leben eingesetzt. Von den 35 Unterzeichnern des Berliner Gründungsaufrufs waren 17 in den Gefängnissen und Konzentrationslagern des Dritten Reiches gewesen; zwei kamen aus den Todeszellen in Plötzensee.

Am 11. Januar 1945 war Andreas Hermes vom Blutgericht Roland Freislers zum Tode verurteilt worden. Kaum ein halbes Jahr später, im Juni 1945, wurde er zum ersten Vorsitzenden der Berliner Gründung der Christlich Demokratischen Union Deutschlands gewählt. Nach seiner Befreiung aus der Todeszelle erfüllte Andreas Hermes mit seinem Engagement für die Union auch den Auftrag hingerichteter Freunde und Weggenossen wie Eugen Bolz, Bernhard Letterhaus, Nikolaus Gross und Josef Wirmer.

Liebe Freunde, gerade hier in Essen schauen wir auch zurück auf die Gründung der CDU im Rheinland. Das Kölner Programm vom Juni 1945 spricht einen ganz wesentlichen Grundsatz künftiger Politik der Union an: gegen jede totalitäre Versuchung von links oder rechts wachsam zu sein.

Im Blick auf den 40. Jahrestag des 8. Mai 1945 im Jahre 1985 war es und ist es unsere Überzeugung, daß, wie es in diesem Programm von 1945 heißt, „die Politik der Gewalt und des Krieges nicht nur eine Versündigung am eigenen Vaterland, sondern auch ein Verbrechen an der Menschheit ist. Deutschland muß führend sein in der Verwirklichung der Sehnsucht der Völker nach einem ewigen Frieden.“

Das war, das ist und das bleibt ein zentraler Grundsatz christlich-demokratischer Politik!

(Beifall)

Liebe Freunde, von Anfang an ist es uns gelungen, unsere Wähler zu überzeugen und die Partei in diesen 40 Jahren weiter auszubauen. Ich will das am Beispiel des Landesverbandes, dessen Gast wir heute sind, zeigen: Hier im Rheinland waren es Ende 1945 rund 6 000 Mitglieder. Ein Jahr später, im Dezember 1946, hatte sich die Zahl verzehnfacht. Heute ist der rheinische Landesverband der mit Abstand größte Verband unserer Partei.

Nordrhein-Westfalen ist - lassen Sie mich das noch einmal sagen - kein Stammland der SPD. Es war vor allem auch die CDU, die nach dem Krieg und dem Zusammenbruch diesem Land einmal die Chance gegeben hat, wirtschaftlich die Nummer 1 in Deutschland zu werden. Heute hoffen die Menschen, die hier leben, auf eine neue Chance, die im letzten Jahrzehnt von den Sozialdemokraten verspielte Spitzenposition wieder zurückzugewinnen. Wir werden gemeinsam mit unseren Freunden an Rhein und Ruhr mit ganzer Kraft dafür kämpfen, daß dieses Land diese Chance erhält.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir treten damit in die Tagesordnung ein.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 2 auf:

WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS

Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt liegt in Ihren Unterlagen.

Werden über diese Vorlage hinaus Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Dann komme ich zur Abstimmung. Wer der Vorlage seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist einstimmig so beschlossen.

Ich darf unseren Tagungspräsidenten, unseren Freund Bernhard Worms, bitten, die Geschäftsleitung zu übernehmen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Worms, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens der Mitglieder des Tagungspräsidiums bedanke ich mich sehr für das Vertrauen. Wir versprechen Ihnen, daß wir alle Verhandlungen des Bundesparteitagordnungsgemäß, fair und zügig leiten werden.

Meine Damen und Herren,

ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 3 auf:

BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE TAGESORDNUNG

Die Tagesordnung selbst ist Ihnen mit der Einladung zum 33. Bundesparteitag zugegangen. Sie liegt mit dem Programm und den organisatorischen Hinweisen in den Tagungsunterlagen vor.

Ich bitte Sie um Ihr Einverständnis mit diesem Vorschlag. Wer mit der vorgeschlagenen Tagesordnung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Tagesordnung ist einstimmig beschlossen worden.

Der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 4. Februar 1985 beschlossen, dem Bundesparteitag folgenden Antrag vorzulegen:

Der 33. Bundesparteitag erklärt sein Einverständnis damit, daß alle bis Montag, den 4. März 1985, 24 Uhr, in der Bundesgeschäftsstelle der CDU eingegangenen Anträge als fristgemäß im Sinne des § 5 Abs. 1 der Geschäftsordnung der CDU angesehen werden.

Meine Damen und Herren, wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Nun darf ich einige geschäftsleitende Bemerkungen zum zeitlichen Ablauf der heutigen Plenarsitzung machen. Wir werden im Verlauf der zweiten Plenarsitzung am Nachmittag die Neuwahlen des Bundesvorstandes zu erledigen haben.

Für Vorschläge zur Wahl des Vorstandes können nach § 12 Abs. 5 der Geschäftsordnung Meldefristen für die Wahl der Mitglieder des Bundesvorstandes vom Bundesparteitag auf Vorschlag des Tagungspräsidiums beschlossen werden. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, die Frist zur Einreichung von Kandidatenvorschlägen für die Wahl zum Bundesvorstand auf heute, 20. März 1985, 14.00 Uhr festzulegen.

Das Tagungspräsidium weist darauf hin, daß nach § 12 Abs. 4 der Geschäftsordnung Kandidatenvorschläge für die Wahl der Mitglieder des Bundesvorstandes nur schriftlich gemacht werden können. Eine Aufstellung aller bis zum 18. März 1985 eingegangenen Kandidatenvorschläge liegt Ihnen, meine Damen und Herren, vor. Für diese Kandidaten erübrigt sich eine weitere Nominierung.

Weiter schlagen wir Ihnen vor, daß wir für die Einreichung von Initiativanträgen, die von 30 stimmberechtigten Delegierten unterschrieben sein müssen, die Frist für alle Anträge zu den Tagungsordnungspunkten 21 und 22 auf heute, Mittwoch, 20. März 1985, 18.00 Uhr festlegen.

Wer mit diesen Fristen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einen gesonderten geschäftsmäßi-

gen Hinweis geben, den Sie bitte unbedingt beachten wollen. Die Initiativanträge werden im Tagungsbüro in das Textverarbeitungssystem geschrieben und auf einem entsprechenden Antragsformular mit dem Vordruck für 30 Unterschriften ausgedruckt. Delegierte, die einen Initiativantrag unterstützen, werden gebeten, zur Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Anträge die auf der Stimmkarte angegebene Delegiertennummer bei der Unterschrift anzugeben, damit die Rechtmäßigkeit der Unterschrift an Hand der Delegiertenliste festgestellt werden kann. Nach Vollzug der 30 Unterschriften sind die Initiativanträge beim Tagungspräsidium an der Bühne abzugeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu Beginn unseres Parteitages ist es mir eine besondere Freude, in Ihrem Namen zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland willkommen zu heißen. Sie alle begrüße ich herzlich. Ich bitte gleichzeitig um Nachsicht, wenn ich angesichts Ihrer großen Zahl von einer namentlichen Begrüßung absehen muß.

(Vereinzelt Beifall)

Den Teilnehmern des Parteitages liegt eine ausführliche Gästeliste vor. Wir freuen uns über den Besuch unserer Gäste und danken ihnen alle für das Interesse, das sie unserer Arbeit und der Arbeit unseres Parteitages entgegenbringen.

(Beifall)

Lassen Sie mich bei der namentlichen Begrüßung nur wenige Ausnahmen machen. Ich begrüße in unserer Mitte mit besonderer Herzlichkeit die Gattin unseres Bundesvorsitzenden, Frau Hannelore Kohl.

(Beifall)

Liebe Frau Kohl, der Blumenstrauß, der Ihnen gerade überreicht wird, soll ein Zeichen unseres Dankes an Sie sein, weil Sie mit soviel Charme und soviel Liebenswürdigkeit an der Seite Ihres Mannes für unser Land und für unsere Partei arbeiten.

(Beifall)

Ich freue mich herzlich über die Anwesenheit unseres Ehrenvorsitzenden, Altbundeskanzler Kurt Georg Kiesinger.

(Beifall)

Unser früherer Bundesvorsitzender Dr. Rainer Barzel hat sich für den heutigen Parteitag entschuldigen müssen. Wir wünschen ihm von dieser Stelle aus gute Gesundheit und beste Genesung.

(Beifall)

Dann möchte ich sicherlich im Namen von Ihnen allen einer Dankespflicht nachkommen. Ich danke dem Bischof von Essen, Dr. Franz Hengsbach, und dem Stadtsuperintendenten des Kreises Essen, Dr. Jürgen Regul, für die Durchführung des ökumenischen Gottesdienstes heute morgen in der St.-Ludgerus-Kirche.

(Beifall)

Für unsere Schwesterpartei, der Christlich-Sozialen Union, begrüße ich in unserer Mitte den Bundesminister Dr. Werner Dollinger.

(Beifall)

Für die ausländischen Gäste begrüße ich besonders herzlich den Vorsitzenden des Nationalrats unserer Schwesterpartei, der italienischen Democrazia Cristiana, unseren alten Freund, Herrn Flaminio Piccoli.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich komme damit zum TAGESORDNUNGSPUNKT 4:
BESTÄTIGUNG DER VOM BUNDESVORSTAND EINGESETZTEN ANTRAGS-
KOMMISSION

Die Vorlage liegt Ihnen vor. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um Erheben der Stimmkarte. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Die Antragskommission trifft sich zu ihrer Sitzung am Donnerstag, dem 21. März, 12.00 Uhr im Konferenzraum A im Messehaus.

Nun, meine Damen und Herren, komme ich zum TAGESORDNUNGSPUNKT 5:

WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand schlägt dem 33. Bundesparteitag folgende Mandatsprüfungskommission vor: Günter Meyer als Vorsitzender, Hans Terlinden und Karl Schumacher als Beisitzer. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um Erheben der Stimmkarte. - Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Es ist so beschlossen.

Die Mandatsprüfungskommission wird ihren Bericht bei der 2. Plenarsitzung am heutigen Nachmittag geben. Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden gebeten, sich um 15.00 Uhr im Büro der Organisationsleitung, Zimmer 217, zu ihrer Sitzung einzufinden.

Ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 6 auf:

WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

Der Vorschlag des Bundesvorstands für die nach § 10 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu wählenden Stimmzählkommission liegt Ihnen vor. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um Erheben der Stimmkarte. - Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Es ist so beschlossen.

Die Mitglieder der Stimmzählkommission treffen sich zu einer Vorbesprechung um 15.30 Uhr im Sitzungszimmer der Stimmzählkommission auf der Eingangsebene, Raum E 1.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

GRUSSWORTE

Zu einem Grußwort erteile ich das Wort für die gastgebende Stadt Essen an Herrn Oberbürgermeister Reuschenbach.

(Beifall)

Reuschenbach, Oberbürgermeister der Stadt Essen: Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Namen der Stadt und der Messe Essen heiße ich Sie willkommen. Es ist gewiß kein Zufall, daß innerhalb von zehn Monaten die beiden großen Parteien der Bundesrepublik Deutschland hier in dieser Halle ihren Bundesparteitag durchführen. Von gewissen politischen Erwägungen abgesehen, die ich verstehe, findet man hier in Essen, in der Messe und in der Grugahalle, offenkundig ideale Voraussetzungen für solche Großveranstaltungen. Insofern ist der Tagungsort Essen für Sie bestimmt eine gute Wahl. Ich bin sicher, daß Sie am Ende Ihres Parteitages diese Einschätzung teilen.

Essen und die Region können von Veranstaltungen dieser Art nur profitieren. Ich meine damit nicht nur vollbesetzte Hotels, gut frequentierte Gaststätten und zufriedene Taxifahrer. Ich denke eher an das Aha-Erlebnis z.B. der Bayern oder der Hamburger, wenn sie ihr Bild vom Revier nun mit der Wirklichkeit vergleichen.

Sie werden sehen, daß in dieser Region zwischen Dortmund und Duisburg keine verfallende Industrieregion ihr Bild zeigt, sondern daß das ein Raum mit hervorragender Infrastruktur und pulsierendem Leben ist. Diese Region ist keine Steinwüste, sondern eine von Parks, Wald, Sport- und Freizeitstätten durchsetzte moderne Städtelandschaft. Das ist keine Region allein der Arbeit, sondern - wie die UNESCO festgestellt hat - die dichteste und vielfältigste Kulturlandschaft.

Die Menschen sind weder kleinmütig noch schlafmützig, sondern selbstbewußt und zukunftsorientiert.

Insbesondere die Kommunalpolitiker unter Ihnen werden aber verstehen, daß ich trotz dieser Vorrede einige für diese Region bedeutsame Fragen aufwerfe, mit denen sich die politisch Verantwortlichen in dieser Zeit auseinandersetzen haben, und zwar unabhängig vom jeweiligen parteipolitischen Standpunkt.

Es kann niemanden gleichgültig lassen, daß zwischen Dortmund und Duisburg 12 bis 15 % derer, die arbeiten können und arbeiten wollen, arbeitslos sind. Eine Region, die allein in zwei bisher stark dominierenden Branchen in diesen Jahren rund 40 000 Arbeitsplätze verliert, zu denen noch einmal eine ähnlich hohe Arbeitsplatzverlustzahl in der Zulieferwirtschaft hinzukommt, braucht zusätzliche Investitionen für Modernisierungsimpulse, um auch nur annähernd einen Ausgleich schaffen zu können.

Im Ruhrgebiet ist man dem Herrn Bundespräsidenten für seine Mahnung, die er am letzten Sonnabend bei seinem Besuch in Essen wiederholt hat, dankbar, das Revier, seine Umstrukturierung und seine Umweltprobleme, als eine nationale Aufgabe zu betrachten.

Ich habe auch gelesen, daß sich nun die Bürgermeister, die im Revier der CDU angehören, zusammentun, um für das Ruhrgebiet - wie mein Vertreter im Amt es formulierte - in Bonn zu streiten. Dazu ist es nie zu spät.

Natürlich wollen und müssen die Städte in ihrer Region ihren Teil zur Stabilisierung

der Beschäftigungslage beitragen. In Wirklichkeit aber sind sie an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Rapide steigende Sozialaufwendungen - insbesondere für zunehmende Dauerarbeitslosigkeit -, hohe Aufwendungen für den Umweltschutz und die Beseitigung von Industrieanlagenlasten sowie eine von verschiedenen Seiten verlangte Steigerung der Investitionsausgaben zugunsten des heimischen Arbeitsmarktes - das ist die Quadratur des Kreises.

Auch der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel hat vor wenigen Monaten davor gewarnt, die Kommunen finanziell gesundzurechnen und zu sagen, die zusammengestrichenen Investitionshaushalte der Städte seien ein Zeichen für Gesundheit. Der Verfall der kommunalen Investitionen hat schlimme Folgen für die Beschäftigungspolitik. Rund zwei Drittel der öffentlichen Investitionen werden von den Gemeinden getätigt. Die Kommunalinvestitionen sind von 1982 bis 1985 real um 30 % gesunken. Es tut sich eine gewaltige Investitionslücke auf, obwohl doch der Investitionsbedarf vor Ort kaum geringer geworden ist.

Über akute Entlastungen hinaus, die fällig sind, kann Abhilfe nur eine durchgreifende Verbesserung des Gemeindefinanzsystems schaffen. Zu einer selbstverwaltungs-gerechten Finanzausstattung gehört das Festhalten an der Gewerbesteuer als bewährter Bestandteil des kommunalpolitischen Steuersystems oder eine gleichwertige, sichere Einkommensquelle für die Städte und Gemeinden. Man kann dem derzeitigen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium ja nur beipflichten, wenn er feststellt, daß die Selbstverwaltung verkümmern müßte, wenn den Kommunen die zur Erfüllung ihrer Aufgaben nötigen Finanzmittel nicht zur Verfügung stehen.

Es ist eine Binsenweisheit, und es gehört keine prophetische Gabe zu der Behauptung, daß letzten Endes in den Städten und Gemeinden über die Stabilität unserer staatlichen und sozialen Ordnung entschieden wird.

Die Zeiten, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind nicht so, daß sich ein solches Willkommen mit ein paar unverbindlichen Freundlichkeiten und etwas Lokalkolorit begnügen könnte. Sie haben einen Anspruch darauf zu erfahren, womit sich die Stadtparlamente im Revier Tag für Tag und Woche für Woche abmühen. Vor diesem Hintergrund ist es schon ein kleines Wunder, daß die Sozialorganisationen, die Verbände der Wirtschaft und der Bund der Steuerzahler den Städten an der Ruhr optimales Handeln attestieren.

Parteitage haben vor allem den Zweck, Weichen für die Zukunft zu stellen. Eben weil Sie sich mit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zukunft befassen werden und befassen müssen, bitte ich Sie, in diesen Tagen und darüber hinaus den Zukunftsaufgaben der Kommunen Ihre ganze Aufmerksamkeit zu schenken. Solche Aufmerksamkeit werden Sie in diesen Tagen seitens der Stadt und der Messe erfahren.

Hier werden wir Ihnen ein guter Gastgeber sein.

Glück auf!

(Beifall)

Norbert Königshofen, Tagungspräsidium: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reuschenbach, wir danken Ihnen, der Stadt Essen und ihren Bürgern noch einmal

für die freundliche Aufnahme und Ihnen für Ihr Grußwort.

Wir teilen mit Ihnen die Sorge um die Kommunen, wissen wir doch alle, wie stark die Politik früherer Regierungen zuletzt auch die Gemeinden belastet hat. Diese schlimme Erblast wirkt weiter fort.

(Beifall)

Wir freuen uns daher um so mehr, daß wir jetzt eine Regierung haben, deren Politik sich insgesamt positiv auch auf die Gemeinden auswirkt.

(Beifall)

Wir hoffen, daß diese gemeindefreundliche Politik demnächst auch im Land Nordrhein-Westfalen ihre Ergänzung findet.

(Beifall)

Zu einem weiteren Grußwort erteile ich das Wort dem Vorsitzenden des gastgebenden Landesverbandes, unserem Freund Dr. Bernhard Worms.

Dr. Bernhard Worms (mit Beifall begrüßt): Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, lieber Helmut Kohl! Sehr geehrte Delegierte! Verehrte Gäste! Liebe Freunde! Zum 33. Bundesparteitag der CDU Deutschlands begrüße ich Sie alle in Essen, der größten Stadt des Reviers. Ich begrüße Sie im Namen der Christlich Demokratischen Union Nordrhein-Westfalens, im Namen der beiden Landesverbände Westfalen-Lippe, des Vorsitzenden Kurt Biedenkopf, und Rheinland, die mit zusammen fast 300 000 Mitgliedern die stärksten Landesverbände der CDU Deutschlands sind.

Ich begrüße Sie, meine Damen und Herren, mit besonderer Freude; denn dieser Parteitag muß zu einem Signal werden. Er muß zu einem Signal der Entschlossenheit werden, dieses große Land Nordrhein-Westfalen mit seinen fast 17 Millionen Einwohnern für die Christlich Demokratische Union zurückzugewinnen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich verspreche Ihnen: Die nordrhein-westfälische CDU wird für dieses große Ziel kämpfen. Sie wird alle Kräfte mobilisieren, damit es am Abend des 12. Mai in Nordrhein-Westfalen eine neue Mehrheit gibt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, manchmal ist zu lesen, in Nordrhein-Westfalen könne die CDU ja gar nicht gewinnen, die Sozialdemokraten seien übermächtig. Das ist Unsinn. Die CDU ist aus zwei Dritteln aller Wahlen in den letzten 30 Jahren in Nordrhein-Westfalen als stärkste Kraft hervorgegangen. Meine Damen und Herren, bei neun Landtagswahlen ist sie siebenmal stärkste Fraktion geworden. Bei der Bundestagswahl am 6. März 1983 hat die Koalition der Mitte in unserem Land 52 Prozent der Wählerstimmen geholt. Ohne dieses großartige Ergebnis hier in Nordrhein-Westfalen, vor allem auch im Ruhrgebiet, wäre Helmut Kohl nicht so klar als Bundeskanzler bestätigt worden.

(Beifall)

Sozialdemokraten haben dafür gesorgt, daß in diesem Land eine Stimmung herrscht, wie im Berlin der späten 70er Jahre. Nordrhein-Westfalen unter Rau ist inzwischen wie Berlin unter dem Stobbe-Senat. Wie damals in Berlin, so häufen sich heute in Nordrhein-Westfalen Regierungsskandale und Rücktritte. Die Investitionskraft läßt nach, Arbeitsplätze gehen täglich verloren, Unternehmen wandern aus, qualifizierte Fachkräfte, Techniker und Wissenschaftler kehren dem Land und hier vor allem dem Ruhrgebiet, das wie Berlin einmal ein industrielles Zentrum Deutschlands war, den Rücken.

Liebe Freunde, 1981 hat uns die Berliner CDU gezeigt, daß man und wie man aus der Opposition durch einen erfolgreichen Wahlkampf die Regierungsverantwortung übernehmen kann.

(Beifall)

Vier Jahre harter Arbeit, und Berlin ist wieder da.

(Beifall)

Lieber Eberhard Diepgen, auch ich gratuliere Ihnen ganz herzlich im Namen der Christlich Demokratischen Union unseres Landes zu Ihrem grandiosen Wahlerfolg am 10 März.

(Beifall)

Lieber Eberhard Diepgen, wir sind stolz auf Sie, und wir werden Ihren Erfolg in Nordrhein-Westfalen wiederholen;

(Beifall)

denn mit wem haben wir uns in Nordrhein-Westfalen eigentlich auseinanderzusetzen? Wir setzen uns auseinander mit Johannes Rau. Das ist der Mann, der die überproportionale Steigerung der nordrhein-westfälischen Arbeitslosenzahlen zu verantworten hat. Es ist der Mann, der Nordrhein-Westfalen in die 100-Milliarden-DM-Verschuldung führt. Es ist der Mann, der bei fast jeder Sachfrage Sprüche statt Antworten von sich gibt.

(Beifall)

Rau, meine Damen und Herren, ist der Mann, dem als Ministerpräsidenten fünf Minister entweder weggelaufen sind oder unter dem Druck von Opposition und Öffentlichkeit zurücktreten mußten. Meine Freunde, vier dieser fünf Minister haben alleine in den letzten 20 Monaten das sinkende Regierungsschiff verlassen. Rau, das ist auch der Mann, der der Öffentlichkeit vor wenigen Wochen ein peinliches Karnevalstheater wegen der Wahl Friedrich Nowotnys zum WDR-Intendanten vorführte. Das Ergebnis dieses Theaters war eine blamable Niederlage für Rau und die SPD.

(Beifall)

Und Rau, das ist mittlerweile die Symbolfigur für einen grobfahrlässigen Umgang mit Steuergeldern wie ihn die Milliardenverschwendung beim Aachener Klinikum verdeutlicht hat. Und dies, meine Damen und Herren, nennt Herr Rau auch noch das Lebenswerk des Landes.

Lebenswerk unseres Landes, das ist nach meiner Überzeugung die großartige Leistung unserer Bürger, die aus Trümmern wieder Häuser, aus demolierten Betrieben wieder florierende Unternehmen gemacht haben.

(Beifall)

Lebenswerk unseres Landes, das war und das ist der Wiederaufbau Nordrhein-Westfalens unter dem CDU-Ministerpräsidenten Karl Arnold. Lebenswerk des Landes, das ist die Idee der Versöhnung von Arbeit und Kapital, wie sie besonders von der CDU in Nordrhein-Westfalen in den Nachkriegsjahren für die gesamte Union in Deutschland grundgelegt wurde.

Dieses große Lebenswerk unseres Landes mit der größten Fehlleistung der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten zu vergleichen, meine Damen und Herren, das ist eine Unverfrorenheit, das ist eine Beleidigung für alle Bürger unseres Landes.

(Beifall)

Meine Freunde, der 33. Bundesparteitag ist ein Signal. Er ist der Auftakt für einen Wahlkampf, den wir mit großem Optimismus führen. Und dieser Optimismus ist begründet. Er baut auf der Überzeugung auf, daß wir die richtigen Alternativen haben, daß wir großartige Frauen und Männer haben, die hart arbeiten können. Und, meine Freunde, wir haben auch gute Vorbilder. Helmut Kohl in Bonn, Eberhard Diepgen in Berlin, Lothar Späth in Baden-Württemberg,

(Beifall)

Ernst Albrecht in Niedersachsen,

(Beifall)

Uwe Barschel in Schleswig-Holstein,

(Beifall)

Bernhard Vogel in Rheinland-Pfalz

(Beifall)

und - das sage ich voller Anerkennung - auch Franz Josef Strauß in Bayern,

(Beifall)

sie alle, meine Damen und Herren, sind der Beweis dafür, daß es möglich ist, mit der Union politische Erneuerung einzuleiten, soziale Stabilität und damit Frieden im Innern zu sichern, Kontinuität zu wahren und Konsens und Versöhnung zu ermöglichen.

In diesem Sinne, verehrte Damen und Herren, liebe Delegierte, ein herzliches Willkommen Ihnen allen auf unserem Parteitag und - mit uns - eine gute Zukunft für unser Land. - Glückauf.

(Anhaltender Beifall)

Norbert Königshofen, Tagungspräsidium: Lieber Bernhard Worms, wir danken

Ihnen für Ihre Worte. Es war mehr als ein Grußwort, es war ein eindrucksvolles Bekenntnis zu unserem Land an Rhein und Ruhr.

Sie haben eine nicht leichte Aufgabe übernommen. Aber seien Sie versichert: Sie haben die Unterstützung der ganzen CDU.

(Beifall)

Ihr Einsatz, Ihr Elan ist beispielhaft, und wir kämpfen mit Ihnen. Wir sind sicher: Wenn wir gemeinsam kämpfen, sind wir nicht zu schlagen. Das gilt auch für den 12. Mai.

(Beifall)

Die Menschen in unserem Lande haben eine bessere Landesregierung verdient. Nordrhein-Westfalen braucht die CDU, Nordrhein-Westfalen braucht einen neuen Ministerpräsidenten, Nordrhein-Westfalen, braucht Sie, lieber Bernhard Worms.

(Beifall)

Ich rufe nunmehr TAGESORDNUNGSPUNKT 8 auf:

Bericht des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, MdB

Das Wort hat unser Freund, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Vor zwei Jahren, am 6. März 1983, hat die Union, hat die von uns geführte Koalition der Mitte einen der größten Wahlerfolge in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland errungen. Unsere Mitbürger haben uns gewählt, weil sie darauf vertrauen, daß wir das Land aus der Krise auf einen sicheren Weg in die Zukunft führen.

In diesen Tagen ist Halbzeit - Zeit für Rechenschaft über das Erreichte, Zeit, unsere Ziele zu verdeutlichen und alle Kraft auf die Aufgaben zu konzentrieren, die noch vor uns liegen.

Ich habe mir erlaubt, Ihnen einen schriftlichen Bericht über die einzelnen Positionen unserer Regierungsarbeit vorzulegen. Liebe Freunde, Sie werden sehen - und Sie wissen das - : Es ist eine Bilanz, die sich sehen lassen kann.

Ein neuer Anfang ist gemacht. Viele Menschen haben jetzt wieder mehr Hoffnung. Es geht vor allem wirtschaftlich wieder aufwärts in Deutschland.

(Beifall)

Das ist der Ertrag harter Arbeit von Millionen Bürgern, ist das Ergebnis einer Politik, die von neuem jene Kräfte mobilisiert, die unser Land einst aus Trümmern zu Wohlstand und Ansehen brachten.

Und natürlich, liebe Freunde: Wir mußten Opfer verlangen, von vielen Opfer verlangen, und wir haben das ganz offen und ehrlich vor der Wahl am 6. März 1983 gesagt.

Ich weiß auch: Nicht jeder hat das verstanden. Bei Wahlen, gerade jetzt, haben wir das auch zu spüren bekommen. Nur, liebe Freunde: Wir alle in der CDU Deutschlands mußten am Tag meiner Wahl zum Kanzler am 1. Oktober 1982 wissen, daß dies angesichts der Erblast, die wir übernommen haben, ein schwieriger, ein steiniger Weg ist - ein Weg, der langen Atem erfordert. Und wir werden diesen langen Atem haben.

(Beifall)

Zum zweiten Mal in der nun 36jährigen Geschichte unserer Republik sind die Deutschen dabei, die Ärmel aufzukrempeln. Sie besinnen sich auf ihr Können und ihre Tugenden.

Schon in den 70er Jahren, lange bevor erkannt wurde, daß die Sozialdemokraten mit ihrer Politik gescheitert waren, haben wir, die Union, auf eine Neubesinnung in grundsätzlichen Fragen deutscher Politik hingearbeitet. Wir waren es doch, liebe Freunde, die die geistigen und politischen Auseinandersetzungen um den Rang entscheidender Grundwerte in Gang gebracht haben. Wir haben für die Familie, für die Anerkennung des Leistungsprinzips, für den Ausgleich von Anspruch und Leistung argumentiert und gekämpft. Wir waren es, die das Bewußtsein für klare außenpolitische Maßstäbe, für den Orientierungswert der Geschichte und für die Bedeutung unseres nationalen Selbstverständnisses geschärft haben. Später, als die Krise unübersehbar war, waren es doch vor allem wir, die gegen den törichten Zeitgeist des Kulturpessimismus und der Zukunftsangst unsere Idee einer modernen, einer menschlichen Leistungsgesellschaft durchgesetzt haben.

Der Erfolg gibt uns recht. Wir haben allen Anlaß, jenen zu danken, die dazu beigetragen haben: für ihr Vertrauen, für ihre Leistung und für ihre Zuversicht. Daraus, liebe Freunde, gewinnen wir Kraft für die Herausforderung der nächsten Jahre.

Ich danke Ihnen allen, den vielen engagierten Mitgliedern, den Freunden und Gönnern unserer Partei. Ich bedanke mich sehr herzlich bei allen Funktionsträgern in den Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden. Ich danke meinen Kollegen im Parteivorstand und im Parteipräsidium. Und ich danke vor allem - ich nenne ihn für viele - unserem Freund, Generalsekretär Heiner Geißler, den Mitarbeitern im Adenauerhaus und allen hauptamtlich in der Partei Tätigen.

(Beifall)

Ich darf bei diesem Rechenschaftsbericht ein herzliches Wort des Dankes allen Kolleginnen und Kollegen im Bundesrat und besonders auch in der Bundestagsfraktion, allen voran unserem Freund Alfred Dregger, für die gute kameradschaftliche Zusammenarbeit sagen.

(Beifall)

In dieses Wort des Dankes gehört ausdrücklich auch Theo Waigel eingeschlossen, der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, der sich immer wieder bemüht hat, unsere Arbeit in einer guten Weise zu unterstützen und zu begleiten.

(Beifall)

Sie alle, meine Freunde, haben unsere Politik in einer schwierigen Zeit mitgetragen. Das war nicht immer leicht. Sie mußten sich oft - am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Büro, an den Ständen draußen auf der Straße, überall dort, wo Diskussionen stattfanden - mit den oft böswilligen Vorwürfen unserer Gegner auseinandersetzen. Und auch das gehört in einen ehrlichen Bericht: Sie haben ebenso die Diskussion aushalten müssen, wenn wir in diesen schwierigen Zeiten da und dort auch Fehler gemacht haben. Aber, liebe Freunde, wir wissen: Die Bundesrepublik Deutschland braucht Wandel und Erneuerung. Wir wissen auch: Die Mehrheit unserer Bürger will und unterstützt dies.

Die Menschen wollen auf ihr Land wieder stolz sein, und sie haben guten Grund dazu. Heimat und Vaterland, Nation und Geschichte gewinnen wieder an Rang und Wertschätzung. Menschen suchen wieder Sinn, Halt und Orientierung im Glauben und in der Religion, in der Bindung an Werte, in der Geborgenheit der Familie, in partnerschaftlicher Treue, in Gemeinschaft, in Nachbarschaft. Wir, die Union, sind nicht nur die bestimmende Kraft in der Bundesrepublik Deutschland, sondern es ist auch unübersehbar, daß wir in diesen Jahren die Themen der geistig-politischen Diskussion bestimmt haben.

Aber, meine lieben Freunde, die Politik des letzten Jahrzehnts, die Schwächeperiode unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung hat unübersehbare Spuren hinterlassen. Auch die geistig-politische Erneuerung grundlegender Werte braucht ihre Zeit. Auch für sie gilt, was unser Grundsatzprogramm von Wohlstand und sozialer Sicherheit sagt: Sie gehen viel schneller verloren, als sie erarbeitet wurden. Deshalb bleibt die umfassende Erneuerung - geistig und politisch - ein wichtiger Auftrag an uns alle: an die Regierung natürlich, an die Partei und alle, die an geistiger Führung Anteil haben wollen und auch Anteil haben müssen.

Es geht uns darum, Zeichen zu setzen, Wege zu weisen. Wir wollen Orientierung durch entschiedenes Handeln vermitteln. Leitbild ist unser christliches Verständnis vom Menschen, ist die Idee, die uns Christliche Demokraten in den 40 Jahren seit Gründung der Union immer geprägt hat.

Liebe Freunde, an drei Feldern will ich zeigen, um welche Erneuerung es uns und vor allem auch mir geht: Es geht um den Wandel vom Zukunftsverbrauch zur Zukunftssicherung, vom bürokratischen Versorgungsstaat zu einer modernen Gesellschaft mit menschlichem Gesicht, von außenpolitischer Unberechenbarkeit zum klaren Bekenntnis zu Frieden und Freiheit.

Wir vergessen nicht die Erblast, die uns die Sozialdemokraten hinterlassen haben. Die Krise, die wir 1982 voranden, folgte aus einem Hauptübel sozialistischer Politik: Um in der Gegenwart gut leben zu können, wurden zuerst die Reserven verbraucht und dann auch noch die Zukunft der nachwachsenden Generationen in Anspruch genommen.

(Beifall)

Das ist der erste Punkt, über den ich sprechen möchte.

Unsere Vorgänger hatten weit über die Verhältnisse des Landes gewirtschaftet. Über den Tag hinaus wurde kaum gedacht; Vorsorge für die Zukunft wurde vernachlässigt. Die Bundesrepublik Deutschland geriet in die Gefahr, auf den Weltmärkten zweitklassig zu werden. So konnte und so durfte es nicht weitergehen.

Heute stellen wir mit Genugtuung fest: Wir sind erfolgreich mit diesem Programm der Erneuerung. Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung ist unübersehbar. Die Wirtschaft wächst wieder. Wir haben stabile Preise wie in den 60er Jahren. Für Arbeitnehmer und Rentner gibt es endlich wieder einen realen Zuwachs an Einkommen. Preisstabilität - das ist die Erfahrung der Deutschen in diesem Jahrhundert - ist eine der wichtigsten sozialen Taten, die eine Regierung vollbringen kann.

Unser Export floriert, die Handelsbilanz weist mit über 50 Milliarden DM einen Rekordüberschuß aus. Maßvolle Lohnabschlüsse tragen der schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt Rechnung. Die Unternehmen verdienen wieder besser. Lang versäumte Investitionen können nachgeholt werden, gerade auch im Bereich der Zukunftstechnologien.

Unsere solide Haushaltsführung hat neues Vertrauen geschaffen: bei den Bürgern, in der Wirtschaft, bei unseren Partnern im Ausland. Gerhard Stoltenberg hat dabei auch weiterhin meine volle Unterstützung für eine solche solide Politik.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn wir uns nicht beirren lassen und wenn wir klar Kurs halten, wird sich die begonnene Aufwärtsentwicklung auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Zu dieser Politik gibt es keine Alternative, schon gar nicht - ich sage das an jedermanns Adresse - den Rückfall in eine Politik der billigen Wahlgeschenke, der Versprechungen an jedermann. Aber ich füge hinzu - auch das gehört zu einer nüchternen Bilanz -: Wir sind noch lange nicht über den Berg.

Unsere größte Sorge gilt dem Schicksal der gegenwärtig 2,6 Millionen arbeitslosen Mitbürger und ihrer Familien. Wir werden und wir müssen unsere ganze Kraft dafür einsetzen, diesen Menschen zu helfen. Wir dürfen sie nicht allein lassen. Jetzt kommt es ganz entscheidend darauf an, daß der wirtschaftliche Aufschwung den Arbeitsmarkt nicht nur stabilisiert, sondern auch zu deutlich mehr Beschäftigung führt.

(Beifall)

Wir stehen heute mitten in einer außerordentlich schwierigen Phase des wirtschaftlich-technischen Strukturwandels. Diesen Umbau unserer Wirtschaft müssen wir in einer Zeit leisten, in der besonders geburtenstarke Jahrgänge aus der Schule heraus ins Erwerbsleben eintreten.

Liebe Freunde, dieser Strukturwandel macht uns heute deshalb so zu schaffen, weil von den früher Verantwortlichen viel versäumt wurde. Neue Probleme wurden mit veralteten Rezepten bekämpft. Das Ergebnis war die Rückkehr zur Massenarbeitslosigkeit, die wir - das muß man im Lande draußen deutlich sagen - vor 30 Jahren abgeschafft hatten.

(Beifall)

Trotz dieser schweren Belastung haben wir gute Chancen, unseren Platz als eine der führenden Industrienationen zu behaupten. Auf vielen Gebieten in Wissenschaft und Forschung und im Bereich der Technik gehören wir international zur Spitze. In anderen Bereichen holen wir wieder auf. Qualität und Breite der beruflichen Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland - wir dürfen es mit Stolz sagen - sind

weltweit unübertroffen. Dieses Kapital müssen wir noch stärker für die Zukunft nutzen.

Liebe Freunde, wir haben einen traditionell starken Mittelstand. Ich bin fest überzeugt: Gerade mit einer weiteren Stärkung der mittelständischen Schichten sichern wir die freiheitliche Zukunft unseres Landes in der besten Weise.

(Beifall)

Durch den starken technischen Innovationsschub erhält unser Mittelstand zusätzliche Chancen bei der Entwicklung, Anwendung und Verbreitung neuer Produkte und Verfahren. Wir registrieren heute mit Genugtuung zahlreiche Existenzgründungen. Die Bereitschaft, sich selbständig zu machen, wächst. Unsere Starthilfen für qualifizierte junge Leute mit unternehmerischer Initiative werden genutzt. Das ist ein wesentlicher Beitrag auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die gute Kapazitätsauslastung der Industrie hat einen drastischen Abbau der Kurzarbeit ermöglicht.

So erfreulich das ist, liebe Freunde, es kann noch mehr getan werden. Wir wollen eine Offensive für mehr Beschäftigung.

Vorruhestand und Teilzeitarbeit, befristeter Arbeitsvertrag und vernünftige Sozialplanregelungen, Rückkehrhilfen für Ausländer und ein modernes Arbeitszeitgesetz - dies alles sind konkrete Schritte, die mehr Bewegung in den Arbeitsmarkt bringen. Mehr Flexibilität macht Neueinstellungen möglich.

(Beifall)

Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit müssen Tabus tabu sein. Norbert Blüm, der hier in einer besonderen Verantwortung steht und der, wie ich denke, seine Sache ganz hervorragend macht

(Anhaltender lebhafter Beifall)

- der Beifall ist phantastisch; ich bedanke mich dafür; noch wichtiger aber ist es, daß wir in den Betrieben in dem gleichen Geist zu Norbert Blüm stehen -

(Beifall)

hat doch recht, wenn er sagt: Lieber befristet in Arbeit als unbefristet arbeitslos.

Liebe Freunde, neue Arbeitsplätze können heute geschaffen werden, wenn die Zahl der Überstunden zurückgeht und neue Aufträge auch zur Einstellung arbeitsloser Menschen und ausgebildeter junger Leute führen. Darin stimmen wir mit Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften völlig überein: Wir haben seitens der Bundesregierung ihren Aufruf mit unterstützt. Ich wiederhole es mit Nachdruck: Einstellen muß Vorrang vor Überstunden haben. Das ist ein Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

(Beifall)

Liebe Freunde, mehr Beschäftigung - auch das muß man wieder einmal deutlich sagen - ist zunächst keine staatliche Veranstaltung. Die Tarifparteien tragen eine besondere Verantwortung.

Ihre unabhängigen Entscheidungen über Arbeitslohn und Arbeitszeit haben unmittelbare Wirkung auf Kosten und Erträge. Die Unternehmer, die Arbeitgeber, die Gewerkschaften bestimmen damit ganz direkt auch über Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Tarifautonomie bedeutet mehr denn je gemeinsame Verantwortung auch und gerade gegenüber den arbeitslosen Arbeitnehmern und ihren Familien.

Aber auch der Staat muß das Seine tun. Wir haben es getan. Mit mehr als 11 Milliarden DM für Kurzarbeitergeld, Arbeitsbeschaffung und berufliche Förderung leisten wir mit dieser Koalition der Mitte, mit dieser Bundesregierung mehr für den Arbeitsmarkt als je zuvor eine andere Bundesregierung.

(Beifall)

Liebe Freunde, das ist praktische Solidarität. Angstparolen schaffen keine Arbeit.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir wissen: Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist gestoppt. Die Jugendarbeitslosigkeit geht zurück. Wir wissen auch: Der Abbau von Arbeitslosigkeit stand nie am Anfang eines Aufschwungs. Aber mit anhaltendem Wachstum, stabilen Preisen und soliden Staatsfinanzen sind die entscheidenden Grundlagen für neue, dauerhafte Arbeitsplätze herzustellen.

Die erste Etappe ist geschafft: Die Zahl der Beschäftigten wird wieder zunehmen. Das heißt, der Weg ist richtig. Wir schaffen auch die Aufwärtsentwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Aber dies geht wie die Erfahrung zeigt, nicht mit irgendwelchen staatlichen Programmen. Dies geht nur mit der überzeugenden Politik der Sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall)

Als Volkspartei der Mitte wissen wir: Soziale Marktwirtschaft meint nicht nur Wettbewerb und Leistung, sondern immer auch sozialen Ausgleich.

Nicht zuletzt mit Rücksicht auf die besonderen Probleme Nordrhein-Westfalens sind wir etwa beim Subventionsabbau behutsam vorgegangen. Wir wurden von manchen dafür hart kritisiert. Nur, ich möchte manchem Vertreter der reinen Lehre empfehlen, seine Meinung auch einmal zu testen im Gespräch mit Stahlkochern, mit Kumpels und Werftarbeitern. Dann wird er die soziale Dimension auch solcher Fragen besser verstehen können.

(Beifall)

Liebe Freunde, diese Erfahrung wünsche ich manches Mal auch jenen, die uns sagen: ihr hättet beim Sparen noch viel tiefer einschneiden müssen. Da werden uns die Beispiele aus Japan und den USA empfohlen. Ich sage all jenen - bei allem Respekt vor dem großartigen Erfolg der Japaner und der Amerikaner -: Wir müssen für uns, unter den gesellschaftspolitischen Verhältnissen, unter den geschichtlichen Voraussetzungen und Traditionen unseres Landes unseren eigenen Weg gehen - einen Weg, um den uns doch andere in Wahrheit beneiden wegen der Erfolge unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Dieser Weg der Sozialen Marktwirtschaft hat einen gesellschaftlichen Grundkonsens ermöglicht, mit dem wir eine der führenden Industrienationen der Welt wurden. Und diesen Konsens brauchen wir auch und gerade für die großen Aufgaben der Zukunft.

Dieser Weg mag in manchem weiter sein und auch länger dauern. Aber wir wollen die Schwächeren nicht am Wegesrand zurücklassen. Für uns ist dies ein selbstverständliches Gebot mitmenschlicher Solidarität.

Der Weg ist solidarisch, und er ist solide. Wir finanzieren unsere Investitionen für neue Arbeitsplätze nicht mit ungedeckten Wechslen auf die Zukunft, sondern mit dem, was wir heute erarbeiten, was wir heute erwirtschaften.

(Beifall)

Deshalb, liebe Freunde, darf kein Zweifel aufkommen: Wir halten fest an unserem klaren Kurs im Bereich der Wirtschaftspolitik, im Bereich der Finanzpolitik. Wir werden auch in Zukunft geradestehen für eine solide Politik. Denn nur so gewinnen wir die Zukunft.

Um die Zukunftssicherung geht es auch beim Schutz von Natur und Umwelt. Hier sind wir alle - ich denke, wir dürfen sagen:

Gott sei Dank - in den letzten Jahren viel sensibler geworden. Die Menschen haben begriffen, daß uns der Schatz der Natur nur für unsere Generation anvertraut ist und daß wir diesen Schatz möglichst in einem guten Zustand an die nächste Generation weitergeben müssen. Wir haben die Pflicht, ihn an Kinder und Enkel möglichst unversehrt weiterzugeben.

Der Lernprozeß war und ist mühselig und schwierig. Aber gerade den Kritikern aus der SPD möchte ich ganz einfach sagen: Warum sind denn die Regierungen Brandt und Schmidt in den Jahren 1972 und 1974 nicht dem Beispiel der USA und Japans gefolgt, als dort vor zehn Jahren das umweltfreundliche Auto eingeführt wurde?

(Beifall)

Wir hätten dieses Problem heute hinter uns, liebe Freunde. So sind wir gezwungen, in wenig mehr als 18 Monaten hier die Entscheidungen zu erzwingen.

Dies, die offenkundige Zeitnot, in die wir angesichts des Waldsterbens geraten sind, ist doch einer der Gründe, weshalb wir im Augenblick bei unseren europäischen Partnern, die das Problem zum großen Teil zu Hause überhaupt nicht kennen und deswegen auch schwer verstehen können, so unter Druck geraten sind.

Wir haben in diesen zwei Jahren viel erreicht. Heute ist das Umweltbewußtsein in keinem Land der Europäischen Gemeinschaft so geschärft wie bei uns. Wir sind dabei, die Schadstoffe in der Luft drastisch zu verringern. Was wir bei Kraftwerken und Industrieanlagen, besonders aber beim umweltfreundlichen Auto leisten, das ist ein Stück Pionierarbeit für die Europäische Gemeinschaft.

Und damit kein Zweifel aufkommt: Für mich ist klar, daß wir jetzt vor ganz schwierigen und entscheidenden Verhandlungstagen stehen. Aber für mich ist auch klar, daß Ende April die notwendigen Entscheidungen in der Bundesrepublik Deutschland durchgesetzt werden.

(Beifall)

Das hat nichts damit zu tun, daß wir etwa unsere europäische Inspiration, den Willen zur europäischen Partnerschaft verleugnen. Aber dies ist eine nationale Herausforderung, und sie trifft in der Gemeinschaft kein Land so hart und unvermittelt wie uns, die Bundesrepublik Deutschland. Deshalb erbitten und erwarten wir von unseren Partnern Verständnis.

Nach den jüngsten Untersuchungen sind rund fünfzig Prozent unserer Wälder mehr oder minder geschädigt. Das Ausmaß der Schäden erfordert jetzt wirksame Maßnahmen.

Meine Damen und Herren, wer weiß, was Wald in der Geschichte, in der Kultur- und Geistesgeschichte der Deutschen bedeutet, der weiß: Es geht hier nicht nur um irgendeine wirtschaftliche Frage, das alles hat etwas mit dem Denken und Fühlen unseres Volkes zu tun.

Viele, gerade auch in den betroffenen Gebieten, haben ihre Hoffnung auf uns gesetzt. Wir dürfen und wir werden sie nicht enttäuschen. Die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die Bewahrung einer menschengerechten Umwelt bleibt eine Zukunftsaufgabe ersten Ranges.

In einer modernen Industrie- und Exportnation geht es dabei immer auch um Arbeit und Brot für viele. Liebe Freunde, Arbeitsplätze sind für uns keine Tauschobjekte, weder gegen rote Ideologie noch gegen grüne Utopie. Wir wollen eine lebenswerte Umwelt und eine steigende Zahl von sicheren Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Nur eine starke Wirtschaft kann die Umwelt wirksam schützen. Denn nur eine moderne Wirtschaft liefert die besseren Technologien, die den Menschen eine lebenswerte Umwelt sichern können. Wirtschaft und Technologie, Arbeitsplätze, Umweltschutz - all dies gehört zusammen. Daran halten wir fest. Wir müssen versuchen, Ökologie und Ökonomie miteinander zu versöhnen. Gewinnen können am Ende nur beide gemeinsam.

(Beifall)

Liebe Freunde, in diesen zwei Jahren konnten wir einen entscheidenden Beitrag zur Zukunftssicherung des Landes leisten. Ich verweise auf das großartige Ergebnis, den Erfolg unserer Lehrstellenaktion. In zwei Jahren nacheinander haben wir einen Lehrstellenrekord erreicht, und zwar ohne jeden gesetzlichen Zwang, allein durch die Bereitschaft zum Mittun, durch Energie und Phantasie verantwortungsbewußter Bürger in allen Bereichen unserer Gesellschaft. Da war der Handwerksmeister und der Einzelhändler, der Mann im freien Beruf, der Unternehmer und der Betriebsrat, sie alle haben es möglich gemacht. Im Blick auf die Zukunftschancen unserer Jugend war dies gelebte Solidarität, eine patriotische Tat im besten Sinne des Wortes.

(Beifall)

Noch macht uns für das nächste Jahr die Zahl der Lehrstellenbewerber leider zu

schaffen. Das wird sich aber sehr rasch ändern. An den leeren Bänken in den Schulen können wir schon sehen, wie stark die Geburtenzahl zurückgegangen ist. Niemand sollte unterschätzen, liebe Freunde, wie tiefgreifend und langfristig die Folgen des Geburtenrückgangs sind. Ich denke an die Renten, aber nicht nur daran. Wir haben gestern abend im Pressegespräch darüber unterhalten. Wenn im vergangenen Jahr auf 100 Todesfälle 67 Geburten kamen, dann haben Sie eine Perspektive der katastrophalen Entwicklung, die auf uns zukommt. Wer über Renten spricht, muß immer auch über diese demographische Entwicklung im Land sprechen.

Rente, das ist für uns verdienter Alterslohn für eine Lebensarbeit. Das ist nicht eine milde Gabe der Gesellschaft. Dafür steht eine Lebensleistung, dafür steht der moralische und rechtliche Anspruch des älteren Mitbürgers.

(Beifall)

Deshalb muß die Rente sicher sein. Unsere älteren Mitbürger können sich darauf verlassen. Für uns ist es selbstverständlich, daß wir alles tun, daß Rente sicher ist.

(Beifall)

Wir haben das Problem, daß die nachwachsenden Generationen immer schwächer und gleichzeitig - das ist eine erfreuliche Entwicklung der modernen Medizin - die Zahl der älteren Mitbürger immer größer wird. Liebe Freunde, 1950 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 500 000 Bürger, die über 80 Jahre alt waren, im Jahre 1985 werden es 1,8 Millionen sein. Diese Zahl zeigt Ihnen auch in diesem Feld die dramatische Veränderung. Von einer Bevölkerungspyramide kann man schon gar nicht mehr sprechen.

In dieser Situation müssen wir über die Grundlagen des Generationenvertrages und über das Verhältnis zwischen den Generationen neu und grundsätzlich nachdenken. Vieles, liebe Freunde, wird davon abhängen, daß Alt und Jung nicht um Ansprüche miteinander konkurrieren, sondern ihre Leistungen füreinander und ihre Solidaritätspflicht zueinander begreifen.

Vielen Rentnern geht es nicht allein um materielle Sicherheit. Sie trauen sich viel zu. Wer sich vital fühlt, sollte nicht aufs Altenteil gesetzt werden. Im Blick auf die Sicherung der Renten kann es schon in wenigen Jahren notwendig sein - ich glaube, es wird notwendig sein -, starre Altersgrenzen aufzulockern. Alle hätten dann die Möglichkeit, den Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand nach eigenen Wünschen mitgestalten zu können.

(Beifall)

Die Sicherung des Generationenvertrages ist eine unserer wichtigsten Zukunftsaufgaben. Sie darf nicht im Gegeneinander zerredet, sie sollte im Miteinander - auch der Parteien, wenn möglich - gelöst werden. Wir werden sehen, ob die Sozialdemokraten zu einer solchen Gemeinsamkeit fähig und bereit sind.

Liebe Freunde, lassen Sie mich zum zweiten Punkt kommt, zu unserer Politik für eine moderne Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Es geht um mehr Freiraum für die Bürger, um eigenständiges Handeln in Verantwortung auch für den nächsten.

Mit dem Betreuungs- und Versorgungsstaat wollte sich die SPD ein Denkmal setzen.

„Null-Tarif“ wurde zum trügerischen Zauberwort. Wer dafür letztlich aufkommen würde, danach wurde nicht gefragt. Für manche war es nur ein Schritt vom Anspruchsdenken zur Ausbeutung. Denken wir nur an die Erfahrungen, die wir überall machen, an jene Rechner, die beispielsweise Familienangehörige in ihrem Büro, in ihrem Betrieb beschäftigen, um ihnen dann zu kündigen, damit sie dann Arbeitslosengeld kassieren. Liebe Freunde, es gibt Dinge, die man einfach nicht tun soll, nicht tun darf. Es ist nicht alles erlaubt, was nicht verboten ist. Dies ist keine Frage von Gesetzen, sondern eine Frage des Verständnisses untereinander in unserer Republik.

(Beifall)

Auf diesem Felde ist in allen Teilen der Gesellschaft vieles wieder zurechtzurücken.

Viel zu lange galten doch diejenigen als besonders clever, raffiniert und lebensstüchtig, die es fertigbrachten, den Wehr- und auch den Ersatzdienst zu umgehen. Viel zu lange haben jene Spott erfahren, die mühsam und unter Opfern ihre Kinder großzogen, für sich und die Familie, aber auch für die ganze Gesellschaft, die letztlich den Nutzen davon haben wird.

(Beifall)

Heute entwickelt sich wieder und nicht zuletzt in der jungen Generation ein feines Gespür dafür, was es heißt, auch die Interessen des Nachbarn, des anderen zu sehen, was es heißt, Pflichten zu tragen.

Liebe Freunde, eine solidarische Gesellschaft kann nur die sein, in der die Bürger verstehen: Wer Rechte hat, der hat auch Pflichten, und wer Pflichten trägt, der hat auch Rechte. Die Menschen besinnen sich wieder darauf, daß gesät werden muß, wo geerntet werden soll, daß wir Investitionen brauchen, auch geistige Investitionen, wenn wir Erträge erzielen wollen. Wir erleben es doch jeden Tag: Selten zuvor hat eine politische Aussage so viel spontane Zustimmung erfahren wie der Satz, daß Leistung sich wieder lohnen muß.

Mit der größten Steuerreform in der Geschichte unseres Landes werden wir die Steuerzahler um 20 Milliarden DM entlasten. Meine Damen und Herren, wenn wir vor zwei Jahren auf einem Bundesparteitag angekündigt hätten, daß dies zum 1. Januar 1986 zur einen Hälfte und zum 1. Januar 1988 zur anderen Hälfte möglich ist, hätten wir nicht nur in der deutschen Öffentlichkeit, sondern auch unter den Delegierten ungläubigen Gesichtern gegenübergestanden. Lassen Sie uns doch dieses großartige Ergebnis unserer Politik nicht zerreden, sondern draußen kraftvoll als einen Beweis unserer Leistungsfähigkeit vertreten.

(Beifall)

Natürlich glaubt jetzt, wo die Dinge wieder aufwärts gehen, der eine oder andere auch bei uns in der Partei, mit jener Zusage könne man nicht nur Stimmen gewinnen, sondern auch Stimmung machen. Liebe Freunde, auf diesem Weg hatten die Sozialdemokraten den Staat dorthin gebracht, wo wir ihn 1982 übernommen haben. Dies wird nicht unsere und schon gar nicht meine Politik sein!

(Beifall)

Jeder muß sich sagen, daß niemand von uns das Recht hat, mehr zu verlangen als das, was jetzt solide finanzierbar ist.

Nach Jahren der Gleichheitsideologie suchen die Menschen ihre persönliche Chance wieder in Selbständigkeit, in Eigeninitiative und Selbstverantwortung. Als rohstoffarmes Land können wir es uns einfach nicht leisten, Talente gleichsam von Staats wegen zu begraben.

Unser Gemeinwesen braucht Leistungseliten. Es braucht Spitzenleute, die Herausragendes leisten und durch ihr Beispiel andere anspornen. Talente gilt es gerade deshalb zu fördern, weil alle davon den Nutzen haben.

Und es ist doch eigenartig, daß jedermann begriffen hat, welche Impulse der Breitensport vom Spitzensport erhält. Dieses Vorbild von Leistungseliten brauchen wir nicht nur beim Spitzensport, sondern in allen Bereichen der Gesellschaft - im wissenschaftlichen, im wirtschaftlichen und nicht zuletzt im kulturellen Leben unseres Landes.

(Beifall)

Mit einem Satz kann man einfach sagen: Mittelmaß darf in der Bundesrepublik Deutschland nicht zum Einheitsmaß werden.

Gerade in Wissenschaft und Forschung müssen wir immer wieder überlegen, inwieweit wir bessere Startchancen schaffen können. Besitzstandsdenken und vielleicht auch verkrustete Formen im Bereich geltender Rechtspositionen sind da völlig fehl am Platz. Hier läuft jeder erst zur Höchstform auf, wenn er voll gefordert wird.

Mehr Wettbewerb wird auch den Medien gut bekommen. Und den Nutzen werden alle Bürger haben.

(Beifall)

Durch mehr Vielfalt im Programmangebot werden sie mehr Wahlfreiheit gewinnen. *Wir haben mit der Medienblockade der SPD Schluß gemacht.*

Gerade die Freiheit von Presse und Rundfunk darf nicht angetastet werden. Wie die Sozialdemokraten unter Rau mit dem neuen Intendanten des WDR umspringen wollten, war schlicht ein Skandal.

(Beifall)

Daß unsere Freunde in Nordrhein-Westfalen, vor allem die Landtagsfraktion unter der Führung von Bernhard Worms, tatkräftig dagegen eingeschritten sind, ist ein Dienst an den Bürgern der Bundesrepublik insgesamt.

(Beifall)

Immer mehr Bürger unseres Landes sind es leid, vom Staat bevormundet zu werden. Sie sind es leid, selbst bei Alltagsproblemen staatliche Stellen in Anspruch nehmen zu müssen. *Sie wollen keine langen Episteln schreiben, wenn sie Anträge an eine Behörde stellen.*

In der Bundesrepublik Deutschland wurde in den letzten Jahren - und dieses Denken geht quer durch alle politischen Gruppen - viel zuviel bedenkenlos modernisiert, technisiert, bürokratisiert. Verlorengegangen und auf der Strecke geblieben ist doch ein Stück Menschlichkeit und Geborgenheit. Die Menschen wehren sich zu Recht gegen die trostlose Perspektive einer immer präziser verwalteten Welt, in der sie notwendig einsam werden. Sie wollen eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

Wir sind froh, daß man in unserem Land heute weniger fragt „Wer hilft mir?“ und viel mehr - gerade in der jungen Generation - fragt „Wem helfe ich?“. Eigeninitiative und Nachbarschaftshilfe erleben einen neuen Aufschwung. Ich denke an die vielen ehrenamtlichen Dienste, an die Menschen, die sich für Kranke, Behinderte, für Alte, Einsame, für ausländische Mitbürger einsetzen. Von diesem Engagement wird sehr selten berichtet, viel mehr über Gewalttaten und Katastrophen. Wir sollten wieder dazu kommen, daß praktizierte Mitmenschlichkeit eine Nachricht wert ist.

(Beifall)

Die Hilfsbereitschaft vieler in unserem Volk wird in zahlreichen Aktionen sichtbar. Ich erwähne nur - gerade wegen der Revanchismuskussion in den letzten Monaten - die Paketaktionen von Millionen Deutschen nach Polen. Ich erwähne den „Tag für Afrika“ vor wenigen Wochen und die beständige Unterstützung für die kirchlichen und anderen Hilfswerke.

Daß uns die Not anderer nicht gleichgültig ist, ist ein wichtiges Merkmal der gegenwärtigen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Das hat seinen Ursprung in der schlimmen geschichtlichen Erfahrung unseres Volkes, nicht zuletzt aus den Jahren nach 1945.

Lassen Sie uns, liebe Freunde, in diesem Zusammenhang auch mit Stolz eine Leistung erwähnen, auf die wir als Partei hinweisen können. Ich meine unsere Dritte-Welt-Aktion für Schulen und Krankenhäuser in Entwicklungsländern. Es ist gut, daß wir als Partei zur Entwicklungshilfe nicht nur in Programmen sprechen, sondern daß viele von uns einen ganz persönlichen Beitrag leisten. Das ist überzeugender als manche Reden.

(Beifall)

Das gilt vor allem für das Mittun in der jungen Generation. Denken wir nur an den freiwilligen sozialen Dienst für alte Mitbürger genauso wie für die Linderung der Not in der Dritten Welt. Das ist ein hoffnungsvolles Zeichen für eine neue Lebenszusicherheit. Das ist genau das Gegenteil jenes törichten Kulturpessimismus, der uns einreden will, unser Volk habe weder die geistige noch die materielle Kraft, die Zukunft zu bewältigen.

(Beifall)

Hier finden sich auch die geistigen Grundlage für unsere Familienpolitik: In den Familien lernen wir, einander zu helfen und aufeinander Rücksicht zu nehmen. Je besser es unseren Familien geht, desto besser geht es dem Staat. Das ist ein ganz einfacher, aber überzeugender Satz.

(Beifall)

Die Familie, liebe Freunde, ist unser großes Thema, und zwar natürlich in ihrer materiellen Situation, aber gleichermaßen in ihrer geistigen Situation.

(Beifall)

Hier geht es nicht nur um materielle Probleme, sondern auch um die immateriellen Grundanliegen der Menschen. Es geht um Geborgenheit und Sinnerfüllung, um Zuwendung, aber auch um die Erfahrung von Autorität.

Liebe Freunde, Sie kennen unsere familienpolitischen Beschlüsse. Steuerreform und Erziehungszeiten im Rentenrecht, Erziehungsgeld und Kindergeld haben ein gemeinsames Ziel: Wir wollen endlich die Benachteiligung derjenigen aufheben, die sich für Familie und Kinder entscheiden. Eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht muß eine kinderfreundliche Gesellschaft sein.

(Beifall)

Auf die Gefahr hin, wieder einmal mißverstanden zu werden, will ich darauf hinweisen, daß es mich bedrückt, daß ich in meinem Amt etwa zehnmal mehr Briefe zum Tierschutz als Briefe erhalte, die sich für Kinder und Familien einsetzen.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich denke, wir brauchen darüber nicht zu diskutieren. Wir sind alle für einen vernünftigen Tierschutz. Wir sind ein Freund des Tierschutzes. Aber wir reden vergleichsweise viel zuviel darüber und viel zuwenig von den Kindern, von den, was sie an Liebe, an Zuwendung brauchen, und von dem, was sie an Zukunft für die Deutschen bedeuten.

(Beifall)

Kinder sind der Segen eines Volkes. Sie gernzuhaben, sich mit ihnen und über sie zu freuen, das muß doch eigentlich wieder ganz selbstverständlich sein.

Damit bin ich beim zentralen Thema dieses Parteitagés. Kinder und die damit verbundene Arbeit dürfen in der Familie nicht einfach nur auf eine Seite, auf die Frau und Mutter, werden. Wenn wir von Partnerschaft zwischen Mann und Frau sprechen, wissen wir, daß es in diesem Feld einen großen Nachholbedarf gibt.

Liebe Freunde, Partnerschaft kann nicht verordnet werden. Sie muß im Leben, im Alltag, in der Familie, in der Arbeitswelt versucht werden. Die glaubhaft vorgelebte Partnerschaft ist der stärkste Impuls, den wir für eine Renaissance der Familie in die nachwachsende Generation geben können.

Unsere Position ist klar. Männer und Frauen sollen frei entscheiden, wie sie ihre Aufgaben in Familie und Beruf aufeinander abstimmen: =b die Partner sich die Kinderbetreuung und den Haushalt teilen und gleichzeitig einer Erwerbstätigkeit nachgehen oder ob sich ein Elternteil ganz der Familie widmet, das ist eine ganz persönliche Entscheidung, die wir zu respektieren haben.

(Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, es ist unerträglich, daß wir uns dann in dieser

Diskussion so auseinanderreden - wobei ich mit „wir“ weniger uns in der Partei als die Gesellschaft insgesamt meine -, daß die eine dieser Rollen gegenüber der anderen diskriminiert wird.

(Beifall)

Die Rolle der Hausfrau und Mutter ist unerläßlich für die Zukunft des Landes,

(Beifall)

genau wie die berufstätige Frau für diese Gesellschaft unerläßlich ist.

(Anhaltender Beifall)

Ich finde es ermutigend, daß wir in der jungen Generation Lernbereitschaft und Verständnis füreinander sehen, auch für gemeinsam zu tragende und zu teilende Lasten, wie es übrigens früher auch war, aber jetzt vielleicht in mancherlei anderer Form.

Frauen dürfen nicht deshalb Nachteile erleiden, weil sie Ja zu Kindern sagen.

(Beifall)

Das gilt für die Hausfrau, und das gilt gleichermaßen für die berufstätige Frau.

Angesichts der demographischen Zahlen kann man doch ganz einfach sagen: Ohne das Opfer der Mütter hat dieses Land keine Zukunft.

(Lebhafter Beifall)

Aber, liebe Freunde, wenn wir dies sagen und es mit viel Beifall begleiten - wofür ich dankbar bin -, muß man auch einmal die Frage stellen, inwieweit wir trotz der erreichten gesetzlichen Gleichberechtigung, der Gleichberechtigung in Verfassung und Gesetzen, im Blick auf Partnerschaft eigentlich wirklich weitergekommen sind. Es ist doch wahr, daß Frauen nur allzu oft ihre männlichen Kollegen an Fähigkeiten weit übertreffen müssen, um überhaupt eine Chance zu erhalten.

(Zustimmung)

Ich finde, es steht der Christlich Demokratischen Union aus ihrem Selbstverständnis gut an, daß wir gegen diese Benachteiligung angehen,

(Zustimmung)

jeder an seinem Platz, im Kreisverband wie im Unternehmen wie in der Politik. Denn es ist doch auch bei uns so, daß Frauen es in der Regel schwerer haben, als Kandidaten oder Delegierte aufgestellt zu werden.

(Beifall)

Ich meine, wir sind gut beraten, auf allen Ebenen unserer politischen Arbeit, bei Nominierungen für Ratsversammlungen im kommunalen Bereich bis hin zu den Mandaten in Landtagen und im Bundestag und in der Arbeit der Partei, die politi-

schen Talente von Frauen besser zu nutzen. Ich denke, das gilt auch für die Bundesregierung, und ich will den Beweis dafür antreten.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich möchte nun zu meinem dritten Punkt kommen, zu unserer Politik für Frieden und Freiheit.

Eine ganz entscheidende Zukunftsaufgabe bleibt die Einigung Europas. Für uns Christliche Demokraten hat Europapolitik erste Priorität. Wir sind und bleiben die deutsche Europapartei.

(Beifall)

Bei allem Ärger, den viele von uns im Blick auf Diskussionen und Entscheidungen in der EG immer wieder verspüren, möchte ich Ihnen allen zurufen: Jeder Fortschritt in der Einigung des freien Europa trägt dazu bei, die Spaltung ganz Europas langfristig zu überwinden, und dies heißt immer auch: die Spaltung Deutschlands zu überwinden.

(Beifall)

Wir Deutschen brauchen mehr als andere das geeinte Europa, weil sich die Teilung unseres Vaterlandes nur in größeren europäischen Dimensionen überwinden läßt. Eine erfolgreiche Europapolitik ist deshalb zugleich immer auch ein wichtiger Beitrag für eine konstruktive Ostpolitik. Unsere Ost- und Deutschlandpolitik müßte scheitern, wenn sie ihr natürliches Widerlager in der gemeinsamen europäischen und westlichen Bündnispolitik verlieren oder aufgeben würde.

Als wir die Regierungsverantwortung übernahmen, war die Reform der Europäischen Gemeinschaft überfällig. Auch hier haben wir - wie auf anderen Feldern - vieles vorgefunden, was unsere Vorgänger einfach liegenließen. Wir haben uns sofort an die Arbeit gemacht. Mit dem auf dem Europäischen Gipfel in Stuttgart geknüpften Verhandlungspaket haben wir die entscheidenden Voraussetzungen für den Erfolg der Konferenz von Fontainebleau geschaffen. Dort wurden im vergangenen Jahr wichtige Ergebnisse erzielt, in der Haushalts- und Finanzpolitik ebenso wie in der Agrarpolitik der Gemeinschaft.

Natürlich haben wir bitter erfahren müssen, daß auch hier der Teufel im Detail steckt. Manche machen es sich wirklich - ich sage das insbesondere im Blick auf bestimmte Bereiche in den Städten, insbesondere den Großstädten - zu leicht mit der Kritik an der Agrarpolitik der EG und an unserer Hilfe für die Bauern. Sie sehen über die Existenzsorgen unserer bäuerlichen Familienbetriebe großzügig hinweg.

Aber, meine Damen und Herren, ich sage: Solidarität ist keine Einbahnstraße! Wieso sind eigentlich die Bauern die Lastesel der Europäischen Gemeinschaft? Selbstverständlich haben sie die Solidarität unseres Landes verdient.

(Beifall)

Wir stehen nun vor schwierigen und wichtigen Entscheidungen im Blick auf die Erweiterung um Spanien und Portugal. Wir - auch wir als Christlich Demokratische Union Deutschlands - haben den Demokraten in Spanien und Portugal unser Wort

gegeben, daß sie nach der Rückkehr aus der Diktatur, wenn sie das neue Gemeinwesen demokratisch aufbauen, in der Europäischen Gemeinschaft herzlich willkommen sind. Wer jetzt nicht fähig ist, in einem vernünftigen Miteinander diese Entscheidung zum 1. Januar 1986 wie versprochen zu gewährleisten, der muß sich gerade hier in der Bundesrepublik einmal die Frage stellen: Welche Folgen, liebe Freunde, hätte es gehabt, wenn sich die anderen in jenen Tagen, als es um unseren Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft ging, versagt hätten? Welche Folgen hätte das für die Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland gehabt?

(Beifall)

Wir haben natürlich in diesen zwei Jahren nicht alle Probleme lösen können, die sich in vielen Jahren aufgestaut haben. Manches liegt im argen. Aber wir haben so viel Schutt aus dem Wege geräumt, daß wir uns jetzt der eigentlichen Aufgabe zuwenden können: den nächsten entscheidenden Schritt im Blick auf die Vision der großen europäischen Gründergeneration nach dem Kriege zu tun, den Schritt in Richtung auf die Europäische Union, den tatkräftigen Beginn des Baus der Vereinigten Staaten von Europa.

Im Juni sollen auf dem EG-Gipfel in Mailand, soweit möglich, die Weichen gestellt werden. Das Jahr 1985 kann, liebe Freunde, für die Europäische Gemeinschaft ein Schicksalsjahr werden, ein Jahr, in dem über den zukünftigen Weg entschieden wird. Ich bin fest entschlossen - und dies ist ein Erbe Konrad Adenauers, das wir zu verwalten haben -, einen wesentlichen und entscheidenden Schritt zur politischen Einigung Europas voranzugehen.

(Beifall)

Was wir erreichen können, wird - das ist wahr - vom Mut, von der Einsicht, von der Entschlossenheit der Mitgliedstaaten abhängen. Es werden sicherlich einige zögern. Aber wir können nicht warten. Die Perspektive des geeinten Europa ist für alle unverzichtbar geworden. Wir, die Deutschen, brauchen sie um der Zukunft unserer Kinder willen, um der Zukunft unseres Kontinents willen, der nach einem Jahrhundert zweier Weltkriege in ein Jahrhundert des Friedens geführt werden muß.

Liebe Freunde, in der Außen- und Deutschlandpolitik haben wir wieder Klarheit und Sicherheit geschaffen. Das ist von der Mehrheit unserer Mitbürger nicht nur dankbar aufgenommen worden, sondern auch ganz selbstverständlich unterstützt worden. Sie wissen, endlich haben sie wieder eine Regierung, die unmißverständlich ausspricht, wo wir als Land der Freiheit, der Demokratie und des Rechts hingehören: auf die Seite der Freiheit, an die Seite unserer Partner und Freunde im Bündnis, in der Atlantischen Allianz für Frieden und Freiheit.

(Beifall)

Unsere Mitbürger haben auch ein feines Gespür dafür, daß wir für die Rolle als Mittler oder gar Schiedsrichter zwischen Ost und West, zwischen den Weltmächten, die falsche Besetzung wären. In Fragen der eigenen Sicherheit können wir nicht unparteiisch sein.

Unsere Bewährungsprobe im Bündnis war die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses. Wir sind gegenüber unseren Partnern nicht - wie die Sozialdemokraten - wortbrüchig geworden.

(Beifall)

Wir haben den Drohungen der Sowjetunion widerstanden und haben damit auch in der Sowjetunion neuen Respekt gewonnen.

(Beifall)

Wir haben uns nicht dem Druck auf unseren Straßen gebeugt. Die Frage, ob Bonn nicht doch Weimar sein könnte, ist in jenen Tagen wohl endgültig entschieden worden. In der Bundesrepublik bestellt der Wähler in freier, geheimer und direkter Wahl sein Parlament. Dieses Parlament bestimmt die Regierung und sonst niemand, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wir haben klaren Kurs gehalten, weil dieser Kurs unseren Sicherheitsinteressen entsprach. Unsere Partner im Bündnis wie unsere Bürger, aber auch unsere Gegner wissen, daß dies eine Regierung ist, die zu ihrem Wort steht. Wir sind zuverlässig und berechenbar und bleiben es.

Liebe Freunde, gerade die Erfahrung mit dem Stationierungsbeschluß Ende 1983 - lassen Sie mich das in die Partei hinein sagen -, die wilden Diskussionen, die bangen Fragen von vielen, auch Gutwilligen, uns freundlich Gesonnenen, haben damals auch manchen bei uns verunsichert. Es gab auch in unseren Reihen in jener Zeit mancherlei Kleinmut. In den großen, entscheidenden Fragen der Nation muß man den Kurs bestimmen. Wenn der Kurs richtig ist, muß man ihn durchhalten, auch wenn an manchen Tagen der Wind ins Gesicht schlägt. Das ist die Erfahrung aus der Geschichte, die wir gemacht haben.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn das in der Außen- und Sicherheitspolitik richtig ist - und das ist erwiesen -, ist es ganz gewiß auch in anderen Fragen wichtig und richtig, etwa in der Gesellschaftspolitik.

Auf der Grundlage unserer gesicherten Verteidigungsfähigkeit bemühen wir uns um Dialog und Verhandlungen und, wenn möglich, um Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Paktes. Aber das ist keine Ostpolitik der Illusion, sondern eine Ostpolitik mit Augenmaß. Das letzte Jahr hat gezeigt, in welchem Ausmaß die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Partnern in Ost und West in den notwendigen Dialog zwischen den Weltmächten eingebunden bleibt. Aber auch die USA und die Sowjetunion müssen begreifen, daß ihre Beziehungen verbessert werden können, wenn die jeweiligen Bündnispartner diesen Dialog absichern und unterstützen.

Wir werden, wann und wo auch immer, unser Gewicht in die Waagschale werfen, innerhalb des westlichen Bündnisses genauso wie im Gespräch mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten.

In den letzten Tagen habe ich in meinen Gesprächen in Moskau mit dem Generalsekretär Gorbatschow, mit Generalsekretär Honecker, mit Präsident Husak und Ministerpräsident Jaruzelski deutlich gemacht, daß wir gute Voraussetzungen sehen, die Beziehungen auf allen Ebenen zu entwickeln, wenn auch die andere Seite dies will.

Das gilt für die eben genannten Länder genauso wie für Ungarn, Rumänien und Bulgarien.

Generalsekretär Gorbatschow hat mir erklärt, daß die Linie der Sowjetunion darauf gerichtet sei, gutnachbarliche Beziehungen zwischen unseren Ländern zu entwickeln und alles zu unterstützen, was einer Annäherung unserer Völker und Staaten dienlich sei, im Interesse der Sicherheit in Europa und der ganzen Welt. Ich hoffe, daß seinen Worten die entsprechenden Taten folgen werden. Wir alle hätten den Nutzen davon.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir stehen vor einer neuen Phase in den Ost-West-Beziehungen. Von der Wiederaufnahme des Rüstungskontrolldialogs zwischen den USA und der Sowjetunion in Genf können wichtige Impulse für eine Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses kommen. Es besteht jetzt eine bessere Chance, zu dauerhaften und grundlegenden Ergebnissen zu kommen, als in den 70er Jahren.

Unser Ziel, das ist der Fortschritt zum Wohle der Menschen. In der Moskauer Erklärung haben Generalsekretär Honecker und ich gemeinsam unterstrichen, daß solche Fortschritte zum Wohle der Menschen im beiderseitigen Verhältnis in hohem Maße geeignet seien, zur Verbesserung des politischen Klimas und zur Vertrauensbildung in den West-Ost-Beziehungen beizutragen. Liebe Freunde, wir haben einen eigenen Anteil daran - wir sollten es immer wieder deutlich sagen, weil wir das vor über einem Jahr bei der Stationierungsdebatte versprochen haben -, daß vor wenigen Tagen neue Rüstungskontrollverhandlungen in Genf beginnen konnten.

In engen, vertrauensvollen und intensiven Konsultationen mit unseren amerikanischen und europäischen Verbündeten haben wir bereits seit dem letzten Sommer unermüdlich darauf hingearbeitet, daß dieser Dialog zwischen den beiden Großmächten wieder in Gang kommt und daß dabei europäische Interessen gewahrt und einbezogen werden. In meinen Gesprächen mit Präsident Reagan Ende November des letzten Jahres, die in der gemeinsamen Washingtoner Erklärung ihren Niederschlag gefunden haben, haben wir die wichtigsten Merkmale dieses Weges aufgezeigt. Anfang Mai wird der Präsident der Vereinigten Staaten unser Gast sein. Wir heißen ihn aufs herzlichste willkommen.

(Beifall)

Er ist unser Freund. Und, liebe Freunde, wir haben dann eine gute Gelegenheit zu einer Demonstration der deutsch-amerikanischen Freundschaft.

(Beifall)

Wir unterstützen die in Genf vereinbarten Verhandlungsziele, weil sie auch in unserem Sicherheitsinteresse liegen. Das gesamte Spektrum des militärischen Kräfteverhältnisses zwischen West und Ost ist in diesen Dialog wieder einbezogen. Wir sehen darin eine eindrucksvolle Bestätigung der Außen- und Sicherheitspolitik des Bündnisses.

1985 kann damit zu einem Jahr wichtiger rüstungskontrollpolitischer Weichenstellungen auf allen Gebieten werden. Es gilt jetzt, jede denkbare Chance zu nutzen. Die Voraussetzungen sind günstig. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Ronald

Reagan, kann auf Grund eines überwältigenden Vertrauensbeweises des amerikanischen Wählers und gestützt auf die Solidarität seiner europäischen Freunde und Bündnispartner offensiv und konstruktiv zugleich verhandeln.

Mit Generalsekretär Gorbatschow verfügt die Sowjetunion über eine neue und stabile Führung, die mit Klugheit und Weitsicht die Chance nutzen sollte, den Frieden mit weniger Waffen zu sichern.

Bei den Genfer Verhandlungen muß es darum gehen

- erstens die strategische Stabilität zu festigen und einen Rüstungswettlauf im Weltraum und auf der Erde zu verhindern.

- zweitens die nuklearen strategischen und Mittelstreckenwaffen drastisch zu reduzieren und zu begrenzen.

- drittens die beiderseitigen Forschungen auf dem Gebiete neuer Raketenabwehrsysteme und der Antisatellitensysteme in kooperative Lösungen einmünden zu lassen, um eine Hochrüstung im Weltraum zu verhindern.

- viertens den ABM-Vertrag zu bekräftigen, solange keine gemeinsamen Vereinbarungen getroffen worden sind, die das Verhältnis zwischen Offensiv- und Defensivwaffen für uns entscheidend neu bestimmen.

Entscheidend aber, liebe Freunde, bleibt, daß die Bündnisstrategie der flexiblen Reaktion unangestastet bleibt, solange es keine für das Ziel der Kriegsverhinderung wirksamere Alternative gibt.

(Beifall)

Lassen Sie mich hinzufügen: Je mehr es in Genf gelingen wird, die nuklearen Offensivwaffen in Ost und West einschneidend zu reduzieren, desto überflüssiger könnte es werden, weltraumgestützte Systeme zu stationieren. Wir wollen uns die Chance solcher Vereinbarungen erhalten. Deshalb haben wir uns die Entscheidung über die Verwirklichung der strategischen Verteidigungsinitiative offengehalten, und zwar in beiden Richtungen. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, eine gemeinsame Haltung der Europäer zu entwickeln und gegenüber unseren amerikanischen Verbündeten zur Geltung zu bringen.

Liebe Freunde, wir müssen uns dabei auf einen schwierigen und langfristigen Verhandlungsprozeß einstellen. Aber es ist ein schicksalhafter Prozeß. Für mich gehört es zu den negativen Entwicklungen unserer Bundesrepublik, daß wir in der Frage der Außen- und Sicherheitspolitik zunehmend verprovinzialisieren. Gewiß, die Rente, die Sicherung der Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit sind zentrale Fragen. Aber alles, was wir innenpolitisch lösen können, war umsonst, wenn wir den Frieden und die Freiheit des Landes nicht erhalten können.

(Beifall)

Deswegen müssen wir unseren Freunden in diesen Verhandlungen mit ganzer Kraft zur Seite stehen. Es wird auch in Zukunft Rückschläge geben. Noch sind die Unterschiede zwischen den Verhandlungspositionen zu groß. Der Erfolg wird entscheidend abhängen vom Ausmaß und der Intensität der Konsultationen zwischen

den USA und ihren Bündnispartnern, von der Vertraulichkeit der Verhandlungen als Gradmesser für ihre Ernsthaftigkeit und von der Solidarität im Bündnis sowie von der notwendigen Geduld, die gerade in modernen Massendemokratien in solchen subtilen Fragen schwer aufzubringen ist.

Wir dürfen nicht zulassen, daß die öffentliche Diskussion wie die Verhandlungen selbst auf die Strategische Verteidigungsinitiative der USA verkürzt werden. Alle drei Verhandlungsebenen in Genf sind von zentraler Bedeutung. Und ich füge hinzu: Diese Verhandlungen in Genf, liebe Freunde, werden wirklich nur erfolgreich sein, wenn sich die Ost-West-Beziehungen insgesamt konstruktiv entwickeln, d. h. auf allen politischen und wirtschaftlichen Ebenen. Deshalb habe ich es ausdrücklich begrüßt, daß auch insoweit der Dialog zwischen den Großmächten wieder aufgenommen wird.

Diese Verhandlungen müssen unterstützt werden durch Gespräche, durch die Zusammenarbeit der Bündnispartner in Ost und West. Wer Hindernisse in den Weg legt, muß sich nach der Glaubwürdigkeit seiner politischen Absichten fragen lassen. Ich bin zuversichtlich, daß die Genfer Verhandlungen günstige Voraussetzungen schaffen, um Fortschritte auch bei den multilateralen Rüstungskontrollverhandlungen in Stockholm, in Wien und in Genf zu ermöglichen.

Liebe Freunde, 40 Jahre nach dem 8. Mai 1945 wissen wir mehr als andere, daß für uns Deutsche Friedenspolitik nicht allein eine Frage von Frieden und Sicherheit in Europa ist. Gerade das geteilte deutsche Vaterland hat ein elementares nationales Interesse daran, daß die Gräben zwischen Ost und West überwunden werden; denn jede Verbesserung der West-Ost-Beziehungen dient auch den Menschen in unserem geteilten Land, indem sie ihnen die Chance für mehr Miteinander eröffnet.

(Beifall)

Darüber hinaus leistet jede Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland auch einen Beitrag zum Frieden in Europa. Aus diesem Grunde wie im Interesse der Menschen wollen wir das Geflecht unserer Beziehungen zur DDR dort entwickeln und festigen, wo das möglich ist.

Dabei wissen wir genau, mit wem wir sprechen, mit wem wir verhandeln. Wir sind gänzlich ohne jede Illusion. Wir tun alles, damit der nationale Auftrag erfüllbar bleibt: in einem vereinten Europa in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

(Beifall)

Denn, liebe Freunde, bei der Deutschlandpolitik geht es immer auch um das Ganze, um das ganze deutsche Vaterland und die Einheit der deutschen Nation.

Die von uns geführte Regierung hat die Deutschlandpolitik endlich wieder in ihre historische Perspektive gestellt. Schon Ende der 70er Jahre war ganz deutlich zu spüren, was heute für alle Welt offenkundig ist: daß die Deutschen ihre nationale Einheit begreifen, daß sie wissen wollen, woher sie kommen, wer sie sind, daß sie aber auch wissen wollen, welche Möglichkeiten die Geschichte für die Zukunft unserer Nation bereithält.

Orientierung tut not; denn wir haben es mit einem Feld zu tun, auf dem ein neuer Nationalismus leicht gedeihen kann; auch ein Nationalismus von links. Das zeigt die

Geschichte, und, ich fürchte, das zeigt auch unsere Gegenwart. Ein solcher Nationalismus wird immer ein Ferment für Neutralismus sein. Damit würden wir unsere Freiheit aufs Spiel setzen.

(Beifall)

Eine der wichtigsten Lehren, die wir in diesem Jahrhundert aus unserer Geschichte ziehen konnten, ist zur Staatsraison der Bundesrepublik Deutschland geworden: die Bindung an die Wertegemeinschaft freiheitlicher Demokratien und die Verpflichtung auf die politische Einigung Europas. Denn, liebe Freunde, Freiheit, Menschenrechte und der Friede, den sie stiften, sind unsere erste Staatsbestimmung. Und Freiheit ist auch immer der Kern der deutschen Frage. Um Selbstbestimmung geht es, um Menschenrechte - um Menschen und nicht um Territorien.

(Beifall)

Wir alle wissen, daß es zum Nationalstaat Otto von Bismarcks kein Zurück gibt. Das deutsche Haus, liebe Freunde, ist nur zu bauen auf dem Fundament der Menschen- und Bürgerrechte und unter dem Dach eines vereinten Europas.

(Beifall)

Daß dieser Bau gelingen kann, davon bin ich überzeugt mit Blick auf die Kontinuität der Geschichte, mit Blick auf den vielfältigen Wandel auf deutschem Boden in der Mitte Europas.

Zur Lage der Nation ist das Schlußwort nicht gesprochen. Das letzte Wort, liebe Freunde, haben die, die dereinst Europa zu geben vermögen, wonach sich alle Europäer in Ost und West sehnen: eine dauerhafte Friedens-, eine dauerhafte Freiheitsordnung.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich habe geschildert, auf welchen Feldern unsere Politik der Erneuerung einen grundlegenden Wandel herbeigeführt hat oder ihn fördert. Wir führen das Land auf einen besseren Kurs. Der Weg ist lang. Wir haben gerade erst die erste Etappe hinter uns gebracht. Große Aufgaben liegen noch vor uns. Sie stehen ganz oben auf der Tagesordnung für die Zukunft.

Wir haben als Christliche Demokraten eine moralische Verpflichtung vor allem auch gegenüber jenen, die heute ohne Arbeit sind. Wir müssen helfen, damit sie ihre Chance bekommen, ihr Leben aus dem Ertrag ihrer eigenen Leistung zu gestalten.

Es ist ein Lebensrecht der nachwachsenden Generation, daß wir mit Natur und Umwelt sorgsam umgehen. Wir wissen, daß wir alles tun müssen, um die natürlichen Lebensgrundlagen unseres Landes wirksam zu schützen.

Nach einem erfüllten Arbeitsleben haben unsere älteren Mitbürger einen Anspruch auf einen gerechten Alterslohn. Wir müssen den Generationenvertrag dauerhaft sichern.

Nach Jahrhunderten europäischer Bruderkriege ist es unser historischer Auftrag, das europäische Einigungswerk weiterzuführen. Wir dürfen die Chance nicht vergeben,

mit einer Politischen Union den Weg zu bereiten für eine europäische Friedens- und Freiheitsordnung.

Hier geht es um die Sicherung unserer Zukunft, um die Lebensfragen unseres Volkes.

Nach einer Phase der bloßen Gegenwartsorientierung ist es heute in der deutschen Politik unsere Pflicht, uns diesen Herausforderungen mutig zu stellen und ihnen entschlossen zu begegnen. Unser Volk - dessen bin ich gewiß - hat dazu den Willen und, wenn wir es gemeinsam tun, auch die notwendige Energie.

Zum zweiten Mal, liebe Freunde, in der Geschichte der letzten 40 Jahre haben wir, die Christlich Demokratische Union, den Auftrag, unser Land auf einem sicheren Weg in die Zukunft zu führen. Wir sind diesem Auftrag gewachsen. Wir werden diesen Auftrag erfüllen.

Für diese Politik, liebe Freunde, stehe ich. Für diese Politik bitte ich Sie um Ihre Hilfe und Unterstützung. Gehen wir gemeinsam ans Werk. Es geht um den Frieden, es geht um die Freiheit, es geht um unser deutsches Vaterland.

(Langanhaltender Beifall - Die Delegierten erheben sich)

Dr. Bernhard Worms, Tagungspräsidium: Wir danken Helmut Kohl für diese richtungweisende Rede. Wir danken Helmut Kohl für seinen erfolgreichen, unermüdlischen, beispielhaften Einsatz an der Spitze der Bundesregierung. Helmut Kohl ist unser Vorbild.

(Beifall)

Lieber Helmut Kohl, die Union, Ihre Union, steht zu Ihnen und unterstützt Sie bei Ihrer großen Aufgabe für unser Vaterland. Meine Damen und Herren, Helmut Kohl ist der Garant für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit für unser Land und alle Bürger.

(Beifall)

Verehrte Damen und Herren, noch ein wichtiger Hinweis: Wir werden nachher die Wahlen haben. Wenn Stichwahlen notwendig sein sollten, werden wir in jedem Falle alle Stichwahlen heute durchführen. Deshalb bittet das Tagungspräsidium Sie herzlich, sich darauf einzurichten, daß unser nordrhein-westfälischer Abend nicht wie ausgedrückt um 20 Uhr, sondern, nach unserer Einschätzung, erst um 21 Uhr beginnen wird.

Meine Damen und Herren, ich berufe die zweite Plenarsitzung für heute mittag, pünktlich 14.30 Uhr, ein. Ich wünsche Ihnen guten Appetit.

Unsere erste Plenarsitzung ist geschlossen.

(Schluß: 12.32 Uhr)

Mittwoch, 20. März 1985

2. Plenarsitzung

Beginn: 14.30 Uhr

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich eröffne die zweite Plenarsitzung des Bundesparteitages.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

GRUSSWORTE

Für die Vertreter der befreundeten ausländischen Parteien erteile ich das Wort zu einem Grußwort dem Präsidenten der Europäischen Volkspartei, Piet Bukman.

(Beifall)

Piet Bukman, Präsident der Europäischen Volkspartei: Frau Vorsitzende! Herr Bundeskanzler! Liebe Freundinnen! Liebe Freunde!

(Beifall)

Heute spreche ich das erste Mal als neugewählter Präsident der Europäischen Volkspartei auf einem Bundesparteitag der CDU.

(Beifall)

- Seien Sie vorsichtig, seien Sie vorsichtig! -

(Heiterkeit)

Ich will diese Gelegenheit gerne benutzen, um mich für die Unterstützung Ihres Vorsitzenden, des Bundeskanzlers Helmut Kohl, und der CDU von Herzen zu bedanken, die sie mir auf dem Weg zu dieser Präsidentschaft gewährt haben. Auch für die vielen Glückwünsche möchte ich herzlich danken. Ohne Glück, ohne Vertrauen und ohne den Einsatz ihrer Mitgliedsparteien kann die Europäische Volkspartei, kann auch ein EVP-Präsident nichts zur Fortentwicklung der europäischen Einigung beitragen.

Ich möchte es heute so sagen: Europa lebt nur, wenn es in den Herzen seiner Bürger lebendig ist. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Parteien und die Regierungen ihren politischen Willen deutlich machen.

(Beifall)

Wollen sie Europa, oder wollen sie Europa nicht? Wollen sie Europa auf kleiner Flamme halten, oder wollen sie es mit energischen und mutigen Schritten weiterentwickeln? Wenn die Erwartungen, die die Bürger an die Regierungen stellen, durch Nichtstun enttäuscht werden, wird das Vertrauen der Bürger bald auf den Nullpunkt sinken.

Dabei ist, so glaube ich, wesentlich, was wir als europäische christliche Demokraten wollen und was wir als europäische christliche Demokraten tun. Man schaut auf uns, und man erwartet etwas von uns, weil wir seit Adenauer, seit De Gasperi, seit

Schuman die stärkste europäische politische Kraft sind und es auch bleiben wollen. Keine politische Bewegung hat so viele engagierte Europäer hervorgebracht wie die unsere.

(Beifall)

Keine hat sich auf das Ziel der Einigung Europas so festgelegt wie wir. Wenn wir, d. h. die verantwortlichen christlichen Demokraten mit ihren Parteien, bei der Einigung Europas vorangehen, wird es, so glaube ich, für die anderen fast unmöglich sein, diese Entwicklung auf die Dauer zu verhindern.

(Beifall)

Die Gestaltung der Europäischen Gemeinschaft und ihre Fortentwicklung zur Europäischen Union liegen zu einem großen Teil in unseren Händen.

Die Frage ist: Worauf muß sich die christliche Demokratie heute konzentrieren, worauf muß sie vorbereitet sein?

Ich will einige Schwerpunkte nennen: Da ist zu allererst der Beitritt Spaniens und Portugals. Die Verhandlungen befinden sich gerade heute, Mittwoch, in einem sehr kritischen Stadium. Wenn der Beitritt am 1. Januar 1986 vollzogen werden soll, müssen die Verhandlungen in Brüssel heute abgeschlossen werden.

Wir müssen uns bewußt sein, daß der Beitritt Spaniens und Portugals viel mehr bedeutet als nur eine Vergrößerung der Zahl an Mitgliedstaaten. Dieser Beitritt bedeutet in politischer Perspektive vor allem den Anschluß von jungen Demokratien an den kleinen Teil Europas, der seine Freiheit bewahren konnte, um gemeinsam die Demokratie zu stärken.

(Beifall)

Darum ging es letztendlich auch den Gründern der europäischen Zusammenarbeit.

Die zweite vorrangige Aufgabe ist die Vertiefung der Gemeinschaft und die Verbesserung der Qualität der europäischen Integration. Ich bin davon überzeugt, daß die Zeit für grundsätzliche und irreversible Beschlüsse hierzu reif ist. In diesem Zusammenhang ist es von großer Bedeutung, daß unsere Abgeordneten im Europäischen Parlament sich als einzige Gruppe geschlossen hinter die Initiative für die Europäische Union gestellt haben.

(Beifall)

Natürlich stellt sich die Frage, wann dieses Endziel erreicht werden kann. Zweifellos hat jedoch diese Initiative schon als Stimulans gewirkt, um nun tatsächlich Nägel mit Köpfen zu machen und vorwärtsweisende Entscheidungen zu treffen. Deshalb unterstützen die Christlichen Demokraten auch die Bemühungen, kurzfristig die Befugnisse der EG-Kommission und des Europäischen Parlaments zu verstärken, die Entscheidungsverfahren in Europa zu verbessern und neue Politiken für die Europäische Gemeinschaft zu entwickeln.

In Dublin haben sich Anfang Dezember die Gremien der Europäischen Volkspartei aus Überzeugung hinter die ersten Ergebnisse der Beratungen im Dooge-Komitee

gestellt, auch hinter die Forderung nach einer Regierungskonferenz über Europas Zukunft. Ich fürchte, wenn in diesen Fragen nicht bald ein Durchbruch erzielt wird, wird der sichere Hafen Europa langsam versanden. Noch in diesem Jahr muß der Durchbruch gelingen. 1985 ist das Jahr, in dem die schönen Sonntagsreden in konkrete, Vertrauen erweckende Taten umgesetzt werden müssen, und zwar mit Unterstützung der CDU, mit Unterstützung aller europäischen Christlichen Demokraten.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, ich sprach davon, daß neue Politiken in Angriff genommen werden müssen. Auch das ist, glaube ich, eine sehr hohe Priorität. Dabei denkt man beinahe automatisch an den Ausbau der währungspolitischen Zusammenarbeit. Das ist auch richtig. Ohne vertiefte Zusammenarbeit auf diesem Gebiet wird Westeuropa noch mehr Mühe haben, seine Position weltweit zu behaupten, von einer Verstärkung ganz zu schweigen.

Es sind jedoch auch andere Dinge lebenswichtig. Als dritten Schwerpunkt nenne ich die Notwendigkeit einer europäischen Technologiegemeinschaft. Über eine gemeinschaftliche Anstrengung auf diesem Gebiet kann Europa wieder einen vollwertigen Platz neben den technologischen Großmächten USA und Japan zurückgewinnen. Wir dürfen in diesem Bereich nicht in eine Situation zurückfallen, in der wir nur Dinge konsumieren, die andere außerhalb Europas für uns produzieren.

(Beifall)

Der vierte Schwerpunkt ist die europäische Sicherheit. Überall wächst das Bewußtsein dafür, daß Europa zu seiner eigenen Sicherheit einen größeren Beitrag leisten muß, aber nicht etwa um eine selbständige, unabhängige Position zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten einzunehmen. Das mag die Sowjetunion wohl wollen, aber in diese Falle gehen wir als europäische Christliche Demokraten jedenfalls nicht.

(Beifall)

Uns geht es um eine Stärkung der atlantischen Zusammenarbeit mit Hilfe eines stärkeren europäischen Beitrags, und zwar materiell und politisch. Ich würde es besonders bedauern, wenn es der Europäischen Volkspartei als der richtungweisenden politischen Kraft in Europa nicht gelingen sollte, eine gemeinsame Haltung für ein europäisches Sicherheitskonzept mit atlantischer Perspektive zu entwickeln. Das bedeutet, wie ich glaube, auch, daß wir intensiven Kontakt mit unserem amerikanischen NATO-Partner bei der Entwicklung seiner Sicherheitsideen halten.

Ich habe, meine Freunde, vier Schwerpunkte genannt, um Europa von der Kriechspur wieder auf die Schnellstraße zurückzubringen.

(Beifall)

Wir beschäftigen uns als europäische Christliche Demokraten damit nicht nur aus eigenem Interesse und im Interesse unserer Nachkommen, sondern auch wegen der Verpflichtung Europas für die Welt. Ich denke dabei an den europäischen Beitrag bei der Bekämpfung von Hunger und Armut in Afrika und Teilen Asiens. Ich denke an unseren Beitrag im Kampf für Demokratie in Lateinamerika und anderswo. Ich denke

an den Kampf für die Menschenrechte, der leider beinahe überall in der Welt geführt werden muß.

Hierbei kann das freie und demokratische Europa wieder eine bedeutende Rolle in der Welt spielen, aber nur dann, wenn Europa gemeinsam auftritt. Das verpflichtet auch die europäischen Christlichen Demokraten zu größerer Gemeinsamkeit, ausgehend von unseren von christlichen Werten geprägten geistigen Grundlagen, die unsere politischen Überzeugungen hinsichtlich Frieden, Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit bestimmen.

(Beifall)

Ich wünsche Ihnen, meine lieben Freundinnen und Freunde, einen guten Parteitag und rufe Sie auf, weiterhin Europa auf Ihr Panier zu schreiben - mit ganz großen Buchstaben!

Vielen Dank.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Lieber Peter Bukman, ich danke Ihnen im Namen des Parteitages.

Peter Bukman ist erst zu Beginn dieses Monats als Präsident der EVP in der Nachfolge unseres Freundes Leo Tindemans gewählt worden. Als langjähriger Verfechter der europäischen Einigung hat er sein Amt in schwieriger Zeit übernommen. Lieber Peter Bukman, wir wünschen Ihnen viel Kraft und eine glückliche Hand.

Auf die CDU Deutschlands können Sie sich verlassen.

(Beifall)

Das Wort hat der Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich habe heute zu Beginn dieses Parteitages darauf hingewiesen, daß wir in diesem Jahr unseren 40. Geburtstag feiern. Ich finde es nicht nur angemessen, sondern auch selbstverständlich und unserem Stil des Miteinander entsprechend, daß wir bei einer solchen Gelegenheit wie der des Bundesparteitags 1985 einige unserer Freunde stellvertretend für viele andere ehren.

Vor 40 Jahren, in den Wirren des zusammenbrechenden Hitler-Regimes und den Tagen des Kriegsendes, fanden sich Männer und Frauen zusammen, die vor allem an die Zukunft dachten. Aus kleinsten, regional verstreuten Anfängen, gegen vielerlei Widerstände kämpfend und unter schwierigsten äußeren Bedingungen machten sie sich an den Aufbau unserer Partei. Sie traten ein für Partnerschaft und Solidarität, gegen Klassenkampf und gegen Gruppenegoismus. Sie kämpften aus ihrer bitteren Erfahrung von 1933 bis 1945 im besten Sinne des Wortes für ein besseres Deutschland. Es war die Stunde eines neuen Anfangs unserer Demokratie. Es war die Geburtsstunde der Christlich Demokratischen Union, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die politische Spaltung der Konfessionen zu überwinden.

Wir freuen uns, heute eine Reihe von Männern und Frauen ehren zu können, die aus ihrer christlichen Verantwortung, aus ihrer sehr persönlichen Lebenserfahrung heraus in jenen bitteren Tagen bereit waren, ihren Beitrag für die Zukunft zu leisten. Wir sind stolz auf diese Männer und Frauen, die mit ihrem Beitrag zur Vernunft, zum Ausgleich und zum inneren Frieden ein Stück Zukunft unseres Volkes begründet haben. Ihre Entschlossenheit, ihr häufig sehr persönliches Opfer und ihr Mut in dieser Zeit nach der Stunde Null sind auch heute für uns Vorbild und Ansporn.

Ich darf stellvertretend für die vielen anderen aus dieser Zeit nennen: Friedrich Wegehaupt.

(Beifall)

Er ist heute doppelt so alt wie seine Mitgliedschaft in der Christlich Demokratischen Union.

(Erneuter Beifall)

Er war wegen seiner politischen Überzeugung in nationalsozialistischen und in kommunistischen Gefängnissen. Nach seiner Flucht in den Westen war er Pressereferent im Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen und viele Jahre Leiter des Büros unseres verstorbenen Freundes Ernst Lemmer.

Lieber Herr Wegehaupt, ich und alle unsere Freunde empfinden gerade vor Ihrer Standhaftigkeit und Grundsatztreue die größte Achtung.

(Beifall)

Margarete und Bernhard Brommer

(Beifall)

haben seit 1945 gemeinsam für die Sache der Union gearbeitet. Als Bernhard Brommer 1946 wegen angeblicher Arbeit gegen die Ziele der sowjetischen Besatzungsbehörden in Buchenwald interniert wurde, sorgte seine Frau für den Fortbestand des CDU-Ortsverbandes Ammendorf an der Saale. Beide haben dann nach ihrer Übersiedlung nach Hannover aktiv in der dortigen Partei gearbeitet, er als stellvertretender Ortsvorsitzender, sie in der Frauenvereinigung des CDU-Kreisverbandes Hannover-Stadt. - Vielen Dank!

(Beifall)

Frau Gerda Garz

(Beifall)

gründete in ihrem Haus in Mecklenburg die dortige CDU. 1952 wurden sie und ihre Familie wegen ihrer politischen Überzeugung verhaftet. Nach ihrer Entlassung kam sie 1955 in die Bundesrepublik. Ihr ganzes Engagement gilt nunmehr seit vier Jahrzehnten unserer Partei. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

Katharina Haase war Mitbegründerin der CDU in Magdeburg.

(Beifall)

Nach ihrer Übersiedlung in die Bundesrepublik gehörte sie der CDU Dortmund und später in Mainz in vielen aktiven Verpflichtungen an. Vielen herzlichen Dank für Ihr Tun!

(Beifall)

Thomas Ruf

(Beifall)

war Leiter der sozialen Hilfsdienste der Volkshochschule in Esslingen, Mitbegründer der CDU und von 1953 bis 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages. Wer die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland einmal schreiben wird oder schon geschrieben hat, wird in vielen Bereichen, ob bei der Rentenversicherung, ob bei der Mitbestimmung, immer wieder auf Thomas Ruf und sein Werk und seinen Anteil an der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Integration in unserem Lande stoßen. Vielen herzlichen Dank, lieber Freund Ruf!

(Beifall)

Alfred Krause

(Beifall)

war Mitbegründer der CDU in der Lausitz und mußte von dort nach Berlin fliehen. Dort wurde er 1950 stellvertretender und danach 18 Jahre lang Kreisvorsitzender im Wedding, Abgeordneter im Abgeordnetenhaus, Geschäftsführer der Exil-CDU sowie Leiter des Deutschlandbüros. Vielen Dank für Ihren Dienst an unserer Sache!

(Beifall)

Richard Rieder

(Beifall)

trat 1945 der CDU bei. Er kam aus der damaligen sowjetischen Besatzungszone 1947 in den Westen. Er war Vorsitzender des Stadtbezirksverbandes Huchting, gehörte der Bremer Bürgerschaft an und leitete über lange Jahre den CDU-Fachausschuß Gesundheitspolitik. Herzlichen Dank für Ihr Mitwirken!

(Beifall)

Johann Schmoll

(Beifall)

war ein Mann der ersten Stunde in Hamburg. Sein Mitgliedsausweis trägt die Nummer 9. Johann Schmoll baute unsere dortige Geschäftsstelle mit auf und widmete sich danach wieder seinem Beruf. Seit nunmehr 40 Jahren ist er unserer Sache mit Rat und Tat verbunden. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

Otto Wagner

(Beifall)

baute 1945 gemeinsam mit seinem Bruder und mit unserem unvergessenen Freund, dem Außenminister und langjährigen Fraktionsvorsitzenden Heinrich von Brentano, die Christlich Demokratische Union in Südhessen auf. Er war durch viele Jahrzehnte ihr Vorsitzender, eine der prägenden Gestalten unserer hessischen Partei und auch der Bundespartei. Er ist bis zum heutigen Tag unserer Arbeit aufs engste und - hier kann man das mit voller Berechtigung sagen - aufs treueste verbunden. Vielen herzlichen Dank, lieber Freund Wagner!

(Beifall)

Franz Wiegert

(Beifall)

hat 1945 den Gründungsauftrag unserer Partei in Köln, die Kölner Leitsätze, mitformuliert. Heute ist es fast unvorstellbar, aber es gehört auch zur Geschichte unserer Partei und zur Geschichte der neuen deutschen Demokratie, daß er damals mit dem Fahrrad diese Leitsätze und Unterlagen zu den Freunden nach Süddeutschland brachte und sie dort mit den Kollegen in der Gewerkschaftsarbeit besprach. Er widmet sich jetzt in besonderer Weise der Seniorenarbeit unserer Partei in Köln. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Josef Rudnick

(Beifall)

hat die CDU und die Junge Union in Rheine und in Westfalen-Lippe mitbegründet und leitete durch viele Jahre hindurch den Wirtschaftsrat des Kreises Steinfurt. Er hat in vielfältiger Weise unserer Idee gedient. Vielen herzlichen Dank für Ihren Dienst an unserer Sache!

(Beifall)

Heinz Reuter

(Beifall)

hat im Sommer 1945 die CDU im Kreis Mainz mitbegründet und war langjähriger Bezirksgeschäftsführer. Später war er dann Chefredakteur des „Deutschland Union Dienst“. Ihnen, lieber Freund Reuter, herzlichen Dank für Ihre Hilfe in diesen Jahrzehnten!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich konnte an diesem heutigen Tag nur einige wenige aus

der glücklicherweise großen Zahl derer nennen, und auszeichnen, die seit 40 Jahren unserer Idee verbunden sind. Für mein Verständnis unserer Partei - ich habe sie heute in meiner Rede als unsere politische Heimat definiert - ist es sehr wichtig, daß die vielen Älteren ein herzliches kameradschaftlich-freundschaftliches Verhältnis und eine offene Beziehung zu den Jungen haben, aber auch die Jungen nie vergessen, daß sie auf den Schultern der Älteren stehen, die diese Partei vor unserer Zeit gegründet haben.

(Beifall)

Deswegen, denke ich, darf ich jetzt auch in Ihrem Namen unsere Freunde persönlich mit einer Urkunde auszeichnen

(Beifall - Folgt Übergabe der Urkunden
unter dem Beifall der Delegierten)

Dr. Bernhard Worms, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Parteitag gratuliert den eben Ausgezeichneten und Geehrten und dankt ihnen für ihre 40jährige treue Mitarbeit.

Meine Damen und Herren, wir haben heute früh festgelegt, daß die Frist für die Einreichung weiterer Wahlvorschläge für die Wahl zum Bundesvorstand um 14 Uhr abgelaufen ist. In der Zwischenzeit werden die Stimmzettel für die einzelnen Wahlgänge erstellt. Ich bitte die Herren Geschäftsführer der Landesverbände, sich bereitzuhalten und die Stimmzettel im Büro der Organisationsleitung abzuholen.

Wir kommen jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 9:

BERICHT DES GENERALEKRETÄRS DER CHRISTLICH
DEMOKRATISCHEN UNION DEUTSCHLANDS
BUNDESMINISTER DR. HEINER GEISSLER MDB

Ich darf um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Das Wort hat unser Freund Dr. Heiner Geißler.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU (mit Beifall begrüßt):

Herr Präsident! Lieber Helmut Kohl! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich habe Ihnen wie immer einen schriftlichen Bericht über die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle vorgelegt. Ich bitte Sie, ihn aufmerksam zu lesen. Wie ich überhaupt einmal sagen möchte: Es lohnt sich, das Informationsmaterial der Bundesgeschäftsstelle zu studieren, vor allem den UID.

(Beifall)

Ich sage dies deswegen, weil ab und zu die Klage kommt, man sei nicht richtig informiert. Was die Partei anlangt, möchte ich eigentlich das Gegenteil behaupten. Nur, wir müssen natürlich die Sachen auch lesen.

(Beifall)

Das Lesen kann uns niemand abnehmen. Das müssen wir selber machen.

Die CDU als neue Regierungspartei stand vor zwei Aufgaben: erstens die Regierung, den Bundeskanzler zu unterstützen; zweitens auch als Regierungspartei eine eigenständige Rolle in der Programmatik und in der Erarbeitung langfristiger Perspektiven zu erhalten und zu entwickeln. Keine einfache Aufgabe!

Die Sozialdemokraten haben es uns in den 70er Jahren und Anfang der 80er Jahre vorgemacht, wie man es nicht machen soll. Sie haben sich Mitte der 70er Jahre aus der geistigen Auseinandersetzung ausgeklinkt und sind dann Ende der 70er Jahre, Anfang der 80er Jahre ins genaue Gegenteil verfallen und haben die eigene Regierung bekämpft. Helmut Schmidt hat die eigene Partei am Ende der Regierungsperiode einen verrotteten Sauhaufen genannt.

(Heiterkeit und Beifall)

Das habe nicht ich gesagt. So etwas würde ich nicht in den Mund nehmen.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber an dieser Definition der SPD hat sich bis heute nicht viel verändert.

(Heiterkeit und Beifall)

Wer an der Regierung bleiben will, muß als Partei beides schaffen: Helfer und Motor der Politik zu sein. Das kann unbequem werden. Denn Macht ist verführerisch, und ich wiederhole, was der Sozialwissenschaftler Karl W. Deutsch einmal kritisch bemerkt hat, Macht sei die Fähigkeit, nicht mehr hinhören zu müssen, weil man ja das Sagen hat. Wir müssen nicht nur der Arroganz der Macht, sondern auch der Bequemlichkeit der Macht widerstehen. Bleiben wir eine offene, dialogfähige und entscheidungsfähige Partei, die weiß, daß sie eine eigene Aufgabe hat, die über den Inhalt einer Regierungserklärung oder einer Koalitionsvereinbarung hinausgeht.

(Beifall)

Die Organisation der Partei ist gut. Sie wird auch vom politischen Gegner und von unabhängigen Journalisten als die beste in Deutschland anerkannt.

(Beifall)

Ich erinnere an einige wenige Schwerpunkte aus der Arbeit der letzten zwei Jahre: Die 10 000 Friedenstage 1983, die erfolgreiche Europawahl 1984, die Informationskampagnen für die Bundesregierung, die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Grünen und der SPD, die nicht eingestellt werden darf, sondern fortgeführt werden muß.

Wir haben eine schlagkräftige politische Zentrale im Konrad-Adenauer-Haus, und ich möchte dafür unserem Bundesgeschäftsführer Peter Radunski und seinen Mitarbeitern auch für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen vier Jahren herzlich danken.

(Beifall)

In diesen Dank schließe ich alle haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter auf allen

Ebenen ein, die mit ihrem persönlichen Einsatz einen unverzichtbaren Beitrag dafür geleistet haben, daß die CDU ihren verfassungspolitischen Auftrag erfüllen konnte.

I. Durchsetzungswahl

Liebe Parteifreunde, ich will meinen ersten Punkt mit einem Zitat von Ferdinand Lassalle beginnen. Das mag den einen oder anderen verwundern. Manche denken, Lassalle sei der Vater der deutschen Sozialdemokratie. Aber das ist ein Irrtum. Lassalle war der Gründer der Deutschen Arbeiterpartei.

(Beifall)

Lassalle sagte vor 120 Jahren:

Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Beschreiben und Bemänteln dessen, was ist.

Heute besteht die große politische Aktion nach meiner Auffassung darin, unsere politischen Ziele, für die wir vor 2 1/2 Jahren mit Helmut Kohl einen neuen Anfang in der deutschen Politik gemacht haben, über die kommende Bundestagswahl gegen einen öko-sozialistischen und neutralistischen Block durchzusetzen. Deswegen nenne ich die nächste Bundestagswahl 1987 eine Durchsetzungswahl. Wir müssen es wie Konrad Adenauer machen: 1949 begonnen, 1953 durchgesetzt, 1957 der Durchbruch und der Triumph.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir befinden uns in einer Zeit des Umbruchs, in einem langfristig angelegten Prozeß der politischen und gesellschaftlichen Veränderungen, der nicht in dem engen zeitlichen Rahmen einer Legislaturperiode zum Erfolg geführt werden kann und innerhalb dessen es natürlich auch Rückschläge und Fehler gibt. Wir haben große Erfolge erreicht: in der Außenpolitik, in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, in der Gesellschafts- und Familienpolitik.

Ich war aber nie der Meinung, daß die Festigung des Bündnisses und die Sicherung des Friedens mit der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses und dem Wiederbeginn der Abrüstungsverhandlungen beendet seien. Auch in der Zukunft wird die Sowjetunion gerade in der Bundesrepublik Deutschland, wie in der Friedensbewegung vor zwei Jahren versuchen, die deutsche Innenpolitik zur Durchsetzung ihrer Außenpolitik zu beeinflussen und zu instrumentalisieren. Es wird auch in der Zukunft genug Dumme geben, die sich vor diesen Karren spannen lassen.

In diesen Zusammenhang gehört auch der unglaubliche Beschluß des SPD-Bundesvorstands vor wenigen Monaten, die SPD-Mitglieder zur Teilnahme an der Demonstrationen gegen die amerikanischen Truppen aufzufordern. Amnesty International hat vor kurzem noch einmal festgestellt, daß sich in der Sowjetunion 2 Millionen Menschen im Archipel GULAG befinden, von Afghanistan einmal abgesehen. Ich würde empfehlen, daß die Sozialdemokraten, im übrigen auch Grass, Böll, Jens, und wie sie alle heißen, statt sich vor amerikanischen Kasernen sich vor der sowjetischen Botschaft in Bonn aufbauen, um dort für die Freiheit der osteuropäischen Völker zu demonstrieren.

(Anhaltender Beifall)

Ich war im übrigen auch nie der Meinung, daß der durch die moderne Technologie

bedingte Strukturwandel unserer Wirtschaft und die damit verbundene langfristige Sicherung der Arbeitsplätze in einer Legislaturperiode erreichbar wären. Die Massenarbeitslosigkeit, die wir bekämpfen, ist schließlich nicht das Ergebnis des Jahres 3 der Regierung Helmut Kohl.

Ich war auch nie der Meinung, daß beim Umweltschutz in zwei Jahren das nachgeholt werden könnte, was die anderen 13 Jahre lang verschlafen haben. Und ich war nie der Meinung, daß wir die Sicherung des Generationenvertrages in der Verbindung von Frauen-, Familien- und Rentenpolitik schon in dieser Legislaturperiode ad acta legen könnten. Wenn wir unser Land zu diesen Zielen voranbringen wollen, dann ist dies keine Aufgabe allein von zwei oder vier Jahren.

Gemessen an der Hinterlassenschaft der Sozialdemokraten haben wir in den ersten zwei Jahren viel erreicht: wirtschaftliches Wachstum, Preisstabilität, Konsolidierung der Staatsfinanzen, Festigung des Bündnisses, Steuerreform und Familienpaket, viel in zwei Jahren! Gemessen an den Zielen stehen wir mitten in einem schwierigen, von machtvollen Verbänden bedrängten Prozeß der Gestaltung des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und geistigen Wandels, der weit über diese Legislaturperiode in das nächste Jahrzehnt hineinreicht.

Ich bin davon überzeugt, daß nur eine Partei wie die Union die damit verbundenen Spannungen aushalten und die damit verbundenen schweren Konflikte überwinden und aussöhnen kann. Das können keine Klassen-, Cliques- oder Klientelparteien; das kann nur eine Volkspartei.

(Beifall)

Dies ist unsere Chance, unsere Verantwortung und unsere geschichtliche Aufgabe. Dies setzt auch voraus, daß wir in diese Auseinandersetzung mit einem Höchstmaß an organisatorischer Schlagkraft, inhaltlicher Profilierung und persönlichem Einsatz eines jeden gehen. Deswegen bin ich der Auffassung - und Helmut Kohl als Bundeskanzler ist derselben Meinung -, daß ich im Laufe dieses Jahres mein Ministeramt zur Verfügung stelle und mich ganz auf die Arbeit des Generalsekretärs konzentriere,

(Beifall)

natürlich unter der Voraussetzung, daß ich nachher gewählt werde!

(Heiterkeit und Zustimmung)

II. Die SPD

Meine sehr verehrten Damen und Herren, niemand von uns soll glauben, daß wir den Sieg schon in der Tasche haben. Nicht die Politik und die Konzepte der SPD sind für uns ein Problem - und schon gar nicht die Personen. Niemand weiß, für was und für wen die SPD steht. Aber - das war auch eine Erfahrung der letzten Monate - wir werden erleben, daß die SPD ihre propagandistischen Apparate, ihre publizistischen Verbündeten und ihre organisierten Hilfstruppen - wer auch immer das sein mag - hemmungslos und skrupellos in den Dienst einer Kampagne stellen wird, nämlich alles mieszumachen, Angst zu verbreiten und den Neid zu schüren. Politisch gesehen sollen die Menschen in Deutschland vor Neid nicht mehr blaß, sondern rot werden.

(Heiterkeit und Beifall)

Der größte sozialdemagogische Schwindel der SPD ist die „neue Armut“, als ob Armut durch die neue Bundesregierung entstanden wäre. Es gibt nur eine alte Armut, wie wir sie schon vor zehn Jahren mit der „Neuen Sozialen Frage“ umschrieben haben und gegen die von der SPD-Regierung nichts getan worden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nimmt man, wie die SPD dies heute tut, als Maßstab die Sozialhilfe, so hatten die Sozialdemokraten im Jahre 1982 unter ihrer Regierungsverantwortung 2,3 Millionen Sozialhilfeempfänger, also nach SPD-Definition „Arme“. Heute sind es 2,4 Millionen. Wann schlägt einem Genossen eigentlich das soziale Gewissen? Hängt das von der Jahreszahl ab?

(Zustimmung)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nichts ist kürzer als das Gedächtnis der SPD, sobald sie aus der Regierungsverantwortung ausgeschieden ist. Erst die Menschen arm machen und dann die Leute aufhetzen, das ist eine erbärmliche sozialistische Moral!

(Lebhafter Beifall)

Wir haben am 1. Juli letzten Jahres nach langen Jahren erstmalig wieder die Sozialhilfesätze entsprechend den Preissteigerungen angehoben. Am 1. Juli dieses Jahres werden die Sozialhilferegelsätze um mindestens 8 % angehoben.

Und wie ist es mit den Arbeitslosen? 1981 war die Arbeitslosigkeit um 42,9 % angestiegen, 1982 - alles unter Verantwortung der Sozialdemokraten - um 44,2 %, 1983 nur noch um 23,2 %, 1984 lag der Zuwachs bei Null, und in diesem Jahr werden wir nach allen Prognosen und Aussagen zum ersten Male einen leichten Rückgang haben.

Wir haben die Sozialhilfe erhöht und etwas gegen die Armut getan und alle wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß der von der SPD verursachte Massentrend zu Armut und Arbeitslosigkeit endlich gestoppt wird!

(Beifall)

Für den sozialdemagogischen Schwindel der SPD gilt: Wer die Tatsachen, über die er sich empört, erst erfinden muß, ist kein Moralist, sondern ein Heuchler.

(Beifall)

Durch diese unverantwortliche Demagogie will die SPD im übrigen ja nur von ihrer inhaltlichen Zerrissenheit und Lähmung ablenken. Es gibt zwar Richtungsstreit, aber keine Entscheidung. Die SPD-Politik ist undefinierbar.

Was will die SPD eigentlich? Kann das einer sagen?

Ist sie für oder gegen die NATO?

Ist sie für oder gegen die Soziale Marktwirtschaft?

Ist sie für oder gegen die deutsch-amerikanische Freundschaft?

Ist sie für oder gegen die modernen Technologien?

Ist sie für oder gegen die Grünen?

(Zustimmung)

Dieselben grundsätzlichen Fragen müssen wir in Nordrhein-Westfalen an Johannes Rau und die Sozialdemokraten stellen.

(Zustimmung)

Auch in Nordrhein-Westfalen stehen bei der kommenden Landtagswahl die zwei großen Richtungen einander gegenüber. Was hat Rau eigentlich vor? Er hat zwei Möglichkeiten: entweder die Methode Lafontaine oder die Methode Börner, entweder Aufsaugen oder Koalieren. Beiden Versuchen ist eines gemeinsam: Er muß die politischen Inhalte der Grünen entweder akzeptieren oder übernehmen, d. h. er muß auf grünen Kurs gehen.

Wir müssen in diesem Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen die Sozialdemokraten zwingen, die Karten offen auf den Tisch zu legen.

(Beifall)

Will die SPD zusammen mit den Grünen den Ausstieg aus einer wettbewerbsfähigen Industriegesellschaft? Wir, die christlichen Demokraten, wollen im Bundesgebiet, auch in Nordrhein-Westfalen, einen leistungsfähigen Industriestaat mit humanen Alternativen.

(Beifall)

Wie ist das Verhältnis der Sozialdemokraten zum Rechtsstaat, auch in ihrem Verhältnis zu den Grünen? Wir wollen, daß in Nordrhein-Westfalen Nötigung und Sachbeschädigung bei Demonstrationen und Blockaden auch in Zukunft bestraft werden.

Wir lehnen den Gewaltbegriff der GRÜNEN ab. Soll die rot-grüne Zusammenarbeit auf der kommunalen Ebene, die in Nordrhein-Westfalen schon begonnen hat, der Probelauf für die Politik in Nordrhein-Westfalen nach dem 12. Mai sein? Auf diese und viele andere Fragen gibt es, wie ich schon gesagt habe, keine Antwort. Ich habe fast alle Reden von Johannes Rau gelesen. Da kann man nur das eine sagen: Dieser Mann bringt die größte Menge Wörter in die kleinste Menge Gedanken.

(Beifall)

In der sozialdemokratischen Partei gibt es, wie bekannt, drei Gruppen. Das eine sind die Ökosozialisten und die Neutralisten unter der Anführung von Lafontaine, Eppler, Schröder usw. Sie werden immer stärker und entwickeln sich zu einer Mehrheitsfraktion.

Die andere Gruppe sind die Godesberger Sozialdemokraten, wie Georg Leber, Annemarie Renger, Heinz Rappe, Helmut Schmidt oder Hans Apel, Fossilien einer vergangenen SPD.

(Oh-Rufe und vereinzelt Beifall)

Die Dritten sind die Opportunisten. Dazu gehören z.B. Holger Börner und Hans-Jochen Vogel. Das DGB-Zentralorgan „Welt der Arbeit“ bewertet dessen Arbeit in seiner Fraktion so:

Viele Tagesschaukonsumenten würden es nicht merken, wenn die SPD-Fraktion ein Jahr lang nach Mallorca ziehen würde.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich darf ergänzend feststellen: Das wäre ein schwerer Schlag für den deutschen Tourismus im westlichen Mittelmeer.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich kann den Wegfall Vogels als Generalsekretär auch aus einem anderen Grund nicht befürworten. Wenn Hans-Jochen Vogel vom deutschen Bildschirm verschwinden würde, würde der CDU ein wichtiger Werbeträger fehlen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich muß in diesem Zusammenhang leider noch einmal auf Johannes Rau kommen. Denn der ist der oberste und der fidelste aller Opportunisten.

(Beifall)

Der Ministerpräsident, der die höchste Staatsverschuldung eines Flächenlandes in der Bundesrepublik Deutschland zu verantworten hat, erklärte neulich dazu - jetzt gut zu hören -:

Nicht wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, sondern die Verhältnisse haben sich geändert.

(Heiterkeit)

Ich muß sagen: Er ist ein mutiger Mann. Er läßt sich von den Fakten nicht ins Bockshorn jagen.

(Heiterkeit und Beifall)

Das geht nach dem Motto - Sie kennen ja den Song -: Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff.

(Heiterkeit)

Damit meine ich die nordrhein-westfälische Regierung, wohlgermerkt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir leben in einer Zeit des Umbruchs und des Wandels. In solchen Zeiten sind immer falsche Propheten unterwegs. Die Sozialdemokraten verbünden sich mit diesen falschen Propheten, Propheten, die den Menschen Angst machen, alles in Frage stellen, die Menschen verunsichern, Emotionen schüren, diffuse Strömungen erzeugen, Katastrophen heraufbeschwören, mit dem Schüren der Angst Stimmen fangen wollen.

Was wir hier von der SPD in der öffentlichen Debatte erleben, offenbart die grundsätzliche Unsicherheit dieser Partei: die Anlehnung an die GRÜNEN, Zweifel am Fortschritt, die Flucht in einfache und radikale Antworten auf komplexe Fragen, die Vermittlung kollektiver Depressionen und negativer Utopien, eine emotionale, hypermoralische und pseudo-religiöse Aufladung der Politik.

Im Grunde genommen handelt es sich heute bei uns um eine Auseinandersetzung zwischen Rationalität und Irrationalität in der Politik.

(Beifall)

Leider ist das eine alte deutsche Frage. Wir brauchen nicht nur ein heißes Herz, sondern vor allem einen kühlen Verstand, um mit den Widersprüchen unserer Zeit fertig zu werden. Wir brauchen deshalb die Koalition einer kompetenten Wissenschaft mit einer verantwortlichen Politik. Die Mobilisierung von Wissen, Mut und Fleiß geben den Menschen begründete Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Dies unterscheidet uns von den Roten und den GRÜNEN.

(Beifall)

III. Die CDU

Ich komme zu unserer eigenen Partei. Das Ergebnis der Wahlen am 10. März war, daß sich die Freien Demokraten stabilisiert haben. Das ist koalitionspolitisch sicher zu begrüßen. Das ist allerdings weitgehend zu Lasten der CDU gegangen. Es ist daher die Frage zu stellen, ob es genügt, wenn es lediglich zu einem Austausch der Stimmen innerhalb der Koalition kommt. Denn dies haben die Ergebnisse vom 10. März auch gezeigt: Es gibt kein Naturgesetz, daß CDU und FDP immer dann eine Mandatsmehrheit erreichen, wenn die FDP über 5 % kommt.

Diese Überlegungen haben in einem Dreiparteiensystem meistens gestimmt. Heute haben wir aber ein Vierparteiensystem, und da geht eine solche Rechnung nicht mehr automatisch auf.

Heute stehen sich zwei Lager gegenüber, die SPD und die GRÜNEN auf der einen Seite, die CDU und die FDP auf der anderen Seite.

Der Austausch der Stimmen innerhalb der Koalition zeigt, daß heute das Abschneiden der CDU darüber entscheidet, ob die FDP zusammen mit der CDU regieren kann oder nicht. Und diese Frage hängt im wesentlichen von dem politischen Profil der CDU ab. Das heißt, die Christlich Demokratische Union muß mit ihrer Politik verstärkt die Wähler der Mitte ansprechen. Das kann sie aber nur, wenn sie ihre Rolle als moderne, sozial aufgeschlossene und bürgernahe Volkspartei und damit ihr eigenes Profil in der Koalition verdeutlicht. Die CDU darf nicht programmatisch zum Spiegelbild dessen werden, was innerhalb der Koalition möglich oder nicht möglich ist.

(Beifall)

Unter diesen verschiedenen Gesichtspunkten könnte das Modell Berlin natürlich auch ein Modell für die Koalition im Bund sein. Was waren die Inhalte? Eine moderne Politik durch die Förderung eines technologisch orientierten Wachstums und einer arbeitsmarktpolitischen Offensive, eine sozial aufgeschlossene Politik der sozialen Integration und des sozialen Ausgleichs, von den Sozialstationen bis zur Förderung

von Selbsthilfegruppen, und eine bürgernahe Politik, gekennzeichnet z.B. durch die Wiederherstellung des inneren Friedens, auch in der Frage der Hausbesetzer, der Asylbewerber und Ausländer.

Mit dieser Politik hat die CDU viele Arbeiterstimmen, aber auch die Stimmen vieler Frauen gewinnen können. Ich empfehle Ihnen, den Aufsatz nachzulesen, den Frau Professor Noelle-Neumann gestern in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht hat. Zum Beispiel hat die Berliner CDU bei den Frauen überdurchschnittlich gut abgeschnitten. Von den Frauen insgesamt stimmten 46 % für die CDU, 36 % für die SPD, von den Hausfrauen 52 % für die CDU und 38 % für die SPD.

Vielleicht ist umgekehrt einer der Gründe für die Wahlniederlage im Saarland die Tatsache, daß wir dort bei den Frauen überdurchschnittlich schlecht abgeschnitten haben. Bei den Frauen insgesamt lag die CDU bei 38 % und die SPD bei 49 %; bei den Hausfrauen lag die CDU bei 43 % und die SPD bei 46 %.

In Berlin war auch entscheidend, daß die Koalitionspartner CDU und FDP sich nicht behindert und blockiert haben, sondern sich in der Darstellung und Verwirklichung ihrer eigenständigen politischen Ziele ergänzt haben. - Ich rede jetzt nicht von der Regierungsbildung gestern und vorgestern.

Die größten Erfolge - gehen wir einmal in die Geschichte unserer Partei zurück - hatte die CDU im übrigen zusammen mit den Freien Demokraten unter Konrad Adenauer. Diese Erfolge wären damals in den 50er Jahren nicht möglich gewesen, ohne daß das wirtschaftliche Wachstum, die Marktwirtschaft, durch den Ausbau einer sozial gerechten Ordnung ergänzt worden wäre. Die Sozialdemokraten unternehmen den Versuch, die Christlich Demokratische Union als die Partei des großen Kapitals hinzustellen. Das durchzieht die ganze Strategie der SPD. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, alle großen gesellschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen, alle großen sozialpolitischen Gesetze - Montanmitbestimmung, Betriebsverfassungsgesetz, Familienlastenausgleich, Bundesversorgungsgesetz, die große Rentenreform, Bundessozialhilfegesetz, Arbeitsförderungsgesetz, 312-DM-, 624-DM-Gesetz, den Lastenausgleich für über 10 Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge, um nur einige wenige Grundentscheidungen der Sozialpolitik zu nennen -, die das Bild Nachkriegsdeutschlands geprägt haben, sind nicht im Dienste des „Kapitals“ entstanden, sondern aus dem Geist christlich-sozialer Verantwortung dieser Volkspartei

(Beifall)

So sind damals die Mehrheiten für CDU und FDP zustande gekommen.

Der Urschrei der Sozialen Marktwirtschaft hieß Wohlstand für alle, nicht nur für wenige. Unsere Politik muß heute heißen: Aufschwung für alle.

(Beifall)

Wir wollen das ganze Land, das ganze Volk aufwärts führen. Das kann nicht heißen, daß bestimmte Gruppen - weder Rentner noch Familien noch sozial Schwache - von diesem Aufschwung abgekoppelt werden. Heute morgen hat Helmut Kohl gesagt: Wir lassen die Schwächeren nicht am Wegrand zurück; das ist für uns ein Gebot

menschlicher Solidarität. Im gleichen Sinne hat sich Walter Eucken viel früher geäußert: „Eine Wirtschaftsordnung muß nicht nur effizient, sie muß auch menschenwürdig sein“.

Diese Erkenntnis hat eine grundsätzliche und staatspolitische Bedeutung. Man muß einmal nachlesen, was Konrad Adenauer zu diesem Thema gesagt hat - ich zitiere -: „Ein soziales System, das den veränderten Bedingungen unserer modernen Wirtschaft und Technik entspricht, ist eine der Voraussetzungen dafür, daß die gesamte Bevölkerung den bestehenden demokratischen, freiheitlichen und sozialen Bundesstaat mit seiner Wirtschaftsordnung in einem tieferen Sinn als verteidigungswert anerkennt.“

In einer großen Tageszeitung hat am letzten Wochenende ein Leitartikler die Familien- und Frauenpolitik der CDU als sozialpolitische Träumerei bezeichnet. Ich dagegen bin fest davon überzeugt: Jede Mark Investition für die Familie, für unsere Kinder erspart der gesamten Volkswirtschaft - das sollen die Vertreter der reinen Lehre endlich zur Kenntnis nehmen - das Zehnfache an Ausgaben für Kinderheime, Sonderschulen und Jugendgefängnisse und ist eine Investition für die Zukunft unseres Volkes. Das ist für mich nicht die Begründung, aber die Leute sollten darüber einmal nachdenken.

(Beifall)

Die CDU ist keine 5 %-Partei, sondern eine 50 %-Partei. Sie muß das auch bleiben.

(Beifall)

Franz Josef Strauß hat treffend bemerkt, daß unsere Anhänger und Wähler nicht aus der Sekt- und Kaviaretagé kommen, sondern von dort, wo Weißbier und Leberkäs verzehrt werden.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich finde, das ist eine gute gemeinsame Basis für die beiden Unions-Parteien.

Die CDU muß aber auch eine moderne Volkspartei bleiben. Ich hoffe, daß wir morgen, auf dem Frauentag, dazu einen wichtigen Beitrag leisten werden.

Die wichtigste Voraussetzung dafür aber ist, daß die Bundesrepublik Deutschland in der Herausforderung durch die Vereinigten Staaten und Japan eine moderne Industrialisation bleibt und auch in der Zukunft technologische Spitzenprodukte auf dem Weltmarkt absetzen kann. Das ist aber nur die eine Seite.

Ich wiederhole das, was der Bundeskanzler heute morgen gesagt hat, weil es - auch für das kommende Jahr - wichtig ist: Wir, die Christlich Demokratische Union, müssen auf allen Ebenen - Landesebene, Kreisverbandsebene, Ortsverbandsebene - eine Offensive für mehr Arbeitsplätze beginnen und Unternehmen, Betriebsräte und Gewerkschaften auffordern, die Instrumente der Beschäftigungsförderung zu nutzen, Arbeitslose einzustellen, Überstunden abzubauen, Teilzeitarbeitsplätze zu schaffen, Arbeitsplatzteilung zu ermöglichen, für Frauen im Erziehungsurlaub und für Wehrpflichtige Ersatzkräfte mit befristeten Zeitverträgen einzustellen. Was wir brauchen, ist eine große Anstrengung der Solidarität und der wirtschaftlichen Vernunft.

Die Menschen sind doch bereit, Opfer zu bringen. Aber sie müssen den Sinn des Sparens begreifen.

(Beifall)

Dann können wir die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande für unsere Konzeptionen gewinnen.

Mir laufen in diesem Lande zu viele Bedenkensträger herum;

(Zustimmung)

in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, Leute, die sich immer nur Gedanken darüber machen - sie werden zum Teil sogar hoch bezahlt -, wie etwas nicht gemacht werden kann, warum etwas nicht geht. Wir brauchen mehr Menschen, die ihren Verstand und ihre Phantasie auf Vorschläge konzentrieren, wie etwas gemacht werden kann und welchen Beitrag sie selbst zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten können.

(Beifall)

Hätte Ludwig Erhard seine Energie darauf verwendet, das zu finden, was nicht geht, würden wir vielleicht heute noch Lebensmittelkarten schneiden. Ich kann nur sagen: Eine freie Gesellschaft bedarf der Phantasie, um neue, vielleicht auch unkonventionelle Lösungen zu finden. Wir leben in einer Zeit des Umbruchs. Wir leben nicht mehr in den Verhältnissen der Produktionsgesellschaft der 50er Jahre. Große Organisationen - auch der Tarifpartner - laufen Gefahr, wie die Dinosaurier in der Landschaft stehenzubleiben, weil die Zeit über sie hinweggeht.

(Zustimmung)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bewirtschaftung der Güter haben wir mit dem Sprung in die Marktwirtschaft aufgehoben. Wir sollten jetzt nicht in den Fehler verfallen, die Phantasie bewirtschaften zu wollen.

Meine lieben Parteifreunde, Mitte nächsten Jahres sind wir mitten im Bundestagswahlkampf; dann werden wir die niedersächsischen Landtagswahlen hinter uns haben. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir genauso wie in Nordrhein-Westfalen auch in Niedersachsen eine Bestätigung unserer Politik bekommen werden; in Nordrhein-Westfalen mit Bernhard Worms und in Niedersachsen mit Ernst Albrecht.

(Beifall)

Aber was können wir am Ende dieser Legislaturperiode, in der Mitte des nächsten Jahres den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes sagen, wie sich auf Grund unserer Politik die Gesellschaft zum Besseren verändert hat?

Da nenne ich vier Punkte:

- den Aufschwung unserer Wirtschaft und mehr Arbeitsplätze;
- die Verbesserung der Umwelt;
- mehr Chancen und Gerechtigkeit für die Frauen und die Familien;

- die Festigung unseres Bündnisses, den Fortgang der Abrüstung und die Verbesserung unserer Beziehungen zu den osteuropäischen Völkern.

Das ist nicht wenig in vier Jahren. Eine solche Politik ist auch nicht das Ergebnis von Sachzwängen, sondern von handelnden Personen. Sie ist das Ergebnis von politischer Führung.

Lieber Helmut, die CDU weiß: Sie hat einen guten Kanzler.

(Anhaltender Beifall)

Aber du weißt auch: Die CDU ist eine gute Partei.

(Heiterkeit und anhaltender Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! In der Tagesordnung steht ein bißchen ledern, das sei ein Bericht gewesen. Meines Erachtens hat der Generalsekretär eine glänzende Rede gehalten, für die ich ihm danken möchte.

(Beifall)

Ich möchte ihm auch danken für seine Leistung in der Partei, für seine Leistung draußen, vor allem in mancher Mediendebatte, die er durchgehalten hat.

(Beifall)

Und ich möchte ihm danken für seine hartnäckige, kämpferische und unermüdliche Arbeit.

(Beifall)

Heiner Geißler hat eben gesagt: Die CDU weiß, sie hat einen guten Bundeskanzler. - Ich füge hinzu: Die CDU weiß, der Parteivorsitzende hat einen guten Generalsekretär. - Herzlichen Dank, Heiner Geißler.

(Beifall)

Ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 10 auf:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Das Wort hat Alfred Dregger.

Dr. Alfred Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Verehrte Gäste! Liebe Freunde! Hier herrscht ein gutes Klima, ein Klima der Freundschaft und der Kameradschaft, das unsere Partei kennzeichnet.

(Zustimmung)

Die Bundestagsfraktion, für die ich zu sprechen habe, ist das wichtigste politische Organ, das beide Unionsparteien, CDU und CSU, gemeinsam bilden. Die Einheit der Union zu wahren, gehört daher zu unseren vornehmsten Aufgaben. Wir sind ihr bisher gerecht geworden. Die Fraktion hat alle wichtigen Entscheidungen, die

zugleich schwierige Entscheidungen waren, von der Nachrüstung bis zum Beschäftigungsförderungsgesetz, einstimmig verabschiedet. Wir haben damit unserem Parteivorsitzenden, dem Bundeskanzler, für seine Politik ein festes Fundament geschaffen. Meine Damen und Herren, dafür danke ich allen Kolleginnen und Kollegen, die daran beteiligt waren, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Fraktion, besonders Theo Waigel, meinem 1. Stellvertreter im Fraktionsvorsitz, dem Chef der CSU-Landesgruppe, aber auch dem Bundeskanzler - für die kooperative Art, mit der Regierung und Fraktion zusammenwirken. Nur das macht einmütige Entscheidungen möglich.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, eine vergleichbare Solidarität gibt es in keiner anderen Bundestagsfraktion.

Die Grünen rotieren ohnehin um sich selbst und um Hiobsnachrichten aus aller Welt, was ihren Unterhaltungswert erhöht, aber nicht gerade zur Lösung der Probleme unseres Landes beiträgt.

Die SPD-Fraktion ist vom grünen Bazillus befallen. Ihr Vorsitzender muß immer mit mehreren Bällen spielen, um den Eindruck zu erwecken, es gäbe immer noch eine handlungsfähige und einmütige SPD-Fraktion. Bei diesem Bemühen verliert der sozialdemokratische Flügel der SPD, den es ja immer noch gibt, immer mehr an Einfluß gegenüber dem ökosozialistischen. Für die praktische Politik - da stimme ich mit Heiner Geißler überein - macht es zunächst keinen Unterschied, ob sich die SPD von den Grünen abhängig macht wie in Hessen oder ob sie die Grünen aufsaugt wie im Saarland. Eine mit grünen Vorstellungen und mit Wählern vollgesogene SPD des Herrn Lafontaine hat mit der SPD des Godesberger Programms nur noch wenig zu tun. Es ist eine Eppler-SPD, in der ein Mann wie Helmut Schmidt allenfalls noch eine Randfigur sein kann.

Je mehr sich die SPD von der Politik ihres letzten Kanzlers entfernt, um so größer wird die Verantwortung der CDU/CSU gerade auf dem Felde der Außen- und Sicherheitspolitik. Daß die Sowjetunion die Abrüstungsverhandlungen wiederaufgenommen hat, verdanken wir zwei Umständen, einmal der Weltraum-Initiative des amerikanischen Präsidenten, zum anderen der Nachrüstungsentscheidung des Deutschen Bundestages. Meine Damen und Herren, hätten wir diese Entscheidung nicht getroffen, würde heute nicht verhandelt. Warum sollte die Sowjetunion verhandeln und Konzessionen machen, wenn sie ihre Ziele auch ohne Verhandlungen und Konzessionen durch Einflußnahme auf die Innenpolitik der europäischen Länder, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, durchsetzen könnte?

(Zustimmung)

Um es mit anderen Worten zu sagen: Der alte Profi Gromyko, der dienstälteste Außenminister der Welt, ist nicht an den Verhandlungstisch zurückgekehrt, weil die Friedensbewegung demonstriert hat, sondern weil wir entschieden haben, und zwar, was die CDU/CSU-Bundestagsfraktion angeht, einmütig, trotz des äußeren und inneren Drucks, der damals auf uns ausgeübt wurde.

Auch in der Deutschlandpolitik verfolgen Regierung und Fraktion der CDU/CSU einen klaren Kurs. Nach dem Bericht des Bundeskanzlers zur Lage der Nation im geteilten Deutschland am 27. Februar 1985 habe ich vor dem Bundestag erklärt, die

CDU/CSU-Bundestagsfraktion billige die Regierungserklärung des Bundeskanzlers einmütig in allen ihren Aussagen.

Das war möglich auf Grund der Diskussion, die am Vorabend in der Fraktion stattgefunden hatte. Diese fraktionsinterne Diskussion war kontrovers, aber meiner Zusammenfassung am Schluß der Debatte haben alle Fraktionskollegen zugestimmt. Meine Damen und Herren, diese große Fraktion mit ihren über 250 Mitgliedern kann diskutieren, fair, zur Sache, auch kontrovers, aber sie kann auch gemeinsame Positionen einnehmen und sie durchhalten. Das zeichnet sie aus.

(Zustimmung)

Ich möchte zwei Bemerkungen hinzufügen:

Die Rechtslage Deutschlands und seiner Hauptstadt, Berlins, ist schwierig und kompliziert - wie die tatsächliche Lage auch. Das wird so bleiben, bis Friedensverträge eine allseits anerkannte Friedensordnung geschaffen haben. Bis dahin müssen wir mit der Rechtslage des geteilten Vaterlandes vorsichtig und zurückhaltend umgehen, um sie nicht zu beschädigen.

(Beifall)

Jeder, der sich dazu äußert, möge das bedenken. Das gilt - wie der Bundeskanzler in Übereinstimmung mit den Urteilen des Verfassungsgerichts erklärt hat - insbesondere für den Friedensvertragsvorbehalt und die Offenheit der deutschen Frage. Sie sind zwar nicht der einzige, aber doch der wichtigste operative Ansatz, um einmal die Teilung Deutschlands und Europas zu überwinden.

Zweite Bemerkung: In der künftigen Ostpolitik kommt der deutsch-polnischen Aussöhnung eine Schlüsselrolle zu. Sie ist für Mittel- und Osteuropa so wichtig, wie die deutsch-französische Aussöhnung für den Westen Europas wichtig gewesen ist.

(Beifall)

Wir sind überzeugt, daß die Freiheitsfrage für Polen und Deutsche wichtiger ist als die Grenzfrage. Zur Freiheitsfrage gehört auch die Frage, ob Polen und Deutsche die Möglichkeit erhalten, ihre Beziehungen in einem Friedensvertrag zu regeln, den sie als souveräne Staaten miteinander abschließen, oder ob für sie nur das gelten soll, was andere durch ihre Macht bestimmen.

Polen und Deutsche sind seit 1 000 Jahren Nachbarn. „Wir vergeben, und wir bitten um Vergebung“, dieses Wort der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Brüder im Bischofsamt, das diese aufgenommen und erwidert haben, weist beiden Völkern den Weg. Hinzu kommt etwas ganz Wichtiges: Polen gehört nach seinem Selbstverständnis zu Mitteleuropa und zum Abendland. Für Tschechen, Slowaken und Ungarn gilt übrigens das gleiche. Neben der Offenheit der deutschen Frage ist dieses Selbstverständnis der ost- und mitteleuropäischen Völker der zweite operative Ansatz für die Überwindung der Teilung Europas in einem gewiß langen geschichtlichen Prozeß. Ziel sollte es sein - jedenfalls als Perspektive -, einen Bund miteinander versöhnter, freier europäischer Völker zu schaffen, einen Bund, der auch mit der Sowjetunion in Frieden lebt und mit ihr zusammenarbeitet.

Meine Damen und Herren, der Bundeskanzler hat vor einiger Zeit den Vorschlag

gemacht, ein deutsch-polnisches Jugendwerk zu schaffen. Ich unterstütze das mit allem Nachdruck. Abschottung ermöglicht Feindschaft. Kennenlernen öffnet den Blick für die Gemeinsamkeit des kulturellen Erbes und auch für die Gemeinsamkeit der Zukunftsinteressen.

Regierung und Fraktion, meine Damen und Herren, haben sich nicht nur auf allen Feldern der Politik als einig und handlungsfähig erwiesen, sondern sie waren auch in der Sache ungewöhnlich erfolgreich. Wir haben die Schuldenlawine gebremst, die Massenarbeitslosigkeit gestoppt. Wir haben es vor allem den Gemeinden ermöglicht, ihre Haushalte zu konsolidieren, was sie in die Lage versetzt, zu investieren; das sollten sie jetzt auch tun. Wir haben die sozialen Sicherungssysteme vor dem Zusammenbruch bewahrt. Wir haben Minuswachstum in reales Wirtschaftswachstum verwandelt. Wir haben wieder Geldwertstabilität wie zu Ludwig Erhards Zeiten. Das ist nicht nur eine ökonomische, sondern vor allem auch eine soziale Errungenschaft höchsten Ausmaßes.

(Beifall)

Der allgemeine Zukunftsoptimismus ist dadurch gewachsen, aber die Zufriedenheit mit unserer Politik ist dahinter ein Stück zurückgeblieben. Es ist Mangel an Information, es ist gegnerische Desinformation, und es gibt starke Gruppenunzufriedenheiten, die dem entgegenstehen, z. B.

- bei den Bauern, die wegen der inzwischen erreichten Überproduktion in der Europäischen Gemeinschaft und den übervollen Lägern in der Tat Produktionsbegrenzungen und teilweise Preisverfall und damit erhebliche Einkommensverluste hinnehmen mußten, denen aber auch nationale Hilfsmaßnahmen gegenüberstehen, wie sie keine andere Fraktion beschlossen hätte und mit denen wir wirklich bis an die Grenze des Möglichen - eher noch darüber hinaus - gegangen sind.

(Beifall)

- Es gibt Unzufriedenheit bei den Rentnern, obwohl die Renten nicht nur sicher, sondern - von einem einzigen Jahr abgesehen - auch noch nie so hoch waren wie im vergangenen Jahr.

- Es gibt Unzufriedenheit bei den sogenannten Besserverdienenden, denen vom Koalitionspartner mit Erfolg eingeredet wurde, wir planten aus heiterem Himmel eine Neidsteuer und nicht nur die Wiederherstellung eines Solidarbeitrages, wie er vom Verfassungsgericht aus formalen Gründen aufgehoben worden war.

- Es gibt Sorgen im Handwerk und bei den mittelständischen Unternehmen, die Sanierung der Sozialversicherungssysteme und die Familienpolitik führten zu steigenden Lasten.

- Es gibt Sorgen bei den Heimatvertriebenen, wir könnten ohne Not und ohne Gewinn für das Ganze politische Positionen preisgeben, die zumindest als Verhandlungsmarge bei künftigen Friedensvertragsverhandlungen von Bedeutung sein könnten.

Vielfach - das müssen wir uns eingestehen - entstehen Verärgerungen nicht auf Grund dessen, was wir tun, sondern auf Grund dessen, was wir sagen und was wir gar nicht hätten sagen müssen.

(Beifall)

Wir dürfen uns keine Themen aufzwingen lassen, die in gar keiner Weise aktuell sind. Beispiel: Spitzensteuersatz. Was steht denn in der Steuergesetzgebung vor uns? Zunächst einmal das zu verwirklichen, was wir bereits beschlossen haben, nämlich 1986 und 1988 - also in zwei Schritten - Steuererleichterungen herbeizuführen, was die Steuereinnahmen um 20 Milliarden DM vermindern wird. In der nächsten Legislaturperiode geht es dann darum, die Steuerprogression, die wir abgeflacht haben - Stichwort: sogenannter Mittelstandsbauch -, nun wirklich zu einem durchgehenden Tarif zu machen. Das, was weiter vor uns steht, ist eine Verringerung der Unternehmenssteuerbelastung, um auf diese Weise Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Ehe diese drei großen Aufgaben nicht verwirklicht oder wenigstens auf den Weg gebracht sind, sind irgendwelche Einzelfragen - z. B. Spitzensteuersatz - für uns, für die CDU/CSU, kein Thema, jedenfalls kein politisches Thema, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Weiter: Wir müssen den Gruppeninteressen zwar gerecht werden, soweit das möglich und angemessen ist, aber wir müssen klarmachen, daß das Allgemeininteresse mehr ist als die Summe der Gruppeninteressen und daß diese sich dem Allgemeininteresse einfügen und unterordnen müssen.

Das herbeizuführen ist ein schweres Stück Arbeit. Es ist ein Stück der geistigen Wende, die sich nur langsam entwickeln kann, aber mit einem neuen Patriotismus zu wachsen beginnt. Ich rufe alle auf, die überzogene Konflikttheorie der 70er Jahre zu überwinden und zu einer neuen Solidarität der Menschen untereinander - der Gruppen untereinander und mit dem Staat, mit unserem Staat, der Bundesrepublik Deutschland - zu finden, meine Freunde.

(Beifall)

Vaterlandsliebe ist sittliche Pflicht. Ich bin dem Kölner Kardinal Höffner dankbar, daß er das in seiner Neujahrsansprache ausgesprochen hat.

Schließlich: Wir müssen die geistige und politische Auseinandersetzung mit dem Gegner offensiv führen - wir alle. Dazu müssen wir gut informiert sein - Heiner Geißler hat soeben auf die Möglichkeiten dazu hingewiesen -, was eben auch geistige Anstrengung erfordert. Zu glauben, Regierungssprecher, Bundesgeschäftsstelle und Fraktionspressestelle würden das schon machen und die anderen könnten im Fernsehsessel zuschauen - das wäre gewiß eine verhängnisvolle Vorstellung, der wir auf keinen Fall erliegen dürfen.

Zum Schluß noch wenige Gedanken zur Strategie unserer Gegner. Sie besteht aus drei Elementen. Erstens versuchen sie, uns in wichtigen Fragen zu spalten. Zweitens wird versucht, Angst zu schüren. Das dritte Element ist das Wecken von Neid.

Neid ist menschlich. Wer ihn aber zur politischen Waffe macht, vergiftet das geistige und politische Klima. Das Ergebnis ist jedesmal eine geschwächte Volkswirtschaft. Das ist im demokratischen Sozialismus des Westens nicht anders als im Staatssozialismus des Ostens. Leidtragende sind immer die breiten Schichten des Volkes, da gerade sie vom Gedeihen der Volkswirtschaft abhängig sind. Die Staats- und Parteifunktionäre, die in den kommunistischen Ländern alle Privilegien einer feuda-

len Klasse genießen, sind daher vom Gedeihen der Wirtschaft persönlich weitgehend unabhängig. Wir müssen dem Neid durch unser Verhalten - auch durch unser eigenes Verhalten - die Grundlage entziehen, und wir müssen die Philosophie des Neides - das ist der Sozialismus - mit Entschiedenheit bekämpfen.

(Beifall)

Noch schlimmer als das Schüren von Neid ist die Ausbeutung der Angst, insbesondere der Kriegsangst. Angst ist nicht nur menschlich, sondern kreatürlich. Auch Tiere haben Angst. Aber wer die Angst zur politischen Waffe macht, handelt verantwortungslos, ja teuflisch.

(Beifall)

Helmut Schmidt hat einmal gesagt, Angst sei ein schlechter Ratgeber. Das ist richtig. Wer von Angst befallen ist, kann nicht mehr rational handeln. Das ist ja das Ziel derer, die die Angst als Waffe benutzen. Angst zeigt Gefahren an. Aber Gefahren meistert man nur mit Nüchternheit, Besonnenheit und einem Stück Tapferkeit.

Auch die Sowjetunion will keinen Krieg. Sie will den Sieg ohne Krieg. Sie will die Welt beherrschen. Sie setzt dabei auch auf das Element Angst. Angst will sie vor allem mit ihrer militärischen Macht erzeugen. Wir sollen dieser Angst erliegen. Aber es besteht kein Anlaß zur Angst. Solange wir fest im Bündnis mit dem Westen stehen, solange unsere ausgezeichnete Bundeswehr ihren Friedensdienst leistet - ich sage das, um einmal unseren Respekt, unsere Sympathie und unsere Dankbarkeit für unsere Soldaten zum Ausdruck zu bringen -

(Beifall)

und solange die amerikanischen Verbündeten hier mit Truppen und Atomwaffen präsent sind, so lange ist ein Krieg in Europa ausgeschlossen. Der Westen braucht militärisch nicht so stark zu sein wie die Sowjetunion. Aber er muß so stark sein, daß sie nicht in Versuchung geführt wird. Nach 1945 hat es überall in der Welt Kriege gegeben - in Europa nicht. Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer Politik, die sich nicht einschüchtern läßt.

Die Friedensbewegung begeht zwei Denkfehler. Sie vergißt erstens, daß auf Dresden keine Atombombe gefallen ist. Trotzdem war der Untergang Dresdens nicht weniger grauenhaft als der Untergang von Hiroshima.

Der zweite Denkfehler der Friedensbewegung ist dieser. Sie sagt: lieber rot als tot. Was heißt das? Lieber Auschwitz als Hiroshima? War Hiroshima schlimmer als Auschwitz? Diese Fragen stellt der deutschen Friedensbewegung André Glucksmann, brillanter Kopf Frankreichs, Sohn deutscher Juden. Ich füge hinzu: Wer nur eine Gefahr sieht, begünstigt die anderen.

Schlußfolgerung: Wir müssen Auschwitz und Hiroshima und Dresden verhindern.

(Beifall)

Wer das will, darf sich nicht an Utopien orientieren. Er muß sich die christlichen Kardinaltugenden zu eigen machen: Klugheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit und Maß. Wer schon dieser Welt das absolut Gute, das Heil bringen wollte, hat bisher immer Unheil gebracht. Politik kann das nicht leisten. Sie muß in ihren Zielen bescheidener sein: das Böse eindämmen, Gefahren begrenzen, Konfliktregelungen finden, um

einen - wenn auch immer gefährdeten - Frieden möglich zu machen; das kann Politik leisten, und das muß sie leisten.

Daß wir - meine Damen und Herren, damit möchte ich schließen - hier in Europa und der Grenze von Ost und West seit 40 Jahren in Frieden leben und ein hohes Maß - nichts ist vollkommen - an Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit verwirklichen konnten, verdanken wir einer Politik, die Christliche Demokraten und Christlich-Soziale begründet und bis heute fortgeführt haben, von Konrad Adenauer bis zu Helmut Kohl. An dieser Politik wollen wir festhalten.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Wir danken dem Vorsitzenden unserer Bundestagsfraktion, Herrn Dr. Alfred Dregger, für seinen Bericht. In diesen Dank schließen wir gleich die Arbeit aller Damen und Herren unserer CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein.

(Beifall)

So ein Fraktionsvorsitzender hat es ja, wie wir aus Erfahrung wissen, nicht leicht. Er hat wesentlich mehr Minister als Ministerposten in seinen Reihen. Er muß mit dem Bundeskanzler, dem Regierungschef, in ständigem Gespräch und Kontakt stehen. Er ist Treibender, er ist Bremsender, er ist Beichtvater, er ist Ausgleichender. Er hat in seiner Fraktion Flügel und zugleich doch Einheit. Damit hat er eine nicht ganz leichte Aufgabe, die immer wieder Bewunderung verdient.

Lieber Herr Dr. Dregger, dann müssen Sie noch mit der Schnittlauchpartei fertig werden: außen grün, innen hohl und immer gebündelt auftretend. Ebenso müssen Sie mit der großen SPD, die wir ja wunderbar im Griff haben, mit Herrn Vogel fertig werden. Wir erleben das immer im Fernsehen. Ich freue mich dann immer, wenn ich Sie sehe. Das andere ist nicht mit anzusehen. Sie haben also eine schwere Aufgabe, Herr Dr. Dregger. Wir sagen Ihnen für Ihre Arbeit Dank und wünschen Ihnen weiterhin alles Gute und gute Arbeit mit der Bundestagsfraktion, unterstützend für unsere Bundesregierung. Herr Dr. Dregger ist wie ein Eichbaum, von dem wir sagen können: Was kümmert es den Eichbaum, wenn ihn unten einmal eine Sau scheuert? Sein Weg geht immer geradeaus.

(Beifall)

Ich rufe nunmehr TAGESORDNUNGSPUNKT 11 auf:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-GRUPPE
IN DER EVP-FRAKTION
DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS
RUDOLF LUSTER, MdEP

Ich erteile Rudolf Luster zu seinem Bericht das Wort.

Rudolf Luster (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Mein Bericht über die Arbeit der deutschen Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments wird zu einer Zeit erstattet, in der die EG den Völkern Europas nicht gerade Grund zum Jubeln gibt. Das Schauspiel um Katalysator, Agrarmarkt und Süderweiterung - um aktuelle Beispiele herauszugreifen - läßt viele an der politischen Entscheidungsfähigkeit der Gemeinschaft zweifeln.

Allerdings möchte ich freimütig sagen: Nicht die Europa-Parlamentarier und schon gar nicht die europäischen Christdemokraten unter ihnen gehören auf die Sünderbank. Um das Kind beim Namen zu nennen: Der EG-Ministerrat muß endlich wieder europäische Politik machen, anstatt nationale Interessen auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner zu addieren.

Das Bild vom europäischen Geleitzug ist oft strapaziert worden, aber es trifft den Kern der Sache. So muß man sich fragen, wie lange sich Europa noch die Anti-EG- und Anti-NATO-Eskapaden von Griechenlands sozialistischem Ministerpräsidenten gefallen lassen will und dafür noch kräftige Zusatzhonorare aus dem Gemeinschaftstopf zahlt.

Um so mehr möchten wir an dieser Stelle dem Bundeskanzler dafür danken, daß er Europa von Anfang an wieder zu einer Hauptsache deutscher Politik gemacht hat. In seiner heutigen Rede hat er dafür einen erneuten Beweis gegeben. In Helmut Kohl wissen wir, die deutschen Christlichen Demokraten, aber auch alle, die auf Europa bauen, einen konsequenten Europäer an unserer Seite.

Die Liberalisierung des Personenverkehrs an den Binnengrenzen ist ein erster praktischer Erfolg. Die engen deutsch-französischen Beziehungen sind unabhängig von den jeweils regierenden Parteien Dreh- und Angelpunkt für europäische Fortschritte. Wir möchten Helmut Kohl ermutigen, seinen europäischen Kurs unbeirrt fortzusetzen. Auf uns kann er zählen.

(Beifall)

Wichtigstes Ergebnis im Berichtszeitraum waren die zweiten Direktwahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1984. Dazu nur wenige Bemerkungen.

Die europäischen Christlichen Demokraten haben wiederum die meisten Stimmen bekommen. Die Parteien der Mitte haben ihre Mehrheit behauptet. Die überzeugende Wahl unseres Freundes Pierre Pflimlin zum Parlamentspräsidenten ist Ausdruck davon.

An den extremen Flügeln hat es Zuwächse gegeben. Die Sozialistische Fraktion ist noch weiter nach links gerückt. Ihre Anti-Europapolitik wurde stärker. Sie fällt als berechenbarer Faktor für den europäischen Einigungsprozeß aus.

Die grün-alternative Bewegung ist nicht mehr nur ein nationales, sondern ein europäisches Problem. Mit zumeist antieuropäischen Randgruppen hat sie sich - nomen est omen - in der neuformierten Regenbogenfraktion zusammengetan. Ihre chamäleonhafte Anpassungsfähigkeit an diffus irrationale Volksstimmungen darf freilich nicht über den harten Kern ihrer Strategie hinwegtäuschen. Sie will nicht nur bei uns die „andere Republik“, sie will auch das „andere Europa“.

Die deutsche Gruppe in der EVP-Fraktion hat die Auseinandersetzung mit den Grünen und ihrem Gedankengut zu einem Arbeitsschwerpunkt gemacht. Wir werden sie auf diejenigen europäischen Feldern stellen, für die sie eine Sonderkompetenz beanspruchen: beim Umweltschutz, bei den neuen Technologien, bei der Friedens- und der Sicherheitspolitik.

Aus der gesunkenen Wahlbeteiligung haben wir Konsequenzen zu ziehen. Das Lamento über die Medien hilft uns nichts. Machen wir Europa wieder gemeinsam zu einem positiven Thema, dann gewinnen wir auch die Medien. Die Straffung der

Parlaments- und Fraktionsarbeit, die Entrümpelung der Debatten, die Konzentration auf die Probleme, die den Bürgern auf den Nägeln brennen und die nur europäisch lösbar sind, das hat für uns Priorität. Ich bin optimistisch, daß uns das gelingt.

Mit Egon Klepsch als Vorsitzendem ist die EVP-Fraktion wieder zur treibenden und integrierenden Kraft der europäischen Mitte im neuen Parlament geworden. Ich möchte dir, lieber Freund Egon Klepsch, dafür und für deinen unermüdlichen europäischen Einsatz auch von hier unseren Dank sagen.

(Beifall)

Die erfolgreiche Europapolitik der EVP-Fraktion setzt eine noch bessere Zusammenarbeit mit unseren Freunden in den nationalen Parlamenten voraus. Dieser Prozeß ist mit den Unionsparteien und mit unserer Bundestagsfraktion in Gang gekommen. Dafür danken wir, und wir wünschen uns hier weiter wachsende Offenheit für die europäischen Belange.

Meine Kollegen im Europäischen Parlament und ich, wir werden von den Bürgern auf der Straße und auch von Freunden im Ortsverband oder im Bekanntenkreis gefragt: Bist du als Europa-Parlamentarier nicht frustriert? Hinter dieser Frage stehen andere Fragen, etwa: Brauchen wir Europa noch? Brauchen wir die EG noch? Hat nationale Eigenbrötelei nicht das Fundament zerstört? Können wir das noch bezahlen?

Brauchen wir also Europa noch, liebe Freunde? Das böse Wort von Schmidt und Apel, die Deutschen seien Zahlmeister Europas, ist bei uns immer noch im Schwange. Bitte hören wir damit auch im eigenen Lager auf! Der Gemeinsame Markt ist trotz mancher Unvollkommenheit ein Aktivposten ersten Ranges. Das gilt im Weltmaßstab, wo die EG den Spitzenplatz als Handelsmacht und als wichtigster Partner der Entwicklungsländer hält. Es gilt ebenso für den weitgefächerten Wirtschaftsraum des europäischen Binnenmarktes. Sagen wir unseren Bürgern, daß die Hälfte der deutschen Exporte in die EG geht, daß seit der Gründung der EWG unsere Gesamtausfuhren die fünfzehnfache Höhe, unsere Ausfuhren in die EG rund den dreißigfachen Umfang erreicht haben, daß jeder vierte deutsche Arbeitsplatz vom Export und jeder achte vom Export in die EG abhängt, daß wir seit Jahren die Nummer eins in der Weltrangliste der Exporteure sind, und daß Wirtschaftsinstitute für dieses laufende Kalenderjahr einen Exportüberschuß von 60 Milliarden DM prognostizieren! Wir sind nicht Nettozahler, wir sind die eigentlichen Nettogewinner der EG - politisch und wirtschaftlich.

Natürlich muß gesparrt werden, zu Hause und in der Gemeinschaft.

Manche möchten bei den Bürgern Schrecken über den EG-Finanzbedarf verbreiten. Nun, der Gesamthaushalt der EG ist wenig höher als der des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen. Fragen wir lieber, was es uns kostet, daß Europa noch immer unvollendet ist! Die Unfähigkeit zum Beispiel, den grenzüberschreitenden Güterverkehr endlich gemäß den Verträgen zu liberalisieren, schlägt allein jährlich mit über 30 Milliarden DM zu Buche. Das ist die Hälfte des EG-Jahresets, das Ergebnis mangelnder Entschlossenheit zu europäischem Handeln.

Schaffen wir das Europa der Bürger! Stärken wir den europäischen Binnenmarkt! Machen wir Ernst mit offenem Leistungswettbewerb, mit dem Abbau von Subventionen und Protektionismus, Ernst mit europäischer Marktwirtschaft! Das sind wichtige Voraussetzungen für die vorrangige Überwindung der Arbeitslosigkeit. Es sind zugleich die Voraussetzungen dafür, daß die EG-Staaten insgesamt vorbildlich wie

bisher ihren Beitrag zur Beseitigung des Hungers in der Welt leisten.

Und die teure Agrarpolitik! Hüten wir uns auch da vor vergrößernden Darstellungen! Der integrierte Agrarmarkt ist Geschäftsgrundlage und Klammer der Gemeinschaft. Er hat bei relativ stabilen Preisen unsere Selbstversorgung nahezu gesichert.

Freilich, wir kennen die Mängel, Versäumnisse und Verbesserungsnotwendigkeiten. Vor allem müssen die teuren Überschußproduktionen zurückgeschnitten werden. Fontainebleau im Juni 1984 hat damit einen besonders für die deutschen Landwirte schmerzlichen Anfang machen müssen. Anders läßt sich der überproportional agrarlastige EG-Haushalt nicht stabilisieren. Wir sind aber nicht bereit, die Bauern zu Prügelknaben für die jahrelangen Fehler entscheidungsunfähiger EG-Ministerräte der Ära Schmidt/Ertl zu machen.

(Beifall)

Wir haben vergeblich vor der Privilegierung der landwirtschaftlichen Fabriken gewarnt. Wir dürfen nicht zulassen, daß jetzt die bäuerlichen Familienbetriebe die Zeche bezahlen. Deshalb haben wir in der letzten Woche eine maßvolle Anhebung der Agrarpreise für unsere Bauern durchgesetzt.

Mit dem Schwerpunkt „Umwelt, Zukunftstechnologie und Arbeitsplätze“ haben wir jenen Dreiklang ineinandergreifender Zielsetzungen umschrieben, die wir erfolgreich nur im europäischen Rahmen verwirklichen können. In der deutschen Gruppe haben wir vehement für Immissionsschutz und niedrigere Abgaswerte - Stichwort Katalysator - gekämpft und unsere Haltung im Europäischen Parlament durchgesetzt. So haben wir der Bundesregierung die uns mögliche Hilfestellung gegeben.

Schon jetzt ist Europa erfolgreich, wo es gilt, Anschluß an die Entwicklung der Zukunftstechnologien zu finden und Wettbewerbsvorteile auf anderen Feldern zu halten. Das jetzt durchgeführte Mikroelektronikprogramm ESPRIT hatte unsere Gruppe nachhaltig gefordert. Airbus und ARIANE ermutigen uns, unser Know-how zu bündeln, eine gemeinsame Forschungs- und Industriepolitik zu treiben und damit die Arbeitsplätze von morgen zu sichern. Die Mark für Europa bringt hier mehr als die nationale Mark, der nationale Franc und das nationale Pfund.

Wir fordern neue Gemeinschaftspolitiken. Umwelt und Technologie erfüllen idealtypisch die Kriterien für die zumindest Teilübertragung nationaler Zuständigkeiten auf die europäische Ebene. Deshalb begrüßen wir den Parteitagisantrag, der dies für den Bereich des Umweltschutzes ausdrücklich unterstützt.

Auf die gesellschaftlichen Herausforderungen der naturwissenschaftlichen Revolution in Bereichen wie Biotechnik, Raumfahrt und Informatik brauchen wir europäische Antworten. Die wirtschaftlichen Erfolge Europas, meine Freunde, werden weltweit anerkannt und bewundert, und doch ist die eigentliche Tat die europäische Friedensordnung in Freiheit. 40 Jahre nach Kriegsende - das wurde gesagt -, 30 Jahre nach Gründung der EG haben wir Grund, den Blick selbstbewußt nach vorn zu richten. Unser neues Europa der Versöhnung, des Friedens und der Demokratie ist die Antwort auf die Opfer der Weltkriege, auf Haß und jahrhundertelangen Bruderzwist. Wir haben Frieden, obwohl die Welt insgesamt nicht friedlicher geworden ist. Bei bewaffneten Konflikten in der übrigen Welt sind seit Ende des Zweiten Weltkrieges mehr als 21 Millionen Menschen getötet worden. Allein 1983 registrierte die UNO 40 größere und kleinere Kriege. Was ist uns ein Tag Frieden wert? Was ein Tag

Krieg kostet, darüber besitzen wir leider eine ziemlich genaue Vorstellung. Der Zweite Weltkrieg hat an 2 065 Tagen insgesamt 55 Millionen Tote gekostet. Die Kriegsmaschinerie in Deutschland hat Hunderte von Milliarden verschlungen, die Zerstörungen nicht eingerechnet. Nicht eingeschlossen in diese Bilanz sind Kriegs- und Nachkriegsleid, Opfer der Diktatur und Elend der Vertreibung. Der Frieden in Freiheit muß uns jede Anstrengung wert sein. Sagen wir den vielen jungen Menschen, allen, die sich um den Frieden sorgen: Dieses Europa hier hat greifbaren Frieden geschaffen. Sagen wir ihnen ebenso klar: Frieden ist nicht umsonst zu haben.

Die Europäische Gemeinschaft ist der eine, die Nordatlantische Allianz der andere Pfeiler, auf dem gesicherter Frieden in Freiheit beruht, und die EVP-Fraktion steht fest zu beiden Pfeilern der europäischen Friedensordnung. Wir betrachten es deshalb als eine Geste von geschichtlichem Rang, wenn am 8. Mai Amerikas Präsident Ronald Reagan vor dem gewählten Europäischen Parlament zu den Bürgern Europas spricht. Die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten ist Voraussetzung unserer Freiheit. Dazu bekennt sich die große Mehrheit der Europäer. Dies wird der Präsident in Straßburg erfahren, an dem Ort, der wie kaum ein anderer Sinnbild deutsch-französischer, europäischer Versöhnung geworden ist.

Europa, meine Freunde, ist das Zukunftsthema, das christliche Demokraten seit den kühnen Entschlüssen von Adenauer, Schuman und de Gasperi besetzt halten. Dieses Erbe verpflichtet uns. Recht hat, wer sagt, die Schaffung eines vereinigten Europas wird das größte politische Ereignis dieses Jahrhunderts sein. Dieses vereinigte Europa ist für uns, meine Freunde, Verfassungsauftrag des Grundgesetzes. Als eine der Aufgaben des deutschen Volkes wird in dessen Preamble statuiert „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Nicht ohne Grund werden das Wiedervereinigungsgebot und das Gebot der europäischen Einigung eng verknüpft. Wiedervereinigung - das ist unsere politische Erkenntnis - wird nur von europäischer Einigung her möglich. Europa ist so das Thema auch unserer nationalen Zukunft. Es genügt nicht, unsere Europabereitschaft zu beteuern. Verzichten wir darauf, die Augenblicksnöte über die Notwendigkeiten der Zukunft und die Routine immer über die Vision siegen zu lassen. Nein, meine Freunde, jetzt, 1985, muß Europa Vorrang bekommen. Anders werden wir unseren Auftrag verraten, werden wir eine wichtige Zukunftschance verspielen.

Das Europäische Parlament mit geschlossener Zustimmung unserer Gruppe und unserer Fraktion hat seinen Vertragsentwurf für einen Bundesstaat „Europäische Union“ vorgelegt. Jetzt sind die nationalen Parlamente am Zuge, jetzt muß das vertragswidrige Vetorecht im Ministerrat fallen, das die Europäische Gemeinschaft zur lahmen Ente macht. Jetzt muß das Europäische Parlament die Mitentscheidung in der Gesetzgebung erhalten. Das EG-Recht weitet sich aus und geht dem Recht der Mitgliedstaaten vor. Es muß wie dieses parlamentarisch legitimiert und nicht weiter par l'ordre de Mufti, des Ministerrats, erlassen werden. Dieses Demokratiedefizit muß weg. Es gilt, den europäischen Rechtsraum abzubauen zu koordinierter Bekämpfung vor allem des internationalen Terrorismus und des Drogenhandels. Eine neue Finanzverfassung muß die Lasten der Mitgliedstaaten gerecht verteilen und dem ständigen Feilschen ein Ende machen. Dafür insgesamt, liebe Freunde, müssen wir einstehen. So wollen wir die Stagnation überwinden, so wollen wir die Bürger für Europa motivieren, und so endlich wollen wir Schritt für Schritt das vereinte Europa, die Europäische Union vollenden.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Lieber Freund Luster, wir danken sehr herzlich für diesen Bericht

Meine lieben Freunde, ich meine, wir sollten alle unseren Freunden im Europäischen Parlament sehr herzlich für ihre Arbeit und für ihren Einsatz für die Sache Europas danken. Vielen herzlichen Dank unseren Freunden und Kollegen im Europäischen Parlament!

(Beifall)

Wir wollen Sie auch von diesem Parteitag, lieber Freund Luster, Sie und Ihre Kollegen, ermutigen: Setzt Euch weiter ein für die politische Einigung Europas! Zum Weg in die politische Einigung Europas gibt es für uns, die Christlich Demokratische Union, keine Alternative. Es ist wichtig, diesen Schritt für Schritt voranzubringen.

Lassen Sie mich noch dieses sagen, meine lieben Freunde: Helmut Kohl hat heute morgen gesagt: Wir, die Union, sind die Europapartei, die Europapartei! Dies wollen wir immer wieder mit vielen Initiativen deutlich machen. Wir wollen Motor sein für die politische Einigung Europas. Dafür viel Glück und Erfolg auch unseren Freunden und Kollegen im Europäischen Parlament! Vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

Ich rufe nunmehr TAGESORDNUNGSPUNKT 12 auf:

BERICHT DES BUNDESSCHATZMEISTERS

Das Wort hat unser Freund Walther Leisler Kiep. Bitte schön, Freund Kiep!

Walther Leisler Kiep, Bundesschatzmeister: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Nach den hochbrisanten und politisch geladenen Rechenschaftsberichten meiner Vorredner habe ich Ihnen über die Situation der Finanzen unserer Partei zu berichten.

Ich möchte zunächst etwas über die Finanzierungsarbeit der Jahre 1983 und 1984 sagen und im Anschluß daran aus gutem Grund auch zu den laufenden Spendenverfahren Stellung beziehen.

Die Ergebnisse der Finanzierungsarbeit des Jahres 1983 und auch des Jahres 1984, meine Freunde, sind positiv. Als wichtigsten Teil meines Berichts darf ich Ihnen heute hier vortragen, daß die Finanzen der Bundespartei der Christlich Demokratischen Union Deutschlands im Gleichgewicht sind, daß die Partei schuldenfrei ist.

(Beifall)

Dieses Gleichgewicht und diese Schuldenfreiheit gelten für die Jahre 1983 und 1984, gelten für das laufende Jahr und werden, wenn sich nicht dramatische Ereignisse einstellen, auch für das Jahr 1986 Gültigkeit haben.

Wir haben damit, meine Freunde, nach 14 Jahren die Konsolidierung erreicht.

(Beifall)

Von diesen 14 Jahren - um das noch einmal in Ihre Erinnerung zu rufen, waren wir elf Jahre überschuldet. Die Vermögensrechnung dieser elf Jahre war für unseren

Wirtschaftsprüfer Veranlassung, auf konkursrechtliche Konsequenzen dieser Überschuldung hinzuweisen. Nur in drei Jahren dieser 14jährigen Periode war unsere Rechnung im Einklang mit der deutschen Konkursordnung. In dieser ständigen Verschuldungszeit, meine Freunde, haben wir insgesamt 13,5 Millionen DM an Bankzinsen zahlen müssen, 1982 allein 2,3 Millionen.

Wir haben dieses erfreuliche Ergebnis einer Reihe von Faktoren zu verdanken, die ich hier nennen möchte.

Der erste ist die Hilfe unserer Spender.

(Beifall)

Allein in den Jahren 1982 und 1983 haben wir mit Spenden in einer Höhe von 13 Millionen DM den Bundestagswahlkampf des Jahres 1983 finanzieren können. Deshalb muß an erster Stelle, meine Freunde, hier der Dank an die Spender erstattet werden.

(Beifall)

Wir haben zweitens als Ergebnis jahrelanger, ja man kann sagen: jahrzehntelanger Bemühungen ein neues Parteienfinanzierungsgesetz im Dezember 1983 durchsetzen können. Dieses neue Gesetz ist ein Aktivposten in unserer Arbeit. Dieses Gesetz ist das Ergebnis unserer Bemühungen. Es war ein langer und beschwerlicher Weg: Versuche zur Novellierung des Parteiengesetzes in den Jahren 1976 bis 1978; unser Versuch, durch ein Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht im Jahr 1978 eine Neuordnung zu erreichen; die Umstellung der Spendenfinanzierung der CDU im Jahr 1979; die Erhöhung der Spendenfreigrenzen im Jahr 1980; die Kommission der Sachverständigen des Bundespräsidenten im Jahr 1981: all dies waren Meilensteine auf dem Weg zu diesem neuen Parteienfinanzierungsgesetz.

Meine Freunde, wir alle und alle Parteien in der Bundesrepublik Deutschland hätten weniger Probleme, vor allem für unsere Spender, wenn wir dieses Ziel früher erreicht hätten.

(Beifall)

Der wirkliche Skandal und die wirkliche Schuld der Parteien liegen darin, daß dieses Ziel erst mit Wirkung vom 1.1.1984 erreicht werden konnte. Möglich wäre es schon im Jahr 1975 gewesen, wenn überall der Sachverstand, der gute Wille und die Erkenntnis der schwelenden Probleme vorhanden gewesen wäre.

Nun geht es darum, Vertrauen zurückzugewinnen, indem wir die durch das neue Parteienfinanzierungsgesetz uns aufgegebene Transparenz bei Einnahmen, bei Ausgaben und bei Vermögen wirklich voll und ganz in die Praxis umsetzen. Dies ist unsere zentrale Aufgabe in der Finanzierungsarbeit der Bundespartei in den kommenden Jahren.

Ein dritter wichtiger Aktivposten hat dieses erfreuliche finanzielle Ergebnis möglich gemacht, meine Freunde. Wir haben in der Berichtszeit, über die ich spreche, das mit Abstand höchste Mitgliedsbeitragsaufkommen unserer Geschichte.

(Beifall)

Die Union hat im Jahr 1983 ein Mitgliedsbeitragsaufkommen von 71,7 Millionen DM erzielt.

(Beifall)

Wir haben damit die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die sich immer besonders auf ihrer Fähigkeit zur Erzielung hoher Mitgliedsbeitragsaufkommen berufen hat, zum ersten Mal in der Geschichte der Union überholt.

(Beifall)

Da man über politische Gegner ja gelegentlich auch mal etwas Nettes sagen darf, möchte ich hier vermerken und berichten, daß unsere Kollegen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands uns zu diesem Erfolg unmittelbar nach Veröffentlichung dieser Zahl gratuliert haben. Der Dank für diesen durchschlagenden Erfolg geht an alle Ebenen unserer Partei: an unsere Ortsverbände, an die Schatzmeister der Ortsverbände, an die Kreisverbände und ihre Schatzmeister, an die Landesverbände und alle, die in den Gliederungen der Partei für dieses Ergebnis Verantwortung tragen.

Dank aber auch, meine Freunde, an die Amts- und Mandatsträger, die durch ein ungewöhnlich hohes Aufkommen zu dieser guten Eigenleistung der Union beigetragen haben. 16,8 Millionen DM im Jahr 1983 durch Beiträge der Amts- und Mandatsträger der Christlich Demokratischen Union Deutschlands! Insgesamt 1983 ein Betrag von 89 Millionen DM aus Beiträgen - aus Mandatsträgerbeiträgen und aus Mitgliedsbeiträgen -. Wir haben damit ein Traumziel, das wir uns gesetzt haben, schon fast erreicht, nämlich daß wir ein Drittel aller unserer Aufwendungen aus eigener Kraft beschaffen.

Wir liegen jetzt bei 31,2 % der Gesamteinnahmen der CDU aus Mitgliedsbeiträgen und aus Mandatsträgerbeiträgen!

Meine Damen und Herren, unsere politischen Bewerber von den Grünen, die sich ja, wie Sie alle wissen, im wesentlichen aus Staatsbeiträgen finanzieren, können von einem solchen Eigenbeitrag nur träumen.

Wir haben uns auf dem Parteitag in Stuttgart eine neue Finanzverfassung gegeben, die die Anpassung an das neue Finanzierungsgesetz vollzieht, besonders, indem eine Reihe neuer Bestimmungen eingeführt wurde, die die Erhaltung des finanziellen Gleichgewichts in unserer Parteifinanzierung sichern.

Dieser erfreuliche Teil meines Rechenschaftsberichts, meine sehr verehrten Freunde, wird nach meinem Empfinden jedoch durch eine Fülle von Parteispenderverfahren überschattet, mit denen die überzogen worden sind und überzogen werden, die uns diese Spenden gegeben haben.

Wir und ich in besonderer Weise empfinden zusammen mit dem Präsidium und dem Bundesvorstand unserer Partei eine Verpflichtung gegenüber unseren Spendern.

An dieser Stelle darf ich noch einmal daran erinnern, daß ich aus dieser Verpflichtung heraus im Frühjahr 1983 den Versuch unternommen habe, zu erreichen, daß die Strafverfolgungsbehörden in unserem Lande vor dem Beginn einer Lawine von

Parteispendenverfahren gegen Hunderte von gutwilligen Spendern zunächst einmal in einem Musterprozeß gegen uns und gegen mich diese Frage einer Klärung zuführen.

(Zustimmung)

Bedauerlicherweise ist diese Anregung nicht aufgegriffen worden, und wir erleben jetzt, daß trotz der Veränderung unserer Finanzierungsgrundlagen vor sechs Jahren die strafrechtliche Verfolgung unserer Spender im Gange ist.

Ich möchte hier keine Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit und Rechtmäßigkeit dieser Verfahren äußern, und ich möchte hier auch keine Bewertung der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren und der Gerichtsurteile zum Gegenstand meiner Ausführungen machen. Aber eines möchte ich in Erinnerung an das, was ich Ihnen in Stuttgart vortrug, hier doch in aller Deutlichkeit sagen: Die Parteienfinanzierung war zweideutig, unklar und in höchstem Maße widersprüchlich.

Es ist einfach unwahr, wenn jetzt häufig zu lesen und zu hören ist, daß der frühere § 10 b Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes die Frage der Parteispenden sozusagen eindeutig und abschließend geregelt hätte.

Die Parteispendenmoral ist bis zum 1. Januar 1984 eine doppelbödige Moral, und dies nicht zum erstenmal. Kritische Beobachter, deren es leider noch nicht genügend viele gibt, sollten dies stärker zur Kenntnis nehmen.

Zweierlei Maß, meine Freunde: Spenden, die im Wege der sogenannten indirekten Parteienfinanzierung in einem Fall zur Anklage führen, in einem anderen Fall aber nicht, das ist der Tatbestand, mit dem wir und unsere Spender es heute zu tun haben.

Meine Damen und Herren, Parteienfinanzierung auf der Grundlage eines Bundesfinanzhofgutachtens aus dem Jahre 1952 macht es möglich, daß ein Spender an einen Berufsverband und dann an eine Partei unter steuerlicher Nutzung dieser Zahlungen etws zahlen kann, ohne daß dies Steuerhinterziehung ist. Genau dieselbe Parteienfinanzierung über steuerlich begünstigte Einrichtungen zur Förderung staatspolitischer Zwecke gilt als illegal und führt zur Strafverfolgung.

Es ist wichtig, daran zu erinnern, daß das Bundesverfassungsgericht den Parteien in allen seinen Urteilen sehr wohl die Wahrnehmung staatspolitischer Aufgaben eingeräumt hat, aber die Spenden, die direkt an die Parteien für deren staatspolitische Aufgaben geleistet werden, waren steuerlich nicht begünstigt. Nur wenn sie an anerkannte, zur Förderung staatspolitischer Zwecke gegründete Institutionen gezahlt werden, konnten sie steuerlich geltend gemacht werden.

Schließlich noch verwirrender, meine Freunde: Kein Verfassungsgericht, kein Gericht, kein Gesetzgeber, niemand hat sich je der Mühe unterzogen, einmal festzustellen, worin denn eigentlich staatspolitische Aufgaben der Parteien bestehen.

Meine Freunde, wir, die Union, und ich sind nicht die Erfinder dieser indirekten Parteienfinanzierung, die wir als eine Fehlentwicklung betrachten. Wir haben sie vorgefunden und zunächst keinen Anlaß gesehen, sie kritisch zu beleuchten. Erst nachdem wir durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1979 auf Zweifelstat-

bestände hingewiesen wurden, haben wir gehandelt. Wir haben gehandelt, meine Freunde, und wir haben dafür gesorgt, daß vor über sechs Jahren die Praxis der Union, in diesem Zusammenhang der Bundespartei, geändert wurde.

Wir sind aber auf Grund des Tatbestandes zutiefst davon überzeugt - auch ich persönlich, und ich sage das hier in aller Deutlichkeit -, daß es jetzt in allererster Linie darauf ankommt, eine steuerrechtliche Klärung herbeizuführen und daß die strafrechtliche Aufarbeitung dieser Problematik unangemessen ist.

(Vereinzelt Zustimmung)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, ich darf Sie aber auch noch einmal daran erinnern, daß wir auf diese Fehlentwicklungen hingewiesen haben. Dies ist nicht etwa das Ergebnis von Ermittlungen der letzten Wochen oder von journalistischen Recherchen. Wir haben im Jahre 1978 im Normenkontrollverfahren Niedersachsens in einem Gutachten unter Zurückstellung eigener Interessen dem Verfassungsgericht folgendes schriftlich vorgelegt - ich zitiere -:

Die indirekte Parteienfinanzierung ist jener weite, quantitativ nicht abzugrenzende und qualitativ möglicherweise noch gehaltvollere ... Teil ... der „Grauzone der Parteifinanz“. Diese Grauzone ist ein besonderer Problembereich der Parteienfinanzierung. Sie ist größer und problematischer, als alle Rechenschaftsberichte erkennen lassen. Sie ist aber auch keineswegs nur ein Problem der Parteien, ... sondern schließt den Staat als mit Handeln und Unterlassen gleichermaßen verantwortlichen Partner mit ein. Sie ist nach Art und Umfang eine Fehlentwicklung, die die Parteien aus eigener Kraft - ganz gleich, wie groß ihre Mitverantwortung dafür ist - nicht (mehr) korrigieren können. Wichtigste Ursache ... ist zunächst und vor allem der Finanzbedarf der Parteien, und das Gutachten des Bundesfinanzhofes vom 17. 5. 1952 spielt hier eine wichtige Rolle.

Meine Freunde, alle Landesregierungen, alle Finanzminister, auch der Bundesfinanzminister, haben diese Einlassung der Union zum Normenkontrollverfahren im Jahre 1978 offiziell vom Bundesverfassungsgericht zur Kenntnis bekommen, und deshalb ist die Behauptung, erst durch die Ermittlungen der letzten Jahre seien diese Dinge zum Tatbestand geworden, völlig falsch.

Meine Damen und Herren, nach dem Urteil haben wir uns bemüht, Mißstände im Zusammenhang mit dem Gutachten des Bundesfinanzhofes von 1952 zu beseitigen. Die SPD hat dies verhindert. Hans Matthöfer hat am 13. August 1980 dieses Gutachten des Bundesfinanzhofes ausdrücklich bestätigt. Nichts gegen gewerkschaftliche Unterstützung von Parteien, die auf diesem Wege stattfindet; aber bitte auch nicht so tun, als habe man mit Parteienfinanzierung nichts zu tun! Die SPD-Erklärung über die Millionenbeträge in bar steht bis zum heutigen Tage aus, und ich finde es nicht besonders nobel, in diesem Zusammenhang anstelle einer Antwort auf den verstorbenen Alfred Nau zu verweisen.

(Beifall)

Ich darf zusammenfassen: Die steuerliche Problematik betrifft die Bundesparteien nur im Zusammenhang mit Spenden vor dem 24. Juli 1979. Wenn auch das Bundesverfassungsgericht zu unseren Fragen nicht oder nur teilweise Stellung bezogen hat, haben wir damals, im Sommer 1979, dennoch einschneidende Maßnahmen ergriffen, und zwar mit Unterstützung des Parteivorsitzenden und mit

Unterstützung aller Beteiligten, und wir haben dadurch erreicht, daß von 1979 an die Christlich Demokratische Union Deutschlands nur noch Spenden nach Steuern empfangen hat.

Diese Haltung berechtigt mich hier heute auch zur Bekräftigung meiner Kritik am Verfahren und zur Forderung nach finanzgerichtlicher Klärung.

Meine Freunde, das Ziel der auf dem Stuttgarter Parteitag diskutierten „Amnestie“ war nicht mehr und nicht weniger als der Versuch der Wiederherstellung der Rechtssicherheit und des Rechtsfriedens: Gleichbehandlung der Spender vor dem 1. Januar 1984 mit denen nach dem 1. Januar 1984. Ich bedaure, daß dies nicht zum Ziel geführt hat. Ich stehe vollinhaltlich hinter meinen Ausführungen auf dem Stuttgarter Parteitag. „Mehr Schatten als Licht“, meine Damen und Herren, kann man über diesen Bericht, den ich Ihnen heute zu erstatten habe, schreiben. Dennoch möchte ich mit dem besonders herzlichen Dank an alle schließen, die dieses Ergebnis möglich gemacht haben, an den Generalsekretär, den Parteivorsitzenden, den Bundesgeschäftsführer, insbesondere meine Mitarbeiter und hier an besonderer Stelle auch an meinen Generalbevollmächtigten Uwe Lüthje.

(Beifall) .

Ich bitte Sie ebenso wie in den zurückliegenden Jahren auch in den kommenden Jahren um Ihre Unterstützung, damit wir durch eine solide und ausreichende Finanzierungsarbeit die Handlungsfähigkeit der Christlich Demokratischen Union Deutschlands sichern.

(Beifall)

Dr. Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Meine lieben Freunde, wir danken Walther Leisler Kiep sehr herzlich für diesen wichtigen Bericht. Lieber Freund Kiep, Sie konnten hier feststellen: Die Finanzen der CDU-Bundespartei sind in Ordnung. Hinter dieser Aussage steht ein ganz gewaltiges Maß an Arbeit von Ihnen und Ihren Mitarbeitern. Dafür gebühren Ihnen ganz großer Dank und Anerkennung auch des Parteitags hier. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

Meine lieben Freunde, wir wollen von dieser Stelle aber noch einmal all denen herzlich danken, die mit ihren Beiträgen und Spenden unsere politische Arbeit unterstützen und damit einen wichtigen Beitrag leisten, daß wir die politischen Aufgaben, die das Grundgesetz den politischen Parteien, auch uns in der Union, stellt, erfüllen können. Herzlichen Dank an alle diejenigen, die damit unsere Arbeit für unser Land unterstützen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ehe ich in der Tagesordnung fortfahre, habe ich Ihnen zwei wichtige Bekanntmachungen mitzuteilen. Als erstes möchte ich Ihnen das Ergebnis von einem ganz wichtigen Fußballspiel mitteilen. Der FC Bayern München schlägt nämlich AS Rom mit 2 : 1. Wir gratulieren dem FC Bayern München herzlich.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die nächste Ansage richtet sich an die Landesgeschäftsführer der einzelnen Landesverbände. Sie werden nämlich gebeten, die Stimmzettel für die Wahl der stellvertretenden Bundesvorsitzenden jetzt im Büro des Organisationsleiters abzuholen.

Nun, meine Damen und Herren, fahren wir in der Tagesordnung fort.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 14 auf:

BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFER

Den Bericht erstattet unser Freund Alphons Horten. Er hat das Wort.

Alphons Horten, Rechnungsprüfer: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Sie werden verstehen, daß ich, wenn ich heute zugleich im Namen von Herrn Blumenfeld hier den Rechnungsprüferbericht erstatte, dies nach dem klaren, umfassenden, positiven Bericht des Schatzmeisters mit sehr großer Befriedigung und viel größerer Erleichterung tue, als dies in den vergangenen 11 bis 14 Jahren geschehen ist. Sie haben ja gehört, welch schwierige Wegstrecke die Partei in diesem Abschnitt durchschreiten mußte, und werden sich erinnern, daß wir bei unseren Berichten das zwar nicht allzu deutlich, aber doch ausgesprochen haben.

Ich fasse kurz zusammen. Auch unser Prüfungsergebnis bestätigt: Das Jahr 1983 ist in seinem Ergebnis ausgeglichen, obwohl es ein sehr aufwendiges Wahljahr gewesen ist. Das Jahr 1984, für das der Bericht noch nicht vorliegt, ist ebenfalls ausgeglichen. Für 1985 läßt sich dasselbe voraussehen. Entscheidend ist aber, daß die Partei endlich schuldenfrei geworden ist und sogar in der Lage war, durch Eigenmittel eine gewisse Reserve für Unvorhergesehenes oder für besondere Belastungen anzusammeln, wie das bei jedem ordentlichen Kaufmann üblich ist.

Mein Dank richtet sich an alle, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben: die Spender, die Amtsträger der Parteien, deren Beitrag ganz besonders hoch gewesen ist, und vor allem an die Mitglieder, worauf der Bundesschatzmeister schon hingewiesen hat.

Ich kann seine Ausführungen vielleicht in einem Punkte ergänzen. Der volle Umfang des Erfolges im Vergleich zur SPD wird noch deutlicher, wenn man berücksichtigt, daß die CDU in Bayern keine Mitglieder hat. Das heißt, hier werden die Ergebnisse bei der SPD für die ganze Bundesrepublik mit denen der CDU ohne Bayern verglichen.

Es kommt jetzt natürlich alles darauf an, daß diese gute Position weiter bewahrt und die Entwicklung der Unkosten und der Soll- und Ist-Zahlen des Etats aufmerksam überwacht wird.

Ich habe nach Rücksprache mit Herrn Blumenfeld darauf hinzuweisen, daß es vor allem drei Punkte gibt, auf die man besonders achten muß. Das ist das „Deutsche Monatsblatt“, das sind die Zuschüsse an die Vereinigungen, und das sind sehr notwendige, aber kostspielige Investitionen für Textverarbeitung und Kommunikationseinrichtungen.

Bevor ich zu dem formalen Teil übergehe, bitte ich Sie, mir eine Anregung zu

gestatten. Der leidige Streit um die Parteispenden in einer Wolke von Verdunkelung, Irreführung und Demagogie hat den Konsolidierungsprozeß in den letzten Jahren besonders erschwert. Ich möchte, obwohl das eben gesehen ist, doch auch von meiner Seite aus besonders dem Bundesschatzmeister und seinem Generalbevollmächtigten Lühje den aufrichtigen Dank für diese Arbeit aussprechen, die nicht nur durch die Leistung aufgezeigt ist, sondern vor allem durch die Umstände, unter denen sie stattfand: in einem Klima der Lüge, der Verleumdung, der unrichtigen Darstellung.

Deswegen möchte ich mir die Anregung erlauben, daß die im zweiten Teil der Rede von Herrn Kiep knapp und klar zusammengefaßte Darstellung des ganzen Spendenproblems - von dem wir alle fast täglich erfahren, wie schwer es für die einfachen Leute ist, diese Dinge zu verstehen - durch die Bundespartei möglichst weitgehend verbreitet wird, natürlich in einer angemessenen Form, z.B. im „Deutschen Monatsblatt“, damit auch die an der Front stehenden Amtsträger der Partei und die Mitglieder der Partei in der Lage sind, mit den entsprechenden Argumenten all den falschen Vorstellungen entgegenzutreten, denen wir immer wieder begegnen.

Der Jahresabschluß 1983 - ich habe schon darauf hingewiesen, daß wegen des frühen Datums unseres diesjährigen Parteitages 1984 noch nicht abschließend geprüft worden ist - ist wieder von unserem Wirtschaftsprüfer Professor Pougín in Köln erstellt worden. Auch dieser Jahresabschluß hat das uneingeschränkte Prüfungstestament erhalten, das wie folgt lautet:

Die Buchführung und die Jahresrechnung entsprechen nach meiner pflichtmäßigen Prüfung den Grundsätzen einer ordnungsmäßigen Rechnungslegung.

Auf Grund dieses Testaments und auch auf Grund unserer Prüfungen der Ausgabenwirtschaft der Bundespartei beantragen Herr Blumenfeld und ich die Entlastung des Vorstands für das Jahr 1983.

(Beifall)

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Ich danke Herrn Horten für den Bericht der Rechnungsprüfer. Herr Horten hat, glaube ich, gezeigt, daß die Rechnungslegung - auch wenn unser Schatzmeister festgestellt hat, das Ganze sei eine Sache mit mehr Schatten als Licht - eine Sache nicht ohne jedes Licht ist. Herzlichen Dank den Rechnungsprüfern.

Meine Damen und Herren, ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 13 auf:

AUSSPRACHE ZU DEN BERICHTEN

Lassen Sie mich vor Beginn der Aussprache folgendes anmerken. Wir müssen heute noch die Wahlen des Bundesvorstandes durchführen. Das haben wir für 18 Uhr terminiert. Ich schlage vor, jetzt die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 13 zu eröffnen und sie dann um 18 Uhr für die Wahlen des Bundesvorstandes zu unterbrechen. Die Aussprache wird während der einzelnen Wahlgänge in jedem Fall fortgesetzt.

Als erster hat in der Aussprache das Wort Herr Jäger, Baden-Württemberg.

Claus Jäger, Wangen: Frau Vorsitzende! Meine lieben Parteifreunde! Der Herr Generalsekretär hat uns in seinem Bericht mit Recht gesagt, daß die Union eine gute Partei sei. Eine gute Partei ist aber nicht nur eine Partei, die zusammenhält, wenn es ernst ist, sondern auch eine Partei, die diskutieren kann. Deswegen gehört es zu einer guten Partei, daß man auch seine Sorgen offen ausspricht.

Lassen Sie mich ein paar Sorgen aussprechen, die in der letzten Zeit nicht nur bei mir, sondern bei vielen Mitbürgern wachgerufen worden sind. Herr Geißler hat von der Volkspartei gesprochen. Wir sind eine Volkspartei. Er hat gleichzeitig gesagt, wir seien eine 50 %-Partei und wollten es bleiben. Wenn wir eine 50 %-Partei bleiben wollen, bedeutet das aber nicht nur, daß wir in Richtung auf die politische Mitte, in der politischen Mitte Wechselwähler gewinnen müssen. Vielmehr können wir eine 50 %-Partei nur bleiben, wenn wir unsere Stammwähler behalten und wenn wir diesen Stammwählern nicht dermaßen vor das Schienbein treten, daß sie uns bei den Wahlen davonlaufen. Das gehört auch zu einer Volkspartei, die die 50 %-Grenze im Auge behalten will.

(Zustimmung)

Es ist ja nicht so, wie uns manche Leute sagen wollen: Diese Stammwähler hätten gar keine Alternative; denn sie könnten weder sozialdemokratisch noch Grüne noch FDP wählen. Es gibt ja auch die Möglichkeit der Stimmenthaltung. Wir haben das bei manchen Wahlen der letzten Zeit schon zu spüren bekommen. Ich darf daran erinnern, daß die Sozialdemokratie den eigentlichen politischen Niedergang in dem Augenblick erfahren hat, als ihre Stammwähler in den sozialdemokratischen Hochburgen zu Hause geblieben sind, weil sie die Politik ihrer Partei nicht mehr mittragen konnten und wollten.

Es gibt verschiedene Gruppen von Stammwählern; dazu könnte man jetzt manches sagen. Lassen Sie mich nur eine einzige ansprechen. Es geht um jenen Teil unserer Wählerschaft, den man bezeichnen kann als den konservativen oder - ich sage es präziser - als den vaterländisch gesonnenen Teil unserer Bürgerschaft. Diese Bürger haben ihren politischen Willen bisher immer bei der Union aufgehoben gesehen. Meine lieben Freunde, wir haben die Aufgabe, diese Wählergruppe pfleglich zu behandeln und nicht durch unbedachte Äußerungen ins politische Abseits zu drücken.

Diese Wähler können sich auch verweigern und uns dadurch die führende Rolle in unserem deutschen Volk kosten.

Ich füge hinzu, meine lieben Parteifreunde: Das sind keine Wählergruppen, die uns nach rechts drücken. Diese Bürger sind nicht bloß vaterländisch eingestellt, sondern das sind zu 90 % gute Europäer, mit denen die Union bisher schon eine Politik der Mitte machen konnte und auch in Zukunft machen kann. Deswegen dürfen diese Bürger nicht aus der Union hinausgetrieben werden.

Es darf nicht einmal der Eindruck entstehen, als ob die Union jetzt, wo sie an der Regierung ist, Positionen räumte, die selbst im Jahre 1972 bei den Ostverträgen von der damaligen Regierung Brandt nicht preisgegeben worden sind. Ich sage, es darf nicht der Eindruck entstehen; denn die Regierung Kohl hat natürlich keine Positionen preisgegeben. Aber durch unglückliche Äußerungen der verschiedensten Art ist da und dort der Eindruck erweckt worden, als könnte das der Fall sein. Ich bitte alle Parteifreunde, uns davor zu bewahren, daß dieser Eindruck um sich greift.

Unsere Perspektive muß bleiben die Perspektive der Freiheit und der Menschenrechte für alle Deutschen, auch jenseits der innerdeutschen Grenze, auch jenseits der Oder-Neiße-Linie. Für alle Deutschen bleibt der Auftrag, unsere Einheit in Freiheit zu vollenden.

(Beifall)

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Herr Heinzl, Westfalen-Lippe. Gleichzeitig darf ich Herrn Böhr bitten, sich bereitzuhalten.

Meine Damen und Herren, wir haben viele Wortmeldungen. Ich bitte, das im Hinblick auf einen zügigen Ablauf und auch hinsichtlich der Redezeit zu bedenken, die jeder für sich in Anspruch nimmt. Wortmeldungen können rechts und links unten an der Tribüne abgegeben werden. Ich bitte, das mit vollständig ausgefüllten Zetteln zu tun - Sie finden diese Zettel in Ihren Unterlagen - und sich nicht mündlich zu melden.

Herr Heinzl, bitte.

Richard Heinzl: Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Der Bundesparteitag in Essen ist für uns in Nordrhein-Westfalen eine hervorragende Sache. Er ist für uns ein Signal. Das sollte er ja wohl auch sein.

Der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen läuft an. Hilfen sind angesagt. Ich meine schon, daß wir die Aufgabe haben, dem Bürger auch Positives zu vermitteln. Wenn Allensbach in einer Umfrage festgestellt hat, daß Wähler, die am nächsten Sonntag - so ist ja immer die Frage - SPD wählen würden, zu einem erheblichen Prozentsatz gesagt haben, sie könnten sich auch vorstellen, CDU zu wählen, so meine ich, daß hier ein Potential für die CDU ist. Dort sollten wir ansetzen. Wir müssen uns bemühen, dieses Potential auf unsere Seite zu ziehen. Ich meine, diese Leute sind zu gewinnen.

Das schaffen wir allerdings nicht, liebe Parteifreunde, wenn wir unsere Erfolge, die in Bonn unbestreitbar vorzuweisen sind, weiterhin so diffus und durcheinander in die Öffentlichkeit tragen. Wenn sich unsere Kandidaten, die jetzt im Wahlkampf vor Ort tätig sind, fragen lassen müssen: Kommt denn nun der Katalysator oder nicht, kommen Steuererleichterungen - wofür, wann -, müssen sich - was jetzt ganz neu ist - die Patienten nun in Medikamentenkunde üben, um in der Lage zu sein, die Kosten für Medikamente drücken und ihrem Arzt sagen zu können, welche Medikamente er ihnen verschreiben soll, weil sie billig sind, dann kann ich nur sagen: Solche Dinge müssen von vornherein ausgefiltert werden.

Lassen Sie mich einmal klar und deutlich sagen: Es muß aufhören, daß das, was vernagelte Ministerialbürokraten, die nicht über die Schreibtischkante hinausdenken, ausbrüten, als Überlegung der Bundesregierung in die Öffentlichkeit getragen wird.

(Beifall)

Wir brauchen klare Linien, meine Freunde, und Ziele, die wir auch verwirklichen. Das alles muß dem Bürger in seiner Sprache dargestellt und mitgeteilt werden. Fachtheoretische Papiere mögen für die Parteiarbeit hilfreich sein, vor Ort nützen sie nichts. Nicht zuletzt darauf, daß sie mit den Leuten in den Städten und Gemeinden auf der Straße, im Supermarkt, kurz: überall da, wo Kommunikation stattfindet, sprechen wie

ihnen der Schnabel gewachsen ist, ist ein Großteil der Erfolge der Grünen zurückzuführen, obwohl deren politischen und programmatischen Aussagen von vielen Mitbürgern eher als abstoßend angesehen werden.

Meine lieben Freunde, Frauen und Männer in Nordrhein-Westfalen, die Kumpels an der Ruhr warten darauf, daß wir mit ihnen sprechen. Glauben sie mir. Ich weiß, was ich sage. Ich bin, wie wir hier an der Ruhr sagen, selber einer. Das ist das eine: Wir müssen unsere gute Sache deutlich machen.

Das andere, meine lieben Freunde, ist ebenso wichtig. Wir haben an der Spitze unserer Wahlkämpfer in Nordrhein-Westfalen zwei hervorragende Männer, Professor Biedenkopf und Dr. Worms, die als Führungskräfte der Union den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen in Schwung bringen.

(Zustimmung)

Gerade Professor Biedenkopf hat nach seinen Schlichtungsverhandlungen im Metal-lerstreik großes Ansehen bei den Arbeitern an Rhein und Ruhr. Wir wollen gleich aus acht Vorschlägen sieben Stellvertreter des Bundesvorsitzenden wählen. Helfen Sie uns in Nordrhein-Westfalen, indem Sie den Kandidaten aus dem Rheinland, Dr. Worms, und den Kandidaten aus Westfalen, Professor Dr. Biedenkopf, mit hervorragenden Ergebnissen ausstatten.

(Beifall)

Bundesparteitag in Essen ist gut, aber Solidarität mit den Männern, die hier vor Ort kämpfen, ist besser.

(Zustimmung)

Ich meine, daß das den Erfolg der CDU, von dem ich fest überzeugt bin, noch sicherer machen wird.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Ich rufe Herrn Böhr auf. Anschließend kommt Herr Professor Biedenkopf an die Reihe.

Christopf Böhr, Junge Union: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem Dank beginnen. Ich bin sicher, daß sich viele Hunderttausende junger Menschen bei uns diesem Dank anschließen werden; denn mein Dank bezieht sich darauf, daß wir in den vergangenen Jahren, in Sonderheit in den letzten beiden Jahren, jeweils erneut einen Lehrstellenrekord bei uns verzeichnen konnten. Meine Damen und Herren, das ist eine politische Höchstleistung, die da jeweils erbracht wurde. Wir wissen dabei sicher um die Verdienste der Wirtschaft, wir wissen in Sonderheit um die Verdienste des Mittelstandes und der mittelständischen Wirtschaft, aber, meine Damen und Herren, dieser Lehrstellenrekord wäre nicht zustande gekommen ohne die CDU, er wäre nicht zustande gekommen ohne diese Bundesregierung, und - ich sage das - er wäre nicht zustande gekommen ohne das persönliche Wort von Helmut Kohl, unserem Bundeskanzler. Dafür, meine ich, sollte

man auf einem solchen Parteitag, wenn wir Bilanz ziehen, auch einmal Dank sagen.

(Beifall)

Es ist richtig und sicher wichtig, daß wir Bilanz ziehen, daß wir in der Halbzeit zurückschauen auf das, was erreicht werden konnte, daß wir die Erfolge nicht nur nicht verschweigen, sondern sehr deutlich, deutlicher noch als in der Vergangenheit, beim Namen nennen. Aber, meine Freunde, Halbzeit heißt, meine ich, auch Grund zu haben, den Blick nach vorne zu richten, zu fragen, was denn jetzt noch vor uns liegt, etwa in den beiden nächsten Jahren der Regierung. Und ich meine, daß in diesem Zusammenhang in Sonderheit zwei Punkte von Bedeutung sind, die wir nennen müssen.

Der erste Punkt betrifft die Lage junger Menschen nicht nur auf dem Lehrstellenmarkt, sondern auf dem Arbeitsmarkt insgesamt. Meine Damen und Herren, nach den Lehrstellenrekorden und nach den Problemen, mit denen wir es in diesem Jahr noch einmal zu tun haben werden, zeichnet sich ab, daß allmählich eine Entkrampfung eintritt, daß wir allmählich das Problem bewältigt haben. Aber wir haben es noch nicht bewältigt, da steht schon ein neues Problem vor der Tür, das Problem nämlich, daß wir fragen müssen: Wie schaffen wir es, vor allem denjenigen, die jetzt eine Ausbildung erhalten haben, auch einen Arbeitsplatz zu vermitteln? Wie schaffen wir es, allen den Jugendlichen, die eine Ausbildung haben absolvieren können, die eine Lehre haben machen können, dann auch bei ihrer Berufsausübung zu helfen, wenn sie nach einer abgeschlossenen Ausbildung einen Arbeitsplatz suchen.

Meine herzliche Bitte und meine herzliche Aufforderung an die Partei, an uns alle, in Sonderheit aber auch an die Bundesregierung, ist heute, daß wir dieses Problem mit dem gleichen Engagement angehen, wie wir uns der Probleme und der Fragen junger Auszubildender und der Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt angenommen haben. So, wie der Staat Anreize zur Bewältigung der Ausbildungsplatzkrise gegeben hat, ist der Staat jetzt gefordert, auch Hilfen beim Vermitteln junger Menschen nach einer Ausbildung in einen Beruf zu geben. Daß es angesichts dessen, was gerade an neuen arbeitsrechtlichen Möglichkeiten auf dem Tisch liegt, an Möglichkeiten, Teilzeitarbeitsverträge abzuschließen, an Möglichkeiten, mehr Beweglichkeit, mehr Flexibilität zu praktizieren, ein guter Weg wäre, wenn wir Anreize gäben, daß junge Menschen etwa über Teilzeitarbeitsplätze den Weg in ihr Berufsleben finden könnten; denn ich glaube, über eines kann es keinen Zweifel geben, daß wir alle, die Partei, die Regierung, entscheidend an der Frage gemessen werden, welchen Beitrag und welchen Erfolg wir im Hinblick auf die Zukunftssicherung junger Menschen in unserer Gesellschaft erreichen konnten.

Ich möchte einen zweiten Punkt nennen, der, meine ich, gerade heute bei den Verhandlungen, die zur Zeit stattfinden, ein besonders wichtiger, bedeutsamer und aktueller Punkt ist. Seit den letzten Wahlen wird gelegentlich über einen möglichen Niedergang der Grünen spekuliert. Meine Damen und Herren, meine Bitte ist, daß wir uns an diesen Spekulationen nicht beteiligen, weil sie uns nicht weiterführen, daß wir aber sehr wohl eine Konsequenz aus den letzten Wahlergebnissen ziehen, die Konsequenz, daß wir, die CDU, stärker noch als bisher aufgefördert sind, einen konsequenten, marktwirtschaftlich orientierten Umweltschutz zu praktizieren und zu realisieren. Ich meine, daß wir in diesen Bemühungen nicht nachlassen dürfen. Das heißt gerade am heutigen Tage sehr konkret, daß es eine zwingende Notwendigkeit gibt, daß wir beispielsweise nicht von den Vereinbarungen ablassen, die von dieser Bundesregierung im Hinblick auf das umweltfreundliche Auto getroffen wurden.

Meine Damen und Herren, wir dürfen nicht zu einer Aufweichung, einer Auflockerung dieser Beschlüsse kommen. Wenn es uns nicht gelingt, im europäischen Rahmen eine vernünftige Regelung zu den vereinbarten Terminen zustande zu bringen, dann, meine Damen und Herren, meine ich, sollten wir auch den Alleingang als Bundesrepublik Deutschland riskieren und nicht weitere Verzögerungen in Kauf nehmen, bis möglicherweise eine solche Einigung erzielt wird. Wir sollten vielmehr das, was beschlossen wurde, jetzt konsequent umsetzen, verwirklichen.

Helmut Kohl hat heute morgen, wie ich finde, sehr zu Recht, in seinem Bericht sehr lange von der Glaubwürdigkeit der Parteien, der Glaubwürdigkeit der Politik, den Anfragen hinsichtlich der Glaubwürdigkeit, die an uns gerichtet werden, gesprochen. Ich meine, daß wir in diesem Zusammenhang keinen Grund haben, uns vor dieser Frage zu verstecken; denn es gibt nur eine Partei in der Bundesrepublik, die immer nur redet, es gibt nur eine Partei, die immer nur fordert, insbesondere dann, wenn andere gemeint sind. Es gibt nur eine Partei, die immer nur Empfehlungen an andere weitergibt, und diese Partei ist die Partei der GRÜNEN. Es ist die gleiche Partei, die sich dann, wenn ein praktischer Beitrag zur Solidarität verlangt wird, als unfähig erweist, die sich als unfähig erweist, wenn die Fähigkeit zum konkreten politischen Handeln und zum Umsetzen von Entscheidungen abverlangt wird.

Wir als Junge Union fühlen uns durch diese Herausforderung in einer ganz besonderen Weise angesprochen, weil wir wissen, daß viele junge Menschen zu den GRÜNEN gehen, die Partei der GRÜNEN wählen, und weil das vielleicht auch unser Potential und unser Ansprechpartner sein kann.

Meine Damen und Herren, Jugendpolitik, aber Politik überhaupt ist für uns, ist für die Junge Union, nicht nur eine Frage, neue Programme zu schreiben, nicht nur eine Frage, über viele Probleme theoretisch zu diskutieren, sondern zugleich auch die Frage: Was können wir denn selbst tun? Was können wir konstruktiv leisten? Was können wir praktisch anpacken, um einen Beitrag zur Lösung der Probleme gerade junger Menschen in unserer Gesellschaft zu leisten?

Lassen Sie mich in einem Satz sagen: Wenn ich auf die Umweltschutzaktion der Jungen Union blicke, wenn ich auf unsere Aktion zur Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit im vergangenen Jahr blicke, wenn ich sehe, wie viele Orts- und Kreisverbände der Jungen Union viele Tausende Mark gesammelt haben, etwa am „Tag für Afrika“, dann ist mir nicht bange, daß wir diese Herausforderung auch bestehen werden.

Wenn von Glaubwürdigkeit die Rede ist, dann gibt es, so meine ich, einen Bereich, in dem Glaubwürdigkeit ganz besonders gefragt ist, nämlich im Bereich der Deutschlandpolitik. Meine Damen und Herren, die gesamte Partei, wir alle, haben in den letzten Wochen und Monaten, einen, wie ich finde, notwendigen Klärungsprozeß in Sonderheit in dieser Frage durchgemacht, hinter sich gebracht. Natürlich mußten da Kontroversen ausgetragen werden, weil es in einigen Fragen unterschiedliche Meinungen gibt. Aber, meine Damen und Herren, es gab nie eine Kontroverse, es gab nie eine Meinungsverschiedenheit hinsichtlich des Zieles unseres deutschlandpolitischen Engagements, nämlich des Zieles, im Interesse unserer Landsleute - ich denke hier gerade an die jungen Menschen hüben und drüben - eine nüchterne, eine ergebnisorientierte, eine humane Politik zu machen. U. a. deswegen hat sich die Junge Union entschlossen, beispielsweise nicht an den Weltjugendfestspielen, die in diesem Jahr in Moskau stattfinden, teilzunehmen. Denn wir haben keine Lust, nach Moskau zu fahren und dort die Reden des Herrn Gorbatschow zu bejubeln, mit einigen wenigen Funktionären zusammenzutreffen und einen Beitrag zu einem Festival zu leisten, auf dem sich nur Funktionäre tummeln, das uns aber hinsichtlich

der Lösung konkreter Probleme junger Menschen auf dieser Erde nicht auch nur einen einzigen kleinen Schritt weiterbringt.

(Beifall)

Auch haben wir keine Lust, in Moskau Resolutionen über Frieden und Solidarität in dieser Welt zu verabschieden - und das in einem Land, in dem Dissidenten nach wie vor in psychiatrische Kliniken eingewiesen werden. Wir empfinden das als makaber und haben uns deshalb geweigert, zu einem solchen Funktionärstreffen zu fahren und an diesem Festival teilzunehmen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Junge Union hat sich entschlossen, die Mittel, die für die Teilnahme an den Weltjugendfestspielen in Moskau vorgesehen waren, eben nicht für die Fahrkarte nach Moskau auszugeben, weil uns das Geld dafür zu schade ist. Vielmehr wollen wir das Geld in unsere Aktion für junge Arbeitslose einfließen lassen, die wir auch in diesem Jahr wieder starten werden und die einen konkreten Beitrag zur Lösung von Problemen junger Menschen in unserer Gesellschaft leisten.

(Beifall)

Es gibt noch einen Grund, der uns bewogen hat, unsere Teilnahme abzusagen, nämlich die Tatsache, daß Berlin als eine eigene Einheit zur Teilnahme an diesen Weltjugendfestspielen eingeladen ist. Meine Damen und Herren, damit ist das Handtuch für uns zerschnitten. Das ist eine Politik, die wir nicht akzeptieren können.

Wir versuchen, gerade in diesem internationalen Jahr der Jugend, einen konkreten, einen praktischen Beitrag zur Überwindung der Schwierigkeiten zu leisten, mit denen Jugendliche zu kämpfen haben.

Dafür bitte ich Sie nach wie vor um Ihre Unterstützung.

Vielen Dank.

Frau Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, in Anbetracht der vielen Wortmeldungen, die eingegangen sind, bitte ich noch einmal darum, daß sich die Redner auf fünf Minuten beschränken.

(Beifall)

Dies ist zunächst einmal ein Appell, noch kein Beschluß. Wir werden dann nach fünf Minuten zur Erinnerung klingeln.

Jetzt hat Herr Professor Biedenkopf das Wort. Ihm folgt Herr Schneider.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf (mit Beifall begrüßt): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte in diesem Diskussionsbeitrag - ich hoffe, daß ich das in fünf Minuten schaffe - noch einmal an die Rede des Bundeskanzlers anknüpfen, und zwar an die Passagen über die Überwindung der Arbeitslosigkeit. Ich möchte unser aller Aufmerksamkeit auf dieses Thema lenken,

weil die Beantwortung der Frage, wer in der Lage ist, die Arbeitslosigkeit zu überwinden und die Geißel der Arbeitslosigkeit im Revier zu bannen, für die Frage entscheidend sein wird, wie die Wahl hier am 12. Mai ausgeht.

(Beifall)

Denjenigen, der diese Aufgabe besser lösen kann, werden die Menschen in Nordrhein-Westfalen wählen.

Die Bundesregierung hat hervorragende Voraussetzungen für die Lösung dieser Aufgabe geschaffen. Norbert Blüm hat auf mutige Weise neue Wege beschritten, die er gehen will, um den Arbeitsmarkt flexibler zu machen. Wir stehen so auf einem guten Fundament, wir können die Aufgabe der Erneuerung angehen, zu der Helmut Kohl uns aufgefordert hat. Und, meine Freunde: Wir sollten sie im Sinne der Selbständigkeit und, wenn notwendig, auch mit der Bereitschaft zur Unbequemlichkeit angehen, zu der uns Heiner Geißler ermutigt hat.

Worum geht es bei dieser Erneuerung? Was ist die Aufgabe? Das Ziel ist: Jeder Bürger, der arbeiten und so ein Einkommen verdienen will, soll das können. Er soll seinen Beitrag zum Wohlstand der Gemeinschaft leisten und am Volkseinkommen teilnehmen können.

(Beifall)

Es muß von diesem Parteitag die Parole ausgehen: Arbeitslosigkeit kann und darf kein Dauerzustand werden. Es gibt keine Sockelarbeitslosigkeit in unserem Lande.

(Beifall)

Worauf kommt es an? Zwei Bedingungen muß die Erneuerung erfüllen: erstens den Anspruch des Menschen auf Schutz vor Not, auf Solidarität und damit auf soziale Geborgenheit. Zweitens muß unsere Antwort dem Bedürfnis der modernen Industriegesellschaft entsprechen, ihre Kräfte beweglich und flexibel einzusetzen, auch die Arbeitskraft. Dieses Bedürfnis wird uns durch die weltweite Konkurrenz aufgezwungen; wir können ihm nicht ausweichen. Wohlstand ist nur gesichert, wenn wir leistungsfähig, anpassungsfähig und wettbewerbsfähig sind. Der Anspruch des Menschen auf soziale Geborgenheit folgt aus der Würde des Menschen, aus „unserem Bild vom Menschen“, wie der Ruhrbischof es uns heute morgen entfaltet hat. Unsere politische Aufgabe lautet, beides miteinander in Übereinstimmung zu bringen: die Geborgenheit des einzelnen im sozialen System und die Beweglichkeit des Arbeitsmarktes. Meine Freunde, bisher ist das im Rahmen des Arbeitsverhältnisses gelungen. Wer Arbeitnehmer war, war auch sozial gesichert. Das ist die Grunderfahrung der Menschen hier im Ruhrgebiet. Sie haben in den letzten 100 Jahren die Erfahrung gemacht: Wenn ich einen Arbeitsplatz habe, habe ich soziale Sicherheit. Deshalb stehen sie heute voll Zweifel und Unsicherheit vor der Anforderung, Mobilität zu entwickeln - weil sie dadurch ihre Sicherheit gefährdet sehen. Dies ist unser Problem. Meine Damen und Herren, diese Sorgen sind berechtigt, wenn wir daran festhalten, daß soziale Sicherheit untrennbar mit dem Arbeitsverhältnis verbunden ist, daß soziale Sicherheit nur derjenige hat, der einen Arbeitsplatz hat. Diese Verbindung hat historische Gründe. Sie war einmal sinnvoll und ist es vielfach auch heute noch.

Die Wirklichkeit ist aber inzwischen andere Wege gegangen. Die überwältigende Mehrheit der Menschen in unserem Land möchte soziale Sicherheit gegenüber

Lebensrisiken haben, die sie nicht bewältigen können, und sie müssen diese Sicherheit auch haben. Die Zahl derer, die Arbeitnehmer sind, geht aber zurück. Wir gehen mit der Arbeit schonender um. So haben wir immer mehr Menschen, die soziale Geborgenheit wollen, und weniger Arbeitskräfte, die sie bezahlen können. Wir versuchen zwar, im Rahmen des bestehenden Systems eine Lösung zu finden, aber es ergibt sich eine Reihe von Widersprüchen. Diese Widersprüche führen zu Arbeitslosigkeit trotz Wirtschaftswachstum. Wir müssen diese Widersprüche lösen.

Wir haben unser bisheriges System, das aus dem 19. Jahrhundert stammt, in seinen Möglichkeiten perfektioniert. Als Folge steht der Anspruch auf soziale Sicherheit in immer weiteren Bereichen dem Bedürfnis nach Mobilität entgegen. Das Arbeitsverhältnis muß eine immer größere Last tragen. Beides führt zu Arbeitslosigkeit.

Die Antwort in Stichworten: Wir müssen beim Zusammenhang zwischen Arbeit und sozialer Sicherheit tiefer ansetzen. Auch wer nicht Arbeitnehmer ist, befindet sich nämlich in einem Sozialverhältnis zur Gemeinschaft. Auch er hat Anspruch auf Schutz. Auch die Hausfrau, auch der Selbständige, auch der mit helfende Familienangehörige, auch derjenige, der andere Arbeitsleistungen als jene im geregelten Arbeitsverhältnis erbringt, müssen in unserer Solidarität Geborgenheit finden.

(Beifall)

Die Mobilität im Arbeitsmarkt darf nicht zur Gefährdung der sozialen Sicherheit führen. Die Lasten, die der Gemeinschaft entstehen, wenn sie solidarische Pflichten einlöst, dürfen das Arbeitsverhältnis nicht so stark belasten, daß einfache Arbeit sie nicht mehr tragen kann und es deshalb immer weniger Arbeitsplätze für einfache Arbeitsleistungen gibt, weil die Arbeit zu teuer geworden ist.

Wir müssen reformieren, und zwar sowohl bei der Arbeit als auch beim Sozialverhältnis. Wir müssen beides erneuern. Wir müssen unsere Gesellschaft in die Lage versetzen, die soziale Frage des 19. Jahrhunderts unter den Bedingungen der heutigen technischen Revolution zu beantworten und damit gleichzeitig allen Bürgern die Chance zu geben, wieder mitzuarbeiten und so auch einen Beitrag zu dem Wohlstand zu leisten, ohne den es keine soziale Sicherheit gibt.

Ich möchte uns - auch wenn dies nicht im Mittelpunkt dieses Parteitages steht - auffordern, klarzumachen, daß wir in Nordrhein-Westfalen zusammen mit der ganzen Bundespartei den Mut, die Kraft und die Phantasie haben, von der Heiner Geißler gesprochen hat, diese schwierige Aufgabe zu lösen.

(Beifall)

Wir können sie lösen. Wir können den Weg abstecken, den wir gehen müssen, und damit den Menschen schon heute den Mut geben, den sie brauchen, wenn sie schöpferisch tätig werden sollen. Meine Freunde, zum Schluß noch dies: Wir können damit verhindern, daß diese große Aufgabe in die falschen Hände fällt, in die Hände sozialistischer Ideologen, die Mangel verwalten, statt Kräfte zu entfalten.

(Beifall)

Ludwig Erhard hat in den 50er Jahren die große Aufgabe der Sozialen Marktwirtschaft bewältigt. Heute stehen wir vor einem neuen großen Reformwerk: den Arbeitsmarkt zu erneuern und das soziale System zu erneuern. Ich bin überzeugt:

Wenn wir diesen Weg klar und entschieden gehen, werden uns die Menschen am 12. Mai hier im Lande ihr Vertrauen schenken, und darauf kommt es an. - Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Professor Biedenkopf.

Jetzt hat Herr Werner Schreiber das Wort.

Werner Schreiber: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin Herrn Professor Biedenkopf dankbar, daß er am heutigen Nachmittag in der Generalaussprache das Thema der Arbeitslosigkeit angesprochen hat. Meine Freunde von der CDA und ich sind der festen Überzeugung: Ein Parteitag in Essen wenige Wochen vor einer Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen kann und darf an diesem Thema nicht vorbeigehen.

(Beifall)

Meine Freunde, wir sind vor Jahren angetreten, den Schutt abzuräumen, den die Sozialdemokraten in 13 Jahren hinterlassen haben. Wir haben in unserer Wahlaus-sage 1983 kein Paradies auf Erden versprochen. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, daß es unpopuläre und unbequeme Entscheidungen gibt. Wir haben - ich meine, diese Feststellung ist wichtig - aber auch Hoffnungen geweckt, Hoffnungen vielfältiger Art, so vor allem die Hoffnung, daß wir das größte sozialpolitische Problem, die Arbeitslosigkeit, in den Griff bekommen.

Meine Freunde, jeder weiß, daß wir dazu einen langen Atem benötigen. Wir haben Weichen gestellt; das ist richtig. Wir haben einige unserer Ziele erreicht - der Generalsekretär hat darauf hingewiesen, der Bundesvorsitzende hat darauf hingewiesen -: Wachstum, Preisstabilität, Konjunktur. Das größte Problem, das der Arbeitslosigkeit, muß jedoch noch bewältigt werden. Dieser Berg liegt noch vor uns. Er ist von uns noch nicht überwunden. Die Zahlen der letzten Monate haben so manche Hoffnungen gedämpft. So manches hat sich atmosphärisch auch in den Wahlen im Saarland und in Hessen niedergeschlagen.

Meine Freunde, wir haben in den vergangenen zwei Jahren eine Reihe von Spargesetzen auf den Weg gebracht. Die CDA hat die entsprechenden Beschlüsse nach mancher Diskussion mitgetragen, obwohl uns - das darf an dieser Stelle vielleicht auch einmal gesagt werden - in den Betrieben bei den Betroffenen der Wind in das Gesicht blies. Wir haben diese Beschlüsse mitgetragen, weil wir von den Grundzügen dieser unserer Politik überzeugt sind.

Ich sagte eben, daß Weichen gestellt wurden. Die Rahmenbedingungen wurden positiv verändert. Ich nenne das Vorruhestandsgesetz, das Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern; das Beschäftigungsförderungsgesetz wird folgen. Meine Freunde, jetzt gilt es aber, das Problem der Arbeitslosigkeit mit Vlldampf anzugehen. Der Erfolg unserer Politik wird daran gemessen, ob wir bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sichtbare Erfolge vorweisen können. Es hilft dann letztendlich keine Statistik. Wir müssen erreichen, daß die Menschen in unserem

Land wieder Brot und Arbeit erhalten. Es darf nicht der Eindruck entstehen, als würden wir Arbeitslosigkeit nur verwalten. Wir müssen in die Offensive gehen. Dazu gehört der Abbau der Überstunden. Ich mache überhaupt keinen Hehl daraus, daß wir die Frage von Zeitverträgen gerne mit der Überstundenzahl gekoppelt hätten. Wir erwarten von den Unternehmern und den Arbeitnehmern, daß sie nun freiwillig an diese Frage herangehen. Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie ein Zeichen setzt, wenn man das Gefühl bekommt, daß in der Überstundenfrage nach wie vor zuungunsten derjenigen entschieden wird, die nicht Brot und Arbeit erhalten. Das heißt aber auch, daß dieser Abbau von Überstunden auch im Bereich des öffentlichen Dienstes erfolgen muß.

Meine Damen und Herren, wir sind ja unglaublich, wenn wir das von Industrie, Handel und Gewerbe fordern und auf der anderen Seite im öffentlichen Dienst immer noch Überstunden fahren.

Meine Freunde, wir brauchen auch mehr Investitionen. Und da sind unsere Freunde in den Kommunalparlamenten gefragt. Das hilft der Bauwirtschaft.

Lassen Sie mich auch darauf hinweisen, daß wir - und das wollen wir mittragen - die Forderung nach Flexibilität der Arbeitszeit unterstützen. Aber die Flexibilisierung muß umgesetzt werden von den Unternehmern und von den Arbeitnehmern. Sie muß angenommen werden. Die Politik kann hier nur Rahmenbedingungen schaffen.

Meine Freunde, ich komme zum Schluß. Wir sollten alles tun, damit von unserer Politik Signale gegen die Arbeitslosigkeit ausgehen. Die Arbeitslosigkeit muß real sinken. Es muß bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wieder Hoffnung entstehen. Laßt uns unsere Politik konkret darauf ausrichten! Beweisen wir Mut und Solidarität! Ich glaube, wir haben die Kraft dazu. Und dann ist mir nicht bange, daß wir auch die nächsten Wahlen gut bestehen werden.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Herr Eberhard Diepgen, bitte.

Eberhard Diepgen, Berlin (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich habe mich hier zu Wort gemeldet, um auch ein Wort des Dankes zu sagen an die Union - auch im Vorfeld, ja im Grunde schon mittendrin in einem wichtigen weiteren Wahlkampf, den wir gemeinsam zu bestehen haben. Ich möchte ein Wort des Dankes sagen, weil ich der festen Überzeugung bin, daß dieses - ich sage das noch einmal auch von mir aus - gute Wahlergebnis in Berlin nur errungen werden konnte, weil die Union solidarisch zusammengearbeitet hat.

(Beifall)

Ich möchte dem Bundeskanzler, den Mitgliedern der Bundesregierung und auch all denen, die sich über die verschiedenen Landesverbände und Kreisverbände in Berlin engagiert haben, einen Dank sagen, verbunden mit den Hoffnungen, die man damit verknüpfen kann. Denn ich bin von einem überzeugt: Wenn die Union solidarisch zusammensteht, haben wir gute Chancen, überall zu gewinnen, in Nordrhein-Westfalen genauso wie anderswo.

(Beifall)

Wenn ich danke für die Solidarität, die der Landesverband Berlin erfahren hat, dann möchte ich dies verknüpfen mit dem Hinweis, daß wir in Berlin es geschafft haben, im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und der Wirtschaftspolitik eine Perspektive darzustellen, den Berlinern aufzuzeigen, daß mit der Union verbunden ist die Hoffnung auf Arbeitsplätze, die Hoffnung auf eine vernünftige Gestaltung der Zukunft, von der Umwelt bis hin zur sozialen Gerechtigkeit. Dies werden wir in der Union sicherlich überall verwirklichen können.

Berlin braucht auch weiterhin ein Stück Solidarität aus allen Ländern der Bundesrepublik gerade wegen seiner exponierten geographischen Lage inmitten der DDR und auch wegen der damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Probleme, vor allen Dingen aber unter dem Gesichtspunkt der Sicherheitspolitik.

Unser Ziel - ich will das hier deutlich machen - ist es nicht etwa, daß sich - ich will es so vereinfacht ausdrücken - Berlin als administrative Hauptstadt begreift. Aber wir wollen von Berlin aus einen Beitrag leisten zur Gestaltung der Bundesrepublik Deutschland, zur Überwindung dessen, was man Eurosklrose nennt, nämlich unter dem Gesichtspunkt von Eigenverantwortung und Selbstbewußtsein.

Eines scheint mir deswegen gerade bei den Diskussionen um die Vorbereitung, ja auch um die Inhalte des bevorstehenden Wahlkampfes und der Arbeit in dieser Legislaturperiode und darüber hinaus wichtig zu sein.

Das wesentliche Erfolgsgeheimnis für uns in Berlin war, daß wir den Bürgerinnen und Bürgern mehr Zutrauen dadurch vermittelt haben, daß wir ihnen auch Zutrauen entgegengebracht haben, daß wir gesagt haben: die Bürger, die Berliner, aber auch die Bürger in Nordrhein-Westfalen und anderswo in Deutschland, sie können es schaffen, sie können ihre Probleme lösen. Das ist das Entscheidende.

(Beifall)

Ich kann alle nur auffordern, dem Wähler gegenüber auch deutlich zu machen, daß der Wähler, daß der Bürger etwas kann. Und dann kann er es auch. Dann kann er auch Probleme bewältigen und Zukunft gestalten. So hat es jedenfalls Berlin bewiesen, und ich will Sie auffordern, auf diesem Wege vorwärts zu gehen.

(Beifall)

Ich bin auch fest davon überzeugt, daß die Wahlen zeigen: Die Wählerinnen und Wähler können bei ihren Entscheidungen sehr gut differenzieren. Für sie werden Personen und deren Engagement immer wichtiger, als es früher der Fall war. Ich glaube, wir müssen auch klar sehen, daß die Positionen glaubwürdig vorgelebt werden müssen, von uns allen in der Union, nicht nur von den Spitzenpolitikern.

Wir sind in Berlin nach dem Rezept verfahren, meine Freunde, daß es auf Dauer den Wähler, den Bürger überzeugt, wenn man das anpackt, was notwendig ist. Man muß es anpacken. Und sachlich notwendig ist es, daß unsere marktwirtschaftliche, technische und auf Effizienz ausgerichtete Wirtschaftspolitik um ein soziales Element ergänzt wird, weil alles zumindest zusammengehört. Wir wollen, daß Leistung sich wieder lohnt, gerade auch zum eigenen Vorteil. Der eigene Vorteil ist nämlich nichts Schädliches, nichts Falsches. Aber wir wollen auch, daß die Leistungsfähigen mitwirken, denen zu helfen, die wirklich Hilfe brauchen.

Dabei will ich hier durchaus einen Exkurs machen zu einer Diskussion, die bei uns in der Partei immer eine Rolle spielt, insbesondere auch vom Koalitionspartner aus. Wenn wir unser soziales Engagement verdeutlichen wollen, dann können wir in einer Zeit, in der wir alle Sorgen haben müssen hinsichtlich der Lebensgrundlagen, insbesondere der Kleinstrentner, in der es darum geht, Solidarität mit den wirklich Bedürftigen zu üben, keine Diskussion um die Absenkung von Spitzensteuersätzen führen. Das halte ich für sozial nicht ausgewogen.

(Beifall)

Wir dürfen jedenfalls die soziale Ausgewogenheit insbesondere in der ständigen Verdeutlichung unseres gesellschaftspolitischen Grundkonzepts nicht außer acht lassen und dürfen dies mit Sicherheit auch nicht sozusagen auf dem Altar der Koalitionsdiskussion opfern.

Damit habe ich etwas zur FDP gesagt. Angesichts aktueller Zeitungsmeldungen möchte ich nur eines sagen. Meine Freunde, Heiner Geißler hat völlig zu Recht gesagt: Wir sind in der Bundesrepublik Deutschland nicht in einer Situation, in der es für eine bürgernahe Koalition vor allen Dingen darauf ankommt, daß auch der Partner, die FDP, im Parlament vertreten ist. Das ist nicht die Situation. Vielmehr müssen wir auch klar die Abgrenzung vornehmen. Bürgernahe Politik ist für die Union eine Politik, in der wir auch und sehr deutlich beispielsweise um den Mittelstand zu ringen haben, in unserer Politik als Union.

(Beifall)

Ich will hier vor allen Dingen noch etwas zur Sozialpolitik sagen. Denn darauf kommt es mir sehr stark an, weil Parteien, insbesondere Großstadtparteien, immer auch davon abhängig sein werden, daß sie sich der großen Mehrheit der Bevölkerung gegenüber, die ihre Probleme hat, wo es auch viel Not gibt, als Volkspartei Union dieser Not der einzelnen Bürger annimmt. Deswegen ist es mir wichtig, daß wir nicht die soziale Sensibilität verlieren, das Empfinden für das menschliche Miteinander, und zwar dabei auch für beispielsweise sogenannte unpolitische Lösungen wie das Ehrenamt für Selbsthilfe, für Dienst am Nachbarn. Meine Freunde, mir geht es darum, daß hier jedenfalls von meiner Seite aus noch einmal unterstrichen wird: Einer modernen Volkspartei wie der Union steht es gut an, Effizienz und Herz, Fortschritt und Tradition, Computer und Phantasie, Leistungsbelohnung und soziale Ausgewogenheit miteinander zu verbinden. Beides gehört zusammen, beides wird in einer Volkspartei zusammengebunden, die sich dem C verbunden fühlt. Soziale Ausgewogenheit und Leistungs Betonung, das ist die Volkspartei Union, und das hat uns auch in Berlin einen Erfolg gebracht. Meine Freunde, ich danke noch einmal für die Unterstützung, die wir erfahren haben, aber vielleicht konnten wir auch ein Stückchen Erfolgsrezept deutlich machen, ein Erfolgsrezept, das sich darin widerspiegelt, daß wir auf den Bürger zugehen und dem Bürger deutlich machen: Er kann etwas leisten, er wird dann etwas leisten. Damit wird die Union siegen, nicht nur in Berlin.

Vielen Dank!

(Anhaltender Beifall)

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Diepgen. Sie haben auch

heute wieder bewiesen: Berlin ist wieder da. Wir wünschen Berlin für die Zukunft alles Gute!

(Beifall)

Jetzt rufe ich Alfons Müller auf. Nach diesem Redebeitrag unterbreche ich die Aussprache, meine Damen und Herren, damit wir dann in die Wahlen zum Bundesvorstand eintreten können. Wir werden aber zwischen den Wahlgängen weitere Wortmeldungen entgegennehmen.

Herr Müller, bitte.

Alfons Müller, Wesseling: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Als junger Arbeiter habe ich gelernt, eine Volkswirtschaft sei dann in Ordnung, wenn vier Ziele erreicht sind: Preisstabilität, Wirtschaftswachstum, ausgeglichene Leistungsbilanz und Vollbeschäftigung. Ich darf feststellen, daß wir dank der guten Arbeit unserer Bundesregierung und dank der guten Arbeit der Koalitionsfraktionen von den vier Zielen drei erreicht haben: Die Preise sind stabil, so stabil wie seit 1969 nie mehr, die Wirtschaft wächst wieder, und die Leistungsbilanz ist in Ordnung. Nur die Vollbeschäftigung haben wir nicht erreicht.

Meine Damen und Herren, über 2,5 Millionen Menschen sind in unserem Lande ohne Arbeit, das ist eine bedrückende Tatsache, die uns alle wachrütteln muß. Mehr denn je muß auch auf diesem Parteitag überlegt werden, was die Union denn ganz konkret zur Überwindung der Arbeitslosigkeit tun kann. Es gibt kein Patentrezept - das wissen wir -, wir brauchen aber eine Vielzahl von durchschlagenden Maßnahmen, ja, wir brauchen eine Politik der tausend kleinen Schritte.

Jetzt, da wir durch die erfolgreiche Konsolidierungspolitik der öffentlichen Haushalte wieder neue Spielräume eröffnet haben, muß wieder stärker investiert werden. Viele Kommunen haben ja auch die Möglichkeit dazu und sollten sie nutzen. Ich weiß selbst als Bürgermeister einer Industriestadt, daß dies oft nur unter großen Schwierigkeiten möglich ist. Deshalb ist es notwendig, daß wir mithelfen, daß übertriebene Bürokratie abgeschafft wird, damit auch wirklich schnell und unbürokratisch investiert werden kann.

Ein Weiteres. Unten vor Ort erfahre ich, daß viele Betriebe seit Monaten gut beschäftigt sind. Aber anstatt neue Leute einzustellen und so mitzuhelfen, die Arbeitslosigkeit abzubauen, werden Überstunden gemacht. Meine Damen und Herren, was ist das für eine Gesellschaft, wo auf der einen Seite 1,7 Milliarden Überstunden gemacht werden und auf der anderen Seite 2,5 Millionen Menschen ohne Arbeit auf der Straße stehen? Das ist eine eklatante Verletzung der Solidarität in unserem Lande.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir könnten, wenn wir das Überstundenproblem in den Griff bekämen, eine Million Menschen beschäftigen. Wir haben jetzt im Deutschen Bundestag das Beschäftigungsförderungsgesetz vorliegen, und ich bin überzeugt, daß uns, wenn dieses Gesetz verabschiedet wird, einige Instrumente an die Hand gegeben werden, damit Beschäftigung wieder leichter möglich wird. Befristete

Arbeitsverträge, mehr Flexibilität im Arbeitsleben und verbesserte Umschulungsmaßnahmen werden uns mit Sicherheit dabei helfen.

Wer aber die Arbeitslosigkeit mit Erfolg bekämpfen will, muß auch die illegale Beschäftigung bekämpfen. Es geht nicht an, daß ganze Kolonnen aus den Nachbarländern illegal unsere Baustellen bevölkern und dort arbeiten. Diese zahlen keine Steuern und keine Sozialversicherungsbeiträge, und auch das ist ein eklatanter Verstoß gegen die Solidarität.

(Beifall)

Lassen Sie mich eine letzte Anmerkung machen. Als Norbert Blüm im vergangenen Jahr die Vorruhestandsregelung zur Diskussion stellte, ist er von der IG Metall beschimpft worden. Inzwischen hat die Vorruhestandsregelung in 200 Tarifverträge Eingang gefunden. Wenn aber dieses Instrument in der Privatwirtschaft so erfolgreich ist, dann sollten doch auch die öffentlichen Arbeitgeber entsprechende Vereinbarungen mit den Gewerkschaften treffen können. Meine Damen und Herren, wir brauchen auch im öffentlichen Dienst eine Vorruhestandsregelung, wenn wir der Arbeitslosigkeit mit Erfolg auf den Leib rücken wollen.

Ich denke, das ist ganz im Sinne unserer Stuttgarter Leitsätze. Mein dringender Appell an diesen Parteitag lautet: Laßt uns gemeinsam alles tun, die Arbeitslosigkeit mit Erfolg zu bekämpfen.

Danke schön.

(Beifall)

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich unterbreche jetzt die Aussprache, wie angekündigt,

und rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 15 auf:

ENTLASTUNG DES BUNDESVORSTANDES

Wie Sie gehört haben, haben die Rechnungsprüfer, vertreten durch Herrn Horten, die Entlastung des Bundesvorstandes beantragt. Wer dieser Entlastung zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Die Gegenprobe bitte. - Enthaltungen? - Dies ist bei einer Enthaltung unseres Bundesfinanzministers einstimmig angenommen. Ich danke Ihnen.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 16 auf:

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet der Vorsitzende der Kommission, Günter Meyer. - Herr Meyer, bitte.

Günter Meyer, Mandatsprüfungskommission: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die von Ihnen eingesetzte Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Wir konnten dabei feststellen, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind. Die entsprechenden Wahlprotokolle einschließlich der Erklärungen der jeweils zuständi-

gen Parteigerichte liegen vollständig bei den Akten der Bundesgeschäftsstelle.

Nach § 28 unseres Statuts besteht der Bundesparteitag aus 750 voll stimmberechtigten Delegierten der Landesverbände und dem ebenfalls voll stimmberechtigten Ehrenvorsitzenden Bundeskanzler Kiesinger. Die Exil-CDU entsendet 30 nicht voll stimmberechtigte Delegierte.

Die Mandatsprüfungskommission hat eine Erklärung des Leiters der Abteilung Verwaltung der Bundesgeschäftsstelle entgegengenommen, daß alle Landesverbände die nach § 22 Abs. 2 des Statuts für die Anerkennung des Stimmrechts erforderlichen Beiträge an die Bundespartei abgeführt haben. Nach unseren Feststellungen waren um 16.45 Uhr von den 751 voll stimmberechtigten Mitgliedern des Bundesparteitags 748 anwesend.

(Beifall)

Von den 30 Delegierten der Exil-CDU sind traditionell alle 30 da.

Der Bundesparteitag ist beschlußfähig. - Danke schön.

(Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Herr Meyer, der Parteitag dankt Ihnen und den Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission.

Dr. Bernhard Worms, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, nunmehr Platz zu nehmen. Wir treten in die Wahlgänge Tagesordnungspunkt 17 - ein.

Nach § 29 Absatz 2 des Statuts müssen wir die Wahl des Bundesvorstandes in fünf getrennten Wahlgängen vornehmen. Wir wählen erstens den Vorsitzenden, zweitens auf Vorschlag des Vorsitzenden den Generalsekretär, drittens die sieben stellvertretenden Vorsitzenden, viertens den Bundesschatzmeister und fünftens die weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes.

§ 43 des Statuts besagt, daß die Wahlen der Mitglieder des Bundesvorstandes geheim sind und durch Stimmzettel erfolgen. Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen zählen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mit, jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit.

§ 12 Absatz 1 der Geschäftsordnung lautet: Bei allen Wahlen und Abstimmungen zählen Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen für die Bestimmung der Beschlußfähigkeit mit, jedoch nicht für die Feststellung der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

Nach den Feststellungen der Mandatsprüfungskommission sind 748 Delegierte wahlberechtigt. Die Delegierten der Exil-CDU sind nach § 28 Absatz 3 nicht wahlberechtigt.

Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, Ihre Stimmen in Wahlkabinen, die an den Seitengängen des Plenarsaals aufgestellt sind, abzugeben. Meine Damen und

Herren, auf jeder Seite befinden sich je acht, an der Stirnseite je vier Wahlkabinen. Die Delegierten der Landesverbände, die vom Mittelgang aus auf der rechten Seite sitzen, benutzen die auf der rechten Seite aufgestellten Wahlkabinen, die Delegierten der Landesverbände, die vom Mittelgang aus auf der linken Seite sitzen, benutzen die Wahlkabinen, die auf der linken Seite stehen.

Nach Stimmabgabe, meine Damen und Herren, werfen Sie Ihre Stimmzettel in die vor den Wahlkabinen aufgestellten Wahlurnen. Ich mache alle Delegierten ausdrücklich darauf aufmerksam, daß sie den bei den Wahlurnen stehenden Helfern ihre Stimmkarte vorzeigen müssen, bevor sie ihren Stimmzettel in die dort aufgestellten Wahlurnen werfen können.

Ich habe eine herzliche Bitte an die hier anwesenden Vertreter von Presse, Fernsehen- und Rundfunkanstalten, Bildagenturen und an unsere Fotoreporter. Ich bitte Sie sehr herzlich, während des Wahlgangs den Durchgang für die Delegierten freizuhalten.

Ich rufe nunmehr TAGESORDNUNGSPUNKT 17.1 auf:

WAHL DES BUNDESVORSITZENDEN

Vorgeschlagen zur Wiederwahl und einziger Kandidat ist Dr. Helmut Kohl.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir nehmen die Wahl des Vorsitzenden mit dem Stimmzettel Nr. 1 vor, und zwar aus dem Stimmzettelblock, der Ihnen mit Ihrer Stimmkarte im Tagungsbüro überreicht wurde.

Gültig sind alle Stimmzettel, auf denen der Name Kohl, Ja, Nein oder Enthaltung steht. Leere Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Stimmzettel, die einen anderen Namen als den des vorgeschlagenen Kandidaten tragen, sind ungültig.

Ich eröffne den Wahlgang und bitte nunmehr die Delegierten, ihre Stimme in einer Wahlkabine abzugeben. -

Meine Damen und Herren, sind alle Stimmzettel abgegeben?

(Widerspruch)

Meine Damen und Herren, ich frage noch einmal: Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? - Das ist der Fall. Ich unterbreche unseren Parteitag, bis das Ergebnis ausgezählt ist. -

(Unterbrechung von 18.21 bis 18.37 Uhr)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen - Ich gebe Ihnen das Ergebnis der Wahl des Bundesvorsitzenden bekannt.

Abgegebene Stimmzettel: 727.

Ungültige Stimmen: keine.

Enthaltungen: 15.

Gültige Stimmen also: 712.
Die erforderliche Mehrheit beträgt 357 Stimmen.
Mit Ja haben gestimmt: 667.
Mit Nein haben gestimmt: 45.

(Anhaltender starker Beifall)

Lieber Helmut Kohl, der Parteitag gratuliert Dir zu diesem ausgezeichneten Ergebnis. Es ist ein großes Zeichen des Vertrauens in Dich persönlich und zu Deiner Politik.

Meine Damen und Herren, Helmut Kohl hat die Union wieder in die Regierungsverantwortung geführt. Mit ihm werden wir die kommenden politischen Auseinandersetzungen bestehen und auch 1987 einen weiteren Regierungsauftrag erhalten. Wir wünschen Helmut Kohl weiter Glück und Erfolg und Gottes reichen Segen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich will keinen Fehler machen und frage deshalb Herrn Dr. Helmut Kohl, ob er bereit ist, die Wahl anzunehmen. Er hat das Wort.

(Beifall)

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine lieben Freunde! Zunächst gebe ich die Antwort auf die gestellte Frage: Ich nehme die Wahl an. Ich danke Ihnen für Ihr ausgesprochenes Vertrauen.

(Beifall)

Ich weiß, was dieses Vertrauen bedeutet, für mich und für die Partei, für Sie alle, für uns gemeinsam. Meine Bitte ist: Helfen Sie mir als dem Parteivorsitzenden, helfen Sie allen Freunden in der Parteiführung, helfen wir uns gegenseitig in dieser schwierigen Zeit, die Herausforderungen zu bestehen und das Vertrauen und die Hoffnung so vieler unserer Mitbürger durch unseren Dienst an unserem Vaterland zu rechtfertigen. Das ist das, was wir tun wollen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Worms, Tagungspräsidium:

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 17.2 auf:

WAHL DES GENERALSEKRETÄRS

Ich erteile hierzu das Wort dem Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren, gemäß § 29 unserer Satzung hat der Bundesvorsitzende das Recht und die Pflicht, den Generalsekretär vorzuschlagen. Ich schlage unseren Freund Heiner Geißler zur Wiederwahl als Generalsekretär vor.

(Beifall)

Sie alle wissen, daß er in den schwierigen Zeiten der Opposition und auch in den ersten nicht einfachen Jahren nach der Regierungsübernahme 1982 in einer großartigen Weise dieses Amt geführt hat. Er hat es tatkräftig geführt, und er hat es mutig geführt. Diesen Mut möchte ich vielen in der Partei wünschen, in der Auseinandersetzung mit unseren Gegnern und in der Nachdenklichkeit über unsere Probleme.

Heiner Geißler hat in seinem Rechenschaftsbericht darauf hingewiesen, daß wir beide uns einig sind, daß er im Laufe dieses Jahres zur Vorbereitung der Wahlkämpfe das Doppelamt aufgibt, aus der Regierung ausscheidet. Er wird sich dann voll und ganz der Vorbereitung vor allem der Bundestagswahl 1987 widmen. Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen für Heiner Geißler.

(Beifall)

Dr. Bernhard Worms, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir nehmen die Wahl des Generalsekretärs vor, mit dem Stimmzettel 2. Gültig sind alle Stimmzettel, auf denen der Name Geißler, „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ steht. Leere Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Stimmzettel, die einen anderen Namen tragen als den des vorgeschlagenen Kandidaten, sind ungültig.

Ich frage Sie: Wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne den Wahlgang und bitte die Delegierten, ihre Stimme in der Wahlkabine abzugeben.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf fragen, ob jeder seine Stimme abgegeben hat. - Ich sehe, das ist der Fall. Damit ist der Wahlgang geschlossen.

Meine Damen und Herren, ich bitte, wieder Platz zu nehmen, weil ich Sie jetzt nämlich fragen möchte, ob Sie damit einverstanden sind, daß wir zum nächsten Wahlgang übergehen.

(Beifall)

Das Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs hat nämlich keinen Einfluß auf diesen Wahlgang. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig beschlossen, daß wir jetzt in den nächsten Wahlgang eintreten.

Dann rufe ich TAGESORDNUNGSPUNKT 17.4 auf:

WAHL DER 7 STELLVERTRETENDEN BUNDESVORSITZENDEN

Ich gehe davon aus, daß Sie durch Ihre Landesgeschäftsführer den Stimmzettel, auf dem alle Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt sind, erhalten haben. Ist das der Fall? -

(Zurufe)

- Es haben also alle von ihren Geschäftsführern Stimmzettel für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden erhalten.

Ich darf fragen, ob zu dieser Wahl das Wort gewünscht wird. - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich den Wahlgang zur Wahl der sieben stellvertretenden Vorsitzenden.

Meine Damen und Herren, ich weise darauf hin, daß nach § 43 Abs. 2 des Statuts mindestens die Hälfte der Namen der zu wählenden Kandidaten, also mindestens vier, angekreuzt werden muß und daß Stimmzettel, auf denen mehr Namen angekreuzt sind, als es der Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden entspricht, ebenfalls ungültig sind. Das heißt, wenn mehr als sieben Kreuze auf dem Stimmzettel sind, ist er ungültig, genauso wie wenn weniger als vier Namen angekreuzt sind.

Meine Damen und Herren, ich bitte die Delegierten, ihre Stimmzettel in der Wahlkabine abzugeben. Der Wahlgang zur Wahl der stellvertretenden Bundesvorsitzenden ist eröffnet. -

(Zurufe)

- Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas Geduld, die Urnen sind auf dem Wege. -

Meine Damen und Herren, ich darf fragen, ob alle ihre Stimmzettel abgegeben haben. - Ich sehe, das ist der Fall. Damit ist der Wahlgang für die Wahl der stellvertretenden Bundesvorsitzenden geschlossen.

(Zurufe: Nein!)

- Fehlen noch ein paar Stimmen?

(Zurufe: Ja!)

- Dann müßt ihr früher schreien. - Also, der Wahlgang ist noch nicht geschlossen. Ich bitte Sie, umgehend die Stimmzettel abzugeben. -

Ich darf noch einmal fragen: Haben alle ihren Stimmzettel abgegeben? - Immer noch nicht.

Ich darf nun erneut fragen: Haben alle ihren Stimmzettel abgegeben? - Ich sehe, das ist der Fall. Damit ist der Wahlgang geschlossen.

Meine Damen und Herren, sind Sie damit einverstanden, daß wir jetzt in den nächsten Wahlgang, in die Wahl des Bundesschatzmeisters, eintreten?

(Beifall)

Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Wer Enthält sich? - Es ist einstimmig akzeptiert, daß wir jetzt in die Wahl des Bundesschatzmeisters eintreten.

Ich rufe also nun TAGESORDNUNGSPUNKT 17.3 auf:

WAHL DES BUNDESSCHATZMEISTERS

Ich erteile das Wort dem Bundesvorsitzenden Helmut Kohl.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren, ich habe zunächst den dringenden Wunsch, daß Sie bitte Platz nehmen. Es erleich-

tert dem Tagungspräsidenten das Geschäft ganz außerordentlich, wenn jeder an seinem Platz sitzt.

Zur Wahl des Bundesschatzmeisters schlage ich Ihnen Walther Leisler Kiep zur Wiederwahl vor.

(Beifall)

Er hat, wie Sie heute erkennen konnten, eine großartige Arbeit geleistet. Ich bitte Sie herzlich, daß Sie ihm Ihre Stimme und Ihr Vertrauen geben.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, vorgeschlagen ist unser Freund Walther Leisler Kiep.

Wir nehmen die Wahl des Bundesschatzmeisters mit dem Stimmzettel 3 aus dem grünen Stimmzettelblock vor. Gültig sind alle Stimmzettel, auf denen der Name „Kiep“, „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ steht. Unbeschriftete Stimmzettel werden als „Enthaltung“ gezählt. Stimmzettel, die einen anderen Namen als den des vorgeschlagenen Kandidaten tragen, sind ungültig.

Ich eröffne den Wahlgang und bitte die Delegierten, ihre Stimmzettel wiederum in der Wahlkabine abzugeben.

Haben alle ihre Stimmzettel abgegeben? - Das ist noch nicht der Fall.

Ich darf erneut fragen: Haben alle ihren Stimmzettel abgegeben? - Ich sehe, das ist der Fall. Damit ist auch dieser Wahlgang geschlossen.

Ich möchte nun das Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs bekanntgeben. Zahl der abgegebenen Stimmen: 725. Ungültig: 1 Stimme. Enthaltungen: 13 Stimmen. Gültige Stimmen für die Ermittlung der Mehrheit: 711. Die erforderliche Mehrheit beträgt 356 Stimmen. Heiner Geißler ist mit 677 Ja-Stimmen gewählt worden.

Anhaltender lebhafter Beifall)

Nein-Stimmen: 34.

Herr Geißler, mit diesem hervorragenden Ergebnis hat der Parteitag Ihre hervorragende Arbeit gebührend gewürdigt. Ich bitte Sie, hier am Mikrophon die Frage zu beantworten, ob Sie die Wahl zum Generalsekretär annehmen.

Dr. Heiner Geißler: Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Ich nehme die Wahl an und bedanke mich für das Vertrauen.

(Beifall)

Ich sehe das als eine Herausforderung an, bei der nächsten Bundestagswahl mindestens dasselbe Ergebnis zu erreichen wie beim letztenmal.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Ich übergebe das Tagungspräsidium nun an Peter Lorenz.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Das nächste Wahlergebnis wird sicher noch eine Weile auf sich warten lassen. Ich schlage Ihnen deshalb vor, daß wir jetzt in der Aussprache zu den Berichten fortfahren. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Zunächst hat Herr Dr. Lammert, Westfalen-Lippe, das Wort.

Dr. Norbert Lammert: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Es ist ebenso richtig wie wichtig, daß dieser Parteitag gleich am ersten Tag sein Hauptaugenmerk auf die Probleme des Arbeitsmarktes gerichtet hat. Dies ist tatsächlich das Thema, das gerade hier mitten im Revier weit mehr Menschen ganz existentiell betrifft als irgendwo sonst. Es ist ganz sicher auch das Problem, von dessen Bewältigung in einem ganz erheblichen Maße unsere Regierungsfähigkeit abhängen wird, wie Kurt Biedenkopf in seinem Beitrag vorhin völlig zu Recht dargestellt hat. Ich bin dem Parteivorsitzenden deshalb dankbar, daß er schon in seiner Eröffnungsrede heute morgen auf dieses Thema aufmerksam gemacht und eine offensive Antwort im Blick auf diese Probleme formuliert hat.

Ich denke, wir müssen bei diesem Parteitag zu diesem Thema sehr konkret Stellung nehmen. Wir müssen sehr deutlich zur Kenntnis geben, daß wir dieses Problem nicht nur sehen, sondern auch Antworten darauf zu geben wissen. Wir müssen in diesem Zusammenhang nicht nur deutlich machen, was wir selber regeln wollen und wie wir etwas selber regeln wollen, sondern wir müssen durchaus auch deutlich machen, was wir nicht regeln können. Ich möchte gleich zu Beginn auf einen solchen Aspekt zu sprechen kommen.

Die Zerrüttung des Arbeitsmarktes hat mit der staatlichen Beschäftigungsgarantie Willy Brandts begonnen. Damals hatten wir 180.000 Arbeitslose bei 700 000 offenen Stellen, so daß damals rein rechnerisch jeder Arbeitslose unter vier offenen Stellen eine wählen konnte, wenn er seinen Lebensunterhalt aus Erwerbseinkommen bestreiten wollte. Am Ende einer solchen Politik war der Arbeitsmarkt in Unordnung geraten. Die Arbeitslosenzahl hatte sich verzehnfacht. Um jede offene Stelle konkurrierten jetzt im Durchschnitt mehr als 20 Arbeitslose.

Meine Freunde, wir müssen, denke ich, ganz deutlich machen, daß die Erhaltung der Tarifautonomie und eine staatliche Beschäftigungsgarantie nicht gleichzeitig zu haben sind und daß deswegen in einem System, in dem der Staat weder die Arbeitsentgelte noch die Arbeitszeiten regeln kann und regeln will, die Tarifpartner durch ihre Vertragsabschlüsse über die Zahl der Arbeitsplätze entscheiden, die durch diese Regelung tatsächlich zustande kommen. Damit weichen wir nicht dem Teil der Verantwortung aus, die wir selber haben. Wir machen aber Proportionen deutlich und nehmen damit die Vermutung einer Allzuständigkeit des Staates und der öffentlichen Hände, der wir gar nicht gerecht werden können, wenn wir das Wirtschaftssystem aufrechterhalten wollen, das wir selber aufgebaut haben, aus der Diskussion.

Wir müssen uns in diesem Zusammenhang, wie ich meine, auch konkret mit Vorschlägen auseinandersetzen, die von seiten der Tarifpartner zur Lösung von Arbeitsmarktproblemen gemacht werden. Ich will auf einen Vorschlag gleich zu sprechen kommen, der gestern in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt ist. Die IG Metall hat gestern hier im Ruhrgebiet auf einer Stahlkonferenz den Vorschlag gemacht, zur Lösung der Probleme dieser Branche die deutsche Stahlindustrie zu vergesellschaften. Dies ist - das muß in unserer Antwort auf diese Frage deutlich werden - genau der Weg, der die Probleme zementiert, statt sie zu lösen.

(Beifall)

Gerade in einer durch eine zehnjährige Leidensgeschichte gekennzeichneten Branche, die nicht nur, aber gerade hier im Ruhrgebiet eine große Rolle spielt, ist jetzt endlich nach vielen Jahren Licht am Ende des Tunnels zu sehen.

Der Subventionskodex der Europäischen Gemeinschaft läuft Ende dieses Jahres aus. Damit besteht endlich die Möglichkeit, den unerträglichen Wettbewerb privatwirtschaftlicher Unternehmen mit den Staatskassen der Nachbarländer zu stoppen. Und im Unterschied zu den allermeisten europäischen Stahlunternehmen schreiben die meisten deutschen Stahlunternehmen inzwischen glücklicherweise wieder schwarze Zahlen.

In einer solchen Situation die Vergesellschaftung deutscher Stahlunternehmen zu fordern, ist zur Lösung der Probleme dieser Branche und zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme ungefähr ebenso hilfreich wie eine Vollnarkose zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit eines rekonvaleszierenden Patienten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben sicher auch durch unsere politischen Entscheidungen Einfluß auf die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Durch Steuerrecht und Sozialrecht in der Gesetzgebung gestalten wir nicht unwesentlich die Rahmenbedingungen, unter denen Arbeitsplätze zustande kommen oder eben nicht zustande kommen. Dies ist der Teil der Verantwortung, dem wir uns stellen müssen und dem sich diese Bundesregierung gestellt hat in einer Reihe von Maßnahmen, die sowohl durch Entlastung von Steuern als auch durch Korrektur von nicht finanzierbaren Sozialleistungsansprüchen und durch ein höheres Maß an Flexibilität bei der Gestaltung von Arbeitsverhältnissen wieder Bewegung auf dem Arbeitsmarkt bringen.

Und ich denke, wir müssen in diesem Zusammenhang immer wieder verdeutlichen, daß wir für die Wiederherstellung eines gesunden Arbeitsmarktes, für einen Aufschwung, der allen, die Arbeit wollen, auch Arbeit vermittelt, nicht nur Produktinnovationen brauchen, nicht nur Verfahrensinnovationen, sondern nicht zuletzt auch Innovationen auf dem Arbeitsmarkt. Der Generalsekretär hat zu Recht zu mehr Phantasie aufgefordert bei der Bewältigung dieser Probleme. Zu dieser Phantasie müssen wir uns und andere, die daran mitarbeiten, ermutigen.

Meine lieben Freunde, mein Wunsch wäre es, daß am Ende dieses Parteitages, der in der allgemeinen Aussprache mit einer Befassung der Arbeitsmarktprobleme begonnen hat, auch eine von möglichst allen gemeinsam getragene Erklärung stehen möge, mit der wir unserer Verantwortung für dieses Problem gerecht werden und den Nachweis erbringen, dieses Problem erkannt zu haben und Lösungen dafür

zu wissen und auf diese Weise Vertrauen in unsere Kompetenz und Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu erzeugen.

Ich danke ihnen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Als nächster hat Wolfram Kessler von der Exil-CDU das Wort, dann Peter Rauen vom Landesverband Rheinland-Pfalz.

Dr. Wolfram Kessler, Exil-CDU: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Zum Thema „Die Nation bewahren“ bin ich in der glücklichen Lage, mich nach den eindeutigen deutschlandpolitischen Aussagen unseres Bundesvorsitzenden und des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, die ich unterstreiche, auch heute wieder auf zwei ergänzende Anmerkungen beschränken zu können, auf zwei Sorgen.

Der Bundeskanzler hat in seinem jüngsten Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland unter anderem besonders herausgehoben: Das Festhalten am Friedensvertragsvorbehalt ist notwendig, um die endgültige Verwirklichung der Selbstbestimmung aller Deutschen und damit die Überwindung der Teilung Deutschlands nicht zu verspielen. Unter diesen Vorbehalt fällt auch die Grenze am Ostufer der Elbe, die nach sozialdemokratischer Prinzipienlosigkeit seit 1978 wieder ins Gespräch gekommen ist. So hat denn auch der Kanzleramtsminister unübersehbar klargestellt: Niemand ist befugt, Grenzen neu zu definieren.

Als Vertreter des Kreisverbandes, der gegenüber Schnakenburg unmittelbar an die Elbe grenzt, und als Sprecher der Brandenburger darf ich hier die Aufmerksamkeit auf das Territorium Elbe der Bundesrepublik Deutschland lenken.

Zwei Gesichtspunkte signalisieren leider Defizite vergangener Deutschlandpolitik.

Da ist einmal die Art und Weise der Ausübung unserer Hoheitsrechte auf der Elbe und deren Beeinträchtigung und zum anderen auch die Unverbrüchlichkeit der Grenze am Ostufer der Elbe. Das wieder uneingeschränkte Beharren auf der Ostufergrenze der Elbe gehört auch in das Kapitel der Entschärfung des Grenzregimes, wo Spannungen abgebaut werden müssen. Hier können wir aber nicht unparteiisch sein.

Kurz die geschichtlichen Tatsachen: Das Londoner Protokoll von 1944 mit einer Karte und entsprechenden Korrekturen der Besatzungsmächte legte die Grenze zwischen der Sowjetischen und der Britischen Besatzungszone auf dem Nordostufer der Elbe fest. Das weisen amtliche Karten in Ost und West aus. Die Hoheitsgewalt auf der ganzen Strombreite zwischen Schnakenburg und Lauenburg übte allein die britische Armee aus. Sowjetische Streifenboote - das muß man sich vergegenwärtigen - bedurften der britischen Sondergenehmigung. 1950 übernahm der Wasserzoll die Aufgaben der britischen Kontrollbehörden. Ebenso ging die teure Unterhaltung des Elbestroms auf uns über. 1966 ließen die Briten Einheiten ihrer Rheinarmee demonstrierend am Elbeufer erscheinen, um notwendige Peilarbeiten eines Vermessungsschiffes auf der ganzen Strombreite durchführen zu können.

Jetzt etwas sehr Entscheidendes: Auch die DDR behauptet nicht, die Besatzungsmächte hätten die Fahrinne als Grenze festgesetzt. Die DDR verlangt ein entspre-

chendes konstitutives Abkommen der beiden Staaten in Deutschland, und zwar unter bewußter Hinwegsetzung über den Friedensvertragsvorbehalt. Das Beseitigen dieses Friedensvertragsvorbehalts ist das eigentliche DDR-Ziel.

Nun ein Blick auf die konkrete Situation: Wenn sich heute Vertreter der Bundesrepublik, ihrer Parteien oder der Wissenschaft auf Schnellbooten des Wasserzolls ein Bild von der Elbe zwischen Schnakenburg und Lauenburg machen, so treffen sie dort keinen Bundesgrenzschutz. Sie werden vielmehr - dieser Spott sei mir gestattet - mit militärischen Ehren empfangen, und zwar von Streitkräften des Warschauer Paktes, die sie von einem faktischen Grenzpunkt zum nächsten mit jeweils einem anderen Boot begleiten.

Sie hören richtig: Truppen des Warschauer Paktes auf dem Territorium Elbe unserer Bundesrepublik! Das Zollkennzeichen der Grenztruppen der Nationalen Volksarmee ist nur noch eine Fassade. Eine Polizeigewalt der Bundesrepublik Deutschland wird nur noch in Spurenelementen ausgeübt; das Zollsymbol ist eine reine Tarnkappe.

Zur Bereinigung dieses unhaltbaren Zustandes hält unsere Rechtsordnung verschiedene Mittel bereit. Kurzfristig sollte aus dem Bundesgrenzschutzgesetz von 1972 das Instrument der polizeilichen Fachaufsicht des Bundesinnenministers und seiner Grenzschutzbehörden in deutschlandpolitischer und - ich betone - deutschlandrechtlicher Verantwortung benutzt werden. Der Bundesinnenminister verfügt über hervorragende Fachleute in Fragen der Grenzpolizei. Er muß sie sichtbar auf die Elbe schicken.

Dabei merke ich noch an: Zur Gefahrenabwehr gehört auch die sorgfältige Registrierung und mögliche Verhinderung von Rechtsbrüchen im Hinblick auf den Grundlagenvvertrag - fürwahr keine Zollaufgabe!

Mittelfristig - dessen bin ich sicher - wird eine sorgfältige polizeifachliche Überprüfung ihre Früchte tragen. Der Bundesinnenminister wird zu dem Ergebnis kommen, den Wassergrenzort Schnakenburg in der sogenannten BGS-Zollverordnung, zuletzt von 1979, zu streichen. Der Bundesgrenzschutz übernimmt dann auch auf der Elbe seine im Grundgesetz vorgesehene Funktion unmittelbar. Die Tarnkappe des Zolls bringt nichts und wird von Moskau als Schwäche mißverstanden.

Mittelfristig sollten ferner in einem Dialog um Verständigung und Interessenausgleich die Truppen des Warschauer Paktes veranlaßt werden, sich vom Elbeterritorium zurückzuziehen. Das ist aber dann sicherlich nicht zu erreichen, wenn wir unsere eigene Staats- und Polizeigewalt unter der Tarnkappe des Zolls verstecken.

Der Bundeskanzler hat sich heute und vor wenigen Tagen in Moskau gemeinsam mit dem Staatsratsvorsitzenden erneut zu den Ostverträgen, in Sonderheit zu dem Moskauer Vertrag, mit der Unverletzlichkeit der Grenzen aller Staaten in Europa bekannt. Zu dieser Konkretisierung des Gewaltverzichts bekennen auch wir uns, allerdings ohne Jubel.

Ein Wort des Bundeskanzlers im Zusammenhang mit dem 8. Mai: „Trauer“. Wir bekennen uns zur Unverletzlichkeit der Grenzen, aber in Trauer. Ich nenne nur drei Gebiete: in Trauer um Schlesien, in Trauer um Ostbrandenburg, in Trauer um Ostpreußen.

Wir erwarten von unseren Vertragspartnern der Ostverträge auch die Unverletzlich-

keit der Elbegrenze an ihrem Ostufer. Das Verhalten einiger geschichtsloser Mitbürger, Honecker eine neue Elbegrenze anzudienen, kann man nur als nationale Würdelosigkeit einstufen. Die Geraer Forderung Honeckers nach einer neuen Elbegrenze ist ein eindeutiger Verstoß gegen die Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa und damit ein gezielter Vorstoß des Ostblocks, die Ostverträge zum Nachteil Deutschlands zu verändern. Wir weisen Honeckers neue Elbegrenze entschieden zurück. Wir haben Verträge und wünschen, daß sie von der anderen Seite eingehalten werden.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Als nächster hat Peter Rauen aus Rheinland-Pfalz das Wort, dann Christoph Brand für den RCDS.

Peter Rauen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar dafür, daß viele Redner in der aktuellen Aussprache das Thema Arbeitslosigkeit angesprochen haben. Ich bin auch Herrn Dregger dankbar, der in seinem Bericht auf die Existenzsorgen vieler mittelständischer Betriebe angesprochen hat. Auf beide Themen will ich kurz eingehen. Zum Thema Arbeitslosigkeit hat Herr Biedenkopf schon die Problematik für den Arbeitsmarkt aus zu hohen Arbeitskosten dargelegt. Ich bin überzeugt davon, daß zu teure Arbeit genauso zu Arbeitslosigkeit beiträgt wie das noch zu geringe Wirtschaftswachstum. Arbeit, die zu teuer ist, geht weg. Sie wird nicht nachgefragt.

Mit der zu teuren Arbeit meine ich nicht die Nettoeinkommen der Arbeiter in der freien Wirtschaft, im Gegenteil, ich kenne viele hervorragende und fleißige Facharbeiter, die bei 40stündiger Arbeitszeit über einen monatlichen Nettoverdienst von 1500 bis 1800 DM nicht hinauskommen. Nein, ich spreche von den viel zu hohen Lohnnebenkosten, die teilweise die Arbeit unbezahlbar machen. Ich will dies an einem praktischen Beispiel erklären. Ein Baufacharbeiter - ich spreche von dieser Branche, weil ich daraus komme -, der heute 15 DM verdient, hat nach Abzug der Steuern je nach Steuerklasse zwischen 10 und 11 DM übrig. Im Bauhauptgewerbe betragen aber die Lohnnebenkosten mittlerweile 100 %. Das heißt, es entstehen lohngebundene Kosten von 30 DM pro Stunde. Hinzu kommen allgemeine Geschäftskosten, Fahrkosten, Mehrwertsteuer; dann kostet diese Stunde zwischen 48 und 50 DM.

Hier treffen sich zwei Interessen. Diese Arbeit wandert in die Schattenwirtschaft ab. Wer schwarz arbeitet, hat 5 DM mehr, als wenn er seine Arbeit legal beim Unternehmer erbringt, und wer schwarz arbeiten läßt, hat nur ein Drittel der Kosten, als wenn er einen Unternehmer beauftragt. Die Folgen sehen wir im Prinzip an vielen Stellen. Auf dem flachen Lande wird heute kaum mehr ein Wohnhaus von einem Unternehmer gebaut. Die Folgen davon: Die Schwarzarbeit wächst immer mehr, die Sozialkassen jedoch bleiben leer.

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt davon, daß man möglichst bald einen Weg finden muß, wie man die sozialen Sicherungssysteme zumindest teilweise von dem Faktor Lohn abkoppeln kann. Anders sehe ich kaum eine Möglichkeit, die Problematik auf dem Arbeitsmarkt dadurch zu verbessern, daß Arbeit mehr nachgefragt wird, weil sie wieder bezahlbar ist. Ich bin überzeugt, es ist genug Arbeit da, nur nicht mehr genug Arbeit zu bezahlbaren Preisen.

Ich will noch kurz auf die besondere Problematik im mittelständischen Bereich hinweisen. Rund die Hälfte aller gewerblichen mittelständischen Betriebe ist direkt oder indirekt von der Bauwirtschaft abhängig. Die Misere in diesem Bereich ist Ihnen sicherlich allen bekannt. Der Rückgang nimmt dramatische Formen an. Ich bin der Auffassung, das Drama steht erst noch bevor. Zur Zeit sind von rund 1,5 Millionen verbliebenen Bauarbeitern und im Baunebengewerbe 600 000 arbeitslos oder arbeiten kurz. Die Auftragsbestände werden nicht mehr nach Monaten sondern nur noch nach Wochen gerechnet. Hier ist kein Silberstreif am Horizont erkennbar. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt werden gerade vom Baubereich her gravierende Ausmaße annehmen. Es wird sicherlich notwendig sein, sich möglichst bald und umfassend zu überlegen, wie dieser Problematik beigegeben werden kann.

Ich selbst komme aus einem ehemals strukturschwachen Raum, aus Hunsrück, Mosel und Eifel. Dort war ein hoher Nachholbedarf an Infrastrukturmaßnahmen, folglich haben sich dort hohe Baukapazitäten entwickelt. In diesen Räumen hängt etwa jeder fünfte Arbeitsplatz vom Bau ab. Entsprechend hoch sind heute die Arbeitslosenzahlen. Jeder vierte in dem Kreis, aus dem ich herkomme, ist zur Zeit arbeitslos. Auch hier ist ein Abbau auf Grund dieser Lage des Bausektors in Kürze kaum zu erwarten.

Ich glaube, dies kann kein Dauerzustand sein, weil gerade in diesen strukturschwachen Räumen auch immer Hochburgen der CDU gewesen sind. Wir sind alle miteinander aufgefordert zu überlegen, wie wir diesem Problem beikommen können. Es kann sicherlich nicht so sein, daß die Konsolidierung der Haushalte weiterhin in dem hohen Maße zu Lasten der Sachinvestitionen geht, denn 75 % aller staatlichen Sachinvestitionen sind Bauinvestitionen. Sie sind um 14 Milliarden DM nominal zurückgegangen. Hier ist eine Schmerzgrenze erreicht, die sich auf dem Arbeitsmarkt im Bausektor sehr nachteilig auswirkt.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Jetzt erteile ich das Wort Herrn Christoph Brand für den RCDS, dann unterbrechen wir zunächst die Aussprache. Ich gebe dann das Ergebnis der Wahl der stellvertretenden Bundesvorsitzenden bekannt. - Bitte, Herr Brand.

Christoph Brand, RCDS: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Abgeordnete Jäger aus Baden-Württemberg hat vorhin zu Beginn der Aussprache an den Generalsekretär Heiner Geißler angeknüpft. Ich möchte auch an Heiner Geißler anknüpfen, aber in einer etwas anderen Weise. Heiner Geißler hat in seiner letzten Diskussion in einer deutschen Hochschule in Kiel vor zirka 1000 Studenten deutlich gemacht, daß eine offene Diskussion mit jungen Leuten zeigt, daß Politiker Menschen sind, die sich für die Probleme junger Leute interessieren und eine offene Diskussion führen können. Das sammelt Pluspunkte für die Parteien. Es ist ein guter und wichtiger Schritt, und dieser demokratische Dialog mit jungen Leuten muß unbedingt fortgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte im Namen von 84 Hochschulgruppen und

über 6500 Mitgliedern des Ringes christlich-demokratischer Studenten Helmut Kohl und Heiner Geißler und dem gesamten Bundesvorstand der CDU für die sehr gute Unterstützung der Arbeit des RCDS im vergangenen Jahr danken.

(Beifall)

Wenn ich vom Dialog mit der Jugend sprach, so meine ich, daß es auch wichtig ist zu sagen, daß Politiker bereit sein müssen, Fehler einzugestehen.

Im Grundsatzprogramm des RCDS ebenso wie in dem der Christlich Demokratischen Union heißt es: Jeder Mensch ist fehlbar, und kein Mensch ist unfehlbar. Das gilt zweifellos auch für Politiker. Es gibt keinen Grund, warum sie dies nicht deutlich sagen sollten.

Meine Damen und Herren, ich sage dies bewußt mit Blick auf die Auseinandersetzungen mit den Grünen Alternativen. Deshalb möchte ich auf etwas hinweisen, weshalb ich glaube, daß die Christlich Demokratische Union ihren Stil umstellen muß. Während die Grünen nunmehr politische Strukturen in den Kommunen, in den Ländern und im Bund gewonnen haben, bestehen solche Strukturen an den deutschen Hochschulen schon sehr lange. Hier hat die Grüne Bewegung ihren Ausgang genommen, und von hier kommen immerhin 50 % des Wählerpotentials der Grünen. Wir als RCDS haben gesehen, wie viele Mitglieder des Kommunistischen Bunds sich nach Überstreifen einer grünen Kapuze plötzlich mit dem gewissen ökologischen Etwas umgeben und so tun, als wollten sie in Umweltpolitik machen.

Was uns viel mehr erschrecken muß: Viele Wähler der Grünen scheint dies nicht einmal mehr zu irritieren.

Wir können nach den Wahlen in den vergangenen Wochen und Monaten festhalten: Die Grünen haben ihren Höhepunkt zwar überschritten. Dennoch muß die CDU ihre Auseinandersetzung mit den Grünen ändern und umstellen. Das bloße Skandieren des rot-grünen Chaos reicht ganz offensichtlich nicht aus, um nachzuweisen, daß wir die Hoffnungsträger gerade für junge Menschen in der Bundesrepublik Deutschland sind.

Ich will deutlich sagen: Wir haben überhaupt nichts dagegen, daß die Grünen kritische und unbequeme Fragen stellen. Meine Damen und Herren, Sie wissen ganz genau, daß der RCDS da keine grünen Vorturner braucht. Aber wer kritische und unbequeme Fragen stellt, darf nicht zu bequem sein, einmal Antworten zu formulieren und Lösungen vorzutragen, wie er die Probleme anpacken will.

Dies ist eines der Hauptprobleme, die wir mit den Grünen haben: Wenn Sie einmal programmatisch arbeiten, fabrizieren sie entweder absurden und abstrusen Quatsch, wie jetzt in Nordrhein-Westfalen zu den Fragen des Jugendsexualstrafrechts, oder sie erheben ihre Programme zu einer radikalen Utopie, die nur dann verwirklicht sein soll, wenn sie allein die Richtlinien der Politik bestimmen. Dies hat nichts mehr mit Konsensfähigkeit zu tun; dies hat auch nichts mehr mit Kompromiß zu tun, meine Damen und Herren.

Deshalb müssen wir diese Politik klar als das kennzeichnen, was sie ist, nämlich als demokratiefeindlich. Und wir müssen sie so auch bekämpfen.

Wir müssen hier sehr wachsam sein, vor allem, weil die Grünen mit ihrem eigentlich

unpolitischen Konzept, es nicht verantworten zu wollen, auf die politische Kultur in unserem Land einen erheblich größeren Einfluß haben, als wir manchmal wahrnehmen.

Ich warne auch davor, immer nur von „den“ Grünen zu reden. Es gibt bei den Grünen auch eine ganze Reihe besonnener und nachdenklicher Menschen, die wir in ihren Sorgen, in ihren Ängsten, in ihrem guten Willen ernst nehmen müssen. Und es ist an der Zeit, daß wir als Christliche Demokraten hier ein Zeichen des Verständnisses geben und ein entsprechendes Zeichen setzen.

(Vereinzelter Beifall)

Spätestens seit der Debatte über den NATO-Doppelbeschluß wissen wir: Viele Menschen erliegen dem Irrtum, man könne mit Betroffenheit, mit Motivation aus Angst die notwendige Sachkompetenz für die Entscheidungsfindung ersetzen. Diese Irrationalisierung der Politik, die die Grünen betreiben, ist eine sehr große Gefahr für unsere parlamentarische Demokratie, eine Gefahr, die wir bekämpfen müssen.

Aber ich warne eindringlich vor plakativem Getöse und dem Holzhammer-Schwingen. Ziel der Auseinandersetzung, meine Damen und Herren, ist es nicht, die eigenen Reihen zu schließen. Ziel ist es, jene Menschen, die für grüne Politik, für grünes Politikverständnis anfällig sind, nachdenklich zu machen und ihnen klarzumachen, warum wir als Christliche Demokraten einen ganz anderen Weg der Politik gehen, übrigens auch einen viel erfolgreichereren Weg.

Deshalb: Lassen Sie uns die Auseinandersetzung mit den Grünen Alternativen mit der Gelassenheit der Demokraten, mit der Gelassenheit toleranter und grundsätzebezogener Demokraten führen, aber auch mit der ganzen Schärfe unserer Sachargumente.

Ich glaube, wenn die CDU die Frage junger Menschen weiterhin aufgreift und deutlich macht, daß sie sich mit den Problemen junger Leute wie Umwelt, Staatsverschuldung, Jugendarbeitslosigkeit, Akademikerarbeitslosigkeit, Bildungsfragen und Glaubwürdigkeit der Parteien, aber auch mit den Problemen junger Frauen und junger Familien auseinandersetzt, finden die sogenannten etablierten Parteien und deren Jugendorganisationen den Anhang, den sie verdienen.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Abschluß meines kurzen Beitrags zu diesem Frauenparteitag folgendes sagen: Es ist für mich ein gutes Zeichen, wenn selbst Alice Schwarzer diesen Parteitag der großen Volkspartei der CDU positiv wertet und gleichzeitig feststellt, daß andere Parteien die Kraft zu einem solchen Parteitag nicht gehabt haben und nicht gehabt hätten. Ich halte es für ein großes Verdienst von Heiner Geißler, daß er dieses Thema in der CDU aufgegriffen hat.

(Beifall)

Lassen Sie mich zum Abschluß zusammenfassen, wie wir vom RCDS die Auseinandersetzung mit den Grünen führen wollen. Erstens müssen wir sie offensiv führen. Zweitens müssen wir die Themen der Grünen differenziert aufgreifen und ihre Programmatik unter die Lupe nehmen. Drittens müssen wir, die Politik der grünen Funktionäre im Visier, unsere Problemlösungen klarmachen, unsere Sachkompetenz immer wieder unter Beweis stellen und so die Wähler der Grünen zu uns ziehen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, wenn es uns gelingt, dies ganz offensiv und sehr sachlich zu tun, dann können sich die, die außer Håme und außer sachfremden Argumenten nichts zu bieten haben, nämlich SPD und Grüne, auf einiges gefaßt machen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: So, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich gebe Ihnen jetzt das Ergebnis der Wahl der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands bekannt.

Es sind 700 Stimmzettel abgegeben worden. Ungültig waren 4. Wir haben also 696 gültige Stimmzettel. Die für die Wahl erforderliche Mehrheit beträgt demnach 349 Stimmen.

Es erhielten: Herr Dr. Albrecht 436 Stimmen,

(Beifall)

Herr Professor Dr. Biedenkopf 334 Stimmen und damit nicht die erforderliche Mehrheit, Herr Dr. Blüm 560 Stimmen,

(Beifall)

Frau Dr. Laurien 427 Stimmen,

(Beifall)

Lothar Späth 428 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Gerhard Stoltenberg 547 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Wallmann 399 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Worms 532 Stimmen.

(Beifall)

Ich frage jetzt die gewählten Kandidaten, ob sie die Wahl annehmen.

Dr. Albrecht!

(Dr. Albrecht: Ich nehme die Wahl an! - Beifall)

Dr. Blüm! - Offenbar nicht im Saal.

(Widerspruch)

Doch.

(Dr. Blüm gibt ein Handzeichen)

- Danke schön. Er nimmt an.

(Beifall)

Frau Dr. Laurien!

(Frau Dr. Laurien gibt ein Handzeichen)

Danke.

(Beifall)

Lothar Späth!

(Späth gibt ein Handzeichen)

Danke.

(Beifall)

Dr. Gerhard Stoltenberg!

(Dr. Stoltenberg gibt ein Handzeichen)

Danke schön.

(Beifall)

Dr. Wallmann!

(Dr. Wallmann gibt ein Handzeichen)

Danke.

(Beifall)

Berhard Worms!

(Dr. Worms: Ja!)

Danke schön.

(Beifall)

Alle gewählten Kandidaten haben damit die Wahl angenommen.
Ich darf Ihnen namens des Parteitages herzliche Glückwünsche aussprechen und
viel Erfolg für Ihre verantwortungsvolle Arbeit wünschen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich darf mitteilen, daß der Landesverband Westfalen-Lippe Herrn Professor Dr. Kurt Biedenkopf zur Wahl als Mitglied des Bundesvorstandes vorschlägt.

(Beifall)

Gleichzeitig darf ich die Landesgeschäftsführer bitten, unverzüglich die Stimmzettel für die Wahl zum Bundesvorstand bei der Geschäftsstelle abzuholen.

Ich übergebe jetzt das Tagungspräsidium an unseren Freund Jürgen Echternach.

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Bekanntgabe des Ergebnisses der Wahl des Bundesschatzmeisters.

Abgegebene Stimmen: 652.

Keine Stimme war ungültig.

Enthaltungen: 6.

Demnach lagen 646 gültige Stimmen vor.

Die erforderliche Mehrheit betrug also 324 Stimmen.

Auf Herrn Walther Leisler Kiep sind entfallen: 626 Stimmen.

Nein-Stimmen: 20.

(Beifall)

Lieber Herr Kiep, ich beglückwünsche Sie namens des Parteitages zu diesem hervorragenden Ergebnis. Es ist Ausdruck des Dankes des Parteitages für Ihre hervorragende Arbeit in der Vergangenheit, und es ist zugleich eine gute Basis für die Fortführung dieses dornenreichen Amtes, das Sie für uns alle wahrnehmen, in der Zukunft.

Ich darf Sie jetzt fragen, Herr Kiep, ob Sie die Wahl annehmen.

(Walther Leisler Kiep: Ja!)

- Vielen Dank!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis zeigt eben auch, um ein Wort von vorhin aufzugreifen: Wir haben nicht nur einen guten Bundeskanzler, wir haben nicht nur einen guten Generalsekretär, sondern wir haben auch einen guten Bundesschatzmeister.

(Beifall)

Wir kommen jetzt zu TAGESORDNUNGSPUNKT 18:

WAHL DER RECHNUNGSPRÜFER

Vorgeschlagen ist die Wiederwahl der Rechnungsprüfer Erik Blumenfeld und Alphons Horten. Das Statut schreibt vor, daß die Wahlen zum Bundesvorstand

geheim sein müssen, mit anderen Worten daß diese Wahl auch offen durch Vorzeigen der Stimmkarte erfolgen kann, wenn kein Widerspruch erfolgt. Darf ich fragen, ob es gegen die Wahl durch Aufheben der Stimmkarte Widerspruch gibt. - Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich die Delegierten, die der Wiederwahl von Herrn Blumenfeld und Herrn Horten zu Rechnungsprüfern zustimmen wollen, das durch das Erheben der Stimmkarte deutlich zu machen. - Vielen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe. - Ich sehe keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? - Einige Stimmenthaltungen.

Ich darf feststellen, daß Herr Blumenfeld und Herr Horten ohne Gegenstimmen bei einigen Stimmenthaltungen wiedergewählt worden sind. Herzlichen Glückwunsch für diesen großen Vertrauensbeweis!

(Beifall)

Ich rufe jetzt die

Fortsetzung der Aussprache

auf, denn zur Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes können wir noch nicht kommen, weil die Stimmzettel noch nicht ausgeteilt sind, sondern erst noch hergestellt werden.

Die letzte Wortmeldung in der allgemeinen Aussprache ist die Wortmeldung von Herrn Dr. Blüm. Bitte!

Dr. Norbert Blüm (mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Laßt uns die Aufgaben, die vor uns stehen, als Mannschaft bewältigen! Viele, die auf die Wende warten, machen den Eindruck, in einer Zirkusmanege zu sitzen und zu warten, bis da einer seinen Trapezakt gemacht hat. Ich glaube aber, die Wende schaffen wir nicht als Solonummer. Die Wende hat eigentlich nichts mit spektakulären, aufsehenerregenden politischen Vorgängen zu tun; aus meiner Sicht gleicht sie viel eher einem Bauern, der einen Acker zu pflügen hat. Wir werden die Wende nicht so schaffen, wie ein Rennfahrer in die Spitzkehre geht, sondern nur in einer langen Kurve in ein neues Gleichgewicht.

Daß wir diese Ausdauer haben, ist, so finde ich, auch deshalb wichtig, weil wir - merkt das nicht jeder? - in der Gefahr sind, eine Wetterfahndemokratie zu werden. Jede Woche ein neuer Schadstoff, jede Woche ein neues Thema! Wenn es nicht Grundorientierungen gibt, kommen wir, so denke ich, in die Rotation des Zeitgeistes, und die Moden wechseln immer schneller. Die SPD kommt ja schon aus dem Kleiderwechsel nicht mehr heraus. 13 Jahre Reform- und Fortschrittsgläubigkeit und Zukunftswissen, und jetzt Krise, Untergang, und sie suhlt sich in einer Weltschmerz-sülze. Heiner Geißler hat es heute morgen schon gesagt: Wir haben es mit Profipes-simisten zu tun, mit Frustrationsexperten und Untergangsspezialisten.

Ich denke, die Wende muß im Kopf der Bürger beginnen! Die Bürger müssen kapieren, daß sie sie zu vollbringen haben, nicht irgendeine Obrigkeit, irgendeine Regierung. Im Kopf muß sie beginnen!

Wir müssen uns zutrauen, daß wir aus der Arbeitslosigkeit herauskommen. Heute morgen haben wir ältere verdiente Parteifreunde geehrt. Die haben den Wiederauf-

bau unter schlimmeren Bedingungen geschafft als unter denen, unter denen wir heute den Aufschwung zu schaffen haben.

(Beifall)

Was die geschafft haben, werden wir doch auch schaffen!

In der Zeit, in der wir eine Million Arbeitsplätze verloren haben, haben die Amerikaner 21 Millionen geschaffen. Machbar ist es, ein Wunder ist das nicht. Machbar ist es; allerdings braucht man dazu Unternehmer, nicht Unterlasser. Unternehmer, die auch etwas wagen. Wir brauchen wieder Abenteuerlust. Wir brauchen neue Produkte. Wir brauchen Gewerkschaften, die nicht das Abrakadabra von vorgestern erzählen. Wir brauchen einen Schwung von Sehnsucht nach Neuigkeiten, nach neuen Produkten, nach Umstellung.

Dazu brauchen wir Verbände - damit meine ich nicht nur Gewerkschaften -, die mehr Beweglichkeit zeigen. Wenn ich da manchen Verband sehe, ist ja die Beweglichkeit eines Betonklotzes größer. Manche machen in ihrem Einfallsreichtum den Eindruck einer Regentonne, die 40 Jahre in der Sahara gestanden hat.

(Zustimmung)

Wir brauchen in der Tat Abstand von einer Funktionärgesinnung, die sich nur als Besitzstandsverwaltung versteht. Wir brauchen diesen Abstand in allen Reihen, auf allen Seiten, nicht nur bei den Gewerkschaften, sondern auch bei den Unternehmerverbänden.

(Beifall)

Damit wir gleich zur Sache reden, nicht nur so akademisch: Nehmen wir die Stellungnahme des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitgeberverbände zum Beschäftigungsförderungsgesetz. Da lese ich zehn Zeilen Begrüßung und 14 Zeilen Bedauern und Bedenken. Die Scholastiker waren Kreativitätsbündel im Vergleich zu dieser Art von Verbandspolitik!

(Beifall)

Wir müssen uns also den Rückenwind wohl selbst beschaffen.

Nun will ich ganz konkret zur Sozialpolitik sprechen. Meine Damen und Herren, liebe Parteifeunde, die Erwartung, wir würden alles auf den Kopf stellen und alles neu machen, halte ich für völlig wirklichkeitsfremd. Wir haben doch keinen Stabilitätskassen, wir können doch nicht bei Null anfangen!

Allerdings müssen neue Schwerpunkte gesetzt werden. Nicht alles, was wir heute anders machen, war deshalb gestern falsch, aber auch nicht alles, was gestern richtig war, muß heute noch richtig sein. Ich will ein paar Punkte nennen, von denen ich glaube, daß sich die Schwerpunkte in der Sozialpolitik anders stellen als bei unseren Großvätern.

Die Gerechtigkeit beginnt nicht erst auf der Ausgabenseite. Ein Sozialversicherungssystem, das alle umfaßt, wird auch von allen bezahlt. Wer glaubt, er könnte mehr Ausgaben zustande bringen, ohne daß die Beteiligten mehr zahlen, lebt nicht auf dieser Welt. Wenn wir sparen, sparen wir nicht - wie manche den Leuten vormachen

- für irgenwelche blutdürstigen Kapitalisten; wir sparen für das Portemonnaie der Arbeitnehmer, und deshalb müssen wir uns für das Sparen nicht entschuldigen.

(Beifall)

Es kann doch niemandem ein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn er jemanden davor verschont, aus dem Portemonnaie mehr Geld an Beiträgen und Steuern herzugeben, als er drin hat. Daraus kann doch kein Vorwurf gemacht werden! Wir sparen für die kleinen Leute, für die Beitragszahler. Wir sparen dafür, daß sie nicht von einem Sozialabgabensystem erdrückt werden.

Deshalb, so sage ich, beginnt heute - anders als zu Bismarcks Zeiten - die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit nicht erst beim Geldausgeben, sondern zur Gerechtigkeit gehört auch die Frage, wieviel Geld eingenommen wird und ob wir mehr Geld einnehmen, als die Bürger bezahlen können. Zur SPD möchte ich anmerken: Was wäre eigentlich gewesen, wenn wir nicht gespart hätten? Wir haben der Rentenversicherung 60 Milliarden DM gespart. Wir haben in dieser Legislaturperiode 60 Milliarden DM mehr in die Rentenkasse geschafft. Stellen Sie sich vor, wir hätten das nicht gemacht. Dann wäre die Rentenversicherung schon im Juli 1983 bankrott gewesen.

Die SPD muß nun ihre Vorwürfe sortieren. Sie kann nicht einerseits sagen, wir hätten zuviel gespart, und im nächsten Satz sagen, es wäre zu wenig Geld in der Kasse. Eines von beidem geht nur. Ich kann nicht zu jemandem sagen, er hätte zuviel Geld zur Bank getragen und sein Kontostand wäre zu niedrig. Beides geht nicht. Man kann nicht den Vorwurf machen, die Kassen wären leer und wir hätten zuviel gespart. Ja, hätten wir weniger gespart, wären die Kassen noch leerer. Wenn wir gespart haben, haben wir auch der Sicherheit der Rentner wegen gespart.

Ich finde auch, die SPD muß vorsichtig sein mit ihren Vorwürfen. Als sie die Rentenkasse übernommen hat, betrug die Rücklage neun Monatsausgaben. Wissen Sie, wie hoch die Rücklage war, als wir die Regierung übernommen haben? Zwei Monatsausgaben! Wer einen so steilen Berg herunterfährt, macht nun einmal Bremspuren. Da kann man nicht von heute auf morgen zum Stillstand kommen. Wer jedenfalls die Rentenversicherung wie eine Abbruchfirma behandelt hat, der kann nicht so tun, als sei er der Baumeister des Kölner Doms in der Rentenversicherung gewesen.

(Beifall)

Ich will auch noch einmal festhalten: Wir haben trotz großer Schwierigkeiten keine Rente auch nur um eine Mark gekürzt. Das darf im Pulverdampf der Auseinandersetzungen nicht vergessen werden. Wir sind die erste Bundesregierung - ich bedanke mich für die Zusammenarbeit mit meinem Freund Gerhard Stoltenberg -, die den Bundeszuschuß erhöht. Die sozialdemokratischen Bundesregierungen vor uns haben die Rentenkasse wie die Hausbank des Finanzministers benutzt. Wir sind die erste Bundesregierung, die der Rentenversicherung mehr Geld gibt, als sie auf Grund der gesetzlichen Lage beanspruchen kann. Wir haben die Bundeszuschüsse bis zu 1,5 Milliarden DM erhöht. Die SPD hat sich verabschiedet, indem sie 3,5 Milliarden DM mitgenommen, abgeholt hat. Wäre das Geld noch in der Rentenversicherung, wären wir heute nicht in dieser Schwierigkeit.

Die Bundesanstalt für Arbeit habe ich mit einem Defizit von 13 Milliarden DM übernommen. Das war nicht vor 20 Jahren, das war vor 2 Jahren. Wissen Sie, wie es heute aussieht? Heute haben wir einen Überschuß, nämlich 3 Milliarden DM. Stellen

Sie sich einmal vor, ich hätte auf dem Wahlkongreß der CDU gesagt: In 2 Jahren werden wir das Defizit von 13 Milliarden DM beseitigt und einen Überschuß von 3 Milliarden DM haben. Da hättet ihr gesagt: Der Blüm spinnt. Die „Bild“-Zeitung hätte geschrieben: Blüm ist krank geworden. Die Metallzeitung, meine Gewerkschaftszeitung, hätte wieder einmal geschrieben: Blüm lügt. Nur brauchen wir auf so eine Gewerkschaftszeitung nicht Rücksicht zu nehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn das eine Gewerkschaftszeitung ist, die Arbeitnehmerinteressen vertritt, dann ist der „Playboy“ das Mitteilungsorgan des Heiligen Stuhls.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben nicht nur einen Überschuß von 3 Milliarden DM gemacht, sondern auch den Vorruhestand eingeführt. Darüber hat die SPD 13 Jahre geredet. Die gackern und gackern und gackern und haben nie Eier gelegt. Wir haben Rückkehrförderung gemacht. Wir haben die Zahl der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erhöht. Als ich mein Amt übernommen habe, lag die Zahl bei 29 000. Heute haben wir 80 000.

Liebe Parteifreunde, warum versteckt ihr euch dauernd? Wir machen bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dreimal mehr als die SPD.

(Beifall)

Wer sein Beinchen nicht heben kann, um über den Gartenzaun zu kommen, kann nicht vorwerfen, die Meyfarth sei nicht hoch genug gesprungen. Wer nur ein Drittel von dem gemacht hat, was wir gemacht haben, der hat das Recht verloren, uns Vorwürfe zu machen.

Warum krabbelt ihr dauernd unter dem Teppich herum, liebe Parteifreunde?

(Beifall)

Wir haben den Bezug von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer verlängert. Wir waren es, die die arbeitslosen Jugendlichen wieder in die Krankenversicherung hineingenommen haben, die für arbeitslose Jugendliche wieder Kindergeld gewährt haben. Das hatte die SPD abgeschafft. Jetzt brüstet sie sich damit und sagt, sie hätte mit ihrem Antrag erreicht, daß das jetzt so geregelt wird. Sie hätte die Voraussetzungen geschaffen. Ich verstehe überhaupt nicht, wie man so etwas behaupten kann. Hätte sie es nicht abgeschafft, hätten wir das nicht wieder einführen können. Insofern stimmt es also, daß sie die Voraussetzung geschaffen hat.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich ermuntere uns zur Offensive. Es wird gesagt, Blüm trüge eine sozialpolitische Badehose. Wer die Sozialpolitik am Nacktbadestrand zurückgelassen hat, der kann sich nicht als Modeschöpfer für Strandanzüge aufspielen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich will gern das Wort aufgreifen, Leistung muß sich wieder lohnen. Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich ermuntere uns alle, dieses Wort nicht nur auf die Besserverdienenden anzuwenden, nicht nur auf die Manager und Ingenieure. Die Arbeiter am Hochofen, die Arbeiter bei Hoesch leisten auch etwas. Auch für sie muß sich Leistung wieder lohnen.

(Beifall)

Die Rentner müssen niemandem danke schön sagen. Die Rente ist ein Leistungseinkommen. Das ist Alterslohn für Lebensleistung. Die Rentner brauchen niemandem danke schön zu sagen, auch nicht der CDU. Sie haben sich ihre Rente durch lebenslange Arbeit, durch Beitragszahlung verdient. Die Kriegsbeschädigten haben ein Opfer gebracht. Auch die haben eine Leistung erbracht. Die Sozialpolitik hat es nicht mit Almosen zu tun. Da wird auch Leistung entgolten. Deshalb können die Rentner, die Behinderten, die Kriegsbeschädigten mit aufrechtem Gang in unserer Republik leben. Es muß niemand danke schön sagen. Wir wollen, daß Leistung belohnt wird. Das gilt für diejenigen, die in der Wirtschaft Leistungsträger sind. Das gilt für die Facharbeiter. Das gilt auch für Rentner und Kriegsbeschädigte.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich will die Rentendiskussion nicht durch ein „eiapopeia“ abkürzen. Ich verstehe nur eines nicht: Als Herr Helmut Schmidt seine letzte Regierungserklärung abgegeben hat, hat er sich mit einem Rekordnettorentenniveau von 71 % verabschiedet. Die SPD-Fraktion hat vor Begeisterung fast auf den Tischen gestanden. Wissen Sie, wie hoch heute das Niveau ist? Nicht 71 %, nicht 72 %, sondern 73 %! Diejenigen, die damals „bravo“ geschrien haben, können heute nicht „pfui“ schreien.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Rentner kennen sich doch aus. Das ist eine Generation, der die Inflation Wunden geschlagen hat. Das waren in der Weimarer Zeit, als es eine große Inflation gab, die jungen Leute. Das sind diejenigen, die die Währungsreform erlebt haben, die wissen, daß Preisstabilität die beste Rentenpolitik ist. Was haben Rentner von einer Rentenerhöhung von 4 %, wie 1981? Man ist versucht zu sagen: Bravo, 4 % ist ein großer Betrag. Damals sind aber die Preise um 6,1 % gestiegen. 1984 hatten wir eine Rentensteigerung um 2,9 %, aber die Preise sind nur um 2,5 % gestiegen. Jetzt frage ich Sie: Wann ging es den Rentnern besser, als die Rentenerhöhung 4 % betrug und die Preise davongelaufen sind oder bei einer Erhöhung um 2,9 % und einer Preiserhöhung, die darunter lag? Es kommt doch nicht darauf an, was man im Portemonnaie hat, sondern darauf, was man davon kaufen kann.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb: Preisstabilität ist soziale Politik für die kleinen Leute. Das ist Rentenerhöhung ohne Spektakel, ganz lautlose Kaufkrafterhöhung.

(Beifall)

Ich will nicht bestreiten, daß es auch Armut gibt. Für die Betroffenen ist es relativ belanglos, ob das Massenarmut ist oder Armut eines Einzelnen. Für den Betroffenen

macht es keinen Unterschied, ob er sein Schicksal mit 10 oder 10 000 teilt. Deshalb muß uns jede Armut quälen.

Nicht für alles ist der Staat zuständig. Wenn ich die Kampagne des Deutschen Gewerkschaftsbundes lese, stelle ich Degenerationserscheinungen fest. Da wird ein Oliver D. vorgeführt. Er begründet seine neue Armut so - jetzt zitiere ich - : Das fängt damit an, daß ich, wenn ich eine Freundin habe, ihr keine Geschenke mehr machen kann.

Meine Damen und Herren, ich bin sowohl für Freundin als auch für Geschenke, aber nicht dafür, daß der Sozialstaat Geschenke an die Freundin bezahlt. Das hat mit Armut überhaupt nichts zu tun.

(Beifall)

Da wird in der gewerkschaftlichen Bildungspolitik 1/1985 ein Lehrling im dritten Lehrjahr vorgeführt, der seine neue Armut damit begründet: Den Traum, zu Hause auszuziehen, kann ich mir nun abschminken.

Sind das die Armutsphänomene? Das ist Rücksichtslosigkeit gegenüber den Elenen in der Welt. Dort herrscht Armut, nicht bei uns.

(Beifall)

Ich habe gesagt: Gerechtigkeit ist nicht auf die Ausgabenseite beschränkt, sondern sie muß auch die Einnahmen in den Blick nehmen. Ich habe gesagt: Leistung muß sich wieder lohnen, auch bei den Sozialleistungen.

Ein Drittes: Nicht alles kann der Staat. Wir unterscheiden uns von anderen nicht darin, daß wir sagen - ich würde es uns jedenfalls nicht raten - Solidarität ja oder nein. Wir unterscheiden uns in dem Punkt, wie Solidarität organisiert ist, ob Solidarität nur als staatliche Verantwortung, nur kollektiv, oder ob die Solidarität durch Subsidiarität gegliedert wird. Nun muß man das nicht so akademisch vortragen: ob die kleine Gemeinschaft Vorfahrt hat. Hat nicht, meine Damen und Herren.

Hat sich der Traum „je größer, um so besser“ nicht als eine trügerische Hoffnung erwiesen? Ist die große Schule, in der die Kinder hin und her geschoben werden wie die Waggonen auf dem Güterbahnhof, wirklich die beste Schule?

(Beifall)

Hat die große Verbandsgemeinde wirklich alle Hoffnungen erfüllt? War nicht der alte Ortsbürgermeister möglicherweise basisnäher als ganze Kompanien von Sozialarbeitern?

(Beifall)

Ist das große Krankenhaus wirklich die Heilungsstätte von kranken Menschen oder vielleicht doch nur der Blinddarm auf Zimmer 1018?

Deshalb: Das Subsidiaritätsprinzip, christlich-sozial geprägt, ist das modernste Sozialprinzip, das es überhaupt gibt. Es ist das Sozialprinzip, das es überhaupt erst ermöglicht, daß Großgesellschaften menschlich gesteuert werden.

Ich will noch ein Viertes hinzufügen. Wir brauchen eine Sozialpolitik, die nicht alles reglementiert, sondern auch auf Freiwilligkeit setzt. Der Samariter, der auf dem Weg zwischen Jericho und Jerusalem geholfen hat, hat nicht gewartet, bis eine Enquete-Kommission die Unfallursachen auf diesem Weg festgestellt hat. Er hat nicht auf eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes in Jerusalem gewartet. Er hat geholfen. Der heilige Martinus hat nicht erst Verteilungstheorie studiert; der hat seinen Mantel geteilt. Das ist christlich-soziale Nächstenliebe, die es in unserem Staat auch geben muß.

(Beifall)

Bei den Lehrlingen haben wir doch keine Polizei, keine Bürokratie, keine Paragraphen gebraucht. Da haben die Handwerksmeister freiwillig mehr getan als alle, die große Reden halten - einschließlich ich.

(Beifall)

Ich bin ganz dankbar, daß sowohl der Parteivorsitzende als auch alle anderen Redner heute morgen die sozialen Themen in den Vordergrund gestellt haben. Das ist die beste Tradition einer christlichen Volkspartei. Unser Hauptthema heißt Arbeitslosigkeit; meine Damen und Herren, nicht nur wegen der Arbeitslosen - das würde bereits langen, um tätig zu werden -, sondern auch wegen unseres Sozialversicherungssystems. Bezahlt wird die ganze Musik immer nur aus der Arbeit derjenigen, die Arbeit haben.

Da könnt ihr noch so intelligent sein, da könnt ihr einen noch besseren Arbeitsminister haben, als ich es bin

(Heiterkeit)

- falls das möglich ist; dem kann einfallen, was ihm will -, bezahlt wird das immer nur aus der Arbeit derjenigen, die jetzt Arbeit haben. Deshalb ist Arbeitslosigkeit erstens Beschädigung der Arbeitslosen und zweitens eine Gefahr für unser soziales Leistungssystem, also auch für die Rentner.

Es muß wieder investiert werden, und zwar in moderne Produkte. Wir haben die Arbeitsplätze bei den alten Klamotten verloren, nicht dort, wo modernisiert wurde. Wir brauchen einen Schwung von Modernisierung.

(Beifall)

Wenn die SPD, die einst glanzvolle Arbeiterpartei, mit den Grünen modernisieren will - Petersilienverdampfungsanlage, aber keine Kohleverflüssigungsanlage -,

(Heiterkeit und Beifall)

dann ist das nicht das, was wir brauchen. Ich betrachte die Grünen als die Rache des 19. Jahrhunderts an der Arbeiterbewegung.

(Heiterkeit und Beifall)

Was das Bürgertum im 19. Jahrhundert nicht geschafft hat - die Arbeiterbewegung niederzukämpfen -, das versuchen die aus dem Nest gefallenen Enkel durch

Konfusion in der Arbeiterbewegung. Das ist die Rache des 19. Jahrhunderts.

Bei Investitionen und Modernisierung sehe ich auch Chancen für den Umweltschutz. Die moderne Technologie kann umweltschonender sein als die alte Schornsteinindustrie.

Wir brauchen, wenn wir investieren, auch Eigentumsbildung. Da meine ich Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand. Das ist eine uralte christlich-soziale Idee. Wenn investiert werden soll, dann nicht nur durch diejenigen, die bisher investiert haben, dann auch durch die Arbeitnehmer. Das gehört zu unserem Programm.

(Beifall)

Die Idee des gerechten Lohnes läßt sich überhaupt nicht verwirklichen, wenn die Arbeitnehmer nur abgedrängt werden auf den Konsum. Es darf nicht alles verfuttert werden. Es muß etwas zurückgelegt werden für Arbeitsplätze, für Maschinen. Aber dann müssen die Arbeitnehmer daran beteiligt werden; denn sie haben durch ihre Arbeit auch dazu beigetragen, daß Geld für Investitionen zurückgelegt werden kann.

Was sozialen Fortschritt anbelangt, lassen wir uns von niemandem übertreffen. Wir nennen nur sozialen Fortschritt, was bei dem einzelnen ankommt. Staatseigentum ist Bonzeneigentum. Wir wollen Bürgereigentum.

(Beifall)

Jetzt frage ich die Kollegen aus dem Metallbereich, ob sie glauben, es würde nur eine Tonne Stahl mehr produziert, wenn Hoesch vergesellschaftet wird. Laßt euch doch von den Funktionären nicht verrückt machen. Das Zeug muß verkauft werden. Die deutschen Stahlarbeiter müssen in Europa eine faire Wettbewerbschance haben. Diese Subventionsolympiade muß abgebaut werden. Das brauchen die deutschen Arbeitnehmer.

(Beifall)

Wir brauchen Bildung - damit meine ich Weiterbildung - auch im Betrieb. Wir brauchen nicht nur Lehrlingsausbildung, sondern Weiterbildung, damit auch die älteren Arbeitnehmer auf der Höhe des beruflichen Wissens bleiben.

Wir brauchen ein Arbeitsrecht, das nicht nur in Kolonnen denkt, das auch Möglichkeiten der Flexibilisierung, der Vielfalt bietet. Wir müssen das Arbeitsrecht daraufhin überprüfen, ob alles, was als Schutz gedacht ist, auch Schutz ist, d. h. ob manches nicht sogar sperrt.

Wir haben das Jugendarbeitsschutzgesetz novelliert - nicht gegen die Jugendlichen. Aber ich darf diese lebensferne Diskussion noch einmal in Erinnerung rufen. Die ganze Diskussion drehte sich um die Bäcker, als wären alle Lehrlinge Bäcker. In Wirklichkeit bestand der Unterschied zwischen der SPD und uns in folgendem. Wir wollten, daß die Bäckerlehrlinge, wenn sie 17 sind, um 4 Uhr anfangen, die SPD wollte die Grenze bei 18 Jahren sehen. Daraus haben die die ganzen Demonstrationzüge gemacht, wobei ich sicher bin, daß diejenigen, die um 8 Uhr zur Demonstration gingen, um 7 Uhr frische Brötchen gegessen haben. Da bin ich ganz sicher.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir machen eine Arbeitszeitordnung. Wir schaffen den Bart des Hitlerreiches ab: Gefolgschaft und Reichstreuhand der Arbeit. Wir schaffen das ab. Mit dieser Arbeitszeitordnung werden auf einem Schlag sieben Gesetze und 22 Verordnungen außer Kraft gesetzt. Merkt denn niemand, daß dieses Arbeitsrecht gerade die Einstellung verhindert hat? Der kleine Handwerksmeister kann doch nicht nachts das Arbeitsrecht studieren, damit er tagsüber keinen Fehler macht. Der stellt niemanden ein.

Wir brauchen ein Arbeitsrecht, das lebensnah ist. Die bisherige Arbeitszeitordnung konnte doch nur funktionieren, weil tausend Ausnahmen zugelassen wurden. Das Buch der Ausnahmen war dicker als das Gesetz. Oder das wurde nicht beachtet. Das waren die einzigen Möglichkeiten, auf der Höhe der Zeit zu bleiben.

Ein Schwerbehindertengesetz für die Schwerbehinderten: Wir wollen nicht, daß die Schwerbehinderten immer mehr Konkurrenz bekommen. Deshalb muß der Begriff exakter gefaßt werden.

Beschäftigungsförderungsgesetz: Das gibt eine große Auseinandersetzung. Ich bleibe dabei: Befristete Arbeit ist immer noch besser, als unbefristet arbeitslos zu sein.

(Beifall)

Aber jetzt geht unser Appell an die Unternehmer und an die Betriebsräte: Wer Überstunden als Regelarbeitszeit macht, handelt rücksichtslos gegenüber denjenigen, die null Stunden arbeiten. Jetzt ist die Solidarität gefordert.

(Beifall)

Ich sehe auch hinsichtlich der Arbeitszeit Möglichkeiten. Laßt uns rauskommen aus den alten Arbeitszeitpackungen. Wir werden ja morgen darüber diskutieren. Ich glaube, daß wir heraus müssen aus der Alternative: ganztägige Erwerbsarbeit oder ganz draußen. Es muß Teilzeitarbeit geben. Man muß Leben und Arbeit wieder miteinander versöhnen. Wo steht denn geschrieben, daß die Altersgrenze so starr sein muß. Menschen sind doch keine Maschinen, die angeknipst und abgestellt werden können. Darin liegt ein großes Humanisierungspotential.

Deshalb, meine Damen und Herren: Die Chance der Vielfalt ist auch die Chance der Freiheit. Laßt uns immer sozial empfindlich bleiben, das Neue als Chance begreifen, seine Gefahren bändigen. Laßt uns eine soziale Partei sein, die den Arbeitnehmern treu bleibt, den Rentnern treu bleibt, den Behinderten treu bleibt, den Kriegsbeschädigten treu bleibt, und zwar nicht durch Worte, sondern durch Taten.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Lieber Herr Dr. Blüm, der Parteitag dankt Ihnen für diesen aufrüttelnden Beitrag. Sie haben den Parteitag wieder richtig munter gemacht. - Ich schließe damit die Aussprache zu den Berichten.

Ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 17.5 auf:

WAHL DER 20 WEITEREN MITGLIEDER DES BUNDESVORSTANDES

Ich gehe davon aus, daß inzwischen alle wahlberechtigten Delegierten den neu gedruckten Stimmzettel erhalten haben.

(Zurufe: Nein!)

Aber er wird offenbar zur Zeit durch die Landesgeschäftsführer verteilt. Insofern brauche ich wohl nicht die 24 Namen, die auf dem Stimmzettel aufgeführt sind, vorzulesen.

Ich darf fragen, ob eine kurze Vorstellung vom Parteitag gewünscht wird.

(Zurufe: Nein!)

Das scheint nicht der Fall zu sein.

Wir müssen noch einen Moment warten, bis die Stimmzettel ausgeteilt sind. - Ich darf fragen, welche Delegierten bereits im Besitz des Stimmzettels sind. - Das sind offenbar bisher erst sehr wenige Delegierte. Dann stellt sich die Frage, ob wir noch einen Antrag von den Anträgen der Gruppe G, den vermischten Anträgen, aufrufen sollten.

(Zurufe: Nein!)

Wir sind offenbar aber doch so weit, daß die Stimmzettel überall ausgeteilt werden. Dann unterbreche ich für einige Minuten, bis die Stimmzettel tatsächlich überall ausgeteilt sind.

(Unterbrechung von 20.22 bis 20.23 Uhr)

Meine Damen und Herren, mir wird gesagt, daß die Stimmzettel inzwischen ausgeteilt sind. - Darf ich dennoch fragen, wer noch keinen Stimmzettel erhalten hat? - Die Mehrzahl hat offenbar Stimmzettel, aber doch noch nicht alle. Deswegen müssen wir noch einen Moment warten.

Ich darf inzwischen einiges zum Wahlgang selbst sagen. Nach § 43 unseres Statuts sind Stimmzettel, auf denen nicht mindestens drei Viertel, also 15, der zu wählenden Kandidaten angekreuzt sind, ungültig. Es müssen also auf jedem Stimmzettel mindestens 15 Kandidaten angekreuzt sein. Ebenfalls ungültig sind natürlich Stimmzettel, auf denen mehr als 20 Kandidaten angekreuzt sind, sowie Stimmzettel, auf denen die Namen anderer Kandidaten als der ausgedruckten geschrieben werden. Ich bitte, das gleich beim Ausfüllen der Stimmzettel zu beachten.

Sind jetzt alle Delegierten im Besitz eines Stimmzettels?

(Zurufe)

Wer hat noch keinen Stimmzettel? - Offenbar bei Niedersachsen noch einige Delegierte nicht. Aber die ganz überwältigende Mehrheit der Delegierten hat bereits den Stimmzettel.

Ich kann deshalb den Wahlgang eröffnen. Er wird natürlich erst geschlossen werden, wenn jeder Delegierte im Besitz eines Stimmzettels gewesen ist. Ich eröffne also den

Wahlgang zur Wahl der weiteren 20 Mitglieder und bitte die Delegierten, in den Wahlkabinen ihre Stimmen abzugeben.

Meine Damen und Herren, hatten alle Delegierten Gelegenheit, ihren Stimmzettel zu empfangen und abzugeben? - Noch nicht.

Meine Damen und Herren, ich bitte, den Saal noch nicht zu verlassen. Der Parteitag geht weiter.

Meine Damen und Herren, hatten inzwischen auch die letzten Delegierten Gelegenheit, ihren Stimmzettel abzugeben? - Ich höre keinen Widerspruch mehr. Offenbar hatten alle Delegierten Gelegenheit, ihren Stimmzettel abzugeben.

Dann schließe ich die Wahlhandlung und übergebe das Tagungspräsidium an Herrn Dr. Worms.

Dr. Bernhard Worms, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen.

Liebe Freunde, wir begrüßen in unserer Mitte den Bundesvorsitzenden der FDP, Herrn Bundeswirtschaftsminister Dr. Martin Bangemann.

(Beifall)

Lieber Herr Bangemann, es ist in unserer deutschen Parteiengeschichte das erste Mal, daß der Vorsitzende der befreundeten Koalitionspartei uns einen Besuch abstattet.

Ich werte dies als ein gutes Omen, auch für unsere beabsichtigte Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen.

Ich gebe Ihnen nun das Wort zu einem Grußwort.

(Beifall)

Dr. Martin Bangemann, Vorsitzender der FDP: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich weiß, es ist ungewöhnlich, daß ich hier stehe. Aber, meine Damen und Herren, diese Bundesregierung ist so gut, daß sie sich auch ungewöhnliche Sachen leisten kann.

(Heiterkeit und Beifall)

Wenn ich Ihnen jetzt sage, daß ich hier stehe, um Ihnen die Grüße meiner Partei zu überbringen, dann werden Sie das als Erklärung für meine Gegenwart nicht als ausreichend empfinden. Deswegen möchte ich Ihnen drei weitere Punkte nennen.

Erstens. Ich glaube, daß diese Koalition kein historisches Bündnis zu sein braucht, um eine geschichtliche Aufgabe zu bewältigen. Und wir haben eine geschichtliche Aufgabe zu bewältigen, die mit der Aufgabe vergleichbar ist, die unsere beiden Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg zu bewältigen hatten. So wie damals sind heute einige grundsätzliche Fragen zu beantworten. Wir können sie gemeinsam beantworten, weil die anderen Parteien der Bundesrepublik sie nicht beantworten

oder sie in einer Weise beantworten, die wir nicht akzeptieren können.

Meine Damen und Herren, wer den Frieden in dieser Welt erhalten will, der braucht Verbündete. Wer den Frieden in dieser Welt erhalten will, der braucht eine eindeutige Absage an die Gewalt. Man erhält Frieden nicht, man bewahrt die Freiheit nicht, wenn man bereit ist, vor der Gewalt Kniefälle zu tun.

(Beifall)

Wir haben keinen Zweifel daran gelassen - Sie, die CDU, und wir, die FDP -, daß wir diese Regierung gemeinsam gebildet haben, um den Frieden in der Welt zu erhalten, um uns der Gewalt zu widersetzen. Meine Damen und Herren, wie die Alternative aussieht, hat sich erst vor kurzem wieder gezeigt, als zwei Vertreterinnen der GRÜNEN einen Kniefall vor der Gewalt gemacht haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es ist erschreckend, wenn Menschen in der Bundesrepublik, wenige Wochen nach einem Mordanschlag, die Stirn haben, denjenigen, die für solche Morde mitverantwortlich sind, einen Brief zu schreiben und dann auch noch für sich in Anspruch zu nehmen, daß sie das aus christlicher Gesinnung getan haben.

(Beifall)

Es mag sein, daß man einem Menschen persönlich verzeihen kann. Aber niemals hat jemand, der für sich mit Recht in Anspruch nehmen konnte, Christ zu sein, mit einem solchen Wort oder einem solchen Satz, wie er in diesen Briefen stand, Gewalt akzeptiert. Es ist genauso schrecklich, meine Damen und Herren, daß wir auf diesem Felde erleben müssen, daß eine andere große deutsche Partei, die eine lange demokratische Tradition hat, nicht die Kraft aufbringt, sich davon zu distanzieren und klar zu sagen, daß auch sie mit diesen Leuten nichts zu tun haben will.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich wollte Ihnen ein Zweites sagen: Es mag sein - und es wird so sein, weil Sie hier alle als Delegierte einer Partei sitzen -, daß Sie sich Gedanken machen, wie Sie der CDU zum Erfolg verhelfen können. Das ist nicht nur Ihr gutes Recht, sondern das ist auch Ihre Pflicht; das tut jeder in der FDP genauso. Darüber zu rechten, meine Damen und Herren, wer das besser kann, halte ich so lange für Blindheit vor unserer geschichtlichen Verantwortung, wie wir zusammen etwas schaffen müssen, was niemand von uns allein schaffen kann. Deswegen, meine Damen und Herren, sage ich: Solange wir die Zukunft der Bundesrepublik gemeinsam gestalten können, so wie wir nach dem Zweiten Weltkrieg angetreten sind, Marktwirtschaft durchzusetzen, die Freiheit des einzelnen zu garantieren, die Menschenrechte zu garantieren, solange wir das nur gemeinsam können, wird unser Bemühen - Ihr Bemühen, die CDU zu stärken, mein Bemühen, die FDP zu stärken - zum gemeinsamen Erfolg führen. Das, meine Damen und Herren, ist das, was wir alle lernen müssen. Das sage ich auch meinen Parteifreunden. Ich komme jetzt von Brüssel, und ich werde nach Brüssel zurückfliegen, weil ich dort zusammen mit Friedrich Zimmermann dafür kämpfe, daß wir, die Bundesrepublik, der Vorreiter im Umweltschutz sein können.

(Beifall)

Ich sage Ihnen, aber ich sage es auch manchem meiner Parteifreunde: Entweder hat Friedrich Zimmermann zusammen mit mir Erfolg, oder wir haben beide zusammen Mißerfolg. Es darf in einer Koalition nicht so sein, daß der eine den Erfolg allein für sich beansprucht und den Mißerfolg dem anderen zuschiebt.

(Beifall)

Ein Drittes sage ich Ihnen - und damit wende ich mich an die Gewählten, insbesondere an Helmut Kohl -: Meine Damen und Herren, Sie haben ihn heute mit einer großen Mehrheit gewählt, mit einer Mehrheit, die das zum Ausdruck bringt, was, wie ich glaube, heute jeder in unserem Lande - bis weit in die Wählerschaft der SPD hinein - weiß: Wir, meine Damen und Herren, sind in einer Koalition mit einem Kanzler, der uns in dieser Koalition alle gemeinsam zum Erfolg führen muß, weil wir eine geschichtliche Aufgabe haben. Vor uns liegen nur zwei Wahlmöglichkeiten. Entweder wir versinken im Kulturpessimismus derjenigen, die für Deutschland und für Europa keine Zukunft mehr sehen, die den einzelnen nicht mehr ernst nehmen, oder wir schaffen es gemeinsam, mit dem nötigen Optimismus und der nötigen Tatkraft die Aufgaben anzupacken, die uns die moderne Technologie stellt. Wir wollen nicht, daß der einzelne Bürger in einer Welle von Mißgunst oder Mißvergnügen an dieser für uns wertvollen Kultur untergeht. Das ist eine gemeinsame Aufgabe für Christen wie für Liberale. Das, was sich in dem Begriff der Person ausdrückt, ist unsere gemeinsame Politik. Eine Person ist kein Mensch, der sich von Bürokratien gängeln läßt. Eine Person ist auch kein Mensch, der in einem rotierenden System automatisch ausgewechselt wird wie eine Maschine. Eine Person ist ein Mensch. Diese Politik menschlich zu machen, sie für Menschen überzeugend zu machen, das leistet Helmut Kohl. Dafür danke ich ihm als Parteivorsitzender der FDP.

(Beifall)

Ich darf mich bei Ihnen bedanken, daß Sie mich so freundlich empfangen haben. Ich weiß, es ist - wie der Präsident gesagt hat - möglicherweise das erste Mal in der deutschen Parteiengeschichte, daß ein Parteivorsitzender auf einem Parteitag einer anderen, wenn auch befreundeten Partei spricht. Ich darf Helmut Kohl heute schon einladen, dasselbe auf dem nächsten Bundesparteitag der FDP zu tun.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn dieses mein Erscheinen hier ein Beweis dafür ist, daß wir Deutschen die Kraft haben, über Parteigrenzen hinweg ein gemeinsames deutsches Schicksal zu gestalten, so ist das, wie ich glaube, ein Ereignis, das wir mit Recht und auch mit Stolz in die Bücher unserer beiden Parteiengeschichten eintragen können.

(Beifall)

In diesem Sinne darf ich dem Parteitag noch alles Gute wünschen. Meine guten Wünsche begleiten Sie, und zwar ohne jeden Hintergedanken.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich sehe Norbert Blüm dort gerade sitzen. Er war der erste, der mich im Kabinett ohne jeden Hintergedanken begrüßt hat.

Meine Damen und Herren, was diese Regierung in der Geschichte der Bundesrepublik auszeichnen wird und wofür wir gemeinsam Wähler gewinnen, sind vielleicht nicht irgendwelche Buchstaben in Programmen, sondern das ist die Art und Weise, wie wir miteinander umgehen. Wenn man menschlich miteinander umgeht, wird man auch für Menschen überzeugend. Wir wollen Wähler nicht als Stimmvieh gewinnen. Wir wollen Menschen gemeinsam überzeugen. Das ist unsere Aufgabe. Dafür werden wir gemeinsam kämpfen. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Bernhard Worms, Tagungspräsidium: Lieber Herr Bangemann, der Parteitag der CDU Deutschlands dankt Ihnen für dieses Bekenntnis zur Zusammenarbeit. Sie haben damit bewiesen, daß in Bonn ein menschlich gutes Klima herrscht. Wir sagen Ihnen aber auch - Sie haben das ja auch selbst festgestellt -, daß wir nur in einem Miteinander auf Dauer Erfolg haben. Vielen Dank!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das Tagungspräsidium hat soeben in einer Blitzkonferenz drei fundamentale Beschlüsse gefaßt.

Erstens: Es wird dringend gebeten, alle Unterlagen, insbesondere die Stimmzettelsblocks und die Delegiertenkarten, mitzunehmen, weil diese Halle - das werden Sie wahrscheinlich auch alle wünschen und gern sehen - in der Nacht gesäubert und aufgeräumt wird.

Zweitens: Wir warten das Wahlergebnis nicht ab. Stichwahlen finden morgen früh statt.

(Beifall)

Drittens: Die folgende Bitte richtet sich an die anwesenden Männer. Wir sind morgen früh gebeten, ein wenig zusammenzurücken, damit unsere Damen Platz haben. Ich habe aber die herzliche Bitte, daß Sie nicht so eng zusammenrücken, daß nur noch wenige im Saal sind.

Nummehr lade ich Sie zum rheinisch-westfälischen Bierabend ein.

Ich berufe die 3. Plenarsitzung für morgen früh, 9 Uhr, ein.

Auf Wiedersehen beim rheinisch-westfälischen Bierabend.

Die 2. Plenarsitzung ist geschlossen.

(Schluß: 20.46 Uhr)

Donnerstag, 21. März 1985

3. Plenarsitzung

Beginn: 9.00 Uhr

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Liebe Freunde! Ich eröffne die 3. Plenarsitzung und gebe dem Herrn Bundeskanzler das Wort.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich darf - auch in Ihrem Namen - unseren früheren Bundespräsidenten, unseren Freund Karl Carstens sehr herzlich bei uns begrüßen.

(Anhaltender lebhafter Beifall - Die Anwesenden erheben sich)

Lieber Freund Carstens, dieser Beifall besagt eigentlich mehr, als ich hier zum Ausdruck bringen kann. Ich habe gestern in meiner Eröffnungsrede darauf hingewiesen, daß wir unsere Partei nie als Interessenvereinigung oder Interessenverband verstanden haben. Die Christlich Demokratische Union ist für uns alle vielmehr politische Heimat. Das, was wir alle gemeinsam empfinden - ich hoffe, vor allem Sie selbst -, ist, daß Sie nach den Jahren im wichtigsten Amt unseres Staates als unser Staatsoberhaupt jetzt wieder zu Ihrer Partei zurückgekommen sind, daß Sie ganz selbstverständlich bei uns Platz genommen haben und damit deutlich machen: Sie sind - wie das immer war - einer der unsrigen.

(Beifall)

In den Monaten nach Ihrem Abschied aus dem Amt sind Sie zu Recht immer wieder gewürdigt worden. Ich durfte dies aus Anlaß Ihres Geburtstages bei unserer Geburtstagsfeier im Konrad-Adenauer-Haus tun, aber auf dem Parteitag hatte ich bisher noch nicht die Chance dazu. Ich will ganz einfach noch einmal ein Wort des Dankes für Ihren Dienst an unserem Vaterland sagen, einen Dienst, der in beispielhafter Weise den Jungen und Alten, den Menschen überall in der Bundesrepublik Deutschland vorgelebt hat, was es heißt, seine Pflicht zu tun. Dafür danken wir Ihnen. Dafür danken wir vor allem auch Ihrer verehrten Gemahlin. So, wie Sie gemeinsam dieses Amt geführt haben, ist es beispielhaft, und es wird auch für die Zukunft beispielhaft bleiben. Vielen herzlichen Dank!

(Lebhafter Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Sehr verehrter Herr Professor Carstens, auch im Namen des Parteitages noch einmal ein herzliches Willkommen und Dank dafür, daß Sie gekommen sind. Sie sind uns ein Beispiel dafür, wie man ein Amt überparteilich führen kann, ohne zu vergessen, von welcher Seite her man kommt. Vielen Dank für alle Ihre Arbeit und herzliche Grüße an Ihre Frau!

(Beifall)

Ich danke den Landesverbänden Rheinland und Westfalen herzlich für die Ausrichtung des gemütlichen Abends. Ich hoffe, Sie haben sich alle sehr wohl gefühlt.

(Vereinzelt Zurufe)

Bevor wir mit den Beratungen des heutigen Vormittags fortfahren, gebe ich zunächst

das Ergebnis der Wahl der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstands bekannt.

Ergebnis der Wahl der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstands: 728 abgegebene Stimmen, 8 ungültige, keine Enthaltungen; 720 gültige Stimmen. Erforderliche Mehrheit: 361 Stimmen.

Es erhielten Herr Professor Dr. Kurt Biedenkopf 584 Stimmen,

(Beifall)

Christoph Böhr 418 Stimmen,

(Beifall)

Birgit Breuel 528 Stimmen,

(Beifall)

Eberhard Diepgen 699 Stimmen,

(Beifall)

Ulf Fink 472 Stimmen,

(Beifall)

Freddy Goette 322 Stimmen, Wilfried Hasselmann 569 Stimmen,

(Beifall)

Renate Hellwig 483 Stimmen,

(Beifall)

Albrecht Martin 359 Stimmen, Elmar Pieroth 586 Stimmen,

(Beifall)

Werner Scherer 479 Stimmen,

(Beifall)

Hans-Peter Schmitz 312 Stimmen, Christian Schwarz-Schilling 399 Stimmen, Erwin Teufel 456 Stimmen,

(Beifall)

Christa Thoben 404 Stimmen,

(Beifall)

Roswitha Verhülsdonk 409 Stimmen,

(Beifall)

Bernhard Vogel 661 Stimmen,

(Beifall)

Friedrich Vogel 378 Stimmen, Horst Waffenschmidt 481 Stimmen, Helga Wex 523 Stimmen,

(Beifall)

Matthias Wissmann 447 Stimmen,

(Beifall)

Heinrich Windelen 536 Stimmen,

(Beifall)

Manfred Wörner 578 Stimmen,

(Beifall)

Gerhard Zeitel 421 Stimmen.

(Beifall)

Damit sind gewählt: Eberhard Dieppen, Bernhard Vogel, Elmar Pieroth, Kurt Biedenkopf, Manfred Wörner, Wilfried Hasselmann, Heinrich Windelen, Birgit Breuel, Helga Wex, Renate Hellwig, Horst Waffenschmidt, Werner Scherer, Ulf Fink, Erwin Teufel, Matthias Wissmann, Gerhard Zeitel, Christoph Böhr, Roswitha Verhülsdonk, Christa Thoben, Christian Schwarz-Schilling.

Ich frage die gewählten Mitglieder, ob sie die Wahl annehmen. - Ich nehme eine allgemeine Zustimmung an.

Meine Damen und Herren, es ist ein guter Auftakt dieses Parteitages, daß alle Frauen, die gestern bei den Vorstandswahlen kandidiert haben, auch gewählt worden sind.

(Beifall)

Ich möchte noch auf eine Besonderheit hinweisen: Die CDU veranstaltet in diesem Jahr nach 1975 zum zweitenmal einen Parteitag, der sich mit der Situation der Frau in unserer Gesellschaft befaßt. Beide Parteitage hat Helmut Kohl initiiert. Das spricht für unseren Vorsitzenden und für seine Partei. Ich rufe jetzt auf:

TAGESORDNUNGSPUNKT 19:

BEGRÜNDUNG DES LEITANTRAGES FRAUENPOLITIK DER CDU DURCH DEN GENERALSEKRETÄR DER CDU DEUTSCHLANDS

Dem Generalsekretär gebe ich jetzt das Wort.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Frau Vorsitzende! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will es auch noch einmal sagen: Bevor der Frauentag eigentlich richtig begonnen hat, hat er - sozusagen vorausseilend - die erste Wirkung erzielt. Es sind nämlich gestern in der Tat alle sechs Frauen, die für Präsidium und Bundesvorstand kandidiert haben, vom Bundesparteitag auch gewählt worden.

(Beifall)

Ich finde, das ist ein guter Anfang, und es muß natürlich ein Signal dafür sein, daß dies auf der Landes-, Kreis- und Ortsverbandsebene genauso gemacht wird.

(Beifall)

- Ich freue mich, daß vor allem die Männer nicht gerade enthusiastisch, aber überzeugt Beifall gespendet haben!

(Heiterkeit)

Ich bin immer wieder gefragt worden, worin die Bedeutung dieses Frauentages und dieser Leitsätze liegt. Die Auswirkungen sind vielfach und in ihrer Tragweite gar nicht abzusehen. Zunächst einmal ist es ein großer Unterschied, ob die Frauenfrage, ob die Frage der Gleichberechtigung von Mann und Frau in kleinen Gruppen, in kleinen Parteien diskutiert wird oder ob die größte Volkspartei der Bundesrepublik Deutschland dieses Thema auf einem Parteitag intensiv diskutiert und dafür sorgt, daß die Verantwortlichen in dieser Partei, Tausende von Abgeordneten, Mandatsträgern, Bürgermeistern, Oberbürgermeistern, Stadträten und Gemeinderäten erkennen und sich dafür einsetzen, daß sich in dieser Gesellschaft etwas zugunsten der Gleichberechtigung von Mann und Frau verändern muß.

Ich halte die Auswirkungen für gut. Die Grünen haben vorgestern in Bonn ein eigenes Hearing und eine Pressekonferenz abgehalten, und zwar nicht, wie man denken könnte, über die Leitsätze der Frauenpolitik der Grünen, sondern über die Leitsätze der Frauenpolitik der Christlich Demokratischen Union.

(Zustimmung)

Ich habe gehört, daß vor wenigen Tagen Frauengruppen dem Wissenschaftsminister Schwier (SPD) in Nordrhein-Westfalen Forderungen zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau in Nordrhein-Westfalen überreicht haben. Die Forderungen waren inhaltlich mit den Leitsätzen der Christlich Demokratischen Union identisch. Es war ein bewußtes Vorgehen, um dadurch auch in einer anderen Partei zu erreichen, daß das, was wir hier fordern, in Bereichen, in denen andere Parteien die Verantwortung tragen, realisiert wird.

Fest steht auf jeden Fall, daß sich auch die anderen politischen Parteien schon vor der Verabschiedung unserer Leitsätze damit auseinandersetzen mußten und sich veranlaßt fühlen, nun ihrerseits Initiativen zu ergreifen. Das ist uns recht - im Interesse der Frauen.

Im Vorfeld dieses Parteitages ist der Vorwurf erhoben worden, die CDU wolle mit diesem Frauentag ein strategisches Wahlmanöver beginnen, weil die Union ihren Vorsprung bei Frauen kontinuierlich verliere.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir leben in einer Demokratie. Wenn sich die Frauen von der Christlich Demokratischen Union abwenden oder abwenden sollten, dann kann dies für die CDU nicht gleichgültig sein. Dann suche ich zunächst einmal den Fehler auch gar nicht bei den Frauen, sondern bei der CDU selber.

(Beifall)

Eine große Volkspartei wie die CDU kann es sich nicht leisten, die Bedürfnisse, die Lebensperspektiven von Frauen zu ignorieren. Das hat nichts mit Opportunismus zu tun. Es darf einer großen Volkspartei nicht gleichgültig sein, wie Frauen über sie denken. Als große Volkspartei müssen wir uns mit der überwiegenden Mehrheit der Frauen wegen der nach wie vor vorhandenen massiven Benachteiligungen betroffen fühlen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die große Mehrheit der Frauen - das gilt besonders für die junge Generation - will heute Familie und Beruf miteinander vereinbaren. Schließlich ist ja keine Frau ein Leben lang Mutter von kleinen Kindern. Die Frauen begnügen sich zu Recht immer weniger mit sogenannten Zuverdienerjobs. Ich will hier in aller Deutlichkeit sagen: Für uns Christliche Demokraten dürfen Frauen keine konjunkturpolitische Manöveriermasse sein,

(Beifall)

die man in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit nach Hause schickt und in Zeiten nicht ausreichender Arbeitskräfte wieder anheuert.

Wir treten aus diesem Grund - der Bundeskanzler hat es im letzten Jahr auch im Deutschen Bundestag getan - auch dem abschätzigen Gerede von den Doppelverdienern entschieden entgegen.

(Beifall)

Denn in Wirklichkeit steckt nichts anderes dahinter, als die Frauen aus ihrem Beruf herauszudrängen. Das EG-Anpassungsgesetz, das 1982 mit unseren Stimmen verabschiedet worden ist, verbietet die Diskriminierung von Frauen bei der Einstellung.

Dennoch, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist dieser jahrhundertalte mühsame Prozeß zu Gunsten der Gleichberechtigung der Frau immer noch nicht zu Ende geführt. In vielfältiger Weise sind Frauen im Lebensalltag diskriminiert und benachteiligt.

- Sie müssen mindestens die doppelte Anzahl an Bewerbungen schreiben, um eine Stelle zu bekommen, und zweimal so gut sein wie ihre männlichen Kollegen, wenn sie eine Führungsposition erreichen wollen. Das ist wie beim Autofahren: Man lädt sie zum Mitfahren ein, aber das Steuer gibt man nicht aus der Hand.

(Beifall)

- Wenn Frauen berufstätig sind, sind sie es, die auch noch die Arbeit zu Hause erledigen müssen. Jetzt wollen wir mal eine richtige Analyse machen, keine geschönten Analysen. Man hört ja immer wieder, es habe sich alles so grundsätzlich und fundamental verändert. Untersuchungen zufolge arbeiten in den Familien, in denen sowohl der Mann als auch die Frau berufstätig sind, nur 12 % der Ehemänner

zu Hause mit. Und selbst bei diesen 12 % sieht das Verhältnis so aus: Die Frau arbeitet drei Stunden und der Mann nur eine halbe Stunde am Tag im Haushalt. Das ist ein Unterschied von 64 Stunden im Monat, den die Männer benutzen können, um ihrem Vergnügen nachzugehen oder ihre Karrieren in Parteien und Verbänden aufzubauen, während die Frauen zu Hause die Dienste verrichten.

(Beifall)

- Seit vielen Jahren gibt es in der Bundesrepublik Deutschland eine überproportional hohe Frauenarbeitslosigkeit. Hinzu kommt, daß Frauen im Durchschnitt häufig länger als Männer arbeitslos sind. Während für die Arbeitslosigkeit der Männer mangelnde Qualifikation und beeinträchtigte Gesundheit oft die Gründe sind, wirken sich bei den Frauen zusätzlich ihre Familienpflichten und die damit verbundenen Einschränkungen als Ursachen für ihre Arbeitslosigkeit aus. Das trifft besonders die Frauen, die kleine Kinder zu versorgen haben. Daß Arbeitslosigkeit Frauen besonders in der aktiven Familienphase trifft, zeigt sich an der Altersverteilung unter den arbeitslosen Frauen. Im September 1983 waren 61 % von ihnen unter 35 Jahren, bei den Männern waren es nur 52,3 %.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will den Bundeskanzler, die Bundesregierung, das Parlament, aber auch diesen Parteitag darauf aufmerksam machen, daß es in unserer Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor massive Einschüchterungsversuche gegenüber den Frauen gibt. Mir liegen erschütternde Briefe vor, in denen Frauen über ihr Schicksal schreiben - Frauenschicksale, nicht aus dem letzten oder vorletzten Jahrhundert, sondern von 1985. Mit diskriminierenden Gesprächen bei Einstellungen, bei Bewerbungen, bei der Frage von Höhergruppierungen und Beförderungen. Das bezieht sich auch auf die Wirtschaft, aber, ich meine, noch nicht einmal so sehr auf die Wirtschaft, es bezieht sich vor allem auf den großen Bereich des öffentlichen Dienstes.

(Beifall)

Hier muß sich die Mentalität derjenigen ändern, die über Beruf und den beruflichen Aufstieg der Frauen zu entscheiden haben. Und das sind nach wie vor überwiegend Männer.

Wir als Christliche Demokraten dürfen eine solche Mentalität nicht widerspruchslos hinnehmen, wir haben, im Gegenteil, die Aufgabe, gegen eine solche Diskriminierungsmentalität zu protestieren, sie anzuprangern und eine Änderung des Bewußtseins zu erreichen.

(Beifall)

Dazu muß dieser Parteitag ebenfalls einen Beitrag leisten.

Eine solche Benachteiligung widerspricht dem Menschenbild der Christlich Demokratischen Union. Wenn unsere Gesellschaft frauen- und kinderfreundlicher werden soll, dann müssen auch wir Christlichen Demokraten unser Bewußtsein und unser Verhalten im politischen Alltag zugunsten der Frauen und Kinder verändern.

Ich will es einmal anders herum sagen: Vor drei Wochen hatten wir eine Debatte im Deutschen Bundestag. Dort hat eine sozialdemokratische Kollegin geredet. Sie hat ihre Rede ein bißchen mit Emphase eröffnet und dann gesagt: Ich wende mich an

alle Frauen in der Bundesrepublik Deutschland. - Also gut. - Ich bin der Meinung: Wenn wir über Frauenfragen und die Durchsetzung der Gleichberechtigung sprechen, müssen wir uns in erster Linie an die Männer wenden;

(Beifall)

denn es ist ja nicht so, daß die Frauen Defizite abbauen müßten, sondern die Männer müssen Defizite abbauen.

(Beifall)

Ich begrüße deshalb ganz außerordentlich, daß wir heute in unserer Mitte über 500 Gäste haben. Die Feministinnen würden sagen: Gästinnen, aber ich halte das für ein bißchen schwierig, obwohl die Sprache über Jahrhunderte hindurch natürlich die Verhältnisse auch mitgeprägt hat. Ich begrüße es, daß die Sprache in die Diskussion mit eingebracht worden ist, weil die Sprache eben auch wiedergibt, wie die gesellschaftlichen Verhältnisse sind. - Ich begrüße, daß Sie gekommen sind, wir freuen uns, daß Sie da sind.

Ich schlage vor, daß wir heute den ganzen Tag in erster Linie den Frauen zuhören, die wir eingeladen haben, damit wir hören, welche Probleme sie haben, was sie uns zu sagen haben und was sie über die Leitsätze denken.

Ich bedanke mich, daß Sie gekommen sind.

(Beifall)

Ich bin der Auffassung, die Männer müssen ihr Bewußtsein und ihr Verhalten ändern - auch Frauen -, damit die Gleichberechtigung im Lebensalltag verwirklicht werden kann.

Ich habe in meinem Manuskript jetzt eine längere Passage über die Entwicklung der Frauenbewegung. Ich will darauf aus Zeitgründen verzichten, obwohl es natürlich schon einmal interessant wäre, was sich da alles abgespielt hat. Heute haben wir die Diskussion um die Verbesserung der Bedingungen für die Frauen im Lebensalltag und im Beruf, die Proteste und Leitartikel in Wochenzeitschriften. Gehen Sie aber hundert Jahre zurück und lesen sie nach, was damals gesagt worden ist, z. B. zu dem Vorschlag, daß Arbeiterinnen über ihren Lohn selber verfügen können sollten und ihn nicht beim Mann abliefern zu müssen. Das ist nämlich erst im Jahre 1908 gelungen.

Bis dahin mußte jede Arbeiterin ihren Lohn beim Mann abliefern. Heute ist es oft umgekehrt: Heute liefern die Männer den Lohn bei den Frauen ab.

(Heiterkeit und Beifall)

Und die Männer, die so handeln, fahren gar nicht schlecht.

(Beifall)

Nur, entscheidend in diesem Zusammenhang ist, ob man gesetzliche Diskriminierungen aufrechterhält oder eben nicht.

Die Diskussionen, die unsere Vorfahren damals gehabt haben, unterscheiden sich in

nichts von dem, was wir heute erleben. Das Zentrum - das Zentrum ist zwar nicht unsere Vorgängerpartei, aber wir haben unsere Wurzeln z. B. auch im Zentrum; das war damals ganz sicher eine fortschrittliche Partei - lehnte noch 1908 die Parteimitgliedschaft von Frauen ab. Es war in den Augen der damaligen Parteiführung des Zentrums ein entscheidender Bewußtseinswandel, als man in einem Aufruf des Reichsparteivorstandes vom Mai 1920 lesen konnte:

„Wir anerkennen die Gleichberechtigung der Frau im öffentlichen Leben und verlangen die Heranziehung der Frau, insbesondere auf den Gebieten, für die sie ihrer ganzen Natur nach besonders befähigt ist, vor allem auf dem Gebiet der Volkserziehung und der allgemeinen Wohlfahrtspflege.“

Also, die Gleichberechtigung der Frau sollte zwar sein, aber sie wurde gewissermaßen an Bedingungen geknüpft: Die Frau solle sich im öffentlichen Leben mit denjenigen Dingen beschäftigen, zu denen sie, nach Definition des Reichsparteivorstandes der Zentrumspartei, ihrer Natur nach geeignet sei. Solche Diskussionen haben wir heute zwar auch, aber ich glaube, daß es an der Zeit ist, daß nicht immer nur die Männer darüber bestimmen, was der Natur der Frau angeblich entspricht und was sie zu tun und zu lassen hat.

(Beifall)

Wir beschäftigen uns mit diesem Thema heute nicht zum ersten Mal. Ich sage dies deswegen, weil es von großer Bedeutung ist, was auf einem Parteitag der CDU beschlossen wird. Das mag bei anderen Parteien zwar anders sein, aber für uns sind Beschlüsse eines Parteitages nicht nur Beschlüsse für Festtage, sondern auch für den Alltag. Und wir erwarten natürlich - wir haben allerdings kein imperatives Mandat; ich unterstreiche dies ganz dick -, daß diese Beschlüsse auch von den Regierungen und den Parlamenten ernstgenommen und schrittweise in die Tat umgesetzt werden.

Wir haben 1975 auf dem Parteitag in Mannheim die Forderung nach der Partnerrente erhoben. Das hat große Auswirkungen auf die Vorschläge zur Reform der Hinterbliebenenversicherung und auf den Versorgungsausgleich im Ehescheidungsrecht gehabt. Wir haben damals das Erziehungsgeld und die Anerkennung von Erziehungsjahren verlangt, und zwar als erste Partei. Wir waren damals in der Opposition und haben es in den 70er Jahren nicht durchsetzen können. Ich halte es für eine hervorragende Sache, daß wir, kaum sind wir, lieber Helmut Kohl, zwei Jahre an der Regierung, das Erziehungsgeld und die Anerkennung der Erziehungsjahre beschlossen haben.

(Beifall)

Ich finde, Parteitage der Christlich Demokratischen Union haben für die Arbeit der Regierung und der Parlamente ihren Sinn. Deswegen ist das, was wir heute tun, von entscheidender Bedeutung für die Verwirklichung der Gleichberechtigung im Lebensalltag.

Ich will auch darauf hinweisen, daß wir uns mit diesen Leitsätzen auf der Grundlage dessen befinden, was die Christlich Demokratische Union nach einer langjährigen, intensiven Diskussion 1978 in ihrem Grundsatzprogramm beschlossen hat.

Ich spreche das Grundsatzprogramm jetzt deswegen an, weil es auch immer wieder Leute gegeben hat, die behauptet haben, wir seien mit den Leitsätzen sozusagen vom rechten Glauben abgefallen und würden das Grundsatzprogramm verletzen;

davon kann natürlich überhaupt keine Rede sein. Ich zitiere:

„Staat und Gesellschaft beruhen auf der gemeinsamen Arbeit von Männern und Frauen.

Deshalb muß die Frau an der Gestaltung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens vollen Anteil haben... Die Frau muß frei entscheiden können, ob sie ihre persönliche Entfaltung entweder in der Familie oder in einer außerhäuslichen Berufstätigkeit oder in der Verbindung von Familie und außerhäuslicher Berufstätigkeit finden will.“

Wir müssen diese Grundsatzentscheidung des Grundsatzprogramms mit Leben erfüllen.

Es ist im Vorfeld dieses Parteitages gesagt worden, die Leitsätze würden unserem Verständnis von Ehe und Familie widersprechen, die erwerbstätige Frau würde gegenüber der Frau, die sich ausschließlich der Arbeit in der Familie widmet, als Leitbild in den Vordergrund gerückt. Wer die Leitsätze wirklich gelesen hat, kann zu einem solchen Urteil nicht kommen.

(Beifall)

Wir wollen weder Männern noch Frauen vorschreiben, wie sie ihr Zusammenleben gestalten sollen. Unsere Politik hat das Ziel, die Voraussetzungen zu schaffen, daß Männer und Frauen ihr Leben so vielseitig wie möglich gestalten können. Da gibt es viele Leitbilder, da gibt es den Supermann, der als Pascha seine Frau beherrscht, da gibt es den Softi, der seine Frau als Vormund braucht, da gibt es die Emanze, die den Mann als eine Fehlkonstruktion der Natur ansieht,

(Heiterkeit)

da gibt es das Heimchen, das nicht selbständig werden will. Wir haben als politische Partei niemandem vorzuschreiben, was er über sich selbst denkt, wie er sich selbst definiert, wie die Leute zueinander finden wollen. Dies alles geht eine politische Partei überhaupt nichts an.

(Beifall)

Die Politik ist aufgerufen, politisches, gesellschaftliches und soziales Unrecht zu beseitigen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Menschen, und zwar unabhängig von ihrem Geschlecht, ihre Rechte und Pflichten erfüllen können. Wir wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren, erreichen, daß Männer und Frauen gleichberechtigt und gleichwertig entscheiden können, welche Aufgaben sie erfüllen. Darum geht es, um nicht mehr und nicht weniger.

In unseren Leitsätzen sagen wir, daß wir eine Politik ablehnen, die Frauen oder Männer auf bestimmte Rollen und Aufgaben festlegt. „Rolle“, das ist ein Begriff, den man normalerweise in dieser Diskussion verwendet. Es ist ein Begriff, der sicher auch zu Mißverständnissen Anlaß gibt. Aber jeder, der diese Diskussion vorurteilsfrei verfolgt, weiß, was damit gemeint ist.

Wir wollen Wahlfreiheit für Männer und Frauen, und das heißt, wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen - so steht es in den Leitsätzen -, daß den Frauen in der Arbeitswelt, in der Familie und im gesellschaftlichen Bereich die gleichen Möglichkeiten zur Gestaltung ihres Lebens offenstehen. Wenn wir jetzt in den

Leitsätzen die Frauen ansprechen und nicht immer gleich „und Männer“ sagen, dann nicht deswegen, weil wir das nicht auch für Männer für richtig halten, sondern weil wir der Meinung sind, daß dies ein besonderes Problem der Frauen in der heutigen Situation ist, und daß wir deswegen hier auch ein ganz besonderes Schwergewicht legen müssen.

Ich bin davon überzeugt, daß ohne den Sachverstand und die Kreativität der Frauen unsere Gesellschaft die Herausforderungen nicht bestehen kann, die an eine moderne und humane Industrienation gestellt werden. Schon von daher ist es nicht nur ein Ausdruck überholten Denkens, sondern wäre eine Vergeudung menschlicher Fähigkeiten, wollten wir die Aufgaben der Frau von vornherein auf die der Mutter und Hausfrau und die des Mannes nur auf die Berufstätigkeit beschränken. Die meisten Frauen entscheiden sich nicht mehr ausschließlich für die Familie oder die Erwerbstätigkeit, sondern sie wollen beides miteinander verbinden..

Wir haben Millionen von jungen Frauen, die ihren Beruf erlernt haben. Sie lieben ihren Beruf, wollen ihren Beruf ausüben - genauso wie die Männer. Niemand hat das Recht, diesen Frauen, weil sie dieselbe Chance wahrnehmen wie die Männer, deswegen sozusagen überhöht ideologisch-weltanschaulich ein schlechtes Gewissen einzureden.

(Beifall)

Aber wir wehren uns genauso dagegen, wenn Frauen, die sich aus voller Überzeugung für die Aufgabe in der Familie entschieden haben, eingeredet wird, das sei etwas Minderwertiges. Die Arbeit in der Familie ist mindestens genauso viel wert wie die Arbeit im Beruf.

(Beifall)

Wenn wir über dieses Thema reden, wollen wir nicht nur von Müttern und Vätern, sondern dann müssen wir auch über die Kinder sprechen.

(Beifall)

Kinder, meine sehr verehrten Damen und Herren, brauchen Eltern, Kinder brauchen Mutter und Vater.

(Beifall)

Es gibt Untersuchungen. Daraus ergibt sich: Die meisten Kinder wünschen sich nicht nur Zeit mit der Mutter, sondern vor allem mehr Zeit mit dem Vater. Wir wollen weder eine mutterlose noch eine vaterlose Gesellschaft.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die Grundlage, auf der wir nun die konkreten Vorschläge für die Gleichberechtigung der Frauen im Lebensalltag aufgebaut haben. Ich will es einmal ganz konkret sagen. Wir sollten die Grundsatzauseinandersetzung jetzt einmal verlassen und konkret zu dem kommen, was die CDU will, was der Bundesvorstand der CDU dem Parteitag vorschlägt.

Erstens: Wir setzen uns für eine rasche parlamentarische Verabschiedung des von

der Bundesregierung beschlossenen Erziehungsgeldes in Höhe von 600 DM monatlich und der Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung noch in diesem Jahr ein.

(Beifall)

Ich will dazu eine Bemerkung machen. Das Erziehungsgeld und der Erziehungsurlaub sind in den vergangenen Monaten unter dem Gesichtspunkt der Gleichberechtigung diskutiert worden. Das ist richtig. Aber der Gedanke für das erste Erziehungsgeldgesetz Anfang der 70er Jahre, an dem ich als der damalige Sozialminister in Rheinland-Pfalz beteiligt gewesen bin - ich habe den Entwurf damals sozusagen als Formulierungshilfe für die Bundestagsfraktion ausgearbeitet -, ist auf Grund langer Gespräche mit dem Verband der alleinstehenden Mütter entstanden, auf Grund von Gesprächen mit Wissenschaftlern aus der ganzen Welt, die sich mit den Problemen der Kinder befassen: z. B. Professor Hellbrügge, Professor Pechstein. Das Ergebnis all dieser Gespräche und Untersuchungen war etwas, was man eigentlich schon von vornherein hätte wissen können, daß es für die Kinder für ihre eigene Entwicklung von entscheidender Bedeutung ist ob sie in den ersten Lebensjahren Zuwendung, Vertrauen und Liebe erfahren.

(Zustimmung)

Wir haben aber eine gesellschaftliche und soziale Situation, die dem nicht entspricht. Ein junges Ehepaar, das berufstätig ist, steht heute, wenn es zusammen 2 800 oder 2 600 DM netto verdient - die Beispiele kennen wir alle -, vor einer nahezu unlösbaren Situation, wenn ein Kind kommt und der Vater oder die Mutter bei dem Kind bleiben wollen. Das Einkommen halbiert sich auf 1 400 DM netto. Dazu kommt der Ortszuschlag in Höhe von 80 DM, wenn jemand im öffentlichen Dienst beschäftigt ist; 50 DM Kindergeld jetzt - ab nächstes Jahr wird das anders -, ein paar steuerliche Erleichterungen. Sagen wir: Es bleiben 1 600 DM netto. Die Miete bleibt; in Mainz 600 bis 800 DM. Dann haben die Leute 800 DM netto zu dritt, Gas, Wasser, Strom und Licht noch gar nicht einberechnet. Zu dritt gegenüber 2 600 DM netto vorher zu zweit!

Das ist die Situation. Ich finde, wir müssen eine derart massive Benachteiligung von Menschen, die sich für die Erziehung des eigenen Kindes entscheiden, als Christliche Demokraten abbauen.

(Beifall)

Und was ich jetzt sage, das richtet sich nicht an den Bundesfinanzminister, an Gerhard Stoltenberg, dem ich herzlich dafür danke, daß er durch seine Konsolidierungspolitik den finanziellen Spielraum geschaffen hat, daß wir etwas für die Familien tun können.

(Beifall)

Wir sind uns einig darin, daß wir bei der Erörterung dieses Themas über den Tellerrand eines Haushalts hinausschauen müssen. Es ist nicht nur humaner, sondern auch ökonomischer, einer Mutter oder einem Vater die Möglichkeit zu geben, das eigene Kind selber zu erziehen, wenn sie es wollen. Wir wollen niemandem etwas vorschreiben. Aber es geht nicht an, aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen beide zur Berufstätigkeit zu zwingen und dann das eigene Kind von Sozialmüttern - möglicherweise mit Universitätsabschluß - in gesellschaftlichen

Einrichtungen unter hohen Personalkosten erziehen zu lassen und dann hinterher die schweren seelischen Schäden, die sogenannten Deprivationsschäden, wie die Sozialpädiater sagen, mit noch höheren Kosten - meist vergeblich - in anderen gesellschaftlichen Einrichtungen - Kinderheimen, Sonderschulen bis hin zu den Jugendgefängnissen - wieder reparieren zu müssen. Das ist nicht nur unmenschlich gegenüber der Familie, sondern auch ökonomisch ein Unsinn ersten Ranges.

(Beifall)

Es ist im übrigen ein schönes Beispiel für das, was wir als Christliche Demokraten immer für richtig gehalten haben: Wir sehen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik nämlich als eine Einheit und nicht in verschiedenen Kästen.

Das ist der Grundgedanke des Erziehungsgeldes, aber auch der Anerkennung von Erziehungszeiten gewesen. Wir sind auch der Auffassung - und dies schlägt der Bundesvorstand vor -, daß Vater oder Mutter, die wegen der Erziehung ihres Kindes im ersten Lebensjahr auf eine Vollzeitberufstätigkeit verzichten, ihren Arbeitsplatz behalten können.

(Piffe und Zurufe von der Tribüne)
(Dort werden Transparente entfaltet)

- Ich begrüße auch diejenigen in diesem Saal, die anderer Meinung sind.

(Beifall)

Ich finde das hervorragend. Wenn politische Gegner an unseren Versammlungen teilnehmen, hat das immer den großen Vorteil, daß sie etwas lernen können.

(Heiterkeit und Beifall)
(Anhaltende Zurufe von der Tribüne)

Aber ich gebe ohne weiteres zu, daß auch wir vom politischen Gegner etwas lernen können. Ich vertraue auf die Kraft des Argumentes. Gerade in dieser Frage müssen wir weniger demonstrieren und weniger rasonieren als argumentieren.

(Beifall)

Wir werden ja über diese Frage heute abend diskutieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Erziehungsurlaub ohne die Möglichkeit, in das Beschäftigungsverhältnis zurückkehren zu können, würde bedeuten, daß mehr als vier Millionen berufstätige Frauen im Alter von 20 bis 40 Jahren in der Bundesrepublik vor die Alternative gestellt werden würden: entweder Kind oder Arbeitsplatz. Ich würde meinen: Dies hat mit christlich demokratischer Politik nichts mehr zu tun.

(Beifall)

Ich habe Verständnis für die Probleme und die Sorgen der Unternehmer, vor allem der kleinen Betriebe. Das ist ganz selbstverständlich. Deswegen muß zum Beispiel das Erziehungsgeldgesetz so gestaltet werden, daß es befristete Arbeitsverträge für Ersatzkräfte für die Zeitdauer des Erziehungsurlaubes ermöglicht,

(Beifall)

und zwar unbeschränkt, über das Jahr 1989 hinaus. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit hat mir noch vor einer Woche erklärt - und gehen Sie zu den Arbeitsämtern -, daß ich mich jederzeit auf ihn berufen könne. Er sagt: Auf dem Arbeitsmarkt besteht eine Übernachfrage nach Zeitarbeitsverträgen und nach befristeten Arbeitsverträgen.

Ich finde, wir sollten diese Chance nutzen, um Arbeitslosen die Möglichkeit zu geben, einen Arbeitsplatz zu finden. Viele sind lieber befristet beschäftigt als unbefristet arbeitslos.

Zweitens. Beim Ehescheidungsrecht müssen die in der Ehezeit von beiden Ehegatten erworbenen Anwartschaften und Ansprüche auf Alterssicherung bei der Scheidung und nicht erst bei Eintritt des Versicherungsfalls je zur Hälfte auf beide Ehepartner aufgeteilt werden.

Deswegen fordert der Bundesvorstand, an der Substanz des Versorgungsausgleichs nichts zu ändern. Frauen und Männer, die wegen der Kindererziehung ihre Erwerbstätigkeit aufgegeben oder eingeschränkt haben, müssen sich zunächst nach ihrer Scheidung darauf verlassen können, daß ihnen keine zeitliche Begrenzung des Unterhalts zugemutet wird und sie nicht auf den Arbeitsmarkt verwiesen werden.

(Beifall)

Drittens. Wir brauchen ein neues Verständnis von Arbeit. Ich habe es vorhin schon gesagt: Arbeit gibt es nicht nur im Erwerbsleben, sondern auch in der Familie. Dazu machen wir einen sehr wirksamen Vorschlag. Gegen ihn ist zwar auch polemisiert worden, aber es ist klar, warum. Wir schlagen vor: Um die Gleichwertigkeit der Arbeit in Beruf und Familie zu dokumentieren, sollten vom Statistischen Bundesamt, Kriterien für die Bewertung der Arbeit in Haushalt und Familie entwickelt und die Ergebnisse in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gesondert ausgewiesen werden.

(Beifall)

Es ist überhaupt nicht einzusehen, daß das Hemd, welches daheim in der Waschmaschine gewaschen wird, in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nicht eingeht, während dasselbe in diese Rechnung eingeht, wenn es in der Wäscherei gewaschen wird. Das muß in jedem Fall im Bruttosozialprodukt seinen Niederschlag finden.

Der große Nationalökonom Allan S. Parker hat einmal ausgerechnet: Wenn man den Wert der Dienstleistungen in der Familie einmal in das Bruttosozialprodukt einrechnen würde, dann bedeutete das für die Bundesrepublik Deutschland, daß unser Bruttosozialprodukt nicht ungefähr 1,5, sondern 2 Billionen DM betragen würde. Dabei wären die Dienstleistungen der Hausfrauen bzw. die Dienstleistungen in der Familie der größte Dienstleistungsposten im ganzen Bruttosozialprodukt.

Ich will einmal die Frage stellen: Leistet eigentlich die Mutter oder der Vater, die dem Kind Sprachschatz und Denkvermögen vermitteln und dem Kind durch Liebe und Vertrauen Selbstsicherheit geben, weniger als die Kindergärtnerin oder der Lehrer in der Schule?

(Beifall)

Viertens. Um die Arbeit in Beruf und Familie besser vereinbaren zu können, fordert die CDU flexiblere Arbeitszeiten und Arbeitsabläufe, Arbeitszeitverkürzungen - besonders für solche Beschäftigte, die kleine Kinder haben - und ein vermehrtes Angebot von Arbeitsplatzteilung und Teilzeitarbeit. Dies gilt besonders für den öffentlichen Dienst. Hier müssen Nachteile beseitigt werden.

Wir fordern, bei öffentlichen und freien Trägern familienergänzende Betreuungseinrichtungen bereitzustellen, z.B. Kinderkrippen. Wir fordern auch, daß endlich z.B. in Hessen die dortige Mehrheit ein Kindergartengesetz verabschiedet, wie es in anderen Ländern bereits der Fall ist.

(Beifall)

Fünftens. Um den Frauen die Rückkehr in den Beruf zu erleichtern, fordert die CDU, das Arbeitsplatzförderungsgesetz zu einem wirksamen Instrument für die Chancenverbesserung zur Berufsrückkehr von Frauen und Männern auszugestalten. Der Bundesarbeitsminister hat hierzu schon konkrete Vorschläge gemacht. Ich halte es für hervorragend, daß wir dieses große Problem angehen, indem wir die Möglichkeiten der Bundesanstalt für Arbeit einbeziehen. Aber auch die Wirtschaft und der öffentliche Dienst sollten sich beteiligen. Es gibt Versuche und Modelle. Zehn Firmen im Stuttgarter Raum haben sich bereit erklärt, Frauen, die ausgeschieden sind, weil sie ein Kind bekommen haben, familienbegleitend an betrieblichen Fortbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen zu lassen. Sie geben ihnen die Möglichkeit, Krankheits- und Urlaubsvertretungen zu machen, damit sie sich familienbegleitend immer auf der Höhe ihres Berufs halten können. Ich halte das für eine positive, zukunftsweisende Entwicklung.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei den Unternehmern, die so weitsichtig handeln, daß sie dies ermöglichen.

Ich bin überhaupt der Auffassung: Weitsichtige Unternehmer haben längst erkannt, daß sie einen Fehler machen würden, wenn sie glaubten, keine Frauen beschäftigen zu sollen. In den Vereinigten Staaten und anderswo hat man längst erkannt, daß die besonderen Fähigkeiten der Frauen - schnelles Einstellen auf veränderte Situationen, Flexibilität, Intuition, Kreativität - in einer Zeit des Wandels, einer Umstellung für einen modernen Betrieb immer unverzichtbarer werden. Ich möchte diese modernen Erkenntnisse der Arbeitsforschung hier einmal einführen.

Sechstens. Deswegen erwartet die CDU von der Wirtschaft, daß sie qualifizierten und leistungsbereiten Frauen gleich gute Arbeitsplätze anbietet wie Männern. Wir brauchen auch bei der Ausbildung gleiche Chancen. Hier sind wir gute Schritte vorangekommen. Alle Stellenangebote müssen für Männer und Frauen ausgeschrieben werden. Da darf es keine Diskriminierungen geben.

Siebtens. Wir machen Vorschläge zur Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit.

Achtens. Zur Verbesserung der Aufstiegschancen für Frauen fordern wir Frauenförderungspläne im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft und in den öffentlich-rechtlichen Medien, in denen von Geschäftsleitung und Betriebsrat verbindliche Ziele und Maßnahmen für die Aufstiegschancen der Frauen festgelegt werden. In Amerika gibt es die „affirmative actions“. Es handelt sich also um Vorschläge, die in Amerika längst realisiert worden sind. Diese Frauenförderungspläne müssen auch mit einer

Berichtspflicht verbunden werden. Die CDU fordert die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, bei der Besetzung von Gremien und leitenden Positionen Frauen stärker zu berücksichtigen. Der Bundeskanzler hat dies gestern für die Bundesregierung ausdrücklich zugesagt.

(Beifall)

Neuntens. Wir machen Vorschläge für ein stärkeres politisches und gesellschaftliches Engagement von Frauen in ehrenamtlicher Tätigkeit in der Gesellschaft.

Zehntens. Die Zahl - jetzt komme ich zu den politischen Parteien selber - der weiblichen Mitglieder in den politischen Parteien ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, ihr Anteil an Führungspositionen allerdings nicht, wenn ich von der gestrigen Entscheidung einmal absehe; da handelte es sich um eine sehr gute Entwicklung. Wir sind der Auffassung, daß eine angemessene politische Beteiligung der Frauen nur erreicht werden kann, wenn Vorurteile abgebaut werden und in den Parteien ein Klima der Offenheit entsteht, das Frauen ermutigt, sich aktiver zu beteiligen.

Elfens. Wir machen konkrete Vorschläge, die innerparteilichen Nominierungsverfahren von Kandidaten für parlamentarische Mandate entsprechend dem Mannheimer Parteitagsbeschuß von 1975 dadurch in geeigneter Weise zu verbessern, daß vor einer Entscheidung über die Direktkandidaten das Votum der Parteimitglieder eingeholt wird. Die CDU fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie die CDU-Fraktionen in den Landtagen und Bürgerschaften auf, das Wahlrecht mit dem Ziel zu überprüfen, daß der Bürger bei Listenwahlen die von den Parteien vorgegebene Reihenfolge der Kandidaten ändern kann. Solche Änderungen des Wahlrechts können vor allem auch die Wahlsancen weiblicher Kandidaten verbessern. Der Generalsekretär soll über die Verwirklichung der Leitsätze zur Frauenpolitik der CDU künftig regelmäßig auf den Bundesparteitagen berichten.

(Beifall)

Es wird also interessante Diskussionen geben.

Zwölfte. Wir verlangen auf Bundesebene ähnlich der konzertierten Aktion eine Institution zur Förderung der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Dasselbe soll auf Landes- und kommunaler Ebene gelten. Wir brauchen Stellen innerhalb der Verwaltung, die sich um diese Fragen kümmern. Es sollen Stellen innerhalb der Verwaltung von Bund, Ländern und Gemeinden eingerichtet werden, die sich speziell mit Frauenfragen beschäftigen.

Dreizehtens. Die Benachteiligung der Frau wirkt sich insbesondere an den Hochschulen aus. An den Hochschulen müssen qualifizierte weibliche Bewerber für Positionen in Forschung und Lehre besser berücksichtigt werden. Deswegen sollten in den jeweiligen Entscheidungsgremien Kommissionen gebildet oder Beauftragte berufen werden, die mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet sind. Die Frauenerforschung muß an Hochschulen und Forschungseinrichtungen außerhalb der Universitäten zu einem anerkannten Forschungsschwerpunkt werden.

Vierzehntens. Meine Damen und Herren, dies ist die letzte der konkreten Maßnahmen, die wir vorschlagen; diese Maßnahmen stellen auch nur eine Auswahl dar, es sind die wichtigsten Punkte. - Ein großes Problem - ich würde fast sagen: ein

fürchterliches Problem - in unserer Gesellschaft ist nicht nur die Gewalt gegenüber Kindern, nicht nur das Thema Kindesmißhandlungen, sondern auch das Thema Gewalt gegen Frauen. Ich möchte uns alle auf dieses Problem aufmerksam machen und unser Bewußtsein dafür schärfen. Wir müssen verlangen, daß nach wie vor vorhandene Vorurteile von Behörden, auch von Gerichten, gegenüber weiblichen Opfern von Gewalthandlungen beseitigt werden.

(Beifall)

Hier muß sich das Bewußtsein verändern. Die Behörden, auch die Gerichte, müssen sich zunächst einmal an die Seite der Schwächeren stellen, an die Seite derjenigen, die Opfer solcher Gewalthandlungen geworden sind. Sie dürfen nicht umgekehrt verfahren, daß sie die Opfer ins Zwielicht bringen. Ich weiß, daß wir dort auf dem Wege der Besserung sind. Die überwiegende Anzahl von Behörden und Gerichten handelt ja entsprechend. Aber es gibt immer noch genügend Fälle, wo anders verfahren wird.

Ich wehre mich auch gegen Zeitschriften, Illustrierte, Magazine und andere Publikationen, die um ihres Gewinns willen Schicksale von Frauen, die Opfer von Gewalthandlungen geworden sind, vermarkten. Ich glaube, das sollten wir nicht akzeptieren.

(Beifall)

Bei Strafprozessen in Sachen Vergewaltigungen und Sexualdelikte muß die rechtliche Möglichkeit, die Öffentlichkeit auszuschließen, verbessert werden.

(Beifall)

Das heißt, der Ausschluß der Öffentlichkeit darf kein absoluter Revisionsgrund mehr sein. Betroffene Frauen müssen das Recht haben, als Nebenkläger aufzutreten.

Jetzt möchte ich noch etwas zu Frauenhäusern sagen. Das ist ein Thema, das in unserer Partei zum Teil heftig diskutiert wird. Frauenhäuser sind auch das Ergebnis einer Entwicklung gewesen, die wir als politische Partei lange Zeit vielleicht nicht ganz so ernst genommen haben, wie wir es eigentlich hätten müssen.

(Beifall)

Frauenhäuser haben eine wichtige Aufgabe. Deswegen trete ich dafür ein, daß Frauenhäusern, die sich bewährt haben, von den Ländern und Gemeinden finanziell so geholfen wird, daß sie ihre wichtige Aufgabe erfüllen können.

(Beifall)

Wir haben dazu - ich bin der verantwortliche Minister - auch konkrete Vorschläge gemacht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Foren sollen jetzt bald beginnen. Lassen Sie mich daher mit einem einfachen, aber klaren Satz schließen:

Die Christlich Demokratische Union darf nicht ruhen, und sie wird auch nicht ruhen, bis die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Lebensalltag, in der Gesellschaft, in der Wirtschaft und in der Politik verwirklicht wird.

Ich bitte den Parteitag, daß er mit seinen Beschlüssen heute dafür die Voraussetzungen schafft.

Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Frau Dr. Helga Wex: Lieber Heiner Geißler! Wir danken Ihnen für diese souveräne Rede. Sie haben die große Spannweite der Probleme und Fragen aufgezeigt, die heute hier in Essen diskutiert werden sollen; der breite Rahmen ist abgesteckt. Diese Rede hat gezeigt, daß dieses Thema für Sie wie für die CDU keine Pflichtübung, sondern der Ausweis eines großen politischen Durchsetzungswillens ist.

(Beifall)

Wir haben heute morgen nicht nur einen außergewöhnlichen Generalsekretär, sondern auch einen in jeder Hinsicht großartigen Familienminister erlebt. Wir danken Ihnen für dieses Engagement.

(Beifall)

Es gehört auch zum Inhalt und zur Kultur unserer Partei, daß wir für das dankbar sind, was vorangegangen ist. Ich begrüße herzlich Frau Aenne Brauksiepe hier bei uns im Saal.

(Beifall)

Wir schließen die 3. Plenarsitzung und beginnen anschließend mit der Diskussion über den Leitantrag in drei Foren. Die Foren finden statt: Forum 1 im Saal 3 im Messehaus, Forum 2 im Saal 2 im Messehaus, Forum 3 hier im Plenarsaal der Gruga-Halle. Bitte folgen Sie den jeweiligen Ausschilderungen.

Ich erkläre es noch einmal ein bißchen näher. Die beiden Foren, die im Messehaus stattfinden, also Forum 1 und Forum 2, erreichen Sie, wenn Sie den Plenarsaal in Richtung Tagungsbüro verlassen, dann am Tagungsbüro auf der rechten Seite die Gruga verlassen und im Messehaus der Ausschilderung zu den Kongreßsälen 2 und 3 folgen.

Ich berufe die 4. Plenarsitzung auf heute mittag, 14 Uhr ein.

Ich schließe die 3. Plenarsitzung.

(Schluß: 10.14 Uhr)

Donnerstag, 21. März 1985

4. Plenarsitzung

Beginn: 14.20 Uhr

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich eröffne die 4. Plenarsitzung unseres Parteitages.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

GRUSSWORTE

Wir haben die Freude, daß wir jetzt ein Grußwort unserer Schwesterpartei, der CSU, hören können. Als stellvertretenden Vorsitzenden der CSU begrüße ich Herrn Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann sehr herzlich in unserer Mitte.

(Beifall)

Herr Minister Zimmermann kommt gerade von den sehr wichtigen Verhandlungen über das umweltfreundliche Auto bei den EG-Behörden. Er kann uns gleich all das mitteilen, was dort als gutes Ergebnis für uns herausgekommen ist. Ehe Herr Minister Zimmermann das Wort nimmt, möchte ich gern noch folgendes sagen. Herr Minister Zimmermann spricht heute in Vertretung des Vorsitzenden der CSU, Franz Josef Strauß, zu uns, und wir wollen Franz Josef Strauß auch von dieser Stelle aus noch gute Wünsche für seine Gesundheit und für möglichst baldige volle Genesung übermitteln.

(Beifall)

Dr. Friedrich Zimmermann: Herr Tagungspräsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich komme wirklich direkt aus Brüssel, wo ich um 11 Uhr der deutschen und der internationalen Presse die Ergebnisse des Umweltraates vorgelegt habe, der von der vorletzten Woche bis heute früh um 8 Uhr insgesamt fast 40 Stunden in zwei Sitzungen getagt hat. Auch ich habe eine Horizontale heute nacht natürlich nicht gesehen; ich bitte aus diesem Grunde, mein etwas derangiertes Aussehen zu entschuldigen.

Wir haben wirklich bis an die Grenze des psychisch und physisch Möglichen verhandelt, und es war sehr, sehr schwierig. Man muß sich die Ausgangslage vor Augen halten, daß vor eineinhalb Jahren, als wir mit der Pilotrolle in Europa begannen, überhaupt niemand in Europa diesen Weg mitgehen wollte, weder Frankreich noch Großbritannien noch Italien noch irgendeiner von den anderen Staaten.

Wenn wir heute sagen können, daß nun mit einer den Normen der Vereinigten Staaten, den strengsten Abgasnormen der Welt, vergleichbaren europäischen Norm das umweltfreundliche Auto eingeführt wird, wenn die steuerliche Förderung, zu der wir uns entschlossen haben, in dieser Freiwilligkeitsphase nicht angefochten wird und wenn die heute früh verabschiedete Benzinbleirichtlinie als Voraussetzung für die Einführung von bleifreiem Benzin in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft in Kraft tritt, dann heißt das doch allerhand.

Die Bundesregierung hat im Juli den ersten Beschluß zur Einführung des umweltfreundlichen Autos gefaßt und hat das unter drei Leitsätzen getan:

- erstens die schnellste und beste Lösung im Sinne des Umweltschutzes durch Einführung des umweltfreundlichen Autos und des bleifreien Benzins;

- zweitens Stabilität für Millionen Arbeitsplätze in der Automobil- und Zulieferindustrie
- die finanzielle Größenordnung liegt in Milliardenhöhe;
- drittens, wenn irgend möglich, eine gesamteuropäische Lösung.

Diese Ziele haben wir nie aufgegeben, und sie sind erreicht. Besonders wichtig ist dabei:

Erstens. Mit der Einführung des umweltfreundlichen Autos und des bleifreien Benzins kann sofort begonnen werden.

(Beifall)

Als Kaufanreiz kann das Umweltauto steuerlich gefördert werden. Alle Automodelle, die in der Bundesrepublik Deutschland bereits mit einem Katalysator gefertigt werden und für den Export in die Vereinigten Staaten oder Japan bestimmt sind, können auf dem deutschen Markt ab sofort angeboten und gekauft werden.

(Beifall)

Für die Automobilindustrie herrscht nunmehr die begehrte Rechtssicherheit,

(Beifall)

die für die vorhin genannten Arbeitsplätze und auch im Interesse der Käufer dieser Autos notwendig war. Denn die Ratsbeschlüsse werden von der Bundesrepublik Deutschland - bei uns läuft die Gesetzgebung im Bundestag und im Bundesrat ja schon - jetzt unverzüglich umgesetzt.

Meine Damen und Herren, hier ein Wort zur europäischen Automobilindustrie: Die französische Automobilindustrie, die verstaatlichte und die private, hat im letzten Jahr 4 Milliarden DM minus gemacht. Die italienische - Fiat - hat sich nach Jahren von roten Zahlen 1983/84 erholt. Die britische Automobilindustrie geht in ihrem Produktionsvolumen Jahr für Jahr zurück und liegt jetzt bei 900 000 Fahrzeugen pro Jahr; in der Bundesrepublik Deutschland sind es 4 Millionen. Sie sehen also, unter welchen unterschiedlichen Voraussetzungen in den automobilproduzierenden Ländern diese Regelungen getroffen werden mußten und wie schwierig es aus diesem Grunde sein mußte, sie zu treffen.

Und jetzt kommt das Wichtigste, gerichtet an die Adresse derjenigen, die noch vor einiger Zeit die Einführung schadstoffarmer Autos ab 1. Januar 1986 obligatorisch für alle, den Alleingang gefordert haben: Niemand wäre in der Lage gewesen, zum 1. Januar 1986 - abgesehen von den rechtlichen Hürden - die notwendige Anzahl von elektronischen Benzineinspritzungen, Lambda-Sonden und Katalysatoren überhaupt zu liefern - niemand! Dies wäre weder der deutschen noch der Automobilindustrie eines anderen europäischen Landes möglich gewesen. Das konnte sich also nur Schritt für Schritt vollziehen, und der Markt wird und muß es regeln.

Jetzt, bei einer EG-einheitlichen Lösung, sind Handelsbeschränkungen nicht mehr zu befürchten, die uns bei einem totalen Alleingang sofort gedroht hätten, bei einem Alleingang, den auch ich - zugegebenermaßen - einmal angedroht habe, ohne die Absicht gehabt zu haben, ihn auch wirklich zu vollziehen. Ich habe dies getan, um ihn einfach als eine Karte mit ins Spiel zu bringen. Der Exportüberschuß der deutschen Automobilindustrie in die EG beträgt 30 Milliarden DM, so daß also die deutsche Automobilindustrie und die deutschen Arbeitnehmer gleichermaßen viel davon

haben, daß wir jetzt eine EG-einheitliche Lösung haben werden und keine Handelshemmnisse mehr befürchten müssen. Viele andere Länder werden jetzt unserem Beispiel folgen und das umweltfreundliche Auto auch steuerlich fördern. Das bringt für den Umweltschutz mehr als jeder Alleingang, weil allein 50 Prozent der Luftschadstoffe nach Deutschland importiert werden. Die Bundesrepublik Deutschland ist schließlich das klassische Transitland Europas.

Alles weitere wird der Markt regeln. In diesem Zusammenhang danke ich insbesondere den Nicht-EG-Ländern Österreich, Schweiz, Schweden, Finnland und Norwegen, die uns mit ihrem umweltpolitischen Kurs moralisch und faktisch unterstützt haben.

(Beifall)

Dies sind überwiegend Länder - die Ausnahme bildet Schweden - ohne eigene Automobilproduktion, Länder, die damit freie Märkte haben. Der berühmteste freie Markt war immer der in der Schweiz mit dem klassischen Genfer Salon. Dort konnte jedes Auto der Welt liberalisiert gekauft werden; es konnte damit eine sehr neutrale Bewährungsprobe beim Käufer ablegen. Wenn von seiten der Schweiz und auch von seiten des österreichischen Gesundheits- und Umweltministers, der ein Mitglied der Sozialistischen Partei Österreichs ist, heute zu uns gesagt wird, daß unsere Rolle für Europa und für diese beiden Länder unverzichtbar gewesen ist und daß sie das, was sie heute tun, nie ohne uns hätten tun können, so soll uns das eine große Genugtuung sein.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir wußten immer, daß im Europäischen Rat das Konsens- oder Einstimmigkeitsprinzip gilt. Ein Land der Gemeinschaft kann damit allein alle nationalen Bemühungen verhindern. Eine große Mehrheit der EG-Staaten wäre sicherlich bereit gewesen, die von der Bundesregierung festgelegten frühen Einführungsstermine zu akzeptieren. Andere Länder hatten andere Ziele. Ich deutete an, warum. Das mag man bedauern. Man muß aber natürlich auch die nationale wirtschaftliche Situation der betreffenden Länder ins Kalkül ziehen. Nur derjenige, der einmal bei einer EG-Konsultation oder bei einer bilateralen Konsultation war, wohin ich den Bundeskanzler des öfteren begleiten durfte, nur derjenige, der einmal eine einzige Nachtsitzung bei der EG in Brüssel hinter sich gebracht hat, weiß, was dort möglich ist und was nicht. Politik bedeutet also auch in Brüssel die Kunst des Machbaren. Als wir vor anderthalb Jahren mit der Diskussion über das umweltfreundliche Auto begonnen haben, sagte ich, daß auf diesem Gebiet eine Jahrhundertentscheidung fallen werde und fallen müsse. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, die Jahrhundertentscheidung ist heute früh um 8 Uhr gefallen.

(Beifall)

Herr Bundeskanzler, meine verehrten Damen und Herren Delegierten, liebe Freunde der CDU, wie Sie wissen, kann Franz Josef Strauß, der bayerische Ministerpräsident, heute traditionsgemäß leider nicht zu Ihnen sprechen.

(Heiterkeit)

- Habe ich etwas Falsches gesagt?

(Zurufe: „Traditionsgemäß“!)

- Wahrscheinlich macht das die Übernächtigung, wie man in Bayern sagen würde. Ich habe „traditionsgemäß leider nicht“ gesagt. „Nicht traditionsgemäß“ wird richtig sein.

(Beifall)

An seiner Stelle habe ich die Freude, Ihnen in alter Verbundenheit die besten Wünsche von Franz Josef Strauß zu übermitteln. Seine herzlichen Grüße gelten dem wiedergewählten Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, dem Franz Josef Strauß und das Präsidium sowie der Vorstand der CSU herzlich zu seiner Wiederwahl gratulieren.

(Beifall)

Ich grüße insbesondere unsere Freunde von der CDU in Nordrhein-Westfalen und ihren Spitzenkandidaten Bernhard Worms.

(Beifall)

Die CSU wünscht Glückauf im schweren Landtagswahlkampf. Wir wollen Sie dabei nach allen unseren Kräften unterstützen, denn es ist selbstverständlich, daß der Erfolg der CDU in NRW auch unser gemeinsamer Erfolg ist.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Unionsparteien sind die führende politische Kraft in Deutschland. Diesen Anspruch müssen wir deutlich machen. CDU und CSU sind grundsätzlich überall in der Lage, die Mehrheit zu erringen. Es gibt kein Naturgesetz, das solche Mehrheiten auf bestimmte Regionen beschränkt.

(Beifall)

Die SPD war in Berlin einmal eine 50-Prozent-, ja eine 60-Prozent-Partei. Wer hätte noch vor zehn Jahren einen solchen CDU-Erfolg, wie er jetzt von Eberhard Diepgen in Berlin nach Richard von Weizsäcker wiederholt worden ist, für möglich gehalten? Um aber einer Legende vorzubeugen, sage ich noch dies: Auch der CSU wurde die Mehrheit nicht in die Wiege gelegt. Die CSU hat bei der ersten Bundestagswahl im Jahre 1949 29,2 Prozent der Stimmen erhalten. Sie war in den 50er Jahren lange Zeit in Opposition in Bayern, in Opposition gegen eine Viererkoalition. Auch das ist eine bayerische Realität, die, wie ich zugebe, heute für jüngere Parteifreunde allerdings etwas ungewöhnlich klingt. Daß die CSU heute so gefestigt dasteht, verdankt sie dem Glücksfall, seit 24 Jahren Franz Josef Strauß als Parteivorsitzenden zu haben, der die Partei auch in seinem 70. Lebensjahr noch in Schwung hält.

(Beifall)

Jeder, der ihn kennt - und wer kennt ihn nicht? -, weiß, daß er nach wie vor eine Garantie dafür ist, daß - das ist sein eigener Ausdruck - die Politik nicht langweilig wird, weder in Bayern noch anderswo.

(Beifall)

Liebe Freunde, auch an Rhein und Ruhr sind die Bastionen nicht uneinnehmbar.

(Vereinzelt Beifall)

Das hat die CDU hier schon bewiesen. Die vorhandenen Strukturprobleme, die hohe Arbeitslosigkeit und daß in diesem Lande in den letzten anderthalb Jahrzehnten überhaupt keine Voraussetzungen für den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt geschaffen worden sind, wird man den Menschen in diesem Lande doch wohl klarmachen können.

(Beifall)

Klar ist auch, daß nur derjenige, der die Strukturkrise meistert, Arbeitsplätze schaffen kann und die Arbeitslosen, die uns schon Helmut Schmidt hinterlassen hat, von der Straße bringen kann. Diese Aufgabe, die wirtschaftliche Gesundung zu erreichen, kann die SPD in diesem Bundesland sicher nicht bewältigen.

Sozialisten sind von Haus aus nur in der Lage, den Mangel zu verteilen und höchstens kurzatmige Konjunkturprogramme aufzulegen. Sie sind aber nicht in der Lage, das Konjunkturklima nachhaltig zu verbessern.

(Beifall)

Die CSU hat immer den Grundsatz beherzigt, dem Bürger ein konturiertes Profil zu bieten. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, in Wahlkämpfen gibt es keine Koalitionen. Sie werden nach den Wahlen eingegangen.

(Anhaltender Beifall)

In Wahlkämpfen gibt es nur Parteien, und dann ist sich jeder selbst der nächste.

(Lebhafter Beifall)

Weil es die Aufgabe einer Volkspartei ist, um jede Gruppe, um jede Stimme zu kämpfen, kann sie sich nicht wie eine 5-Prozent-Partei den Luxus gruppenspezifischer Ansprache leisten. Wir haben nichts zu verschenken, und wir haben keine Stimme zu verleihen.

(Lebhafter Beifall)

Vielleicht darf der Sportminister der Bundesrepublik Deutschland es so formulieren: Wer den Endlauf gewinnen will, darf vorher nicht zur Blutspende gehen - und sei es auch für einen vermeintlich guten Zweck.

(Heiterkeit und Beifall)

Die Koalition der Mitte regiert in Bonn seit zwei Jahren, wenn man von dem halben Jahr der Übergangszeit einmal absieht.

Das ist im Vergleich zu den 13 Jahren sozialistischer Regierungsführung eine sehr kurze Zeit. Trotzdem sind für die meisten Bürger die falschen Signale nach Ost und West und der wirtschaftliche Niedergang unter Brandt und Schmidt vergessen, vergessen auch, daß wir noch heute den Schutt wegräumen müssen, den uns das Abbruchunternehmen Schmidt & Co. hinterlassen hat.

(Vereinzelt Beifall)

Gerhard Stoltenberg muß das Defizit überwinden. Norbert Blüm hat die Rentenproblematik geerbt, Ignaz Kiechle die Agrarüberschüsse. Ich selbst habe beim Umweltschutz bei Null beginnen müssen, weil die Kompagnons Schmidt und Lambsdorff das Thema erst gar nicht auf die Tagesordnung im Kabinett setzten. Die erste Befassung mit Umweltthemen in einer Kabinettsitzung war in der letzten Kabinettsitzung der Regierung Schmidt, bevor wir die Regierung übernahmen, im September 1982.

(Vereinzelt Beifall)

Wir, Bundesregierung und CDU/CSU, haben allen Grund, auf die in zwei Jahren geleistete Arbeit mit Stolz zurückzublicken. Unter Bundeskanzler Helmut Kohl wurde die Bundesregierung wieder zu einem verlässlichen Bündnispartner im Westen und zu einem geachteten Gesprächspartner im Osten. Haushalt und Finanzen wurden in Ordnung gebracht und die Voraussetzungen für eine Gesundung der Wirtschaft geschaffen. Wir haben den Mut gehabt, neue schwierige Probleme anzupacken, beispielweise im Umweltschutz. Ihm haben wir mehr Gewicht gegeben als jedes vergleichbare Land in Europa.

Meine Damen und Herren, ich habe Entwürfe über Entwürfe im Innenministerium vorgefunden. Aber kein einziger war bis Herbst 1982 auf den Weg gebracht worden. Das ist der Unterschied zwischen unseren Vorgängern und uns.

Wir sind auf dem richtigen Weg. Das ist unübersehbar. Wir sollten uns aber trotzdem immer selbstkritisch prüfen, wo noch Verbesserungen möglich sind.

Das gilt vor allem für zwei Bereiche. Das eine ist der Bereich der öffentlichen Finanzen. Franz Josef Strauß hat wiederholt betont, daß die lobenswerte Tugend des Sparens - die er selbst als Bundesfinanzminister übrigens sehr wohl beherrzigt hat - von der Tugend der Weisheit und Gerechtigkeit begleitet sein muß. Wir müssen besonders die öffentlichen Investitionen ankurbeln, bürokratische Hemmnisse gerade im mittelständischen Bereich abbauen und stärkere familienpolitische Akzente setzen.

Aber wir sind uns alle einig, daß Sparen an sich kein Selbstzweck ist und daß auf keiner staatlichen oder kommunalen Ebene auf Kosten der Zukunftssicherung einseitig an Investitionen gespart werden darf. Jeder soll wissen, daß wir, die CSU, entsprechend unserem Parteinamen den sozialen Auftrag auf allen Ebenen ernst nehmen.

Liebe Freunde, nach dem Regierungswechsel hat die deutsche Wirtschaft wieder Tritt gefaßt. Der Motor läuft. Das Sozialprodukt wächst wieder. Die Inflationsrate lag unter Schmidt bei knapp 7 %. Heute liegt sie knapp über 2 %. Der günstige Dollarkurs tut ein übriges, um den deutschen Export zu erleichtern. Aber darauf kann man sich auf längere Sicht nicht verlassen.

Die Steuerlast gerade der kleinen und mittleren Betriebe muß weiter abgebaut werden. Hier darf die Soziallast nicht weiter ansteigen. Mittelständische Unternehmen und das Handwerk sind eine der tragenden Säulen unserer Wirtschaft, aber auch unserer gesellschaftlichen Ordnung. Renommierete große Firmen gibt es überall in der Welt. Aber der Ruf deutscher Handwerksarbeit ist unerreicht.

(Beifall)

Gerade florierende mittelständische Unternehmen und der unabhängige Handwerker sind Symbole der freien Wirtschaft. In keinem Bereich der deutschen Wirtschaft sind mehr Arbeitsplätze und Lehrstellen geschaffen worden. Ich appelliere an dieser Stelle an die deutschen Firmen von Weltgeltung, es dem Handwerk gleichzutun,

(Beifall)

nicht nur Vermögen zu bilden, sondern auch neu zu investieren, um neue Arbeitsplätze im Bereich dieser bedeutenden Weltfirmen zu schaffen, was bisher versäumt worden ist.

(Beifall)

CDU und CSU sind nicht nur die Parteien der Arbeitnehmer, sondern ebenso die Parteien des Mittelstands. Das hat sich bereits in der Zeit der SPD/FDP-Koalition gezeigt, als die unionsgeführten Länder im Bundesrat die schlimmsten Auswüchse einer mittelstandsfeindlichen Politik verhindert haben. Viele haben bereits vergessen, daß es die Unionsparteien waren, die beispielsweise eine verstaatlichte Berufsausbildung stoppten und das duale System der beruflichen Ausbildung bewahrten.

Wo war denn damals die FDP? Sie fuhr bestenfalls im Bremserhäuschen auf dem roten Wagen mit. Deswegen sollte sie sich heute nicht als besonderer Schutzpatron des Handwerks aufspielen.

(Beifall)

Der zweite Bereich ist die Innen- und Rechtspolitik. Auch hier sind wir mit einem Votum des Wählers versehen worden und mit dem Auftrag, eine Wende herbeizuführen. Auch hier müssen wir von unserem Koalitionspartner erwarten, daß er auf der Suche nach seinem politischen Standort nach dem Ende der liberalsozialistischen Ära seine Position überprüft und zu gemeinsamen Entscheidungen findet.

Die CSU steht loyal zur Koalition. Aber wir vergessen nicht, was wir gemeinsam, vor allem innerhalb der gemeinsamen CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zu unseren Wählern gesagt haben, welche Beschlüsse wir zu den Fragen des Demonstrationsrechts, zur Vermummung, zum fälschungssicheren Personalausweis gefaßt haben. Niemand kann vernünftigerweise gegen eine Begrenzung des Ausländerzuzugs und des Asylantenstroms sein. Hier gibt es einen breiten Konsens zwischen der Union im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden.

(Beifall)

Liebe Freunde, alle diese Vorhaben müssen wir noch bis zum Sommer in die parlamentarischen Beratungen eingebracht haben, wenn wir nicht am Ende der Legislaturperiode mit leeren Händen vor die Wähler treten wollen. Hier fordern wir die FDP auf, zu den Koalitionsvereinbarungen zu stehen und die notwendigen Beschlüsse nicht weiter hinauszuzögern.

(Vereinzelt Beifall)

Für die Unionsparteien bleiben das christliche Menschenbild und das christliche Sittengesetz die unverrückbaren geistig werthaftern Grundlagen ihrer Politik. Nur ein starker Staat kann die Freiheit der Bürger sichern. Nur ein starker Staat kann ein liberaler Staat sein.

(Vereinzelt Beifall)

Zu seiner Selbstverteidigung, die nichts anderes ist als die Verteidigung von Leben, Recht und Eigentum der Bürger, braucht der Rechtsstaat die geeigneten Abwehrwaffen. Unter der vergangenen Koalition ist an diesen Waffen viel stumpf geworden. Hier geht es um die Glaubwürdigkeit der Politik der Unionsparteien. Die gebotene Loyalität gegenüber dem Koalitionspartner kann keine Einbahnstraße sein. Wir müssen unsere Positionen klar herausstellen und offensiv vertreten.

Liebe Freunde, wir können heute überzeugend feststellen, daß CDU und CSU die einzige verlässliche politische Kraft sind für die Sicherung des freiheitlichen Rechtsstaats, für eine realistische Friedenspolitik, für die Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze schafft und sichert, für eine Agrarpolitik, deren Ziel die Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft bleibt, für eine Umweltpolitik, die den technischen Fortschritt nutzt und nicht verteufelt, für eine soziale Familienpolitik, die soziale Gerechtigkeit und nicht sozialistische Umverteilung will, und für eine Deutschlandpolitik, die die deutsche Frage nicht nur formal offenhält, sondern stets das große nationale Ziel vor Augen hat, das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen und die Überwindung der Teilung unseres Vaterlandes.

(Beifall)

Ich glaube, daß es jeden Deutschen zutiefst bewegen muß, wenn er die Liebeserklärung des 80jährigen amerikanischen Botschafters Arthur Burns an Deutschland dieser Tage gehört hat. Auch für ihn, den Wirtschaftsfachmann und Amerikaner, ist die deutsche Frage offen.

Wir können einen Strich weder am Brandenburger Tor noch an Oder und Neisse ziehen. Unsere Rechtspositionen sind im Moskauer und im Warschauer Vertrag unverrückbar festgeschrieben und durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt worden. Niemand sollte versuchen, der Bundesregierung oder dem deutschen Volk mehr zuzumuten.

(Vereinzelt Zustimmung)

Wir wollen und wir können nicht das Unrecht der Aufteilung Deutschlands und der Vertreibung von Millionen unserer Mitbürger verschweigen oder gar nachträglich sanktionieren.

(Beifall)

Das ist für uns nicht nur eine Frage des Rechts, sondern auch eine Position nationaler Würde.

(Zustimmung)

Unser aller Staat wäre nicht das geworden, was er geworden ist, wenn nicht Millionen Sudetendeutsche, Schlesier, Ostpreußen und andere Vertriebene mit uns gemeinsam an diesem Staat gebaut hätten.

(Beifall)

Darum bekennen wir uns zur Leistung unserer Vertriebenen gerade jetzt, im 40. Jahr ihrer Vertreibung aus der Heimat.

Die deutsche Nation ist unteilbar, aber wir in der Bundesrepublik Deutschland sind ihr Bannerträger, und dieser Anspruch kann uns nicht von der DDR streitig gemacht werden, die den unhistorischen Versuch unternimmt, das künstliche Gebilde einer „sozialistischen Nation“ in der DDR zu schaffen.

(Beifall)

Unsere Deutschlandpolitik bleibt geprägt vom Bemühen um menschliche Erleichterungen, auch von Zusammenarbeit mit der Regierung der DDR. Nur, wir sind nicht bereit, Statusfragen zum Handelsobjekt zu machen, und diese feste Haltung der Bundesregierung wird auch in Ost-Berlin respektiert.

(Beifall)

Die Unionsparteien und ihre Vorsitzenden Helmut Kohl und Franz Josef Strauß haben den Dialog mit der DDR gesucht, und wir haben vorzeigbare Erfolge. Die Todesautomaten an der Grenze sind vollständig abgebaut. Die Zahl der Übersiedler ist gewachsen; die Behandlung von entsprechenden Anträgen ist beschleunigt worden. Beim Umweltschutz und in Kulturfragen sind wir in sachlichem Gespräch und stehen nach meiner Einschätzung unmittelbar vor dem Beginn konkreter Verhandlungen.

Zweifelsohne ist es ein besonderes Verdienst des Vorsitzenden der CSU, Franz Josef Strauß, damals das Tor aufgestoßen zu haben, was viele - auch in seiner eigenen Partei - überrascht hat. Sicher kann das erst ein Anfang sein, aber man muß der DDR bestätigen, daß sie, wo sie gefragt war und geantwortet hat, ihr Wort gehalten hat.

Eines ist sicher: Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl und die Unionsparteien haben auf diesem Felde Ergebnisse erreicht, von denen ihre Vorgänger nur träumen konnten.

(Beifall)

Wir sind zuversichtlich, daß nach der Klärung der jahrelangen Nachfolgediskussionen im Kreml der innerdeutsche Dialog ein neues Stadium erreichen wird.

Liebe Freunde, CDU und CSU haben den Vorteil, mit den Kommunisten von einer eigenen, unverrückbaren Grundsatzposition aus verhandeln zu können. Das ist unser wesentlicher Vorteil gegenüber der SPD, die im Laufe ihrer Geschichte immer wieder Abgrenzungsprobleme nach drüben hatte. Die Unionsparteien sind das freiheitliche und nationale Gewissen der deutschen Politik. Gegenüber einem neutralistischen Linksnationalismus müssen wir das klare Bekenntnis zur deutschen Nation und zu ihrer geschichtlichen Aufgabe, untrennbarer Teil des freien Westens und des freien Europa zu sein, aufrechterhalten. Vor allem unseren jungen Menschen müssen wir klarmachen, daß es niemals ein Lebensziel sein kann, in Selbstmitleid zu verharren, sondern daß ein Lebensziel nur sein kann, sich der Herausforderung zu stellen und sie damit zu bewältigen.

(Beifall)

Wir müssen zeigen, daß Leistung froh macht und nicht als Streß abgewertet werden kann.

(Beifall)

CDU und CSU wollen durch eine stetige Arbeit eine Ordnung sichern, in der jeder einzelne in Freiheit und Selbstverantwortung sein Leben gestalten kann, ein Leben, in dem er zu Wohlstand gelangen kann, ein Leben, in dem die Armen reich und die Reichen wieder arm werden können, in dem es keine Klassen und keine sozialen Schranken gibt. Wir schaffen einen Staat, in dem jeder sozial gesichert ist und in einer gesunden Umwelt leben kann.

In diesem Sinne wollen wir unser deutsches Haus in Ordnung halten, für uns selbst und für künftige Generationen.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir danken Friedrich Zimmermann sehr herzlich für dieses Grußwort und für diese bedeutsame Rede. Wir danken aber auch für alle gute Zusammenarbeit zwischen CDU und CSU, die uns in der Bundespolitik miteinander verbindet und die zu den wichtigen Erfolgen führt, von denen Friedrich Zimmermann hier berichten konnte. Vielen herzlichen Dank für diese gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Friedrich Zimmermann hat besonders von dem erfolgreichen Einsatz für den Umweltschutz, für das umweltfreundliche Auto bei den Verhandlungen berichten können, die bis in die Nacht hinein bis zum heutigen Morgen in Brüssel standfanden. Wir wollen an dieser Stelle Innenminister Friedrich Zimmermann und der deutschen Delegation für ihren Einsatz und für ihren Erfolg in dieser bedeutsamen Angelegenheit sehr herzlich danken.

(Beifall)

Liebe Freunde, diese Bundesregierung hat in diesem ganz entscheidenden Aufgabengebiet in Europa in den letzten Monaten eine Pilotfunktion übernommen, wie es der Bundeskanzler oft formuliert hat. Manche von uns waren schon kleinmütig geworden und hatten die Sorge, wir kämen nicht zum Ziel. Mit Recht hat Friedrich Zimmermann eben gesagt: Ein Jahrhundertergebnis wurde erzielt, nachdem unsere Vorgängerregierung viele Jahre hatte ins Land gehen lassen, ohne etwas zu erreichen. Nun, liebe Freunde, wollen wir nach draußen gehen und das Ergebnis offensiv vertreten und den Bürgern deutlich machen, was erreicht werden konnte.

(Beifall)

Ich finde, das ist jetzt unsere Aufgabe, die dazu kommt.

Ich will an dieser Stelle auch Helmut Kohl sehr herzlich danken, der ja in den Verhandlungen der Staats- und Regierungschefs das Thema Umweltschutz und den Einsatz der Regierung und der deutschen Politik für die wichtigen entscheidenden Aufgaben des Umweltschutzes immer wieder nach vorn gebracht hat.

Herzlichen Dank dem Bundeskanzler, dem Innenminister und allen, die diesen wichtigen Erfolg herbeiführen konnten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende dieser vierten Plenarsitzung.

Donnerstag, 21. März 1985

5. Plenarsitzung

Beginn: 19.00 Uhr

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 5. Plenarsitzung.

Ich rufe die TAGESORDNUNGSPUNKTE 20 und 21 auf:

**BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG
ÜBER DEN ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES -
LEITSÄTZE DER CDU FÜR EINE NEUE PARTNERSCHAFT
ZWISCHEN MANN UND FRAU**

Mir liegt hier eine Wortmeldung von Frau Dr. Laurien vor. Bitte, Frau Dr. Laurien, Sie haben das Wort.

Frau Dr. Hanna-Renate Laurien: Meine Damen und Herren, der Norbert Blüm ruft mir soeben zu: Mutter Laurien, herzliche Grüße. - Danke, Vater Blüm.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, mit der Debatte um Frau und Familie, um Rollenverteilung und Personenwürde stehen wir in unserer Partei vor einer Entscheidung. Wir dürfen uns in dieser Debatte - und daß wir das nicht tun, haben wir heute ja bewiesen - nicht in die Defensive drängen lassen. Da will uns die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ einreden, wir müßten ausschließlich der Wirtschaftspolitik verpflichtet sein. Da sagen uns Wirtschaftsvertreter, unsere Familienpolitik sei Traumtänzerie und bedeute wirtschaftlich das Ende der Wende. Da klingt es von Ludolf Herrmann und anderen, wir seien doch bloß die schlechtere SPD. Und auch der Hinweis auf die Bibel, die doch den Männern die Politik und den Frauen das Feingefühl zuordne, fehlt nicht.

Meine Damen und Herren, die CDU muß in dieser Lage auf ihr Grundsatzprogramm und auf die Mannheimer Erklärung Bezug nehmen. Sie muß klar machen, daß sie über das Thema Frau nicht nur redet, sondern auch handelt. Wir haben über das Thema Frau lange genug geredet. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich trotz der noch sehr mäßig gefüllten Plätze in vernügender Deutlichkeit sagen: Wir sind weder nachhinkende Sozialisten, noch sind wir die bessere FDP.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es ist auch auf dem Parteitag einer Partei, die sich mit dem „C“ eine Verpflichtung gesetzt hat, sicherlich ungewöhnlich, wenn man die biblische Grundlage unserer Partnerschaft verdeutlicht. Ich spreche nicht von den therapeutisch verbrämten Fundamentalisten der „neuen Mütterlichkeit“ a la Christa Meves.

(Beifall)

Die Bibel ist kein Rezeptbuch für Einzelfragen. Sie nimmt uns auch nicht die Entscheidungen ab, aber sie setzt die Maßstäbe für unsere Entscheidungen.

Meine Damen und Herren, für uns ist die Frau weder ein verkümmerter, schlechterer Mann, noch ist sie der bessere Mensch, sondern Mann und Frau sind in ebenbürtiger Weise Person. Wenn die SPD in ihrem Orientierungsrahmen Anerkennung und Unabhängigkeit der Frau aus der Erwerbstätigkeit herleitet, dann ist das für uns eine Position, die wir verneinen. Nicht aus der Erwerbstätigkeit kommt die Anerkennung der Frau, sondern aus der menschlichen Geschöpflichkeit.

(Beifall)

Meine Damen und Herren - das sage ich jetzt zu den tapferen Männern, die hier jetzt schon da sind -, die Frau verdankt ihr Sein nach der Bibel nicht dem Mann, sondern beide verdanken es Gott. Ich erlaube mir, auch auf einem Parteitag zu zitieren, wie Adam Eva freudig als Gefährtin begrüßt. Wer da geschrieben hat, die Eva von Heiner Geißler sei ein versteckter Adam, der möge einmal in der Bibel nachlesen.

(Vereinzelter Beifall)

Da steht:

Das ist nun endlich Bein von meinem Bein und Fleisch von meinem Fleisch.

Weiter heißt es dann unmißverständlich:

Gott schuf den Menschen nach seinem Bilde, nach dem Bilde Gottes schuf er ihn, männlich und weiblich.

Es gibt den Menschen also nicht in einer Wertstufung. Meine Damen und Herren, wer die Unterschiedlichkeit als Vorwand gebraucht, um Ebenbürtigkeit zu verweigern, der ist schuld daran, wenn Frauen gegen ihr Frausein revoltieren und sich zu extremen Formen bekennen.

(Beifall)

Übrigens ist es ganz interessant, daß das hebräische Wort für „Hilfe“ genau genommen „Gegenstück“, „Pendant“ bedeutet. Also kann sich die Partnerschaft in der Tat auf die Bibel berufen. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch aus dem Neuen Testament einen einzigen Beleg bringen: Frauen waren zur Zeit Jesu vor Gericht nicht zeugnisfähig. Sie sind in unserem Neuen Testament die ersten Zeugen der Auferstehung. Und das lassen Sie uns denen sagen, die in den Ganggesprächen so fragen: Na, seid ihr eigentlich noch richtig christlich, wenn ihr diese Gleichrangigkeit vertretet? Wir sind christlich und jesuanisch und damit in tiefster Weise mitmenschlich.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Schöpfungsbotschaft enthält aber auch noch ein zweites Zeugnis: Es gibt den Menschen nicht abstrakt, es gibt ihn in geschlechtlicher Realität. Nicht Gleichheit, sondern das Recht auf Unterschiedlichkeit ist unsere Linie. Wenn man uns hier unterstellt, wir seien nachhinkende Sozialisten, dann lassen Sie mich hier einmal in aller Deutlichkeit folgendes sagen: Im 2. Familienbericht, den die SPD-Bundesregierung vorlegte, heißt es - ich zitiere -:

... Relativierung des Geschlechtskriteriums in Gestalt gleichmäßiger oder rotierender Verteilung der Haushalts- und Berufspflichten an beide Geschlechter.

Das ist nicht unsere Linie, liebe Freunde. Für uns ist vielmehr das Recht auf Unterschiedlichkeit ein Freiheitsrecht, und eigentlich, genau beim Wort genommen,

geht es für uns nicht um Gleichberechtigung, sondern um die Gleichrangigkeit des Unterschiedlichen.

(Beifall)

Selbstverständlich muß es in der Freiheit eines Ehepaares sein, wie die Pflichten verteilt werden. Im Leitantrag wird mehrfach hervorgehoben, daß die Gleichrangigkeit des Unterschiedlichen verlangt, die Realität des Geschlechtlichen anzuerkennen und zu gestalten.

Mit dem Mutterschutzurlaub ist dieser Wirklichkeit nicht hinreichend entsprochen. Erziehungsurlaub und Beschäftigungsgarantie - nicht Arbeitsplatzgarantie - sind unerläßliche Konsequenzen. Meine Damen und Herren, auch das Thema Teilzeitarbeit gehört dazu. Wann endlich verbünden sich Männer und Frauen, um die lebenslange Teilzeitarbeit auch im öffentlichen Dienst durchzusetzen?

(Beifall)

Bisher wird der Frau die Doppelrolle zugemutet. Und wenn man etwa meint, mit „neuer Mütterlichkeit“ die Frauen in die Familie zurücklächeln zu können, ausschließlich in die Familie zurücklächeln zu können, dann schwächen wir damit die Familie, denn Familie, die Zwang ist, wird nicht gefüllt, aber Familie, die Freiheit ist, ist unsere Antwort.

(Beifall)

Wenn wir die Zuwendung zum Kind, die personale Geborgenheit damit bestrafen, daß der, der das vollzieht, einen Dauerabschied vom Beruf zu nehmen hat, dann sind wir nicht kinderfreundlich, sondern dann sind wir kinderfeindlich.

Meine Damen und Herren, zur Beschäftigungsgarantie. Das wird ja der Hauptpunkt. Trotz des schon vorbildlichen Antrags der Antragskommission zur Beschäftigungsgarantie gibt es Gegenargumente. Ja, aber wir sind gefragt, wo wir unsere Prioritäten setzen. Wenn wir in Wirtschaft und Gesellschaft Menschen brauchen, die verantwortungsfähig sind, die wagnisfreudig sind, dann ist die Erziehungskraft der Familie Voraussetzung für diese Zukunft. Lassen Sie es mich in politischer Deutlichkeit sagen: Wir sind nicht einer reinen Marktwirtschaft zugewandt, wir sind einer sozialen Marktwirtschaft verpflichtet!

(Beifall)

Auch die Wirtschaft gründet auf dem Menschsein, nicht die Anthropologie auf der Ökonomie, sondern umgekehrt. Wir unterscheiden uns deshalb vom materiellen Ansatz der Sozialisten. Aber trotz einer wirksamen Koalition in Berlin sage ich: Wir unterscheiden uns auch vom nur marktwirtschaftlichen Liberalismus der FDP. Roldendenken greift in solchem Zusammenhang zu kurz. Lassen Sie es mich einmal ganz schlicht sagen: Die Frau ist eben nicht nur die Mutter von Kurt oder Elisabeth und die Ehefrau von Helmut, sondern sie ist auch sie selbst, was man bei keinem Mann in Frage stellt.

(Beifall)

Deshalb muß ich sagen, ich war zuerst ganz bestürzt, daß aus den großen Anträgen

von Westfalen-Lippe und Baden-Württemberg, die von „der Alleinstehenden“ und von „dem Alleinstehenden“ gesprochen hatten, bei der Antragskommission flugs nur „die Alleinerziehende“ geworden war. Was uns jetzt neu auf den Tischen vorliegt, betrachte ich als eine tolle Verbesserung, daß nämlich auch der alleinstehende Mensch seine Möglichkeiten einbringt. Erlauben Sie mir zu sagen, wir sollten die Gruppe der Alleinstehenden, seien sie dies aus Schicksal oder aus Entscheidung, mit ihren Möglichkeiten menschlicher, gesellschaftlicher und politischer Verfügbarkeit ansprechen. Das sind nicht Randgruppen, sondern das sind Kerngruppen unserer Gesellschaft.

(Beifall)

Erlauben Sie mir sozusagen mit einem Rückwärtslächeln: Die Diakonisse und die Nonne, die früher durch ihr Dasein für andere den Alltag vermenschlichten, lassen sich sicher nicht so einfach zurückbeschwören, aber die Botschaft ihres Lebens gilt auch für uns: Keiner lebt für sich allein!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch dieses großartige Wort von Martin Buber in diesem Zusammenhang in Erinnerung rufen, das heißt: „Der Mensch wird am Du zum Ich.“ Dieses Wort setzen wir den Ideologen der Selbstverwirklichung entgegen. Auch der Alleinstehende genauso wie die Familienmutter, genauso wie der Familienvater, stellt sich in unserem Programm unter den Leitsatz: „Der Mensch wird am Du zum Ich.“ Aus Vereinzelung wird Mitmenschlichkeit. Das bestimmt uns in Familie und Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, Partnerschaft, auch das Wort ist angegriffen worden. Da meinen wir natürlich nicht sportlichen Wechsel, sondern das meinen wir als Gefährtschaft, und von daher ist übrigens auch die neugewonnene Zahl der weiblichen Amtsinhaber in den Führungsgremien unserer Partei ein Signal in Sachen Gefährtschaft.

Meine Damen und Herren, Aus unserem Leitantrag muß jetzt praktische Politik werden. Wenn wir es versäumen zu sagen, was wir umsetzen wollen, dann sollten wir unsere Parteisatzung ändern und sagen, daß wir ein Verein für politische Lyrik werden und daß wir für gebremste Entwicklungschancen bei Frauen, Männern und Kindern sind. Unser politischer Wille - lassen Sie mich das zu uns allen, die wir Verantwortung tragen, sagen - ist nur soviel wert, wie er sich in gemeinsamem Handeln vollzieht. Unsere eigene Identität, die der CDU, muß für den Bürger zur politischen Münze werden, mit der am Wahltag von ihm bezahlt wird. Ich sage dies mit Bedacht aus der Berliner Erfahrung und aus der Verpflichtung, die das Votum der Wähler für uns bedeutet. Meine Damen und Herren, das Gewicht der Münze Mann und Frau in neuer Partnerschaft muß auch in unserem Handeln stimmen. Worte dürfen nicht das Alibi sein, um auf Handeln verzichten zu können, Worte müssen Handeln einleiten, begründen und begleiten.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Dr. Laurien.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt die Anträge allgemeiner Art auf, die in Ihrer Antragsbroschüre auf den Seiten 2 bis 4 abgedruckt sind.

Ich rufe Antrag A 1 auf. Die Antragskommission empfiehlt zu diesem Antrag Ablehnung. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Dies ist nicht der Fall. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ich lasse dann über die Empfehlung der Antragskommission zu Antrag A 1 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dies ist bei drei Gegenstimmen so angenommen.

Antrag A 2 wollen wir anschließend zusammen mit Antrag A 9 behandeln.

Ich rufe Antrag A 3 auf. Die Antragskommission empfiehlt, Antrag A 3 abzulehnen. Hierzu liegt uns eine Wortmeldung vor. Graf von Waldburg-Zeil, bitte schön, Sie haben das Wort.

Alois Graf von Waldburg-Zeil: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei dem Antrag, der vom Landesvorstand Baden-Württemberg gestellt worden ist, geht es eigentlich bereits um das wichtigste Grundthema, um die wichtigste Grundauseinandersetzung im Zusammenhang mit der Behandlung dieses Papiers. Die Reihenfolge ist bisher so: Beruf, Familie und Politik. Ich nehme an, daß das der Grund war, warum die Antragskommission den Änderungsantrag abgelehnt hat, überall dort in dem Papier die Reihenfolge in „Familie, Beruf und Politik“ zu ändern, wo die bisherige Reihenfolge steht.

(Beifall)

Warum sprechen wir uns für die andere Reihenfolge aus? Zunächst einmal ein statistischer Grund: Sie wissen, daß 49 % aller Frauen in Familie und Beruf voll tätig sind. Sie wissen auch, daß von den 51 % der Frauen, die arbeiten, ein Drittel wiederum gleichzeitig Beruf und Familie verbinden. Bei zwei Dritteln aller Frauen steht also die Familie schon rein statistisch im Vordergrund.

Der zweite Grund ist anthropologischer Natur. Wenn heutige Umfragen stimmen, nach denen bei jungen Mädchen zu 80 bis 90 % der Wunsch vorherrscht, einmal eine Familie zu gründen und Kinder zu haben, dann wird man nicht außer acht lassen können, daß - so ist das nun einmal: Männer können keine Kinder kriegen, aber Frauen können Kinder kriegen, Männer können keine Kinder stillen, Frauen können Kinder stillen - eine ganz besondere Verbindung zwischen Kind und Mutter entsteht, und zwar dann, wenn es neun Monate unterwegs ist und wenn es gestillt wird. Diese besondere Verbindung ergibt sich auch schon allein durch den Beginn des Lebens dieses Kindes.

Eine überwiegende Zahl dieser jungen Frauen wird dann den Wunsch haben, sich in der Familie ihrem Kind ganz widmen zu können. Das ist wieder eine Mehrheit, die da zustande kommt. Auch aus diesem Grunde sollte die Familie den ersten Platz in der Reihenfolge einnehmen.

Und die dritte Begründung ist einfach eine politische Begründung. Wir haben über ein Jahrzehnt lang dagegen gekämpft, daß von der anderen Seite her, vor allem aus der marxistischen Tradition heraus, immer wieder nur der Berufstätigkeit der erste Rang eingeräumt worden ist. Wir haben gesagt: Wir stellen die Gleichrangigkeit wieder her, wir stellen die Familie wieder in den Vordergrund. Ich meine, wir sollten dieser unserer Tradition treu bleiben.

Ich bitte Sie deshalb sehr herzlich, dem Antrag des Landesvorstandes der CDU Baden-Württembergs zuzustimmen, die Reihenfolge umzustellen in Familie, Beruf und Politik.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat das Wort Frau Rönsch.

Frau Hannelore Rönsch, Antragskommission: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Antragskommission war sich der Intentionen der Antragsteller wohl bewußt. Wir meinen allerdings, daß die junge Frau erst nach ihrer Ausbildung den Beruf erlebt, ehe sie die Familie gründet. Das ist in keinem Falle eine Abwertung der Familie; denn wir sind ja auch in der Ziffer 7 davon ausgegangen, daß die Voraussetzung für die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Arbeit im Beruf und der Arbeit in der Familie ist. Das ist also in gar keiner Weise eine Abstufung gegenüber der Berufstätigkeit.

Wenn Sie den Leitantrag zur Hand nehmen, sehen Sie an verschiedenen Stellen die Wortkombinationen Beruf und Familie oder auch Ehe und Familie. In dem Antrag von Baden-Württemberg steht nun, daß Familie immer an erster Stelle stehen solle. Wir meinen aber, Ehe und Familie setzt voraus, daß erst die Ehe geschlossen und dann die Familie gegründet wird.

Frau Otto Geschka, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen mir zu A 3 nicht vor.

Ich lasse jetzt über die Empfehlung der Antragskommission zu A 3 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das erste war die Mehrheit.

(Widerspruch)

- Das Tagungspräsidium ist nach kurzer Beratung übereingekommen, daß das erste die Mehrheit war. Es wurde mit mehreren Augenpaaren geschaut und gezählt.

(Zurufe: Zählen! - Stimmt nicht!)

- Wenn der Widerspruch so massiv ist, meine Damen und Herren, lassen wir die Beschlußfassung wiederholen. Wir haben nichts dagegen.

Ich bitte diejenigen, die der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünschen, sich zu erheben. Das ist für uns deutlicher. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Wir kommen zu demselben Ergebnis wie vorhin, meine Damen und Herren. Das erste war die Mehrheit. Der Empfehlung der Antragskommission wurde zugestimmt.

(Beifall)

Ich rufe jetzt Antrag A 4 auf. Die Antragskommission betrachtet den Antrag A 4 durch

ihre Empfehlung zu Ziffer 7 als erledigt. Ich schlage vor, über diese Empfehlung der Antragskommission im Zusammenhang mit der Ziffer 7 des Antrags des Bundesvorstandes zu entscheiden.

Hierzu liegt mir eine Wortmeldung vor. Frau Marlene Lenz.

Frau Marlene Lenz: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte zu diesem Antrag, aber auch zu allem weiteren, was dazu gesagt wird, etwas sagen. Wenn man die Diskussion der letzten Wochen verfolgte, hatte man manchmal den Eindruck, die Welt stünde auf dem Kopf. Da streiten sich kluge sogenannte Chefideologen und Kirchenleute in gewissen Blättern. Andere Blätter, die mit ihnen sonst nichts gemeinsam haben, sekundieren ihnen, obwohl bei ihnen das Thema Frau in der Regel, wenn überhaupt einmal, nur auf der letzten Seite vorkommt.

Als ich den ersten Artikel las, stellte ich fest, daß von CDU-Feministinnen die Rede war, die die Aufgaben von Frau und Mann im Sinne der marxistisch-sozialistischen Gesellschaftsphilosophie bewerteten. Wissen Sie, da sah ich im Geiste abends auf meinem Fernsehschirm Karl Marx Dracula sich aus seinem Sarg erheben; denn seine Ruhe war hin. Er hatte von dem roten Blut einer Rasse von Frauen gehört, die er bisher für schwarz hielt.

Auch August Bebel hat sich über den Wolken überlegt, ob er sich nicht in seinen Kampfgefährtinnen seinerzeit geirrt hätte; denn er warb ja für Verbündete im Klassenkampf, aber nicht etwa für die Emanzipation.

Ich kann Ihnen nur sagen: Im Ausschuß für die Rechte der Frau im Europäischen Parlament, dessen Vorsitz übrigens mit der starken Unterstützung unserer Männer in der Fraktion an uns ging, würden unsere grünen, sozialistischen und kommunistischen Kolleginnen an ihrer schwarzen Vorsitzenden völlig irre, wenn sie diese Zeilen läsen. Sie ahnen gar nicht, was Sie mit dieser Diskussion in den Köpfen z. B. einer Heidemarie Wiczorek-Zeul anrichten können.

Sie müssen einfach sehen: Hier sind die Fronten völlig verkehrt. So geht es nicht. Seit 20 Jahren diskutieren wir über dieses Thema in der CDU. Der erste Kongreß „Frauen in Beruf und Arbeitswelt“ fand 1964 in der Nachbarstadt Bochum statt. Baustein auf Baustein haben wir im Zusammenhang mit dieser Frage aufeinander gesetzt. Über diese Fragen streiten wir uns also seit vielen Jahren. Aber eins möchte ich ganz klar sagen: Wir haben zu keiner Zeit etwa die Idee des Mutterbildes angegriffen.

Ich möchte Herrn Minister Blüm sagen: Ich habe eine außerordentlich kluge Frau als Mutter und eine sehr kluge Frau als Großmutter gehabt, beides Hausfrauen und Mütter von vier Kindern.

Ich kann Ihnen nur sagen: Gerade die haben mich motiviert und ermutigt, in die Politik zu gehen und für diese Dinge auch zu streiten. - So geht es also nicht.

Wir sollten in dieser Diskussion - und das kommt in diesem Antrag wieder zum Ausdruck - auch einmal daran denken, daß die jungen Frauen, die heute in den Beruf gehen, eine gute Ausbildung haben. Sie möchten heiraten, sie möchten Familie haben, sie möchten ihren Beruf halten. Sie müssen ihren Beruf auch halten, weil manche Gesetze der damaligen Zeit heute nicht mehr sind.

Es hat mich gewundert, daß in den ganzen Diskussionen des heutigen Nachmittages nicht ein einziges Mal das Thema Scheidungsrecht gefallen ist.

(Widerspruch)

- Na gut, dann war ich in dem Moment nicht da. Die veränderte Lebensgesetzlichkeit zwingt heute doch dazu, die Ausbildung auch wirklich lebenslang einzusetzen. Wir müssen den jungen Frauen auch die Möglichkeiten dazu erhalten.

Ich komme gerade zurück von einer Sitzung mit meinem Ausschuß in Italien. Meine Damen und Herren, da haben wir uns mit Textilarbeiterinnen und Heimarbeiterinnen unterhalten, jungen Frauen, hervorragend geschult. Sie wußten, was sie wollten. Sie wollten beides: sie wollten Mutter sein, und sie wollten ihren Beruf halten.

Ich bitte Sie daher dringend, in alledem, was sie heute beschließen, hier nicht auf ein falsches Gleis zu geraten. Wir wollen die Zukunft für die jungen Frauen. Wir wollen die Zukunft für die Mütter, und wir wollen genau dies: daß sie wirklich frei wählen können.

Vielen Dank.

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau Lenz.

Für die Antragskommission hat Frau Rönsch das Wort.

Frau Hannelore Rönsch, Antragskommission: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie ein roter Faden geht durch diesen Leitantrag die freie Entscheidung der Frau und Mutter, ob sie berufstätig sein und gleichzeitig ihren Pflichten in der Familie nachkommen will oder ob sie die Arbeit mit dem Ehepartner teilen will. Ich verstehe deshalb nicht ganz die Intentionen der Antragsteller. Wir haben in der Ziffer 7 - ich kann das nur noch einmal betonen - die Gleichstellung der Werte der Arbeit in der Familie und der Werte der Arbeit im Berufsleben gefordert. Das entspricht dem, was die jungen Frauen wollen. Wir müssen doch auch berücksichtigen, daß Frauen in den Familien bleiben wollen, daß sie sich nur ihrer Familie widmen wollen. Auch diese Frauen finden sich in dem Leitantrag wieder. Frauen können Beruf und Familie miteinander verbinden. Ich meine ganz einfach, daß man das in dem Leitantrag gut wiederfinden kann und daß die Frauen, die sich frei für eine Berufstätigkeit entscheiden, dann auch dementsprechen wählen können.

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Schönen Dank.

Weitere Wortmeldungen liegen mir zu dem Antrag A 4 nicht vor.

Ich lasse abstimmen. Ich erinnere Sie an die Empfehlung der Antragskommission, diesen Antrag mit der Annahme der Ziffer 7 als erledigt zu betrachten. Ich darf Ihr Einverständnis voraussetzen, daß wir dieses Votum der Antragskommission dann bei der Abstimmung über Ziffer 7 mit zur Abstimmung stellen.

Ich rufe die Anträge A 5 und A 6 auf. Die Antragskommission empfiehlt, diese beiden Anträge auf Umstellung einzelner Ziffern abzulehnen. Wortmeldungen zu diesen beiden Anträgen liegen mir nicht vor.

Ich lasse über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den

bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das erste war die Mehrheit.

Ich rufe den Antrag A 7 auf. Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, den Antrag A 7 bei Annahme des Antrages G 2 als erledigt zu betrachten. Sie finden den Antrag G 2 auf Seite 55 der Antragsbroschüre. Hierzu liegen mir keine Wortmeldungen vor. Wer dafür ist, daß wir diesen Antrag nachher mitbehandeln und daß hierüber nach dem Votum der Antragskommission nicht gesondert abgestimmt wird, den bitte ich, mir das mit Kartenzeichen kundzutun. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das erste war die Mehrheit. Ich danke Ihnen.

Ich rufe den Antrag A 8 auf. Dieser Antrag wird gemäß der Empfehlung der Antragskommission im Zusammenhang mit der Ziffer 6 des Antrages des Bundesvorstands behandelt werden.

Mir liegt zu dem Antrag A 8 eine Wortmeldung von Frau Anneliese Hieke vor. Bitte schön.

Frau Anneliese Hieke: Wir möchten uns für das Votum der Antragskommission bedanken, die Rolle der Frau im Mittelstand im Leitantrag noch zusätzlich zu würdigen. Ich glaube aber, es ist zu wenig, wenn man nur die positive Situation der Frauen des Mittelstandes hier mit einbringt. Wir möchten schon beantragen, daß auch die ungelösten Probleme der mitarbeitenden Ehefrauen und der selbständigen Frauen, vor allen Dingen die Benachteiligung im Familienrecht, im Sozialrecht, im Arbeitsrecht und im Steuerrecht, abgebaut werden. Wir möchten Sie bitten, diese Forderungen hier noch zu übernehmen.

Es gibt in der Bundesrepublik ca. eine Million mitarbeitender Ehefrauen und eine halbe Million selbständige Frauen. Ihre Leistung für Wirtschaft und Gesellschaft ist in den Leitsätzen überhaupt nicht zum Ausdruck gekommen. Ich glaube, es entspricht nicht dem Stellenwert dieser Frauen, wenn sie nur in dem kleinen Ansatz hier in die Leitsätze eingebracht werden. Ich bitte Sie daher alle, zuzustimmen, daß auch die schwierige Situation und der Abbau der Nachteile dieser Frauen hier mit aufgenommen werden.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Hieke. Das Wort für die Antragskommission hat Frau Rönsch.

Frau Hannelore Rönsch, Antragskommission: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben die Überlegungen aus Ihrem Antrag bei der Neuformulierung der Ziffer 6 berücksichtigt. Dort wird besonders die Herausforderung beschrieben, die gerade die junge Unternehmerin und die junge Frau im mittelständischen Gewerbe zu bestehen hat. Wir erkennen ihre Arbeit dort als mithelfende Familienangehörige in den mittelständischen Unternehmen an. Wir meinen, daß mit der Neuformulierung der Ziffer 6 Ihrer Anregung in Ihrem Antrag Rechnung getragen würde.

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau Rönsch.

Wir entscheiden, wie ich schon gesagt habe, über den Antrag A 8 bei der Abstimmung über Ziffer 6.

Ich rufe den Antrag A 9 in Verbindung mit dem Antrag A 2 auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 9 im Zusammenhang mit Ziffer 1 des Bundesvorstandes zu behandeln. Auch er wird später aufgerufen. Wortmeldungen liegen mir hierzu nicht vor.

Ich rufe den Initiativantrag A 10 auf. Fundstelle für diesen Initiativantrag ist die Ihnen, meine Damen und Herren, heute abend vorgelegte Sammlung von Initiativanträgen, die auf Ihren Plätzen verteilt wurde. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung des Antrages A 10. Wortmeldungen dazu liegen mir nicht vor.

Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer für diese Empfehlung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das erste war die Mehrheit. Damit ist - bei einigen Gegenstimmen - dem Votum der Antragskommission gefolgt.

Ich rufe den Initiativantrag A 11 auf. Auch hier ist die Fundstelle die Ihnen vorliegende Sammlung der Initiativanträge.

Die Antragskommission empfiehlt hier Annahme. Wortmeldungen zu diesem Antrag liegen mir nicht vor.

Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wenn Sie für die Empfehlung sind, bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobel - Stimmenthaltungen? - Bei ganz wenigen Gegenstimmen ist dieser Antrag so angenommen.

Damit sind die allgemeinen Anträge zum Antrag des Bundesvorstands behandelt.

Wir kommen nun zur Behandlung der Präambel; das sind die Ziffern 1 bis 5 des Antrags des Bundesvorstands.

Ich rufe Ziffer 1 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge A 2, A 9 und B 1 bis B 8. Die Empfehlung der Antragskommission finden Sie auf Seite 5 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Annahme der Anträge B 1, B 4 und B 5 in der in der Antragsbroschüre ausgedruckten Fassung. Es liegen Wortmeldungen vor. Zu dem Antrag B 6 hat jetzt Herr Karl Nagel das Wort.

Karl Nagel: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Eine Volkspartei, die das C in ihrem Namen führt, muß sich immer wieder von neuem auf ihren eigenen Ursprung besinnen und ihr Programm und das politische Handeln an diesem hohen Anspruch messen. Deshalb begrüßen wir die Vorlage des Bundesvorstands, auch wenn diese einige Irritationen ausgelöst haben sollte. Auch das tut einer Volkspartei nur gut.

Der Landesverband der westfälischen CDU möchte mit seinem Antrag zur Präambel ganz zentral auf unseren Ursprung zurückkommen. Meine lieben Parteifreunde, das eigentlich Revolutionäre an der christlichen frohen Botschaft ist doch die Freiheit des Christenmenschen. Ich zitiere - Frau Laurien hat das eben auch schon getan - den Apostel Paulus: „Da gilt nicht mehr Jude noch Heide, nicht mehr Römer noch Grieche, weder Sklave noch Freier, weder Mann noch Frau“. Verehrter Herr Bundeskanzler, wenn Paulus hier auf diesem Parteitag in Essen gewesen wäre, hätte er hinzugefügt: weder Westfale noch Rheinländer, weder Bange- noch Zimmermann.

(Heiterkeit und Beifall)

Die revolutionäre Botschaft von der gleichen Freiheit und der gleichen Würde aller Menschen - das ist die ewig alte und doch immer wieder neue Botschaft an uns alle. Meine Freunde, diese Freiheit des Christenmenschen müssen wir in die Wirklichkeit dieser Welt, in die Wirklichkeit der Welt der letzten 15 Jahre dieses Jahrtausends umsetzen. Freiheit jedes einzelnen Christenmenschen - das bedeutet auch und vor allem Freiheit von aller Gesetzesgerechtigkeit, Freiheit von allem gleichmachenden Formalismus, Freiheit auch von manchen überkommenen gesellschaftlichen Zwängen, die heute keine Berechtigung mehr haben.

(Beifall)

Deshalb sind alle Irritationen über die Vorlage des Bundesvorstands eigentlich überflüssig. Meine Freunde, wir tun mit unserem Antrag im Grunde nichts Neues. Im Grunde versuchen wir nur, die alte Botschaft in die konkrete Politik von morgen umzusetzen.

Die christliche Botschaft von der vollen und gleichen Würde aller Menschen, die Botschaft von der Freiheit der Kinder Gottes lassen nun einmal sehr unterschiedliche Lebensentscheidungen und Lebensentwürfe zu. Der Staat hat dann selbstverständlich auch die finanziellen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, daß freie Entscheidungen in diesem Freiheitsraum möglich sind. Meine verehrten Damen, für mich ist Emanzipation auch die Entscheidungsmöglichkeit einer Frau und Mutter für eine Reihe von Kindern, wenn man sie dafür auch entsprechend anerkennt und entlohnt. Auch das ist eine Möglichkeit der Emanzipation.

(Beifall)

Der Staat hat nur den Freiheitsraum zu eröffnen, die Entscheidung selbst aber dem einzelnen zu überlassen. Der Staat hat die Rahmenbedingungen für Wahlfreiheit zu gewährleisten. Er hat nicht einmal zu steuern, ja er hat nicht einmal zu werten. Die individuelle Lebensgestaltung des einzelnen ist gleichwertig - ohne Höher- und Minderbewertung - in Freiheit zu gewähren. Frau Laurien, ganz konkret - wir sind uns einig -: Ob Beruf oder Familie, im Neben- oder Nacheinander im Leben, ob nur Beruf, ob nur Familie, ob Klein- oder Großfamilie - das liegt in der freien Entscheidung von jedem einzelnen in Abstimmung mit seinem Partner. Sonst hat niemand hineinzureden.

(Beifall)

Fern aller Wertung lassen Sie mich dafür ein Beispiel anführen. Ich komme aus einem ländlichen Raum. Ich kenne Mütter und Frauen auf Bauernhöfen oder in großen Familien, die 80 Stunden und mehr in der Woche für fünf Kinder und für zwei alte pflegebedürftige Menschen sorgen. Sie bleiben in der Familie und sorgen für die Kinder und die Alten. Wir haben dabei oft noch die Vorstellung: Sie bleibt zu Hause, und das ist gut. - Eine andere hat auch fünf Kinder; sie arbeitet 20 Stunden pro Woche in einem Altenheim und tut dort die gleiche Arbeit. Man meint oft, sie sei nicht so gut, weil sie außer Hause ist. Von diesen Klischeevorstellungen müssen wir loskommen.

(Beifall)

Von diesem zentralen Ansatz von der personalen Würde und der Freiheit jedes einzelnen leiten sich alle weiteren Aussagen unseres Antrags aus Westfalen ab.

Lassen Sie mich hier nur noch ein Thema aufgreifen. Meine Freunde werden gleich noch im einzelnen auf unseren Antrag eingehen. Ich möchte etwas zum Stichwort „alleinerziehende Mutter“ sagen. Kinder zu haben, vor allem mehrere Kinder zu haben ist heute schwer, nicht deswegen, weil wir arm sind - nein, ganz und gar nicht deswegen -, sondern deswegen, weil wir keine kinderfreundliche Atmosphäre haben, erst recht nicht für Alleinerziehende, am allerwenigsten für Alleinerziehende mit sogenannten unehelichen Kindern.

(Zustimmung)

In diesen Zusammenhang, so meine ich, gehört auch jede Diskussion über § 218. Was haben wir als CDU getan, was tut jeder einzelne von uns, um diesen jungen Mädchen und ihren Kindern zu helfen? Dies ist die zentrale Frage für jeden von uns. Es geht nicht nur darum, daß wir aus christlicher Überzeugung diese Lebensform honorieren. Das ist zu wenig. Nein, wir müssen eine kinderfreundliche, positive Atmosphäre schaffen, gerade für die, die sich unter schwierigen Bedingungen und großen persönlichen Opfern ohne Wenn und Aber für das Leben entschieden haben. Sie verdienen unseren Respekt.

(Beifall)

Meine Freunde, wir glauben, daß wir gerade mit unserer Präambel sofort zentral in das Thema führen. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das zum Abschluß sagen: Wenn es um die Frage geht, in welchem Maße wir helfen, in welchem Maße wir eine kinderfreundliche Atmosphäre schaffen, ist vor allem Glaubwürdigkeit der Christlich Demokratischen Union und Glaubwürdigkeit jedes einzelnen von uns gefragt.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Wir haben bisher von einer Redezeitbegrenzung abgesehen. Angesichts der Fülle der Wortmeldungen, die hier schon eingegangen sind, ist das Präsidium aber übereingekommen, für alle folgenden Redner eine Redezeitbegrenzung von fünf Minuten einzuführen.

(Beifall)

Jetzt hat Herr Rödding das Wort.

Dr. Gerhard Rödding: Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, für die Fassung der Präambel einzutreten, die der Landesverband Westfalen-Lippe Ihnen vorschlägt.

Man kann zwar nicht bestreiten, meine Damen und Herren, daß auch der Vorschlag des Bundesvorstandes manches Gute enthält. Aber ich fürchte, die Präambel hat in dieser Fassung auch einen fatalen Klang.

Sie sagt nämlich - ich fasse das kurz zusammen -: Die Frauen sind eigentlich noch immer nicht so, wie wir sie eigentlich gerne haben wollten. Wir wollten sie gern als moderne Frauen haben. Wie das sein soll, wissen vor allem wir in der CDU. Denn wir haben das christliche Menschenbild. Im Konrad-Adenauer-Haus wissen sie es besonders gut und genau.

Dann kann man die abstrakten Sätze lesen. Dort finden sich abstrakte Begriffe, die auch ein wenig nach Ideologie riechen: Eigenwert, Gleichberechtigung, Partnerschaft. Dagegen ist ja nichts zu sagen. Heute ist ein paarmal die Bibel zitiert worden. Nur, meine Damen und Herren, redet die Bibel nicht in solchen abstrakten Begriffen, sondern die redet vom konkreten Leben.

So einfach ist das mit dem christlichen Menschenbild nämlich nicht. Unsere Großmütter, denen es nie in den Sinn gekommen wäre, einen Beruf zu ergreifen, haben sich auch darauf berufen, meistens allerdings gegen diejenigen, die dann in den ersten Jahren unseres Jahrhunderts anfangen berufstätig zu werden. Mancher Bäuerin und mancher Handwerkersfrau, die immer mitgearbeitet hat, hat man auch das christliche Menschenbild entgegengehalten und ihr gesagt: Das ist der Dienst, den du an der Gesellschaft tun mußt, den wir von dir fordern.

Nein, meine Damen und Herren, so einfach ist das mit dem christlichen Menschenbild nicht. Jedenfalls geht es nicht so, daß wir uns zunächst einmal ein abstraktes Bild von dem machen, wie eine Frau sein sollte, und daß wir an dieser Elle dann alles messen, was dann noch kommt und was passiert, und daß wir daraus unsere politischen Schlüsse ziehen.

Ich möchte gern, daß wir auch in diesem Zusammenhang wirklich sagen: Wir sollten uns lieber kein Bildnis machen. Meine Damen und Herren, gerade das sucht der westfälische Vorschlag zu tun. Er geht nämlich davon aus, daß es bereits eine Reihe von Lebensformen gibt, in denen Frauen ihr Leben selbst gestalten. Die Frauen haben im Laufe unserer jüngsten Geschichte das alles schon längst selbst geschaffen. Das ist der Weg, auf dem sich in der Geschichte etwas verändern kann: daß sich Menschen in Freiheit daranmachen, die Dinge zu beseitigen, die entgegenstehen, und sich die Lebensform schaffen, in der sie gerne leben mögen. Da können unsere theoretischen Zwangsalternativen nichts ändern.

Meine Damen und Herren, ich meine, wir sollten etwas vorsichtig sein. Wir sollten auf der Hut sein, wenn wir vom Menschenbild sprechen. Es ist in der Geschichte so strapaziert und für so unterschiedliche Interessen mißbraucht oder auch gebraucht worden.

Nur ist eines klar - das ist der Kern der Sache - : Die Freiheit, die eigene Lebensform zu wählen und auch zu verantworten, das ist wohl das erste, was aus dem christlichen Menschenbild herauszuholen ist. Mit allem anderen sollten wir zunächst einmal vorsichtig sein. Dann käme es in der Politik darauf an, daß wir die Brocken aus dem Weg räumen, die dieser Freiheit entgegenstehen. Dazu ist in dem ganzen Antrag außerordentlich viel Positives gesagt.

Aber das lassen Sie uns konkret tun, an Hand von konkreten Lebensbildern, wie wir sie aufgezeigt haben, und nicht mit Hilfe eines ideologisch verfestigten Bildes vom Menschen, das meistens nach unserem eigenen Geschmack theoretisch zurechtgezimmert ist.

(Vereinzelt Beifall)

Aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, ist unser westfälischer Antrag viel besser. Darum sollten wir ihn annehmen.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Das Wort hat Kuni Dömer.

Frau Kuni Dömer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Meine Bitte um Annahme des Antrags des Landesverbandes Westfalen-Lippe möchte ich mit einer Zusammenfassung dessen begründen, was meine Berufskolleginnen, die Hausfrauen und Mütter, heute zum Ausdruck gebracht haben, verbunden mit meiner eigenen Meinung.

Es klang gestern und heute in den Reden durch - man erwähnte es nebenher in den Materialien -: *Auch die Hausfrau und Mutter ist gleichwertig in unserer Gesellschaft.*

(Vereinzelt Beifall)

Da kamen mir und vielen anderen Zweifel. Auch das hörte ich. „Frauen in Beruf und Familie“, „Frauen im Berufsleben“ und „Frauen in Politik und Gesellschaft“ waren die Titel der Foren von heute. Der Arbeitskreis „Frauen als Hausfrau und Mutter in der Verwandtschaftsfamilie und im Ehrenamt“ ist leider vergessen worden.

Sind wir Hausfrauen nun doch eine Randgruppe in dieser Christlich Demokratischen Union geworden, die viele meiner Kolleginnen als ihre politische Heimat sehen? Ich wüßte gerne, ob eine echte Hausfrau und Mutter, die ihre Aufgaben in der Familie erfüllt hat, an der Erstellung der Leitsätze beteiligt war und wie viele im Familienministerium tätig sind, wo sie Fachfrau wären. Ich freue mich, daß Sie, Norbert Blüm, unsere Arbeit so positiv sehen. Das ist für uns ein wunderbares Gefühl.

Es wird also über uns geschrieben und gesprochen, doch haben viele Frauen angesichts des Zeitgeistes nicht mehr den Mut, sich selbst zu äußern, aus Furcht, von den zur falsch verstandenen Befreiung entschlossenen Frauen als rückschrittlich verachtet zu werden.

(Vereinzelt Beifall)

Da kommen immer die drei Ks ins Spiel: Küche, Kinder, Kirche. Sie beinhalten die wichtigsten Dimensionen unseres Lebens.

Erstens. Ohne die Versorgung unseres Körpers mit Nahrung wären wir nicht lebensfähig.

Zweitens. Die Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft.

Drittens. Kirche, weiter gefaßt, ist die geistige Zuordnung, die religiöse Bindung, ohne die der Mensch nach unserer Überzeugung nicht vollwertig ist.

(Vereinzelt Beifall)

Nicht in erster Linie das Geld, das in die Familie investiert wird, stärkt sie, sondern vor allem die Fürsorge, die Liebe, die sie empfängt, das Dasein vor allem der Mutter ihrer Natur nach für die Kinder.

Die Anerkennung des Babyjahres ist natürlich ein außerordentlich wichtiger erster Schritt zur Sicherstellung der älteren Frauen, die ihre Aufgabe in der Familie wahrgenommen haben. Es sollte natürlich nach Möglichkeiten gesucht werden, die

Frau nach der Kindererziehung wieder in den Beruf einzugliedern, vielleicht in einem neuen, in dem sie ihre Erfahrungen auf allen Gebieten des täglichen Lebens einbringen kann.

Dies gilt vor allem auch - wenn wir hier im politischen Bereich darüber sprechen - für die politische Arbeit, nicht nur an der Basis. Hier sind die Erfahrungen besonders wichtig, um nicht vom grünen Tisch aus weltfremde Beschlüsse zu fassen. Hier sollte man in der Politik der CDU mit gutem Beispiel vorangehen.

Ich spreche hier nicht gegen Frauen im Beruf. Ich spreche für die Frauen in der Familie. Wichtig ist doch, daß sich jeder seinem Wesen nach entfalten kann, ob Frau oder Mann. Der Zeitgeist will den Frauen eine Rolle - hier ist das Wort „Rolle“ einmal angebracht - aufzwingen, die häufig nicht ihrem Wesen entspricht. Alles, was nur aus Anpassung an den Zeitgeist geschieht, macht wesensfremd und unglücklich. Im Einklang mit seinem Wesen zu sein führt zur wahren Befreiung, zur echten Selbstverwirklichung.

Unter diesen Voraussetzungen kann der Mensch, ob Mann oder Frau, im positiven Sinne etwas leisten. Dabei hat Leistung nicht nur mit bezahlter Arbeit zu tun.

Ich möchte meinen Berufsfreundinnen zurufen: Wenn Sie für die Familie berufen sind, behalten Sie Ihr Selbstwertgefühl; bleiben Sie manchmal der ruhende Pol, manchmal die treibende Kraft, immer der liebende, geliebte Mittelpunkt in der Familie, im ehrenamtlichen Engagement! Ohne Sie kann unsere neue Gesellschaft, eine nicht mehr nur materiell orientierte, nicht bestehen.

Weil der Antrag des Landesverbandes Westfalen-Lippe die Arbeit der Frau in der Familie stärker herausstellt, bitte ich um Zustimmung.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Es spricht jetzt Herr Laurenz Meyer. Bitte!

Laurenz Meyer: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will es sehr kurz machen,

(Beifall)

weil ich um Ihre Situation weiß. Ich habe selbst den ganzen Tag hier gesessen und der Diskussion gelauscht, und ich muß sagen, nach den ganzen Irritationen, von denen Sie, Herr Geißler, in Ihrer Rede heute morgen auch gesprochen haben, und nach den ganzen Irritationen, die es in der Öffentlichkeit um den Antrag gegeben hat, habe ich heute eigentlich nur eine Schlußfolgerung gezogen: Sie haben vermutlich gerade den falschen Kreis eingeladen. Bei den Frauen scheint das alles völlig unstrittig zu sein. Sie hätten die Männer aus den Kegelclubs usw. einladen müssen, wo das alles nämlich fürchterlich umstritten ist.

(Beifall)

Dann sollten wir einmal sehen, wie hier die Diskussion geführt würde!

Deshalb, meine Damen, möchte ich Sie bitten, beim Antrag von Westfalen-Lippe mit

uns zu stimmen, denn es geht darum, mit den Männern in unserem Land Klartext zu reden. Deshalb stehe hier auch ich stellvertretend für die Frauen, die bei uns in der Arbeitsgruppe waren, um zu sprechen. Es geht darum, mit den Männern Klartext zu reden, klar zu sagen: Die Frauen sollen gemeinsam, in der Partnerschaft, die Möglichkeit haben, zu wählen, und wir sollten toleranter werden. Das ist die Grundforderung, die hier drinsteht:

(Zustimmung)

klar zu sagen, was wir wollen, und die Forderung nach Toleranz.

Ich darf Sie bitten, dem Antrag von Westfalen-Lippe, weil er klarer ist als der Antrag des Bundesvorstandes, zuzustimmen.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Frau Dr. Wilms, bitte.

Frau Dr. Dorothee Wilms: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, wir kommen in eine falsche Diskussionslage. Wir sollten nicht diskutieren: hier Mutter, dort berufstätige Frau,

(Beifall)

hier Hausfrau, dort eine Frau, die in der Politik engagiert ist. Meine Damen und Herren, unsere jungen Frauen wollen in allen ihren Lebensbereichen ihre Frau stehen; sie haben einen Beruf gelernt und wollen im Beruf auch tätig sein. Sie bejahen die Ehe. Es ist ja nicht wahr, daß sie Ehen ablehnten! Unsere jungen Frauen wollen Kinder; sie lehnen die Abtreibung ja letztlich ab. Deshalb: Gehen wir hier doch nicht in einen Gegensatz hinein. Ich denke, je mehr wir hier Gegensätze künstlich aufrichten, um so mehr manövrieren wir uns selber in eine Ecke, in die wir nicht hineingehören, in die wir nie hineingehört haben.

(Beifall)

Vielleicht entsteht diese Diskussion durch Formulierungen, durch kurze Sätze in dem Antrag, durch eine Sprache, die möglicherweise dem einen oder anderen nicht so vertraut ist. Deshalb wäre meine Anregung, daß man vielleicht den Antrag B 6 von Westfalen-Lippe doch noch einmal vom Inhalt her überprüft und ihn gedanklich als Präambel aufnimmt. Ich gebe zu, er ist als Präambel vielleicht zu lang, und es sind auch Wiederholungen darin.

(Zustimmung)

Deshalb meine Anregung an die Antragskommission, doch zu überprüfen, ob man den B 6 in der Substanz nimmt, denn er drückt ja diese Vielfältigkeit, diese Wahlfreiheit, die wir wollen, konkret aus.

(Beifall)

Vielleicht kann man das Ganze durch Kürzungen und Straffungen in den Duktus des Antrages übernehmen.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau Dr. Wilms.

Für die Antragskommission darf ich nun Frau Karwatzki das Wort geben.

Frau Irmgard Karwatzki, Antragskommission: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin in der für mich nicht angenehmen Situation, gegen meine Freunde aus Westfalen reden zu müssen, aber die Kollegin, die vorgesehen war, ist leider nicht da.

Zu den vorgetragenen Argumenten möchte ich im einzelnen anfügen: Herr Kollege Nagel, wenn Sie hier sehr differenziert das christliche Menschenbild dargelegt haben, möchte ich kurz und knapp auf unser Grundsatzprogramm verweisen, in dessen ersten Ziffern sehr differenziert unser Bild vom Menschen dargelegt ist. Wir haben die Aussage getroffen, daß das christliche Verständnis vom Menschen die Grundlage der übrigen Aussagen ist, und ich glaube, dies ist hier differenziert berücksichtigt worden.

Herr Nagel, Sie haben gesagt: Wir müssen heute Politik aus dem christlichen Menschenbild heraus für morgen machen. Ich denke, die Christlich Demokratische Union hat immer Politik für morgen gemacht. Dieser gestalterische Aspekt war doch die Grundlage dafür, daß wir z. B. 1983 bei den Bürgern die Mehrheit bekommen haben.

Zwei Dinge, die Frau Dömer hier angesprochen hat, möchte ich aufgreifen. Frau Dömer, es trifft nicht zu, daß dieses Papier im Ministerium gemacht worden wäre. Die Fachleute dort sind ganz wichtig und an ihrem Platz auch richtig, aber dieses Papier ist von einer Kommission der Partei erstellt worden. In dieser Kommission haben Männer und Frauen, verheiratete, solche mit Kindern und solche ohne Kinder, und nicht verheiratete, gearbeitet. Wenn wir in dieser soziologischen Zusammensetzung übereinstimmend dieses Papier erarbeitet haben, finde ich es nicht richtig und auch nicht fair, daß Sie aus Ihrer Betroffenheit, aus Ihrer Sicht als Mutter und Hausfrau und als Vertreterin dieser Berufsgruppe, uns unterstellen, wir hätten hier die Mütter und Hausfrauen als Randgruppe betrachtet.

(Zustimmung)

Ich meine, daß das nicht in dem Papier steht und daß das nicht richtig ist.

Wenn Sie, von der Präambel ausgehend, die Ausfächerung in den einzelnen Ziffern sehen, ist doch unschwer zu erkennen, daß alles, was die Westfalen, die westfälisch-lippische Union, hier in die Präambel hineinnehmen wollte, anschließend - in den zuständigen Ziffern - entfächert ist.

Meine Damen und Herren, ich glaube auch, daß wir, wenn wir hier den Antrag Westfalen-Lippe übernehmen würden, in eine Situation kämen, in der wir die gesamten Leitsätze heute abend in einen anderen Duktus bringen müßten. Meine

Damen und Herren, ich glaube, die Kommission war soziologisch gut zusammengesetzt, und wir haben alle möglichen Aspekte berücksichtigt. Deshalb bitte ich für die Antragskommission sehr herzlich darum, dem Antragskommissionstext zuzustimmen, also den kurzen Text anzunehmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau Karwatzki.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung, aber ich muß zur Abstimmung noch etwas sagen. Wir müssen an dieser Stelle auch über die Anträge A 9 in Verbindung mit A 2 und über B 6, der ja in der Aussprache behandelt wurde, abstimmen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 9 in Verbindung mit dem Antrag B 6 in der Fassung der Antragskommission anzunehmen und als neue Ziffer 12 a in die Leitsätze einzufügen. - Ich bitte Sie, den Druckfehler in der Antragsbroschüre auf Seite 4 entsprechend zu korrigieren.

Ich komme nun zur Abstimmung und darf zuerst über die Ziffer 1 in der Fassung der Antragskommission und dann über die Einfügung von Ziffer 12 a in der Fassung der Antragskommission abstimmen lassen.

Wer für die Ziffer 1 in der Fassung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das erste war die Mehrheit. Ziffer 1 ist also gemäß dem Votum der Antragskommission angenommen.

Jetzt lasse ich über Ziffer 12 a in der Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das erste war die Mehrheit. Ziffer 12 a ist so angenommen.

Für die übrigen Anträge zu diesem Abschnitt gelten damit die Empfehlungen der Antragskommission in der rechten Spalte auf Seite 5.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu Ziffer 2 des Antrages des Bundesvorstandes. Dazu gehören die Anträge B 9 bis B 14. Sie finden sie und die Empfehlungen der Antragskommission auf den Seiten 8 und 9 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrages B 9 und Ablehnung der Anträge B 10 bis B 14.

Zu B 10 liegt mir eine Wortmeldung von Frau Annette Busse vor. - Sie ist nicht da. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; damit komme ich zur Abstimmung.

Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist das Votum der Antragskommission so beschieden.

Ich rufe Ziffer 3 des Antrages des Bundesvorstandes auf.

Dazu gehören die Anträge B 15 bis B 21. Diese Anträge finden Sie wie die Empfehlungen der Antragskommission ebenfalls in der Antragsbroschüre, und zwar auf Seite 9.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme der Anträge B 15 bis B 17, B 19 und B 21 in der Fassung der Antragskommission.

Hierzu liegen mir Wortmeldungen vor. Zuerst Frau Johanna von Westphalen, dann Herr Fuchtel vom Landesverband Baden-Württemberg. Frau von Westphalen, bitte.

Frau Johanna von Westphalen: Warum hat die Antragskommission sich nicht bereiterklären können, den Antrag B 17 des Landesverbands Baden-Württemberg in die Ziffer 3 aufzunehmen? Ich möchte diesen Antrag begründen. Wenn beide, Mann und Frau, für die Erziehung der Kinder zuständig sind, wie es in der neuen Fassung der Ziffer 3 gefordert wird - recht so! -, dann tragen beide in nicht geringem Maß Verantwortung für ihr ungeborenes Kind. Das muß hier herein. Denn heute wird vielfach argumentiert, die Frau könne über ihren Fötus frei verfügen. Im Interesse der Frauen - und ich spreche jetzt wirklich im Interesse der Frauen - müssen wir hier zumindest an irgendeiner Stelle, wenn es in diesem Leitantrag um die Verantwortung für Mann und Frau geht, klar ausdrücken, daß die Frauen hier nicht von ihrem Partner alleingelassen werden dürfen und daß vor aller weiteren gemeinsamen Verantwortung für das gemeinsame Kind die Männer um diese Mitverantwortung für das ungeborene Leben nicht herumkommen. Das ist mindestens so wichtig wie später die Erziehung. Gerade weil das ungeborene Leben heute so zur Disposition gestellt wird, muß diese Forderung hier herein.

Ich bitte Sie, die Empfehlung zu Antrag B 17 ohne den Zusatz von Baden-Württemberg abzulehnen.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Schönen Dank. - Das Wort hat Herr Dr. Geißler.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich halte sowohl den Antrag als auch die Begründung des Landesverbands Baden-Württemberg für richtig und empfehle dem Parteitag, dieser wichtigen Ergänzung zuzustimmen.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Dr. Geißler. - Das Wort hat Herr Fuchtel, Landesverband Baden-Württemberg.

(Zurufe: Erledigt!)

- Ist die Wortmeldung erledigt?

(Zustimmende Zurufe)

Möchte die Antragskommission das Wort haben? Frau Karwatzki? - Das ist nicht nötig. Auch das ist erledigt

Wir kommen zur Abstimmung. Ich rufe noch einmal in Ihre Erinnerung: Wir stimmen über die Ziffer 3 des Antrags des Bundesvorstands mit der Empfehlung ab, die Herr Dr. Geißler Ihnen soeben gegeben hat. Zustimmung? Bitte das Kartenzeichen! - Gegenstimmen! - Stimmenthaltung? - Das ist die überwiegende Mehrheit.

Ich rufe die Ziffer 4 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 22 bis B 27 und der Initiativantrag B 31. Sie finden die Empfehlungen der Antragskommission in der Antragsbroschüre auf der Seite 10 und den Initiativantrag auf der Seite 2 der Sammlung der Initiativanträge.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Anträge B 22 bis B 25 und des Antrags B 31 in der Fassung der Antragskommission, die in der Sammlung der Initiativanträge gedruckt ist.

Das Wort hat für die Antragskommission Frau Karwatzki.

Frau Irmgard Karwatzki, Antragskommission: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie werden verstehen, daß es nicht leicht war, hier zu versuchen, einen Kompromiß zu erreichen. Heute nachmittag haben aber alle Beteiligten, soweit sie Anträge gestellt haben und in der Antragskommission vertreten waren, sich auf die Empfehlung verständigt, die Ihnen vorliegt. Ich weise auf die unterstrichenen Worte besonders hin, die im Kompromißvorschlag eine große Übereinstimmung erreichen könnten.

Ich bitte Sie herzlich, dieser Empfehlung der Antragskommission zu folgen. Ich gehe davon aus, daß der Text Ihnen allen vorliegt. Ich brauche ihn nicht vorzulesen. - Danke schön.

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau Karwatzki.

Mir liegen drei Wortmeldungen vor. Zunächst Herr Blüm. Bereithalten mögen sich Frau Doris Herr-Beck und Frau Doris Beerbaum. Herr Blüm, bitte.

Dr. Norbert Blüm: Meine Damen und Herren! Es geht für mich nicht um Kompromiß oder nicht Kompromiß. Es gibt Sachen, die ausgetragen werden müssen.

Es geht andererseits nicht um eine besondere Art von Schriftgelehrtentum, wo alles auf Punkt und Komma so formuliert werden muß, wie ein Antrag gestellt ist. Für die Sozialausschüsse gibt es drei Punkte, die für uns unverzichtbar sind.

Der erste Punkt. Vater und Mutter sind nicht beliebig austauschbar. Dies wollen wir festgehalten wissen.

(Beifall)

Der zweite Punkt ist, daß wir uns in der Gleichberechtigungs-Diskussion nicht auf die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau im Erwerbsleben beschränken, sondern daß wir die Gleichberechtigung zwischen der erwerbstätigen Mutter und der nicht erwerbstätigen Mutter für ebenso wichtig halten.

(Beifall)

Diese zweite Abteilung der Gleichberechtigung ist nicht minderen Wertes.

Der dritte Punkt ist, daß die Familienarbeit von besonderem Wert ist, daß wir ein neues - ja, soll ich sagen: - Image, Prestige für die Familienarbeit brauchen, daß die Familienarbeit nicht die Aschenputtelarbeit der Gesellschaft ist, sondern daß darin genausoviel Humanität, genausoviele Emanzipationschancen wie in der Erwerbsarbeit liegen.

Ich will die drei Punkte ganz kurz begründen. Die Lehre vom Unterschied ist deshalb gefährlich, weil in die Unterschiede manches eingeschmuggelt wurde, was Unterdrückung war. Aber nicht jeder Unterschied ist Unterdrückung, und nicht jede Differenz ist Diskriminierung. Wir sollten uns nicht plagen und jagen lassen von einer fixen Idee absoluter Gleichheit. Ich halte sie für einen Verlust an menschlicher Vielfalt.

(Beifall)

Sehen Sie, meine Damen und Herren, jene Errungenschaften, die uns da gemeldet werden, daß auch Männer mit Hilfe der Akupunktur in die Lage versetzt wurden, Kinder zu stillen, halte ich nicht für einen Fortschritt. Da bekomme ich eher Gänsehaut.

(Beifall)

Laßt doch jeden seine Aufgabe erfüllen!

Ich glaube, daß das Wort „Rolle“ nicht ganz treffsicher ist, um die unterschiedliche Natur von Mann und Frau deutlich zu machen. „Rolle“, das taugt für die Beschreibung von Funktionserfordernissen. „Bezugsperson“: Merken Sie nicht, daß das eine relativ kalte Sprache ist? „Schlaf, Kindchen schlaf; deine Bezugsperson hütet die Schaf“: wir wüßten nicht, ob Mutter oder ob Vater in Pommerland war.

(Heiterkeit und Beifall)

Sie sehen: Die Soziologie ist nicht immer präzise.

Deshalb bleibe ich dabei: Unterschiede, die Unterdrückung sind - Lohnbenachteiligung, Aufstiegshemmungen, sozialversicherungsrechtliche Benachteiligung der Frauen -, werden von uns bekämpft. Aber laßt Mutter Mutter sein und Vater Vater sein und nicht den Ehrgeiz aufnehmen, daß wir alles mit allem verwechseln! Diese Gesellschaft wünsche ich mir nicht.

(Beifall)

Es ist ja - ich verstehe möglicherweise nicht so viel davon - die Bibel zitiert worden. Ich halte für eine große Weisheit jenen biblischen Satz: „Gott erschuf den Menschen als Mann und Frau; als Mann und Frau erschuf er den Menschen“. Und - man muß nicht unbedingt Christ sein - eine der schönsten griechischen Mythologien berichtet uns von der Vorstellung eines Menschen, möglicherweise eines Übermenschen, den die Götter in Mann und Frau gespalten haben; und jetzt sucht jeder seine andere Hälfte. Glücklicher der, der seine bessere Hälfte findet.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich habe auch unsere Partnerschaft nie nur als Summe, als Fortsetzung verstanden. Ich habe sie immer als Ergänzung verstanden. Die schönsten Liebesgedichte wären nicht geschrieben worden, wenn die Partner im anderen nur den gleichen gesucht hätten. Nein, sie haben den anderen gesucht. Laßt uns daran festhalten!

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Blüm. - Frau Dr. Herr-Beck, bitte.

Frau Dr. Maria Herr-Beck, Antragskommission: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, unser Papier ist gründlich mißverstanden worden, wenn Leser meinen, daß wir Mann und Frau ertauschen wollen, daß wir aus dem Mann eine Frau oder aus der Frau einen Mann machen wollen.

Wer das Papier aufmerksam liest, kann doch nur zu dem Ergebnis kommen, daß wir eigentlich genau das Gegenteil wollen,

(Zustimmung)

daß wir nämlich den Mann, wie er ist, als Mann, und die Frau, wie sie ist, mit ihren speziellen Möglichkeiten, Fähigkeiten und Eigenschaften gemeinsam in der Familie, im Beruf und in der Politik wirken lassen wollen. Ich meine, es wäre eine schlechte Politik, es könnte keine gute Berufswelt sein und es könnte keine gute Familie sein, wenn nur entweder die Mutter oder der Vater vorhanden wären. Deshalb müssen beide zusammenwirken.

Wir müssen doch zur Kenntnis nehmen, daß sich unsere Welt in den letzten 50 Jahren verändert hat. Frauen, die einen Beruf erlernt haben, sind heute nicht mehr ohne weiteres bereit, diesen Beruf lebenslang an den Nagel zu hängen. Wir müssen ihnen Möglichkeiten schaffen, Beruf und Familie zu vereinbaren. Dies geht, auch dann, wenn Frauen eine Zeit lang auf ihren Beruf zugunsten der Familie verzichten, nicht ohne Partnerschaft von Mann und Frau. Ich meine, daß die Familie reicher ist, wenn sich Vater und Mutter ihr, den Kindern widmen.

Ich glaube, daß wir dies in der Ziffer 4 des Leitantrages, so, wie sie jetzt ergänzt wurde, durchaus noch einmal klargestellt haben. Deshalb besteht überhaupt keine Veranlassung für Hausfrauen oder Mütter, zu glauben, daß sie von uns hier nicht Gerechtigkeit bekommen sollen. Wir sind für Gemeinsamkeit in Beruf, Familie und Politik.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Ich bitte um Verständnis, wenn ich die Wortmeldungen ein ganz klein wenig umstelle. Frau Beerbaum, ich bitte einen Augenblick um Geduld. Frau Dr. Hellwig hat gebeten, ganz kurz Stellung nehmen zu dürfen.

Frau Dr. Renate Hellwig, Antragskommission: Meine sehr verehrten Damen! Liebe

Parteifreunde! Ich glaube, das ist so ein Punkt, wo jeder seine ganz persönliche Erfahrung einbringt. Auch Norbert Blüm hat es getan. Auch ich halte es für wichtig, es hier zu tun.

Ich bin in einer Handwerkerfamilie groß geworden. Da waren vorne das Geschäft und die Werkstatt, und hinten waren die Küche und das Wohnzimmer. Vater und Mutter waren gemeinsam berufstätig. Meine Mutter hat im Geschäft geholfen. Mein Vater war nicht nur Vater für uns, sondern er war Vater für die Schulfreunde meines Bruders und auch Vater für meine Schulfreundinnen, weil die anderen Väter eben nicht zu Hause waren. Und keiner wäre im Traum auf die Idee gekommen, meiner Mutter die Weiblichkeit oder meinem Vater die Männlichkeit abzusprechen. Mein Vater hat sehr gerne gekocht. Sie haben sich immer gestritten, wer kochen darf. Und meine Mutter war gerne im Geschäft. - Das ist mein Traum von einer Familie. Aber die ist durch den Zweckrationalismus einer Industriegesellschaft zertrennt worden, die Väter sind rausgeholt worden aus den Familien. Ich sehe jedoch angesichts der neuen Technologien, angesichts der Computerarbeitsplätze eine Chance, daß mein alter Traum in ganz moderner Form wiedererstehen kann, ohne daß wir von Rollenzuweisungen und Zerstörung von Männlichkeit und Weiblichkeit reden müßten.

Ich mußte das hier sagen, weil ich in dieser Hinsicht immer sehr stark angegriffen worden bin. Ich erinnere mich noch sehr gut an den CDA-Kongreß. Ich wollte Ihnen einfach einmal meinen Traum erklären, in dem Väter und Mütter vorgekommen sind, die beides gemeinsam gemacht haben und gestandene Mannsbilder und Weisbilder waren und sind.

Danke schön.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Das Wort hat Frau Doris Beerbaum.

Frau Doris Beerbaum: Meine Damen und Herren! Die Ziffer 4, die der Bundesvorstand vorgeschlagen hat, ist durch die erfrischende Art der Sozialausschüsse in die Diskussion gekommen. Das war wichtig. Deshalb ist auch der Änderungsvorschlag der Antragskommission gekommen.

Ich meine, B 31 sollte man noch etwas verändern. Aber darüber kann man streiten.

„Die CDU lehnt eine Politik ab ...“, klarer Fall. Aber man sagt etwas doppelt, wenn man sagt: „auf bestimmte Rollen festgelegt“ und dann weiter unten davon spricht:

Es ist der Ausdruck eines überholten Denkens, die Aufgaben der Frau auf die der Mutter ...

Das ist doch das gleiche. Oder aber, man setzt es gleich hinten dran und formuliert dann erst:

Das Kind braucht die Zuwendung der Eltern.

Wenn man dann weiter liest, findet man etwas, was wichtig ist. Unser Parteitag hat

doch die Überschrift: „Die neue Partnerschaft“. Aber was konnte man feststellen, wenn man richtig in die Foren reingehört hat? Es geht nur um die Gleichberechtigung; denn vom Partner wurde gar nicht mehr geredet. Es ist doch wichtig, zu sehen, daß es eine alte neue Partnerschaft ist - wenn man überlegt, was Herr Geißler hier in die Leitsätze eingebracht hat. Schon um das Jahr 1900 hat sich Maria Montessori Gedanken gemacht, wie man etwas im Hinblick auf die Gleichberechtigung verändern kann. Sie hat gefragt: Wo muß das anfangen? Sie ist zu dem Ergebnis gekommen: in der Familie, in der Schule und im Umfeld. „in der Familie“ bedeutet, daß der Partner auch mal mithilft, wenn es notwendig ist. „in der Schule“ bedeutet, daß Mädchen Unterricht in Werken haben und Jungen vielleicht auch in der Säuglingspflege. Das sind die Gedanken, die wir heute in den Leitsätzen festschreiben wollen.

Und in dem letzten Satz von B 31 lesen wir dann:

... Verordnung eines starren Leitbildes, nach dem Frauen und Männern die Gestaltung ihres persönlichen Lebensweges vorgeschrieben wird.

Es muß unbedingt davor gewarnt werden, starre Leitbilder festzusetzen. Daran werden wir gemessen. Und wir müssen dann auch dazu in dem Bericht, den Herr Geißler auf künftigen Parteitagern erstatten soll, Stellung nehmen. - Aber man sollte es nicht so stark festlegen, daß keiner mehr frei entscheiden kann. Ich meine, es sollte so sein wie in der gesunden Familie, daß sich beide einigen: „Was mache ich?“ und „Was machst du?“. Genauso sollten wir sagen, daß eine Frau, die etwas erreichen will, es erreicht, wenn sie nur will. Dann wird sie von Männern auch akzeptiert werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau Beerbaum.

Das Wort hat Herr Dr. Geißler.

Dr. Heiner Geißler, Antragskommission: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antragskommission hat heute nachmittag noch einmal beraten und ist zu einem Ergebnis gekommen, das nach unserer Überzeugung dem Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union entspricht. - Zu den drei wichtigen Punkte, die Norbert Blüm hier vorgetragen hat.

Erstens. Daß wir nicht nur für die Gleichberechtigung der Frau im Berufsleben eintreten, sondern auch für die Gleichberechtigung der Frau, die sich für die Aufgabe in der Familie und für die Erziehung der Kinder entschieden hat, ist eine uralte Forderung der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Eine der wichtigsten Entscheidungen in dieser Legislaturperiode wird die Ablösung des von den Sozialdemokraten beschlossenen Mutterschaftsurlaubsgeldes durch das von uns vorgeschlagene Erziehungsgeld sein. Warum? Weil die Sozialdemokra-

ten offenbar entsprechend der alten marxistischen Definition der Auffassung sind, daß der Wert des Menschen von seiner Leistung im Produktionsbereich abhängt. Marx hat den Menschen ja als produzierendes Wesen definiert. Und Werte jenseits von Angebot und Nachfrage im wirtschaftlichen Bereich gelten weder für Marxisten noch für Kapitalisten und können infolgedessen auch für uns keine Leitlinien sein. Deswegen haben wir gesagt: Das Mutterschaftsurlaubsgeld ist richtig, aber warum bekommt das Mutterschaftsurlaubsgeld eigentlich nicht die Frau, die sich voll für die Aufgabe in der Familie entscheidet, nicht die mithelfende Handwerkersfrau, die Bäuerin, die Winzerin, auch nicht die Arbeiterin, die schon vor einem Jahr ein Kind gekriegt hat, dann bei dem Kind zu Hause geblieben ist und jetzt ein zweites Kind kriegt? Alle diese Frauen haben nach der Vorstellung der SPD keinen Anspruch auf Mutterschaftsurlaubsgeld gehabt. Wir haben dieses Zweiklassenrecht der SPD mit unserem Erziehungsgeld abgeschafft,

(Beifall)

und zwar völlig im Sinne dessen, was Norbert Blüm gerade gesagt hat. Deswegen sagt ja die Antragskommission:

Die CDU tritt für die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Erwerbsleben ein, aber sie kämpft ebenso für die Gleichberechtigung zwischen der nicht erwerbstätigen und der erwerbstätigen Frau und Mutter.

Das also ist der erste Punkt.

Zweiter Punkt von Norbert Blüm: Vater und Mutter sind nicht beliebig austauschbar. Ich halte diesen Satz für völlig richtig. Das steht übrigens ja schon in Satz 1, in dem es heißt:

Die CDU lehnt eine Politik ab, die Frauen oder Männer auf bestimmte Rollen festlegt oder die Unterschiede zwischen Mann und Frau nicht wahrhaben will.

Aber wenn man das noch einmal unterstreichen und verdeutlichen will, wenn das für einen unserer wichtigen Parteifreunde der Sozialausschüsse ein besonders wichtiger Punkt ist und wenn der Satz ohnehin nicht bestritten werden kann, warum soll man ihn nicht aufnehmen?

(Beifall)

Also, Vater und Mutter sind nicht beliebig austauschbar.

Auch sollten wir die Aufgaben in der Familie noch einmal besonders hervorheben, aber nicht so, daß man die Aufgaben in der Familie sozusagen gegenüber der Berufstätigkeit ausspielt. Da kann man nicht sagen: Das ist gleichwertig, das ist mehr wert oder weniger wert. Da kommt man in große Schwierigkeiten. Das kann zwar in der Regel so sein, aber es gibt viele Fälle, auf die das möglicherweise gar nicht zutrifft.

Deswegen hat die Antragskommission empfohlen, zu sagen:

Die Tätigkeit und Aufgabe in der Familie und die Erziehung der Kinder sind unverzichtbar und von einem besonderen Wert.

Also, meine lieben Parteifreunde, Norbert Blüm hat mir im Namen der Sozialausschüsse gerade gesagt, daß er und seine Freunde dann, wenn man dieser Formulierung der Antragskommission die Zustimmung gebe, auf die Abstimmung über den

Antrag B 24 verzichteten. Ich finde, dann haben wir auf der Basis unseres Grundsatprogramms eine Lösung, der wir alle miteinander zustimmen können.

(Beifall)

Die Frauenvereinigung, die Junge Union, wir alle sind Christliche Demokraten. Wir wählen die CDU, und das Grundsatprogramm ist unsere Basis. Und: Dieser Antrag der Antragskommission entspricht dem, was wir miteinander beschlossen haben.

Ich möchte Ihnen empfehlen, der Neuformulierung der Antragskommission die Zustimmung zu geben.

Frau Ottilie Geschka, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Dr. Geißler.

Meine Damen und Herren, ich habe hier vor mir ein mehrmaliges, lautes „Sehr gut!“ von Herrn Blüm gehört. Ich darf dies wohl als Zustimmung werten und frage vor diesem Hintergrund, ob die Wortmeldung von Frau Koch zu diesem Punkt noch aufrechterhalten wird.

(Zuruf: Nein!)

Danke schön, Frau Koch. -

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Ziffer 4 in der Fassung der Antragskommission. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei ganz wenigen Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung ist dem Votum der Antragskommission entsprochen.

Wir kommen nunmehr zu Ziffer 5 des Antrages des Bundesvorstands. Dazu gehören die Anträge B 28 bis B 30. Die Empfehlungen der Antragskommission finden Sie in Ihrer Antragsbroschüre auf Seite 12.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrages B 28 und die Behandlung des Antrages B 29 im Zusammenhang mit der Ziffer 25 des Bundesvorstands.

Hierzu liegen mir keine Wortmeldungen vor. Ich darf dann über dieses Votum der Antragskommission abstimmen lassen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist dem Votum der Antragskommission zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit wäre die Behandlung der Präambel der Leitsätze abgeschlossen. Bevor wir nun zum zweiten Kapitel kommen, darf ich den Mitgliedern der Antragskommission noch mitteilen, daß die Antragskommission morgen, Freitag, dem 22. März, um 8.00 Uhr zu einer weiteren Beratung zusammentritt.

Ich rufe nunmehr das zweite Kapitel der Leitsätze „Frauen in Beruf und Familie“ auf. Dazu hören wir zunächst den Bericht aus dem Forum I des heutigen Vormittags. Berichterstatterin ist Frau Roitzsch.

Frau Roitzsch, ich erteile Ihnen hiermit das Wort.

Frau Ingrid Roitzsch: Frau Präsidentin! Meine Herren! Meine Damen! Die Diskussion im Forum I zum Thema „Frauen im Beruf und Familie“, an der übrigens auch die Männer aktiv teilgenommen haben, hat bewiesen, daß der Bundesvorstand der CDU mit seinem Leitantrag die wichtigsten gesellschaftspolitischen Fragen, insbesondere die, die die Frauen betreffen, aufgeworfen hat und Lösungen anbietet, die bei allen Interessenvertreterinnen und Repräsentantinnen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen eine breite Zustimmung erfahren haben.

Die Diskussionsbeiträge haben deutlich gemacht, daß der Staat nicht in Ehe und Familie hineinregieren darf. Vielmehr sollte der Staat lediglich die Rahmenbedingungen dafür schaffen, daß Mann und Frau ihre Lebensform eigenverantwortlich bestimmen können. Es wurde betont, daß es den Frauen überlassen bleiben muß, ob sie sich auf Dauer, vorübergehend oder ausschließlich auf die Tätigkeit als Hausfrau oder Mutter beschränken wollen. Es wurde gebeten, das Wort „Hausarbeit“ durch den Begriff „Haushaltsführung“ aufzuwerten.

Einigkeit bestand darüber, daß die Frau in ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter die gleiche gesellschaftliche Anerkennung und soziale Unterstützung des Staates erfahren muß wie die Frau in Beruf und Familie.

Man kann nicht auf Probe sterben, man kann nicht auf Probe leben, und man kann nicht auf Probe lieben.

Mit diesem Zitat des Papstes wurde in diesem Forum ein klares Bekenntnis zur Institution Ehe als der besten Form der partnerschaftlichen Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau, und zwar sowohl von jungen Mädchen als auch von Frauen, abgelegt.

Partnerschaft in der Ehe ist danach auf Dauer durch keine nichteheliche Gemeinschaft zu ersetzen. Dennoch wurde gefordert, diese Form des Zusammenlebens zu tolerieren.

Als gesetzliche Diskriminierung der Ehe wurde die Tatsache gewertet, daß bei Eheschließungen bisher ein Partner die Zuwendungen aus dem BAföG verliert, sofern vorher beide Partner BAföG bezogen haben. Ebenso wurde die noch bestehende Ungerechtigkeit in der Besteuerung beklagt, wonach kinderlose Ehepaare finanziell besser gestellt sind als Eltern mit Kindern. Dem trägt die CDU mit ihrer familienfreundlichen Steuertarifreform ab 1986 bekanntlich Rechnung.

Die bereits im Grundsatzprogramm der CDU verankerte Wahlfreiheit von Frau und Mann zwischen Familie und Beruf erfordert, so hat die Diskussion ergeben, eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau. Viele Frauen sehen ihre Aufgabe als Mutter und Hausfrau heute nur als eine zeitlich begrenzte an. Deshalb kommt der qualifizierten Berufsausbildung junger Mädchen und der Forderung nach gleitenden Hilfen zur Wiedereingliederung in das Berufsleben besondere Bedeutung zu.

Auch heute noch müssen viele Frauen arbeiten, um zum Lebensunterhalt der Familie beizutragen. Mehrere Diskussionsteilnehmerinnen haben aber auch überzeugend dargestellt, daß sie auf Grund ihrer beruflichen Qualifikation und ihrer Freude am Beruf auch während der Phase der Kindererziehung nicht ganz aus dem Berufsleben ausgeschieden sind. Die Frage der Kinderbetreuung und -erziehung, meine Herren, meine Damen, ist keine Frage der Quantität, sondern der Qualität.

Das Kind braucht ebenso die Zuwendung des Vaters wie die der Mutter. Deshalb ist

die Flexibilisierung der Arbeitszeiten nicht nur ein Problem für Frauen, sondern ebenso für Männer.

Besonders erschwert wird die Berufstätigkeit der Soldatenfrauen, so wurde in diesem Forum berichtet, da diese auf Grund der erforderlichen Mobilität ihrer Ehemänner durchschnittlich alle zwei bis fünf Jahre den Wohnort und somit auch den Arbeitsplatz wechseln müssen. Die Soldatenfrauen legten aber ein klares Bekenntnis zur Bundeswehr ab und dankten den Politikern, daß ihre Ehemänner und Söhne seit Bestehen der Bundeswehr vom Kriegseinsatz verschont geblieben sind.

(Beifall)

Darüber hinaus wurde gefordert, daß die Alleinerziehenden, von denen übrigens 84 % Frauen sind, nicht diskriminiert werden und mehr gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung erhalten.

Einmütig wird das von der CDU beschlossene Erziehungsgeld als wichtige familienpolitische Maßnahme begrüßt. Allerdings sollte dies auch, so wurde gewünscht, auf alle Adoptiveltern ausgedehnt werden. Beklagt wird, daß Ehepaaren, von denen mindestens ein Teil behindert ist, bisher die Adoption eines Kindes verwehrt blieb.

Die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau und die Freiheit der Wahl zwischen Haushaltsführung und Kindererziehung einerseits sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist allein eine Entscheidung, die zwischen den Ehepartnern getroffen und gelebt werden muß. Der Leitantrag der CDU gibt hiermit den entscheidenden Anstoß zu einer Bewußtseinsveränderung, die nicht gesetzlich verordnet werden kann und darf. Die materiellen Rahmenbedingungen wird die Christlich Demokratische Union in ihrer Regierungsverantwortung Schritt für Schritt schaffen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau Roitzsch.

Wir kommen somit zu den Beratungen der einzelnen Anträge zum Antrag des Bundesvorstandes zum zweiten Kapitel. Ich rufe Ziffer 6 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 8 und C 1 bis C 7 sowie der Initiativantrag C 112. Sie finden die Empfehlungen der Antragskommission in der Antragsbroschüre auf Seite 12 und in der Sammlung der Initiativanträge auf Seite 4.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen Annahme der Anträge A 8, C 1, C 2 und C 112 in der Fassung der Antragskommission. Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitten wir um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das war Zustimmung.

Ich rufe Ziffer 7 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 8 bis C 11 sowie der hierher verwiesene Antrag C 4. Sie finden die Empfehlungen der Antragskommission in Ihrer Antragsbroschüre auf Seite 13. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages C 8.

Hierzu liegt mir eine Wortmeldung vor. Ich erteile das Wort Herrn Christoph Brand.

Christoph Brand: Meine Damen und Herren! Verehrte Tagungspräsidentin! Es ist ja heute während des ganzen Tages über das Thema der nichtehelichen Lebensgemeinschaften erheblich gestritten worden. Der RCDS hat schon einiges gehört, was von seinen Vorstellungen auf diesem Parteitag gehalten wird. Dennoch möchte ich noch einmal klar sagen, welches unsere Position ist, denn ich habe das Gefühl, daß das nicht überall angekommen ist.

Unser erster Satz hat immer gelautet: „Nichteheliche Lebensgemeinschaften können die Ehe als Institution nicht ersetzen.“ Dies sagt der RCDS klar und deutlich. Ich glaube, daß Sie sich auch keine Gedanken machen müssen. Gerade der Ring Christlich-Demokratischer Studenten hat mit dieser Aussage überhaupt keine Probleme. Dennoch, meine Damen und Herren, nichteheliche Lebensgemeinschaften sind nicht irgendein Phänomenchen in unserer Gesellschaft, sie sind in der Tat ein ausgewachsenes Phänomenon, das wir schon zur Kenntnis nehmen müssen. Dieser Leitantrag trifft ja auch eine Aussage. Er sagt genau dies, was ich als erstem Satz gesagt habe: „Nichteheliche Lebensgemeinschaften können die Institution der Ehe nicht ersetzen.“ Aber dennoch, wenn man dies schon aufgreift, dann sollte man auch dazusagen, wie sich denn die CDU nun zu diesem Phänomen „nichteheliche Lebensgemeinschaften“ stellt. Ich will dies auch deutlich sagen: Dies ist für mich nicht in erster Linie eine juristische Frage. Dieses Papier ist ja auch kein juristisches Papier in dem Sinne, sondern es ist ein gesellschaftspolitisches Papier. Ich glaube, wir sollten diese Frage vor diesem Hintergrund gesellschaftspolitisch diskutieren.

Wenn der Delegierte Nagel vorhin bei der Diskussion über die Präambel gesagt hat, Toleranz sei auch ein Merkmal christlich-demokratischer Politik, dann möchte ich genau in diesem Zusammenhang an Sie als christliche Demokraten appellieren: Beweisen Sie an diesem Punkt Toleranz, und zwar deshalb, weil der Staat ein Leitbild, nämlich das Leitbild der Ehe, wie es im Grundgesetz verankert ist, vorgeben kann, jedoch nicht in die freie Entscheidung der Menschen hineinregieren, ihnen nichts vorschreiben kann. Genau deshalb meine ich, daß wir die Formulierung des Antrages C 16 des Kreisverbandes Münster, den wir als RCDS in der ganzen Auseinandersetzung immer unterstützt haben, hier übernehmen sollten. Er lautet:

Nichteheliche Lebensgemeinschaften müssen als freie Entscheidung des Einzelnen toleriert werden. Sie können jedoch die Institution der Ehe nicht ersetzen.

Meine Damen und Herren, ich will am Schluß meines Beitrages zu diesem Thema - und dies ist mir sehr ernst - sagen, dies vor allem auch vor dem Hintergrund der 33 %igen Scheidungsquote: Mir ist es lieber, wenn junge Menschen Friedrich Schiller ernst nehmen - „Drum prüfe, wer sich ewig bindet“ - und aus dieser Prüfung dann eine glückliche Ehe mit glücklichen Kindern wird, als daß sie sich nach kurzer Zeit, nach einem Jahr mit einem Kind scheiden lassen und das Kind in einem Kinderheim landet. Ich glaube, wir sollten dies sehr ernsthaft bedenken.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Herr Brand, ich muß Sie um Verzeihung bitten. Ihnen ist sicher aufgefallen, daß ich die Wortmeldung von Herrn Brand an dieser Stelle aufgerufen habe, wo sie gar nicht hingehört. Meine Damen und Herren, ich bitte um Entschuldigung. Herr Brand, ich verspreche Ihnen, wenn wir den Antrag C 16 aufrufen, werde ich an Ihre Wortmeldung erinnern und das in Erinnerung rufen. Ich darf Ihnen hier an dieser Stelle danken, darf aber erst über Ziffer 7 abstimmen lassen, zu der Sie gar nicht gesprochen haben.

Zu Ziffer 7 liegen mir an dieser Stelle keine Wortmeldungen vor. Die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 7 liegt Ihnen vor. Ich darf um Ihr Votum bitten. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist so angenommen.

Ich rufe jetzt Ziffer 8 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 12 bis C 18. Hier jetzt, Herr Brand, hätte Ihre Wortmeldung hingehört. Ich darf jetzt in Erinnerung rufen, was Herr Brand zu Ihnen gesprochen hat. Sie finden die Empfehlungen der Antragskommission zu diesen Anträgen und zu Ziffer 8 in Ihrer Antragsbroschüre auf Seite 14. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags C 12.

Hierzu liegen Wortmeldungen vor. Frau Rahardt, bitte.

Frau Susanne Rahardt: Mein Vorredner vom RCDS hat schon sehr viel von dem gesagt, was ich auch sagen wollte. Ich kann es also, glaube ich, kurz machen. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft ist, wie er gesagt hat, ein Phänomen, eine Erscheinung, eine Gemeinschaft, die von vielen jungen Menschen, auch jungen Christen in diesem Lande, auch in dieser Partei, praktiziert wird. Ich halte es nicht für richtig, ich halte es nicht für gut, wenn der einzige Satz, der diese nichteheliche Lebensgemeinschaft betrifft, die immer eine vorbereitende Gemeinschaft ist, die ja nicht die Ehe ersetzen, die Ehe verdrängen soll, eine Ablehnung ist.

Wenn wir uns zur nichtehelichen Lebensgemeinschaft äußern, dann kann das, meine ich, nur so aussehen, daß wir sie tolerieren. Gerade vor dem Hintergrund der Überlegung, daß junge Menschen vielleicht noch in der Ausbildung sind, persönlich noch nicht völlig gefestigt sind, sich vielleicht noch nicht reif genug fühlen für die Übernahme der Verantwortung in einer Familie, ist die nichteheliche Lebensgemeinschaft etwas, das man akzeptieren kann und akzeptieren muß. Tolerieren, nicht fördern.

Was diese Ziffer angeht, möchte ich Sie wirklich herzlich bitten, dem Antrag der Jungen Union, der das beinhaltet, zuzustimmen und nicht nur diesen einen Satz stehenzulassen, der glasklar gegen die nichteheliche Lebensgemeinschaft gerichtet ist, d. h. keine Toleranz zum Ausdruck bringt.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat das Wort Frau Dr. Herr-Beck.

Frau Dr. Herr-Beck, Antragskommission: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß die Antragsteller in diesen Satz etwas hineingeheimnissen, was gar nicht in ihm steht. In dem Satz steht: „Nichteheliche Lebensgemeinschaften

können die Institution der Ehe nicht ersetzen." Damit wird die nichteheliche Lebensgemeinschaft ja überhaupt nicht diskriminiert oder nicht geduldet. Hier steht vielmehr nur klar - dem Gebot des Grundgesetzes folgend -, daß wir als Institution nur die Ehe kennen.

Von den Antragstellern wird ja auch gar nicht gefordert, daß nichteheliche Lebensgemeinschaften etwa mit Rechtsvorschriften versehen werden sollten. Das, was Sie fordern - die Tolerierung, die Duldung -, ist durch diesen Satz nicht ausgeschlossen. Schrieben wir es aber hinein, könnte darin nicht eine Duldung, sondern eine Sanktionierung gesehen werden. Das wollten wir nicht.

Die Antragskommission empfiehlt deshalb, dem Antrag in der Fassung der Antragskommission zuzustimmen.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Ich habe noch eine Wortmeldung zu C 16. Frau Reinartz hat das Wort.

Frau Marianne Reinartz: Ich darf einen Vorschlag machen. Wenn wir uns in der Formulierung darauf einigen könnten, daß die freie Entscheidung toleriert werden müßte, müßten wir das etwas umsetzen. Wir müßten dann schreiben: Die freie Entscheidung des einzelnen muß toleriert werden. Das heißt dann ja nicht, daß die nichteheliche Lebensgemeinschaft genauso behandelt wird wie die Ehe.

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Für die Antragskommission noch einmal Frau Dr. Herr-Beck. Bitte schön.

Frau Dr. Herr-Beck, Antragskommission: Ich kann dem nicht zustimmen; denn wir können nicht in jede Ziffer schreiben, daß wir die freiwillige Entscheidung tolerieren. Das tun wir auf so vielen Gebieten. Warum sollten wir das jetzt hier ausdrücklich hineinschreiben?

(Beifall)

Wir sollten uns vor einer Verurteilung hüten, aber auch vor einer Sanktionierung. Der hier gewählte Weg ist der Weg in der Mitte, der, glaube ich, dem Verständnis der Partei zum jetzigen Zeitpunkt entspricht.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich lasse jetzt abstimmen über Ziffer 8 in der Form, wie sie von der Antragskommission empfohlen worden ist. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen ist dem Votum der Antragskommission so entsprochen.

Ich rufe jetzt Ziffer 9 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 20 und C 19 bis C 25. Sie finden die Empfehlungen der Antragskommission in Ihrer Antragsbroschüre auf Seite 15. Die Antragskommission empfiehlt Annahme der Anträge C 19 und C 23 in der Fassung der Antragskommission.

Wortmeldungen zu diesen Anträgen liegen nicht vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dem ist so entsprochen.

Ich rufe jetzt die Ziffer 10 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 26 bis C 40 und die Initiativanträge C 111 und C 114. Sie finden die Empfehlungen der Antragskommission in der Sammlung der Initiativanträge auf Seite 7. Die Antragskommission empfiehlt Annahme der Anträge C 26 und C 33 in der Fassung der Antragskommission, wie sie in der Sammlung der Initiativanträge auf Seite 7 ausgedruckt ist.

Hierzu hat das Wort Herr Dr. Geißler.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bundesvorstand hat dem Parteitag zu dieser sehr wichtigen und politisch bedeutenden Frage im Leitantrag vorgeschlagen, den Kündigungsschutz - so muß man das arbeitsrechtlich richtig sagen -, wie er heute schon für den Mutterschaftsurlaub gilt, für die ersten sechs Monate nach der Geburt des Kindes, auch auf die Dauer des Erziehungsurlaubes nach dem neuen Erziehungsgeldgesetz zu übertragen, also zunächst für zehn Monate - ab 1. Januar 1986 - und dann - ab 1. Januar 1988 - für zwölf Monate vorzusehen.

Wir haben heute schon eine „Arbeitsplatzschutzgarantie“, die sechs Monate dauert. Genauer gesagt: zwei Monate Mutterschutz, und daran schließen sich die vier Monate Mutterschaftsurlaub an.

Nun ist im Vorfeld dieses Parteitages gerade über diese Frage diskutiert worden. Unsere Freunde von der Mittelstandsvereinigung und vom Wirtschaftsrat sehen in dieser Ausdehnung der Arbeitsplatzschutzgarantie auf zehn bzw. zwölf Monate Probleme. Ich glaube, es ist für eine große Volkspartei richtig, solche Probleme, wenn sie von unseren Freunden vorgetragen werden - von der einen Gruppierung oder der anderen -, auch ernsthaft miteinander zu diskutieren. Wir sollten den Versuch unternehmen, zu einer Lösung zu kommen, die beiden wichtigen Gesichtspunkten Rechnung trägt.

Warum ist eine Arbeitsplatzschutzgarantie oder ein Kündigungsschutz notwendig? Ich trete dafür ein; das wissen Sie. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland 4,3 Millionen Frauen im Alter zwischen 20 und 40 Jahren. Ich glaube, wir können diesen Frauen nicht sagen - das ist wenigstens meine Überzeugung -: Wenn ihr ein Kind auf die Welt bringt, dann verliert ihr euren Arbeitsplatz, dann könnt ihr an euren Arbeitsplatz nicht mehr zurückkehren. Das können wir nach meiner Auffassung auch nicht für die Zeit ab dem sechsten Monat sagen.

Man muß aber auf der anderen Seite die Probleme sehen, die es in der Wirtschaft gibt, vor allem auch in kleineren Betrieben. Von der Wirtschaft und von den

Unternehmen wird z. B. zu Recht gesagt, unsere Politik bestehe darin, arbeitsplatzhemmende Vorschriften abzuschaffen.

Dies ist ein Grundsatz, den ich voll unterschreibe.

Ich bin allerdings auch davon überzeugt, daß man arbeitsplatzhemmende oder ausbildungsplatzhemmende Vorschriften, die wir schon abgeschafft haben, nicht verwechseln dürfen mit dem Problem, um das es hier geht. Es ist nicht nur ein akzidentieller Unterschied, sondern ein wesentlicher, ein essentieller Unterschied, ob wir arbeitsplatzhemmende Vorschriften abschaffen, die einen Maurerlehrling daran hindern, um sechs Uhr morgens mit der Baukolonne auf den Bauplatz zu gehen, weil das Jugendarbeitsschutzgesetz dies verbietet, oder Vorschriften, die es dem Bäckerlehrling verbieten, das Brötchenbacken dann zu lernen, wenn die Brötchen gebacken werden, weil er auf Grund des Jugendarbeitsschutzgesetzes zu dieser Zeit nicht in der Bäckerei sein darf, oder ob wir es einer berufstätigen Frau ermöglichen, ein Kind zu haben und es in den ersten, wichtigen Monaten zu betreuen, ohne den Arbeitsplatz zu verlieren. Dies sind zwei grundverschiedene Dinge.

Das geschützte Rechtsgut in dem einen Fall wird - um es ganz einfach zu sagen - in der Frage deutlich: Soll der Lehrling eine Stunde länger schlafen können oder nicht? In unserem Fall aber ist das geschützte Rechtsgut das Kind, nichts anderes als das Kind. Wir wollen es ermöglichen, daß das Kind einer berufstätigen Frau wenigstens im ersten Jahr, in der Zeit des Erziehungsurlaubs, seine eigene Mutter oder seinen eigenen Vater um sich haben kann, ohne daß diese das Risiko eingehen müssen, den Arbeitsplatz zu verlieren. Ich glaube, Sie werden mir zugeben, daß die beiden Gesichtspunkte von einer ganz großen Unterschiedlichkeit sind, auch in der politischen Bewertung.

Nun bin ich der Auffassung, daß wir dennoch das, was im wirtschaftlichen Bereich an Problemen vorhanden ist, miteinander diskutieren und abwägen müssen, wie wir dies ja im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft auch in anderen Fragen tun, wo wir betriebliche Erfordernisse oder Probleme auf einen Nenner bringen müssen mit gesellschaftlichen, gesamtgesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Fragen.

Es ist deshalb von der Antragskommission ein Vorschlag ausgearbeitet worden, der - so sehe ich das, davon bin ich überzeugt - eine Lösung erreichen läßt, der die beiden Gesichtspunkte berücksichtigt. Dieser Vorschlag ist von der Antragskommission mit 22:2 Stimmen beschlossen worden und liegt Ihnen als Empfehlung vor.

Wie sieht diese Lösung aus?

Erstens. Es soll gesagt werden, daß Müttern oder Vätern, die den Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen, nach dem einen Jahr die Rückkehr in das alte Beschäftigungsverhältnis ermöglicht werden muß. Das soll nicht eine Garantie des Arbeitsplatzes in dem Sinne sein, daß die Rückkehr in dasselbe Zimmer und auf denselben Stuhl ermöglicht wird, sondern betriebliche Erfordernisse können es notwendig machen, daß die Mutter eine entsprechende Aufgabe in einer anderen Abteilung bekommt. Das Problem ist deswegen durchaus lösbar, weil das Arbeitsverhältnis, der Arbeitsvertrag nicht aufgelöst wird, wenn die Mutter in den Erziehungsurlaub geht, sondern ruht. Wenn die Frau wieder zurückkommt, lebt das Arbeitsverhältnis wieder auf.

Das bedeutet: Die Chefsekretärin kann nach dem Erziehungsurlaub nicht - was weiß

ich - im Putzdienst oder im Versand eingesetzt werden, sondern der Arbeitsvertrag bleibt ihr erhalten. Das ist die erste Präzisierung.

Zweitens. Wir machen ja hier kein Gesetz, sondern wir treffen eine politische Entscheidung. Die gesetzlichen Regelungen - so schlägt es die Antragskommission vor - sollen bei der Verwirklichung der Garantie der Rückkehr in das alte Beschäftigungsverhältnis betriebsbedingte Notwendigkeiten berücksichtigen, besonders bei kleineren Unternehmen. Das soll in Anlehnung an das Arbeitsplatzschutzgesetz geschehen. Das bedeutet nicht, daß es genauso wie beim Arbeitsplatzschutzgesetz für Soldaten und Zivildienstleistende geschehen muß, sondern in Anlehnung an dieses, um im Gesetzgebungsverfahren Lösungen zu finden, die der besonderen Problematik kleinerer Betriebe gerecht werden.

Drittens ein ganz wichtiger Vorschlag: Im Gesetz selbst soll geregelt werden, daß immer dann, wenn von der Mutter oder dem Vater Erziehungsurlaub in Anspruch genommen wird, der Unternehmer die Möglichkeit hat, einen befristeten Arbeitsvertrag abzuschließen, und zwar auf Dauer, über 1989 hinaus. Dies ist bisher arbeitsrechtlich immer wieder mal problematisch gewesen. Da hat es Arbeitsgerichtsprozesse gegeben. Daß es deswegen arbeitsrechtliche Streitigkeiten gibt, soll vom Gesetzgeber ausgeschlossen werden. Das Beschäftigungsförderungsgesetz, das jetzt bald verabschiedet wird, sieht ja ebenfalls den Abschluß von befristeten Arbeitsverträgen vor, allerdings begrenzt bis 1989. Wir wollen, daß die befristeten Arbeitsverträge immer auf Dauer abgeschlossen werden können, wenn der Erziehungsurlaub in Anspruch genommen wird.

Ich darf etwas zur Kostenfrage sagen. Es geht hier also darum, zu den sechs Monaten Arbeitsplatzgarantie, Kündigungsschutz, den wir heute schon haben und den ja niemand in Frage stellt, jetzt zusätzlich, in einem ersten Schritt, die Rückkehrmöglichkeit auf zehn Monate und dann auf zwölf Monate auszudehnen.

Zu den Kosten: Das Erziehungsgeld, das während des Erziehungsurlaubs bezahlt wird, ab dem sechsten Monat mit Einkommensgrenzen, wird vom Bund getragen. Die Krankenversicherung wird gewährleistet durch eine beitragsfreie Weiterversicherung. Dem Unternehmer entstehen also keine sozialen Lasten. Die Rentenversicherung wird übernommen durch die Anerkennung des Erziehungsjahres; dem Unternehmer entstehen also auch insoweit keine Beitragskosten bei der Rentenversicherung. Dasselbe gilt für die Arbeitslosenversicherung.

Kosten entstehen für den Unternehmer in zweifacher Hinsicht: Kosten der Suche nach Ersatzkräften, also Anzeigen- oder Vorstellungskosten, Telefonkosten für Gespräche mit dem Arbeitsamt oder was immer sowie die Einarbeitungskosten. Diese können für qualifizierte Ersatzkräfte größer sein, aber sicher nicht zum Beispiel für 1,5 Millionen Verkäuferinnen, für Kontoristinnen, Stenotypistinnen, Datentypistinnen und ähnliche Gruppen, also für die große Masse der Frauenberufe. Hier entstehen solche Kosten natürlich in einem erheblich geringeren Umfang.

Wir glauben daher, daß wir mit dem vorliegenden Vorschlag eine Lösung gefunden haben, die es uns erlaubt, im Gesetzgebungsverfahren sowohl die Rückkehr der Mutter bzw. des Vaters auf den alten Arbeitsplatz zu ermöglichen als auch gleichzeitig den betrieblichen Erfordernissen vor allem kleinerer Unternehmen Rechnung zu tragen.

Ich möchte noch auf zwei Gesichtspunkte aufmerksam machen. Wir stehen ja vor

wichtigen Entscheidungen. Wir haben nicht nur die Wahlen in Nordrhein-Westfalen und die Bundestagswahl Januar/Februar 1987. Wir haben gestern deutlich gemacht, daß wir etwas tun müssen zur Entlastung des Arbeitsmarktes. Dadurch, daß wir die befristeten Arbeitsverträge in gesetzlichen Regeln und arbeitsrechtlich einwandfrei darstellen, ergibt sich, wenn dies realisiert und angenommen wird, eine große Chance der Entlastung des Arbeitsmarktes. Wir gehen davon aus, daß 300 000 Mütter oder Väter den Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen werden.

Das ist einigermaßen gesichert. Wenn nur für 200 000 oder 250 000 dieser Mütter oder Väter befristete Arbeitsverträge abgeschlossen werden - das gilt ja nicht nur für 1986, sondern, weil immer wieder Kinder auf die Welt kommen, auch für 1987 und 1988 -, so bedeutet das eine merkbare Entlastung des Arbeitsmarktes. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit - ich habe es heute morgen schon gesagt - hat mir vor wenigen Tagen erklärt, daß er auf Grund seines Wissens verbindlich sagen kann, daß man sich darauf berufen kann - ich habe dies auch bei den Arbeitsämtern abgecheckt; ich bin gerne bereit, Ihnen nachher die Einzelheiten zu nennen -, daß auf dem Arbeitsmarkt eine große Nachfrage nach solchen befristeten Arbeitsverträgen besteht, so daß diese Arbeitskräfte auch eingestellt werden können. Dies ist ein ganz wichtiger Gesichtspunkt über den eigentlichen Gedanken hinaus, den wir mit dieser Lösung verbinden.

Ich mache gleichzeitig darauf aufmerksam, daß nach den Erfahrungen mit dem Mutterschaftsurlaubsgesetz 50 % der Frauen, die das Mutterschaftsurlaubsgesetz in Anspruch nehmen, nachher, wenn das Kind auf der Welt ist, gar nicht mehr an den Arbeitsplatz zurückkehren. Warum? Das ist ganz einsichtig: Bevor das Kind auf der Welt ist, ist die Frau noch unschlüssig. Wenn die Frauen die Kinder dann aber auf den Armen haben, wenn sie sie sehen, wenn sie mit den Kindern gelebt haben, entscheiden sich viele Frauen eben endgültig für das Kind und gehen nicht mehr an den Arbeitsplatz zurück. Dadurch eröffnet sich arbeitspolitisch die Chance, daß 50 % dieser befristeten Arbeitsverträge in unbefristete Arbeitsverträge umgewandelt werden können. Ich betone noch einmal, daß der Vorschlag, den wir machen, insbesondere die Möglichkeit enthält, für kleinere Unternehmen Regelungen zu treffen, die speziell diesen helfen, mit diesem Problem fertig zu werden.

Lassen Sie mich eine abschließende Bemerkung machen. Die Verantwortung, die wir hier tragen, geht über den eigentlichen Anlaß hinaus, und zwar aus folgendem Grund. Was ich jetzt sage, hat weder etwas mit Bevölkerungspolitik noch etwas mit anderen Argumenten in diesem Zusammenhang zu tun. Wir müssen dies aber, wie ich glaube, bei unserer Verantwortung sehen: In der Bundesrepublik Deutschland kommen heute - eigentlich ist dies schon seit Jahren so - auf 100 Todesfälle im Jahr nur 67 Geburten. Das ist eine dramatische, ich würde sogar sagen: eirte an die Substanz gehende Entwicklung, wenn es so weitergeht. Diese Entwicklung würde z.B. unabsehbare Konsequenzen für unsere Volkswirtschaft, für die ganze Sozialversicherung haben. Wenn dies so weitergeht, kommt in drei Jahrzehnten auf einen Rentner ein Arbeitnehmer, der Beiträge zahlt. Dann werden eines Tages unsere Kinder und die Unternehmen die Beitragsbelastung wirklich nicht mehr tragen können, weil dann die Beiträge allein in der Rentenversicherung auf 36 oder 38 % ansteigen werden. Sie werden dann sagen: Wer hat denn eigentlich vor 30 Jahren die Verantwortung gehabt? Wer hat denn damals, obwohl man diese schwere Problematik gesehen hat, nichts getan, um frauen-, familien- und kinderfeindliche Strukturen in unserem Lande abzubauen?

(Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, ich glaube, wir müssen bei dieser Frage die betrieblichen Erfordernisse sehen. So, wie es uns allen ansteht, die wir die Soziale Marktwirtschaft vertreten, müssen wir gleichzeitig aber auch die über den einzelnen Betrieb hinausgehenden großen und wichtigen gesellschaftspolitischen Auswirkungen einer solchen Entscheidung sehen, je nachdem, wie wir jetzt entscheiden. Ich darf Sie also herzlich bitten, nachdem dieser Vorschlag erarbeitet worden ist, der beides miteinander zu verbinden sucht - im Geiste der Sozialen Marktwirtschaft und auch im Geiste eines Aufeinander-Zugehens -, um wirklich beide großen Probleme lösen zu können, dem Vorschlag der Antragskommission die Zustimmung zu geben. - Ich darf mich herzlich bedanken, daß Sie mir zugehört haben.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Dr. Geißler. Erlauben Sie mir einige Bemerkungen, bevor ich gleich die Diskussion eröffne und Herrn Zeitel als erstem das Wort gebe. Es liegen bis jetzt zwölf Wortmeldungen zu dieser Ziffer vor. Ich erinnere noch einmal an die Begrenzung der Redezeit auf fünf Minuten und möchte die Bitte an Sie richten, diese Redezeit, wenn möglich, noch zu unterschreiten. Ich bitte also um Selbstbeschränkung.

(Zustimmung)

Ich bin auch so vermessen, die Bitte an Sie zu richten, vorangegangene Argumente nicht zu wiederholen und sich darauf zu beschränken, für die Entscheidungsfindung der Delegierten lediglich noch neue Argumente vorzutragen. Wenn alle zwölf Redner die Redezeit ausschöpfen, werden wir eine Stunde über diese Ziffer diskutieren.

Jetzt hat Herr Zeitel das Wort.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche für den Antrag C 29 der Mittelstandsvereinigung, der sich mit der Frage der freiwilligen bzw. der gesetzlichen Verlängerung des Arbeitsschutzes beschäftigt. Herr Generalsekretär, damit keine falschen Fronten aufgebaut werden: Wir stimmen in allen Punkten überein - bis auf eine einzige Frage, die wir allerdings als gewichtiger beurteilen, als das in Ihrem Beitrag zum Ausdruck kommt. Es geht um die Frage, ob es für die Erhaltung des Arbeitsplatzes unbedingt einer gesetzlichen Regelung bedarf oder ob eine freiwillige Regelung erwogen werden kann. Ich bitte Sie daher, den Antrag C 29, der eine Lösung des Problems auf freiwilliger Basis an Stelle eines gesetzlichen Zwanges vorsieht, zu unterstützen.

Ich möchte mich im Rahmen der vorgesehenen Redezeit in meiner Darstellung auf einige wesentliche Punkte beschränken. Wir sind überzeugt davon - und zwar deshalb, weil dies im Mittelstand zu einem großen Teil schon so praktiziert wird; die Verhältnisse sind dort anders als in den großen Betrieben -, daß das Erziehungsgeld die von ihm erwarteten Wirkungen zeitigen wird, auch wenn damit keine gesetzliche Arbeitsplatz- und Beschäftigungsgarantie verbunden ist. Wir sind aus grundsätzlichen ordnungspolitischen, arbeitsmarktpolitischen, frauenpolitischen und mittelstandspolitischen Erwägungen gegen den gesetzlichen Zwang.

In unseren gerade vor einem Jahr beschlossenen Stuttgarter Leitsätzen für die 80er Jahre und auch in den gestrigen Reden - etwa in der Rede von Norbert Blüm - wurde

die Bereitschaft zur Leistung, zu Risiko und eigenverantwortlicher Lebensgestaltung nach dem Prinzip der Subsidiarität betont. Diesem Grundsatz entspricht die von der Mittelstandsvereinigung vorgeschlagene Freiwilligkeit der arbeitsvertraglichen Einzelvereinbarungen. Wir halten eine eigenverantwortliche Handlungsweise bei der Lösung des Problems für besser als eine gesetzliche Vorschrift. Dies gilt um so mehr, als diese mit neuen bürokratischen Regelungen verbunden ist, wie sie auch in der Empfehlung enthalten sind.

Wir treten für die Bevorzugung der Handlungsfreiheit im Rahmen der familiären und betrieblichen Notwendigkeiten ein, weil sie allein die sehr differenzierten Verhältnisse in der mittelständischen Wirtschaft erfassen wird. Arbeitsmarktpolitisch - dieser Gesichtspunkt wurde hier vorgetragen - würde die gesetzliche Absicherung der Arbeitsplätze zugleich die Chancen arbeitsplatzsuchender Mädchen vermindern. Durch eine Verschlechterung der Arbeitsmöglichkeiten junger Frauen würde das Gegenteil dessen bewirkt, was erreicht werden muß. Eine Arbeitsplatzgarantie würde weitere Einstellungsbarrieren errichten. Die gesetzliche Regelung würde die gewollte und soviel gepriesene wirtschaftliche Flexibilität, auf der gerade die Leistungsfähigkeit der mittelständischen Unternehmungen beruht, erneut untergraben und zu weiteren Zusatzkosten Anlaß geben.

Die Regelung bietet Anlaß für manchen Betrieb, der schwer um seine Existenz ringt, die Beschäftigung nicht aufrechtzuerhalten, sondern zu vermindern.

(Vereinzelt Beifall)

Die im Leitantrag vorgesehene Regelung würde erneut - auch das erscheint uns beachtlich - zwischen einzelnen Gruppen der Frauen diskriminierend wirken, nämlich insbesondere im Hinblick etwa auf die ohnehin nicht einfache Lage der mithelfenden Frauen in der Landwirtschaft, im Handel und im Handwerk.

(Vereinzelt Beifall)

Wir setzen in unserem Antrag C 29 auf die Freiwilligkeit, um die Handlungsfreiheit im Rahmen der familiären und betrieblichen Notwendigkeiten zu erhalten. Wir sind sicher, daß ein Appell zur Lösung der Probleme, die wir nicht leugnen, auf freiwilliger Basis erfolgreicher sein wird als ein gesetzlicher Zwang. Die durch die freiwillige Lösung des Lehrstellenproblems erzielten Erfolge, die wir auch permanent preisen, ermuntert uns dazu, Vergleichbares auch mit der Beschäftigungsgarantie im Rahmen des Erziehungsgeldes zu versuchen.

Ich bitte Sie, Eigenverantwortlichkeit und Freiwilligkeit nicht nur in Sonntagsreden zu beschwören, sondern sie zu praktizieren. Wir werden nicht an Theorien, sondern an Taten gemessen.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Ich rufe jetzt Herrn Heinrich Weiss auf.

Heinrich Weiss: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche zum gleichen Punkt wie Herr Zeitel, nämlich zur Frage der Beschäftigungsgarantie im Rahmen des Erziehungsgeldes. Herr Generalsekretär Dr. Geißler hat

den Antrag gerade begründet. Er hat einleitend gesagt, daß innerhalb der Antragskommission dieser Antrag mit 22 : 2 Stimmen angenommen worden ist. Ich bin einer der beiden, die nicht dafür gestimmt haben, und möchte mein Votum hier begründen.

Ich glaube, meine Damen, meine Herren, daß nach wie vor - das ist auf diesem Parteitag klar herausgekommen - das Hauptproblem die Arbeitslosigkeit ist. Bei aller Bemühung um Familienpolitik ist Arbeitslosigkeit unser Problem Nr. 1. In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, daß die Wirtschaft die Initiativen von Norbert Blüm nachdrücklich unterstützt, wie z.B. Flexibilisierung der Arbeitszeit, Förderung der Teilzeitarbeit, befristete Arbeitsverträge, als wesentliche Hilfen zum Abbau von Beschäftigungshemmnissen und damit zum Abbau der Arbeitslosigkeit.

Erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, daß ich an dieser Stelle auch im Namen der Wirtschaft Norbert Blüm einmal ganz ausdrücklich dafür danke.

(Vereinzelt Beifall)

Die vorgesehene Beschäftigungsgarantie beim Erziehungsgeld kann sich jedoch bei allen Bemühungen zur Beschäftigungsförderung als ein Bumerang erweisen. Im Forum 2 heute morgen sind diese Sorgen deutlich geworden, und zwar durch die Frauen selbst. Die Gründe hat Herr Zeitel gerade ausführlich dargelegt. Ich möchte auf eine Wiederholung im Sinne der Verkürzung, die die Frau Präsidentin angeregt hat, verzichten.

Über diese von Herrn Zeitel genannten Gründe hinaus ergeben sich für die Betriebe durch die Beschäftigungsgarantie im bisher vorgesehenen Rahmen erhebliche Probleme. Es ist in der Praxis nicht so, wie es in der Theorie manchmal erscheint, daß man einfach Ersatzkräfte als Lückenbüßer für zwölf Monate finden würde, vor allem nicht bei qualifiziertem Personal oder in Regionen, wo der Arbeitsmarkt noch in besserer Verfassung ist.

Wenn Sie qualifizierte Arbeitskräfte gefunden haben sollten, dann sind die eben nicht bereit, mit befristeten Verträgen einzutreten. Falls Sie dann doch noch jemanden gefunden haben sollten, muß dieser monatelang eingearbeitet werden, um dann für die restlichen sechs oder sieben Monate die Lückenbüßerposition wahrzunehmen. Meine Damen, meine Herren, abseits vom Ordnungspolitischen ist das auch ein zusätzlicher Kostenfaktor.

Deshalb sind wir bei aller Würdigung einer zukunftssträchtigen Familienpolitik gegen die Beschäftigungsgarantie in der vorgesehenen Form. Deshalb möchte ich auch für die Wirtschaft sprechen und möchte den Antrag C 29 der Mittelstandsvereinigung unterstützen, der auf einer freiwilligen Regelung dieser Frage beruht, ganz im Sinne dessen, was Herr Zeitel gerade gesagt hat. Ich möchte das nicht wiederholen.

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Herr Böhr, bitte.

Christoph Böhr: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte namens

der Jungen Union Deutschlands für den Antrag in der Fassung der Antragskommission sprechen.

(Beifall)

Ich tue das, meine Damen und Herren, weil ich der Meinung bin, daß die Frage, die wir jetzt diskutieren, ein entscheidender Prüfstein für unsere Glaubwürdigkeit ist, wie ernst wir das Thema nehmen, das auf der Stirnseite dieses Saales in großen Lettern angeschlagen ist.

(Beifall)

Wir sind uns darin einig - das kam mehrfach zum Ausdruck, auch hier -, daß unser Bekenntnis zum Kind und zur Erziehung des Kindes kein Lippenbekenntnis bleiben darf. Aber, meine Damen und Herren, dieses Bekenntnis wird ein Lippenbekenntnis bleiben, wenn wir der jungen Frau und der jungen Mutter nur anempfehlen, sie möge sich doch bitte gerade in den ersten Monaten um ihr Kind kümmern. Wenn wir es bei dieser Empfehlung belassen, dann ist das nicht mehr als die Passage einer Sonntagsrede.

(Vereinzelt Beifall)

Es gibt, meine ich, keine wichtigere Forderung als die, daß wir es möglich machen, daß sich eine junge Mutter um ihr Kind kümmert. Meine Damen und Herren, wenn das stimmt und kaum eine wichtigere Forderung von uns gestellt werden kann, dann müssen wir es aber auch möglich machen, daß diese Forderung realisiert wird. Wir realisieren sie nicht, indem wir nur eine Empfehlung geben, sondern diese Forderung ist nur dann realisierbar, wenn wir uns auch dazu durchringen, dieser jungen Mutter eine Zusicherung zu geben, daß sie in den Beruf zurückfindet, wenn sie sich ein Jahr lang allein und ausschließlich um das Kind gekümmert hat.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bitte herzlich all diejenigen, die Bedenken gegen diese Formulierung und gegen diesen Antrag hegen, einmal ein deutsches Arbeitsamt aufzusuchen und sich über die Chancen zu erkundigen, die eine junge Frau hat, wenn sie wieder in den Beruf einsteigen will. Jeder Berater eines Arbeitsamtes' wird Ihnen sagen, daß es kaum jemanden gibt, der schwieriger vermittelt werden kann, als eine junge Frau und Mutter, die, nachdem sie aus dem Beruf ausgeschieden war, den Wiedereinstieg in den Beruf sucht. Es gibt kaum eine Gruppe, die schwieriger vermittelt werden kann.

Deswegen, meine ich, kann die Lage auf dem Arbeitsmarkt, mit der sich heute eine junge Frau konfrontiert sieht, eigentlich kaum noch schlechter werden, als sie es ist. Unsere Anstrengung muß es doch sein, den Wiedereinstieg möglich zu machen und jungen Frauen dann auch tatsächlich die Möglichkeit einzuräumen, wieder in den Beruf zu gehen, nachdem sie sich ein Jahr lang nur um ihr Kind gekümmert haben.

Ich bitte diese Forderung und diesen Vorschlag wirklich vor dem Hintergrund dessen zu sehen, was an neuen arbeitsvertragspolitischen Möglichkeiten mittlerweile auf dem Tisch liegt, vor dem Hintergrund der Möglichkeit, etwa einen befristeten Arbeitsvertrag abzuschließen. Ich bitte Sie auch zu sehen, daß es bis in die Begrifflichkeit geht, wenn wir etwa von Arbeitsplatzgarantie reden, vor dem Hintergrund der Formulierung, über die wir tatsächlich verhandeln, nämlich über die Formulierung der

Antragskommission, wie sie nach langen Diskussionen zustande gekommen ist.

Mein letzter Satz:

(Vereinzelt Beifall)

Ich bitte bei allem nicht zu vergessen, was Heiner Geißler hier über die positiven beschäftigungspolitischen Möglichkeiten gesagt hat, die entstehen, wenn wir diesen Vorschlag annehmen und ihn dann in der Gesetzgebung realisieren. - Ich bedanke mich.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Herr Landré.

Heinz Landré: Liebe Parteifreunde! Ich möchte hier nur einen Gesichtspunkt beleuchten. Das ist die Frage, wie wir künftig das Arbeitsrecht verbessern, flexibilisieren, gelenkiger machen, dem Bemühen von Norbert Blüm nachkommen wollen, der dies als einen oder mehrere von den vielen, vielen Schritten, die wir gehen müssen, versuchen will, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, wenn wir nun schon wieder dabei sind - ich gebe zu, aus einem ganz, ganz wichtigen Grund; deswegen will ich das auch sehr vorsichtig formulieren -, das Arbeitsrecht mit einem neuen Ungelenk zu versehen, wenn wir schon wieder dabei sind, dieses Arbeitsrecht noch einmal dahingehend zu verändern, daß es wieder zu neuen Einstellungshemmnissen führen wird.

Schon durch das jetzige Gesetz zum Schutz der Mutter, durch die Arbeitsplatzgarantie mit dem Mutterschaftsurlaub und mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben, entstehen für so manchen kleinen Unternehmer Schwierigkeiten, die ihm nahezu unüberwindlich erscheinen und die ihn häufig dazu veranlassen, eine Einstellung erst gar nicht vorzunehmen, um sich in die Schwierigkeiten gar nicht erst zu begeben. Um wieviel mehr wird dies der Fall sein, wenn wir die Zeiten verdoppeln!

Herr Böhr hat eben davon gesprochen, man möge sich einmal auf dem Arbeitsamt diese arbeitsplatzsuchenden Frauen anschauen. Meine Damen und Herren, ich empfehle Ihnen, einmal auf ein Arbeitsgericht zu gehen und zuzuhören, wie schwierig es ist, einen Mitarbeiter, den zu entlassen man gezwungen ist, überhaupt entlassen zu können. 14 000, 15 000 Konkurse im Jahr sind eine weitere Sache, an die man denken muß, ein weiteres Fragezeichen, das man hinter diese sogenannte Garantie setzen muß.

Wir müssen uns wirklich die Frage stellen, ob wir auf diesem Wege fortfahren sollten. Ich meine, die vielen, vielen Betriebe des Mittelstandes, die vielen Einzelunternehmer und Kleingewerbetreibenden erwarten von uns, daß wir hier nicht ein „sowohl als auch“ beschließen, sondern klar wegkommen von der - jetzt möchte ich es einmal sagen - bisher praktizierten Angstlichkeit, ja, Feigheit der Politiker, die es zugelassen haben, daß Arbeitsrecht heute eigentlich nur noch von den Gerichten formuliert wird, nicht aber von den Politikern durch klar formulierte Gesetze,

(Beifall)

die auch die Möglichkeit geben, exakt zu urteilen. Es wird vielmehr den Richtern überlassen, zu sagen, was daraus wird.

Das, meine Damen und Herren, möchte ich in diesem Falle nicht. Ich bin sehr dafür, daß wir hier sorgfältig überlegen, wie wir die Möglichkeiten der Weiterbeschäftigung bzw. Wiederbeschäftigung, möglicherweise auch am innegehabten Arbeitsplatz, realisieren; aber ich möchte verhindern, daß wir versuchen, das mit einer gesetzlichen Regelung erreichen zu wollen, die deshalb nicht präzise sein kann, weil sie dem kleinen Betrieb in dieser Weise zu große Schwierigkeiten bereitet. Ich plädiere für die Freiwilligkeit, und ich bitte Sie sehr herzlich, dies auch zu tun.

Danke schön.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, bevor ich Herrn Scheffold, Herrn Doss und Frau Rahardt das Wort gebe, möchte ich bekanntgeben, daß wir jetzt noch 13 Wortmeldungen haben und daß das Tagungspräsidium beschlossen hat, von § 18 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung Gebrauch zu machen und die Rednerliste zu schließen.

(Zustimmung)

Ich darf nun Herrn Scheffold bitten.

Gerd Scheffold: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Vorfeld der Diskussion um die Arbeitsplatzgarantie wurde gesagt, daß das Erziehungsgeld, das ich aus den Gründen, die der Generalsekretär angeführt hat, sehr begrüße, seine Wirkung ohne die Arbeitsplatzgarantie nicht voll entfalten könne. Wenn das so ist, muß ich mich fragen: Werfen denn dann die Länder Berlin und Baden-Württemberg, wenn sie ein zweites Jahr des Erziehungsgeldes anhängen, worauf sich aber die Arbeitsplatzgarantie nicht erstreckt, das Geld zum Fenster hinaus? Da kann dann doch wohl etwas nicht stimmen!

Ich bin der Auffassung von Herrn Professor Zeitel, daß dies trennbar ist, daß das Erziehungsgeld Wirkung zeigen wird, und lehne die Arbeitsplatzgarantie ab. Ich will Ihnen auch noch einen zweiten Grund dafür sagen, daß ich dies tue.

Ich tue dies deshalb, weil ich für die Wende bin.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren, wir haben mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz ein Stück Wende vollzogen, ein Stück Wende weg von beschäftigungshindernden Schutzgesetzen, die sich inzwischen - nach den Zeiten der Vollkonjunktur - negativ für die zu Schützenden auswirken. Wenn wir nun diese Arbeitsplatzgarantie beschließen, machen wir wieder eine Wende. Ich halte das für falsch, denn wenn man zweimal eine Wende macht, fährt man die alte Straße weiter, und das sollten wir nicht wollen.

Danke schön.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben uns hier oben zu noch einem Beschluß durchgerungen, den Sie allerdings mit einem Votum versehen müßten. Ich bitte Sie, darüber abzustimmen, ob wir die Redezeit auf drei Minuten begrenzen sollten. Ich darf Sie um Ihr Votum bitten. Wer ist dafür, daß wir drei Minuten Redezeit beschließen? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? Das ist eine überwältigende Mehrheit für drei Minuten.

Ich darf jetzt Herrn Doss das Wort geben.

Hansjürgen Doss: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Dr. Geißler, ich bin Ihnen sehr dankbar für die Eindringlichkeit, mit der Sie erläutert haben, wie wichtig es ist, daß wir den Frauen und Müttern die Rückkehr in das Arbeitsleben erleichtern. Ich wäre - da möchte ich mich den Worten von Professor Zeitel anschließen - sehr dankbar, wenn hier keine falschen Fronten aufgebaut würden.

Wegen der Kürze der Redezeit möchte ich mich auf einen maßgeblichen Gedanken beschränken. Wenn diese Garantie käme, würde dies nach meiner Auffassung kontraproduktiv sein.

(Zustimmung)

Ich glaube, daß dies für die jungen Frauen ein Hemmnis wäre, eingestellt zu werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin seit 20 Jahren selbständig; ich habe ein kleines Architekturbüro, spreche also nicht wie der Blinde von der Farbe. Darüber hinaus bin ich Mittelstandspolitiker, ein Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft. Das ist unsere Soziale Marktwirtschaft, nicht der Wirtschaftsliberalismus der Freien Demokraten, die sich so angelegentlich um den Mittelstand kümmern.

(Vereinzelt Zustimmung)

In meinem Büro war einmal eine junge Frau von 30 Jahren; sie hatte gerade geheiratet. Sie hat mit meiner Frau wegen der Position gesprochen. Wir haben zur Zeit, weil es in der Bauwirtschaft nicht besonders gut läuft, eine solche Position nicht. Aber unterstellt, wir hätten eine solche, wären meine Frau und ich in echten Gewissensnöten gewesen, denn bei einem Büro mit drei oder vier Mitarbeitern bedeutet eine Mitarbeiterin ein Viertel oder ein Drittel der Kapazität, und es ist eben die Frage, ob wir uns in diesem Falle dann für die junge Frau entschieden hätten, die vielleicht genausogut oder besser als ein männlicher Mitbewerber qualifiziert gewesen wäre.

Herr Dr. Geißler, 100 Tote und 67 Geburten, das alles ist bedrückend. Wir müssen etwas tun. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß wir handeln müssen. Das ist der richtige Weg. Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte sehr herzlich darum: Die Antwort in dieser speziellen Frage ist, so meine ich, falsch. Ich denke, wir sollten den freiwilligen Weg versuchen. Der Bundeskanzler hat mit seinem Lehrstellenappell über 100 000 Lehrstellen geschaffen. Lassen Sie uns doch appellieren, daß die Betriebe, bei denen es möglich ist, diese Garantie geben, und lassen wir den

anderen die Möglichkeit zu sagen, es geht nicht, damit sie deswegen nicht - wie kleine Selbständige meiner Art - in Gewissensnöte kommen.

Ich bitte Sie herzlich: Unterstützen Sie unseren Antrag, den der freiwilligen Lösung.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Frau Rahardt.

Frau Susanne Rahardt: Frau Präsidentin! Liebe Parteifreunde! Es haben bis jetzt zu dieser Frage überwiegend, wenn nicht ausschließlich Männer gesprochen. Diese Männer haben überwiegend mit wirtschaftlichen Erwägungen eine Ablehnung der Beschäftigungsgarantie begründet.

Auch ich möchte hier gegen die Beschäftigungsgarantie sprechen, aber nicht als Mittelständler oder als Wirtschaftsratler, sondern als junge Frau.

(Beifall)

Die Bedenken sind im Forum heute bereits genannt worden. Ich habe eine abgeschlossene Berufsausbildung, und ich habe auch einen Arbeitsplatz. Ich hatte Glück. Meine Kommilitoninnen, die mit mir zusammen Examen gemacht haben, haben sich teilweise über ein Jahr bemüht, irgendeine qualifizierte Position zu finden, und es gelang ihnen nicht. Sie haben teilweise Arbeitsplätze annehmen müssen, die ihrer Qualifikation, ihrer Ausbildung überhaupt nicht entsprachen. Ich befürchte sehr, daß sich dies noch verstärken, verdoppeln, verzehnfachen wird, wenn diese Arbeitsplatzgarantie festgeschrieben wird.

(Beifall)

Wir kennen die betreffenden Zahlen der Frauenarbeitslosigkeit. Wir wissen, daß viele klassische Frauenberufe keine Zukunft haben. Wir fordern und fördern, daß junge Mädchen Ausbildung im technischen Bereich machen und sich qualifizierter ausbilden. Das sind Bereiche, in denen sie, wenn sie sich um einen Arbeitsplatz bemühen, auf die Konkurrenz von jungen Männern treffen. Ein Unternehmer muß dafür sorgen, daß sein Laden läuft und sich rechnet, weil er mehrere Arbeitsplätze anbietet. Ich kann keinem Unternehmer vorwerfen, daß er, wenn eine junge Frau und ein junger Mann sich um eine qualifizierte Position bewerben, mit diesem Risiko vor Augen den jungen Mann vorzieht. Wir können doch einfach nicht wollen, daß junge Mädchen qualifiziert ausgebildet werden und in neue Bereiche hineinkommen - technische Bereiche, neue Technologien, Computertechnik - und dann, wenn sie ausgebildet und die volkswirtschaftlichen Kosten alle entstanden sind, vor einem verschlossenen Arbeitsmarkt stehen.

(Beifall)

Deswegen bitte ich Sie ganz, ganz herzlich im Interesse der jungen Frauen. Christoph Böhr hat vorhin namens des Bundesvorstands der Jungen Union für die Empfehlung der Antragskommission gesprochen. Aber es hat im Bundesvorstand der Jungen Union schwere, sehr schwere Bedenken aus den genannten Gründen gegeben. Der Bundesarbeitskreis der Jungen Union „Frauen und Mädchen“ hat

diese schweren Bedenken ganz einhellig geteilt. Die ganzen jungen Frauen, die dort mitgearbeitet und sich intensiv um diese Problematik gekümmert haben, haben Angst, daß sie, ihre jüngeren Schwestern und die jungen Mädchen, die in ein paar Jahren auf den Arbeitsmarkt kommen, alle draußen vor der Tür stehen - wegen eines gutgemeinten Schutzgesetzes, wegen einer Intention, die man nur begrüßen kann, deren Ergebnis aber, so befürchten wir, sein wird, daß die jungen Mädchen und Frauen draußen bleiben werden.

(Beifall)

Deshalb bitte ich Sie herzlich: Lehnen Sie die Empfehlung der Antragskommission ab!

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungsspräsidium: Schönen Dank. - Als nächste hat Frau Marlene Lenz das Wort. Dann Frau Koch (Oldenburg), dann Herr Vogt (Rheinland).

Frau Marlene Lenz: Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nur einige ganz kurze Bemerkungen machen. Wir leben ja nicht allein auf einem fernen Stern. In unseren Nachbarländern gibt es eine ganze Reihe sehr flexibler Lösungen für diese Frage. All das ist dabei denkbar. Aber wie ein roter Faden zieht sich durch alle Lösungen, die getroffen worden sind, die Tatsache, daß die Rückkehr an den Arbeitsplatz in irgendeiner Form gewährleistet ist.

(Beifall)

Das ist das Wichtigste, was in diesen verschiedenen Gesetzen zu finden ist. Ich habe die herzliche Bitte: Sehen Sie sich das einmal an!

Es trifft nicht zu, daß die Erwerbsquoten der Frauen zurückgegangen sind. Sie gehen in den Ländern sogar hoch, weil immer mehr qualifizierte Mädchen auf den Arbeitsmarkt kommen.

Ein Weiteres. Qualifizierte Mädchen, die keinen Arbeitsplatz finden, vermehren das Heer der Arbeitslosen ebenfalls, auch wenn Sie sie aus den Gründen ablehnen, die uns hier genannt werden. Dieses Argument ist hier merkwürdigerweise überhaupt noch nicht aufgetaucht.

Ich rede nicht wie eine Blinde. Ich weiß, auch in einem Abgeordnetenbüro tut sich auf diesem Sektor eine ganze Menge. Ich muß Ihnen sagen: Ich betrachte es auch als eine Herausforderung für uns Christliche Demokraten, die wir Familie haben und die wir Kinder in unseren Familien haben wollen, diesen jungen Mädchen diese Chance zu geben und in unseren eigenen Büros und Betrieben entsprechend zu handeln.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungsspräsidium: Schönen Dank, Frau Lenz. - Frau Koch, bitte.

Frau Koch: Ich spreche nicht für die Wirtschaft. Das hat vorhin schon jemand hier getan. Ich bin selbständig. Ich spreche für mich selbst.

Ich schließe mich in gewisser Weise dem Gedanken von Herrn Doss an, der vorhin seine Situation in einem kleinen Büro geschildert hat. Ich muß aber sagen - und ich finde, man muß es sagen, wenn man andere Erfahrungen gemacht hat -: Auch wir haben so ein kleines Büro, von dem er soeben sprach. Wir haben innerhalb von fünf Jahren zwei Mitarbeiterinnen zweimal Schwangerschaftsurlaub gewähren müssen und gewährt.

Ich bin der Meinung, das Problem liegt und lag ganz anderswo, nämlich in dem Zeitpunkt, als dieses Gesetz beschlossen wurde. Ich glaube auch, daß dann, wenn es überhaupt um Diskriminierung von Frauenarbeitsplätzen geht, höchstens in diesem Stadium darüber diskutiert werden könnte: Können wir das verantworten oder nicht? Nachdem wir dieses Problem gelöst haben, das wir ja schon einige Zeit haben, und damit auch leben können, sind wir, bin jedenfalls ich der Auffassung, daß man auch die weiteren Monate im Interesse vieler Frauen durchaus ermöglichen kann.

(Beifall)

Was ich bedaure, ist, daß von der CDU etwas vielleicht zu früh herausgegeben wurde, das später durch die befristeten Arbeitsverträge korrigiert wurde. Das hätte sofort kommen müssen. Denn mit diesen befristeten Arbeitsverträgen können wir dieses Problem sehr wohl lösen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau Koch. - Das Wort hat Herr Vogt (Rheinland).

Vogt: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sprechen seit 9 Uhr intensiv von Männern und Frauen, von Vätern und Müttern. Da liegt es nahe, die Bemerkung zu machen, daß wir jetzt keine halben Sachen machen sollten.

Meine Damen und Herren, wenn wir der Frau die Chance eröffnen wollen, sich für den Beruf, für die Erwerbstätigkeit und für das Kind zu entscheiden, dann machen wir eine halbe Sache, wenn wir diesen Frauen für den Fall, daß sie ein Kind bekommen, nicht die Gewähr geben, dann wieder ins Erwerbsleben eingegliedert werden zu können.

(Beifall)

Die beruflichen Chancen, die Erwerbschancen der Frauen hängen von beruflicher Bildung ab, von der Erschließung neuer Berufe für Frauen im gewerblich-technischen Bereich. Da gilt es, die Berufschancen der Frauen zu verbessern, indem wir Diskriminierungen im Arbeitszeitgesetz beseitigen, indem wir die unterschiedlichen Pausenregelungen beseitigen. Da gilt es, die Aufwendungen für Mutterschaft in das Lohnausgleichsverfahren verstärkt einzubeziehen. Auf diesen Wegen müssen wir voranschreiten. Aber wir müssen der Frau auch die Möglichkeit geben, nach der Geburt eines Kindes und dem Erziehungsjahr wieder ins Erwerbsleben zu kommen.

Nun, Kollege Zeitel: Für die mithelfenden Familienangehörigen brauchen wir keine Arbeitsplatzgarantie. Denn die haben ihren Arbeitsplatz. Die Erfahrung, die hier geschildert worden ist, zeigt dies ebenfalls.

(Zuruf: Für Gottes Lohn!)

- Nein, nicht für Gottes Lohn! Auch der mithelfenden Frau, die ein Kind bekommt, wird ja Erziehungsgeld gewährt.

Kollege Landré, soll man dies freiwilligen Regelungen überlassen? Wer Richterrecht im Bereich des Arbeitsschutzes beklagt, kann diesen Sachverhalt doch nicht einem Richterrecht überlassen. Freiwillige Lösungen landen beim Richterrecht. Was dabei herauskommt weiß jedoch niemand.

(Beifall)

Deshalb, meine Damen und Herren, sage ich: Die Fahrkarte zum Erziehungsurlaub muß eine Rückfahrkarte in das Erwerbsleben sein. Deswegen spreche ich mich für den Antrag der Antragskommission aus.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Schönen Dank. - Das Wort hat Herr Dr. Ellenberger.

Dr. Gert Ellenberger: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich spreche mich für die Annahme des Antrags C 29 aus.

Wegen der Begrenzung der Redezeit vielleicht nur einen kurzen Rückblick auf unsere Vorstandssitzung der Landesmittelstandsvereinigung am 6. März 1985 im Landtag in Stuttgart. Ich zitiere nur die Ausführungen der beiden Bezirksvorsitzenden von Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern. Der eine ist Fliesenlegermeister, der zweite Speditionsunternehmer. Beide haben uns die Probleme aus ihren Betrieben mitgeteilt. Insbesondere ging es um die Probleme aus dem Speditionsunternehmen, wo in der Verwaltung überwiegend weibliche Arbeitskräfte beschäftigt sind - in einem nicht einfachen Spezialgebiet. Sicherlich sind bei diesen Diskussionen auch Emotionen mit im Spiel gewesen, aber es kam folgender Gesichtspunkt auf: Wenn man sich für Arbeitsplatzgarantie ausspricht, müßte man fairerweise auch sagen, daß es auch eine Rückkehrgarantie geben muß, damit ein Unternehmer seine Personaldispositionen später entsprechend konkret in die Tat umsetzen kann.

Ein zweiter Gesichtspunkt: Ich hatte heute morgen Gelegenheit, als erster Herr im Damenforum 1 sprechen zu dürfen, und bekam dort einigen Applaus. Ich darf das kurz wiederholen: Ich selbst habe mit drei Kollegen ein größeres Steuerberatungsbüro mit rund 30 Personen, von denen 22 Damen und 8 Herren sind. Der überwiegende Teil unserer Damen ist in jenem Alter, in dem sie noch Kinder haben können. Ich frage mich, welches Problem auf uns zukäme, wenn wir nicht den Grundsatz der Freiwilligkeit in die Tat umsetzten, den wir vorziehen, da wir im Mittelstand gesetzliche Regelungen nicht akzeptieren können.

Ich darf noch einen Rückblick auf unseren Parteitag vom 9. bis zum 11. Mai 1984 in Stuttgart machen. Unter Textziffern 26 und 27 der Stuttgarter Leitsätze wurden Dinge

formuliert und dann auch verabschiedet, die sich in Widerspruch zu jenen Formulierungen befinden, die jetzt in dem anderen Antrag stehen. Ich bin der Meinung, das ist ein, wie die Lateiner zu sagen pflegen, venire contra factum proprium. Wir setzen uns in Widerspruch zu dem, was wir vor einem Jahr beschlossen haben.

Ich bitte Sie, für den Antrag C 29 zu stimmen.

Danke.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Ich bitte jetzt Frau Engler an ein Mikrofon. - Frau Engler ist nicht im Saal. Entschuldigung. - Dann gebe ich Herrn Worms das Wort.

Dr. Bernhard Worms (mit Beifall begrüßt): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Um was geht es jetzt? Wir haben einen Antrag des Bundesvorstandes gehabt. Um diesen Antrag hat es eine Fülle von Diskussionen gegeben. Danach hat es eine Änderung gegeben. Die ist hier von dem Generalsekretär vorgetragen worden. Diese Änderung ist die Empfehlung der Antragskommission. Sie ist auch weitgehend mit dem Antrag C 33 des Landesverbandes Rheinland identisch. Im Augenblick streiten wir uns doch nur noch darum: Freiwillige Lösung oder keine freiwillige Lösung? Auch dazu sind die Argumente des Pro und Contra ausreichend vorgetragen worden.

(Beifall)

Meine herzliche Bitte ist: Setzen Sie sich für die Empfehlung der Antragskommission ein. Ich finde, das ist der richtige, ausgewogene Kompromiß unserer CDU.

Vielen Dank.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Waldburg-Zeil.

Alois Graf von Waldburg-Zeil: Meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich zu einem anderen Punkt sprechen, der aber in demselben Absatz steht. Das ist die 20-Stunden-Grenze. Ich will nur Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken: Durch einen CDA-Antrag ist gefordert worden, diesen Absatz zu streichen. Ich bitte die Antragskommission dringend, doch noch einmal zu überlegen, ob man diese genaue Begrenzung, 20 Stunden, herausnehmen könnte, und zwar aus folgendem Grunde: Wir haben die ganze Zeit darüber gesprochen, daß das Kind den Anspruch auf eine Zuwendung der Bezugsperson habe. Wenn wir jetzt plötzlich wieder eine Halbtagsarbeit freigeben, käme das Kind fast in eine schlechtere Situation als vorher, als es konstant betreut worden ist, die Situation der ständig wechselnden Betreuung. Das ist ein ganz diffiziler Punkt.

Das zweite: Ich möchte bitten, in diesem Zusammenhang auf die Arbeitsmarktprobleme aufmerksam zu werden, denn es würde mit Mutterschaftsgeld von 600 DM und Halbverdienst von - sagen wir mal - noch einmal 600 DM netto so viel verdient werden wie unter Berücksichtigung der Lohnsteuerkarte V bei voller Berufstätigkeit. Es würde also einen ungeheuren Andrang auf den sowieso überlasteten Teilzeitarbeitsmarkt geben. Herr Bundesminister Blüm, ich bitte zu überlegen, ob wir hier nicht statistisch 500 000 zusätzliche Arbeitslose bekommen könnten.

Ich wäre dankbar, wenn wir diese Zeitfrage noch herauslassen könnten und den Ausschüssen und der Fraktion die Möglichkeit gäben, darüber zu beraten.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Schönen Dank.

Das Wort hat Herr Blüm.

Dr. Norbert Blüm: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir brauchen gar nicht lange drumherumzureden. Ich bin für eine konsequente Politik. Wer A sagt, muß B sagen. Und wer Erziehungsgeld sagt, muß Arbeitsplatzreservierung sagen.

(Beifall)

Erziehungsgeld ohne Arbeitsplatzreservierung ist ein Wagen ohne Räder. Der fährt nicht. Das ist eine Mogelpackung. Ein Erziehungsgeld, das verbunden ist mit der Angst der berufstätigen Frauen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, wird nicht in Anspruch genommen. Wir sollten den Fehler der SPD nicht herumdrehen. Die SPD hat eine Regelung beschlossen, der zufolge Mutterschaftsurlaubsgeld nur die berufstätige Frau bekommt. Darauf kann unsere Antwort nicht ein Erziehungsgeld sein, das die berufstätigen Mütter nicht nutzen können. Nein, es ist im Sinne unserer besten Tradition, Gleichberechtigung zwischen Berufstätigen und Nichtberufstätigen anzustreben. Wer das will, muß für Arbeitsplatzreservierung sein. Wer A sagt, muß B sagen.

Zweitens. Ich glaube nicht, daß wir hier mit Angst weiterkommen. Macht doch den Kleinbetrieben nicht Angst, um Gottes willen. Wir brauchen doch jetzt eine Überschwemmung mit befristeten Arbeitsverträgen, Leiharbeitsverhältnissen. Wenn wir das schaffen, entspannt sich das Thema. Wir müssen nur den Mut dazu haben.

Wenn das heute noch nicht geschieht, kann doch nicht die Mutter die Konsequenz tragen müssen. Wir brauchen Leiharbeitsverhältnisse als etwas ganz Ordentliches. Ich kann mir vorstellen, daß es mancher Arbeitnehmer auch schätzt, heute mal da und morgen mal dort zu arbeiten. Das ist ein ganz reguläres Arbeitsverhältnis, das wir aus dem Verdacht, etwas Illegales zu sein, herausbringen müssen. Insofern hilft die Flexibilisierung auch hier, Hemmungen abzubauen.

Ein Drittes, meine Damen und Herren: Wir haben doch heute schon Arbeitsplatzreservierung, auch -garantien: für Betriebsräte, für Soldaten. Da kann ich nur sagen: Was Betriebsräten und Soldaten recht ist, das muß für die Mütter billig sein.

(Beifall)

Ich will gar keinen großen Vergleich anstellen, aber ohne Mütter gibt es demnächst weder jemand, der uns schützt, noch gibt es überhaupt etwas zu schützen. Ich sage auch dem Mittelstand: Wenn es morgen keine Familien gibt, gibt es übermorgen keine Arbeitnehmer für die Mittelständler und auch keine Verbraucher für ihre Produkte. Insofern hängt eine Offensive der Familienpolitik auch damit zusammen, daß wir an den Aufschwung glauben. Macht jetzt den Leuten nicht Angst. Wir schaffen es mit Leiharbeitsverhältnissen, wir schaffen es mit befristeten Arbeitsverträgen, wenn in die Sache Schwung kommt. Wer für das Erziehungsgeld ist, muß auch für Arbeitsplatzreservierung sein.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Blüm.

Das Wort hat Frau Dr. Wex.

Frau Dr. Helga Wex: Frau Präsidentin! Ich spreche mich für den Vorschlag der Antragskommission aus, und zwar aus folgenden Gründen: Die Frauenvereinigung hat das Erziehungsgeld seit Jahren als einen der wichtigsten Punkte ihrer Politik angesehen. Sie haben das alle in langen Jahren mit unterstützt. Wir haben erfahren, daß sich dann, wenn es darum ging, entweder einen Arbeitsplatz zu erhalten oder sich für ein Kind zu entscheiden, die Frauen oftmals - und das zeigt die Statistik - gegen ein Kind entschieden haben.

Meine Damen und Herren, es ist in dem Kompromißvorschlag überhaupt nichts mehr von einer Arbeitsplatzgarantie enthalten. Denn es heißt dort:

... die Rückkehr in das alte Beschäftigungsverhältnis ermöglicht werden. In den dazu notwendigen gesetzlichen Regelungen müssen die Möglichkeiten befristeter Arbeitsverträge für Ersatzkräfte auf Dauer garantiert und für kleinere Unternehmen Bestimmungen in Anlehnung an das Arbeitsplatzschutzgesetz getroffen werden, um so den betriebsbedingten Notwendigkeiten Rechnung tragen zu können.

Als wir mit der Auseinandersetzung über diese Frage begannen, waren wir sehr weit auseinander. Ich finde, daß der Parteitag gezeigt hat, wie man bestimmte Schwierigkeiten sachlich ausräumen und dann auch zu vernünftigen Vorschlägen kommen kann. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß es für uns eine Politik gibt, die es zuläßt, daß Frauen oder auch Männer, solange sie Kinder kriegen können oder Kinder haben, für das Arbeitsleben im Ergebnis ein Hindernis darstellen. Es ist abzusehen, daß es dann immer weniger werden, die Kinder kriegen. Und da ist auch die Frage berührt, wie menschlich oder wie unmenschlich eine Gesellschaft ist.

Für die Frauenvereinigung stimme ich dem Vorschlag der Antragskommission in dieser Form zu.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau Dr. Wex.

Meine Damen und Herren, damit ist die Rednerliste erschöpft. Wir kommen zur

Abstimmung über Ziffer 10 des Antrages des Bundesvorstandes. Ich weise Sie noch einmal auf das Votum der Antragskommission hin.

Wir stimmen also über die Fassung der Antragskommission ab, wie sie in der Sammlung der Initiativanträge auf Seite 7 ausgedruckt ist.

Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? -
Das war eindeutig eine Mehrheit für das Votum der Antragskommission, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe Ziffer 11 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 41 bis C 50. Die Fundstelle für die Empfehlungen der Antragskommission finden Sie in der Antragsbroschüre auf Seite 19.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme der Anträge C 41, C 44, C 46 und C 47 in der Fassung der Antragskommission sowie die Überweisung der Anträge C 43, C 45, C 46 und C 50 an die CDU-Bundestagsfraktion.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einmütig so angenommen.

Ich rufe Ziffer 12 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 51 und C 53 bis C 56. Fundstelle für die Empfehlungen der Antragskommission finden Sie in der Antragsbroschüre auf Seite 21.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme der Anträge C 51 und C 55 in der Fassung der Antragskommission sowie die Überweisung der Anträge C 52 bis C 54 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Mir liegen keine Wortmeldungen vor, wir können zur Abstimmung kommen. Wer dem Antrag der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einmütig so angenommen.

Ich rufe Ziffer 13 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 57 bis C 67 und C 69. Die Fundstelle finden Sie in der Antragsbroschüre auf Seite 22.

Die Kommission empfiehlt Ihnen Annahme der Anträge C 57 und C 59 in der Fassung der Antragskommission. Darüber hinaus wird empfohlen, C 58, C 63, C 67 und C 69 an den Bundesausschuß zu überweisen, der sich noch in diesem Jahr mit dem Thema soziale Sicherung befassen wird.

Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Dann können wir zur Abstimmung kommen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so angenommen.

Ich rufe die Ziffer 14 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die

Anträge C 68 und C 70 bis C 72. Entgegen der Angabe in der Antragsbroschüre wird der Antrag C 36, wie bei Ziffer 10 beschlossen, im Zusammenhang mit Ziffer 15 behandelt. Sie finden die Empfehlung der Antragskommission in der Antragsbroschüre auf Seite 24.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme der Anträge C 68 und C 70 in der Fassung der Antragskommission. Der Antrag C 72 wird zur Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion empfohlen.

Mir liegt zu Ziffer 15 C 76 eine Wortmeldung vor, und zwar von Herrn Hauser.

Hansheinz Hauser: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Ziffer 15, zweiter Absatz steht im letzten Satz: „Der Zeitraum für das Erziehungsgeld soll in der Zukunft stufenweise ausgeweitet werden.“ Wir haben jetzt eine Entscheidung der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen, ein Erziehungsgeld mit Kosten in Höhe von 1,5 Milliarden DM einzuführen, verbunden mit einer Weiterentwicklung, die Kosten in Höhe von 3 Milliarden DM verursacht. Ich glaube, daß es uns angesichts der Gesamtlage des Haushalts schwer genug fällt, diese Leistungen zu erbringen.

Ich halte es nicht für sinnvoll, daß wir hier auf dem Parteitag darüber hinausgehende weitere Erwartungen wecken. Wenn wir das tun wollen, dann können wir das ja auch tun, ohne daß wir das vorher ankündigen. Ich meine, wir wären ehrlicher, wenn wir diesen Satz hier streichen würden, damit wir nicht in irgendeinen Zugzwang kommen, der uns nachher vielleicht einmal politische Schwierigkeiten bereitet.

(Vereinzelter Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank Herr Hauser.

Für die Antragskommission hat Frau Hellwig das Wort.

Frau Dr. Renate Hellwig, Antragskommission: Meine Damen und Herren, dieser Teil ist in Absprache mit dem Finanzminister aufgenommen worden. Es geht hier um *eine langfristige Perspektive, von der ich annehme, daß sie nicht einmal in der nächsten Legislaturperiode verwirklicht sein wird.* Sie steht unter einem Finanzvorbehalt.

Wir haben hier ja gesagt, daß wir kein Regierungsprogramm verabschieden. Es ist eben so, daß eine Partei langfristig vordenkt. Die Ziele, die wir uns hier gesetzt haben, sollen bis zum Jahre 2000 erfüllt werden. Wir sollten uns hier nicht schon vorab über das Jahr 2000 hinaus blockieren.

Ich bitte, das so zu verstehen, und bitte Sie um Zustimmung zum Antrag der Antragskommission.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Danke schön.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 15 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 76 und C 73 bis C 82. Die Fundstelle für die Empfehlungen der Antragskommission ist Seite 26 in der Broschüre.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Anträge C 73 und C 79 in der Fassung der Antragskommission sowie die Überweisung der Anträge C 75 und C 77 an den Bundesausschuß.

Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einmütig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 16 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 83 bis C 86. Fundstelle in der Broschüre ist die Seite 27.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrages C 83.

Es liegen mir keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 17 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 87 bis C 95 und die Initiativanträge C 113 und C 115. Fundstelle in der Broschüre ist Seite 28 und in der Sammlung der Initiativanträge die Seiten 8 und 9.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme der Anträge C 87, C 95 und C 115 in der Fassung der Antragskommission. Die Anträge C 88, C 91 und C 93 sollen an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion überwiesen werden.

Zunächst hat sich Frau Anneliese Hieke zu Wort gemeldet.

Frau Anneliese Hieke: Meine Damen und Herren! Mit dem Zusatz, auch Hemmnisse für Unternehmen abzubauen, wenn es um Teilzeitbeschäftigung geht, meinen wir, daß es mehrere Gesetze gibt, bei denen die Zahl der Arbeitnehmer eine Rolle spielt, wenn es um erhöhte Belastungen für die Unternehmen geht. Wir glauben, daß dann, wenn auch diese Hemmnisse abgebaut werden, die Frauen wesentlich mehr Chancen haben, wirklich Teilzeitarbeitsplätze zu bekommen. Es sollte möglich sein, daß bei Teilung eines Vollzeitarbeitsplatzes in zwei oder drei Plätze dann eben nur dieser Arbeitsplatz zählt, damit nicht zusätzliche Erschwernisse auf die Betriebe zukommen. Damit hätten die Frauen mehr Chancen, in Teilzeitarbeit beschäftigt zu werden.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag. Vielen Dank.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Hieke. Für die Antragskommission hat Frau Breuel das Wort.

Birgit Breuel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Hieke hat eben zu dem Antrag C 115 gesprochen, den Sie in den Ergänzungsunterlagen finden, die Ihnen heute auf den Tisch gelegt worden sind. Die Antragskommission empfiehlt, einen Teil dieses Antrages zu übernehmen, indem wir Ihnen vorschlagen, in dem Antrag in Ziffer 17 im ersten Absatz in der vorletzten Zeile das Wort „Teilzeitarbeit“ zu ergänzen und damit das ganze Paket um „Teilzeitarbeit“ zu verbessern. Wir glauben, daß damit dem Anliegen der Mittelstandsvereinigung Rechnung getragen ist.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Breuel.

Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen so beschlossen.

Meine Damen und Herren, dem Präsidium ist eben ein Formfehler unterlaufen, indem vergessen wurde, den Antrag C 114 aufzurufen. Den finden Sie in der Sammlung der Initiativanträge auf Seite 6. Dazu hat sich Frau Hieke gemeldet.

Frau Anneliese Hieke: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier geht es um das Erziehungsgeld in den ersten sechs Monaten. Wir haben heute nachmittag von Minister Geißler und später auch von Staatssekretär Vogt gehört, daß in den ersten sechs Monaten wirklich alle das Erziehungsgeld erhalten sollen, und zwar im Gegensatz zu den Vorgaben der SPD, in der mitarbeitende Ehefrauen und Bäuerinnen usw. nicht bedacht sind. Aber wie sieht der derzeitige Gesetzentwurf aus? Im Gesetzentwurf gibt es auch schon für die ersten sechs Monate die Vorschrift, die heißt: „Eine nicht volle Erwerbstätigkeit als Voraussetzung liegt vor, wenn sie die Hälfte der übrigen Arbeitszeit“ - und damit kämen wir ja zurecht, aber dann heißt es - „20 Stunden nicht überschreitet.“ Für die mitarbeitenden Ehefrauen in den typisch mittelständischen Betrieben gibt es keine 40-Stunden-Woche. Für uns kann eine Halbtagsbeschäftigung nur 30 Stunden oder auch mehr heißen. Wenn die Betroffenen - und das sind mit Sicherheit im Mittelstand mit Mehrheit die Frauen - in ihrer Verantwortung im Betrieb mitarbeiten wollen und bezüglich ihrer geleisteten Arbeitszeit ehrlich bleiben wollen, dann erhalten sie eben kein Erziehungsgeld, und zur Unehrllichkeit wollen wir in der CDU die Bürger ja nicht verführen. Sollen also die eineinhalb Millionen Frauen durch ihren erhöhten Arbeitseinsatz bestraft werden? Ich meine, dies kann die CDU nicht wollen.

Es gibt zwei Alternativen, entweder man schreibt diese starre Regelung mit den 20 Stunden nicht fest, oder eben diese eineinhalb Millionen Frauen erhalten auch in Zukunft kein Erziehungsgeld. Dies ist die Situation der mittelständischen Frau, wenn sie in Schwangerschaft ist, wenn sie Kinder bekommt. Hier ist es doch in vielen kleinen Geschäften so, daß dann, wenn z. B. um 17 Uhr die Wehen einsetzen, der Ehemann sagt: „Geht es nicht noch, daß wir erst um 18 Uhr in die Klinik fahren?“ Wir haben kaum einen Mutterschutz und haben auch Kinder, und ich glaube, wir

erziehen auch unsere Kinder. Hier wurde heute vom Präsidium gesagt, Kindererziehung ist nicht eine Frage der Quantität, sondern der Qualität.

Ich bitte Sie sehr, dem Antrag C 114 zuzustimmen. Vielen Dank.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Hieke. Für die Antragskommission, Frau Verhülsdonk.

Frau Roswitha Verhülsdonk, Antragskommission: Meine Damen und Herren, Sie werden sich erinnern, daß sich zu diesem Thema Graf von Waldburg-Zeil schon einmal gemeldet hatte und daß das bereits an der Stelle diskutiert und abgelehnt worden war. Ich will trotzdem zu der Wortmeldung von Frau Hieke und zu Ihrem Antrag folgendes sagen:

Es ist verfassungsrechtlich nicht möglich, daß die Frau, die bei ihrem Ehemann einen Arbeitsvertrag in dessen Betrieb oder im Familienbetrieb hat, anders gestellt wird als die Frau, die in einem fremden Betrieb erwerbstätig ist. Wenn wir also im Gesetzentwurf sagen, daß eine Arbeit, die 20 Stunden überschreitet, den Bezug des Erziehungsgeldes ausschließt, dann müssen wir alle Frauen gleich behandeln, dann können wir keine Rücksicht darauf nehmen, daß im privaten Bereich und im familiären Betrieb andere Arbeitszeiten als die gesetzlich üblichen vorkommen. Deshalb empfiehlt die Antragskommission, diesen Antrag abzulehnen.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Verhülsdonk.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Das Votum der Antragskommission haben Sie soeben gehört. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Danke schön. Enthaltungen? - Bei einer Gegenstimme so beschlossen. Ich bedanke mich.

Ich rufe Ziffer 18 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 96 bis C 98. Fundstelle für die Empfehlungen der Antragskommission in der Broschüre ist Seite 29.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme der Anträge C 96 und C 97 in der Fassung der Antragskommission. Mir liegen keine Wortmeldungen vor, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Danke schön. Enthaltungen? - Einmütig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 19 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 99 bis C 101 und der Initiativantrag G 43. Fundstelle in der Broschüre ist Seite 30 und in der Sammlung der Initiativanträge Seite 9.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme der Anträge C 99, C 101 und G 43 in der Fassung der Antragskommission. Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einmütig so beschlossen. Ich bedanke mich.

Ich rufe Ziffer 20 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 101 bis C 105.

Fundstelle für die Empfehlung der Antragskommission in der Broschüre Seite 30. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen Annahme des Antrages C 102 in der Fassung der Antragskommission.

Mir liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einmütig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 21 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 106 bis C 110. Sie finden die Empfehlung der Antragskommission in der Broschüre Seite 31. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrages C 106.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einmütig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zum Kapitel III unserer Leitsätze. Zunächst hören wir dazu den Bericht aus dem Forum 2 des heutigen Vormittags. Berichterstatlerin ist Frau Dr. Laurien. Bitte schön, Frau Dr. Laurien.

Frau Dr. Hanna-Renate Laurien: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Respekt vor den Gastdelegierten, die zum Teil ja noch hier sitzen, gebietet es, daß ich kurz über dieses Forum berichte, obwohl durch die Abstimmung insgesamt bereits entschieden worden ist.

Frau Breuel hat als Referentin vier Schwerpunkte gesetzt: die gesetzlichen Schutzbestimmungen, die Teilzeitarbeit, die neuen Technologien und die Rückkehr in den Beruf. Die Diskussion hat sich vor allem auf das konzentriert, was auch uns hier bewegt hat, nämlich auf die Kostenbelastung der Mittelstandsbetriebe, auf die Frage, ob freiwillig oder Gesetz.

Es ist Wert darauf gelegt worden, den Bestandsschutz für den geltenden Mutterschaftsurlaub zu verdeutlichen. Aber auch das ist ja durch die neue Empfehlung der Antragskommission aufgenommen worden.

Bei der Erörterung der Teilzeitarbeit bestand großer Konsens, daß es auf flexible Regelungen und nicht auf feste Modelle ankomme, daß aber die Flexibilität noch nicht hinreichend ausgenutzt werde. Daß lebenslange Teilzeitarbeit für Beamte und Aufstiegschancen für Teilzeitbeamte eine Frage ist, die immer noch nicht hinreichend gelöst worden ist, wurde in der Diskussion deutlich.

Einen erheblichen Raum nahm erfreulicherweise auch die Diskussion über das Konzept der neuen Technologien ein. Meine Damen und Herren, von einer Gastdelegierten ist heute behauptet worden, Frau Breuel habe sie an die Grünen verwiesen. Dem war nicht so. Frau Breuel hat klargemacht, daß der bisherige Arbeitsplatzin-

ber, wenn sein Arbeitsplatz durch den Computer ersetzt werde, seine Berufschance wahren, ja verbessern könne, wenn er zur Weiterbildung bereit sei. Sie hat gegen den Defaitismus gesprochen. Sie hat dann allerdings festgestellt, daß es die Grünen seien, die mit dem Nein zur Technologie den Ausstieg aus dieser Gesellschaft wollten. Aber es war nicht die junge Dame gemeint.

Meine Damen und Herren, auch die Forderungen hinsichtlich der Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes, die wir schon lange vertreten, sind nachdrücklich betont worden.

Damit ich diesen Bericht fröhlich schließe, möchte ich eine köstliche Bemerkung einer Diskutant in unserem Forum wiedergeben. Sie schilderte, wie das so mit den hemmenden Vorschriften ist. Der Bäckerlehrling, weiblich, kann nach der letzten Novelle zum Jugendarbeitsschutzgesetz auch morgens um 4 Uhr die Brötchen mit backen. Hat der Lehrling ausgelernt und wird weiter beschäftigt, gilt für den weiblichen Bäcker das Nachtarbeitsverbot für Frauen. Darauf lautete der wohl aus der Erfahrung geborene Beitrag der Dame: Sie könne sich von diesen hemmenden Vorschriften nur durch Heirat des Bäckers befreien.

(Heiterkeit und Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Laurien, für die kurze und präzise Zusammenfassung der Diskussion.

Wir kehren zurück zur Beratung der Leitsätze. Ich rufe auf Kapitel III. Das sind alle Anträge der Gruppe D, meine Damen und Herren.

Ich rufe Ziffer 22 des Antrages des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge D 1 bis D 6. Fundstelle in der Broschüre Seite 32. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme der Anträge D 1 bis D 3, D 4 bis D 6 in der Fassung der Antragskommission.

Mir liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einmütig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 23 des Antrages des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge D 7 bis D 9 sowie der Initiativantrag D 50. Fundstelle für die Empfehlung der Antragskommission in der Ihnen vorliegenden Broschüre Seite 33 und in der Sammlung der Initiativanträge Seite 10. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme der Anträge D 7 und D 50 in der Fassung der Antragskommission.

Zum Antrag D 50 hat sich Frau Bley gemeldet. Bitte schön, Frau Bley.

Frau Gisela Bley: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ausbildung in der Hauswirtschaft rangiert in der Skala der Ausbildungsberufe ganz unten, und das, obwohl die Haushaltsführung jeden von uns betrifft. Das ist nicht so, weil es zu wenige Ausbildungswillige gibt, sondern weil es an geeigneten Ausbildungsplätzen fehlt: den anerkannten Meisterhaushalten, die vom Gesetzgeber als Ausbildungsbe-

triebe zwar anerkannt sind, bei der finanziellen Förderung und im Steuerrecht aber völlig ignoriert werden.

Dabei handelt es sich nicht - wie oft zu Unrecht behauptet wird - um reiche Haushalte, die sich auch eine Hausgehilfin leisten könnten; denn das ist Privatsache. Nein, es handelt sich um ganz normale Haushalte, die sich ihrer Verantwortung in der Gesellschaft bewußt sind und mit der Ausbildung eine öffentliche Aufgabe übernehmen.

In unserer Gesellschaft gilt nur der etwas, der Leistung erbringt und sich qualifiziert. Das trifft beides auch schon längst für den Beruf der Hauswirtschafterin und Hauswirtschaftsmeisterin zu. Haushälterisches Tun umfaßt nicht nur die hauswirtschaftlichen Funktionen und Arbeitsbereiche, sondern auch die marktwirtschaftlichen Dispositionsbereiche, über die in den Familienhaushalten entschieden wird. Und das muß erlernt werden.

In den knapp 23 Millionen Haushalten werden jährlich 50 Milliarden Arbeitsstunden erbracht. Über die Hälfte des Bruttosozialproduktes wird nach den Entscheidungen der Familienhaushalte verbraucht. Die in der Hauswirtschaft erbrachten Leistungen entsprechen einem zusätzlichen Wert von knapp 400 Milliarden DM. Es kann also niemand an den Leistungen der Familienhaushalte zweifeln.

Was die Qualifikation betrifft, so haben wir seit 1976 den staatlich anerkannten Ausbildungsberuf der Hauswirtschafterin, als Qualifikation die Hauswirtschaftsmeisterin, deren Titel in die Meisterrolle der Handwerkskammer eingeschrieben wird. Sie steht einem Haushalt vor, der durch eine Prüfungskommission als qualifiziert anerkannt wurde, entsprechend einem mittelständischen Handwerksbetrieb; Meister und Meisterin gleichberechtigt.

Dieser Familienverband, verehrte Frau Hellwig, käme sicher Ihrem Wunschtraum nach einer gesunden Familie entgegen.

Ich muß mich aber sehr wundern, wie wenig bekannt dieser Ausbildungsberuf in der Öffentlichkeit noch ist - ganz abgesehen von einer Förderung -, wie viele Vorurteile und welches Negativprestige vorherrschen, wenn es um die Ausbildung in der Hauswirtschaft geht, einer soliden Berufsausbildung mit guten Zukunftschancen. Hier liegen natürlich Ausbildungsplätze brach, die mit wenigen Mitteln gefördert werden könnten. Können wir es uns noch leisten, angesichts der Jugendarbeitslosigkeit und den Auflösungstendenzen unserer Familien intakte Ausbildungsplätze zu ignorieren, nur weil sie nach Meinung einiger Experten nicht in das Steuerrecht passen?

Obwohl die staatlich anerkannte, geprüfte Hauswirtschaftsmeisterin ihren staatlich anerkannten Meisterhaushalt für die Ausbildung einer staatlich anerkannten Hauswirtschafterin zur Verfügung stellt und damit eine öffentliche Aufgabe übernimmt, mutet man ihr zu, alle Kosten und Aufwendungen für diese Ausbildung alleine zu tragen. Welcher Familienhaushalt kann eine monatliche Belastung von knapp 700 DM, die die Ausbildung kostet, ohne weiteres verkraften? Die Ausbildungsvergütungen werden nach jeder erfolgreichen Tarifrunde erhöht. Jeder andere Ausbildungsbetrieb kann diese Kosten steuerlich geltend machen. Nicht so der Ausbildungshaushalt, der nach Meinung der Steuerexperten keinen Erwerbscharakter hat und deshalb von dieser Vergünstigung ausgeschlossen ist.

Dabei muß man wissen, daß die Ausbildung der Hauswirtschafterin nicht gleichzusetzen ist mit der Beschäftigung einer Haushaltshilfe oder Hausgehilfin, die unter bestimmten Voraussetzungen nach § 330 Einkommensteuergesetz absetzbar ist. Eine Hausgehilfin ist lediglich eine im Haushalt beschäftigte Person; besondere Kenntnisse in der Haushaltsführung sind nicht erforderlich.

Solange der Gesetzgeber unnachgiebig bleibt und lieber außerbetriebliche Maßnahmen finanziert und die Arbeitsämter demzufolge Ausbildungswillige vorrangig dorthin vermittelt, geht dies zu Lasten der bewährten dualen Berufsausbildung und zu Lasten eines ganzen Berufsstandes.

Um dies zu verdeutlichen, möchte ich folgende Zahlen nennen. Während 1978 im Saarland noch vorwiegend im dualen System in der Hauswirtschaft ausgebildet wurde, werden heute 95 Prozent der Hauswirtschafterinnen in außerbetrieblichen Maßnahmen ausgebildet. Ich weiß, daß es in anderen Ländern ähnlich ist.

Meine Damen und Herren, die berufliche Ausbildung muß im Einklang bleiben mit der Bereitschaft und der finanziellen Möglichkeit der Ausbildungsbetriebe, um die berufliche Bildung nach heutigen Maßstäben und den Anforderungen einer modernen Volkswirtschaft vollziehen zu können. Dies gilt auch für die Hauswirtschaft und gerade dort, weil damit auch eine Stärkung unserer Familien und ihrer Wertung in unserer Gesellschaft einhergeht.

(Glocke des Tagungspräsidiums)

Eine Hausfrau oder Hauswirtschaftsmeisterin muß gleichwertig und gleichberechtigt neben ihren Berufskolleginnen stehen können -

(Vereinzelter Beifall)

dies wurde heute abend schon so oft gesagt -, damit sie wieder frohen Herzens ihrer Tochter eines Tages empfehlen kann, Hausfrau oder Hauswirtschafterin zu werden.

Wir bitten Sie deshalb, dem von der Antragskommission vorgeschlagenen Satz noch folgenden Satz hinzuzufügen, den Sie ebenfalls im Sammelverzeichnis der Initiativanträge finden:

Das heißt: Anerkannte Ausbildungshaushalte sollten eine entsprechende finanzielle Förderung oder Entlastung erfahren.

Ich danke Ihnen.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Blei. Wir hatten vorhin mal beschlossen, daß wir uns bemühen sollten, uns kurz zu fassen und innerhalb von drei Minuten das Wesentliche zu sagen. Ich wäre dankbar, wenn sich jeder ein bißchen daran halten könnte.

Für die Antragskommission jetzt Frau Dr. Hellwig.

Frau Dr. Renate Hellwig, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt, nur den ersten Satz des Antrags zu übernehmen:

Die Ausbildung in der Hauswirtschaft als qualifizierte und zukunftsorientierte Berufsausbildung sollte wieder vorwiegend im dualen System erfolgen.

Meine Damen und Herren, ich mache aber keinen Hehl daraus, daß ich den Satz „Anerkannte Ausbildungshaushalte sollten eine entsprechende finanzielle Förderung oder Entlastung erfahren“ für sehr gut halte und es bedaure, daß die Antragskommission ihn nicht übernommen hat. Was die ganzen steuerlichen Argumente angeht, gibt es so viele Ausnahmen, daß sie im Grunde auch flexibel sind. Aber, wie gesagt, die Bedenken haben überwogen, und ich muß hier die Mehrheitsmeinung vortragen.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Hellwig.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und ganz wenigen Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 24 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge D 10 bis D 12. Fundstelle in der Broschüre ist die Seite 34.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen Annahme des Antrages D 10. Mir liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Formulierung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 25 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 29 und D 13 bis D 18. Fundstelle in der Broschüre ist die Seite 34.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme der Anträge B 29 und D 13 bis D 16 in der Fassung der Antragskommission. Mir liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Votum folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 26 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge D 19 bis D 24. Fundstelle in der Broschüre ist die Seite 35.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme der Anträge D 19, D 21 und D 24 in der Fassung der Antragskommission sowie Überweisung des Antrages D 20 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Zu Wort hat sich Herr Heinz Wiese gemeldet. Bitte.

Heinz Wiese: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Zunächst ein mehr technischer Hinweis: Lieber Christoph, wenn das Tagungspräsidium die Delegierten von Baden-Württemberg bei der Abstimmung sehen will - vor allen Dingen bei heute abend vielleicht noch stattfindenden Kampfabstimmungen -, muß man wahrscheinlich einen Vorposten aufbauen, damit man über den Babylonischen Turm dort hinübersehen kann. Sie sehen uns da hinten nämlich gar nicht.

(Beifall)

Das nur zum Technischen.

Jetzt zu dem Antrag. Ich meine, angesichts dessen, was heute hier schon im Zusammenhang mit der Solidarität im Arbeitsmarkt und in der Arbeitswelt und im Zusammenhang mit der neuen Partnerschaft, von der wir auf diesem Parteitag hier auch reden, gesagt worden ist, muß man über die Sache mit den „Doppelverdienern“ durchaus diskutieren. Mich stört, daß das Thema „Doppelverdiener“ in den Antrag hineingepackt wurde in Anlehnung an den Antrag D 21 des CDA-Bundesverbandes. Ich meine, wir sollten hier nicht so leichtfertig und pauschal die Aussage beschließen:

Die CDU tritt entschieden dem Gerede von den „Doppelverdienern“ entgegen, mit dem verheiratete Frauen entweder nicht ins Erwerbsleben hinausgelassen oder hinausgedrängt werden sollen.

Erstens meine ich, es ist für den Gesamtzusammenhang mit der Intention dieser durchaus ernst zu nehmenden Problematik der Frauenarbeitslosigkeit nicht entscheidend, wenn das Thema „Doppelverdiener“ in dieser leichtfertigen Art angesprochen wird. Wir sprechen immer wieder von neuer Solidarität. Und Norbert Blüm redet immer wieder davon, daß der neue Klassenkampf, auf den wir zugehen, stattfindet zwischen denen, die Arbeit haben, und denen, die draußen auf der Straße stehen. Da muß natürlich auch die Frage der „Doppelverdiener“ eine Rolle spielen.

Ich denke hier an mich selbst und an meine Kollegen im Schulbereich. Da gibt es eben die mit zweimal A 14 gleich A 28. Ich kann doch nicht sagen, daß wir nur über den Fall diskutieren sollen, daß einer nach Feierabend noch in der Volkshochschule tätig ist, sondern da müssen wir, wie es jetzt unser Kultusminister in einem Appell an die Lehrerschaft gemacht hat, die neuen Möglichkeiten aufzeigen. Wir haben in Baden-Württemberg ein Reduzierungsmodell beschlossen, das die Möglichkeit bietet, zum Beispiel auf zwei Unterrichtsstunden zu verzichten zugunsten junger Lehrer, die draußen auf der Straße stehen. Da haben wir einen Schritt getan, um herunterzukommen von dem „Doppelverdienern“. Unter „Doppelverdienern“ verstehen wir zweimal hundert Prozent Verdienende. Wenn einer jetzt bereit ist, auf 75 Prozent zu gehen und die Frau bei hundert Prozent bleibt, sind das zusammen 175 Prozent; wenn der Mann hundert Prozent behält und die Frau auf fünfzig Prozent geht - oder umgekehrt -, sind das 150 Prozent.

Alles dies sind Maßnahmen gegen die „Doppelverdiener“. Das ist kein leichtfertiges Gerede gegen „Doppelverdiener“, sondern das sind echt politische Maßnahmen.

Ich würde sagen: Bevor wir leichtsinnig irgend etwas in den Text hineinschreiben, was nicht unbedingt mit dem ganzen Problem Frauenarbeitslosigkeit etwas zu tun hat, sollten wir lieber auf eine Aussage völlig verzichten. Deshalb plädiere ich dafür, diesen ganzen Satz von „Die CDU tritt entschieden“ bis „hinausgedrängt werden sollen“ ersatzlos zu streichen.

Im übrigen ist die Formulierung für mich völlig unverständlich, daß hier jemand „hinausgelassen oder hinausgedrängt“ werden soll. Beim Mainzer Karneval werden vielleicht welche hereingelassen - „Solle mer en reilasse?“ -, aber diese Formulierung „hinausgelassen oder hinausgedrängt“ sollte hier in dieser Form nicht gebraucht werden. Wer da irgendwo vor dem Käfig steht und niemanden hinaus läßt oder nicht, das ist eine völlig unwürdige Formulierung. Deshalb: Völlig streichen!

Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Heinz Wiese. Ich muß dir in einem Punkt widersprechen: Das Tagungspräsidium sitzt zu beiden Seiten dieser Halle, und Frau Fischer wacht mit Argusaugen über das Abstimmungsverhalten derjenigen Delegierten, die wir von hieraus nicht sehen können.

Als nächste hat Frau Dr. Laurien das Wort.

Frau Dr. Hanna-Renate Laurien: Meine Damen und Herren! Das Wort „Doppelverdiener“ - ich darf mich hier in schöner Partnerschaft auf Franz Josef Strauß berufen - ist mit seinem diffamierenden Charakter von den Nazis erfunden worden. Wir sollten uns von diesem diffamierenden Wort trennen. Die Antwort, die die Union gibt, ist der Aufruf zur Teilzeitarbeit. Dort können dann in der Tat aus zwei Gehältern anderthalb Gehälter oder ein Gehalt werden. Wer hier aber grundsätzlich das Doppelverdiener - ich als jemand, der nun wahrhaftig solo ist, erlaube mir das in Partnerschaft zu sagen - in Frage stellt, stellt damit auch die qualifizierte Berufsbildung für Mädchen in Frage.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, verzeihen Sie mir, daß ich es so sage - es ist aber immerhin schon spät, und wir sind auch eine Familie -: Wenn der junge Mann das, was er eben gesagt hat, bei den mir bekannten jungen Frauen hat, hat er nicht den Werbungseffekt bei den jungen Frauen, den ich ihm sonst zutraue.

(Heiterkeit und Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Dr. Laurien.

Für die Antragskommission hat Frau Verhülsdonk das Wort.

Frau Roswitha Verhülsdonk, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Die Antragskommission hat dem, was Frau Laurien gesagt hat, nichts mehr hinzuzufügen. Ich persönlich möchte noch anmerken, daß ich hin und wieder von jungen Frauen gesagt bekomme: Wenn ihr gegen die Doppelverdiener redet, werden wir halt nicht mehr heiraten. Ich weiß nicht, ob das der Punkt ist, den die CDU unbedingt bewirken möchte.

(Beifall)

Wir schlagen deshalb vor, den Antrag in der Form anzunehmen, die die Antragskommission empfohlen hat.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Verhülsdonk.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Das Präsidium schlägt Ihnen vor, daß wir uns ab sofort strikt an eine Redezeitbegrenzung von drei Minuten halten. Wir müssen darüber abstimmen lassen. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich Sie um Ihr Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen ist es so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 27 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge D 25 bis D 27. Fundstelle in der Broschüre: Seite 37.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme der Anträge D 25 und D 26 in der Fassung der Antragskommission. - Mir liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 28 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge D 28 bis D 36. Fundstelle in der Broschüre: Seite 37.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme der Anträge D 28 bis D 30, D 32 und D 34 in der Fassung der Antragskommission. - Mir liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 29 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge D 37 bis D 43. Fundstelle in der Broschüre: Seite 39.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme der Anträge D 37, D 39, D 40 und D 42 in der Fassung der Antragskommission. - Mir liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte Sie um Ihr Handzeichen, wenn Sie dem Votum der Antragskommission folgen möchten. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 30 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge D 44 bis D 49. Fundstelle in der Broschüre: Seite 40.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme der Anträge D 44 und D 49 in der Fassung der Antragskommission. Die Anträge D 45 und D 46 sollen an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion überwiesen werden.

Mir liegt eine Wortmeldung von Frau Barbara Schäfer vor. Sie hat das Wort.

Frau Barbara Schäfer: Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Ich möchte ein paar Worte zum Antrag des Bundesvorstandes sagen. Gegen die Absicht, Frauen gezielt zu fördern, kann sicher niemand ernsthafte Einwendungen haben. Der Teufel steckt aber - wie immer - im Detail.

Wovon reden wir eigentlich, wenn wir den Begriff „Frauenförderungspläne“ verwenden? Ich möchte hier ein gewisses Mißtrauen gegenüber pauschalen Allheilmitteln zum Ausdruck bringen. Frauenförderungspläne sind, wenn sie im Sinne der amerikanischen affirmative actions gemeint sind, nichts anderes als Quotenregelungen. Quotenregelungen aber sind Maßnahmen zum Schutz von Minderheiten, fragwürdige Maßnahmen allzumal. Mit der Quotenregelung im Schwerbehindertengesetz

haben wir ja nicht gerade phantastische Erfolge erreicht. Mancher Arbeitgeber zahlt lieber die Ausgleichsabgabe. Deswegen wehre ich mich dagegen, daß Frauenpolitik, die ja immerhin der Mehrheit der Bevölkerung dienen soll, im Stil einer Minderheitenpolitik gemacht werden soll.

Wo Frauen im Erwerbsleben benachteiligt sind, müssen sie gezielt gefördert werden. Damit bin ich völlig einverstanden. Quotenregelungen können aber nicht der richtige Weg sein, einen Zustand zu ändern, von dem wir heute im einzelnen viel zu wenig wissen. Wenn der geringe Anteil weiblicher Beschäftigter in manchen Branchen ein Anzeichen von Diskriminierung sein soll, gilt dies dann auch umgekehrt? Ich denke z.B. an die Verweiblichung des Lehrberufes im Grund- und Hauptschulbereich. Müßten wir in solchen Fällen also auch Männerförderungspläne aufstellen?

(Beifall)

Wir wissen noch viel zu wenig darüber, wie die Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben im einzelnen wirklich aussieht, als daß wir heute mit irgendwelchen Rasenmähermethoden eine reale Verbesserung der Situation der Frauen bewirken könnten. Was wir zunächst brauchen, sind genaue sektorale Untersuchungen der Einstellungs- und Aufstiegschancen von Frauen. Wir brauchen statistische und demoskopische Daten, wir brauchen vielleicht Modelle, und wir brauchen eine sorgfältige Analyse der Erfahrungen, die in anderen Ländern auf diesem Gebiet gemacht worden sind. Dies zur Verdeutlichung, wie Förderungspläne wirklich hilfreich sein können, was sie bedeuten sollen und was nicht.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Schäfer.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist es so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu Kapitel IV der Leitsätze: Frauen in Politik und Gesellschaft. Wir hören zunächst einen kurzen Bericht über die Beratungen in Forum 3 am heutigen Vormittag. Berichterstatteerin hierzu ist Frau Thoben. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Frau Christa Thoben: Meine Damen und Herren! Die Arbeit in Forum 3 - Frauen in Politik und Gesellschaft - kommt heute abend so spät zur Sprache, daß ich Ihnen den Vortrag des Berichtes hier ersparen möchte. Sie bekommen den Bericht komplett zu Ihren Unterlagen.

(Beifall)

Ich will Ihnen nur kurz sagen, um welche Punkte es in Forum 3 im wesentlichen ging. Im Vordergrund standen konkrete Veränderungen im Wahlrecht, bei der Aufstellung von Kandidatinnen und bei der Frage der Berichterstattung über den Fortschritt bei der Aufstellung von Kandidatinnen. Daneben hat die Ziffer 43 des Antrages des Bundesvorstandes eine Rolle gespielt. Im Forum gab es breite Zustimmung zu der Formulierung im Leitantrag. Ehrenamtliche Tätigkeit war ebenfalls Gegenstand der Diskussion, wobei kritisch angemerkt wurde, daß man Frauen nicht deshalb darauf

verweisen sollte, weil man gerade Stellenpläne in dem entsprechenden Bereich kürzt. Vor dieser Entwicklung wurde in einem Beitrag besonders kritisch gewarnt. Die Aussagen zu Forschung und Lehre, die im Leitantrag zu diesem Punkt stehen, wurden von allen Diskussionsteilnehmerinnen für notwendig, aber auch für ausreichend gehalten. Wichtig ist vielleicht noch, daß der Diskussionspunkt „Gewalt gegen Frauen“ ebenfalls breiten Raum einnahm und aufmerksam registriert wurde. Es wurde begrüßt, daß die Frage der Nebenklägerschaft der Frau positiv gesehen wird. Es wurde begrüßt, daß eine Änderung der Strafprozeßordnung beabsichtigt ist, die den Ausschluß der Öffentlichkeit ermöglicht. Es wurde begrüßt, daß eine institutionelle Förderung der Frauenhäuser für notwendig gehalten wird.

Lassen Sie mich zum Abschluß, weil das Ihr Hiersein vielleicht ein wenig erleichtert, zwei besonders engagierte Stellungnahmen kurz vortragen, die auch noch durch Humor gekennzeichnet waren.

Eine sehr junge engagierte Diskussionsteilnehmerin störte ganz erheblich eine Formulierung, in der gesagt wurde, man sollte qualifizierten Frauen eine stärkere Möglichkeit der Mitwirkung geben. Eine andere Diskussionsteilnehmerin ergänzte das und sagte, sie sehe es als normal an, daß sie zu einem Mann aufschaut. Die engagierte junge Diskussionsteilnehmerin wies darauf, sie sei zwar körperlich klein. Deshalb bliebe ihr das Aufschauen im Normalfall nicht erspart. Wenn es um Qualifikation ginge, hätte sie aber selbstverständlich ein Höckerchen bei sich.

Zum Kapitel „Frauen in den Medien und in der Werbung“ gab es einige besonders engagierte Stellungnahmen. Zwar reagiert ein Teil der Öffentlichkeit noch immer eher belustigt, wenn dieses Thema angesprochen wird, insbesondere wenn Begriffe wie „Frau als Lust- und Sexualobjekt“ in der Werbung verwendet werden.

Diskussionsteilnehmerinnen unterstrichen jedoch nachdrücklich, daß in den Medien auch für Frauen nicht die Schönheit der jeweiligen Sprecherin bzw. Darstellerin ausschlaggebend sein sollte, sondern deren Persönlichkeit. Diese Forderung - diesen Hinweis müssen Sie mir gestatten - ist allerdings offensichtlich nicht ganz unumstritten. Denn es geht das Gerücht, daß es für Frauen trotz allem wichtiger ist, schön zu sein statt klug. Und zwar führt man das - die Männer mögen mir das verzeihen - darauf zurück, daß man davon ausgeht, daß Männer besser gucken als denken können.

(Vereinzelt Beifall - Zurufe)

Ich komme zu einem Beispiel. Leider, meine Herren, ist dieses vermeintliche Vorurteil durch ein aktuelles Ereignis, das im Forum aufgedeckt wurde, nicht entkräftet worden. So soll die Nachrichtensprecherin Ruth Speer vom ZDF ihren Arbeitsplatz räumen, weil sie mit 49 Jahren für den Bildschirm zu alt sei. Die Teilnehmer im Forum 3 waren einstimmig der Meinung, daß Frau Ruth Speer dasselbe Recht zustehen muß, wie es z.B. für Herrn Werner Höfer selbstverständlich ist.

(Beifall)

Wir würden es begrüßen, wenn dieser Parteitag ein entsprechendes Votum nach außen unterstützten könnte und diese Meinung, die im Forum einstimmig gefaßt wurde, für sinnvoll, aber auch für notwendig hielte. - Danke schön.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Wir fahren dann in unseren Beratungen fort. Ich rufe Ziffer 31 auf. Dazu gehören die Anträge E 2 bis E 7. Fundstelle für die Empfehlung der Antragskommission ist die Seite 41 der Antragsbroschüre.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme der Anträge E 2 und E 4 in der Fassung der Antragskommission.

Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einer Enthaltung ist so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 32 auf. Dazu gehören die Anträge E 8 bis E 11. Fundstelle ist die Seite 42 der Broschüre.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrags E 8 in der Fassung der Antragskommission.

Das Wort hat Rudi Geil.

Rudi Geil: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, dem Antrag E 9 des Landesverbandes Rheinland-Pfalz stattzugeben.

In dem Absatz 4 des Antrages des Bundesvorstandes ist davon die Rede, daß für ehrenamtliche Tätigkeit einmal steuerliche Entlastung ermöglicht werden soll. Zweitens ist angesprochen, daß Mittel für die Zahlung freiwilliger Beiträge zur Rentenversicherung bereitgestellt werden sollen. Ich halte diese Festlegung auf freiwillige Beiträge in einem Leitantrag eines Bundesparteitages für falsch. Wir sollten so etwas der Gesetzgebung überlassen. Neben den freiwilligen Beiträgen können das beispielsweise auch Pflichtbeiträge sein. Das können auch Regelungen sein, wie sie bei der Anerkennung von Erziehungszeiten üblich sind. All dies ist nicht eine Sache, die auf einem Bundesparteitag entschieden werden sollte.

Ich wäre deshalb dankbar, wenn dem Antrag von Rheinland-Pfalz entsprochen werden könnte, der lediglich darauf abstellt, daß Mittel bereitgestellt werden sollen, die eine ausreichende Altersversorgung sicherstellen. Alles andere muß die konkrete Gesetzgebung später regeln. Ich bitte Sie um Annahme des Antrags E 9 des Landesverbandes Rheinland-Pfalz.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat das Wort Frau Verhülsdonk.

Frau Roswitha Verhülsdonk, Antragskommission: Liebe Parteifreunde, die Antragskommission hat soeben beraten und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß wir Ihnen empfehlen wollen, den Antrag von Rheinland-Pfalz anzunehmen, den Passus mit den freiwilligen Beiträgen zu streichen und stattdessen die Passage „die eine ausreichende Altersversorgung sicherstellen“ aufzunehmen. Die Begründung von Herrn Geil war einleuchtend.

Ich möchte darüber hinaus darauf hinweisen, daß zu diesem Bereich eine lange Diskussion über eine mögliche Gesetzgebung im Gange ist, aber sich noch keine

Konturen abzeichnen, wie die einmal aussehen wird. Deswegen ist die offenere Formulierung zu empfehlen.

Wir bitten also der Änderung stattzugeben und dafür zu stimmen.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Ich danke Ihnen, Frau Verhülsdonk, auch für die Einsicht der Antragskommission. Wir kommen dann zur Abstimmung über die Fassung, wie sie Frau Verhülsdonk gerade vorgetragen hat. Wer dieser Fassung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen! - Dann ist das bei einer Enthaltung so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 33 auf. Dazu gehören die Anträge E 12 bis E 17. Fundstelle ist die Seite 43 der Broschüre.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrags E 12.

Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen! - Bei einer Gegenstimme ist so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 34 auf. Dazu gehören die Anträge E 18 bis E 25. Fundstelle ist die Seite 44 der Antragsbroschüre.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme der Anträge E 18 und E 19 in der Fassung der Antragskommission.

Mir liegt eine Wortmeldung von Frau Leni Fischer vor. Bitte schön, Frau Fischer.

Frau Leni Fischer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Beratung dieser Ziffern waren wir nach langen Stunden schon unter Zeitdruck geraten. Ich möchte jetzt nicht der Bewertung der Antragskommission folgen.

Ich möchte es ganz kurz machen und darum bitten, aus dem westfälischen Antrag zusätzlich drei Sätze zu übernehmen, die ich dann der Antragskommission geben werde.

Der erste Satz lautet:

Die politische Gleichstellung der Frau darf nicht eine Angelegenheit der Frauen bleiben, sondern muß ein Parteithema werden.

Der zweite Satz lautet:

Die Maßnahmen zur Durchsetzung der politischen Gleichberechtigung müssen bewußter, intensiver und kontrollierbar umgesetzt werden.

Der dritte Satz lautet:

Angesichts der wachsenden Zahl politisch engagierter und qualifizierter Frauen sollte außerdem eine klare Zielangabe der Beteiligung formuliert und planvoll stufenweise verwirklicht werden.

Ich wäre dem Parteitag dankbar, wenn er diese drei Sätze zusätzlich mit hineinnehmen würde. - Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Frau Hellwig das Wort.

Frau Dr. Renate Hellwig, Antragskommission: Ich bin der Leni Fischer durchaus dankbar, daß sie wenigstens am Mikrophon sagt, welche Sätze wir übernehmen sollen. Es ist mir parallel zu ihrer Wortmeldung gelungen, die Zustimmung der Antragskommission dazu zu gewinnen.

Ich kann Ihnen also empfehlen, die Ziffer 34 mit den drei Sätzen zu übernehmen und damit Frieden zwischen Westfalen und dem Parteitag herzustellen.

(Vereinzelt Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Wer der neuen Fassung der Antragskommission seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 35 auf. Dazu gehören die Anträge E 26 bis E 35. Fundstelle ist die Seite 46 der Broschüre.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme der Anträge E 26, E 27, E 30 und E 31 in der Fassung der Antragskommission. Allerdings schlägt die Antragskommission vor, im zweiten Satz vor dem Wort „Frauen“ auf den Zusatz „qualifizierte“ zu verzichten. In den Diskussionen des heutigen Vormittags mit den Gastdelegierten hat sich gezeigt, daß ein solcher Zusatz zu Mißverständnissen führen kann.

Ich erteile zunächst das Wort Frau Dr. Herr-Beck.

Frau Dr. Maria Herr-Beck: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich meine, daß dies ein ganz wichtiger Punkt unserer Leitsätze ist, weil all das, was wir heute besprochen haben, und all das, was wir bis zu diesem Punkt beschlossen haben, seinen Wert verliert, wenn es in der Partei nicht umgesetzt wird. Wir verlieren unsere Glaubwürdigkeit, wenn das, was bisher an Partnerschaftsgedanken beschlossen wurde, in der Partei nicht realisiert wird.

Ich frage mich oft, was für Entscheidungen das sind, an denen die Hälfte der Bevölkerung überhaupt nicht oder doch kaum beteiligt ist. Ich glaube auch, daß Stil und Anliegen der Politik so lange männlich geprägt sein werden, wie es nicht gelingt, wenigstens ein Viertel Frauen daran zu beteiligen.

Die politischen Entscheidungen betreffen Frauen wie Männer. Oft betreffen sie Frauen mehr; das hat der heutige Tag mit den vielen Themen „Erziehungsgeld“, „Mutterschaftsurlaub“, „Wiedereingliederung“ und „Arbeitsplatzgarantie“ gezeigt.

Ich meine deshalb, weder kann es gut für die sachliche Entscheidung, noch kann es

gerecht sein, wenn die Sachverständigen, die Betroffenen mit ihrer Lebenserfahrung und ihrem Urteilsvermögen bei diesen Entscheidungsprozessen innerhalb der politischen Parteien außen vor bleiben. Politische Parteien sind heute noch immer mit wenigen Ausnahmen männliche Domänen, und sie können als solche auf Dauer nicht die Belange des größeren Teils der Bevölkerung sachgerecht vertreten.

Im Berufsleben hat die Frau inzwischen ganze Berufsfelder erobert. Ich darf hier nur auf das Berufsfeld der Juristen hinweisen. Als ich zu studieren begann, waren in einem Semester von 200 Studenten drei Frauen. Wie es heute aussieht, weiß jeder von Ihnen. Hingegen ist heute noch immer der Prozentsatz der weiblichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag nicht wesentlich höher, als er 1919 im Deutschen Reichstag war, als das passive Wahlrecht gerade eingeführt war.

Ich glaube, daß die Partei, die Partnerschaft zwischen Mann und Frau wirklich praktiziert, der Politik neue Wege öffnen wird und die junge, berufsbezogene Frau für sich gewinnen wird. Die Leitsätze der CDU rufen zur Partnerschaft auf, aber, meine Damen und Herren,

(Glocke des Tagungspräsidenten)

wir müssen zuerst die Partei überzeugen, wir müssen unsere Orts- und Kreisverbände und die Landesverbände mit ihren Widerständen überwinden. Erst wenn die Partei Partnerschaft praktiziert, wird die Bevölkerung und werden die Frauen draußen uns glauben. Die Leitsätze sind ein Stück Hoffnung, daß das doch noch gelingt. Ich meine, das ist eine ungeheure Chance für die CDU, das große Reservoir der Frauen für sich zu gewinnen.

(Zustimmung)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Danke schön.

Als nächste hat Frau Ursula Braun-Moser das Wort.

Frau Ursula Braun-Moser: Meine Damen und Herren, ich will Sie hier nicht aufhalten. Ich freue mich darüber, daß die Antragskommission diese diskriminierenden Worte „qualifizierte Frauen“ - an Stelle von Frauen insgesamt - zurückgezogen hat. Ich hoffe, daß das auch bei künftigen Zusatzanträgen wie zu Ziffer 39 geschieht, denn alles andere wäre ein Schlag ins Gesicht unserer heutigen guten Diskussion.

(Zustimmung)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Danke schön.

Das Wort hat Heinz Wiese.

Heinz Wiese: Meine lieben Parteifreunde, ich möchte zum Antrag E 27 zu Ziffer 35 Stellung nehmen und beziehe mich darauf, daß der Landesverband Hamburg, der Landesverband Rheinland-Pfalz und andere das gleiche Petitum vorgelegt haben, nämlich Streichung der letzten beiden Sätze von Ziffer 35, und zwar deshalb, weil wir uns in Baden-Württemberg in der Vergangenheit schon Gedanken darüber gemacht

haben, wie Frauen bei Parteitagsnominierungen vielleicht besser beteiligt werden können. Man kann beispielsweise an einen Parteitag einen Kinderhort anhängen, wo die Kinder von Vertretern der Jungen Union, die beim Parteitag zum Teil noch nicht stimmberechtigt sind, betreut werden. Man kann sich da tolle Geschichten einfallen lassen.

Eines aber sollte man sich bei Gott nicht einfallen lassen: daß dann letztendlich einer daheim bleiben und per Brief einen Kandidaten nominieren kann. Ich meine, das sollte hier ersatzlos herausfallen.

(Vereinzelt Zustimmung)

Darüber hinaus weiß ich gar nicht, Herr Generalsekretär, was für einen Inhalt man beim Mannheimer Parteitagbeschuß zugrunde legt. Es soll in geeigneter Weise eine Beteiligung der Mitglieder bei Nominierungen stattfinden. Das ist eine gute Sache, und ich gehe davon aus, daß wir bei Nominierungsverfahren auf jeden Fall die Direktwahl der Delegiertenwahl vorziehen sollten. Das ist vom Demokratieverständnis her eine Sache! Das müßten wir in der Zukunft schaffen, und wenn man notfalls mitten im Wahlkreis ein Bierzelt aufstellen muß. Wir wollen nicht das Wahlmännerprinzip, wie wir es auch von Gewerkschaften kennen, wozu wir in der ganzen Gewerkschaftsdiskussion gesagt haben, daß das Wahlmännerprinzip eine Entmündigung der Arbeitnehmer ist. So ist es auch bei uns im Grunde ein Stück Entmündigung der Parteimitglieder, wenn man das Wahlmännerprinzip statt der Urwahl anwendet. Deshalb bin ich schon für die Urwahl, aber das brauchen wir nicht in ein solches Papier zu schreiben, vor allem nicht in ein Frauenpapier.

Ich denke, daß ich deshalb im Sinne von Hamburg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und anderen für die ersatzlose Streichung der letzten beiden Sätze plädieren sollte, also im Gegensatz zur Antragskommission, die die Ablehnung der Anträge E 28, E 29, E 32 usw. vorgeschlagen hat.

Ich bitte Sie, der Streichungsinitiative von drei Landesverbänden zuzustimmen. Das muß aus diesem Papier heraus!

Vielen Dank.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Das Wort hat Frau Leni Fischer.

Frau Leni Fischer: Ich hoffe, ich kann Ihnen die Angst nehmen. In unserem Landesverband haben wir in den verschiedensten Kreisverbänden die Nominierung per Brief mit durchaus guten Ergebnissen und mit einer regen Beteiligung seit Jahren durchgeführt.

Danke schön.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Danke schön.

Für die Antragskommission hat Frau Thoben das Wort.

Frau Christa Thoben, Antragskommission: Was Baden-Württemberg und andere Landesverbände da erwarten, widerspricht völlig den Ergebnissen in Forum 3. Dort haben uns alle Teilnehmer auf Grund sehr positiver Erfahrungen bestätigt, daß ein solcher Einstieg vernünftig ist. Die Antragskommission möchte deshalb bei ihrem Votum bleiben.

(Vereinzelt Zustimmung)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Wir müssen die Abstimmung wiederholen, weil sehr schwer zu entscheiden ist, was die Mehrheit war.

Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich, aufzustehen. - Die Gegenprobe! - Letzteres war eindeutig die Mehrheit. Die Empfehlung der Antragskommission ist abgelehnt.

(Zustimmung)

Ich rufe Ziffer 36 auf. Dazu gehören die Anträge E 36 bis E 39. Die Empfehlung der Antragskommission finden Sie auf Seite 48 der Broschüre.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrages E 36. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so angenommen.

Ich rufe Ziffer 37 auf. Dazu gehören die Anträge E 40 bis E 42. Fundstelle in der Broschüre: Seite 48. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags E 40.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Wer diesem Votum folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen so angenommen.

Ich rufe Ziffer 38 auf. Dazu gehören die Anträge E 43 bis E 48. Fundstelle in der Broschüre: Seite 49.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrags E 43.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wenn Sie dem Votum der Antragskommission folgen möchten, geben Sie bitte das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 39 auf. Dazu gehören die Anträge E 47 bis E 52. Fundstelle in der Broschüre: Seite 50.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrags E 47 in der Fassung der Antragskommission. Die Antragskommission empfiehlt auch hier, auf den Zusatz „qualifizierte“ vor dem Wort „Frauen“ zu verzichten, da die Diskussion mit den Gastdelegierten ebenfalls gezeigt hat, daß hier Mißverständnisse möglich sind.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Votum folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei zwei Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 47 auf. Dazu gehören die Anträge E 53 bis E 57. Fundstelle in der Broschüre: Seite 51.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrags E 53.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Votum folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Einstimmig so angenommen.

Ich rufe die Ziffer 41 auf. Dazu gehören die Anträge E 58 bis E 63. Fundstelle in der Broschüre: Seite 51.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrags E 58 und die Überweisung des Antrags E 59 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wenn Sie der Antragskommission folgen möchten, bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 42 auf. Dazu gehören die Anträge E 64 bis E 68. Fundstelle in der Broschüre: Seite 52.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags E 64. Auf Grund der Diskussion mit den Gastdelegierten auf diesem Parteitag empfiehlt die Antragskommission zusätzlich, im ersten Satz hinter die Worte „engagierten Frauen“ den Zusatz „und Frauenverbänden“ einzufügen.

Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wenn Sie diesem Votum folgen möchten, bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einer Gegenstimme so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 43 auf. Dazu gehören die Anträge E 69 bis E 75 und der Initiativantrag E 76. Fundstelle für die Empfehlungen der Antragskommission in der Broschüre: Seite 53, und in der Sammlung der Initiativanträge: Seite 11.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags E 69.

Es hat sich zunächst Herr Dr. Wilfried Steuer zu Wort gemeldet. Herr Steuer, bitte.

Dr. Wilfried Steuer: Herr Präsident! Männer und Frauen der CDU!

(Heiterkeit und Beifall)

Der Absatz 2 der Ziffer 43 sieht die Einrichtung von Frauenbeauftragten auch in Stadt- und Landkreisen vor.

Als Kommunalpolitiker bin ich zwar grundsätzlich gegen die Schaffung immer neuer Beauftragtenstellen, weil ich dies als eine eigentliche Aufgabe unserer gewählten Vertreter in den kommunalen Parlamenten ansehe.

Aber aus Liebe zu unseren Frauen könnte ich mir bei den Frauenbeauftragten eine Ausnahme vorstellen.

Ich komme aus Oberschwaben, aus dem Landkreis Biberach, bekannt nicht nur durch die Schwäbische Eisenbahn, sondern vor allem dadurch, daß wir der schwärzeste Landkreis in Deutschland sind.

(Heiterkeit und Beifall)

Bei uns ist es noch Ehrensache, zu über 70 % die CDU zu wählen.

(Beifall)

Dazu tragen vor allem unsere treuen, braven und rechtschaffenen Frauen bei.

(Heiterkeit und Beifall)

Sie werden natürlich bei uns auch gut behandelt und verwöhnt.

(Heiterkeit und Beifall)

Und ich habe mich in all den Jahren als Landrat und Landtagsabgeordneter als der erste Frauenbeauftragte gefühlt.

(Heiterkeit und Beifall)

Und ich möchte natürlich dieses schöne Amt nicht auf Grund dieses Beschlusses verlieren.

Darum habe ich an unseren verehrten Herrn Generalsekretär die Frage, ob er sicherstellen kann, daß auch künftig Männer, natürlich nur charaktervolle und zuverlässige, das Amt des Frauenbeauftragten bekleiden können.

(Heiterkeit und Beifall)

Falls dem so wäre, könnte ich diesem Antrag freudigen Herzens zustimmen.

(Heiterkeit und Beifall)

Christoph Böhr, Tagungsleitung: Danke schön. - Das Wort hat Heiner Geißler.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Liebe Frauen und Männer der CDU!

(Heiterkeit und Beifall)

Lieber Wilfried Steuer, nicht jeder Landrat ist als Frauenfreund geeignet,

(Heiterkeit und Beifall)

aber der Landrat von Biberach mit Sicherheit.

Infolgedessen habe ich überhaupt nichts dagegen, wenn Landräte wie der Wilfried Steuer Frauenbeauftragte sind.

Also: Es können auch Männer sein. - Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall)

Christoph Böhr, Tagungsleitung: Danke schön, Heiner Geißler. - Als nächster Dr.Janning.

Dr. Heinz Janning: Meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen leider die Entscheidungsfindung nicht ganz so einfach machen, weil ich gegenteiliger Auffassung bin und dafür plädiere, den Absatz 2 der Ziffer 43 ersatzlos zu streichen, d.h. konkret, den Anträgen E 73 und E 75 zu folgen.

Ich darf das vor dem Hintergrund einer aktuellen Auseinandersetzung in Nordrhein-Westfalen erläutern. Gegen den Widerstand der CDU-Landtagsfraktion hat die SPD durchgesetzt, einen sogenannten Gleichstellungsbeauftragten oder eine sogenannte Gleichstellungsbeauftragte in der Gemeindeordnung zu verankern. Zur Zeit finden vor Ort entsprechende Diskussionen über Sinn und Unsinn solcher Institutionen statt.

Ich kann dazu aus der Erfahrung der Praxis als Kommunalbeamter nur sagen: Solche Stellen oder solche Beauftragten können nur die kommunale Ebene betreffen. Innerhalb der kommunalen Ebene kann nicht etwa die private Wirtschaft beobachtet werden und können nicht etwa öffentliche Verwaltungsträger kontrolliert werden, die zufällig am selben Ort sind.

Wenn sich diese Stellen und Beauftragten also nur mit der Kommunalverwaltung beschäftigen können, muß ich daran erinnern - das hat letztlich auch mein Herr Vorredner getan -, daß der Rat, besonders der Personalausschuß, vor allem der jeweilige Hauptverwaltungsbeamte, der Hauptgemeindebeamte, - wie immer das in den einzelnen Ländern verfassungsmäßig strukturiert sein mag - und, nicht zu vergessen, der Personalrat gesetzlich und verfassungsmäßig verpflichtet sind, auf dieses Gebot zu achten.

Wenn man das sieht, halte ich für diesen beschränkten Aufgabenbereich gesonderte Stellen oder Beauftragte nicht für erforderlich und aus der Erfahrung mit anderen

Anliegen, die sehr löblich sind, sogar für teilweise gefährlich, weil dieses Anliegen dann nicht integriert, sondern abgeordnet bei der Entscheidungsfindung gesehen wird.

Es fehlt die Zeit, einmal von der Organisationstechnik her zu schildern, daß entgegen der Annahme, die offenbar auf Landes- und Bundesebene immer gepflegt wird, eine bestimmte institutionelle Absicherung oder Absonderung für ein Anliegen oder im Interesse eines Anliegens dieses Anliegen nicht wirklich fördert. Wir haben im Umweltschutzbereich entsprechende Beispiele. Aber aus Zeitgründen muß ich, wie gesagt, darauf verzichten, das ausführlich zu begründen.

Fazit also: Ich warne davor, dem Anliegen durch solche gesonderten Beauftragten oder Stellen zu schaden. Ich plädiere daher für die ersatzlose Streichung der Ziffer 43 Abs. 2.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Dr. Janning.

Als nächste Helga Wex.

Frau Dr. Helga Wex: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stimme meinem Vorredner zu, daß wir nur etwas tun dürfen, was nicht schadet, sondern nützt. Gerade wir in Nordrhein-Westfalen haben erlebt, was es bedeutet, neue Bürokrationen in bezug auf Frauen einzurichten. Wir von der Frauenvereinigung sind deswegen der Meinung - Sie sehen das im Antrag E 70 zu Ziffer 43 Satz 2 -, daß formuliert werden sollte:

Die CDU fordert, auf Bundesebene ein Gleichberechtigungsforum zu schaffen ...

Meine Damen und Herren, ich will Sie jetzt hier um diese Zeit nicht überfordern. Aber die entscheidende Konsequenz des heutigen Tages ist, daß wir etwas für Männer und Frauen in bezug auf die Gleichberechtigung nur tun können, wenn wir mit diesen Vorstellungen in Gremien vertreten sind, die wirklich Durchschlagskraft haben. Wir schlagen ein Forum ohne viel Bürokratie vor. Darin sollen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen vertreten sein, ebenso Kirchen, Parteien und Verbände. Wir sind der Meinung, daß sich die Betroffenen, die etwas in ihrer Verantwortung ändern können - ich nenne jetzt ein Beispiel, über das ich vorhin schon gesprochen hatte -, dort in einer Art Aktion zusammentun könnten, um zu zeigen, wie man z. B. flexiblere Arbeitszeiten am besten einbringen kann, wie man z. B. denjenigen, die kleine Kinder haben, bei Arbeitszeitverkürzungsvereinbarungen die Möglichkeit schaffen kann, die ersten zu sein, die davon profitieren. Dieses Forum soll konkrete Pläne erarbeiten und dann zu einer gemeinsamen Anstrengung zu ihrer Verwirklichung ansetzen. Das soll ein Forum sein, das auch vor der Öffentlichkeit agiert.

Meine Damen und Herren, wir haben am Anfang der Diskussion des heutigen Tages gesagt, daß die Politik in der Frage der Gleichberechtigung von Mann und Frau an Grenzen stößt. Hier ist die gesamte Gesellschaft gefordert. Wir möchten endlich erreichen, daß in einem solchen Forum klar wird, wer sich dafür einsetzt, bestimmte Fortschritte zu betreiben, und wer solche zurückhält. Es gibt doch Zeiten, wo sich einschleicht: Die CDU ist für dieses, die SPD ist für jenes und die Gewerkschaft ist für alles gut. Wir sind der Meinung, hier sollten alle gesellschaftlichen Kräfte zusammenarbeiten. Gerade das ist die Konsequenz auch der Beratungen des heutigen Tages.

Wir schlagen eine Konkretisierung der Formulierung des Leitantes vor, wo nur von einer Institution die Rede ist. Wir sind natürlich bereit, die Ausführung eines solchen Forums nachher zu konkretisieren. Wir meinen nur, daß die Formulierung konkreter sein muß als „Institution“ und daß damit keine neue Bürokratie geschaffen werden darf. Vielmehr sollen da, wo über Gleichberechtigung gesprochen wird, auch Entscheidungsvorgaben erarbeitet werden können.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Frauenvereinigung zuzustimmen.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Danke schön, Helga Wex.

Für die Antragskommission hat Erwin Teufel das Wort.

Erwin Teufel, Antragskommission: Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt, den Initiativantrag E 76, der die Einrichtung von Gleichberechtigungsforen zum Ziel hat, abzulehnen.

Meine Damen und Herren, unser Gemeinwesen leidet nicht daran, daß wir zuwenig Foren und Beiräte hätten, sondern daran, daß die, die durch Wahl beauftragt sind, parlamentarische Entscheidungen zu treffen, sich allzuoft schwierigen Entscheidungen entziehen, indem sie sie auf Beiräte abschieben.

(Beifall)

Wenn Sie allein einmal die Zusammensetzung des Forums anschauen, wie sie in diesem Antrag vorgesehen ist, Arbeitnehmerorganisationen, Arbeitgeberorganisationen, Frauenorganisationen, Kirchen, Parteien, Wissenschaftler, die sich alle in einem Gleichberechtigungsforum vereinigen sollen, können Sie sich vorstellen, was bei einer solchen pluralen Gruppe am Ende tatsächlich herauskommt.

Die zur Entscheidung Berufenen sollen handeln, so, wie wir dies im Leit Antrag heute beschlossen haben.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Erwin Teufel.

Meine Damen und Herren, wir kommen dann zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erste war die Mehrheit.

(Widerspruch)

- Dann wiederhole ich die Abstimmung. - Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich, nunmehr aufzustehen. - Gegenprobe! - Das erste war die Mehrheit. Nach übereinstimmender Meinung des Präsidiums war das erste die Mehrheit.

(Widerspruch)

- Eindeutig.

(Zurufe: Nein!)

Damit ist der Antrag so angenommen.

(Zurufe: Wird angezweifelt! Auszählen!)

Dr. Bernhard Worms, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, noch einmal Ihr Antragspaket vorzunehmen. Uns ist ein Fehler unterlaufen. Wir haben eben bei Ziffer 37 des Antrags des Bundesvorstandes auf Empfehlung der Antragskommission über Antrag E 40 auf Seite 48, unten links, der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgestimmt. Die Antragskommission hat vorgeschlagen, diese Ziffer 37 zur Abstimmung zu stellen, allerdings mit der Maßgabe

(Zuruf)

- es ist uns nicht rechtzeitig mitgeteilt worden, aber wir können es ja jetzt reparieren -, daß es in den letzten Zeilen heißt:

An den Hochschulen sollen deshalb von den jeweiligen Entscheidungsgremien

- jetzt gibt es eine Einfügung -

geeignete Kommissionen gebildet oder Beauftragte berufen werden.

Der Rest dieses Satzes soll gestrichen werden. Das war auch der übereinstimmende Wunsch der Fachleute.

Ich darf Sie bitten, damit das hier ganz korrekt ist, daß Sie einverstanden sind, daß wir die Abstimmung von vorn aufheben und sie neu durchführen.

Wer der Ziffer 37 in der von mir vorgelegten Form seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. -

(Zuruf: Das ist doch ganz was anderes!)

Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist zunächst einmal Ziffer 37 so angenommen worden.

Meine Damen und Herren, wir tauschen uns bei Abstimmungen hier oben aus. Wir lassen auch die vom Podium aus gesehen linke Seite des Saales beobachten. Wenn Sie die vorangegangene Abstimmung anfechten wollen, müssen wir eine Kartenabstimmung durchführen. Dann müßte ich Sie bitten, Geduld zu haben und noch bis zur Auszählung hierzubleiben; denn wir haben morgen noch genug anderes zu tun.

Vielleicht können wir uns jetzt noch einmal gemeinsam überzeugen, wo die Mehrheit ist. Ich bitte Frau Fischer und Frau Laurien, ihre Seite zu beobachten, und Herrn Dr. Waffenschmidt und Erwin Teufel, daß sie die rechte Seite beobachten. Wir kommen also noch einmal zur Schlußabstimmung über Ziffer 43 des Antrages

des Bundesvorstandes. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrages E 69. Dagegen hatte Frau Dr. Wex gesprochen - nur, damit die Geschäftslage klar ist.

Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich, sich jetzt vom Platz zu erheben. - Wer dagegen ist, möge bitte auch aufstehen. - Stimmenthaltungen? - Zwei Stimmenthaltungen.

Ich darf jetzt Frau Fischer und Herrn Waffenschmidt zu mir bitten. - Also, meine Damen und Herren, das letztere war einwandfrei die Mehrheit.

(Beifall)

Damit kommen wir zur Schlußabstimmung über die Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau.

(Zurufe)

- Frau Dr. Wex, darf ich Sie noch einmal bitten, zu mir zu kommen, damit das hier alles seine Ordnung hat. -

(Erneute Zurufe)

- Dann lasse ich jetzt über die Neuformulierung der Ziffer 43 - das finden Sie auf Seite 12 der Ihnen ausgehändigten Unterlage - abstimmen. Wer dieser Neuformulierung der Ziffer 43 auf Seite 12 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Also, diesmal war das erste wirklich die Mehrheit.

Meine Damen und Herren, bevor wir nun zur Schlußabstimmung kommen, möchte ich Frau Geschka und Herrn Böhr auch in Ihrem Namen einmal herzlich danken. Sie haben uns von 19.00 Uhr bis 23.32 Uhr sehr zügig durch diese Antragsberatung geführt. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Wir kommen nun zur Schlußabstimmung. Wer dem Antrag des Bundesvorstandes in der durch die Einzelabstimmungen festgelegten Fassung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei einer Gegenstimme im übrigen so beschlossen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich - auch in Ihrem Namen - bei unserem Generalsekretär und bei all denen bedanken, die zur Vorbereitung dieser Leitsätze, dieses Leitantrages beigetragen haben.

Meine Damen und Herren, ich schließe damit die 5. Plenarsitzung und berufe den Bundesparteitag zu seiner 6. Sitzung auf Freitag, den 22. März, 9.00 Uhr ein.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Heiterkeit - Schluß der Sitzung: 23.35 Uhr)

Freitag, 22. März 1985

6. Plenarsitzung

Beginn: 9.00 Uhr

Dr. Gerhard Rödding, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich darf die letzte Sitzung dieses Parteitagés eröffnen.

Ich hoffe, daß Sie alle gut geschlafen haben und eine gute Nacht hatten, kurz und intensiv, denn heute brauchen wir Kraft, es geht um Nordrhein-Westfalen. Dafür müssen wir alle Kräfte zusammennehmen.

(Beifall)

Bevor wir das aber tun, möchte ich zunächst einmal den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, unseren Freund Heinz Franke, herzlich begrüßen.

(Beifall)

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 22 auf:

ANTRÄGE

Wir kommen zunächst zum Antrag G 1 „Verstärkte Zusammensamenarbeit der Gliederungen der CDU mit der älteren Generation“. Sie finden diesen Antrag in der Antragsbroschüre auf Seite 55. Im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag G 1 soll auch der Antrag F 1 - in der Antragsbroschüre auf Seite 54 - behandelt werden.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags G 1, wodurch zugleich der Antrag F 1 als erledigt betrachtet werden kann. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer ist für den Vorschlag der Antragskommission, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Danke schön. Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag G 2 auf: „Anwendung des § 218 a Strafgesetzbuch“. Fundstelle ist in der Antragsbroschüre Seite 55. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Darf ich fragen, wer dem Beschluß der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag G 3 „Kindergeld“ auf. Fundstelle und Empfehlung der Antragskommission Seite 55 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission betrachtet den Antrag als erledigt. Wortmeldungen liegen nicht vor. Erhebt sich gegen die Empfehlung Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag erledigt.

Ich rufe den Antrag G 4 auf: „ § 90 Bundessozialhilfegesetz“. Fundstelle und Empfehlung der Antragskommission Seite 55 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wortmeldungen liegen nicht vor. Darf ich fragen, wer mit dieser Überweisung einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Ich rufe die Anträge G 5 und G 6 auf: „Kulturpolitik“. Fundstelle ist ebenfalls Seite 55 der Broschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der Fassung der Antragskommission.

Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Ich bitte um das Handzeichen derjenigen, die mit der Empfehlung der Antragskommission einverstanden sind. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Dann ist so beschlossen.

Nun kommen die Anträge G 7 bis G 12: „Agrarpolitik“. Sie finden die Anträge auf Seite 56 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge G 7 bis G 12 an den Bundesvorstand zu überweisen und darüber hinaus folgenden Beschluß zu fassen:

Die CDU setzt sich für die Erhaltung einer leistungsfähigen Landwirtschaft ein. Der bäuerliche Familienbetrieb ist und bleibt agrarpolitisches Leitbild der CDU. Unsere Mitbürger in der Landwirtschaft haben wie alle anderen Bevölkerungsgruppen ein Anrecht auf soziale Sicherheit und ein angemessenes Entgelt für ihre harte Arbeit.

Die CDU bejaht ein geeintes Europa auch für die Landwirtschaft und ihren Markt; daraus dürfen sich aber keine einseitigen Benachteiligungen für die Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland ergeben.

Die gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Probleme erfordern rasches Handeln. Deshalb fordert der Bundesparteitag den Bundesvorstand auf, sobald wie möglich ein umfassendes Konzept zur Lösung der Probleme der Landwirtschaft vorzulegen.

Es liegen zwei Wortmeldungen vor, zunächst Herr Hubert Doppmeier aus Westfalen-Lippe, danach Hans-Hermann Ott aus Niedersachsen. Bitte sehr, Herr Doppmeier.

Hubert Doppmeier: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist üblich auf Bundesparteitagen, daß Anträge, die sich mit ganz konkreten Fragen beschäftigen, allzu häufig von der Antragskommission die Empfehlung bekommen, an den Bundesvorstand zu überweisen. In der gegenwärtigen Situation ist der Bundesparteitag nicht gut beraten, wenn wir die Anträge G 7 bis G 12 an den Bundesvorstand überweisen. Wir haben zumindest einen Antrag vorliegen, das ist der Antrag G 7 des Landesverbandes Braunschweig, der entscheidungsreif ist und auch so beschieden werden kann. Deshalb plädiere ich dafür, daß der Bundesparteitag den Antrag G 7 vornimmt. Die neue Formulierung der Antragskommission müßte dann lauten: „... Anträge G 8 bis G 12 ...“.

Meine Damen und Herren, wir alle kennen die schwierigen Diskussionen, die wir draußen im Zusammenhang mit der Milchkontingentierung haben, aber auch im Zusammenhang mit anderen Fragen der Agrarpolitik. Die Landwirte sind tief enttäuscht, daß ausgerechnet eine CDU-geführte Bundesregierung in der konkreten Politik zur Folge hatte, daß wir im vergangenen Jahr in der Landwirtschaft Einkommenseinbußen bis zu 20 % hatten.

Meine Damen und Herren, die Landwirte waren die treuesten Wähler der Union. wir müssen sorgfältig aufpassen, daß uns diese Wähler nicht auf Dauer verlorengehen. Deshalb meine Bitte, dem Antrag G 7 zuzustimmen und im übrigen dem Votum der Antragskommission für die Anträge G 8 bis G 12 zu folgen.

Danke schön.

(Beifall)

Dr. Gerhard Rödding, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Hans-Hermann Ott aus Niedersachsen.

Hans-Hermann Ott, Stade: Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Liebe Parteifreunde! Ich kann mich im wesentlichen den Aussagen meines Vorredners zum Antrag G 7 anschließen. Ich bin unseren Ravensburger Freunden sehr dankbar, das schwierige Thema der Milchkontingentierung in Antragsform noch einmal vorgelegt zu haben.

Ich möchte daran erinnern, daß am 30./31. März 1984 eine Regelung beschlossen wurde, welche am 2. April desselben Jahres in Kraft gesetzt wurde, ohne daß jeweils Durchführungsverordnungen und -bestimmungen vorlagen. Das hatte zur Folge, daß zwar eine völlige Verunsicherung unserer Landwirte eintrat, aber bis Mitte des Sommers keiner genau wußte, wie das gehandhabt wird. Ich bitte daher die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion der CDU/CSU, diese großen Probleme der Landwirtschaft wirklich zu sehen.

Nach meiner Meinung ist die Überweisung solch entscheidend wichtiger Anträge an den Bundesvorstand mehr oder weniger eine Beerdigung erster Klasse. Man muß einfach sehen, daß damit zwar die Nöte anerkannt werden, verbal wird ihnen auch Rechnung getragen, aber in der Regel fehlt dann die tatsächliche Substanz.

Ich bitte, in der Agrarpolitik wieder, wie früher bei uns üblich, mehr Solidität einzuführen. Ich bitte die Länder - das gilt natürlich auch für unsere Freunde in Nordrhein-Westfalen; denn auch für sie wird das mit wahlentscheidend sein -, eigene Programme aufzulegen, um zur Auflockerung dessen beizutragen, was durch die Härtefallregelung entstanden ist. Auf die Länder kommt es entscheidend an. Die Definition des ländlichen Raumes ist ja sehr umfassend. Hier geht es ja nicht nur um das Einkommen für die Landwirtschaft, sondern auch um das Einkommen für den Mittelstand.

Ich bitte also um Flexibilität in den Ländern, und ich bitte auch darum, daß die Härten, die durch die Härtefallregelung nicht berücksichtigt werden konnten, durch Regelungen in den Ländern beseitigt werden.

Ich meine, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sollten in der Zukunft solche Überraschungscoups nicht wieder landen, d. h. wir sollten keine Beschlüsse fassen, zu denen es keine Durchführungsverordnungen gibt. Das verunsichert unsere Wähler. In Hessen haben wir das leider sehr zu spüren bekommen.

Dr. Gerhard Rödding, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich schlage vor, daß wir dem vorgelegten Antrag G 7 zustimmen.

(Beifall)

Die Empfehlung der Antragskommission enthält natürlich das gleiche. Aber dieser Antrag des Landesverbandes Braunschweig, so wie er vorliegt, entspricht natürlich auch den Intentionen unserer Politik.

Ich habe in meinem Rechenschaftsbericht am ersten Tag schon darauf hingewiesen - ich nehme gerne die Gelegenheit wahr, diese paar Sätze noch einmal zu unterstreichen -, daß es nicht möglich ist, die Integration Europas, die wir gemeinsam wollen, auf dem Rücken einiger weniger Gruppen, vor allem unserer Bauern, voranzutreiben.

(Beifall)

Wenn Sie die heutigen Nachrichten über die Diskussionen um die Süderweiterung, um den Beitritt von Spanien und Portugal lesen, dann können Sie daraus entnehmen, welche Probleme wir am übernächsten Wochenende auf dem Gipfel in Brüssel haben werden.

Es ist wahr: Wir haben uns in der EG über eineinhalb Jahrzehnte lang im Blick auf die Überproduktion auf dem Agrarsektor riesige Probleme geschaffen. Die Probleme sind natürlich auch entstanden, weil die Anbaumethoden innerhalb der europäischen Landwirtschaft - das gilt in hohem Maße auch für die deutsche Landwirtschaft - durch den Druck der Preisverhältnisse, durch die Entwicklung der Arbeitsmärkte und aus vielen anderen Gründen intensiver und dadurch natürlich auch immer erfolgreicher wurden.

Gehen Sie bitte davon aus, daß ich genauso wie unser Freund Ignaz Kiechle, der am Montag und Dienstag verhandeln wird - die Regierungschefs dann am darauf folgenden Freitag, Samstag -, das Menschenmögliche tun werden. Dabei empfinde ich diesen Antrag durchaus als eine Unterstützung.

Das zweite, was ich allerdings auch sagen möchte, ist: Ich bitte die Partei insgesamt, Solidarität mit den Bauern zu zeigen.

(Beifall)

Das ist für uns nicht irgendeine Frage. Natürlich weiß ich auch, daß im Verhältnis zur Bevölkerung der Bundesrepublik der Prozentsatz derjenigen gering ist, die voll beruflich in der Landwirtschaft tätig sind und von dieser Arbeit leben. Aber das ist keine Frage von Prozenten. Eine in unserem Sinne auf die Zukunft ausgerichtete Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland braucht einen lebensfähigen Bauernstand. Wir brauchen ihn vor allem aus gesellschaftspolitischen Gründen.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der es möglichst viel Eigentum gibt. Wir brauchen eine Gesellschaft, in der das Denken in der Kontinuität der Generationen wieder stärker gepflegt wird. Wir brauchen eine Gesellschaft, in der die Bauern auch ihre Funktion im ökologischen Bereich wahrnehmen können. Wenn Sie einmal beobachten, was wir jetzt für Geld ausgeben müssen - nicht nur wir, auch andere Alpenländer -, um etwa die Schäden wiedergutzumachen, die auf Grund des Rückzuges von den Almen entstanden sind, dann haben Sie eine ungefähre Vorstellung davon, was ökologisch von den Bauern geleistet wird.

Aus all diesen Gründen ist es wichtig, daß die Bauern wissen: Die CDU/CSU war nicht nur immer ihre Partei, sondern sie wird es auch in Zukunft bleiben. So wie die Bauern zu uns standen, stehen wir zu ihnen. Wir brauchen ihre Unterstützung. Und ich brauche für die schwierigen Geschäfte, die uns in Brüssel erwarten, auch Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Dr. Gerhard Rödding, Tagungspräsidium: Das Wort hat die Antragskommission.

Erwin Teufel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dem, was Ihnen der Parteitagpräsident jetzt mündlich vorgetragen hat, und nach den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers ergibt sich folgender Vorschlag der Antragskommission. Der Antrag G 7 - Landesverband Braunschweig - wird angenommen, die übrigen Anträge, die Anträge G 8 bis G 12, werden an den Bundesvorstand überwiesen.

Wir wissen aus der Erfahrung bei Parteitagen, daß viele Delegierte den Verdacht haben, Anträge, die an den Bundesvorstand überwiesen werden, würden dort ein Staatsbegräbnis erhalten. Das ist bei der Empfehlung der Antragskommission nicht der Fall. Ich glaube, Sie haben den Worten des Bundesparteivorsitzenden entnommen, daß es nur darum geht, die Anträge in ein Gesamtkonzept einzufügen. Der Bundesvorstand wird nach dem Vorschlag der Antragskommission aufgefordert, ein umfassendes Konzept zur Lösung der Probleme der Landwirtschaft möglichst bald vorzulegen.

Dr. Gerhard Rödding, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben die Empfehlung der Antragskommission gehört. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, Frau Christa Thoben bitte zu einer redaktionellen Zwischenbemerkung.

Frau Christa Thoben, Antragskommission: Meine Damen und Herren, Sie haben heute morgen auf ihren Plätzen die gestern abend spät verabschiedeten Leitsätze in der Endfassung vorgefunden. Dort hat sich auf der Seite 22 ein bedauerlicher redaktioneller Fehler eingeschlichen. Vielleicht lag es an der späten Abendstunde, daß das passiert ist. Wir hatten hier ausdrücklich beschlossen, daß in der vorletzten Zeile auf der Seite 22 das Wort „qualifizierten“ gestrichen wird. Es muß also heißen, „daß Frauen der berufliche Aufstieg erleichtert wird“. Die ursprüngliche Formulierung war nicht nur nach der Meinung der Teilnehmer am Forum 3, sondern auch des gesamten Parteitages mißverständlich, da man entsprechende Anforderungen an den Aufstieg von Männern normalerweise ja auch nicht so dezidiert in ein Papier schreibt. In der Fassung, die veröffentlicht wird, wird das Wort „qualifizierten“ daher gestrichen sein. Es handelt sich nur um einen redaktionellen Fehler, den ich Sie bereits in Ihren Unterlagen zu korrigieren bitte.

Dr. Gerhard Rödding, Tagungspräsidium: Schönen Dank, wir haben das zur Kenntnis genommen.

Ich darf dann den Antrag G 13 aufrufen - Familientarif der Deutschen Bundesbahn. Sie finden ihn in der Antragsbroschüre auf Seite 58.

Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion. Dazu liegt eine Wortmeldung von Herrn Jäger aus Baden-Württemberg vor. - Bitte, Herr Jäger.

Claus Jäger: Herr Vorsitzender, ich bedanke mich für die Gelegenheit, dazu noch ein kurzes Wort sagen zu können.

Dieser Antrag, der zur weiteren Beratung an die Bundestagsfraktion überwiesen werden soll, was ich übrigens befürworte, ist aus dem Gedanken entstanden, daß es dringend notwendig ist, dafür zu sorgen, daß die Unbeweglichkeit in der Tarifgestaltung der Deutschen Bundesbahn überwunden wird und daß wir unser heutiges Eisenbahnnetz *nur dann erhalten können, wenn es uns gelingt, die leeren Geisterzüge an den Wochenenden wegzukriegen, d.h. die Züge wieder zu füllen, und zwar mit Familien, die dann endlich wieder von der Fahrpreisgestaltung her mit der Bahn fahren können.* Heute kann doch ein Familienvater mit Frau und zwei Kindern trotz Minigruppenvergünstigung und vieler anderer Vergünstigungen, die es in großer und fast unübersichtlicher Zahl gibt, dennoch nicht günstiger mit der Bahn fahren als mit dem eigenen Pkw. Die Bundesbahn soll durch diesen Antrag einfach darauf hingewiesen werden, daß es notwendig ist, hier umzudenken.

Die Erfolge der rosaroten Angebote, die die Bundesbahn gehabt hat, zeigen uns doch, daß bei einer verbrauchernahen, vernünftigen Tarifpolitik auch wieder mehr Bürger bereit sind, für die eine oder andere Fahrt ihren Pkw zu Hause stehen zu lassen und die Bahn zu benutzen. Wir meinen, daß auf diesem Gebiet sowohl für die Familien als auch für die Deutsche Bundesbahn etwas getan werden kann.

Ich möchte die Antragskommission bitten, ihren Vorschlag dahin zu modifizieren, daß dieser Antrag befürwortend an die Bundestagsfraktion überwiesen wird.

Dr. Gerhard Rödding, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Jäger. Wünscht die Antragskommission das Wort? - Das ist nicht der Fall.

Wer dem Vorschlag der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen, wie die Antragskommission vorgeschlagen hat.

Ich rufe den Antrag G 14 auf - Postwertzeichen zum Europäischen Jahr der Musik. Sie finden den Antrag auf Seite 58 der Broschüre.

Die Antragskommission betrachtet den Antrag als erledigt. Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Sache dann wohl abgehakt.

Die Anträge G 15 und G 16 werden später, wenn wir über Nordrhein-Westfalen sprechen, mitbehandelt.

Es folgt der Antrag G 17 - Beteiligung von Rundfunkanstalten an Videoproduktionen. Sie finden den Antrag auf Seite 64 der Antragsbroschüre.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der von ihr beschlossenen Fassung. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Stimmkarte. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag so angenommen.

Es folgt der Antrag G 18 - Neuordnung der Pflegehilfen. Sie finden den Antrag in der Antragsbroschüre auf Seite 64.

Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesfachausschuß Sozialpolitik. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor.

Wer der Empfehlung folgt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so angenommen.

Es folgt der Antrag G 19 - Kosten der Mutterschutzfrist -, Seite 65 in der Antragsbroschüre.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der von ihr beschlossenen Fassung. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Es folgt der Antrag G 20 - Übernahme von Arbeitgeberbeiträgen durch den Staat -, Seite 65 der Antragsbroschüre.

Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor.

Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist so beschlossen, wie die Antragskommission empfohlen hat.

Der Antrag G 21 ist durch die Vorlage des Beschäftigungsförderungsgesetzes erledigt. Wir nehmen das zur Kenntnis.

Es folgt der Antrag G 22: Olympische Sommerspiele im Ruhrgebiet. Sie finden ihn auf Seite 65 der Broschüre. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags. - Wortmeldungen liegen nicht vor. Darum frage ich: Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen, wie die Antragskommission empfohlen hat.

Es folgen die Anträge G 23 bis G 25, die auf Seite 66 der Broschüre zu finden sind. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesausschuß, der sich noch in diesem Jahre mit dem Thema der sozialen Sicherheit befassen wird. - Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist es so beschlossen.

Es folgt der Antrag G 26. Sie finden ihn auf Seite 66 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesvorstand. Hierzu hat sich Herr Schill aus Braunschweig zu Wort gemeldet. Er hat das Wort.

Hubert Schill: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Einen solchen Antrag, wie wir ihn hier vorliegen haben, haben wir vor einigen Jahren auf einem der Parteitage - entweder in Hamburg oder in Mannheim - schon einmal beschlossen. Was ist in der Zwischenzeit aber geschehen? Nichts, aber auch gar nichts! Ich kann Sie nur herzlich darum bitten, diesen Antrag nicht einfach an den Bundesvorstand zu überweisen, denn das haben wir das letzte Mal schon getan, und nichts ist geschehen. Ein großer Teil der Delegierten - dazu zähle ich auch - kann über die freie Zeit nicht so verfügen, wie dies Mandatsträger vielleicht tun können. Deswegen bitte ich Sie ganz herzlich, daß nicht nur der Bundesvorstand aufgefordert wird, tätig zu werden und arbeitsfreie Tage für den Parteitag mit zu nutzen, sondern daß auch die Bundesgeschäftsstelle dann entsprechend verfährt. - Ich bedanke mich.

(Beifall)

Dr. Gerhard Rödding, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat jetzt Frau Erlenwein das Wort.

Frau Roswitha Erlenwein, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Empfehlung der Antragskommission, diesen Antrag an den Bundesvorstand zu überweisen, ist insofern sachgerecht, als dort ja auch die Vertreter aus den Ländern anwesend sind. Ich schlage vor, daß in den Landesverbänden Meinungsbildungen hierzu herbeigeführt werden, die dann in den Bundesvorstand eingebracht werden können. Insofern wird dann dort tatsächlich auch eine Entscheidung getroffen werden können, die den Interessen der Landesverbände gerecht wird.

(Zustimmung)

Dr. Gerhard Rödding, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesvorstand. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Die Empfehlung der Antragskommission ist bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen angenommen.

(Widerspruch)

- Ich höre, daß das Ergebnis der Abstimmung über Antrag G 26 angezweifelt wird. Die Antragskommission empfiehlt, wie gesagt, Überweisung an den Bundesvorstand. Wir wiederholen die Abstimmung über diese Empfehlung. Wer ihr zustimmt, den bitte ich aufzustehen. - Wer lehnt diese Empfehlung ab? - Das ist ganz ohne Zweifel die Minderheit. Wer enthält sich der Stimme? - Das sind noch weniger.

Das Abstimmungsergebnis war angefochten worden. Es ist aber eindeutig die Meinung des Tagungspräsidiums, daß die Empfehlung der Antragskommission angenommen ist.

Es folgt Antrag G 27. Sie finden ihn auf Seite 66 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. - Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Stimmkarte. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Es folgt Antrag G 28: Umweltpolitik in der EG. Sie finden den Antrag auf Seite 66 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der von ihr vorgeschlagenen Fassung. - Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Stimmkarte. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist die Empfehlung angenommen.

Es folgt der Antrag G 29: Grenzwerte für die Durchführung des Smog-Alerts. Sie finden ihn in der Antragsbroschüre auf Seite 67. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der von ihr vorgeschlagenen Fassung. - Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Stimmkarte. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag in der vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Ich rufe Antrag G 30 auf: Finanzierung der Beseitigung von Altlasten. Sie finden ihn

auf Seite 67 der Broschüre. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der von ihr vorgeschlagenen Fassung. - Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wer der Antragskommission folgt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Stimmkarte. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Es folgt Antrag G 31: einheitliche Regelung der Ausbildungsförderung. Er ist auf Seite 68 der Broschüre zu finden. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. - Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer der Antragskommission folgt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Stimmkarte. - Gegenprobe! - Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen ist die Empfehlung der Antragskommission angenommen worden.

Ich rufe Antrag G 32 auf: informationstechnische Bildungsinhalte. Sie finden den Antrag auf Seite 68 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der von ihr vorgeschlagenen Fassung. - Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Stimmkarte. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist die Empfehlung der Antragskommission angenommen.

Es folgt Antrag G 33: Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungsverordnung. Dieser Antrag ist auf Seite 68 der Antragsbroschüre zu finden. Die Antragskommission betrachtet den Antrag als erledigt. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag G 33 als erledigt zu betrachten.

Es folgt der Antrag G 35, Antragsbroschüre Seite 68. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag G 35 an den Bundesvorstand und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Stimmkarte. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einer Gegenstimme ist die Empfehlung der Antragskommission zum Antrag G 35 angenommen.

Wir haben den Antrag G 34 überblättert, weil die Neufassung der Empfehlung der Antragskommission noch nicht verteilt ist. Wir werden den Aufruf nachholen.

Jetzt kommen wir zum Antrag G 37:

Bundesregierung und CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, noch in diesem Jahr die angekündigten Gesetzentwürfe für die Zweite Stufe der Förderung von Produktivkapitalbeteiligungen von Arbeitnehmern in die parlamentarischen Beratungen einzuführen. Dabei ist sicherzustellen, daß ein Vorrang des Sparens in Produktivkapitalanlagen gegenüber allen anderen Anlageformen gewährleistet bleibt, der ausreichend starke Anreize für ein vermehrtes Anlegen der Arbeitnehmerspargelder in diesem Feld enthält; daß vor allem solche überbetrieblichen Anlageformen in den Förderkatalog aufgenommen werden, die von Arbeitnehmern akzeptiert werden, bei denen geringe Verwaltungskosten entstehen und für die zu erwarten ist, daß sie von den Tarifparteien aufgegriffen werden.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in folgender Fassung:

Bundesregierung und CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, noch in diesem Jahr die angekündigten Gesetzentwürfe für die Zweite Stufe der Förderung von Produktivkapitalbeteiligungen von Arbeitnehmern in die parlamentarischen

Beratungen einzuführen. Dabei ist sicherzustellen, daß eine vorrangige Förderung der Anlagen in Produktivkapital mit entsprechenden Anreizen gegenüber allen anderen Anlageformen gewährleistet bleibt; daß auch solche überbetrieblichen Anlageformen in den Förderkatalog aufgenommen werden, von denen erwartet werden kann, daß sie von den Tarifparteien befürwortet werden.

Dazu liegt eine Wortmeldung von Herrn oder Frau Diversy vor. Ich bitte das Wort zu ergreifen, Herr oder Frau Diversy.

Lothar Diversy: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Es handelt sich unzweifelhaft um einen Herrn.

(Vereinzelt Beifall - Bravo-Rufe)

Ich möchte für die Sozialausschüsse, die diesen Antrag vorgelegt haben, einige Sätze zur Begründung nachschieben.

Meine Damen und Herren, die politischen Grundpfeiler der Union, Frieden und Freiheit nach außen, Frieden und soziale Sicherheit nach innen, haben als Fundament das private verfügbare Eigentum, das aber nach unserer Meinung sozial breit gestreut sein muß. Es geht zunächst einmal um eine gesellschaftspolitische Frage, nämlich um die breite Anerkennung von Eigentum durch unsere Bevölkerung, d.h. um ein Stück sozialer Gerechtigkeit.

Es gibt noch ein zweites Problem, nämlich die Bereitstellung von Finanzierungsmitteln für die mittelständische Wirtschaft. Beide Forderungen möchten wir durch diesen Antrag abgedeckt wissen.

Nun möchte ich gar nicht in die aktuelle Diskussion eingreifen, die durch die Vorlage des Gesetzes zur Förderung von Unternehmensbeteiligungsgesellschaften in den letzten Tagen entstanden ist.

Herr Bundesfinanzminister, ich vertraue auf Ihr Wort, daß mit der Vorlage dieses Gesetzes die zweite Stufe der Vermögensbildung in keinem Fall vorweggenommen worden ist. Ich glaube, Vermögensbildung oder Eigentum für alle - wie es Ludwig Erhard ausgedrückt hat - ist ein unabdingbarer Bestandteil des Grundgesetzes der Christlich Demokratischen Union.

Ich bitte Sie recht herzlich: Stimmen Sie diesem weiteren Vorschlag der CDA zu. Damit leisten wir auch einen Beitrag in Richtung auf stärkere soziale Bindung der Arbeitnehmerschaft an die Union. Wir helfen zugleich dem Mittelstand, die schwierigen Finanzierungsprobleme auszuräumen.

Ich darf mich recht herzlich bedanken.

(Beifall)

Dr. Gerhard Rödding, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Den Vorschlag der Antragskommission habe ich Ihnen eben verlesen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag in der Fassung der Antragskommission angenommen worden.

Ich rufe nun den Antrag G 36 auf, Förderung der Bauwirtschaft. Sie finden den

Antrag auf Seite 69 der Broschüre. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Es folgt der Antrag G 38, Leih- und Mietmutterchaft. Sie finden den Antrag auf Seite 69 der Broschüre. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der Fassung der Antragskommission. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor.

Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um ein Zeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Antrag so angenommen.

Es folgt der Antrag G 39, europäische Instrumentarien zur Verbesserung der Situation der Frau. Sie finden den Antrag auf Seite 70 der Broschüre. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.

Es liegt eine Wortmeldung von Frau Marlene Lenz aus dem Rheinland vor. Bitte sehr, Frau Lenz, Sie haben das Wort.

Frau Marlene Lenz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Durch das Zusammenschließen von vier Anträgen ist hier eine etwas irreführende Situation entstanden.

Die beiden ersten Absätze bitte ich so anzunehmen, wie sie da stehen. Es handelt sich im ersten Fall um bestehende, vor Jahren in Kraft getretene Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft. Im zweiten Fall handelt es sich um eine Empfehlung, die der Ministerrat am 18. Dezember verabschiedet hat. Das sind also Dinge, die in Kraft sind. Wir können sie nicht mehr an die Fraktion zurücküberweisen.

Dagegen sind die beiden anderen Absätze noch so auszufüllen, wie es da steht. Dort wäre ich mit der Überweisung einverstanden.

Dr. Gerhard Rödding, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag G 40 auf, innerparteiliche Partnerschaft zwischen Männern und Frauen. Ich verweise auf die Fundstelle, Antragsbroschüre Seite 70. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um das Kartenzeichen, wer für diesen Antrag ist. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltung? - Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Antrag G 41 - Einrichtung der Stelle einer Frauenbeauftragten - auf. Fundstelle ist Seite 70 der Antragsbroschüre. Dort finden Sie auch die Empfehlung der Antragskommission. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Ich rufe Antrag G 34 - Seite 68 der Antragsbroschüre - auf und erteile Frau Breuel das Wort.

Frau Birgit Breuel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antragskommission hat sich heute morgen sehr intensiv mit diesem Antrag beschäftigt und schlägt Ihnen eine etwas veränderte Formulierung vor, die in der Zwischenzeit auch mit dem Bundesfinanzminister und dem Bundesarbeitsminister besprochen und abgestimmt worden ist.

Wir möchten Ihnen eine Dreiteilung dieses Antrages vorschlagen, wobei der erste Teil folgende Fassung erhalten soll:

Wir begrüßen das beschlossene Programm der Bundesregierung, das mit einer Entlastung von ca. 20 Milliarden DM das größte Steuerentlastungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland darstellt.

Meine Damen und Herren, wir wollen das in den Vordergrund stellen, weil uns wichtig zu sein scheint, hervorzuheben, daß hier eine großartige Leistung vollbracht worden ist, und wir verstehen dies auch als eine Aufforderung an jeden von uns, diese Leistung im Lande noch deutlicher zu verkünden, weil sie bisher nicht bei jedem Bürger angekommen zu sein scheint.

(Vereinzelt Zustimmung)

Der zweite Punkt geht dann in die Zukunft:

Im nächsten Schritt muß ein Abbau von nicht mehr zeitgemäßen Steuervergünstigungen und Subventionen erfolgen. Wir bekräftigen die Aussage der Stuttgarter Leitsätze, die da heißt: Eine Reform der Lohn- und Einkommensteuer soll die Leistung von Arbeitnehmern und Selbständigen wieder stärker anerkennen und vor allem Familien mit Kindern nachhaltig entlasten. Deshalb soll durch eine weitere Anhebung des Grundfreibetrages der Lohn- und Einkommensteuer sichergestellt werden, daß das Existenzminimum außerhalb der Besteuerung bleibt. Außerdem sind die Einführung eines linear-progressiven Tarifs und die Verbesserung der steuerlichen Abschreibungsbedingungen vorzusehen.

Dies ist der Blick in die Zukunft. Er macht die Prioritäten deutlich, die im zweiten Schritt anstehen.

Dritter Teil:

Ein Entscheidungserfordernis über den Spitzensteuersatz besteht nicht.

(Zustimmung)

Dr. Gerhard Rödding, Tagungspräsidium: Ich danke Frau Minister Breuel für die Begründung.

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Scharrenbroich, CDA.

Heribert Scharrenbroich: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß es sehr wichtig ist, klarzustellen, daß die Bevölkerung - nicht nur die Arbeitnehmerschaft - bestimmte Erwartungen an die Steuerpolitik hat. Zunächst einmal möchte ich dem gesamten Präsidium der CDU dafür danken, daß es sich gemeinsam mit der CDA darum bemüht hat, eine Ersatzmaßnahme für die vom Verfassungsgericht aufgehobene Zwangsanleihe zu schaffen. Es entspricht der

Situation in einer Koalition, daß man um Mehrheiten ringen muß und nicht alles durchsetzen kann, was man für richtig hält. Ich halte es für sehr positiv, daß die CDU ein sehr deutliches Signal dafür gesetzt hat, was unsere Politik sein soll.

In diesem Zusammenhang glaube ich allerdings, daß es etwas bedenklich ist, wenn aus dem Bundesfinanzministerium Erwägungen, Überlegungen und kluge Gedanken, zu hören sind, man müßte demnächst irgendwann einmal, vielleicht in der nächsten Legislaturperiode an eine Senkung des Spitzensteuersatzes denken. Meine Damen und Herren, nach dem, was wir mit der Zwangsanleihe erlebt haben, kann es nicht die Politik der Union sein, jetzt an eine Senkung des Spitzensteuersatzes heranzugehen!

(Beifall)

Ich danke dem Herrn Bundesfinanzminister dafür, daß er sich bereiterklärt hat, dieser Formulierung der Antragskommission zuzustimmen. Ich bitte den Bundesfinanzminister, hier und heute deutlich zu machen, daß solche Überlegungen nicht Gegenstand der Unionspolitik sind.

(Beifall)

Ich bin auch froh darüber, daß im Vorschlag der Antragskommission gesagt worden ist, daß als nächster Schritt ein Abbau von nicht mehr zeitgemäßen Steuervergünstigungen und Subventionen zu erfolgen hat. Meine Damen und Herren, die Arbeitnehmer haben sehr wohl beobachtet, welche Beiträge im Bereich der Sozialpolitik für die sehr wichtige Aufgabe der Konsolidierung des Haushaltes und der Finanzen erbracht worden sind. Aber voller Ungeduld erwarten wir, daß auch andere Hausaufgaben gemacht werden, daß endlich Vorschläge zum Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen gemacht werden.

(Beifall)

Insgesamt glaube ich aber, daß wir bei aller Kritik im Sinne der Verbesserung unserer Haushalts- und Steuerpolitik unser Licht nicht unter den Scheffel stellen sollten. Ich denke, es ist eine großartige Leistung, daß wir in einer Zeit, in der wir Haushaltskonsolidierung betreiben müssen und betrieben haben, jetzt bereits ein Paket zur Steuerentlastung, vor allem zur Entlastung der Familien, von 20 Milliarden DM vorlegen können. Meine Damen und Herren, ich erinnere an unsere Diskussion auf dem Stuttgarter Parteitag, wo wir als CDA gemeinsam mit Mittelstandvereinigung, Frauenvereinigung und Junger Union gesagt haben: Vorrang muß die Familie haben. Wir danken der Bundesregierung dafür, daß dies jetzt Gegenstand der Politik geworden ist!

(Beifall)

Lassen Sie mich ein letztes sagen. Wir sprechen so viel von unseren Leistungsträgern. Wir müssen aber auch deutlich sagen, wo wir die Leistungsträger vor allen Dingen sehen. Wir sehen die Leistungsträger nicht unbedingt nur bei den Spitzenverdienern. Wir sehen die Leistungsträger im Bereich der Facharbeiter, der Selbständigen und der Mittelständischen, und deswegen halte ich es für so wichtig, daß wir an einen linear-progressiven Steuertarif herangehen.

Ich bitte Sie, den Vorschlag der Antragskommission zu unterstützen. - Herzlichen Dank

(Beifall)

Dr. Gerhard Rödding, Tagungspräsidium: Ich erteile dem Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg das Wort.

Dr. Gerhard Stoltenberg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Ich begrüße, daß wir uns in den Vorgesprächen auf einen gemeinsamen Antrag zu Fragen der Steuerpolitik verständigt haben. Das ist ein Fortschritt gegenüber der Diskussion, die wir vor einem Jahr in Stuttgart hatten, als zu einem wichtigen Thema die Auffassungen noch unterschiedlich waren.

Ich begrüße, daß wir uns in diesem Antrag, ausgehend von den Sozialausschüssen, im jetzt neu gefaßten Text der Antragskommission in bestimmten Zielen einig sind. In der Tat, wenn wir die Steuer- und Abgabenquote weiter senken wollen, müssen wir einen weiteren großen Schritt zur Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer für die kommende Wahlperiode vorbereiten. Das inhaltliche Ziel ist, wie der Antrag sagt, in der kommenden Wahlperiode den durchgehenden oder, wie die Fachleute sagen, den linear-progressiven Tarif bei der Einkommen- und Lohnsteuer zu erreichen oder - so füge ich als Finanzminister vorsichtig hinzu - ihm jedenfalls nahezukommen. Denn den Handlungsspielraum, den wir für Steuerentlastungen haben, können wir endgültig erst dann ausmessen, wenn wir zu Beginn einer Wahlperiode Kassensturz machen und die exakte Lage der öffentlichen Finanzen kennen.

Unstrittig ist auch, daß ein weiterer Schritt, eine Anhebung des Grundfreibetrages, notwendig sein wird. Es ist ein verfassungspolitisches Gebot, das Existenzminimum auch im Steuerrecht stärker zu berücksichtigen.

Schließlich bekräftigen wir in dem Antrag den Beschluß, den wir in Stuttgart einstimmig gefaßt haben, daß zur mittelfristigen Strategie auch eine Senkung der Unternehmensteuern gehört - im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und damit einer vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik.

(Beifall)

Wir haben uns auf den Satz geeinigt - und das hat unseren Freund Scharrenbroich veranlaßt, mich freundschaftlich anzusprechen und insofern meine Wortmeldung zu verursachen -: Ein Entscheidungserfordernis zum Spitzensteuersatz besteht nicht. Ich unterschreibe diesen Satz.

Aber, meine lieben Freunde, dies kann nicht heißen, daß die Christlich Demokratische Union Deutschlands sich aus der beginnenden Diskussion über die Steuerstruktur in einer fernerer Zukunft und insofern auch den angemessenen Spitzensteuersatz abmeldet.

Wer gestern aufmerksam die großen Zeitungen gelesen hat, konnte feststellen, daß während unseres Parteitags hier die Spitzenorganisation der deutschen Steuerberater sich in München auf einem großen Kongreß getroffen hat und daß diese Gruppe fachkundiger, engagierter und wichtiger Mitbürger sehr wohl in ihrer Verantwortung dort mit dem Blick auf die Entwicklung in anderen Ländern der westlichen Welt das Thema Spitzensteuersatz erörtert hat.

Es besteht kein Entscheidungsbedarf. Die Frage des Spitzensteuersatzes kann isoliert überhaupt nicht entschieden werden.

(Vereinzelter Beifall)

Sie hat nicht die erste Priorität in dem, was wir uns jetzt vornehmen. Aber die Finanzwissenschaftler und Steuerberater auf ihrem Fachkongreß in München sagen - im Ergebnis auch mit einer klaren Tendenz -: In eine Grundsatzdebatte über langfristige Perspektiven muß man auch dieses Thema einbeziehen.

Warum? Wenn wir über den Arbeitsmarkt reden - darauf hat ja der eine oder andere, auch Norbert Blüm gestern abend in seinem Beitrag, hingewiesen -, beschäftigt uns doch vor allem die Frage, wie es möglich war, daß die Vereinigten Staaten von Amerika in den letzten 15 Jahren 15, ja 20 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen haben, während wir in Europa, auch in der Bundesrepublik Deutschland, viele verloren haben. In den Vereinigten Staaten von Amerika gibt es eine breite überparteiliche Diskussion im Kongreß und in der Öffentlichkeit, es gibt Anträge der Demokraten und der Republikaner, es gibt eine Regierungsvorlage meines Kollegen Don Regan, alle Steuervergünstigungen radikal abzubauen, auch für Unternehmer, und den Spitzensteuersatz auf 40 % festzusetzen.

Und die uns eng verbundene christlich-liberale Regierung und Koalition in Holland, in unserem Nachbarland, wo die Christlich Demokratischen Arbeitnehmer, lieber Freund Scharrenbroich, eine bedeutende Rolle spielen, hat soeben eine Senkung des Spitzensteuersatzes beschlossen: aus arbeitsmarktpolitischen und Wettbewerbsgründen.

Es ist richtig, was ein sehr namhafter und urteilsfähiger Mitbürger vor wenigen Tagen gesagt hat: Die Frage der Wettbewerbsfähigkeit und der Arbeitsplätze von morgen und übermorgen ist auch eine Frage der Wettbewerbsfähigkeit unserer Steuersysteme.

(Beifall)

Deswegen, meine Freunde, sage ich: Es gibt keinen Entscheidungsbedarf zum Spitzensteuersatz. Ich habe nicht die Absicht, in vorausschaubarer Zeit hier konkrete Vorschläge und Initiativen einzubringen. Alle Gesichtspunkte, auch die dagegen vorgebrachten Gesichtspunkte der sozialen Folgen, werden sorgfältig zu erwägen sein.

Aber wir müssen gerade als Regierungspartei lernen, zwischen dem, was wir jetzt zu entscheiden haben - und das ist viel -, und dem, was wir noch einige Jahre im Für und Wider nicht nur in provinzieller Nabelschau, sondern auch mit dem Blick auf die Welt und die Bewegung zu diskutieren haben, zu unterscheiden.

Mit dieser Interpretation stimme ich dem Antrag der Antragskommission zu.

(Beifall)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Ich danke dem Herrn Bundesfinanzminister und erteile das Wort Herrn Jungen.

Peter Jungen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir haben auf dem Stuttgarter Parteitag in den Leitsätzen das beschlossen, was der Bundesfinanzminister gerade zur Senkung der Einkommensteuer ausgeführt hat. Wir haben auf dem Stuttgarter Parteitag in den Leitsätzen auch beschlossen, daß als nächstes sozusagen

gen die Senkung der Unternehmensbesteuerung dran ist, also eine Verringerung der hohen Besteuerungslast der Unternehmen.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier unbedingt anknüpfen und nur zu diesem Punkt sprechen, den Herr Dr. Stoltenberg soeben hier erwähnt hat: die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, besonders im internationalen Wettbewerb.

Wir haben heute eine Unternehmensbesteuerung, die im internationalen Vergleich weit höher als die unserer Hauptwettbewerbsländer ist. Es hat gar keinen Sinn, daß wir wie gestern Beschlüsse fassen, die dazu führen, daß wir auch Frauen die Rückkehr in ihr Beschäftigungsverhältnis ermöglichen, wenn wir nicht Beiträge auch dazu leisten, daß die Arbeitsplätze, auf die sie zurückkehren sollen, wettbewerbsfähiger gemacht werden.

(Beifall)

Ich möchte alle, die gestern zugestimmt haben, daß das im Leitantrag so beschlossen wird, auffordern, bewußt heute auch zu beschließen, daß die Reform und die Entlastung bei der Unternehmensbesteuerung notwendig ist, weil nur damit ein wesentlicher Beitrag der Politik zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit geleistet werden kann.

Ich richte deshalb an Sie die Aufforderung im Sinn der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und der Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen, diesem Antrag zuzustimmen. Nur eine verbesserte Eigenkapitalausstattung der Unternehmen setzt diese in die Lage, die Risiken des Strukturwandels zu tragen. Ohne dies sind unsere Unternehmen nicht in der Lage, die Risiken des Strukturwandels zu bewältigen. Dies war ja auch gestern in großem Maß Diskussionsgegenstand in den Foren.

Lassen Sie mich eine Schlußbemerkung machen. Es gibt international auch Wettbewerbsfähigkeit, die sich an der Besteuerung mißt. Wir haben heute auch einen Wettbewerb der Steuersysteme, und zwar gerade der Unternehmensbesteuerung.

Aus diesem Grund bitte ich Sie, meine Damen und Herren, im Bewußtsein dessen, was diese Passage in dem von der Antragskommission vorgelegten Antrag bedeutet, diesem Antrag zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Die letzte Wortmeldung: Herr Köppinger von der CDA.

Dr. Peter Köppinger: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Herr Jungen hat zu Recht dargestellt, daß wir beschlossen haben, daß auch die Senkung der Unternehmersteuern ein Ziel ist, das wir aus wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Gründen in absehbarer Zukunft anpacken müssen.

Aber es ist deutlich geworden - und ich bin dem Bundesfinanzminister dankbar, daß er das so klar dargestellt hat -, daß wir das Ziel, das wir mit dieser Steuerreform angepeilt haben, zu einem großen Teil, aber eben doch noch nicht ganz erreichen konnten, weil in der jetzigen Phase der notwendigen Haushaltskonsolidierung das

Volumen nicht ausreichte, um die heimlichen Steuererhöhungen, die sich in den Jahren zwischen 1982 und 1988 ergeben, ganz zurückgeben zu können und um den Leistungswillen der Bürger so zu gestalten, wie wir es vorhatten.

Deshalb möchte ich hier auch aus der Sicht der Sozialausschüsse noch einmal darauf hinweisen, wie wichtig es ist, daß wir gerade für die kleinen und mittleren Einkommen dieses Ziel um unserer Glaubwürdigkeit willen erreichen.

Wenn wir eine Diskussion über Mißbrauch sozialer Leistungen führen und wenn wir mehrfach dargestellt haben, daß es Menschen gibt, die es sich im Einzelfall eben bequem machen, dann können wir doch nicht daran vorbeisehen, daß ein Grundfreibetrag, der unterhalb des Existenzminimums liegt, bei der Steuer eine Absurdität ist.

Deshalb unterstreiche ich für die Sozialausschüsse des Ziel: Vorrang hat für uns die Anhebung des Grundfreibetrags auf eine Höhe, daß das Existenzminimum steuerfrei bleibt. Anders können wir denen, die nur kleine und mittlere Einkommen erzielen können, keine Leistungsanreize geben. Ich bin dankbar, daß dies jetzt deutlich im Antrag der Antragskommission steht.

Ein letztes. Daß in diesen Antrag der Satz hineingekommen ist, daß wir die Streichung von Subventionen und Steuervergünstigungen anpacken wollen, ist sehr auch im Sinn der Beschlüsse des Stuttgarter Parteitags und der Sozialausschüsse. Ich denke, wir müssen uns alle über diesen Punkt zusammensetzen. Wir erwarten, daß von der Bundesregierung und dem zuständigen Finanzminister in den nächsten Monaten und Jahren konkrete Vorschläge kommen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag G 34 in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Fassung.

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Ich rufe nun den Initiativantrag G 42, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, auf. Ich verweise auf die Fundstelle und die Empfehlung der Antragskommission. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages G 42 in der Fassung der Antragskommission.

Zur Begründung erteile ich für die Antragskommission Herrn Senator Fink das Wort.

Ulf Fink, Antragskommission: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, Ihnen liegt der neue Text so, wie er von der Antragskommission empfohlen worden ist, noch nicht vor. Wegen der Bedeutung der Angelegenheit - schließlich ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unser innenpolitisches Ziel Nr. 1 - sollte ich Ihnen den Text dieses Antrages vorlesen. In der Fassung der Antragskommission, die auch mit den Antragstellern abgestimmt ist, lautet der Text:

Der CDU-geführten Bundesregierung ist es gelungen, einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit, wie unter der SPD-Regierung jahrelang üblich, zu stoppen. Mit ihrer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik hat sie Preisstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und Wirtschaftswachstum geschaffen.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit steht im Mittelpunkt unserer Politik, damit alle am Aufschwung beteiligt werden können.

Wir verlangen eine Offensive für mehr Arbeitsplätze und fordern Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber, Gewerkschaften und Betriebs- und Personalräte auf, die Instrumente der Beschäftigungsförderung zu nutzen, Arbeitslose einzustellen, Überstunden abzubauen, Teilzeitarbeitsplätze zu schaffen, Arbeitsplatzteilung zu ermöglichen, für Arbeitnehmer im Erziehungsurlaub und für Wehrpflichtige Ersatzkräfte mit befristeten Zeitverträgen für Arbeitslose einzustellen.

1. Die notwendige und erfolgreiche Konsolidierungspolitik hat den öffentlichen Haushalten, insbesondere denen der Kommunen und Länder, neue Investitionsspielräume geschaffen. Kommunen und Länder sollten die anstehenden öffentlichen Investitionen, vor allem im Bereich der Infrastruktur, des Umweltschutzes und der Stadtsanierung beschleunigt verwirklichen und damit vor allem die brachliegenden Reserven im Baubereich mobilisieren.

2. Es müssen große Anstrengungen unternommen werden, damit die Zahl der Überstunden drastisch zurückgeht. Im vergangenen Jahr sind 1,7 Milliarden Überstunden geleistet worden. Das entspricht einem Beschäftigungspotential von einer Million. Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter tragen gemeinsam Verantwortung, daß anstelle von Überstunden, wo immer möglich, Neueinstellungen erfolgen. Das Beschäftigungsförderungsgesetz, das so rasch wie möglich vom Deutschen Bundestag verabschiedet werden muß, gibt ihnen dazu ein hilfreiches Instrumentarium an die Hand. Systematisches Überstundenfahren ist eine Verletzung der Solidarität mit den Arbeitslosen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, permanente Überstunden im Bereich der Bundesbehörden und Bundesunternehmen zu verhindern und so beispielhaft voranzugehen, indem Neueinstellungen statt Überstunden vorgenommen werden. Gleiches gilt für die übrigen öffentlichen Arbeitgeber.

3. Die CDU-geführte Bundesregierung hat die Mittel für Fortbildung und Umschulung erheblich erhöht. Es muß sichergestellt werden, daß diese Mittel noch gezielter am Bedarf des Arbeitsmarktes orientiert eingesetzt werden.

Das verlangt den stärkeren Einsatz des Personals der Bundesanstalt für Arbeit, um den erforderlichen engen Kontakt mit den Betrieben wieder sicherzustellen und eine praxisnahe Ausrichtung der Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie der Eingliederungshilfen zu erreichen. Besondere Zielgruppen für diese Maßnahmen müssen Langzeitarbeitslose, ältere Arbeitnehmer und Berufsanfänger sein.

4. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Bewältigung des technischen Wandels bedarf es der weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeit. Arbeitsrechtliche Vorschriften müssen dort flexibler gestaltet werden, wo dies zu einer Erweiterung von Beschäftigungsmöglichkeiten führt. Daneben müssen die illegale Beschäftigung entschiedener bekämpft und die Möglichkeiten zur Nebenbeschäftigung weiter eingeschränkt werden. Nachdem im Beschäftigungsförderungsgesetz die Voraussetzung für Teilzeitarbeit verbessert wurde, müssen die Unternehmen endlich mehr Teilzeitarbeitsplätze zur Verfügung stellen.

5. Nach den positiven Erfahrungen über die Beschäftigungswirkung des Vorruhestandes in der Privatwirtschaft soll auch geprüft werden, ob ähnliche Vereinbarungen zwischen den Tarifparteien auch für den öffentlichen Dienst abgeschlossen werden können. Dies entspricht den Aussagen der Stuttgarter Leitsätze, wonach die Vorru-

hestandsregelung den Bedürfnissen vieler älterer Arbeitnehmer entgegenkommt und gleichzeitig dazu beiträgt, die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern.

Ich bitte Sie im Namen der Antragskommission herzlich, diesem Antrag zuzustimmen. Er behandelt, wie vorgetragen, die innenpolitische Herausforderung Nr. 1. Eine CDU-geführte Bundesregierung muß dafür sorgen, daß die Arbeitslosen wieder in Arbeit und Brot kommen. Das ist die große Aufgabe, der wir uns stellen müssen.

(Beifall)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Ich danke dem Sprecher der Antragskommission.

Meine Damen und Herren, Sie haben die Empfehlung der Antragskommission gehört. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Scharrenbroich, bitte.

Heribert Scharrenbroich: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich meine schon, daß wir über dieses Thema noch etwas debattieren müßten. Ich meine, das wäre auch eine gute Einführung für den nachher zu behandelnden Antrag zu Nordrhein-Westfalen.

Hier sollte nicht der Eindruck entstehen - und einige unserer Freunde betreiben das -, erst jetzt träten wir erfolgreich gegen die Arbeitslosigkeit an. Wir sollten nicht von der Opposition erwarten, daß sie die Erfolge der Bundesregierung verkündet. Das haben wir selber zu machen.

Ich darf daran erinnern, daß wir eine schnelle Talfahrt in die Arbeitslosigkeit abgestoppt haben. Von 1980 auf 1981 stieg die Arbeitslosigkeit um 43 %, von 1981 auf 1982 um 44 %, und dann haben wir mit der Bremsung begonnen, so daß sie von 1982 auf 1983 um 23 % und von 1983 auf 1984 um 0,3 % gestiegen ist. Für dieses Jahr erwarten wir, daß die Arbeitslosigkeit langsam abnimmt. Meine Damen und Herren, dies ist doch ein großer Erfolg, den wir draußen verdeutlichen sollten.

(Beifall)

Wir sollten den Arbeitnehmern aber auch Mut machen, daß wir hier nicht stehenbleiben, daß wir die Arbeitslosigkeit weiter abbauen. Deswegen ist es notwendig, daß wir unseren Freunden in den Betriebsräten, aber auch in den Unternehmensleitungen, noch einmal ganz deutlich sagen, daß nach Auffassung der Union permanente Überstunden an Stelle von Neueinstellungen ein Faustschlag ins Gesicht der Arbeitslosen sind.

(Beifall)

Wir müssen auch klar sagen, daß der Spielraum, den wir mit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gewonnen haben, jetzt die Möglichkeit bietet, längst anstehende öffentliche Investitionen durchzuführen. Meine Damen und Herren, damit das klar ist: Es geht hier nicht um Sonderprogramme, es geht hier um die längst anstehenden öffentlichen Infrastrukturinvestitionen, auf die wir warten und von denen wir meinen, daß dafür die Zeit reif und das Geld gegeben ist.

Da der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit hier ist, bitten wir ihn, auch die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das Beschäftigungsförderungsgesetz, das

Norbert Blüm, das die Bundesregierung initiiert haben, angewendet werden kann; denn wir hören doch: Ja, da habe ich natürlich die Möglichkeit, jetzt Arbeitslose mit Zeitverträgen leichter einzustellen, aber wo bekomme ich die qualifizierten Leute her? - Deswegen sagen wir in unserem Antrag: Das Personal der Bundesanstalt für Arbeit ist betriebsnah und bedarfsnah einzusetzen, damit durch die Fortbildungen und Umschulungen die Leute, die Arbeitskräfte bereitgestellt werden, die in einer bestimmten Region und nicht irgendwo anders gebraucht werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Ulf Fink hat den Vorschlag der Antragskommission, praktisch eine Erweiterung des CDA-Vorschlages, dargelegt. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen, mit großer Mehrheit zuzustimmen und deutlich zu machen, daß wir auf dem erfolgreichen Weg der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit weitermachen und daß es für diese Bundesrepublik gut ist, wenn diese politische Kraft, die CDU, die Bundesregierung weiterhin führt. Es ist unsere Aufgabe, dies hier heute und später in den Betrieben deutlich zu machen.

Danke schön.

(Beifall)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Als nächstem Redner erteile ich unserem Freund, Herrn Staatssekretär Wolfgang Vogt, das Wort. - Herr Vogt ist nicht im Saal.

Dann liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag G 42, und zwar in der von der Antragskommission vorgetragenen Fassung. Wer für die Annahme des Antrages ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann haben wir diesen Antrag einstimmig so angenommen.

(Beifall)

Ich rufe den Initiativantrag G 45 auf: Bundesbeauftragter für Seniorenfragen. Ich verweise auf die Fundstelle und die Empfehlung der Antragskommission, die in der Sammlung der Initiativanträge enthalten ist.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme und Überweisung des Antrags G 45 an den Bundesvorstand.

Ich erteile das Wort Herrn Teufel.

Erwin Teufel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu den erfreulichen Entwicklungen in der Union in den letzten Jahren gehört die Gründung von Seniorengruppen in Ortsverbänden und in Kreisverbänden. Dies ist eine ganz wichtige Aufgabe auch für die Zukunft, wenn wir bedenken, welchen Rückhalt die Union in dieser Bevölkerungsgruppe hat und wie diese Bevölkerungsgruppe in den nächsten Jahren anwachsen wird.

Der Antrag begehrt, daß ein Bundesbeauftragter für Seniorenfragen berufen wird. Seine Aufgabe soll es sein, den Aufbau und die Förderung der Senioren-Union im gesamten Bundesgebiet vorzunehmen. Später, in einem weiteren Schritt, könnte die Senioren-Union dann in die Organisation und in das Statut der Bundespartei eingebaut werden.

Ich möchte Sie bitten, dieses wichtige Anliegen durch Annahme des Antrags zu unterstützen.

(Beifall)

Rudolf Friedrich, Tagungspräsidium: Danke schön.

Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen .- Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Antrag bei einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen angenommen.

Ich rufe den Initiativantrag G 46 auf. Er betrifft die Nichtberücksichtigung Berlins bei der Fußballeuropameisterschaft. Ich verweise auf die Fundstelle und die Empfehlung der Antragskommission, die in der Sammlung der Initiativanträge enthalten ist.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags G 46.

Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag bei wenigen Gegenstimmen angenommen. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Rolf Olderog, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben Parteifreunde,

ich rufe nun den TAGESORDNUNGSPUNKT 23 auf:

ANTRAG „AUFSCHWUNG IN NORDRHEIN-WESTFALEN“

Damit sind zugleich die Anträge G 15, G 16 und der von der Antragskommission formulierte Antrag G 44 aufgerufen.

Das Wort zur Begründung des Antrags hat der stellvertretende Bundesvorsitzende und Spitzenkandidat der CDU in Nordrhein-Westfalen, Dr. Bernhard Worms.

(Beifall)

Dr. Bernhard Worms: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Dieser 33. Bundesparteitag der CDU Deutschlands setzt ein historisches Datum. 700 Delegierte aus allen Teilen unserer Republik beraten über neue Perspektiven für ein Land, das einst das wirtschaftliche Herzstück Deutschlands war. Es geht um Nordrhein-Westfalen und hier vor allem um das Ruhrgebiet! Es geht darum, meine Damen und Herren, daß unsere „Essener Erklärung“ zum Signal der Hoffnung für alle Bürger an Rhein und Ruhr wird!

(Beifall)

Meine Freunde, wir haben vor einigen Wochen nachlesen müssen, was ein profunder Sachkenner über das Ruhrgebiet schrieb. Ich zitiere:
Im Revier ist eine Dunstglocke entstanden von verfestigten Machtstrukturen und

mangelnder Innovationsbereitschaft bei Unternehmern und Politikern. Neue Industrieunternehmen, die außerhalb der traditionellen Industriestruktur standen, haben sich im Ruhrgebiet daher nicht ansiedeln können oder dürfen. Wenn es Schwierigkeiten mit der herkömmlichen Produktion gegeben hat, dann halfen Politiker mit Subventionen kurzfristig übers Größte hinweg.

Liebe Freunde, diese Sätze stammen nicht aus einem internen Analysepapier der CDU Nordrhein-Westfalens. Diese Sätze stammen vom Vorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Metall, sie stammen von Karl-Heinz Janßen. Herr Janßen von der IG-Metall hat recht. Ich stimme ihm zu und fordere ihn auf, mit uns, mit der CDU, die richtigen Konsequenzen aus seiner Analyse zu ziehen.

(Beifall)

Die richtige Konsequenz lautet: Mit den Arbeitnehmern, mit den Gewerkschaften, im Bündnis mit allen fleißigen Menschen an Rhein und Ruhr müssen und wollen wir am 12. Mai dafür sorgen, daß die Verursacher dieses unerträglichen Zustandes abgewählt werden, so wie sie 1981 in Berlin abgewählt worden sind.

(Beifall)

Liebe Freunde, die verfestigten Machtstrukturen müssen aufgebrochen werden. Neues wagen - dazu gehört Können, dazu gehört vor allem Wollen. Wer den Aufschwung auch für Nordrhein-Westfalen will, der muß am 12. Mai die Christlich Demokratische Union wählen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wie ist die Situation in Nordrhein-Westfalen heute? Nordrhein-Westfalen ist zum Konjunkturnachzügler geworden. Es hat sich seit 1970 vom bundesweiten Wachstumstrend nachweislich abgekoppelt. Sein Anteil am Brutto-Inlandsprodukt des Bundesgebietes ist von 28,7 % im Jahre 1970 auf 26,9 % im Jahre 1983 zurückgegangen. Liebe Freunde, das sind 13 Jahre Stillstand und Rückstand. Kein anderes Bundesland hat einen so gravierenden Rückgang hinnehmen müssen.

Damit nicht immer nur von Süd-Nord-Vergleichen geredet wird, will ich hier ein paar weitere Zahlen nennen: Der Rückgang des Anteils am Brutto-Inlandsprodukt der Bundesrepublik Deutschland ist für den Zeitraum dieser 13 Jahre in unserem Lande, hier in Nordrhein-Westfalen, viereinhalbmal größer als in Berlin, neunmal größer als in Bremen und achtzehnmal größer als in Niedersachsen - Länder, liebe Freunde, die zum Teil jahrelang sozialdemokratisch regiert worden sind.

Meine Damen und Herren, Rau hält keinen Vergleich mit CDU-Ministerpräsidenten aus; das wußten wir ja.

(Beifall)

Jetzt wissen wir aber mehr: Rau wäre sogar in einer reinen SPD-Klasse sitzengelieben.

(Beifall)

In einem allerdings, liebe Freunde, ist Nordrhein-Westfalen unter Rau ein Spitzenreiter geworden. Statt die Rahmenbedingungen für eine Wiedergesundung der Wirtschaft zu ändern, hat er das Heil beim Staat gesucht. Nur durch einen überdurchschnittlichen Ausbau der staatlichen Dienstleistungen hat Nordrhein-Westfalen eine noch größere Abkoppelung seines Inlandsprodukts vom Bundesdurchschnitt verhindert.

Meine Damen und Herren, solche Spitzenreiter brauchen wir nicht. Mit noch mehr Staat, mit noch mehr Bürokratie, mit noch höheren Personalkosten, die wir Steuerzahler zu bezahlen haben, läßt sich die wirtschaftliche Grundlage eines alten Industrielandes auf die Dauer nicht ändern.

(Beifall)

Ändern, liebe Freunde, kann sich doch nur etwas, wenn wir wieder Mut zum Risiko haben, wenn wir Unternehmer ermutigen, statt sie zu vergraulen, wenn wir Einfallsreichtum belohnen, statt ihn zu bestrafen, wenn wir wissenschaftliche Talente fördern, statt sie zu vertreiben. Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen wieder ein investitionsfreundliches Klima.

(Beifall)

Liebe Freunde, hätte es dieses investitions- und innovationsfreundliche Klima gegeben, wäre Nordrhein-Westfalen nicht zurückgefallen. Nordrhein-Westfalen braucht wieder Mut und Optimismus, Mut und Optimismus für einen Neubeginn, und diesen Neubeginn gibt es nur mit der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Lage auf dem nordrhein-westfälischen Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren als Folge der von mir gerade skizzierten Entwicklung dramatisch zugespitzt. Die Zahl der Erwerbstätigen des warenproduzierenden Gewerbes schrumpfte von 1970 bis 1983 um 872 000 oder 23,1 %. Liebe Freunde, fast jeder vierte Arbeitsplatz ging also verloren. Einen vergleichbar starken Aderlaß an Arbeitsplätzen im warenproduzierenden Gewerbe mußte unter den Flächenländern nur noch Hessen mit minus 22,1 % hinnehmen. Jeder dritte Arbeitslose in der Bundesrepublik lebt in unserem Lande, lebt in Nordrhein-Westfalen.

Dem gewaltigen Aderlaß an wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen im größten Wirtschaftsbereich Nordrhein-Westfalens steht allerdings eine im gesamten Bundesgebiet einzigartige Ausweitung der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst entgegen. Doch selbst diese starke Ausweitung des öffentlichen Dienstes hat in Nordrhein-Westfalen eine überdurchschnittliche Schrumpfung der gesamten Erwerbstätigenzahl um 437 000 - das ist ein Minus von 6,3 % - nicht verhindern können.

Aber, meine Freunde, das wissen wir doch alle: Ein Beschäftigungsboom beim Staat löst keine Beschäftigungsprobleme. Er wird sie auf Dauer nur verschlimmern. Wir brauchen keinen Beschäftigungsboom bei den Arbeitsämtern, wir brauchen einen Beschäftigungsboom in der freien Wirtschaft!

(Beifall)

Das schlimmste Handicap für die strukturelle Erneuerung Nordrhein-Westfalens ist

die hartnäckige Investitionsschwäche. In allen CDU-regierten Flächenländern haben die Bruttoanlageinvestitionen zwischen 1970 und 1983 mit einem Zuwachs von 11 bis 32 % überdurchschnittlich zugenommen. In Nordrhein-Westfalen stagnieren sie auf dem Niveau von 1970. Nur im ebenfalls sozialdemokratisch regierten Hessen gab es mit einer realen Schrumpfung von 11 % eine noch ungünstigere Entwicklung.

Meine Freunde, in der Bundesrepublik hat es, was die realen Anlageinvestitionen anbetrifft, in den vergangenen 15 Jahren ein deutliches „Schwarz-Rot-Gefälle“ gegeben. Das für die wirtschaftliche Entwicklung zentrale Investitionsklima konnte sich in den CDU/CSU-geführten Bundesländern wesentlich besser entfalten als in den sozialdemokratisch geführten Ländern, und dies übrigens nicht nur bei den Investitionen in der freien Wirtschaft, auch - und damit wird ein sozialdemokratisches Ammenmärchen widerlegt - bei den öffentlichen Investitionen. Wo Sozialdemokraten regieren, da wird in mehr Bürokratie investiert. Wo Christliche Demokraten regieren, da wird auf den Bürger vertraut, auf seinen Ideenreichtum und auf seine Tüchtigkeit.

(Beifall)

Meine Freunde, so muß es auch wieder in unserem Lande werden. Glauben Sie mir, es ist mir nicht leicht gefallen, Ihnen alle diese Negativbeispiele hier vortragen zu müssen. Diese Zahlen ärgern mich. Sie ärgern die Bürger unseres Landes. Viel lieber würde ich hier eine nordrhein-westfälische Erfolgsbilanz vortragen. Doch Sie und alle Bürger haben einen Anspruch auf die ungeschminkte Darstellung der Fakten. Die Bürger haben einen Anspruch auf Wahrheit. Nur wer den Bürgern die Wahrheit sagt, kann auf ihre Mithilfe hoffen,

(Beifall)

auf ihre Mithilfe bei einer gewaltigen Anstrengung, auf ihre Mithilfe bei der Aufgabe, das große Land Nordrhein-Westfalen wieder auf den richtigen Weg zu bringen. Deshalb ist unser Leitantrag so wichtig, unsere „Essener Erklärung“.

Viele von Ihnen haben gefragt, warum auf diesem 33. Bundesparteitag die drängenden Fragen des Gastgeberlandes solch besondere Beachtung finden. Ich will Ihnen die Antwort geben: Niemand in Deutschland kann vernünftigerweise Gefallen daran finden, wenn 17 Millionen fleißige Bürger im Herzen der Bundesrepublik Deutschland unfreiwillig Opfer einer Politik werden, die nur noch den Staat, die nur noch Ideologen und Bürokraten anstelle mündiger Bürger, leistungsfähiger Arbeitnehmer und qualifizierter Unternehmer wirtschaften läßt.

(Beifall)

Ich freue mich deshalb über diese Ihre Solidarität, verehrte Damen und Herren, mit uns über die „Essener Erklärung“ zu diskutieren, denn diese Erklärung gibt Antwort auf viele Fragen, die die Bürger Nordrhein-Westfalens an Herrn Rau vergeblich stellen: Da gibt es beispielsweise seit einigen Tagen wieder die Forderung, die Stahlindustrie zu vergesellschaften. Haben Sie dazu in den letzten Tagen eine Erklärung von Herrn Rau gehört? Natürlich nicht. Herr Rau hat noch nie eine Antwort gegeben.

(Beifall)

Wir, die CDU, wir geben die Antwort. Wenn andere Vergesellschaftung fordern, was

in Wahrheit Verstaatlichung heißt, sagen wir: Wer plötzlich wieder in die Mottenkiste der europäischen Wirtschaftsgeschichte greift, der hat aus den letzten hundert Jahren nichts gelernt.

(Beifall)

Deshalb heißt es in unserer Erklärung:

Der Bund wird auch künftig im Rahmen seiner Regionalpolitik einen aktiven Beitrag für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung der Stahlstandorte leisten.

Und:

Dazu gehört eine Anschlußregelung für den Hüttenvertrag und damit die staatliche Stützung der Wettbewerbsposition der deutschen Koks- und Kohle.

(Beifall)

Das sind keine Forderungen, die in dem marxistischen Wolkenkuckucksheim entstanden sind, das ist praktische Politik, konkrete Hilfe für die Arbeitnehmer an Rhein und Ruhr, und dafür sind wir Helmut Kohl, Gerhard Stoltenberg und Norbert Blüm und der ganzen Bundesregierung herzlich dankbar.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich trete für die Christlich Demokratische Union an, damit unser Land erneuert wird. Wir haben ein Programm vorgelegt, und dieses ist ein Programm der Erneuerung. Was sind die Kernpunkte dieses Programms? Wir nutzen die bestehenden Forschungskapazitäten und das vorhandene industrielle Potential, um durch eine enge Verzahnung von Wissenschaft, Technik und Wirtschaft neue, beschäftigungsintensive Wachstumsimpulse auszulösen. Das bedeutet, wir führen Wissenschaft, Technik und Wirtschaft wieder zusammen. Wir sorgen für einen schnellen Austausch von Forschungsergebnissen und für wirtschaftlich-technische Anwendung.

Dabei, meine Damen und Herren, nutzen wir die Stärken der einzelnen Wirtschaftsregionen unseres Landes. Wir garantieren den unverzüglichen Bau umweltfreundlicher, schadstoffarmer Kraftwerke. Liebe Freunde, in Bonn sind die richtigen umweltpolitischen Entscheidungen getroffen worden. Jetzt müssen sie auch endlich in Nordrhein-Westfalen durchgeführt werden.

(Beifall)

Wir erschließen der Kohle auf Dauer neue Absatzchancen und schaffen damit landeseigene Ressourcen für den Kraftstoff- und Chemiegrundstoffbereich. Liebe Freunde, das ist wirkliche Kohlevorrangpolitik.

(Beifall)

Wir werden auch in Nordrhein-Westfalen eine neue Ära der Umweltpolitik einleiten. Wir betreiben diese Umweltpolitik mit marktwirtschaftlichen Instrumenten. Gerade das kommt auch dem Revier zugute; denn wir verschaffen damit vielen Millionen Betrieben Aufträge und Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, die Erneuerung unseres Landes hat aber nicht nur eine wirtschaftliche Dimension. Wir geben auch den Familien in unserem Lande eine neue Chance.

(Beifall)

Deshalb hat die CDU in Nordrhein-Westfalen beschlossen, über die Familienförderungsmaßnahmen des Bundes hinaus ein Erziehungsgeld für das zweite Lebensjahr des Kindes zu gewähren, ein Familiengründungsdarlehen einzuführen, eine Landesstiftung „Familie in Not“ zu gründen und den Frauen bei der beruflichen Wiedereingliederung zu helfen, die nach der Erziehungszeit wieder eine Beschäftigung suchen.

Liebe Freunde, meine Damen und Herren, wir haben die große Chance, mit unserer Essener Erklärung ein besonderes Beispiel zu geben für die Solidarität von Christlichen Demokraten in einem großen Bundesland; ein Beispiel für die Entschlossenheit dieser Christlichen Demokraten, 17 Millionen Bürgern neue Perspektiven zu eröffnen; ein Beispiel für den Willen von über 700.000 Mitgliedern der Christlich Demokratischen Union, Nordrhein-Westfalen in eine gute Zukunft zu führen.

(Beifall)

Dafür, liebe Freunde, kämpfe ich. Dafür kämpfen wir alle in Westfalen-Lippe und im Rheinland. Dafür bitte ich Sie sehr herzlich um Ihre Unterstützung.

(Langanhaltender Beifall - Die Delegierten erheben sich)

Dr. Rolf Olderog, Tagungspräsidium: Verehrter Herr Bernhard Worms, wir danken Ihnen für diese Worte. Sie haben den Weg aufgezeigt, wie Nordrhein-Westfalen, das traditionsreiche Kernland der deutschen Industrie, den notwendigen Strukturwandel vollziehen kann.

Nordrhein-Westfalen hat durch jahrzehntelange Versäumnisse der SPD-Regierung den Anschluß an moderne technologische Entwicklungen verpaßt, ist in eine ernste Strukturkrise mit schwerwiegenden Auswirkungen für die Arbeitsplätze hineingeraten. Die Regierung Rau muß endlich abgelöst werden, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Sie, lieber Bernhard Worms, und die CDU im Rheinland und in Westfalen-Lippe werden es schaffen.

(Beifall)

Sie haben das dritthöchste Ergebnis bei der Wahl zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden erhalten. Das zeigt das hohe Ansehen, das Sie sich durch Ihre Arbeit im bisherigen Bundesvorstand der CDU erworben haben. Es zeigt auch, daß die gesamte Christlich Demokratische Union Deutschlands hinter Ihnen steht und Sie im bevorstehenden Landtagswahlkampf entschieden unterstützen wird.

(Beifall)

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle, an der Spitze unser Generalsekretär Heiner Geiß-

ler, wird ihre gesamte organisatorische, technische und politische Kraft in diese Wahlauseinandersetzung einbringen.

Morgen eröffnet unser Bundesvorsitzender, Bundeskanzler Helmut Kohl, in Köln die heiße Phase des Wahlkampfes. Alle Bundesminister, Ministerpräsidenten der CDU, die Kollegen der Bundestagsfraktion werden in Hunderten von Veranstaltungen in den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen eingreifen. Allein der Bundesvorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, wird auf zehn Großveranstaltungen sprechen. Das und Zehntausende von Plakaten zeigen, wie sehr Helmut Kohl diesen Wahlkampf zu seiner eigenen Sache macht.

Der Aufschwung, den die Regierung Helmut Kohl gebracht hat, muß jetzt endlich auch in Nordrhein-Westfalen kommen.

Wir freuen uns, lieber Herr Worms, Sie auf dem nächsten Bundesparteitag als Ministerpräsident begrüßen zu können. Glück auf, lieber Bernhard Worms.

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Bundesfinanzminister Dr. Gerhard Stoltenberg.

Dr. Gerhard Stoltenberg (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine lieben Freunde! Meine Damen und Herren! Bund und Land sind verpflichtet, für die Bürger Nordrhein-Westfalens zu arbeiten. Unsere Verantwortung in Bonn gilt den Menschen in SPD-regierten Ländern, Städten und Gemeinden genauso wie den Bürgern, den Menschen in den CDU-regierten Ländern.

(Beifall)

Aber damit wir erfolgreicher für Nordrhein-Westfalen arbeiten können, brauchen wir die Ablösung der SPD, brauchen wir den Regierungswechsel in Düsseldorf, eine neue, von der CDU geprägte Mehrheit mit Bernhard Worms.

(Beifall)

In fast 20 Jahren Regierungsführung der SPD ist dieses größte Bundesland - auch wirtschaftlich das Herzland der Bundesrepublik Deutschland - bedrohlich zurückgefallen.

Ich will aus einer Studie unabhängiger Sachverständiger nur einige Sätze verlesen:

Die Finanzsituation - so heißt es dort - des Landes Nordrhein-Westfalen hat sich in den letzten Jahren erheblich verschlechtert. Besonders deutlich wird dies am Zuwachs der Verschuldung. Während die Flächenländer insgesamt von 1970 bis 1983 ihren Schuldenstand verzweifelt haben, ist der Schuldenstand in Nordrhein-Westfalen auf das 47fache gestiegen: von 1,3 Milliarden DM im Jahr 1970 auf 59,4 Milliarden DM Ende 1983.

Dabei liegen die Ausgabenzuwachsraten in Nordrhein-Westfalen noch über dem Durchschnitt, aber die Einnahmen weisen seit 1970 deutlich unter dem Durchschnitt liegende Zuwachsraten auf.



RUGAMBE

CDU

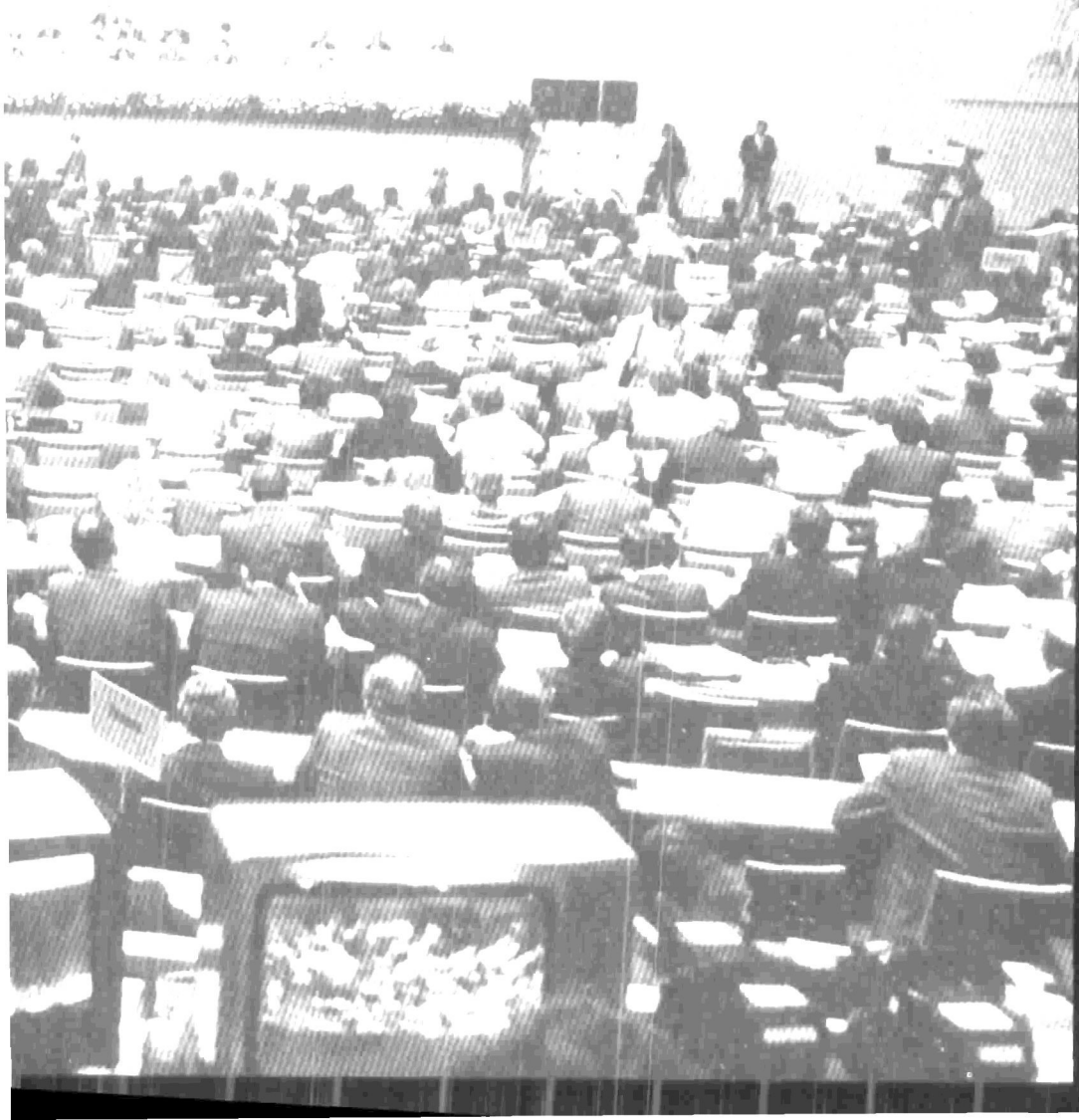
Die neue
Partnerschaft

Frauen in Beruf, Familie

CDU
II



und Politik

























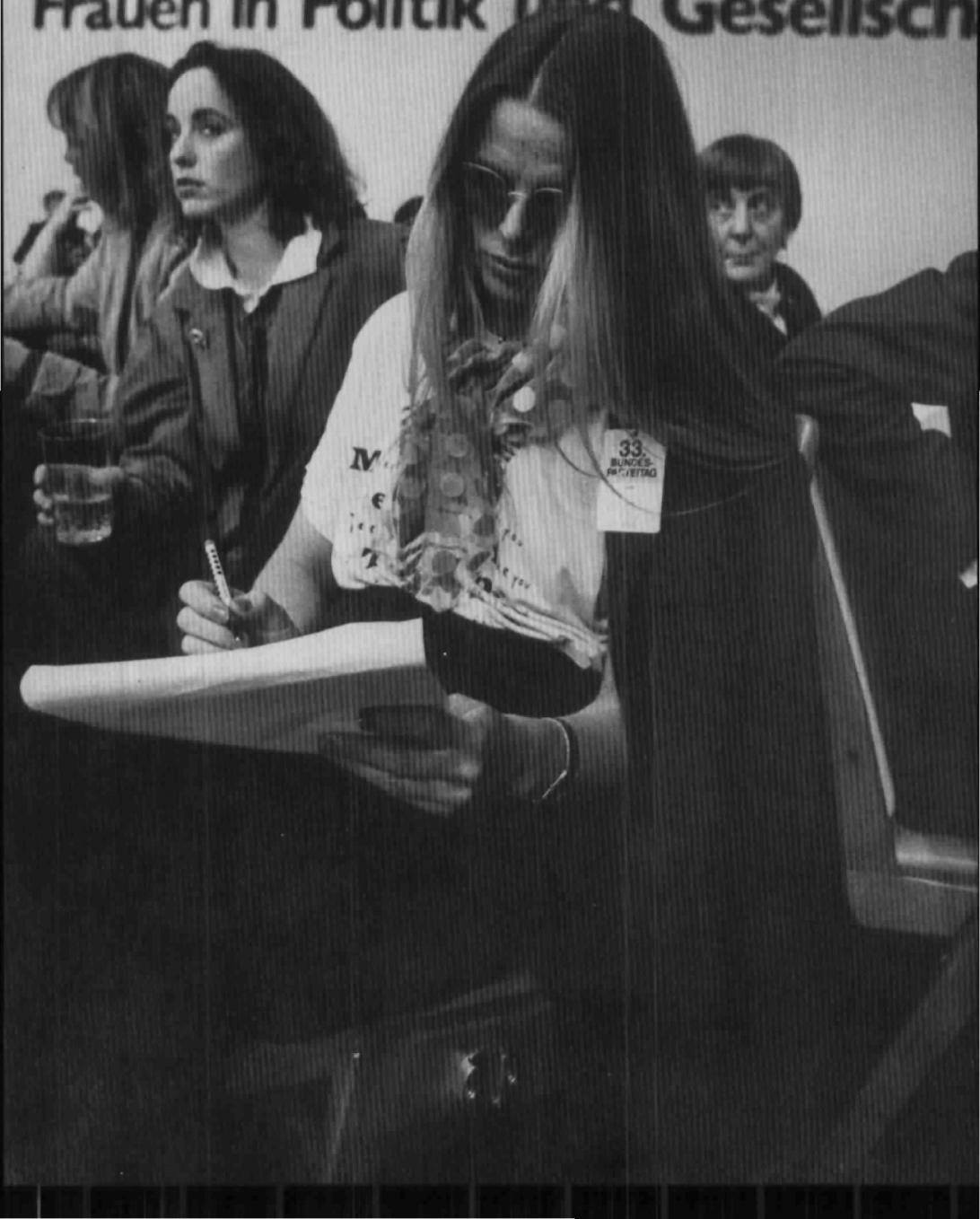




FORUM 3

Die neue Partnerschaft-

Frauen in Politik und Gesellschaft







1

33
JAMES
MPT 26





FORUM 2

Die neue Partnerschaft -
Frauen im Berufsleben



Frauen in Politik

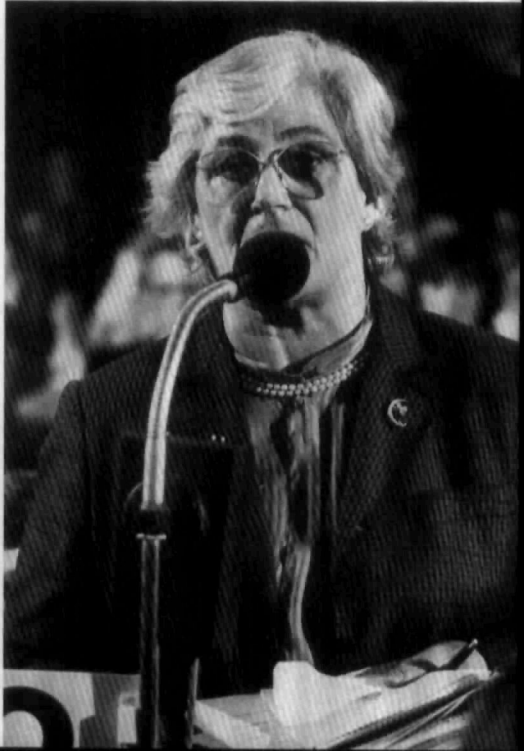




FORUM 3

Die neue Partnerschaft - Frauen in Politik und Gesellschaft











FORUM 3

Die neue Partnerschaft-
Frauen in Politik und Gesellschaft













**Aufschwung
für NRW**
CDU
II



CDU
II

CDU

für NRW
CDU



CDU
II

Meine Freunde, eine Zunahme der Schulden in 13 Jahren um das 47fache! Jeder Vorstand eines Unternehmens wäre längst ohne Abfindung abgelöst, entlassen worden, wenn er eine vergleichbare Katastrophenbilanz zu verzeichnen hätte.

(Lebhafter Beifall)

Im Vergleich zu Johannes Rau und seiner Mannschaft erscheinen die sozialdemokratischen Manager der Neuen Heimat oder der Hessischen Landesbank von 1976 geradezu als erfolgreiche Wirtschaftsführer.

(Heiterkeit und Beifall)

Die ökonomische Bilanz der SPD in 13 Jahren Nordrhein-Westfalen ist ähnlich bedrückend. Bernhard Worms hat hier einige Schlüsseldaten vorgetragen.

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner weist von 1970 bis 1983 den deutlich geringsten Zuwachs aller Bundesländer aus. Überdurchschnittliche Wachstumsraten im Vergleich zum Bundesgebiet gab es in dieser Zeit in Nordrhein-Westfalen eigentlich nur in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit.

Das sind Tatsachen. Sie sprechen eine eindeutige und eindringliche Sprache, und wir dürfen nicht zulassen, daß sie bis zum 12. Mai durch Propaganda, Vertuschung, Angst- und Neidparolen übertüncht werden.

(Beifall)

Manche von Ihnen werden sich noch an den Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen vor fünf Jahren erinnern. Damals, 1980 - in der ersten Phase noch mit unserem unvergessenen Freund Heinrich Köppler, für den dann nach seinem jähen Tod Kurt Biedenkopf in einer schwierigen Zeit tapfer die Partei in den Wahlkampf geführt hat -, haben die Sozialdemokraten von Bonn aus nicht über die Probleme dieses Landes geredet, sie haben eine Diskussion begonnen über die sogenannte Friedensfähigkeit der Union - nach dem Motto, friedenswillig seien wir ja, sei die damalige Opposition subjektiv, aber die Friedensfähigkeit müsse bezweifelt werden.

So wie man damals in frevelhafter Weise mit dem Thema des Friedens Schindluder getrieben hat vor jener Landtagswahl, will man es heute mit den Parolen der Hetze und des Sozialneids tun. Wir werden das nicht zulassen, meine lieben Freunde!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Nein, es geht um Tatsachen, um überprüfbare Argumente und Perspektiven im Wettbewerb der Ideen. Und es geht um eine bessere Verzahnung der Landespolitik mit der Politik des Bundes, als sie bisher möglich war.

Nicht um dieses Land schlechtzumachen, wie ein sozialdemokratischer Leitartikler gestern schrieb, nicht um seine tüchtigen Bürger zu kritisieren, nicht um beachtliche Leistungen auch etwa von SPD-Vertretern in manchen Kommunen zu bezweifeln, sondern um eine bessere Regierung, um eine neue, endlich erfolgreiche Landespolitik zu erreichen, nennen wir diese Schlußbilanz der SPD-Ära. Wir nennen sie, wie markieren sie, um zu begründen, warum nach dem Wechsel in Bonn auch der Wechsel in Düsseldorf notwendig ist im Interesse der Menschen.

(Beifall)

Der Bund hilft Nordrhein-Westfalen. Über fünf Milliarden DM aus dem Bundeshaushalt kommen Nordrhein-Westfalen jährlich für seine Aufgaben und für die Gemeinschaftsaufgaben zugute. Wir haben, seitdem wir die Sozialdemokraten in Bonn ablösten, unseren Beitrag zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben des Landes erheblich gesteigert. Als erste Bundesregierung helfen wir mit einem Dreijahresprogramm den Stahlunternehmen und den Stahlarbeitern Nordrhein-Westfalens bei der schwierigen Aufgabe der Modernisierung und Umstrukturierung der Betriebe mit einem Milliardenbetrag.

Ich verurteile es, wenn - wie vorgestern - sozialdemokratische Funktionäre der IG Metall dies verschweigen und stattdessen ungezügelter Angriffe gegen uns richten. Diese Funktionäre haben geschwiegen, als die Bundesregierung der SPD bis 1982 die Krise der Stahlindustrie tatenlos hingenommen hat.

(Beifall)

Sie sollten endlich wieder ausschließlich die Interessen der Arbeiter vertreten, statt als Hilfstruppe der SPD Propaganda zu machen.

(Beifall)

Wir haben die Mittel für die Kohle und für die Kumpel spürbar erhöht, und zwar - ich hebe das gerne hervor - in guter, konstruktiver Zusammenarbeit mit einer anderen Gewerkschaft, der IG Bergbau und Energie.

(Beifall)

Das ist wichtig für Nordrhein-Westfalen und für das Saarland.

Ich will einen Satz zum Saarland sagen. Wir werden auch nach dem Regierungswechsel dort alles einhalten, was wir vor dem Regierungswechsel für das Saarland beschlossen und Werner Zeyer zugesagt haben. Aber wir werden keine Mark mehr zahlen. Es gibt aus der Sicht der Bundesregierung keine Lafontaine-Prämie, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall)

Es gibt keine Prämie für einen ungezügelter, demagogischen Wahlkampf, auch gegen uns. Es gibt das, was vereinbart wurde, was der Bund diesem Land und seinen Bürgern schuldig ist, und nicht mehr.

Es geht um Taten, nicht um schöne Worte. Aber wir müssen - und das gilt allgemein für unsere Politik - die Taten und unsere Entscheidungen auch bewußter machen.

(Beifall)

Wir müssen mehr argumentativ darüber reden. Wir müssen unsere Erfolge auch festhalten, statt immer unruhig

(Lebhafter Beifall)

das mühsam Erreichte zu verlassen und uns wieder neuen Projekten zuzuwenden. Wir müssen schwierige Entscheidungen in einer schweren Zeit begründen und so

begründete, berechtigte Hoffnung für die Zukunft schaffen.

Wir werden Nordrhein-Westfalen weiterhin helfen. Und Bernhard Worms' Programm, und nicht nur sein Programm und das Programm der CDU, auch seine integere, charaktervolle menschlich und politisch überzeugende Persönlichkeit,

(Beifall)

werden diese Hilfen, vor allem aber die schöpferischen Kräfte des Landes und seiner Bürger zu fruchtbarer Entfaltung bringen.

Die SPD will - das ist heute schon erkennbar -, wie ohne Erfolg in Berlin und leider mit Erfolg im Saarland, einen Wahlkampf der Ablenkung, der Verwischung von Tatsachen und Spuren, der Unterstellungen und - ich sagte es schon - vor allem des Sozialneids gegen unsere Politik führen. Gesellschaftspolitik ist legitim, aber der Neid ist im klassischen theologischen Verständnis beider christlicher Konfessionen eine der Ursünden.

(Beifall)

Wer nur oder in erster Linie - dazu noch mit den Mitteln der Entstellung - an Neidgefühle appelliert, versündigt sich an der Zukunft unseres Volkes.

(Beifall)

Wir können die Menschen überzeugen, wenn wir unseren Weg einsichtig machen, wenn wir in der Geschäftigkeit des Tages den Zeithorizont nicht verlieren, wenn wir immer wieder klarmachen, wo wir herkommen, und klarmachen, wohin dieser Weg führen soll. Das gilt für alle wichtigen Themen der Landes- und der Bundespolitik. Es gilt aber besonders für den weiterhin zentralen Bereich der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik.

(Beifall)

Wir haben vorgestern mit den Reden unseres Vorsitzenden Helmut Kohl, unseres Generalsekretärs und unseres Freundes Norbert Blüm sowie heute morgen - vor allem auch mit den Anträgen unserer Freunde von den Sozialausschüssen - diese Diskussion begonnen und das Augenmerk dabei in erster Linie auf das brennende Thema des Arbeitsmarktes gerichtet.

Ich will hier noch einige weiterführende Gedanken anschließen, weil wir nur im Dreiklang einer erfolgreichen Politik, die Wirtschaft, Finanzen und Arbeitsmarkt integriert, die Aufgaben von heute und morgen lösen können.

(Beifall)

Gesundung, Erneuerung durch Soziale Marktwirtschaft - das ist mehr für uns als eine Präambel für bloße Tagespolitik, auch mehr als ein Thema für Festreden. Es soll die Leitlinie für die wichtigsten Aufgaben der Innenpolitik in den kommenden Jahren bleiben, an der auch jede einzelne Entscheidung und Forderung zu messen ist. Den Ungeduldigen, den Kurzatmigen unter unseren Mitbürgern müssen wir sagen: Die von der SPD in 13 Jahren verursachte Krise war zu schwer, um sie in 30 Monaten ungeschehen zu machen. Meine Freunde, wer als Handwerker, als Industrieller, als

Kaufmann, als Bauer eine vollkommen heruntergewirtschaftete Einzelfirma in zweieinhalb Jahren saniert, wird Bewunderung und Aufsehen erregen. Eine zutiefst durch Fehlverhalten und -entscheidungen über ein Jahrzehnt heruntergewirtschaftete Volkswirtschaft und total zerrüttete öffentliche Finanzen zu sanieren sowie Massenarbeitslosigkeit zu überwinden dauert länger. Ökonomische und soziale Prozesse brauchen ihre Zeit. Sie sind nicht per Knopfdruck wie ein Computersystem steuerbar und planbar. Hüten wir uns vor den Irrlehren, die in der Ära Brandt mit der Arroganz der perfekten Planungsvorstellungen verkündet wurden und mit denen die Sozialdemokratie zum Schaden unseres Landes schmachvoll Schiffbruch erlitten hat.

(Beifall)

Weil dies aber so gilt, bleiben die Gesundung der Volkswirtschaft, die Gesundung der Finanzen des Staates und der Sozialversicherung und die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit für Jahre die dringendste innenpolitische Aufgabe. Wir lassen uns jetzt nicht von jenen in den Anklagezustand versetzen, die diese schwere Krise verursachten. Die Kurpfuscher von gestern sind ungeeignet, heute oder morgen als Vertrauensärzte gewählt zu werden.

(Lebhafter Beifall)

Wir sind den Fragenden und auch den Besorgten unter den Mitbürgern unseres Landes aber ehrliche Rechenschaft schuldig - in Licht und Schatten. Es gibt keine faktenersetzende Kraft der Rhetorik. Zu dieser ehrlichen Zwischenbilanz in Licht und Schatten gehört dies: Unser größter Erfolg ist die Stabilitätspolitik. Die Inflationsrate betrug in den Jahren 1980 bis 1982, in der Schlußphase der SPD-geführten Bundesregierung zwischen 5,5 und 6,5 %. Sie liegt heute bei 2,3 %. Das ist weit weniger als die Hälfte jener erschreckenden Marke von damals. Dieser Stabilitätserfolg gilt vor allem den sozial Schwachen. Er rechtfertigt die vieldiskutierte und von manchen Verbänden noch kritisierte Einsparpolitik. Er rechtfertigt jede einzelne Entscheidung, die wir nach gewissenhafter Prüfung für die Gesundung der Finanzen des Staates und der Sozialversicherung trafen. Wir brauchen uns nicht zu entschuldigen, denn das Ergebnis dieser Politik ist Stabilität für die Bürger dieses Landes, und zwar in einem Ausmaß, wie wir es seit den 60er Jahren nicht mehr gekannt haben.

(Lebhafter Beifall)

Es ist dies aber das Ergebnis einer großen Anstrengung, die wir bewußtmachen müssen. Wer den Blick über unsere Grenzen lenkt, erkennt, daß wir mit dieser Anstrengung fortfahren müssen, um das Erreichte dauerhaft zu sichern. Zerrüttete Staatsfinanzen waren eine Hauptursache für die erschreckende Entwicklung der Inflation. Rentner, kinderreiche Familien, Bürger mit niedrigem Einkommen waren in erster Linie die Opfer der Inflationspolitik der SPD.

Das Zwischenergebnis auf dem Weg zur Gesundung hat es möglich gemacht, einzelne neue Schwerpunkte zu setzen. Dazu gehört neben der Steuerentlastung, die der Parteitag - ich bedanke mich dafür - heute morgen gewürdigt hat, und neben neuen Schwerpunkten für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik vor allem die Familienpolitik. Manche Journalisten haben in den letzten Wochen in großen Zeitungen gefragt, wie das eigentlich mit den neuen familienpolitischen Beschlüssen über Erziehungsgeld, Kindergeldzuschlag, Freibeträge im Steuerrecht sei, ob damit nicht die Linie der Finanz- und Konsolidierungspolitik verlassen werde, ob es hier nicht

einen Konflikt zwischen den Hauptbeteiligten - etwa unserem Freund Heiner Geißler und mir - geben müsse.

Meine Freunde, ich will dazu dies sagen. Alle Beschlüsse von Regierung und Koalition für die Familie mit finanziellen Auswirkungen haben wir im Grundsatz schon im letzten Sommer einstimmig getroffen, übrigens auch mit den Stimmen der Regierungsmitglieder von der Freien Demokratischen Partei. Dies sage ich im Hinblick auf einige erstaunliche Bemerkungen von Kollegen der FDP in den letzten Tagen.

(Beifall)

Diese Beschlüsse sind in eine solide mittelfristige Finanzkonzeption eingeleitet.

Allerdings füge ich hinzu: Jetzt sind für diese Wahlperiode auch die Grenzen des finanziellen Spielraums erreicht. Die Grenze für weiteres Handeln ist dort gesetzt, wo Mehrausgaben die Stabilität gefährden könnten. So werden wir - wie in der Regierungserklärung und auch in der Parteitage Rede unseres Vorsitzenden und Bundeskanzlers hervorgehoben - den Ausgabenzuwachs auch in den nächsten Jahren sehr niedrig - unter 3 % - halten müssen und auf vieles Wünschenswerte verzichten.

Der Stabilitätsvorsprung ist entscheidend für unsere Volkswirtschaft und die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Wir haben - ich sagte es - eine Inflationsrate von 2,3 %. Unsere Partner in der EG haben trotz aller ihrer Anstrengungen im Durchschnitt noch eine solche von 5,5 bis 6 %. In den Vereinigten Staaten beträgt sie 4,5 bis 5 %. Meine Freunde, diesen Wettbewerbsvorsprung zu erhalten und zu festigen ist für die Betriebe und die Arbeitsplätze wichtiger als eine Vielfalt anderer Forderungen, die jetzt erhoben werden, wichtiger als alle anderen Sonderprogramme und Spezialaktionen, wichtiger auch als kurzfristige weitere Steuersenkungen für die Unternehmen, die wir nur in dem Maße ins Auge fassen können, wie sie Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit nicht gefährden.

(Beifall)

Trotz des harten Winters können wir feststellen: Die wirtschaftliche Dynamik nimmt insgesamt zu. Der Aufschwung wird stärker. Dies sage ich, ohne die schweren Sorgen und Probleme wichtiger Bereiche wie etwa der Bauwirtschaft und der Landwirtschaft zu übersehen.

Der Aufschwung begann 1983 mit dem privaten Verbrauch. Es war sozusagen ein Vorschub an Vertrauen in die neue Politik, was sich dort vollzog. Der Aufschwung wurde 1984 vom Export getragen. Er muß 1985 - das zeichnet sich auch ab - durch eine erhebliche Zunahme der privaten Investitionen neben dem Export erweitert werden.

Ich sage hier: Alle jene Unternehmen, die auch durch unsere Politik und durch die Lohnzurückhaltung der meisten Gewerkschaften jetzt deutlich verbesserte Erträge haben, haben auch eine Bringschuld in neuen sinnvollen Investitionen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

(Beifall)

Erstmals seit 1980 zeichnet sich für die meisten Arbeitnehmer und die meisten Bürger ein spürbar steigendes Realeinkommen ab, das den privaten Verbrauch fördern wird.

Tarifabschlüsse von 3,2 % im öffentlichen Dienst sind ein maßvolles Ergebnis. Es ist mir völlig unverständlich, wenn ein hier in der Nachbarschaft angesiedeltes Konjunkturinstitut diesen Tarifabschluß kritisiert. 3,2 % bei einer Laufzeit von 18 Monaten bis 3,8 % in der Chemie sind stabilitätspolitisch vertretbar und geben den Arbeitnehmern endlich wieder etwas mehr an Kaufkraft und Nachfrage. Diejenigen, die in diesem Jahr den Kaufkraftausgleich nicht erreichen werden, sind die Metallarbeiter, weil die IG Metall mit ihrer Politik zwar 5 % bis 6 % mehr Kosten produziert hat, aber nur 2 % Zuwachs des Nominaleinkommen. Das ist keine arbeiterfreundliche Politik. Das ist keine Politik, die den Belangen unserer Volkswirtschaft und der Arbeitnehmer dient.

Wir haben durch den harten Winter einen Rückschlag auf dem Arbeitsmarkt zu verzeichnen. Aber ich bin davon überzeugt, daß sich eine Trendwende, eine Trendverbesserung abzeichnet. Wenn wir unsere Politik konsequent fortsetzen, haben wir die Chance zwar langsam, aber erkennbar rückläufiger Zahlen auf dem Arbeitsmarkt. Diese Chance müssen wir nutzen, wie es die Sachverständigen, die Bundesbank und andere, geraten haben. Dazu gehört auch eine Zunahme der öffentlichen Investitionen nach ihrer dramatischen Talfahrt.

Meine Damen und Herren, ich bin erstaunt über einige Äußerungen von Geschäftsführern kommunaler Spitzenverbände, darunter auch solchen, die der CDU angehören. Wir haben im Saldo die beste Finanzsituation der Kommunen seit dem Jahr 1962. Die kommunalen Spitzenverbände haben uns bestätigt, daß sie im Saldo in diesem Jahr keinerlei Schulden mehr zu machen brauchen, wahrscheinlich sogar einen Überschuß haben werden. Das hat es seit den 60er Jahren nicht mehr gegeben.

(Beifall)

Bei allem Verständnis dafür, daß insbesondere manche großen Städte noch im Schatten stehen und Schwierigkeiten haben, sollten auch die Sprecher und die Geschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände endlich dieses positive Ergebnis unserer Politik anerkennen, anstatt nur ihre alten Jammerlieder zu verkünden. Sie sollten zugeben, daß unsere Politik ihnen geholfen hat. Sie sollten die kommunale Selbstverwaltung ermutigen, im Interesse der Baubetriebe und der Bauarbeiter sinnvolle Investitionen zu verstärken.

(Beifall und Bravo-Rufe)

Wir sind legitimiert, das zu sagen. Der Bund hat im letzten Jahr bei einem Ausgabenzuwachs von 2 % seine Investitionen um 6 % erhöht. Der Bund wird in diesem Jahr bei einem Ausgabenzuwachs von 2 1/2 % bis 3 % seine Investitionen noch stärker erhöhen. Aber die entscheidende Leistung muß von der kommunalen Seite erfolgen. Sie trägt die Hauptverantwortung.

Wachstum und Investitionsdynamik, Erweiterungsinvestitionen und Neugründungen, ergänzend Vorruhestand und vor allem das Beschäftigungsförderungsgesetz sind wichtig. Wir müssen im Interesse der Arbeitslosen erstarrte Strukturen auf dem Arbeitsmarkt auflockern. Ich sage ausdrücklich, daß ich den Mut, die Entschlossenheit und die klare Linie meines Freundes Norbert Blüm vor allem in diesem Punkte anerkenne und bewundere und ihm jede Unterstützung zusage, daß wir dieses Ziel erreichen.

(Beifall)

Denn wer hier wie leider so viele im Deutschen Gewerkschaftsbund erstarrte Strukturen verteidigt, handelt reaktionär. Aber wenn wir in wenigen Wochen dieses Gesetz verabschiedet haben, ist es auch unsere Aufgabe wie die Aufgabe der Verbände der Wirtschaft, eine große Offensive der Information und der Werbung für die Nutzung dieses neuen Gesetzes zu veranstalten, einzuleiten, wie wir das mit großem Erfolg unter persönlichem Einsatz von Helmut Kohl in der Ausbildungs-offensive getan haben.

(Beifall)

Meine Freunde, wir wollen Kurs halten. Denn eine berechenbare und vertrauensvolle Politik ist das Wichtigste, um dem Aufschwung Dauer zu geben. Wir wollen den Staatsanteil zurückführen. Wir wollen die Steuer- und Abgabenquote senken. Das bedeutet auch für uns Politiker ein Stück Enthaltsamkeit. Wir können nicht alles machen, was wünschenswert ist. Im Zweifelsfall ist es besser, ein Gesetz oder eine Verordnung zu unterlassen, als sie in einer perfektionistischen oder unvollkommenen Form mit Belastungen für die Bürger zu verabschieden.

(Beifall)

Insofern ist von uns Politikern auch einmal Askese gefordert in dem übermächtigen Drang der vergangenen Jahre, alles regeln und alles entscheiden zu wollen. Nein, wir wollen den Staatsanteil zurückführen und den Bürgern mehr Freiraum eröffnen. Wir dürfen unsere Kräfte und Mittel nicht zersplittern, sondern wir wollen uns auf das Wesentliche konzentrieren: Stabilitätspolitik, wirtschaftliche Gesundung und Arbeitsmarktpolitik als Grundlage für soziale Sicherung und Familienpolitik und dazu Umweltschutz im Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie.

Wenn wir diesen Weg kraftvoll und nachdenklich, diskussionsbereit, aber unbeirrbar gehen, dann werden wir auch in Zukunft Mehrheiten gewinnen, jetzt in Nordrhein-Westfalen mit Bernhard Worms, in den anderen Wahlen, die vor uns liegen, und schließlich bei der großen Entscheidung im Jahre 1987. - Schönen Dank

(Langanhaltender Beifall)

Dr. Rolf Olderog, Tagungspräsidium: Verehrter Gerhard Stoltenberg, der Bundesparteitag dankt Ihnen für diese kämpferische Rede, dankt Ihnen für Ihr kraftvolles Engagement für den Wahlsieg der CDU in Nordrhein-Westfalen. Sie haben deutlich gemacht, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland auf dem richtigen Weg sind. Sie haben noch einmal gezeigt, wie sehr das Land Nordrhein-Westfalen seine Zukunftschancen verspielt, wenn es weiterhin von der SPD regiert wird.

(Beifall)

Sie, verehrter Gerhard Stoltenberg, haben mit Ihrer Rede Bernhard Worms und seine Freunde in der Union zusätzlich angespornt, mit ganzer Kraft nicht nur für ein hervorragendes Ergebnis, sondern für mehr, für den vollen Sieg und die Regierungsverantwortung zu kämpfen.

Durch Ihre leidenschaftliche Rede haben Sie zugleich deutlich gemacht, daß wir es in Nordrhein-Westfalen schaffen müssen und daß wir es schaffen werden. - Herzlichen Dank, Gerhard Stoltenberg.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe noch drei Wortmeldungen: von Herrn Breuer, von Herrn Vogt und von Herrn Biedenkopf. Danach wird Bernhard Worms noch einmal kurz das Wort nehmen, und dann spricht der Bundesvorsitzende zu uns.

Ich erteile Paul Breuer das Wort.

Paul Breuer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unter der Führung von Helmut Kohl in Bonn und von Bernhard Worms in Düsseldorf wollen wir unserem Land Nordrhein-Westfalen wieder eine Zukunft geben. Im Mittelpunkt unserer Bemühungen steht dabei das Industrieviertel an Rhein und Ruhr. Nordrhein-Westfalen wird dann eine Zukunft haben, wenn das Industrieviertel eine Zukunft hat.

Wir dürfen dabei allerdings nicht vergessen, daß Nordrhein-Westfalen auch aus anderen, aus kleinen und ländlichen Regionen besteht.

(Zustimmung)

Auch die anderen Regionen Nordrhein-Westfalens im Rheinland und in Westfalen-Lippe benötigen dringend unser Engagement und unsere Aufmerksamkeit.

Die SPD-geführte Landesregierung in Düsseldorf hat im Revier versagt. Liebe Freunde, sie hat aber darüber hinaus auch versagt, weil sie die Lebensinteressen der Menschen in den kleineren Regionen hintangestellt hat.

(Zustimmung)

Die CDU ist nicht nur in Nordrhein-Westfalen die Partei der ländlichen Räume, die Partei der kleinen Regionen. Wir sind froh darüber, liebe Freunde, daß wir mit Bernhard Worms einen Mann der Basis an der Spitze haben. Bernhard Worms hat in seiner Zeit als Landrat im Erftkreis die Probleme der Regionalpolitik kennengelernt - mit Engagement kennengelernt -; er ist nicht wie Johannes Rau der arrogante Überflieger, er ist der Mann der Basis, der Mann, der von unten Bewegung und Schwung in dieses Land hineinbringen kann.

(Beifall)

Aus aktuellem Anlaß möchte ich hier, liebe Freunde, speziell die Probleme Südwestfalens, des Siegerlandes, ansprechen. Während wir hier tagen, bangen 5 000 Arbeitnehmer bei Krupp-Stahl in Siegen um ihre wirtschaftliche Existenz, und dies nicht etwa deshalb, weil dort unwirtschaftlich gearbeitet würde. In Siegen bei Krupp werden nicht rote, sondern schwarze Zahlen geschrieben. Aber der Konzern ist nicht dazu bereit, dieser Region, der südwestfälischen Region, dem Stahlstandort Siegen, eine Zukunftsperspektive zu geben.

Ich möchte hier an die Verantwortlichen dieses Unternehmens appellieren, ihrer Verantwortung auch Rechnung zu tragen. Ich möchte sagen, daß die CDU-geführte Landesregierung in Nordrhein-Westfalen nach dem 12. Mai wesentlich mehr Verantwortung auch in diesem Bereich sehen wird.

Sie wird darüber hinaus die Kräfte der Erneuerung, der Phantasie, der verantwortli-

chen Gestaltung wecken. Nicht Gejammer und Gezeter, nicht das Aufziehen schwarzer Fahnen bringen uns weiter, sondern der Geist der Erneuerung in Nordrhein-Westfalen. Mit Bernhard Worms an der Spitze werden wir diese Erneuerung gewinnen - im Industrieviertel und in den anderen Regionen.

Ich bedanke mich.

(Beifall)

Dr. Rolf Olderog, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Paul Breuer, Dank auch für dein Engagement.

Das Wort hat jetzt Herr Vogt.

Wolfgang Vogt: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bericht der Landeszentralbank über die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen weist es aus: In allen wesentlichen wirtschaftlichen Daten ist dieses Land leider von der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland abgehängt. Meine Damen und Herren, das liegt nicht daran, daß etwa die Arbeiter in diesem Lande faul wären. Sie sind fleißig! Es liegt nicht daran, daß die Unternehmer in diesem Lande weniger wagemutig wären. Sie sind wagemutig! Es liegt daran, daß Johannes Rau und seine Sozialdemokraten diesem Lande keine Perspektive gegeben haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, demgegenüber hat die Regierung Helmut Kohl den Arbeitern, den Arbeitnehmern, in diesem Lande geholfen. Diese Regierung war es, die das Kurzarbeitergeld für Stahlarbeiter auf 36 Monate verlängert hat. Die Regierung Kohl war es, die die Anpassungsschichten im Bergbau im Einvernehmen mit der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie durchgeführt hat. Diese Regierung hat die Rückkehrförderung für ausländische Arbeitnehmer mit einem freiwilligen Angebot in Angriff genommen und hat damit in Duisburg, in Gelsenkirchen, in Dortmund soziale Probleme gelindert. Deshalb, meine Damen und Herren: Wir haben gehandelt, und ich bitte Sie, sprechen Sie in diesen nächsten Wochen davon!

Johannes Rau steht für Tatenlosigkeit. Er wird ja von den Sozialdemokraten in den Mittelpunkt dieses Wahlkampfes gestellt. Rau steht für Phantasielosigkeit. Rau steht für die Verschwendung von Steuergroschen, wie wir es beim Aachener Klinikum sehen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Rau steht für den Versuch eines Handschellengesetzes für den neuen Intendanten des WDR.

(Beifall)

Rau steht für den Versuch eines Doppelspiels, indem er die Bundesregierung des Sozialabbaus anklagt, selbst aber die Leistungen für Behinderte, für Familien, für Kinder und Jugendliche drastisch kürzt.

Deshalb, meine Damen und Herren: Am 12. Mai steht nicht der Bruder Johannes

Rau zur Wahl. Am 12. Mai steht nicht der Bürger Johannes Rau zur Wahl. Am 12. Mai steht der Genosse Johannes Rau zur Wahl, und der muß in die Wüste geschickt werden.

(Beifall)

Liebe Freunde, setzen wir in diesem Wahlkampf mit Bernhard Worms auf Sieg! Helfen Sie uns dabei!

(Beifall)

Dr. Rolf Olderog, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Wolfgang Vogt!

Wolfgang Vogt ist Landesvorsitzender der CDA Rheinland. Es ist ein schönes Erlebnis zu sehen, wie sich unsere Arbeitnehmer in der CDU für Bernhard Worms kraftvoll engagieren. Herzlichen Dank!

(Zustimmung)

Das Wort hat jetzt Professor Biedenkopf.

(Beifall)

Dr. Kurt Biedenkopf: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Es ist fast genau 20 Jahre her, daß der Kultusminister Paul Mikat die Ruhruniversität Bochum eröffnet hat. Diese Entscheidung, eine Universität ins Revier zu legen, war vor 20 und mehr Jahren gefallen und war mit großer Hoffnung verbunden. Wir hatten die Hoffnung, mit dieser Universität und mit weiteren, die folgen sollten, das Revier zu öffnen, alte Strukturen zu verändern, Besitzstände, die sich der Entwicklung entgegengestellt haben, zu überwinden.

Meine Freunde, wenn sich heute ein junger Jurist der Ruhruniversität Bochum bei der Stadtverwaltung Herne bewirbt, um dort seinen Beruf, den er hier im Revier gelernt hat, auszuüben, und wenn er mit mehreren anderen konkurriert, dann hat er keine Chance, wenn er nicht ein SPD-Parteibuch in der Tasche hat.

(Beifall)

Das ist das, was die Sozialdemokraten aus unserer Hoffnung gemacht haben!

Seit 1970 treten wir - jetzt mit Bernhard Worms - zum viertenmal in diesem Lande an, um sozialdemokratische Politik zu überwinden und dieses Land auf einen neuen Weg zu führen.

Diesmal, meine Damen und Herren, müssen wir es mit Hilfe der ganzen Union und mit der Geschlossenheit der nordrhein-westfälischen CDU schaffen. Und wir werden es schaffen.

(Beifall)

Wir sind hier, meine Freunde, im Revier. Aber das ganze Land Nordrhein-Westfalen braucht eine neue Politik: die Ballungsräume und der ländliche Raum, die Rheinschiene und Ostwestfalen, der Aachener Raum und das Münsterland, das Sieger-

land, das Sauerland. Eine neue Politik brauchen der Kumpel und der Stahlkocher im Revier genauso wie der Landwirt in Ostwestfalen-Lippe, im Münsterland und im linksrheinischen Raum.

Gerade weil wir in einem Industrieland leben, müssen wir den Menschen klarmachen, daß wir auch die Landwirte brauchen und daß wir auch über die Landwirte reden müssen. Was nützt die Kohle für den Brotofen, die der Kumpel zutage fördert, wenn der Landwirt das Brot nicht vorher angebaut hat? Was nützt die Industrie ohne die, die uns ernähren?

Auch die Landwirte im Land Nordrhein-Westfalen sind Unternehmer geworden. Sie erbringen unverzichtbare Leistungen. Ihre Arbeit befruchtet auch das Gewerbe in ihren Gegenden.

Deshalb - das rufen wir der Bundesregierung und den Verantwortlichen in Europa zu - brauchen wir eine Politik, die vernünftige Rahmenbedingungen für diesen Wirtschaftszweig setzt. Wir brauchen eine gute Landwirtschaftspolitik. Sonst sind wir in diesem Land nicht mehrheitsfähig.

(Beifall)

Auch die Landwirte lehnen den Strukturwandel nicht ab. Aber weder bei der Kohle noch bei Stahl noch bei den Landwirten darf Strukturwandel gleichbedeutend sein mit Kahlschlag. Für alle gilt das gleiche: im ländlichen Raum, im Siegerland und im Revier.

Weite Regionen unseres Landes sind durch mittelständische Unternehmen charakterisiert. Der Mittelstand ist das Rückgrat auch des Landes Nordrhein-Westfalen: die Möbelindustrie, die Werkzeugmacher, Fabriken, die Investitionsgüter für den Haushalt herstellen, Elektronikindustrie und Textil. Wir haben in unserem Land den wichtigsten Computerhersteller. Wir haben in unseren Land einen der bedeutendsten Medienkonzerne. Wir haben viele andere wichtige Unternehmen außerhalb des Reviers. Und für die machen wir genauso Politik wie für die Menschen hier.

(Beifall)

Die Wohlfahrt unseres Landes liegt auch in diesen Bereichen.

Viele Menschen außerhalb des Reviers haben Sorge, daß eine Fortsetzung der sozialistischen Politik sie am Rand liegen lassen könnte, daß die SPD das Geld nur dorthin lenkt, wo sie ihre verbliebenen Mehrheiten sichern will, daß statt Regionalförderung Parteibuchförderung stattfindet.

Wir versprechen den Menschen im ganzen Land: Bei uns gibt es keine Parteibuchförderung, sondern Chancengleichheit für ganz Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Wir wollen, daß Wirtschaft und Wissenschaft zusammenarbeiten. Wir wollen neue Antworten finden. Wir wollen unsere Industrie beleben. Wir wollen die Hindernisse aus dem Weg neuer Ideen räumen und dafür sorgen, daß sich Ideen entfalten können.

Wir wollen die Zusammenarbeit in allen Teilen des Landes: in Essen und Bochum, in

Duisburg und in Dortmund genauso wie in Aachen und in Paderborn, Münster, Siegen, Köln oder Bielefeld.

Unser Land Nordrhein-Westfalen hat einen großen Reichtum an unterschiedlichen Möglichkeiten und Entwicklungschancen. Es ist nicht nur das industrielle Kernland der Bundesrepublik Deutschland. Es ist das Kernland der Bundesrepublik Deutschland schlechthin.

(Beifall)

Meine Freunde, nur wer alle Bereiche des Landes wieder nach vorn bringen kann, kann auch das Revier wieder nach vorn bringen. Das bedeutet gegenseitige Befruchtung zwischen dem Revier und dem ganzen Land und dem Bund und gegenseitige Solidarität.

Solidarität, auf die das Revier wie alle anderen einen Anspruch hat, setzt die Bereitschaft zur Selbsthilfe voraus. Und das möchten wir den Menschen, die hier leben, sagen, hier in diesem Industriegebiet.

Die Menschen im Revier - das wissen wir - haben diese Bereitschaft. Sie sind fleißig, zuverlässig, tüchtig. Sie können etwas. Man kann sich auf sie verlassen. Sie haben Kraft, Phantasie, Mut und Risikobereitschaft.

Aber alle diese Fähigkeiten müssen sich auch entfalten können. Sie sind in den vergangenen Jahren in dem immer dichter gewordenen Dickicht sozialdemokratischer Filzokratie erstickt worden. Die Ursache für die Revierkrise ist nicht bei den Menschen zu suchen, sondern beim sozialistischen Filz, der alles unterdrückt hat, was sich hier neu entwickeln wollte.

(Beifall)

Selbständigkeit wird entmutigt, trotz aller politischer Rhetorik im Landtag und bei Sonntagsreden. Wie hieß noch das Plakat, das wir hier in Nordrhein-Westfalen bei der Europawahl oder bei der Kommunalwahl sehen konnten? Da stand mit der Unterschrift von Herrn Rau drauf: „Soziale Sicherheit für Millionen statt Aufschwung für Millionäre“.

Ich habe Herrn Rau mal gefragt, ob er dieses Plakat mitnimmt, wenn er nach Japan oder nach China oder nach Amerika fährt, um Investoren für Nordrhein-Westfalen zu werben.

(Beifall)

Ich habe ihn mal gefragt, wo denn die Arbeitsplätze und die soziale Sicherheit für dieses Land herkommen sollen. Was hat denn Herr Rau gegen Millionäre? Im Revier brauchen wir 10 000 Millionäre, die 1 Million Arbeitsplätze schaffen. Das brauchen wir im Revier.

(Beifall)

Was die Sozialdemokraten uns heute anbieten, sind 10 000 Funktionäre, um die verstaatlichte Stahlindustrie zu verwalten.

(Beifall)

Wir brauchen - Gerd Stoltenberg hat es gesagt - hier keine Neidkampagnen. Wir brauchen das Zusammenwirken neuer und alter Unternehmen.

Weiß denn Herr Rau nicht, daß ein Handwerksbetrieb mit 12 oder 15 Mitarbeitern bereits 1 Million Betriebskapital braucht, um betrieben werden zu können? Weiß er denn nicht, daß man in einer Neidlandschaft niemanden dazu gewinnen kann zu investieren? Hat er denn noch nie etwas davon gehört, daß ein neuer Arbeitsplatz in diesem und jedem anderen Teil des Landes 100 000, 200 000 oder 300 000 Mark kostet, daß es einen jungen Mann oder eine junge Frau geben muß, die bereit ist, ihr Vermögen einzusetzen, und eine Sparkasse, die bereit ist, auf die Leistungsfähigkeit des Untenehmers zu setzen und das Spargeld dem anzuvertrauen, der Neues gestalten will? Das muß in diesem Land wieder passieren.

(Beifall)

Wir müssen neue Industrie ins Revier bringen. Wir haben die Technologie. Wir haben die Ideen. Wir haben die Fähigkeiten. Wir haben seit Jahren als Christdemokraten in unseren Ruhrgebietskonferenzen für eine junge Verbundwirtschaft im Revier geworben, eine Verbundwirtschaft zwischen der Kohle und der Kernkraft.

Wir haben die Hochtemperaturreakorttechnologie. Wir können kleinere Reaktoren bauen. Wir können die Kohle veredeln. Wir können umweltfreundliche Treibstoffe schaffen. Wir können neue Industriezweige entwickeln. Wir können in alle Welt exportieren. Wir können einen neuen Rohstoff aus der alten Kohle machen.

Wir haben alles - nur eines nicht: Wir haben noch nicht die ideologische Investitionsblockade überwunden.
Und darum geht es am 12. Mai.

(Beifall)

Befruchten, das heißt auch Zusammenarbeit zwischen dem Revier und dem restlichen Land. Diese Revierlandschaft ist offen. Sie ist keine geschlossene Gesellschaft, wie die SPD meint.

Diese Industrielandschaft hat eine schwere Geschichte, eine schwere Vergangenheit. Sie hat genug Besetzungen erlebt. Wir müssen Schluß machen mit der sozialistischen Besetzung des Reviers, wir müssen das Revier vom Filz befreien.

(Beifall)

Ein weiteres und letztes Thema, meine Freunde: Gerhard Stoltenberg hat schon davon gesprochen und auch Bernhard Worms in seiner Begründung, daß die Sozialdemokraten dabei sind, die soziale Frage zu demagogisieren. Sie wissen natürlich genau und wir alle wissen: Die Menschen in unserem Land sind sehr sozial eingestellt. Meine Freunde, die soziale Frage, die große soziale Frage des ausgehenden 19. Jahrhunderts, war eine Frage des Reviers. Hier hatte das Zentrum eine wichtige politische Basis. Hier hat die katholische Arbeiterbewegung gewirkt und wirkt sie noch. Hier hat sich die christliche Soziallehre entwickelt. An den sozialen Fragen des Reviers und dieses Landes hat sich das Ahlener Programm von 1947 orientiert, als es nach dem Krieg dem Kapitalismus und dem Sozialismus eine

Absage erteilt und den Menschen und seine soziale Identität in den Mittelpunkt der Politik stellte. Das soziale Gewissen - lassen Sie uns das allen Menschen im Land zurufen - ist bei der Union zu Hause.

(Beifall)

Für uns, meine Freunde, ist Sozialpolitik verwirklichte Menschlichkeit. Für die Sozialisten von heute wird die Sozialpolitik immer mehr zum Herrschaftsinstrument. Wer bei sozialdemokratisch beherrschten Wohnungsgesellschaften im Revier zur Miete gewohnt, der hat gefälligst SPD zu wählen. Das ist sozialistische Sozialpolitik.

(Zustimmung)

Im sozialdemokratisch kontrollierten Altersheim konnte man vor fünf Jahren alte Frauen, Kriegerwitwen, für Plakate fotografieren, mit denen man dann Wahlkampfschindluder betrieben hat. Das war sozialistische Sozialpolitik.

(Beifall)

Und diesmal wird man die sozial Abhängigen als Zeugen für die Sozialabbauzüge mißbrauchen. Wir müssen dem entgegenreten.

(Beifall)

Unsere Sozialpolitik, meine Freunde, will die Menschen frei machen, frei machen von materieller Not und politisch frei machen. Bei der SPD ist Solidarität nur gegen die Abgabe des Stimmzettels zu haben. Das ist keine freiheitliche Sozialpolitik.

(Beifall)

Die beste Sozialpolitik ist eine hervorragende Wirtschaftspolitik. Davon verstehen wir etwas. Davon verstehen Sozialisten nichts. Sie verstehen nichts vom Wirtschaften, sie verstehen allenfalls etwas vom Verwirtschafen.

(Beifall)

Wir werden zusammen mit der Bundesregierung diesem Land Nordrhein-Westfalen den Aufschwung bringen. Wir werden neue Arbeit schaffen. Wir werden den Arbeitsmarkt erneuern. Wir werden unsere programmatischen Aussagen zu Arbeit und Umwelt weiterführen. Wir wissen, daß in diesem Land keine Ideologie, sondern Realität mehrheitsfähig ist. Die Menschen wollen Arbeit und Umwelt. Sie wollen nicht, daß die Natur gegen die Industrie ausgespielt wird. Sie wollen beides in Gemeinschaft miteinander verwirklichen. Nur wir können das.

(Beifall)

Nur wer das kann, kann auch Wohlstand sichern, kann Zukunft gewinnen, kann den Rentnern im Revier, die mit Sorge die Diskussion verfolgen, weil man sie falsch unterrichtet, die Gewißheit geben, daß ihre Zukunft so sicher ist wie die Zukunft ihrer Kinder und ihrer Enkel. Das, meine Freunde, muß die Union leisten. Die Menschen müssen wissen: Neue Wirtschaft, neue Entwicklung, neuer Aufbruch, neues technisches Abenteuer werden nicht erkauft zu Lasten der solidarischen Geborgenheit der Menschen, die hier leben. Beides ist gemeinsam möglich. Und wir werden es schaffen.

(Beifall)

Wir, meine Freunde, werden darum kämpfen, daß uns die Menschen in diesem Land am 12. Mai einen Auftrag geben, den Auftrag, das Land zu erneuern, seine Chancen neu zu begründen, seine Zukunft zu gewinnen, die freiheitliche Politik neu zu verankern, in den Schulen unseres Landes, in den Universitäten, in den Betrieben, in den Privathaushalten und in den Herzen der Menschen. In den Herzen der Menschen muß diese Freiheit lebendig sein. Sie müssen daran glauben können, daß Freiheit, Gerechtigkeit, Wohlstand und Zukunft in guten Händen sind. Wir müssen sie davon überzeugen: Bei uns sind sie in guten Händen. - Glückauf.

(Langanhaltender Beifall - Die Delegierten erheben sich)

Dr. Rolf Olderog, Tagungspräsidium: Verehrter Kurt Biedenkopf, der ganze Parteitag hat Ihnen begeistert für diese richtungweisende Rede gedankt. Es ist erfreulich, zu sehen, wie die beiden großen Landesverbände in Nordrhein-Westfalen für den Sieg der Union zusammenarbeiten.

(Beifall)

Meine Freunde, Bernhard Worms und Kurt Biedenkopf werden es gemeinsam schaffen. Ich danke Ihnen, lieber Herr Biedenkopf.

(Anhaltender Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Anträge G 15, G 16 und G 44. Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, die Anträge in der Fassung des Antrags G 44 anzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist einstimmig angenommen. Lieber Bernhard Worms, ich danke Ihnen und gratuliere Ihnen zu diesem Erfolg: Die Christlich Demokratische Union steht in diesem Wahlkampf geschlossen an Ihrer Seite. Glückauf, Bernhard Worms.

(Beifall)

Dr. Bernhard Worms, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Freund Olderog.

Meine Damen und Herren, bevor ich jetzt dem Vorsitzenden der CDU Deutschlands das Wort gebe, habe ich Grund, Dank zu sagen. Ich danke im Namen des Parteitagspräsidiums allen, die zum Gelingen dieses Parteitages beigetragen haben. Das gilt sowohl für die Vorbereitung als auch für die Abwicklung. Unser Dank gilt allen, die in der Bundesgeschäftsstelle so gut gearbeitet haben.

(Beifall)

Herzlich danke ich insbesondere den vielen ehrenamtlichen Helfern innerhalb und außerhalb der Halle, die täglich 18 Stunden für uns auf den Beinen waren, darunter - und darüber freue ich mich besonders - über 250 Mitglieder des Essener Kreisverbandes. Ganz herzlichen Dank.

Ich danke ebenso allen Mitstreitern hinter den Kulissen. Unser besonderer Dank gilt auch dem Bundesgeschäftsführer, dem Chef der Organisation, Herrn Schumacher. Schließlich danke ich Ihnen, meine lieben Delegierten und Gäste, daß Sie sich trotz der vielen Stunden so diszipliniert und kollegial verhalten haben. Ein Präsidium weiß das besonders zu schätzen.

Dankbar sind wir aber auch für die gute Betreuung: durch die Polizei, durch die Feuerwehr, durch die Post,

(Beifall)

durch die medizinischen Dienste, durch die Helfer des Malteser Hilfsdienstes, durch die Restauration, durch die Hallenleitung. Und wir sind auch - auch das sage ich gerne - für die gute Betreuung durch die Stadt Essen dankbar.

(Beifall)

Ein herzliches Wort des Dankes auch an die Medien. Presse, Funk, Fernsehen und Fotografen haben uns die ganze Zeit begleitet. Wir danken dafür.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde,

nunmehr rufe ich den TAGESORDNUNGSPUNKT 24 auf:

SCHLUSSWORT DES VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Gäste! Liebe Freunde! Wir stehen am Ende unseres 33. Bundesparteitages. Auf dem letzten Parteitag vor einem Jahr konnten wir eine erste Bilanz unserer Arbeit und unserer Erfolge in der Regierung nach unserer Regierungsübernahme und dem Scheitern der SPD ziehen. Wir beschlossen damals unsere Perspektiven für Deutschland als moderne, als humane Industrienation.

Im kommenden Jahr, vor der Bundestagswahl 1987, werden wir uns auf diese wichtige Entscheidung im Februar 1987 vorbereiten. Dann wird es darum gehen, daß unsere Politik der Erneuerung bei dieser Wahl die breite Zustimmung unserer Bürger findet.

Auf dem Parteitag hier in Essen, dem Bundesparteitag 1985, haben wir uns aus gutem Grund neben wichtigen tagespolitischen Fragen mittel- und langfristigen Aufgaben der deutschen Politik zugewandt. Dabei handelt es sich um Zukunftsaufgaben, von denen wir wissen - wir haben das immer wieder gesagt -, daß sie nicht allein in einer knappen Legislaturperiode zu bewältigen sind. Mehr Beschäftigung, lebenswerte Umwelt, sichere Renten, bessere Chancen für die Frauen, das sind die Solidaritätsaufgaben auf der Tagesordnung der Zukunft, das sind die Themen, denen wir beim Ausbau unserer Gesellschaft Vorrang einräumen. Damit unser Land, die Bundesrepublik Deutschland, diese Aufgaben solide und solidarisch bewältigt, ist es entscheidend, daß unsere Mitbürger, daß der oberste Souverän unseres Landes, die Wähler, unsere Zielsetzungen kennen, sie begreifen und bei der Wahl im Februar 1987 bestätigen.

Liebe Freunde, wir haben - ich sage das auch sehr persönlich - die Übernahme der Regierungsverantwortung in der schwersten Krise in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland niemals als eine undankbare Aufgabe empfunden. Wir waren und wir sind unseren Mitbürgern dafür dankbar, daß sie uns den Auftrag gegeben haben, die Zukunft unseres Landes zu gestalten. Wir wissen aus einer Erfahrung, die

den ganzen Zeitablauf der Geschichte unserer Bundesrepublik umfaßt, daß dieser Weg der Erneuerung schwierig und mühsam ist, daß man Rückschläge erlebt und erfahren muß. Aber unser „Dennoch“ für die Zukunft steht.

Wir, die CDU Deutschlands, haben auf diesem Parteitag gezeigt, daß wir auf diesem Wege entschlossen, sachkundig, offen für Argumente auch des Andersdenkenden, aber vor allem auch mutig und konsequent vorangehen. Unsere Mitbürger wissen: Auf diese Partei ist Verlaß. Und auf diese Partei ist vor allem auch deshalb Verlaß, weil wir untereinander - in einer Weise, auf die wir stolz sein können - gelernt haben, fair miteinander umzugehen, Freundschaft, Kameradschaft und Solidarität zu leben.

(Beifall)

Deshalb danke ich Ihnen für dieses beispielhafte Leben eines Miteinanders, ungeachtet der unterschiedlichen Meinungen in einer so großen Volkspartei. Ich danke Ihnen auch für Ihr Vertrauen, daß Sie mir bei der Wiederwahl ausgesprochen haben. Es ist ein Vertrauen, das für mich vor allem Ansporn und Verantwortungsbereitschaft bedeutet. Ich bin - warum soll ich das nicht sagen - stolz auf dieses Vertrauen, auf dieses Votum meiner politischen Freunde nach 12 Jahren als Parteivorsitzender der CDU Deutschlands.

(Beifall)

Das, was ich für mich sagen durfte, gilt ganz gewiß für alle unsere Kollegen und Freunde im Parteivorstand. Ich freue mich darüber, daß dem Parteivorstand jetzt sechs Frauen angehören.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, in der Plenardiskussion gestern mittag ist ja immer wieder gesagt worden: Ihr sollt nicht nur Reden halten, sondern es auch praktizieren. Meine Bitte als Bundesvorsitzender an Sie alle ist, daß Sie jetzt nicht nach Hause gehen und sagen, das haben wir bei dieser Wahl zum Parteivorstand ganz gut gemacht, sondern daß Sie sich auf dem nächsten Kreisparteitag, auf dem Bezirksparteitag, auf dem Landesparteitag, bei der Kandidatenaufstellung zur Ratsversammlung, zum Landtag und zum Bundestag ähnlich verhalten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, dieser Parteitag war nur möglich, weil wir auch mit einem hohen Maße an Disziplin miteinander umgegangen sind. Die Delegierten haben in einer bewundernswerten Weise ein großes Arbeitspensum bewältigt: in kameradschaftlichem Geist und mit großer Diskussionsfreude.

Aber vor allem, liebe Freunde, möchte ich mich bei unseren Gästen bedanken. Mehr als 500 Damen hatten wir eingeladen. Sie waren hier, sie haben mit uns gesprochen, diskutiert: leidenschaftlich, nachdenklich, überzeugend, in einer Weise, wie wir uns das in allen politischen Gremien der Bundesrepublik Deutschland nur wünschen können.

(Beifall)

Offenheit einer Volkspartei heißt immer Sensibilität, heißt Chance zum Hinhören,

heißt Fähigkeit, vom anderen etwas zu lernen. Es war gestern mittag in den Foren, wenn ich das so sagen darf, viel zu lernen, nicht zuletzt auch aus den sehr eindrucksvollen persönlichen Erfahrungen und Erlebnissen, die hier vorgetragen worden sind.

Und auch das lassen Sie mich sagen: Was ist vor diesem Parteitag nicht alles geschrieben und gesagt worden? Und sagen Sie jetzt nicht: nur außerhalb der Partei. Nein, auch innerhalb der Partei.

Wieviele sind denn hierher gekommen mit einem Stück Skepsis und auch mit Kleinmut, ob so etwas gelingen kann? Liebe Freunde, ich sage nicht, uns gelingt alles, aber uns gelingt sehr viel, wenn wir es gemeinsam wollen und auch gemeinsam durchsetzen.

(Beifall)

Heiner Geißler, dem ich besonders dankbar bin für seinen beinahe bis zur Grenze des Physischen gehenden Einsatz an diesem Tag,

(Beifall)

hat gestern zu Recht und auch ausdrücklich in meinem Namen gesagt: Die Leitsätze, das ist nicht irgendein Papier, es müssen die notwendigen Taten und politischen Entscheidungen folgen. Wir werden das tun, was möglich und finanzierbar ist: Der Weg ist klar vorgezeichnet.

Dieser Parteitag hat erneut die große Vitalität und Spontaneität unserer Partei unter Beweis gestellt. Wir haben uns in den großen, den zentralen Themen der Gesellschaft offen auseinandergesetzt. Wir haben kontrovers diskutiert und mit Mehrheit entschieden.

Liebe Freunde, die Kraft der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, das ist der Reichtum an Ideen, an Sachkompetenz, an Talenten und Persönlichkeiten und an Führungsfähigkeit. Wir haben in diesen drei Tagen viele Beispiele für diesen Reichtum, für diese ganz unverwechselbare Ausdrucksform und Selbstdarstellung unserer Partei erlebt. Und wir haben uns Lebensfreude und Humor bewahrt. Das gehört zu den großartigen Stärken der Union, und hier unterscheiden wir uns ganz erheblich von anderen. Es ist ein Stück Zukunft, die dabei offenbar wird.

(Beifall)

Liebe Freunde, diese Kraft und Klarheit unserer Politik müssen wir möglichst vielen überall in der Bundesrepublik Deutschland nahebringen. Und wir müssen das jetzt vor allem vor dem Wahltag in Nordrhein-Westfalen hier an Rhein und Ruhr, bei den Menschen im Revier und überall in diesem Bundesland tun. Unser Ziel muß ganz einfach in dem Satz deutlich werden: Der nächste Ministerpräsident dieses Bundeslandes muß Bernhard Worms heißen!

(Beifall)

Meine lieben Freunde, es ist vorhin erwähnt worden, daß ich mich hier ganz besonders einsetze. Ich halte es für eine bare Selbstverständlichkeit, daß der

Bundesvorsitzende das tut. Es gibt mir auch die Chance, dann andere daran zu erinnern, daß sie das auch zu tun haben.

(Beifall)

Weil das so ist, will ich den zweiten Gesichtspunkt nicht unterschlagen: Ich gehe auch in diesen Wahlkampf mit der ganzen Entschlossenheit und der ganzen Möglichkeit meines persönlichen Einsatzes, weil ich einen Freund unterstützen will, weil ich *Bernhard Worms* in diesen Jahren kennengelernt habe als einen charakterfesten Mann, als einen Mann, auf dessen Wort man bauen kann.

(Beifall)

Wer das Auf und Ab eines politischen Lebens hinter sich gebracht hat oder mitten drin steht, der weiß, daß es nicht häufig ist, daß man das mit solcher Überzeugung sagen kann. Er ist politisch erfahren, kenntnisreich, er ist ein Mann, der Land und Leute kennt. Mit einem Wort: *Bernhard Worms* ist ein Mann, der Vertrauen verdient.

Deshalb: Helfen Sie alle mit, daß dieser Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen möglich ist, durchgesetzt wird, daß wir die Chance nutzen, daß die Menschen hierzulande ihre Zukunftschance erhalten. Nordrhein-Westfalen braucht diesen Wechsel, weil nur damit der notwendige Aufschwung ins Land kommt. Nordrhein-Westfalen braucht einen neuen Kapitän, der das Land in die Zukunft führt, damit man eben nicht nur rückwärts gewandt in die Vergangenheit schaut und leidvoll die Gegenwart betrachtet, sondern Zukunft für dieses Land schafft.

Liebe Freunde, ich sprach von Kleinmut. Lassen Sie es mich offen sagen: Lassen Sie sich von niemandem einreden, das sei alles ja schon entschieden und gelaufen. Die Wahl in diesem Land wird vom Wähler am Wahlsonntag entschieden. Um 18 Uhr werden die Urnen geschlossen, und dann ist die Wahl entschieden. Bis zu diesem Zeitpunkt werden wir um jede Stimme kämpfen.

(Beifall)

Da ich in vielen Jahren viele Wahlen und Wahlschlachten miterlebt habe, weiß ich, daß es immer eine bewährte Strategie unserer politischen Gegner und auch ihrer publizistischen Hilfstruppen war und übrigens bleiben wird, daß man möglichst schon vor der Wahl suggeriert, wie die Entscheidung ausgeht.

Blicken Sie knapp über zwei Jahre zurück, was wir im Januar 1983 alles über einen vermutlichen Wahlausgang am 6. März 1983 hören mußten. Wir haben diese Wahl in großartiger Weise gewonnen, mit 48,8 % der Stimmen das zweitbeste Wahlergebnis in der demokratischen Geschichte Deutschlands erreicht. Wir haben um jede Stimme gekämpft. Wir haben uns nicht beirren lassen, und genau das erwarte ich von jedermann in Nordrhein-Westfalen und in der Gesamtpartei für diese Wahl.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn ich sage, wir kämpfen um jede Stimme, dann heißt das genau das. Ich habe zu Beginn dieses Parteitages gesagt, wir haben nirgendwo und schon gar nicht hier in Nordrhein-Westfalen an irgend jemanden eine Stimme zu verschenken. Wir brauchen jede Stimme.

(Beifall)

Selten konnten wir vor einer Wahlentscheidung so überzeugend sagen: Wir kämpfen für eine gute Sache, weil der Wechsel selten so überfällig war, wie es hier in Nordrhein-Westfalen der Fall ist. Wer CDU wählt, der stimmt für unsere Politik der Zukunftssicherung, für mehr Beschäftigung, gegen die Arbeitslosigkeit im Revier.

Auch dazu noch ein sehr persönliches Wort. Für mich ist die Hilfe für die Arbeitslosen, für die jungen Leute, die keine Zukunft vor sich sehen, hier im Revier eine Selbstverständlichkeit. Als ich 16, 17, 18 Jahre alt war, in jenen schlimmen Zeiten nach dem Krieg - 40 Jahre zurück, vor der Währungsreform - war es für mich und für viele aus meiner Altersgruppe in einem anderen Teil unseres Vaterlandes ungeheuer eindrucksvoll, daß in der Stunde der Not, um dem Ganzen zu helfen, die Kumpels eingefahren sind, daß sie damals selbstverständlich für das Ganze da waren, daß man angesichts der Gefahren, die da von der damaligen Besatzungsmacht, von Demontage und von vielem anderen drohten, nie den Gedanken aufgegeben hat, daß man nicht nur für sich selbst, sondern daß man für das ganze Land in einer schwierigen Lage da war.

Es sind zwei Namen aus unserer Partei, die mir als damals ganz Jungem unvergeßlich sind: Karl Arnold als Ministerpräsident, als das Symbol dieses Landes im Wiederaufstieg aus dem Nichts, und der damalige Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands, ein junger Rechtsanwalt, Josef Hermann Dufhues, der die Prozesse führte, um die Arbeiter vor Militärgerichten zu verteidigen, die sich geweigert hatten, die Demontage durchzuführen.

(Beifall)

In diesen Tagen ist oft gesagt worden, die Solidarität sei keine Einbahnstraße. Wenn die bundesstaatliche Ordnung einen Sinn ergibt, dann ist es doch der, daß der Bund als Ganzes, in allen seinen Gliedern, mit allen seinen Ländern, mit allen seinen Gemeinden denen hilft, die Hilfe konkret brauchen. Natürlich Hilfe zur Selbsthilfe, Hilfe dazu, daß eine Regierung Bernhard Worms dieses Land umstrukturiert, daß Zukunftsinvestitionen möglich sind, daß die Menschen wieder Hoffnung haben und mit Recht stolz sind auf ihre Heimat, auf das Land, in dem sie leben.

Ich sage es noch einmal: Wer CDU wählt, stimmt für unsere Politik der Zukunftssicherung, für mehr Beschäftigung und kämpft gegen die Arbeitslosigkeit im Revier. Wer die Christlich Demokratische Union wählt, stimmt für eine Umweltpolitik, die Arbeitsplätze sichert und nicht abschafft oder in Gefahr bringt. Wer die CDU wählt, stimmt dafür, daß Nordrhein-Westfalen wieder an jenen Platz in der Spitze der deutschen Bundesländer zurückkehrt, den es viele Jahrzehnte unter der Führung der CDU selbstverständlich eingenommen hat.

(Beifall)

Liebe Freunde, was wir in Bonn eingeleitet haben, müssen wir jetzt auch in Düsseldorf schaffen: den wirtschaftlichen Aufschwung. Bei diesem Kampf darf keiner beiseite stehen. Ich bin sicher, lieber Bernhard Worms, du kannst dich darauf verlassen: Alle, die mittun können, werden dabei helfen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir sind damit am Ende unseres Parteitags in Essen angelangt. Es ist ein Parteitag gewesen, der die Gegenwart mitgestalten wird. Es ist ein Parteitag gewesen, auf dem wir ganz selbstverständlich Maß genommen haben für die Zukunft. Aber es ist auch ein Parteitag gewesen, der ganz selbstverständlich in der Geschichte der Union und damit in der Geschichte unseres eigenen Volkes steht.

Bei all dem, was uns in der Tagespolitik bedrückt und was wichtig, lebenswichtig ist: Wir vergessen zu keinem Zeitpunkt die geschichtliche Perspektive und den geschichtlichen Auftrag unserer Politik. Und so wollen wir auch am Ende dieses Parteitags unsere Landsleute drüben, jenseits der Mauer grüßen.

(Anhaltender Beifall)

Wir wollen den vielen, die uns in diesen Tagen in den Städten und Dörfern der DDR über die Medien gesehen haben, zurufen: Einheit der Nation - das bleibt für uns alle in Deutschland, aber vor allem für uns, die Christlich Demokratische Union, der Auftrag der Geschichte, der Auftrag unseres täglichen Tuns.

(Beifall)

In diesem Sinne, liebe Freunde, und aus diesem Geist heraus schließen wir den Parteitag mit dem Lied der Deutschen „Einigkeit und Recht und Freiheit“.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne)

Dr. Bernhard Worms, Tagungspräsidium: Der 33. Bundesparteitag der CDU Deutschlands ist geschlossen.

(Schluß des Parteitages: 12.15 Uhr)

ANHANG I

Beschlußprotokoll des 33. Bundesparteitages 19.-22. März 1984 - Essen

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
8. Bericht des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB
9. Bericht des Generalsekretärs der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundesminister Dr. Heiner Geißler MdB
10. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Alfred Dregger MdB
11. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Rudolf Luster MdEP
12. Bericht des Bundesschatzmeisters, Walther Leisler Kiep
13. Aussprache zu den Berichten
14. Bericht der Rechnungsprüfer
15. Entlastung des Bundesvorstandes
16. Bericht der Mandatsprüfungskommission
17. Wahl des Bundesvorstandes
 - 17.1 Bundesvorsitzender
 - 17.2 Generalsekretär
 - 17.3 Bundesschatzmeister
 - 17.4 7 Stellvertretende Bundesvorsitzende
 - 17.5 20 weitere Mitglieder des Bundesvorstandes

18. Wahl der Rechnungsprüfer
19. Begründung des Leitantrages Frauenpolitik
20. Aussprache
21. Verabschiedung des Leitantrages Frauenpolitik
22. Anträge
23. Antrag „Aufschwung in Nordrhein-Westfalen“
Beratung und Beschlußfassung
24. Schlußwort des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB

Zu TOP 2: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und bei Enthaltung der Betroffenen einstimmig gewählt:

Tagungspräsident:

Dr. Bernhard Worms

Beisitzer:

Christoph Böhr

Manfred Carstens

Siegfried Dübel

Jürgen Echternach

Leni Fischer

Rudolf Friedrich

Otti Geschka

Horst Günther

Minister Wilfried Hasselmann

Parl. Staatssekretär Irmgard Karwatzki

Norbert Königshofen

Marlene Lenz

Parl. Staatssekretär Peter Lorenz

Bernd Neumann

Dr. Rolf Olderog

Dr. Gerhard Rödding

Ingrid Roitzsch

Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel

Eva Wachter

Parl. Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt

Landtagsvizepräsidentin Rita Waschbüsch

Dr. Helga Wex

Minister Prof. Dr. Gerhard Zeitel

Zu TOP 3: Die vorstehende **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Bundesparteitag faßte in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen folgenden Beschluß:

Der 33. Bundesparteitag erklärt sein Einverständnis damit, daß alle bis Montag, den 4. März 1985, 24.00 Uhr, in der Bundesgeschäftsstelle der CDU eingegangenen Anträge als fristgemäß im Sinne des § 5 (1) der Geschäftsordnung der CDU angesehen werden.

Außerdem wurde einstimmig beschlossen, folgende Einreichungsfristen festzulegen:

Für Kandidatenvorschläge für die Wahl zum Bundesvorstand:
Mittwoch, 20. März 1985, 14.00 Uhr,
für Initiativanträge:
Mittwoch, 20. März 1985, 18.00 Uhr.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand eingesetzte Antragskommission wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und bei Enthaltung der Betroffenen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:

Bundesminister Dr. Heiner Geißler

Stellv. Vorsitzender:

Peter Radunski

Weitere Mitglieder:

Ursula Benedix-Engler

Christoph Brand

Minister Birgit Breuel

Roswitha Erlenwein

Senator Ulf Fink

Dr. Renate Hellwig

Staatssekretär Dr. Maria Herr-Beck

Barbara John

Peter Jungen

Parl. Staatssekretär Irmgard Karwatzki

Dr. Egon A. Klepsch

Ingeborg Knipper

Roland Koch

Dr. Norbert Lammert

Doris Pack

Hannelore Rönsch

Ingrid Roitzsch

Prof. Dr. Rita Süßmuth

Minister Barbara Schäfer

Heribert Scharrenbroich

Erwin Teufel

Christa Thoben

Roswitha Verhülsdonk

Staatsminister Friedrich Vogel

Parl. Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt

Heinrich Weiss

Zu TOP 5: In die **Mandatsprüfungskommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitzender:
Günter Meyer

Beisitzer:
Hans Terlinden
Karl Schumacher

Zu TOP 6: In die **Stimmzählkommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitzender:

Max Motek

Weitere Mitglieder:

Hans Joachim Woelke

Udo Abel

Heinz Allendorf

Günter Altmann

Carl Andresen

Alfons Ax

Detlev Bendel

Hubert Benning

Bernd Bentz

Georg Bockelmann

Klaus Borchert

Horst Brandes

Ewald Buchert

Manfred Dittmann

Hans Doll

Heinz-Jürgen

Engberding

Günther Feldhaus

Franz Feldmann

Karl-Heinz Fokken

Rudi Fuchs

Frieder Fundis

Gerd Gerhards

Otto Haan

Rainer Hascher

Gerhard Heinze

Arnold Hildebrand

Peter Hülzer

Ulrich Keiluweit

Willi Kierdorf

Aribert Kopnarski

Reinhold Krischel

Hans-Jürgen Kuhl

Wolfgang Kuhl

Gerhard Lais

Walter Lanzerath

Hans-Gerd Lelickens

Günther Lenk

Josef Lipke

Roland Mitschke

Wolfgang Müller

Walter Neukamm

Hans Joachim Nuss

Gerd Ozimek

Hans Joachim Pack

Gerhard Quast

Hans Rüdinger

Rudi Scheerer

Emil Schlag

Klaus-Peter Scholz

Detlef Schwinges

Stefan Stinner

Heinz Trippen

Reinhold Vatter

Hans-Jochen Wadewitz

Lothar Weicherding

Reinhard Weiss

Hubertus Wengler

Paul Westeppe

Gerhard Wichert

Josef Zollmann

Zu TOP 8/13: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Vorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 9/13: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Generalsekretärs, Bundesminister Dr. Heiner Geißler, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 10/13: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU- Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Alfred Dregger, zustimmend zur Kenntnis.

- Zu TOP 11/13:** Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Rudolf Luster, zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 12/13:** Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Bundesschatzmeisters, Walther Leisler Kiep, zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 14:** Der Bundesparteitag nahm den Bericht der Rechnungsprüfer zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 15:** Der Bundesparteitag erteilte dem Bundesvorstand auf Antrag der Rechnungsprüfer in offener Abstimmung bei Stimmenthaltung der Mitglieder des Bundesvorstandes einstimmig Entlastung für das Rechnungsjahr 1983.
- Zu TOP 16:** Die Mandatsprüfungskommission des 33. Bundesparteitages erstattete am Mittwoch, 20. März 1985, folgenden Bericht:
- „Herr Präsident, meine Damen und Herren,
die von Ihnen eingesetzte Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.
Es wurde festgestellt, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum Zeitpunkt des 33. Bundesparteitages weniger als 24 Monate im Amt waren.
Die entsprechenden Wahlprotokolle einschließlich der Erklärungen der jeweils zuständigen Parteigerichte liegen vollständig bei den Akten der Bundesgeschäftsstelle.
Nach § 28 des Bundesstatuts besteht der Bundesparteitag aus 750 voll stimmberechtigten Delegierten der Landesverbände und dem ebenfalls voll stimmberechtigten Ehrenvorsitzenden. Die Exil-CDU entsendet 30 nicht voll stimmberechtigte Delegierte.
Die Mandatsprüfungskommission hat eine Erklärung des Leiters der Abteilung Verwaltung der Bundesgeschäftsstelle entgegengenommen, daß alle Landesverbände die nach § 22 Abs. 2 des Statuts für die Anerkennung des Stimmrechts erforderlichen Beiträge an die Bundespartei abgeführt haben.
- Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 16.45 Uhr von den 751 voll stimmberechtigten Mitgliedern des Bundesparteitages 748 anwesend.
- Von den 30 Delegierten der Exil-CDU waren zum gleichen Zeitpunkt 30 anwesend.
- Der Parteitag ist beschlußfähig.“
- Der Bundesparteitag nahm diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 17:** Wahl des Bundesvorstandes
- 17.1 Wahl des Bundesvorsitzenden

Es wurde gewählt:
Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl
Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 727
Enthaltungen: 15
Ungültig: -
Gültige Stimmen: 712
Ja: 667
Nein: 45

17.2 Wahl des Generalsekretärs
Es wurde gewählt:
Bundesminister Dr. Heiner Geißler
Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 725
Enthaltungen: 13
Ungültig: 1
Gültige Stimmen: 711
Ja: 677
Nein: 34

17.3 Wahl des Bundesschatzmeisters
Es wurde gewählt:
Walther Leisler Kiep
Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 652
Enthaltungen: 6
Ungültig: -
Gültige Stimmen: 646
Ja: 626
Nein: 20

17.4 Wahl der 7 Stellvertretenden
Bundesvorsitzenden
Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 700
Enthaltungen: -
Ungültig: 4
Gültige Stimmen: 696

Für die Wahl sind jeweils mindestens 349
Stimmen erforderlich.

Es wurden gewählt:

1. Dr. Norbert Blüm 560
2. Dr. Gerhard Stoltenberg 547
3. Dr. Bernhard Worms 532
4. Dr. Ernst Albrecht 436
5. Lothar Späth 428
6. Dr. Hanna-Renate Laurien 427
7. Dr. Walter Wallmann 399

Wahlergebnis des nichtgewählten Kandidaten:
Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf 334

17.5 Wahl der 20 weiteren Mitglieder des
Bundesvorstandes

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 728
Enthaltungen: -
Ungültig: 8
Gültige Stimmen: 720

Für die Wahl sind jeweils mindestens 361
Stimmen erforderlich.

Es wurden im 1. Wahlgang gewählt:

1. Eberhard Dieppen 699
2. Dr. Bernhard Vogel 661
3. Elmar Pieroth 586
4. Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf 584
5. Dr. Manfred Wörner 578
6. Wilfried Hasselmann 569
7. Heinrich Windelen 536
8. Birgit Breuel 528
9. Dr. Helga Wex 523
10. Dr. Renate Hellwig 483
11. Dr. Horst Waffenschmidt 481
12. Werner Scherer 479
13. Ulf Fink 472
14. Erwin Teufel 456
15. Matthias Wissmann 447
16. Prof. Dr. Gerhard Zeitel 421
17. Christoph Böhr 418
18. Roswitha Verhülsdonk 409
19. Christa Thoben 404
20. Dr. Christian Schwarz-Schilling 399

Wahlergebnis der nichtgewählten Kandidaten:

1. Friedrich Vogel 378
2. Albrecht Martin 359
3. Freddy Götte 322
4. Hans-Peter Schmitz 312

Zu TOP 18: Die bisherigen Rechnungsprüfer Erik Blumenfeld und Alphons Herten wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und bei einigen Enthaltungen für die Jahre 1985 bis 1987 wiedergewählt.

Zu TOP 19/20/21: Der Bundesparteitag faßte nach eingehender Aussprache über den Leitantrag des Bundesvorstandes „Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“ in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

- Anträge allgemeiner Art und Anträge auf Umstellung oder Einfügung von Kapiteln im Antrag des Bundesvorstandes.
- Ablehnung von A1
 - Erledigung von A2 durch Beschlußfassung zu A9
 - Ablehnung von A3

- Erledigung von A4 durch Annahme von C8
- Ablehnung von A5
- Ablehnung von A6
- Erledigung von A7 durch Annahme von G2
- Annahme von A8 in Verbindung mit (i.V.m.) C1, C2 und C112 in der Fassung (i.d.F.) der Antragskommission
- Annahme von A9 und A11 i.V.m. B6 i.d.F. der Antragskommission
- Ablehnung von A10

Anträge zum Kapitel I „Präambel“ (Ziffern 1 - 5)

Ziffer 1

- Annahme von B1, B4 und B5 i.d.F. der Antragskommission dadurch Erledigung von B2 und B7
- Ablehnung von B6 bzw. Erledigung durch Beschlußfassung zu Ziffern 1 - 5 und 12a
- Ablehnung von B3 und B8

Ziffer 2

- Annahme von B9
- Ablehnung von B10 - B14

Ziffer 3

- Annahme von B15 - B17, B19 und B21 i.d.F. der Antragskommission
- Erledigung von B20 durch Beschlußfassung zu Ziffer 9
- Ablehnung von B18

Ziffer 4

- Annahme von B22 - B25 und B31 i.d.F. der Antragskommission
- Ablehnung von B26 und B27

Ziffer 5

- Annahme von B28
- Annahme von B29 i.V.m. D13 - D16 i.d.F. der Antragskommission
- Ablehnung von B30

Anträge zum Kapitel II „Frauen in Beruf und Familie“ (Ziffern 6 - 21)

Ziffer 6

- Annahme von A8, C1, C2 und C112 i.d.F. der Antragskommission
- dadurch Erledigung von C4 und C7
- Ablehnung von C3, C5 und C6

Ziffer 7

- Annahme von C8
- dadurch Erledigung von C9 und C10
- Erledigung von C11 durch Beschlußfassung zu Ziffer 3 i.d.F. der Antragskommission

Ziffer 8

- Annahme von C12
- Ablehnung von C13 - C18

Ziffer 9

- Annahme von C19 und C23 i.d.F. der Antragskommission
- dadurch Erledigung von B20, C20, C21 und C25
- Ablehnung von C22

Ziffer 10

- Annahme von C26 und C33 i.d.F. der Antragskommission
- dadurch Erledigung von C27, C29 - C31, C34, C35 und C38
- Erledigung von C36 durch Beschlußfassung zu Ziffer 15 i.d.F. der Antragskommission
- Überweisung von C39 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung von C28, C32, C37, C40, C111 und C114

Ziffer 11

- Annahme von C41, C44, C46 und C47 i.d.F. der Antragskommission
- dadurch Erledigung von C48
- Erledigung von C42 durch Annahme von E8
- Überweisung von C43, C45, C46 (Spiegelstriche) und C50 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung von C49

Ziffer 12

- Annahme von C51 und C55 i.d.F. der Antragskommission
- überweisung von C52 - C54 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung von C56

Ziffer 13

- Annahme von C57 und C59 i.d.F. der Antragskommission
- dadurch Erledigung von C60 - C62, C64 und C65
- Überweisung von C58, C63, C67 und C69 an den Bundesauschuß der CDU
- Ablehnung von C66

Ziffer 14

- Annahme von C68 und C70 i.d.F. der Antragskommission
- Überweisung von C72 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung von C71

Ziffer 15

- Annahme von C73 und C79 i.d.F. der Antragskommission
- dadurch Erledigung von C36
- Überweisung von C75 und C77 an den Bundesausschuß der CDU
- Ablehnung von C74, C76, C78 und von C80 - C82

Ziffer 16

- Annahme von C83
- Ablehnung von C84 - C86

Ziffer 17

- Annahme von C87 , C95 und C115 i.d.F. der Antragskommission
- Erledigung von C94 durch Beschlußfassung zu Ziffer 10
- Überweisung von C88, C91 und C93 (letzter Absatz) an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung von C89, C90, C92 und C113

Ziffer 18

- Annahme von C96 und C97 i.d.F. der Antragskommission
- Ablehnung von C98

Ziffer 19

- Annahme von C99, C101 und G43 i.d.F. der Antragskommission
- Erledigung von C100 durch Beschlußfassung zu Ziffern 20 und 21

Ziffer 20

- Annahme von C102 i.d.F. der Antragskommission
- dadurch Erledigung von C103
- Ablehnung von C104 und C105

Ziffer 21

- Annahme von C106
- dadurch Erledigung von C107 und C108
- Ablehnung von C109 und C110

Anträge zum Kapitel III „Frauen im Berufsleben“ (Ziffern 22 - 30)

Ziffer 22

- Annahme von D1 - D4 und D6 i.d.F. der Antragskommission

- Ablehnung von D5

Ziffer 23

- Annahme von D7 und D50 i.d.F. der Antragskommission
- Ablehnung von D8 und D9

Ziffer 24

- Annahme von D10
- Ablehnung von D11 und D12

Ziffer 25

- Annahme von B29, D13 - D16 i.d.F. der Antragskommission
- dadurch Erledigung von D18
- Ablehnung von D17

Ziffer 26

- Annahme von D19, D21 und D24 i.d.F. der Antragskommission
- Erledigung von D21 durch Beschlußfassung zu Ziffern 19 - 21 und 28
- Überweisung von D20 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung von D22 und D23

Ziffer 27

- Annahme von D25 und D26 i.d.F. der Antragskommission
- Ablehnung von D27

Ziffer 28

- Annahme von D28 - D30, D32 und D34 i.d.F. der Antragskommission
- dadurch Erledigung von D33 und D36
- Ablehnung von D31 und D35

Ziffer 29

- Annahme von D37, D39, D40 und D42 i.d.F. der Antragskommission
- dadurch Erledigung von D43
- Ablehnung von D38 und D41

Ziffer 30

- Annahme von D44 und D49 i.d.F. der Antragskommission
- Erledigung von D47 durch Beschlußfassung zu Ziffer 27
- Überweisung von D45 und D46 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung von D48

Anträge zum Kapitel IV „Frauen in Politik und Gesellschaft“
(Ziffern 31 - 43)

Ziffer 31

- Annahme von E2 und E4 i.d.F. der Antragskommission
- Erledigung von E7 durch Beschlußfassung zu Ziffer 5
- Ablehnung von E3, E5 und E6

Ziffer 32

- Annahme von E8 und E9 i.d.F. der Antragskommission
- Ablehnung von E10 und E11

Ziffer 33

- Annahme von E12
- Ablehnung von E13 - E17

Ziffer 34

- Annahme von E18 und E19 i.d.F. der Antragskommission
- dadurch Erledigung von E20 - E24
- Ablehnung von E25

Ziffer 35

- Annahme von E26, E27, E30 und E31 i.d.F. der Antragskommission
- Ablehnung von E28, E29, E32, E33 - E35

Ziffer 36

- Annahme von E36
- dadurch Erledigung von E37
- Ablehnung von E38 und E39

Ziffer 37

- Annahme von E40 i.d.F. der Antragskommission
- Ablehnung von E41 und E42

Ziffer 38

- Annahme von E43
- Ablehnung von E44 - E46

Ziffer 39

- Annahme von E47 i.d.F. der Antragskommission
- Ablehnung von E48 - E52

Ziffer 40

- Annahme von E53
- Ablehnung von E54 - E57

Ziffer 41

- Annahme von E58
- Überweisung von E59 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung von E60 - E63

Ziffer 42

- Annahme von E64 i.d.F. der Antragskommission
- dadurch Erledigung von E66
- Ablehnung von E65, E67 und E68

Ziffer 43

- Annahme von E76
- Ablehnung von E69 - E75

In der Schlußabstimmung wurde der Leitantrag „Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“ in offener Abstimmung mit sehr großer Mehrheit bei einer Gegenstimme und ohne Enthaltungen angenommen. Die endgültige Fassung des beschlossenen Leitantrages ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 33. Bundesparteitages.

Zu TOP 22: Der Bundesparteitag faßte in offener Abstimmung über die sonstigen Anträge folgende Beschlüsse:

- Erledigung von F1 durch Annahme von G1
- Annahme von G1 i.d.F. der Antragskommission
- Annahme von G2
- sachliche Erledigung von G3 durch entsprechende Maßnahmen der Bundesregierung in 1983
- Überweisung von G4 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von G5 und G6 i.d.F. der Antragskommission
- Annahme von G7 und Überweisung von G8 - G12 an den Bundesvorstand der CDU
- Überweisung von G13 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Erledigung von G14 durch eine entsprechende Maßnahme der Deutschen Bundespost im Mai 1985
- Erledigung von G15 und G16 durch Annahme von G44
- Annahme von G17 i.d.F. der Antragskommission
- Überweisung von G18 an den Bundesfachausschuß Sozialpolitik der CDU
- Annahme von G19 i.d.F. der Antragskommission
- Ablehnung von G20
- Erledigung von G21 durch die parlamentarischen Beratungen des Arbeitsförderungsgesetzes

- Annahme von G22
- Überweisung von G23 - G25 an den Bundesausschuß der CDU
- Überweisung von G26 an den Bundesvorstand der CDU
- Ablehnung von G27
- Annahme von G28, jedoch mit ersatzloser Streichung der Ziffern 4 und 5 dieses Antrags
- Annahme von G29 i.d.F. der Antragskommission
- Annahme von G30 i.d.F. der Antragskommission
- Ablehnung von G31
- Annahme von G32 i.d.F. der Antragskommission
- Erledigung von G33 durch die Beschlußfassung zu Ziffer 4.2 des „Programms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ vom 20.2.1984
- Annahme von G34 i.d.F. der Antragskommission
- Überweisung von G35 an den Bundesvorstand der CDU und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von G36 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von G37 i.d.F. der Antragskommission
- Annahme von G38 i.d.F. der Antragskommission
- Annahme von G39 (1. und 2. Spiegelstrich) und Überweisung von G39 (3. und 4. Spiegelstrich) an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament
- Annahme von G40
- Ablehnung von G41
- Annahme von G42
- Annahme von G43 i.d.F. der Antragskommission
- Annahme von G44, dadurch Erledigung von G15 und G16
- Annahme von G45
- Annahme von G46

Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 33. Bundesparteitages.

Zu TOP 23:

Der Bundesparteitag nahm in offener Abstimmung einstimmig ohne Enthaltungen und ohne Gegenstimmen die Essener Erklärung

„Wir geben Nordrhein-Westfalen wieder eine Zukunft“ nach ausführlicher Aussprache an.

Die endgültige Fassung des angenommenen Antrages ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 33. Bundesparteitages.

ANHANG II: BESCHLÜSSE

LEITSÄTZE DER CDU FÜR EINE NEUE PARTNERSCHAFT ZWISCHEN MANN UND FRAU

I. Präambel

1. Das christliche Verständnis vom Menschen und die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, die nach dem Grundsatzprogramm Grundlage christlich-demokratischer Politik sind, fordern die Gleichberechtigung von Frau und Mann. Die immer noch bestehende Benachteiligung vieler Frauen im Lebensalltag widerspricht dem Auftrag des Grundgesetzes und ist mit den Prinzipien christlich-demokratischer Politik nicht vereinbar. Ohne den Sachverstand und die Kreativität der Frauen kann unsere Gesellschaft die Herausforderungen nicht bestehen, die an eine moderne und humane Industrienation gestellt werden. Die CDU ist davon überzeugt, daß das Ziel einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht nur erreicht werden kann, wenn Frauen auf allen Ebenen und in allen Bereichen an verantwortlicher Stelle mitwirken. Die Verwirklichung der Gleichberechtigung und ein neues Verständnis von Partnerschaft zwischen Mann und Frau sind dafür die Voraussetzungen. Partnerschaft bedeutet, daß Mann und Frau sich gegenseitig in ihrem Eigenwert anerkennen, füreinander verantwortlich sind und ihre Aufgaben innerhalb und außerhalb der Familie gleichberechtigt vereinbaren.

2. In den letzten Jahrzehnten sind erhebliche Fortschritte zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau gemacht worden. Die Frauenbewegung hat daran einen entscheidenden Anteil. Die CDU hat auf ihrem Mannheimer Parteitag 1975 wesentliche Forderungen zur rechtlichen und sozialen Gleichstellung der Frau beschlossen, die sie jetzt als führende Regierungspartei verwirklicht. Die CDU als die große deutsche Volkspartei setzt sich zum Ziel, die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau im Lebensalltag bis zum Ende dieses Jahrhunderts im wesentlichen zu erreichen. Die CDU wird dafür die rechtlichen und sozialen Bedingungen schaffen. Der Gesetzgeber kann aber nicht alles bewirken, denn Gleichberechtigung muß gelebt werden. Die Mitglieder der CDU sollen darin ein Beispiel geben.

Christlich-demokratische Politik will Wahlfreiheit für Frauen und Männer. Sie will die Voraussetzungen dafür schaffen, daß ihnen in der Arbeitswelt, in der Familie und im gesellschaftlichen Bereich die gleichen Möglichkeiten zur Gestaltung ihres Lebens offenstehen.

3. In dauerhafter gegenseitiger Bindung sollen Eltern verlässliche Partner der Kinder sein und in ihnen das Vertrauen in eine verlässliche Familiengemeinschaft stärken. Wer sich für Kinder entscheidet, übernimmt für sie Verantwortung und Pflichten, denen er sich nicht entziehen darf. Eltern tragen gemeinsam und in gleichem Maße die Verantwortung für ihre Kinder. Sie tragen beide bereits Verantwortung für das ungeborene Leben. Partnerschaft bewährt sich auch darin, wie Eltern die Aufgaben der Erziehung, der Haushaltsführung, der Betreuung älterer Familienangehöriger und der Erwerbstätigkeit unter sich aufteilen.

Die einseitige Zuweisung von Rationalität und fachlicher Leistung zum Beruf und die einseitige Zuweisung von sozialen Tugenden und persönlicher Zuwendung zur Familie ist überholt. Rationalität, fachliche Leistung, soziale Tugenden und persönliche Zuwendung werden im Berufsleben und in der Familie gleichermaßen verlangt. Eine ganzheitliche Entfaltung der Persönlichkeit wird begünstigt, wenn Jungen und

Mädchen in der Familie und in der Ausbildung, wenn Männer und Frauen in Ehe und Beruf die Anforderungen und Bedingungen beider Bereiche erleben. So wird auch partnerschaftliches Verhalten gefördert.

In den letzten Jahren ist ein neues Bewußtsein bei Männern und Frauen gewachsen, das herkömmliche Rollenverteilungen überwinden möchte. Gerade in jungen Familien findet sich zunehmend der Wunsch nach Kindern. Dabei ist es für junge Ehepaare dann selbstverständlich, daß beide, Frau und Mann, sich um die Erziehung der Kinder kümmern. Viele junge Frauen und Männer sind bereit, zugunsten der Kinder auf Vieles zu verzichten. Die Bedeutung der Familie wird von immer mehr jungen Menschen wiederentdeckt. Ehe und Familie beinhalten weit mehr als die Verteilung unterschiedlicher Rollen von Mann und Frau. Ehe und Familie sind wichtiger Ort emotionaler Zuwendung. In einer weitgehend funktionalisierten Gesellschaft erleben viele Menschen emotionale Beziehungen vorwiegend nur noch hier. Liebe, Einfühlsamkeit und Verantwortungsbewußtsein von Mann und Frau füreinander bilden die Grundlagen der gemeinsamen Lebensgestaltung.

4. Die CDU lehnt eine Politik ab, die Frauen oder Männer auf bestimmte Rollen festlegt oder die Unterschiede zwischen Mann und Frau nicht wahrhaben will. Das Kind braucht die Zuwendung der Eltern. Vater und Mutter sind nicht beliebig austauschbar. Die Tätigkeit und Aufgabe in der Familie und die Erziehung der Kinder sind unverzichtbar und von einem besonderen Wert.

Die CDU tritt für die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Erwerbsleben ein, aber sie kämpft ebenso für die Gleichberechtigung zwischen der nicht erwerbstätigen und der erwerbstätigen Frau und Mutter. Es ist der Ausdruck eines überholten Denkens, die Aufgaben der Frau auf die der Mutter und Hausfrau und die Aufgaben des Mannes auf die der Erwerbstätigkeit beschränken zu wollen. Es ist der Fehler von Sozialisten, den Wert des Menschen einseitig von seiner beruflichen Tätigkeit abhängig zu machen. Es ist der Fehler von radikalen Feministinnen, sich in einen männerfreien Schonraum zurückzuziehen und vom Matriarchat zu träumen. Ein Kampf der Geschlechter, in dem die eine Seite gewinnt, was die andere verliert, kann ebensowenig die Lösung sein, wie die Verordnung eines starren Leitbildes, nach dem Frauen und Männern die Gestaltung ihres persönlichen Lebensweges vorge-schrieben wird.

5. Ohne eine Änderung im Bewußtsein und Verhalten von Männern und Frauen ist Gleichberechtigung im Lebensalltag nicht zu erreichen. Alle in unserer Gesellschaft müssen wissen, daß dieses Ziel nur dann erreicht wird, wenn sie es als eigene Aufgabe begreifen und sich persönlich engagieren. Das gleiche gilt für die großen und starken gesellschaftlichen Gruppen. Wenn sich einerseits wesentlich mehr Frauen in politischen Parteien, in Medien und Verbänden engagieren und wenn andererseits wesentlich mehr Männer im Haushalt und in der Familie mehr Aufgaben übernehmen, ist Gleichberechtigung leichter zu verwirklichen. Frauen und Männer müssen dazu bessere Chancen erhalten; sie müssen aber die gegebenen Chancen auch besser nutzen als bisher.

II. Frauen in Beruf und Familie

6. Die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten tiefgreifend verändert. Vom gesellschaftlichen Wandel sind vor allem auch die Frauen betroffen. Berufliche Ausbildung und Erwerbstätigkeit sind heute fester Bestandteil der Lebensgestaltung junger Frauen. Die meisten entscheiden

sich nicht mehr ausschließlich für die Familie oder die Erwerbstätigkeit, sondern wollen beides miteinander verbinden. Besondere Chancen und Herausforderungen eröffnen sich für die Frauen im Mittelstand, die als selbständige Unternehmerin, als mithelfende Familienangehörige oder als angestellte Führungskraft tätig sind. Der gewerbliche und freiberufliche Mittelstand verdankt seine Flexibilität und Leistungskraft sowie seine Wettbewerbsfähigkeit zu einem erheblichen Teil den mitarbeitenden Ehepartnern, die neben ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter zugleich auch die Funktion und Rolle der Unternehmerin, der Mitunternehmerin oder mitarbeitenden Partnerin im gemeinsamen Betrieb oder in der gemeinsamen Praxis übernehmen. Die Doppelrolle der Frauen im Mittelstand gibt ihnen nicht nur die doppelte Möglichkeit der Selbstverwirklichung, sondern auch eine doppelte Zufriedenheit.

Der Anteil der verheirateten Frauen an den Erwerbstätigen hat sich in den letzten Jahrzehnten verdoppelt, der Anteil der erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter 15 Jahren hat sich verdreifacht. Frauen arbeiten heute nicht nur deshalb, weil sie einen Beitrag zum Lebensunterhalt der Familie leisten müssen. Sie wollen in der Regel arbeiten, weil sie Freude an der Tätigkeit und am Kontakt zu anderen Menschen haben, weil sie sich eine eigenständige soziale Sicherung erarbeiten und sich ein Mindestmaß an Unabhängigkeit sichern wollen.

7. Eine wichtige Voraussetzung für die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau ist die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Arbeit im Beruf und der Arbeit in der Familie. Viele Frauen und zunehmend auch Männer sind eine Zeit lang nicht erwerbstätig, weil sie sich ganz ihrer Familie widmen wollen. Hausarbeit und Kindererziehung sind für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Die CDU tritt dafür ein, daß die Arbeit in der Familie entsprechend anerkannt und sozial abgesichert wird. Es ist die freie Entscheidung von Ehepartnern, wie sie Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Kindererziehung unter sich aufteilen, ohne daß von außen bestimmte Aufgaben dem Mann oder der Frau zugeordnet werden.

Ehe und Familie

8. Das Grundgesetz verpflichtet den Staat zum besonderen Schutz von Ehe und Familie. Die Ehe ist auf Dauer angelegt und gibt den Ehepartnern und ihren Kindern Halt, Geborgenheit und verlässliche Lebensbedingungen. Partnerschaft und Gleichberechtigung in der Ehe sind heute grundlegende Voraussetzungen für eine dauerhafte Ehegemeinschaft, weil sich die Erwartungen an die Ehe geändert haben. Nichteheliche Lebensgemeinschaften können die Institution der Ehe nicht ersetzen.

9. Während junge Menschen die Ehe zunehmend nicht mehr als Bedingung für ein Zusammenleben ansehen, sehen sie die Ehe nach wie vor als die Voraussetzung für eine Familie an. Die Familie ist als Lebens- und Erziehungsgemeinschaft der erste und wichtigste Ort individueller Geborgenheit und Sinnerfahrung. Jedes Kind hat ein Recht auf persönliche Zuwendung, Begleitung und Liebe seiner Eltern. Diese Zuwendung kann ihm nur gegeben werden, wenn Mutter und Vater sich ihrem Kind vor allem in den ersten Lebensjahren intensiv widmen. Kinder sind eine Bereicherung des Lebens, die nicht mit finanziellen Maßstäben gemessen werden kann. Wenn jedoch ein Elternteil auf eine Erwerbstätigkeit verzichtet, nimmt die Familie berufliche und materielle Nachteile in Kauf. Eine Aufgabe der Familienpolitik ist es, soziale Nachteile und finanzielle Einbußen der Familie im Rahmen der Möglichkeiten auszugleichen.

10. Mit den Beschlüssen über ein Erziehungsgeld ab 1986 und der Anrechnung von

Erziehungszeiten in der Rentenversicherung ist eine langjährige Forderung der CDU eingelöst und ein erster wichtiger Beitrag zur Anerkennung der Arbeit in der Familie geleistet worden.

Demjenigen Elternteil, der sich vorrangig der Betreuung und Erziehung des Kindes widmet, muß nach dem Jahr, in dem Erziehungsgeld oder Erziehungsurlaub in Anspruch genommen wird, die Rückkehr in das alte Beschäftigungsverhältnis ermöglicht werden. In den dazu notwendigen gesetzlichen Regelungen müssen die Möglichkeiten befristeter Arbeitsverträge für Ersatzkräfte auf Dauer garantiert und für kleinere Unternehmen Bestimmungen in Anlehnung an das Arbeitsplatzschutzgesetz getroffen werden, um so den betriebsbedingten Notwendigkeiten Rechnung tragen zu können.

Die geltenden arbeitsrechtlichen Schutzbestimmungen für den Mutterschaftsurlaub bleiben unberührt.

Die Eltern sollen frei entscheiden, wer von beiden beim Kind bleibt und das Erziehungsgeld erhält. Teilzeitarbeit beim bisherigen Arbeitgeber sollte dem Elternteil, der das Erziehungsgeld erhält, bis zu einer Grenze von 20 Stunden pro Woche möglich sein. Auf Sozialleistungen wie Sozialhilfe und Wohngeld darf das Erziehungsgeld nicht angerechnet werden.

Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld dürfen nicht zu Nachteilen bei der sozialen Sicherung führen. Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung, die Erziehungsgeld in Anspruch nehmen, werden für diese Zeit beitragsfrei in der gesetzlichen Krankenversicherung weiterversichert. Um Nachteile in der Arbeitslosenversicherung auszuschließen, erweitert sich die Rahmenfrist um die Zeitdauer, in der Erziehungsgeld bezogen wird.

11. Viele Frauen werden nicht nur als Mutter gefordert, sondern pflegen und betreuen zugleich betagte Eltern und pflegebedürftige Angehörige. Diese Leistung wird von der Gesellschaft noch zu wenig gewürdigt.

Um die Frauen zu entlasten, sollen sich die Männer an dieser Aufgabe beteiligen. Hindernisse für eine partnerschaftliche Teilung der Aufgabe der Pflege müssen abgebaut werden. Familien, die einen Pflegebedürftigen zu Hause versorgen möchten, muß so geholfen werden, daß sie dies auch dauerhaft tun können. Ambulante Versorgung hat grundsätzlich Vorrang vor einer stationären. Die Pflege in der häuslichen Umgebung ist in der Regel menschlicher und sinnvoller, weil der Pflegebedürftige weiter in der gewohnten Umgebung leben kann und seine bisherigen sozialen Bindungen erhalten bleiben. Sozialstationen können die Angehörigen bei solchen Betreuungsaufgaben unterstützen, zu denen diese selbst nicht in der Lage sind.

Um die Pflege in der familiären Umgebung zu ermöglichen, ist es außerdem notwendig,

- die personelle Situation in sozialen Diensten zu verbessern, indem dort dem Bedarf entsprechend zusätzliche Dauerarbeitsplätze eingerichtet werden;

- im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung die erforderliche Hilfe zu leisten, wenn eine betreuende Person die Pflege wegen Krankheit, Entbindung, Kur oder dringend zur eigenen Erholung notwendigem Urlaub nicht mehr fortsetzen kann;

- die Wohnungsbauförderung so zu verändern, daß die Aufnahme von Eltern nicht mehr an deren Einkommenshöhe scheitert;
- einem Bauherrn für jeden Eltern- oder Großelternanteil, den er in den Haushalt aufnehmen will, ein Familienzusatzdarlehen zu gewähren;
- den besonderen Aufwand für Familienangehörige durch steuerliche Entlastungen zu berücksichtigen.

12. Die Novellierung des Ehescheidungsfolgenrechts darf nicht die Rückkehr zum Schuldprinzip zur Folge haben und nicht einseitig zu Lasten eines Ehepartners gehen. Das Institut des Versorgungsausgleichs bleibt in der Substanz bestehen. Die in der Ehezeit von beiden Ehegatten erworbenen Anwartschaften und Ansprüche auf Alterssicherung müssen bei der Scheidung zur Hälfte auf beide Ehepartner aufgeteilt werden. Frauen und Männer, die wegen der Kindererziehung ihre Erwerbstätigkeit aufgegeben oder eingeschränkt haben, müssen sich auch nach einer Scheidung darauf verlassen können, daß ihnen keine zeitliche Begrenzung des Unterhaltes zugemutet wird und sie nicht auf den Arbeitsmarkt verwiesen werden.

Die Alleinstehenden

13. Immer mehr Frauen und Männer sind heute alleinstehend, sei es als Unverheiratete, sei es als Verwitwete oder als Geschiedene. Die Unabhängigkeit der alleinstehenden Frau ermöglicht es ihr in besonderem Maße, gesellschaftliche Aufgaben wahrzunehmen. Unsere Gesellschaft ist in vielen Bereichen auf die Mitwirkung der alleinstehenden Frauen angewiesen. Alleinerziehende leben mit Schwierigkeiten, die Familien mit Kindern zwar auch haben, die bei ihnen aber gravierender und massiver auftreten. Sie haben finanzielle Probleme, Wohnprobleme und Zeitprobleme. Sie leiden oft unter der Geringschätzung durch die Gesellschaft. Häufig ist das Ansehen der Alleinerziehenden niedriger als das von Ehepartnern, und zwar unabhängig davon, ob die Lebenssituation freiwillig gewählt oder schicksalhaft auferlegt wurde. Die Verwitweten, Geschiedenen oder Ledigen bedürfen als Alleinerziehende in besonderem Maß der Solidarität und des Verständnisses ihrer Umgebung und der Gesellschaft. Familien, die - aus welchen Gründen auch immer - nur einen Elternteil haben, dürfen nicht isoliert und benachteiligt werden.

Die Situation der älteren Frauen

14. Der Anteil der Frauen über 60 Jahre wird weiter ansteigen. Die Erfahrungen und Leistungen älterer Frauen werden in unserer Gesellschaft zu wenig geschätzt und genutzt. Wir brauchen mehr Begegnung und Austausch zwischen den Generationen, um mehr gegenseitige Achtung und Verständnis für die unterschiedlichen Lebenssituationen zu entwickeln. Es muß vordringliche Aufgabe sein, den älteren Frauen ihre Selbständigkeit zu erhalten und ihr Selbstbewußtsein zu stärken. Aktivität, Lebensfreude und Sinnerfüllung können auch im Alter gefunden werden.

Ziel aller Maßnahmen zur Verbesserung der Situation älterer Mitbürger ist es, ihnen einen sinnerfüllten Lebensabend zu ermöglichen. Dazu können ein erweitertes Bildungsangebot, zum Beispiel von Volkshochschulen und Universitäten, für Seniorinnen und Senioren sowie die Förderung von Selbsthilfegruppen beitragen. Dies erleichtert älteren Frauen, das Alter als einen neuen Lebensabschnitt zu begreifen, in dem sie ihre Interessen und Lebensziele verwirklichen können; in dem sie ihre Erfahrungen in einer ehrenamtlichen Tätigkeit oder einem sozialen Engagement

auch nutzen und so die gesellschaftlichen Verhältnisse aktiv mitgestalten können.

Ausländische Frauen und Mädchen

15. Ausländische Frauen und Mädchen aus fremden Kulturkreisen haben es oft schwerer als deutsche Frauen, ihr Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Dies gilt insbesondere für die Nichterwerbstätigen unter ihnen. Weil die ausländischen Männer in der Regel die Kontakte außerhalb der Familie wahrnehmen, sind ihre Frauen oft sozial isoliert. Für ausländische Mädchen kommt erschwerend hinzu, daß sie oft die Vorstellungen der Eltern mit ihrer eigenen Lebensplanung nur schwer vereinbaren können.

Bildungs- und Freizeitangebote sollen dazu beitragen, die Isolierung ausländischer Frauen schrittweise zu überwinden und ihnen mehr Selbständigkeit zu ermöglichen. Frauentreffpunkte oder Kurse ausschließlich für Frauen und Mädchen sind besonders geeignet, weil solche Einrichtungen auch von ihren Familien akzeptiert werden. Ausländische Frauen wenden sich mit ihren Problemen eher an ihre Landsleute als an deutsche Beratungsstellen. In bestimmten Beratungsstellen sollten deshalb mehr ausländische Fachkräfte arbeiten.

Die geltenden Bestimmungen des Ausländerrechts schaffen ungewollte Härten für später zugezogene Ehefrauen und Kinder, wenn es zur Trennung, Scheidung oder zum Tod des Ehepartners kommt. Das Ausländerrecht muß mit dem Ziel geändert werden, daß in diesen Fällen nicht mehr zwangsläufig die betroffene Frau ausgewiesen wird.

Gleichwertigkeit der Arbeit in Beruf und Familie

16. Wir brauchen ein neues Verständnis von Arbeit. Arbeit ist nicht nur Arbeit, und Leistung ist nicht nur Leistung, wenn sie im Rahmen der Erwerbsarbeit erbracht werden. Arbeit gibt es nicht nur im Erwerbsleben, sondern auch in der Familie, im sozialen Dienst und im öffentlichen Leben. Die Arbeit in diesen Bereichen ist derjenigen im Beruf gleichwertig und muß deshalb entsprechend ihrer gesellschaftlichen Bedeutung anerkannt werden.

Ein wichtiger Beitrag dazu wurde von der Bundesregierung mit den Beschlüssen über das Erziehungsgeld und die Anrechnung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung geleistet. Der Zeitraum für das Erziehungsgeld soll in der Zukunft stufenweise ausgeweitet werden.

Um die Gleichwertigkeit der Arbeit im Beruf und in der Familie zu dokumentieren, sollten bis 1987 vom Statistischen Bundesamt Kriterien für die Bewertung der Tätigkeiten in Haushalt und Familie entwickelt und die Ergebnisse in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gesondert ausgewiesen werden.

Vereinbarkeit der Arbeit in Beruf und Familie

17. Um den Preis der Doppelbelastung und unter Verzicht auf Gleichberechtigung im Berufsleben haben Frauen bisher versucht, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Noch werden Hausarbeit und Kinderbetreuung weitgehend von den Frauen geleistet, nicht zuletzt deshalb, weil es oft an der Bereitschaft der Männer mangelt, zu Hause partnerschaftlich mitzuarbeiten. Außerdem fehlen die rechtlichen und sozialen Voraussetzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Die partnerschaftliche Arbeitsteilung ist eine Grundvoraussetzung zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Mann und Frau. Immer mehr junge Männer wollen, daß ihnen der Lebens- und Wirkungsbereich der Familie ebenso wie die Erwerbstätigkeit offensteht, was auch den Wünschen und Bedürfnissen der Kinder entspricht. Frauen und Männer erleben jedoch, daß die geltenden starren Arbeitszeitstrukturen der Vereinbarkeit von Arbeit in Beruf und Familie entgegenstehen.

18. Die CDU fordert Arbeitgeber und Gewerkschaften auf, Arbeitszeiten und Arbeitsabläufe so flexibel zu gestalten, daß Väter und Mütter die Arbeit in Beruf und Familie besser vereinbaren können. Die Tarifparteien sollten Arbeitszeitverkürzungen und Teilzeitarbeitsplätze insbesondere solchen Beschäftigten anbieten, die kleine oder behinderte Kinder zu versorgen haben.

Die CDU fordert die Tarifpartner auf, Arbeitsplatzteilung und Teilzeitarbeit vermehrt anzubieten und vor allem qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze für Frauen und Männer zu schaffen. Bund und Länder sollen die Errichtung von Teilzeitarbeitsplätzen in der Wirtschaft fördern. Der öffentliche Dienst muß dabei vorbildlich sein und den Spielraum für Zeitverträge und Teilzeitarbeitsplätze, insbesondere im gehobenen und höheren Dienst nutzen. Teilzeitarbeit und andere Formen flexibler Arbeitszeit dürfen berufliches Fortkommen und soziale Sicherung nicht gefährden. Die Nachteile, die Teilzeitbeschäftigte bei tariflich vereinbarten Lohnzuschlägen und den gesetzlich festgelegten Sozialversicherungsbestimmungen heute noch haben, sind abzubauen.

Bei Arbeit auf Abruf muß die Abrufzeit durch eine gesetzliche Regelung eingegrenzt werden. Arbeitsverträge für geteilte Arbeitsplätze sollten nach dem Mustervertrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gestaltet werden.

19. Aufgabe staatlicher Politik ist es, die rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß die Arbeit im Beruf und die Arbeit in der Familie ohne unzumutbare Belastung für die Betroffenen miteinander vereinbart werden. Eltern- und Nachbarschaftsinitiativen sowie familienfreundliche Lebens- und Wohnformen, die der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nützen, sind zu unterstützen.

Um insbesondere den Bedürfnissen von Berufstätigen und Alleinerziehenden entgegenzukommen, müssen öffentliche und freie Träger familienergänzende Betreuungseinrichtungen bedarfsgerecht bereitstellen. Behörden und andere öffentliche Einrichtungen sollten mindestens einmal in der Woche eine längere Öffnungszeit anbieten. Bei der 1984 vom Bundesparteitag in Stuttgart beschlossenen Überprüfung der Ladenschlußzeiten muß berücksichtigt werden, daß ihre Flexibilisierung es berufstätigen Frauen und Männern erleichtert, Beruf und Familie besser aufeinander abzustimmen.

Rückkehr in den Beruf

20. Wahlfreiheit zwischen Beruf und Familie ist dann erreicht, wenn auch die Rückkehr in den Beruf möglich ist. Dieses Problem betrifft in erster Linie die Frauen. Viele Frauen wollen vorübergehend ihre Berufstätigkeit unterbrechen oder einschränken, um ihre Kinder zu betreuen, und sie wieder fortsetzen, wenn die Kinder groß genug sind. Die Unsicherheit, ob sich die geplante Rückkehr in den Beruf später auch verwirklichen läßt, führt dazu, daß Frauen zögern oder ganz darauf verzichten, ihre Erwerbstätigkeit zu unterbrechen und daß Männer eine Unterbrechung erst gar nicht in Erwägung ziehen. Von öffentlichen und privaten Weiterbildungseinrichtungen sollten in Zusammenarbeit mit den Unternehmen Angebote geschaffen werden,

die es Frauen ermöglichen, während der Zeit der Kindererziehung den Kontakt zum erlernten Beruf und zur Arbeitswelt nicht zu verlieren. Nur wenn Frauen und Männer möglichst reibungslos auf qualifizierte Arbeitsplätze zurückkehren können und nicht auf geringerwertige und schlecht bezahlte Tätigkeiten verwiesen werden, ist Wahlfreiheit vor und nach einer Zeit ausschließlicher Arbeit in der Familie gegeben.

21. Im Jahr 1969 sind mit dem von der CDU geschaffenen Arbeitsförderungsgesetz zum ersten Mal auch Kurse zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen gefördert worden, die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden waren. Die CDU fordert, das Arbeitsförderungsgesetz zu einem wirksamen Instrument für die Chancenverbesserung zur Berufsrückkehr von Frauen und Männern auszugestalten. Die Mittel für Arbeitsförderungsmaßnahmen müssen so gewichtet werden, daß die Wiedereingliederung von Frauen und Männern in das Erwerbsleben wirkungsvoller als bisher unterstützt werden kann. Frauen und Männer, die um der Kinder willen die Erwerbstätigkeit unterbrechen, sollten auch dann Leistungen für Fortbildung und Umschulung in Anspruch nehmen können, wenn sie nicht innerhalb einer bestimmten Rahmenfrist versicherungspflichtig beschäftigt waren. Außerdem sind berufliche Weiterbildungs- und Umschulungsangebote in Teilzeitform in die finanzielle Förderung einzubeziehen. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollen auch von Frauen und Männern in Anspruch genommen werden können, die nach einer Zeit der Familientätigkeit in den Beruf zurückkehren wollen. Einarbeitungszuschüsse sind verstärkt für Väter und Mütter bereitzustellen, die in die Erwerbstätigkeit zurückkehren wollen.

22. Maßnahmen und Angebote zur Berufsrückkehr dienen dazu, vorhandene Kenntnisse aufzufrischen und auf neue Tätigkeiten vorzubereiten. Sie müssen besser auf die familiären Aufgaben der Teilnehmer abgestimmt sein. Verbände, Träger der Erwachsenenbildung und Betriebe sollen Kurse zur beruflichen Wiedereingliederung für Frauen anbieten. Der öffentliche Dienst ist in besonderer Weise gefordert, berufliche Wiedereingliederungsprogramme durchzuführen. Die Arbeitsämter müssen verpflichtet werden, in ihrer Beratungs- und Vermittlungstätigkeit einen Schwerpunkt auf die Berufsrückkehr von Frauen zu setzen. Private und öffentliche Arbeitgeber sollten Frauen während ihrer Arbeit in der Familie den Kontakt zum Beruf ermöglichen, zum Beispiel durch Urlaubsvertretung und Fortbildung. Angebote von Einrichtungen, die Frauen die Rückkehr in das Erwerbsleben erleichtern, sollen ideell und finanziell unterstützt werden. Eine erfolgreiche Förderung der Berufsrückkehr in den 80er Jahren wird sich in den 90er Jahren als richtige Investition für unsere Gesellschaft erweisen.

III. Frauen im Berufsleben

23. Die CDU erwartet von der Wirtschaft und dem öffentlichen Dienst, daß sie qualifizierten und leistungsbereiten Frauen gleich gute Arbeitsplätze anbietet wie Männern. Es widerspricht dem Grundsatz der Gleichberechtigung, wenn auf dem Arbeitsmarkt qualifizierte Arbeitsplätze mit guten Aufstiegschancen und guter Bezahlung in erster Linie Männern, aber weniger qualifizierte Arbeitsplätze in erster Linie Frauen angeboten werden.

Die Regelungen des arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes müssen durch veränderte gesetzliche Vorschriften und Sanktionen erreichen, daß Stellenangebote für Männer und Frauen ausgeschrieben werden. Frauen dürfen bei Bewerbungen nicht wegen ihres Geschlechts abgelehnt werden.

Bildung, Ausbildung, Berufsbildung

24. Frauen haben im Vergleich zu Männern eine geringere Auswahl an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Obwohl junge Frauen eine gleich gute Allgemeinbildung haben wie junge Männer und teilweise sogar bessere Abschlüsse erzielen, sind sie in der beruflichen Ausbildung und im Berufsleben benachteiligt. Es besteht noch immer ein für Männer und Frauen geteilter Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Diese Benachteiligung von Frauen kann beseitigt werden, wenn die traditionellen Berufsorientierungen überwunden werden, wenn Mädchen und junge Frauen in der Ausbildung die gleichen Chancen wie junge Männer haben und Frauen den gleichen Zugang zu Berufen und die gleichen Aufstiegschancen erhalten.

Die Ausbildung in der Hauswirtschaft als qualifizierte und zukunftsorientierte Berufsausbildung sollte wieder vorwiegend im dualen System erfolgen.

25. Die Hälfte aller Ausbildungsplätze wird ausschließlich Jungen angeboten. Viele der von Mädchen bevorzugt besetzten Ausbildungsgänge sind kürzer und weniger qualifiziert als die Ausbildungsgänge in traditionellen Männerberufen. Dadurch wird deren berufliche Perspektive hinsichtlich der Aufstiegsmöglichkeiten und der Bezahlung eingeschränkt.

Alle Angebote der dualen Berufsausbildung und der vollzeitschulischen Ausbildungsgänge müssen Mädchen wie Jungen offenstehen. Frauen sollten sich an zukunfts-trächtigen Berufsfeldern und qualifizierten Berufsanforderungen orientieren. Eine Verbesserung des Familienlastenausgleichs, die die Ausbildungsförderung mit umfaßt, soll es Eltern erleichtern, auch Mädchen eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen.

26. Eltern, Erzieher, Bildungs- und Berufsberater, Ausbilder sowie junge Frauen selbst haben häufig noch eine traditionelle Berufsorientierung. Die berufliche Tätigkeit der Frauen ist bislang stark an Zielvorstellungen der Männer orientiert gewesen. Frauen werden zu wenig in unkonventionellen Berufswünschen unterstützt und auch zu selten auf neue Berufswege hingewiesen. Deshalb sollten in Schulbüchern, Unterrichtsmaterialien und Lehrplänen neue Berufe beschrieben und ein Unterricht eingeführt werden, der die Berufswahl erleichtert. In Arbeitslehre und Berufswahlkundeunterricht sollten Praktiker soweit wie möglich einbezogen werden, damit Jungen und Mädchen Einblicke in interessante Berufsfelder gewinnen können. Die Berufsberatung hat die Aufgabe, Mädchen und Jungen unter Einbeziehung der Eltern und der Schule möglichst frühzeitig über alle Berufe zu informieren. Betriebe sollten Frauen verstärkt Praktika in Berufen anbieten, die bisher als untypisch für Frauen galten. Die Erfahrung hat gezeigt, daß sich Mädchen und Frauen auch in technischen Berufen bewährt haben.

Die Öffnung von typischen Männerberufen für Frauen hat oft dazu geführt, daß von Frauen im Berufsleben „männliche“ Eigenschaften erwartet wurden. Dies ist ein Grund dafür, daß das öffentliche Leben in der Bundesrepublik Deutschland Domäne der Männer geblieben ist. Die CDU setzt sich zum Ziel, hier eine Änderung im Bewußtsein von Männern und Frauen herbeizuführen. Erst dann wird die rein rechtliche Gleichberechtigung der Frau eine Chance haben, von Männern und Frauen im Alltag tatsächlich gelebt zu werden.

Frauenarbeitslosigkeit

27. Frauen sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer: Die Arbeitslosenquote der Frauen liegt deutlich über der Quote der Männer. Besonders auffallend im

Vergleich zu den Männern ist die große Zahl arbeitsloser Frauen, die eine Teilzeitbeschäftigung suchen. Frauen streben eine Teilzeittätigkeit an, weil so Beruf und Familie besser zu vereinbaren sind. Es ist zu gewährleisten, daß Teilzeitbeschäftigte nicht aus den Systemen der sozialen Sicherung ausgeschlossen werden. Die Frauenarbeitslosigkeit hat auch ihre Ursache in dem veränderten Erwerbs- und Bildungsverhalten und einer weiter wachsenden Zahl von Frauen, die nach der Zeit, in der sie sich vordringlich der Familie gewidmet haben, ins Erwerbsleben zurückkehren wollen. Wer nach Zeiten der Familienarbeit wieder ins Erwerbsleben zurückkehren will, dem müssen dazu entsprechend Hilfe und Förderung angeboten werden. Die CDU tritt entschieden dem Gerede von den „Doppelverdienern“ entgegen, mit dem verheiratete Frauen entweder nicht ins Erwerbsleben hinausgelassen oder hinausgedrängt werden sollen. Im Rahmen der Wirtschaftsförderungs-, Beschäftigungs- und Strukturpolitik müssen Fördermittel verstärkt in solchen Gebieten eingesetzt werden, in denen zu wenig Ausbildungs- und Arbeitsplätze angeboten werden. Besonders die Mobilität Jugendlicher und junger Frauen ist zu fördern. Die Mittelvergabe sollte dazu beitragen, insbesondere mehr Frauen durch berufliche Weiterbildung oder Umschulung höher zu qualifizieren. Selbsthilfeprojekte von Frauen können neue Beschäftigungsmöglichkeiten erschließen und sollten in die staatliche Förderung einbezogen werden.

28. Die Mehrzahl der erwerbstätigen Frauen wird auch in absehbarer Zukunft in den sogenannten Frauenberufen arbeiten. Die materiellen Nachteile, die Frauen in diesen Berufen haben, sind bekannt. Der Grundsatz, gleicher Lohn für gleichwertige Leistung, muß überall durchgesetzt werden. Bisher in der Bezahlung unberücksichtigte Qualifikationen, Kompetenzen und Leistungen, die für Frauenarbeitsplätze typisch sind, müssen endlich anerkannt werden. Die CDU fordert die Tarifpartner auf, neue Bewertungskriterien für die Lohnfestsetzung in die Tarifverträge aufzunehmen und danach Eingruppierungen vorzunehmen.

Frauen und neue Technologien

29. Der Einsatz neuer Technologien eröffnet neue Chancen für berufstätige Frauen, schafft aber auch zusätzliche Probleme. Frauen werden von der Einführung neuer Technologien härter betroffen, da sie heute noch vorwiegend Tätigkeiten ausüben, die eher automatisierbar sind. Dies gilt in den Arbeitsbereichen Büro, Verwaltung und Dienstleistung ebenso wie in der Produktion. Durch die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien können aber auch qualifizierte neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Weil der Anteil der Frauen in diesen Tätigkeitsbereichen noch gering ist, sind besondere Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Vorbereitung auf solche qualifizierte und zukunftsorientierte Tätigkeiten anzubieten. Wo durch technologisch bedingte Veränderungen Frauenarbeitsplätze verloren gehen, sollen Übergangswege in andere Betriebsbereiche gesichert und Frauen rechtzeitig in Umschulungsmaßnahmen einbezogen sowie auf zukunftssichere Arbeitsplätze umgesetzt werden. Derartige Maßnahmen sollten auch von staatlicher Seite angeregt und gefördert werden.

Die neuen Technologien bieten neue Chancen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit und können die Doppelbelastung durch Erwerbstätigkeit und Familie vermindern. Bestimmte berufliche Tätigkeiten sind zunehmend auch zu Hause oder in Nachbarschafts- und Regionalbüros möglich. Dabei ist der Gefahr entgegenzuwirken, daß hier ein neuer ausschließlicher Frauenarbeitsmarkt entsteht. Wann immer möglich, sollten anstatt reiner Bildschirmarbeitsplätze Mischarbeitsplätze eingerichtet werden.

Solche Organisationsformen sind arbeits- und sozialrechtlich den herkömmlichen Beschäftigungsformen gleichzustellen.

30. In der Schule und in der beruflichen Ausbildung sollen Mädchen stärker mit Zusammenhängen der Wirtschaft, mit Naturwissenschaften und Technik vertraut gemacht werden. Ein Schwerpunkt ist der Umgang mit Computern. Mädchen müssen genauso wie Jungen ein Grundverständnis der neuen Technologien erwerben, weil diese Kenntnisse in Zukunft für die meisten beruflichen Tätigkeiten von großem Wert sein werden. Eltern müssen frühzeitig über die Bedeutung der neuen Technologien auch für Erziehung und Berufswahl von Mädchen informiert werden.

Verbesserte Aufstiegschancen für Frauen

31. Frauen haben immer noch geringere Zugangschancen zu qualifizierten Tätigkeiten und zukunftssträchtigen Berufsfeldern. Immer noch bestimmen überholte Vorstellungen von der Rolle der Frau die Entscheidungen über die Einstellung, Beförderung und Weiterbildung von Arbeitnehmern. Frauenförderungspläne in Unternehmen, die durch Anreize des Staates oder der Tarifpartner gefördert werden können, verbessern die Zugangschancen von Frauen zum Arbeitsmarkt, erweitern qualifizierte Tätigkeitsfelder für Frauen und verschaffen ihnen bessere Aufstiegsmöglichkeiten. Diese Förderungsmaßnahmen sollen den Frauen bessere Chancen eröffnen, ihre Fähigkeiten und Leistungen im Unternehmen zu entfalten. Die deutschen Unternehmen sollten die guten Erfahrungen nutzen, die in den USA mit derartigen Frauenförderungsplänen (affirmative actions) gemacht worden sind.

Frauenförderungspläne sollen in Zusammenarbeit von Geschäftsleitung, Betriebs- und Personalräten erarbeitet werden und auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme verbindliche Ziele und Maßnahmen festlegen. Für den öffentlichen Dienst sollen grundsätzlich Frauenförderungspläne mit Berichtspflicht eingeführt werden.

IV. Frauen in Politik und Gesellschaft

32. Es ist das Verdienst der Frauenbewegung, in den letzten 100 Jahren die rechtliche und soziale Gleichstellung der Frau durchgesetzt zu haben. Das politische Interesse der Frauen ist heute - entgegen einer weit verbreiteten Meinung - nicht geringer als das der Männer. Die zahlreichen Aktivitäten von Frauen in Parteien, Organisationen und Initiativgruppen belegen das gewachsene Interesse der Frauen an politischen und gesellschaftlichen Themen. Frauen haben neue Themen und Konzepte in die politische Diskussion eingeführt und auf Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft aufmerksam gemacht. Frauenverbände und auch feministische Gruppen haben das Bewußtsein für die Selbstbestimmung der Frau und ihre Leistungen in der Gesellschaft hervorgehoben und wichtige Anstöße für Politik und Wissenschaft gegeben. Die Mitarbeit und Mitverantwortung von Frauen in Politik und Gesellschaft sind daher unverzichtbar.

Gesellschaftspolitisches Engagement und ehrenamtliche Tätigkeiten

33. Gesellschaftspolitisches Engagement und ehrenamtliche Tätigkeiten von Frauen und Männern sind für eine moderne, pluralistische Gesellschaft unverzichtbar. Obwohl Frauen am öffentlichen Leben in den letzten Jahren intensiver teilnehmen, ist ihr Einfluß in der Gesellschaft immer noch höchst unbefriedigend. Selbst bei ehrenamtlichen Tätigkeiten werden Führungspositionen nicht selten von Männern besetzt und die ausführenden Arbeiten werden von Frauen geleistet.

Erfahrungen aus der Familienarbeit, die für viele Gremien sehr nützlich wären, werden nicht angemessen berücksichtigt. Frauen sind im öffentlichen Leben nicht zuletzt deshalb unzureichend vertreten, weil für viele Beratungs- und Entscheidungsgremien eine bestimmte berufliche Position als erforderlich angesehen wird, die Frauen häufig noch nicht haben. Umso wichtiger ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß qualifizierten Frauen der berufliche Aufstieg erleichtert wird.

Die Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten in Stadt-, Gemeinde- und Kreisparlamenten sowie bei Gerichten sollte dadurch verbessert werden, daß auch Nichterwerbstätige einen verbindlichen Anspruch auf eine angemessene Entschädigung erhalten, die sich am Verdienstaustausch für Selbständige orientiert.

Unsere Welt wäre arm, wenn Frauen und Männer ihren Nachbarn, alten, kranken und behinderten Mitmenschen nicht freiwillig helfen würden. Der Staat sollte Hilfen zur Selbsthilfe geben. Für ehrenamtliche Tätigkeiten im sozialen Bereich sollen deshalb steuerliche Entlastungen ermöglicht oder Mittel zur Verfügung gestellt werden, die eine ausreichende Altersversorgung sicherstellen. Diese Tätigkeiten sollten auch die Möglichkeiten bieten, sich beruflich neu zu qualifizieren.

34. Die CDU begrüßt die gesellschaftspolitische Arbeit von Frauenverbänden. Die CDU verfolgt das Ziel, die Arbeit der Frauenverbände über die bestehende Anerkennung der Gemeinnützigkeit hinaus als besonders förderungswürdig anzuerkennen. Dadurch werden diese Verbände dazu berechtigt, steuerbegünstigte Spenden selbst in Empfang zu nehmen. Dies kann ihre Finanzierung wesentlich erleichtern. Auch autonome Initiativgruppen bieten Engagementmöglichkeiten und Hilfen für solche Frauen, die bewußt eine Alternative zu traditionellen Organisationsformen suchen.

Gleiche Chancen in der Politik

35. Jede Demokratie ist auf die politische Mitwirkung ihrer Bürger und Bürgerinnen angewiesen. Partnerschaft in der Politik bedeutet, daß Männer und Frauen sich gegenseitig in ihren fachlichen Kenntnissen, ihrer Lebenserfahrung und ihrem Urteilsvermögen anerkennen und dies als unverzichtbar für die politische Entscheidungsfindung begreifen. Die starke zeitliche Belastung von Frauen durch Kindererziehung und Hausarbeit oder durch Doppelarbeit in Beruf und Familie hemmt ihre aktive politische Mitarbeit.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder in den politischen Parteien ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, ihr Anteil an Führungspositionen allerdings nicht. Eine angemessene politische Beteiligung der Frauen kann nur erreicht werden, wenn Vorurteile abgebaut werden und in den Parteien ein Klima der Offenheit entsteht, das Frauen ermutigt, sich aktiver zu beteiligen. Die politische Gleichstellung der Frau darf daher nicht Angelegenheit der Frauen bleiben, sondern muß Parteithema werden. Maßnahmen müssen bewußter, intensiver und kontrollierbar umgesetzt und ergänzt werden. Die Parteigliederungen sind aufgefordert, neue Formen der innerparteilichen Willensbildung und politischen Arbeit zu finden, die einen größeren Kreis unserer Bürgerinnen und Bürger ansprechen. Angesichts der wachsenden Zahl politisch engagierter Frauen sollte außerdem eine klare Zielangabe der Beteiligung formuliert und planvoll stufenweise verwirklicht werden.

36. Die Beteiligung von Frauen in politischen Gremien muß auf jeden Fall weit über die Berücksichtigung einer „Alibifrau“ hinausgehen. Die CDU fordert die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Kommunen auf, bei der Besetzung von

Gremien und leitenden Positionen Frauen stärker zu berücksichtigen. Es ist die gemeinsame Aufgabe von Männern und Frauen, das krasse Mißverhältnis zwischen der Mitgliederstärke der Frauen in Parteien und der Zahl weiblicher Mandats- und Funktionsträger zu beseitigen. Der Parteitag fordert den Bundesvorstand auf, Vorschläge zu erarbeiten, wie der Einfluß der Frauen in der CDU gestärkt werden kann. Der Generalsekretär soll über die Verwirklichung der Leitsätze regelmäßig auf den Bundesparteitag unter Beteiligung der Gliederungen der Partei berichten. Die Vorstände aller Parteigliederungen müssen dafür sorgen, daß die Zahl der weiblichen Kandidaten für Mandate und Funktionen kontinuierlich steigt.

37. Den Bürgern soll mehr demokratische Mitsprache ermöglicht werden. Deshalb fordert der Bundesparteitag die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie die CDU-Fraktionen in den Landtagen und Bürgerschaften auf - wie im Wahlprogramm der Union von 1983 beschlossen - zu prüfen: Welche Veränderungen des Wahlrechts können dem Wähler Möglichkeiten geben, durch seine Stimmabgabe die bei Listenwahlen von den Parteien vorgegebene Reihenfolge der Kandidaten zu ändern. Solche Änderungen des Wahlrechts verbessern auch die Wahlichancen weiblicher Kandidaten.

Frauen in Forschung und Lehre

38. Der Anteil der Frauen unter den Studierenden an deutschen Hochschulen entspricht fast dem der Männer. Aber ihr Anteil an den wissenschaftlichen Mitarbeitern und Hochschullehrern ist demgegenüber äußerst gering. Die CDU fordert Hochschulen und Kultusminister auf, das große Angebot qualifizierter weiblicher Bewerber für Positionen in Forschung und Lehre bei Einstellungen und Berufungen entsprechend zu berücksichtigen. An den Hochschulen sollen deshalb von den jeweiligen Entscheidungsorganen geeignete Kommissionen gebildet oder Beauftragte berufen werden.

Frauen und Männer, die sich eine Zeit lang ganz der Familie widmen, haben auch an den Hochschulen schlechtere Aufstiegschancen. Deshalb müssen die Fristen, die für Qualifikation, Stellenbesetzung, Stipendien und Weiterbildungsmöglichkeiten gelten, sowie die Altersgrenzen für die Übernahme in das Beamtenverhältnis für diese Personengruppe durch flexiblere Bestimmungen ersetzt werden.

39. An den Hochschulen werden in Forschung und Lehre die Probleme der Frauen zu wenig berücksichtigt. Forschung hat auch die Aufgabe, sich mit der Situation der Frauen in unserer Gesellschaft zu befassen und ihre kulturellen und gesellschaftlichen Leistungen aufzuarbeiten und zu dokumentieren. Sie sollte auch Konzeptionen zur Beseitigung der Benachteiligung von Frauen sowie zur Verwirklichung von mehr Partnerschaft zwischen Mann und Frau in sämtlichen Lebensbereichen entwickeln.

Die Vielzahl frauenpolitischer Aktivitäten und die Untersuchungen in der noch jungen Disziplin der Frauenforschung müssen anerkannt, die Forschungsarbeit muß besser institutionell abgesichert und intensiver dokumentarisch erfaßt werden. Darüber hinaus sollte die Frauenforschung an Hochschulen und an Forschungseinrichtungen außerhalb der Universitäten zu einem anerkannten Forschungsschwerpunkt werden.

Ein erster wichtiger Schritt war die Errichtung des Instituts „Frau und Gesellschaft“ in Hannover, das vom Land Niedersachsen getragen wird. Die CDU fordert die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, dieses Institut mitzutragen und es zu

einer Koordinierungsstelle für die bundesdeutsche Frauenforschung und -dokumentation auszubauen.

Frauen in den Medien und in der Werbung

40. Führungspositionen in den Medien werden weitgehend von Männern besetzt, während Frauen meistens untergeordnete Tätigkeiten ausüben. Auch in den Aufsichtsgremien sind Frauen weit unterrepräsentiert. Die CDU fordert, daß bei Presse, Hörfunk und Fernsehen Frauen bei der Besetzung von leitenden Positionen und Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Anstalten und privaten Sender stärker berücksichtigt werden. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten sollten wie der öffentliche Dienst Frauenförderungspläne ausarbeiten und durchsetzen.

Die Berichterstattung und Aufklärung der Medien über die besonderen Probleme der Frau in Ehe, Familie, Beruf und Gesellschaft sowie über ihr Selbstverständnis sind unzureichend. Die CDU betrachtet es als eine Chance der privaten Anbieter von Rundfunk- und Fernsehsendungen, sowohl in der Programmgestaltung als auch bei der Besetzung leitender Positionen neue Akzente zu setzen, die den Erwartungen von Frauen gerecht werden.

41. Werbung, die Frauen diskriminiert, ist auch in unserer Gesellschaft noch weit verbreitet. Sie vermittelt häufig ein herabwürdigendes Bild der Frau als Sexualobjekt und verletzt ihre Menschenwürde; sie hält auch an einem überholten Bild der Frau im Haushalt fest, wobei die Frau häufig als ein unselbständiges Wesen dargestellt wird. Die CDU verurteilt frauendiskriminierende Werbung und fordert, die Methoden der Selbstkontrolle zu verbessern.

Gewalt gegen Frauen

42. Die körperliche und seelische Mißhandlung von Frauen und Mädchen wurde lange Zeit bagatellisiert oder verschwiegen. Dieses Thema darf nicht länger tabuisiert werden. Und die immer noch bestehenden Vorurteile gegenüber den Opfern auch auf der Seite der Behörden und Gerichte müssen beseitigt werden. Dazu sind gezielte Fortbildungsmaßnahmen von Polizei, Justiz und Ärzteschaft notwendig, damit diese ihrer Aufgabe gegenüber den Opfern besser gerecht werden können. Auch eine breite Aufklärung der Bevölkerung ist erforderlich.

Die CDU fordert, daß bei Strafprozessen wegen Vergewaltigung und Sexualdelikten die Möglichkeit des geltenden Rechts, die Öffentlichkeit auszuschließen, im Interesse der Betroffenen großzügiger angewendet wird. Der Persönlichkeitsschutz des Opfers muß stärker betont werden. Formfehler, die dem Gericht im Zusammenhang mit dem Ausschluß der Öffentlichkeit unterlaufen, dürfen künftig kein absoluter Revisionsgrund mehr sein. Darüber hinaus sollten die betroffenen Frauen die Möglichkeit nutzen können, als Nebenkläger aufzutreten.

43. Es ist engagierten Frauen und Frauenverbänden zu verdanken, daß das Problem der Gewalt gegen Frauen öffentlich diskutiert wird und daß zahlreiche Frauenhäuser und Aufnahmeheime für Frauen existieren, in denen betroffene Frauen und Kinder Schutz suchen können. Frauenhäuser sollen und können die Arbeit zahlreicher anderer Einrichtungen nicht ersetzen. Viele Frauenhäuser leisten aber gute Arbeit vor allem durch Selbsthilfe und ehrenamtliches Engagement. Deshalb muß bewährte Frauenhausarbeit gefördert werden. Frauenhausarbeit sollte in enger Zusammenar-

beit mit den Sozial- und Jugendämtern geleistet werden, um die Aufklärung, Beratung und Betreuung der Frauen zu erleichtern.

Neben der Sicherung des Lebensunterhaltes von Frauen und Kindern durch das Bundessozialhilfegesetz ist eine institutionelle Finanzierung von bewährten Frauenhäusern durch Länder und Kommunen sowie die Finanzierung der notwendigen fachkundigen Beratung und Nachbetreuung bis hin zur Wohnungs- und Arbeitsvermittlung für die Betroffenen erforderlich. Nur so ist die Existenz dieser Einrichtungen auf Dauer gesichert.

Gleichberechtigung verwirklichen

44. Die Verwirklichung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau ist nur zu erreichen, wenn die politisch Verantwortlichen und die großen gesellschaftlichen Gruppen dies als ihre gemeinsame Aufgabe verstehen. Die CDU fordert auf Bundesebene ein Gleichberechtigungsforum. Aufgabe dieses Forums ist es, Vorschläge zu erarbeiten, wie die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, dort, wo sie noch nicht verwirklicht ist, in die soziale Wirklichkeit umgesetzt werden kann. Das Gleichberechtigungsforum setzt sich aus Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen, der Arbeitgeberorganisationen, der Frauenorganisationen, den Kirchen, den Parteien und aus drei unabhängigen Wissenschaftlern zusammen. Es veröffentlicht jedes Jahr einen Bericht über seine Vorschläge und deren Durchsetzung.

SONSTIGE BESCHLÜSSE

Beschluß Nr. G 1

Der Bundesparteitag empfiehlt den Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden der CDU, die Zusammenarbeit mit der älteren Generation zu verstärken und Organisationsformen für die Mitarbeit der älteren Mitbürger in den Gliederungen der Partei zu entwickeln. Im Zeitraum von zwei Jahren soll auf der Grundlage der in der Seniorenarbeit gesammelten Erfahrungen über die Organisationsform der Seniorenarbeit auf einem Bundesparteitag Beschluß gefaßt werden.

Beschluß Nr. G 2

Die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, zügig Maßnahmen zu beraten und zu beschließen, die die Handhabung der sozialen Abtreibungsindikation einer wirksamen Kontrolle unterwerfen, um sicherzustellen, daß § 218 a Abs. 2 Nr. 3 StGB nur nach Sinn und Zweck der gesetzlichen Regelung angewandt wird.

Beschluß Nr. G 5 / G 6

Die Bundespartei wird aufgefordert, das „Europäische Jahr der Musik“ zum Anlaß zu nehmen, einen Arbeitsschwerpunkt in der Kulturpolitik zu setzen. In diesem Zusam-

menhang soll ein Fachkongreß „Kunst und Kultur“ durchgeführt und ein zeitgemäßes „Kulturpolitisches Programm“ erarbeitet werden.

Beschluß Nr. G 7

Die Bundesregierung wird aufgefordert

1. der Absicht der EG-Kommission nach Senkung der Getreidepreise entschlossen entgegenzutreten.
2. sich weiteren Einkommensverlusten der deutschen Landwirtschaft mit Nachdruck zu widersetzen.
3. bei den anstehenden gesetzgeberischen Maßnahmen im Bodenrecht zum Umweltschutz unter Berücksichtigung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums von unzumutbaren und existenzbedrohenden Auflagen für die Landwirtschaft abzusehen.

Beschluß Nr. G 17

Die Ministerpräsidenten der Länder werden aufgefordert, die Rundfunk- und Fernsehgesellschaften zu veranlassen, Beteiligungen an denjenigen Filmgesellschaften zurückzuziehen, die mit der Produktion und dem Vertrieb von Horror-, Gewalt- und Sex-Videos in Verbindung mit Gewalt befaßt sind.

Die Bundesregierung wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit Gewinnabführungsverträge vereinbart sind und in welcher Höhe Gewinne tatsächlich fließen. Das Ergebnis ist zu veröffentlichen.

Beschluß Nr. G 19

Die Bundesregierung wird aufgefordert zu prüfen, wie die Kosten für die Mutterschutzfrist von der betrieblichen auf eine überbetriebliche Ebene (entweder auf den Staat oder einen überbetrieblichen Fonds) verlagert werden können.

Beschluß Nr. G 22

Der Bundesparteitag der CDU Deutschlands fordert den Bundesvorsitzenden der CDU und Kanzler der Bundesrepublik Deutschland auf, alles in seinen Kräften Stehende zu veranlassen, damit das Ruhrgebiet Austragungsort von Olympischen Sommerspielen wird.

Beschluß Nr. G 28

Umweltpolitik in der Europäischen Gemeinschaft

1. Die Umweltpolitik der Europäischen Gemeinschaft muß in ihrer Bedeutung und

Wirksamkeit gestärkt werden. Erforderlich sind Zuständigkeiten der EG zur Lösung grenzüberschreitender Umweltprobleme sowie eine stärkere Integrierung von Umweltgesichtspunkten in anderen Gemeinschaftspolitiken.

2. Umweltpolitik muß zu einem Schwerpunkt deutscher Europainteressen werden.

3. Die Bundesrepublik Deutschland muß die Umweltpolitik im Ministerrat, aber auch im Kontakt mit anderen Mitgliedsländern nachhaltiger vertreten. Sie muß die Erfahrungen und Erfolge umsetzen, die die neue Bundesregierung mit ihren umweltpolitischen Initiativen seit ihrem Regierungsantritt zu verzeichnen hat. Dabei müssen wir die speziellen Umweltprobleme der Partnerländer gleichermaßen ernsthaft und aufgeschlossen würdigen.

4. Die Europadimension von Umweltproblemen muß inhaltlich genauer ausgelotet und berücksichtigt werden. Dabei ist auch an eine Ergänzung des Wortlauts der Römischen Verträge in Form der Einbeziehung der Umweltproblematik zu denken. Ein europäischer Umweltkongreß im Rahmen der EVP bzw. EDU ist anzustreben.

5. Die gemeinschaftliche Umweltforschung muß ausgebaut, die nationalen Forschungen besser koordiniert und gemeinsam ausgewertet werden.

Beschluß Nr. G 29

Die Bundespartei wird aufgefordert, in den CDU-geführten Bundesländern darauf hinzuwirken, daß die von der Umweltminister-Konferenz November 1984 festgelegten verschärften Grenzwerte für die Durchführung des Smog-Alerts unverzüglich rechtsverbindlich gemacht werden.

Beschluß Nr. G 30

Die Bundesregierung und die Länderregierungen werden aufgefordert, Konzepte zu entwickeln, um die aus Altmüll erwachsenen Umweltbelastungen zu beseitigen. Zur Finanzierung sind zunächst die Verursacher heranzuziehen. Soweit die Verursacher nicht greifbar sind, ist für geeignete Finanzierungsmöglichkeiten Sorge zu tragen. Dabei ist zu prüfen, inwieweit ein Solidaritäts-Fonds zur Finanzierung der Beseitigung von Altlasten beitragen kann.

Beschluß Nr. G 32

Die CDU fordert die Länder auf, an allen allgemein- und berufsbildenden Schulen für Jungen und Mädchen gleichermaßen verbindlich informationstechnische Bildungsinhalte zu vermitteln. Der Schüler soll ein Grundverständnis von und die erforderlichen Kenntnisse für den Umgang mit neuen Technologien erwerben. Dazu müssen die Lehrpläne entsprechend angepaßt werden.

Das Interesse von Mädchen an Naturwissenschaft und Technik muß stärker als

bisher gefördert werden. Eltern müssen frühzeitig über die Bedeutung der neuen Technologien für die Erziehung und Berufswahl ihrer Kinder informiert werden.

Beschluß Nr. G 34

Wir begrüßen das beschlossene Programm der Bundesregierung, das mit einer Entlastung von ca. 20 Milliarden Mark das größte Steuerentlastungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland darstellt.

Im nächsten Schritt muß ein Abbau von nicht mehr zeitgemäßen Steuervergünstigungen und Subventionen erfolgen.

Wir bekräftigen die Aussage der Stuttgarter Leitsätze: Eine Reform der Lohn- und Einkommensteuer soll die Leistung von Arbeitnehmern und Selbständigen wieder stärker anerkennen und vor allem von Familien mit Kindern nachhaltig entlasten.

Deshalb soll durch eine weitere Anhebung des Grundfreibetrages bei der Lohn- und Einkommensteuer sichergestellt werden, daß das Existenzminimum außerhalb der Besteuerung bleibt. Außerdem sind die Einführung eines linear-progressiven Tarifes und die Verbesserung der steuerlichen Abschreibungsbedingungen zur Förderung von Investitionen zu verbessern.

Ein Entscheidungserfordernis über den Spitzensteuersatz besteht nicht.

Beschluß G 37

Bundesregierung und CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, noch in diesem Jahr die angekündigten Gesetzentwürfe für die Zweite Stufe der Förderung von Produktivkapitalbeteiligungen von Arbeitnehmern in die parlamentarischen Beratungen einzuführen. Dabei ist sicherzustellen,

- daß eine vorrangige Förderung der Anlagen in Produktivkapital mit entsprechenden Anreizen gegenüber allen anderen Anlageformen gewährleistet bleibt;

- daß auch solche überbetriebliche Anlageformen in den Förderkatalog aufgenommen werden, von denen erwartet werden kann, daß sie von den Tarifparteien befürwortet werden.

Beschluß Nr. G 38

Die Medizin ermöglicht heute auch kinderlosen Ehepaaren die Erfüllung ihres Wunsches nach einem eigenen Kind. Die CDU begrüßt grundsätzlich diesen Fortschritt. Die CDU fordert aber, daß diese medizinischen Möglichkeiten nur auf der Grundlage klarer ethischer Prinzipien praktiziert werden. So ist jede Verknüpfung von Mutterschaft und Geschäftemacherei abzulehnen. Es sind eindeutige gesetzliche Regelungen zu schaffen, die einen Mißbrauch des medizinischen Fortschritts ausschließen.

Beschluß Nr. G 39

Der 33. Bundesparteitag der CDU fordert die Bundesregierung auf, die europäischen Instrumentarien, die geeignet sind, die Situation der Frau in der Bundesrepublik Deutschland und den anderen Ländern Europas zu verbessern, stärker zu nutzen und ihre Politik für Wahlfreiheit und Partnerschaft auch in Europa einzubringen, insbesondere

- die 1976 verabschiedeten Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft über den gleichen Zugang zum Beruf und das zu deren Durchführung erlassene EG-Anpassungsgesetz, um den gleichen Zugang für Frauen zum Arbeitsmarkt zu verbessern.

- Umsetzung der vom Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft am 18.12.1984 verabschiedeten Empfehlung „für positive Aktionen zur Förderung der Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen“ (Frauenförderungspläne) durch neue Initiativen in die Tat umzusetzen ebenso wie die Durchführung von Kommission und Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft gebilligten Aktionsprogramms zur Förderung der Chancengleichheit und seine Fortschreibung über 1985 hinaus zu unterstützen.

Beschluß Nr. G 40

Der Bundesparteitag der CDU begrüßt die frauenpolitischen Initiativen des Bundesvorstandes, wie sie im Leitantrag vom 4. Februar 1985 zum 33. Bundesparteitag zum Ausdruck kommen. Er erwartet, daß hieraus auch innerparteilich Konsequenzen gezogen werden und fordert alle Parteigliederungen der CDU auf, die im Leitantrag von allen gesellschaftlichen Gruppen geforderte Partnerschaft zwischen Männern und Frauen auch innerparteilich verstärkt zu praktizieren, um dadurch auch Schritt für Schritt die Präsenz der Frauen in den Parteigremien, in den Vorständen und Fraktionen sowie in den von der CDU geführten Regierungen zu steigern.

Beschluß G 42

Der CDU geführten Bundesregierung ist es gelungen, einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit, wie unter der SPD-Regierung jahrelang üblich, zu stoppen. Mit ihrer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik hat sie Preisstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und Wirtschaftswachstum geschaffen.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit steht im Mittelpunkt unserer Politik, damit alle am Aufschwung beteiligt können.

Wir verlangen eine Offensive für mehr Arbeitsplätze und fordern Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber, Gewerkschaften und Betriebs- und Personalräte auf, die Instrumente der Beschäftigungsförderung zu nutzen, Arbeitslose einzustellen, Überstunden abzubauen, Teilzeitarbeitsplätze zu schaffen, Arbeitsplatzteilung zu ermöglichen, für Arbeitnehmer im Erziehungsurlaub und für Wehrpflichtige Ersatzkräfte mit befristeten Zeitverträgen für Arbeitslose einzustellen.

1. Die notwendige und erfolgreiche Konsolidierungspolitik hat den öffentlichen Haus-

halten, insbesondere denen der Kommunen und Ländern, neue Investitionsspielräume geschaffen. Kommunen und Länder sollten die anstehenden öffentlichen Investitionen, vor allem im Bereich der Infrastruktur, des Umweltschutzes und der Stadtsanierung beschleunigt verwirklichen und damit vor allem die brachliegenden Reserven im Baubereich mobilisieren.

2. Es müssen große Anstrengungen unternommen werden, damit die Zahl der Überstunden drastisch zurückgeht. Im vergangenen Jahr sind 1,7 Milliarden Überstunden geleistet worden. Das entspricht einem Beschäftigungspotential von einer Million. Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter tragen gemeinsam Verantwortung, daß anstelle von Überstunden, wo immer möglich, Neueinstellungen erfolgen. Das Beschäftigungsförderungsgesetz, das so rasch wie möglich vom Deutschen Bundestag verabschiedet werden muß, gibt ihnen dazu ein hilfreiches Instrumentarium an die Hand. Systematisches Überstundenfahren ist eine Verletzung der Solidarität mit den Arbeitslosen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, permanente Überstunden im Bereich der Bundesbehörden und Bundesunternehmen zu verhindern und so beispielhaft voranzugehen, indem Neueinstellungen statt Überstunden vorgenommen werden. Gleiches gilt für die übrigen öffentlichen Arbeitgeber.

3. Die CDU geführte Bundesregierung hat die Mittel für Fortbildung und Umschulung erheblich erhöht. Es muß sichergestellt werden, daß diese Mittel noch gezielter am Bedarf des Arbeitsmarktes orientiert eingesetzt werden.

Das verlangt den stärkeren Einsatz des Personals der Bundesanstalt für Arbeit, um den erforderlichen engen Kontakt mit den Betrieben wieder sicherzustellen und eine praxisnahe Ausrichtung der Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie der Eingliederungshilfen zu erreichen. Besondere Zielgruppen für diese Maßnahmen müssen Langzeitarbeitslose, ältere Arbeitnehmer und Berufsanfänger sein.

4. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Bewältigung des technischen Wandels bedarf es der weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeit. Arbeitsrechtliche Vorschriften müssen dort flexibler gestaltet werden, wo dies zu einer Erweiterung von Beschäftigungsmöglichkeiten führt. Daneben müssen die illegale Beschäftigung entschiedener bekämpft und die Möglichkeiten zur Nebenbeschäftigung weiter eingeschränkt werden. Nachdem im Beschäftigungsförderungsgesetz die Voraussetzung für Teilzeitarbeit verbessert wurde, müssen die Unternehmen endlich mehr Teilzeitarbeitsplätze zur Verfügung stellen.

5. Nach den positiven Erfahrungen über die Beschäftigungswirkung des Vorruhestandes in der Privatwirtschaft soll auch geprüft werden, wie ähnliche Vereinbarungen zwischen den Tarifparteien auch für den öffentlichen Dienst abgeschlossen werden können. Dies entspricht den Aussagen der Stuttgarter Leitsätze, wonach die Vorruhestandsregelung den Bedürfnissen vieler älterer Arbeitnehmer entgegenkommt und gleichzeitig dazu beiträgt, die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern.

Wir geben Nordrhein-Westfalen wieder eine Zukunft

Entschließung des 33. Bundesparteitages der CDU Deutschlands am 22. März 1985 in Essen.

1. Nordrhein-Westfalen braucht eine neue Zukunft

Nordrhein-Westfalen, mit 17 Millionen Bürgern das bevölkerungsreichste Bundesland im Herzen der Bundesrepublik Deutschland, ist geprägt vom Fleiß seiner Menschen, von der Vielfalt und dem kulturellen Reichtum seiner Landschaften und Städte, und von einem bedeutenden wirtschaftlichen Kraftpotential. Mit seiner traditionsreichen Industrie hatte es einen maßgeblichen Anteil am Wiederaufbau der gesamten Bundesrepublik Deutschland.

Unter christlich-demokratischer Regierungsverantwortung wurde Nordrhein-Westfalen zum industriellen Kernland Deutschlands und Europas, zum führenden Kohle- und Stahlproduzenten, zum Energiezentrum der Bundesrepublik Deutschland, zum bevorzugten Standort für den Maschinen- und Anlagenbau und für eine leistungsfähige chemische Industrie. Neben der Großindustrie gedieh ein vielseitiger und leistungsfähiger Mittelstand, der u.a. auch in den Branchen Textil und Möbel eine führende Position einnahm.

Unter christlich-demokratischer Regierungsverantwortung in Bund und Land war Nordrhein-Westfalen Nummer 1 an Wachstum, Investitionskraft, Beschäftigung und Einkommen. Nordrhein-Westfalen trug dank seiner Wirtschafts- und Steuerkraft erheblich zum Länderfinanzausgleich bei.

Der Haushalt und die Finanzen des Landes waren gesund. Seit jedoch die Sozialdemokraten das Land regieren, hat Nordrhein-Westfalen seine führende Stellung verloren. Nach fast 20-jähriger SPD-Herrschaft sind die traditionellen Schwer- und Großindustrien in eine schwierige Struktur- und Absatzkrise geraten, hat sich die Überschuldung der öffentlichen Haushalte dramatisch zugespitzt, wurde die notwendige Erneuerung der wirtschaftlichen Strukturen blockiert und verschlafen, nahm die Arbeitslosigkeit schneller als im Bundesdurchschnitt zu, wurde die ehemalige Wachstumslokomotive zum Schlußlicht des wirtschaftlichen Aufschwungs. Qualifizierte Arbeitnehmer, Techniker und Wissenschaftler wandern ab; investitions- und risikobereite Unternehmer bevorzugen günstigere Standorte; neue Technologien finden im Süden der Bundesrepublik Deutschland bessere Entwicklungsmöglichkeiten. Das Beharren in alten Strukturen verhinderte eine dynamische, zukunftsorientierte Neuansiedlungs- und Neugründungspolitik.

Insbesondere das Ruhrgebiet - seit über 100 Jahren das industrielle Herz Deutschlands - hatte unter sozialdemokratischer Herrschaft zu leiden: Die Arbeitslosigkeit ist hier um 50 % höher, die Wachstumsrate dagegen deutlich niedriger als im Bundesdurchschnitt. Die mit lang anhaltenden Anpassungsproblemen kämpfenden Branchen Kohle und Stahl beherrschen noch immer die wirtschaftlichen Strukturen des Reviers. Dagegen sind die Impulse neuer Wachstumsbranchen und Technologien und die zukunftsorientierte Umstrukturierung unserer Volkswirtschaft fast vollständig am Revier vorbeigegangen.

Selbst die Gewerkschaften haben inzwischen, so etwa das IG-Metall-Vorstandsmitglied Karl-Heinz Janzen, die „verfehlte Technologie- und Strukturpolitik“ als Ursache für den „rapiden Anstieg der Massenarbeitslosigkeit im Ruhrgebiet“ erkannt: „Im Revier ist eine Dunstglocke entstanden von verfestigten Machtstrukturen und mangelnder Innovationsbereitschaft bei Unternehmern und Politikern. Neue Industrieunternehmen, die außerhalb der traditionellen Industriestruktur standen, haben sich im Ruhrgebiet daher nicht ansiedeln können oder dürfen Wenn es Schwierigkeiten mit der herkömmlichen Produktion gegeben hat, dann halfen Politiker mit Subventionen kurzfristig übers Größte hinweg“.

Unter dem historischen Versäumnis der sozialdemokratischen Landesregierung, dem Ruhrgebiet über die traditionelle Basis von Kohle und Stahl hinaus neue Entwicklungsmöglichkeiten zu erschließen, hat das ganze Land zu leiden.

Nachdem die Sozialdemokraten sowohl im Bund als auch im Land versagt haben, ist eine grundlegende wirtschaftliche und politische Erneuerung Nordrhein-Westfalens überfällig.

Der Kurs der wirtschaftlichen Erneuerung, des Aufschwungs und der Konsolidierung, den die neue Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl seit 1982 mit Erfolg vorantreibt, muß endlich auch in Nordrhein-Westfalen zum Zuge kommen. Er darf nicht länger von einer SPD-geführten Landesregierung blockiert werden. Sie kümmernt sich mehr um den Erhalt ihrer Macht als um die Zukunft dieses Landes.

Den Bürgern Nordrhein-Westfalens, die 1983 mit ihrer Stimme für die CDU Helmut Kohl und die neue Bundesregierung in ihrem Kurs des Aufschwungs und der Stabilität bestätigt haben, rufen wir zu: Laßt Euch den Aufschwung nicht kaputt machen! Laßt nicht zu, daß der Aufschwung an Nordrhein-Westfalen vorbeigeht! Am 12. Mai 1985 ist jede Stimme für die CDU und für Bernhard Worms eine Stimme für den Aufschwung und für die wirtschaftliche Erneuerung auch in Nordrhein-Westfalen.

2. Wir geben Nordrhein-Westfalen eine neue Zukunft

Jetzt gilt es, den spürbaren wirtschaftlichen Aufschwung im Bund auch für eine Modernisierung und Revitalisierung Nordrhein-Westfalens und seiner traditionsreichen Industriestandorte zu nutzen. Diese Herausforderung ist nur zu meistern, wenn Bund und Land Hand in Hand arbeiten. Der Versuch der SPD-Landesregierung, sich als Opposition zur Bundesregierung zu profilieren, schadet den Interessen des Landes. Schon allein aus diesem Grunde ist es notwendig, daß die Wähler am 12. Mai der CDU die politische Führung anvertrauen und damit eine Politik der wirtschaftlichen Erneuerung aus einem Guß ermöglichen.

Nordrhein-Westfalen braucht sowohl die Konsolidierung seiner traditionellen Industriestrukturen als auch eine Öffnung für neue Wachstumsimpulse, für die Anwendung neuer Technologien und für die Ansiedlung neuer zukunftsorientierter Unternehmen.

Kohle und Stahl sind auch aus der künftigen wirtschaftlichen Struktur des Landes und insbesondere des Ruhrgebietes nicht wegzudenken. Ihre Zukunft kann nur in einem abgestimmten nationalen und europäischen Verbund gesichert werden, der eine angemessene Kapazitätsauslastung, hohe Qualität, Umweltverträglichkeit,

neue Nutzungsformen und faire Wettbewerbsbedingungen auf den internationalen Märkten gewährleistet.

Der Bund und die anderen Bundesländer sind aufgefordert, Nordrhein-Westfalen auch weiterhin bei der Anpassung und Modernisierung seiner Altindustrien zu helfen. Mit ihren Hilfen für Kohle und Stahl hat die Regierung Helmut Kohl in kurzer Zeit bereits mehr für die Bewältigung der dringenden Probleme des Reviers getan als die Sozialdemokraten in jahrzehntelanger politischer Verantwortung. Mit der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes in der Stahlindustrie und zusätzlichen Anpassungsschichten im Steinkohlenbergbau wurden Tausende von Arbeitsplätzen gesichert. Durch die Förderung von Umstrukturierungen und Neuinvestitionen in der Stahlindustrie in Milliardenhöhe hat die Bundesregierung trotz angespannter Haushaltslage einen wirksamen Beitrag dazu geleistet, daß sich das Revier als Industriestandort auch in Zukunft behaupten kann. Der Bund wird auch künftig im Rahmen seiner Regionalpolitik einen aktiven Beitrag für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung der Stahlstandorte leisten.

Eine Anschlußregelung für den Hüttenvertrag und damit die staatliche Stützung der Wettbewerbsposition der deutschen Koks-kohle ist erforderlich.

Die Stahlindustrie ist mit ihrer zunehmenden Konzentration auf hochwertige und kundenorientierte Stahlerzeugnisse auf dem richtigen Wege, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Wir unterstützen die Anstrengungen der Bundesregierung, den verhängnisvollen Stahl-Subventions-Wettlauf in der Europäischen Gemeinschaft zu beenden und zu fairen Wettbewerbsbedingungen zurückzukehren.

Mit der Kohleförderung übernimmt das Land Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft eine Energie- Sicherungsaufgabe, die der gesamten Bundesrepublik Deutschland zugutekommt und deshalb auch solidarisch vom Bund und von den anderen Bundesländern mit getragen wird. Die CDU Deutschlands bekräftigt, daß der Steinkohlenbergbau in die Lage versetzt werden muß, zur langfristigen nationalen Energieversorgung auch über den Jahrhundertvertrag hinaus beizutragen. Dazu gehört auch die langfristige Eigenverpflichtung der deutschen Stromwirtschaft.

Die heimischen Kohlevorräte sind zu wertvoll, um allein in der Stromerzeugung verbraucht zu werden. In der Kohleveredlung und im Verbund von Kohle und Kernkraft eröffnen sich langfristig neue Nutzungsmöglichkeiten von großer wirtschaftlicher Tragweite. Dies gilt sowohl für die langfristige kostengünstige Energieversorgung als auch für den Ölersatz im Treibstoff- und Chemiegrundstoffbereich. Wir unterstützen die CDU Nordrhein-Westfalens in dem Ziel, die Möglichkeiten der Kohleveredlung in Nordrhein-Westfalen zu demonstrieren und zur wirtschaftlichen Anwendungsreife zu führen. Bau und Entwicklung neuer konventioneller und nuklearer Kraftwerke, der Verbund von Kohle und Kernkraft geben aber nicht nur der Energieproduktion neuen Auftrieb, sondern sind auch die Grundlage weltweiter Exportchancen mit vielfältigen Beschäftigungsmöglichkeiten in Forschung und Entwicklung, im Anlagenbau und in der Zulieferindustrie.

Nordrhein-Westfalen muß seine Rolle als Energieland behaupten: Eine gesicherte und möglichst preiswerte Energieversorgung ist Grundlage für eine hochentwickelte Industrie und Wirtschaft.

Die Industriestandorte Nordrhein-Westfalens bieten sich als Musterregionen für eine

marktwirtschaftlich orientierte neue Umweltpolitik an. Durch flexible Kompensationsregelungen können die Anlagenbetreiber entscheiden, wie geltende Grenzwerte in bestimmten Räumen eingehalten oder unterschritten werden sollen. Dadurch kann die Gesamtbelastung der Umwelt gerade in Ballungsgebieten wie dem Revier insgesamt gezielter, kostengünstiger und damit wirtschaftlicher gesenkt werden, als durch starre administrative Auflagen. Wir begrüßen daher, daß die Bundesregierung die gesetzlichen Grundlagen dazu im Rahmen der Novellierung des Bundesimmissionsschutzgesetzes schafft.

Das Ruhrgebiet kommt aber nicht nur als Adressat, sondern gleichermaßen auch als Produzent von Umweltinvestitionen in Betracht; eine marktwirtschaftlich betriebene Umweltpolitik wird über die Steigerung privater und öffentlicher Umweltinvestitionen vielen mittleren Betrieben Aufträge und Arbeitsplätze schaffen. Wer der Kohle eine Zukunft als Energieträger im Verbund mit der Kernkraft sichern will, muß für eine umweltverträgliche Verwendung der Kohle sorgen. Auch deshalb kommt der erfolgreichen Luftreinhaltungspolitik der Bundesregierung für das Ruhrgebiet besondere Bedeutung zu. Die neue Großfeuerungsanlagenverordnung und die novellierte TA-Luft stellen effektive Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung dar. Damit konnten jahrelange Versäumnisse der früheren Bundesregierung wettgemacht und die Zukunft der Kohle zur Energieerzeugung gesichert werden.

Nordrhein-Westfalens Wirtschaft hat in der Chemie sowie im Maschinen- und Anlagenbau nach wie vor eine führende Stellung in der Bundesrepublik Deutschland. Wir unterstützen die CDU Nordrhein-Westfalens in dem Ziel, daß sich diese gesunden Branchen auch künftig in Nordrhein-Westfalen entwickeln und entfalten können, daß ihre Standortbedingungen weiterhin attraktiv bleiben und daß sie durch stetige, verlässliche, langfristig kalkulierbare politische Rahmenbedingungen ermutigt werden, in Nordrhein-Westfalen auf lange Sicht zu investieren und zu produzieren.

Für die wirtschaftliche Zukunft des Landes ist es entscheidend, daß Nordrhein-Westfalen sich ebenso wie andere, unionsgeführte Bundesländer den Zukunftstechnologien in allen Bereichen wirtschaftlicher Tätigkeit öffnet und der Privatinitiative und dem Unternehmertum eine neue Chance gibt. Dies gilt vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen, die sich den strukturellen Veränderungen erfahrungsgemäß schneller anpassen. Sie zeichnen sich durch überdurchschnittliche Innovationsbereitschaft und Kreativität aus. Die Gründung von Unternehmen ist ebenso wie die Investitionsbereitschaft bestehender Betriebe nachhaltig zu fördern.

Die Bemühungen der Bundesregierung, Existenzgründungen zu erleichtern und Investitionsbarrieren zu beseitigen, werden sich auch auf die Investitionsbereitschaft in Nordrhein-Westfalen günstig auswirken und die Voraussetzungen für eine Welle von Neugründungen schaffen. Dies erfordert aber auch eine Landespolitik, die ein öffentliches Klima schafft, in dem sich Spitzenleistungen, unternehmerische Initiative, technologische und wirtschaftliche Neuerungen und Investitionen entfalten können.

Wir unterstützen die CDU in Nordrhein-Westfalen in ihrem Ziel, die Forschungsleistungen des Landes vor allem durch eine Stärkung der Forschung an den Hochschulen und eine an künftigen Wachstumschancen orientierte Schwerpunktbildung in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen neu zu beleben.

Nordrhein-Westfalen kann auf seine vorhandene industrielle und wissenschaftliche Leistungsstärke aufbauen und vor allem diejenigen Potentiale der Arbeitsteilung und

Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft stärken, die sich regional herausgebildet haben. Eine sinnvolle Schwerpunktsetzung, Arbeitsteilung und Einbettung in das regionale Umfeld ist auch im Hinblick auf die weitere Entwicklung und Umstrukturierung der Großforschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland günstiger, als wenn jedes Bundesland den Ehrgeiz entwickelt, Forschungseinrichtungen in allen modernen Technologiefeldern im eigenen Lande zu unterhalten.

Wenn Bund und Land in der Forschungs- und Technologiepolitik an einem Strang ziehen, dann können sich die regionalen Kraftfelder in Nordrhein-Westfalen optimal entfalten: So findet z.B. die Fertigungstechnik in der TH Aachen und der in ihrem Umfeld liegenden Industrie ebenso günstige Bedingungen wie die Chemie und Biotechnologie im Raum Köln/Jülich mit der Universität, der chemischen Industrie und den großen außeruniversitären Zentren. Mikroelektronik, Energie-, Werkstoff- und Umweltforschung haben insbesondere im Ruhrgebiet eine wissenschaftlich wie wirtschaftsstrukturell hervorragende Basis, die es weiter auszubauen gilt.

Wir treten dafür ein, daß der Bund Nordrhein-Westfalen hilft, neue Forschungsinstitute anzusiedeln, die Aufgabenstellung der bereits ansässigen, bewährten Forschungsinstitute auf den neuesten Stand zu bringen, das heißt, sie in Richtung zukunftsträchtiger Entwicklungen neu zu definieren. Eine zukunftsgerichtete Forschungs- und Technologiepolitik darf sich nicht scheuen, gegebenenfalls auch bestehende Lehrstühle und Forschungseinrichtungen umzuwidmen und mit neuen Aufgaben zu betrauen.

Mit einer neuen, marktwirtschaftlich orientierten Politik unter Führung der CDU wird es Nordrhein-Westfalen gelingen, seine großen Kraftreserven zu entfalten und wieder auf eigenen Beinen zu stehen. In der Übergangsphase muß und wird der Bund dem Land helfen, die Anpassungsprobleme seiner alten Industrien zu bewältigen, neue Wachstumsfelder zu erschließen und die Ansiedlung neuer Branchen und Unternehmen zu erleichtern.

Die Bundesrepublik Deutschland hat Nordrhein-Westfalen viel zu verdanken. Wir lassen Nordrhein-Westfalen bei der Bewältigung seiner Strukturprobleme nicht im Stich. Voraussetzung dafür ist es, daß Bund und Land unter Führung von Helmut Kohl und Bernhard Worms wieder Hand in Hand arbeiten können.

Wir rufen die Bürger Nordrhein-Westfalens auf, der Politik des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Erneuerung im Bund nun auch in Nordrhein-Westfalen zum Durchbruch zu verhelfen. Unter CDU-geführten Landesregierungen konnte Nordrhein-Westfalen aus eigener Kraft bestehen. Mit einer neuen, CDU-geführten Landesregierung wird Nordrhein-Westfalen in der Solidarität des Bundes und der anderen Bundesländer den Anschluß an den wirtschaftlichen Aufschwung gewinnen und gemeinsam mit den anderen Bundesländern dazu beitragen Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation zu sichern.

Beschluß G 45

Ab 1. Juni 1985 wird beim CDU-Bundesvorstand ein Bundesbeauftragter für Seniorenfragen berufen. Seine Aufgabe soll dem Aufbau und der Förderung der Senioren-Union im gesamten Bundesgebiet dienen.

Beschluß G 46

Die CDU Deutschlands kritisiert im Zusammenhang mit der Nichtberücksichtigung Berlins bei der Fußball Europameisterschaft 1988 den DFB aufs schärfste. Führende Funktionäre des DFB haben den Interessen Deutschlands und dem deutschen Sport schweren Schaden zugefügt.

Die CDU fordert die Sportverbände auf, die Interessen Berlins bei der Ausrichtung internationaler Sportveranstaltungen stärker in den Vordergrund zu stellen. Nur so kann der Sport der Bedeutung Berlins Rechnung tragen.

FORUM 1

Frauen in Beruf und Familie

FORUM 2

Frauen im Berufsleben

FORUM 3

Frauen in Politik und Gesellschaft

FORUMSDISKUSSION

IM PLENUM

FORUM 1

Frauen in Beruf und Familie

Beginn: 10.00 Uhr

Frau Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zu unserem Forum ganz herzlich und heiße Sie in diesem Raum willkommen. Sie sind recht zahlreich hier vertreten. Das verspricht eine gute, gemischte, bunte Diskussion. Wir freuen uns, daß wir das Thema „Frauen in Beruf und Familie“ hier bis 13 Uhr abhandeln dürfen.

Zum Ablauf möchte ich vorab nur folgendes sagen. Gleich nach dem einführenden Referat von Frau Verhülsdonk werden wir mit der Diskussion beginnen. Wortmeldezettel sind bereits verteilt worden. Ich bitte Sie, diese Wortmeldezettel hier vorn abzugeben. Eine junge Dame steht hier vorn zur Verfügung. Sie wird die Wortmeldezettel entgegennehmen und hier auf das Podium hinaufreichen. Melden Sie sich bitte auf jeden Fall schriftlich zu Wort. Schreiben Sie auf den Wortmeldezettel bitte auch, welche Mikrofone - es gibt neben dem Mikrofon hier auf der Bühne noch drei Saalmikrofone - Sie benutzen möchten, damit von der Technik her entsprechend geschaltet werden kann. Das ist wichtig, damit Sie auch gehört werden können.

Ich möchte nun diejenigen vorstellen, die hier vorn am Podium sitzen. Ich beginne mit Frau Roitzsch. Sie ist Bundestagsabgeordnete der CDU.

(Beifall)

Neben mir sitzt Frau Verhülsdonk. Sie ist stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU-Frauenvereinigung.

(Beifall)

Sie leitet als Bundestagsabgeordnete die Gruppe der CDU-Frauen und ist gestern abend auch in den Bundesvorstand der CDU wiedergewählt worden.

(Beifall)

Sie sehen hier vorn des weiteren Herrn Dr. Born von der Bundesgeschäftsstelle der CDU. Er hilft uns mit, vor allen Dingen den technischen Ablauf zu bewältigen. Falls es irgendwelche Probleme gibt, werden wir auf ihn zurückgreifen.

Mein Name ist Rita Waschbüsch. Ich komme aus dem Saarland und bin dort Landtagsabgeordnete.

(Beifall)

Noch eine Anmerkung zu den Wortmeldezetteln. Wenn Sie auf den Wortmeldezetteln ein Stichwort zur Sache vermerken, zu dem Sie sprechen möchten, so hilft uns dies, die Diskussion etwas zu strukturieren. Wir könnten dann vermeiden, daß bei der Diskussion gewissermaßen zwischen den einzelnen Themen hin- und hergesprungen wird. Vielmehr könnten wir die Themen in Blöcken abhandeln.

Über die Verhandlungen wird ein Wortprotokoll gefertigt. Diejenigen, die Diskussionsbeiträge leisten möchten, werden gebeten, vor Beginn ihres Beitrags jeweils ihren Vor- und Familiennamen zu nennen. Dies erleichtert den Herren und Damen, die das Protokoll zu führen haben, ihre Arbeit erheblich. Außerdem wäre es hilfreich, wenn Sie noch etwas über Ihren persönlichen Hintergrund - etwa zu Ihrem Verband und zu Ihrer eigenen Situation - sagten. Wortmeldungen können bereits jetzt abgegeben werden.

Schließlich noch eine Bitte: Wir möchten hier eine Vielfalt von Meinungen hören. Wir möchten viele Meinungen hören. Wir bitten Sie deshalb ganz herzlich, sich in Ihrer Redezeit zu beschränken. Es geht nicht etwa darum, Ihre Meinung nicht hören zu wollen, sondern darum, daß viele die Chance erhalten, ihre Meinung hier vorzutragen. Deshalb bitten wir Sie, sich auf eine Redezeit von drei bis höchstens fünf Minuten zu beschränken.

(Zurufe: Drei Minuten!)

- Ich weiß, welche Probleme sich beim praktischen Ablauf ergeben. Wir werden versuchen, Sie nicht mitten im Satz zu unterbrechen. Beschränken Sie sich, wenn irgend möglich, auf drei Minuten Redezeit. Danach geben wir ein Zeichen. Wir bitten um Verständnis, daß es nicht anders möglich ist. Spätestens nach fünf Minuten müssen wir Ihnen das Wort entziehen. Ich will es jetzt einmal so hart formulieren. Bitte haben Sie Verständnis dafür.

Ich erteile nun Frau Verhülsdonk zu ihrem einleitenden Referat das Wort. Gleich im Anschluß daran treten wir in die Diskussion ein.

Frau Roswitha Verhülsdonk: Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will Ihnen zunächst sagen, was ich hier vortragen möchte. Ich möchte zunächst ein Stück Problemanalyse mit Blick auf das Thema „Frauen in Beruf und Familie“ vortragen und in einem zweiten Teil meiner Ausführungen sodann die politischen Konsequenzen, die die CDU zu ziehen für notwendig hält, um diesem Problem gerecht zu werden, darstellen.

In der Präambel zu den Leitsätzen der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau stehen folgende Sätze:

Die CDU lehnt eine Politik ab, die Frauen oder Männer auf bestimmte Rollen festlegt oder die Unterschiede zwischen Mann und Frau nicht wahrhaben will. Es ist der Ausdruck eines überholten Denkens, die Aufgaben der Frau auf die der Mutter und Hausfrau und die Aufgaben des Mannes auf die der Berufstätigkeit beschränken zu wollen.

Die CDU wendet sich also gegen jedes politische Konzept, das Frauen und Männer auf ein bestimmtes Leitbild festlegen will. Wie steht es nun heute um das Bewußtsein der Menschen in unserem Land im Hinblick auf Partnerschaft und Gleichberechtigung von Mann und Frau? Da gibt es ohne Zweifel eine große Vielfalt von Vorstellungen und Lebensmodellen. Mir scheint, daß sich die Erwartungen hinsichtlich partnerschaftlicher Lebensgestaltung bei den Frauen stärker verändert haben als bei den Männern. Offensichtlich hält die Mehrheit der Männer - zumindest der mittleren und älteren Generation - an der traditionellen Rollenvorstellung fest, daß Haushaltsführung und Kindererziehung die primären Aufgaben der Frau sind und daß dem Mann

vorwiegend die Ernährerrolle zukommt. In der sozialen Wirklichkeit hat sich aber bereits mehr verändert, als vielen Menschen bewußt ist.

Der gesellschaftliche Wandel hat sich im Leben der Frauen stärker ausgewirkt als im Leben der Männer. Die Mehrheit der Frauen ist heute zumindest auf Zeit in ihrem Leben erwerbstätig. Die Erwerbstätigenquote verheirateter Frauen mit Kindern hat in den letzten Jahren besonders zugenommen. Die Erfahrung des Berufslebens hat große Rückwirkungen auf das Selbstverständnis der Frauen, auf ihre Selbständigkeit, auch auf ihre materielle Unabhängigkeit und natürlich auf ihr Verhältnis zum männlichen Partner. Sie hat auch Auswirkungen auf das Verhältnis zu den Kindern - viele Menschen meinen, eher negative. Aber das ist durch eine Reihe von Untersuchungen widerlegt. Sie haben heute morgen als Tischvorlage den Bericht von Frau Professor Noelle-Neumann erhalten. Darin sind die Untersuchungen angezeigt, von denen ich hier spreche. Die simple Formel, Fehlentwicklungen bei den Kindern - von Schulversagen über Rowdytum und Drogensucht bis hin zu Kriminalität - seien eine Folge der „Mutterlosigkeit“ als Konsequenz der außerhäuslichen Erwerbstätigkeit der Mütter, hat sich nicht bestätigt.

Aber auch ein anderer Tatbestand ist von Bedeutung: Die erwerbstätigen Mütter tragen immer noch die Hauptverantwortung in der Familie. Eine gleichmäßige und damit partnerschaftliche Arbeitsteilung in den Doppelverdienerhaushalten mit Kindern scheitert an der offensichtlich noch weithin fehlenden oder doch schwächer ausgeprägten Bereitschaft der Männer, ihre Frauen im häuslichen Bereich wirksam zu entlasten. Wenn die Ehefrau erwerbstätig sein will, muß sie Haushalt und Erwerbstätigkeit - oft zu Lasten ihrer Freizeit - weitgehend ohne Unterstützung von anderer Seite miteinander vereinbaren. Dies hat gerade eine Untersuchung des Arbeitszeitbudgets privater Haushalte, durchgeführt vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, in der letzten Woche vorgelegt, wieder bestätigt.

Andererseits ist nicht zu bestreiten: Wenn die Frauen mit ihrer Doppelbelastung in Familie und Beruf nicht alleingelassen und ständig überfordert werden, wenn der Vater und die Kinder, entsprechend ihrem Alter, aktiv Mitverantwortung übernehmen, dann profitieren alle in der Familie, und zwar nicht nur materiell. Der Zusammenhang wächst, Mann und Frau, Eltern und Kinder begegnen sich in einem neuen gegenseitigen Verständnis. Alle in der Familie erfahren Entfaltungschancen.

Ich will damit keineswegs sagen, daß die Hausfrau und Mutter, die ihre volle Kraft lebenslang in den Dienst an ihrer Familie stellt, nicht ebenso ihre Entfaltungschancen hat. Es muß heute aber deutlich gemacht werden, daß es nicht nur ein Familienmodell gibt, das Wärme, Geborgenheit und soziale Erziehung vermittelt.

Fest steht, der Anteil der verheirateten Frauen an den Erwerbstätigen hat sich in den letzten Jahren verdoppelt, der Anteil der erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter 15 Jahren verdreifacht. Das hat nicht nur wirtschaftliche Gründe. Freude am Beruf, an Kontakten zu anderen Menschen, Anerkennung der beruflichen Leistung - vergessen wir nicht: auch die Lohntüte ist eine wichtige Form der Anerkennung - und schließlich die eigene Rente, das alles zusammen sind wichtige Gründe für den Wunsch der Frauen nach mehr beruflicher Betätigung.

Seit Jahren ist eine junge Frauengeneration mit gleichen Bildungschancen im schulischen Bereich, wie die Jungen sie haben, die sie auch genutzt hat, herangewachsen. Diese Frauen haben auch zunehmend eine bessere berufliche Bildung erfahren, sind mit Berufserfahrung in die Ehe gegangen und haben Partnerschaft mit Männern am Arbeitsplatz erlebt. Immer mehr junge Männer sehen durchaus das

Positive dieser Entwicklung. Meist sind zudem die jungen Paare zunächst aus wirtschaftlichen Gründen auf beide Einkommen angewiesen

Man darf nicht verkennen, daß die Probleme erst richtig beginnen, wenn der Wunsch nach Kindern realisiert werden soll. Nachweislich möchten noch immer die meisten jungen Paare Kinder haben, aber die Verwirklichung des Kinderwunsches stellt sie vor viele Schwierigkeiten. Kinder bringen Mehrkosten, sie bedeuten aber auch eine Einschränkung der persönlichen Freiheit, brauchen viel Zuwendung an Zeit und Geduld. Man steht vor der Frage, ob die Frau ihre Berufstätigkeit ganz oder teilweise aufgeben soll oder muß; damit sind dann oft erhebliche Einkommenseinbußen verbunden. Hinzu kommt: Frauen fragen sich heute angesichts der Arbeitslosigkeit und der besonderen Probleme der Frauenbeschäftigung, ob sie überhaupt jemals wieder eine Rückkehrchance in den Beruf haben werden. Wenn sie sich für ein Kind entschieden haben, müssen sie mit der psychologisch nicht leichten Situation fertig werden, die Hauptverantwortung für das Kind zu übernehmen und auf die positiven Erfahrungen und Kontakte des Berufslebens zu verzichten.

Belastend kommt hinzu, daß die Erwerbstätigkeit im gesellschaftlichen Bewußtsein ein wesentlich höheres soziales Ansehen vermittelt als Familienarbeit. Sie alle kennen das Schlagwort von der Nur-Hausfrau, die aus der ideologischen Ecke des Sozialismus heraus als nicht mehr zeitgemäß, als rückständig und unemanzipiert abgestempelt worden ist.

Mir scheint, daß noch immer viele Ehemänner für diese Probleme ihrer Partnerin nur begrenztes Verständnis haben, irgendwie hoffen, die Ehefrau werde sich in absehbarer Zeit, wenn sie einmal Mutter geworden ist, auf das „normale weibliche Selbstverständnis“ einpendeln, d.h. die Familienaufgaben bereitwillig allein übernehmen und es dem Ehemann erleichtern, alle Kräfte in seinen beruflichen Aufstieg zu investieren. Verschärft wird der entstehende Konflikt, wenn dann noch das Freizeitverhalten des Mannes sich früheren Junggesellengepflogenheiten wieder annähert.

Man könnte diese Problemanalyse um viele weitere Varianten bereichern. Ich will an dieser Stelle zwei Konsequenzen ziehen.

Erstens. Es erscheint hier dringend notwendig, daß junge Paare es lernen, gemeinsam Lebenspläne zu entwickeln, in Partnerschaft, je nach dem gewählten Lebensmodell, Hausarbeit, Kindererziehung und Erwerbsarbeit sinnvoll unter sich aufzuteilen und an diesem Lebensplan dann auch gemeinsam festzuhalten.

Zweitens. Diese freie Entscheidung für ein bestimmtes Partnerschaftsmodell darf nicht von außen dadurch eingeschränkt werden, daß ein Modell - etwa das der sogenannten Hausfrauenehe - mit dem Etikett ausgestattet wird, ethisch verantwortbarer und anthropologisch allein richtig zu sein, oder daß das Modell der Erwerbstätigenehe mit dem Etikett versehen wird, allein partnerschaftlich und fortschrittlich zu sein. In einer freiheitlichen Gesellschaft muß es auch in der Gestaltung des Familienmodells Wahlfreiheit geben.

Welche politischen Konsequenzen zieht die Union als Regierungspartei, um Frauen und Männern die Chance von mehr „Wahlfreiheit“ zwischen den unterschiedlichen Partnerschaftsmodellen zu geben?

Die erste Konsequenz ist diese. Die ab 1. Januar 1986 Gesetz werdenden Verbesserungen des Familienlastenausgleichs in Höhe von 5,3 Milliarden DM sind zusammen mit der Tarifreform bei der Einkommensteuer in den Jahren 1986 und 1988 ein

wichtiger Beitrag dazu, daß das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen auch in der Ehe mit einem Verdienere endlich wieder ansteigt. Zusammen mit dem Ehegattensplitting erleichtert diese Reform des Familienlastenausgleichs der Frau die Wahl des Modells „Hausfrau und Mutter“ zumindest in der Phase der Kindererziehung.

Die zweite Konsequenz: Die Einführung eines Erziehungsgeldes in Höhe von 600 DM für alle Mütter ab 1986 - mit einer Verlängerung der Bezugszeit von zehn auf zwölf Monate ab 1988 - erleichtert es erwerbstätigen Müttern, sich wenigstens für diese Zeit voll der Erziehungsaufgabe zu widmen und sich dem Kinde zuzuwenden. Das Erziehungsgeldgesetz bezieht erstmals auch die Frauen ein, die der Kindererziehung wegen ihren Beruf aufgegeben haben. Wir machen mit der bestehenden Ungerechtigkeit Schluß, daß diese Frauen beim Mutterschaftsurlaub ausgeklammert worden sind.

Vom Lebensgefühl junger Frauen her war das sowieso nie vertretbar. Die Teilung in Hausfrauen und erwerbstätige Frauen mag noch in der älteren Frauengeneration deren eigenem Bewußtsein entsprechen. Junge verheiratete Frauen empfinden sich in der Regel als beides, als Berufs- und als Hausfrauen, wobei es von ihrer persönlichen Situation abhängt, ob sie Beruf und Familie miteinander vereinbaren können, unter Umständen auch müssen oder ob sie sich auf mehr oder weniger lange Zeit auf die Familienaufgaben konzentrieren wollen und können.

Die dritte Konsequenz: Der Wahlfreiheit wegen ist die im Erziehungsgeldgesetz vorgesehene Arbeitsplatz- oder Beschäftigungsgarantie für die Frauen so wichtig. Ich verkenne nicht die Probleme, die dadurch in kleineren Betrieben entstehen können. Zur Zeit gibt es bereits eine Arbeitsplatzgarantie von acht Monaten. Ab 1986 besteht über das Beschäftigungsförderungsgesetz die Möglichkeit, Zeitarbeitsverträge bis zu 1 1/2 Jahren ohne besonderen Grund abzuschließen. Es ist schwer einzusehen, warum es dann schwieriger sein soll als heute, den Arbeitsplatz einer jungen Mutter für ein Jahr zu besetzen. Für ein Jahr lohnt sich die Einarbeitung einer Ersatzkraft doch eher als für vier Monate. Heute müssen Frauen ja erst vor dem Beginn des Mutterschaftsurlaubs deklarieren, ob sie ihn in Anspruch nehmen oder nicht. So kommt man auf einen Zeitraum von nur vier Monaten. Ersatz für die heute typischen Frauenarbeitsplätze, die ja meist in mittleren und unteren Etagen der Arbeitswelt angesiedelt sind, muß es bei über 2 Millionen Arbeitslosen doch wohl geben. Die vielen gut ausgebildeten jungen Leute, die wegen mangelnder Berufserfahrung oft genug gar nicht zum Zuge kommen, hätten über Zeitarbeitsverträge und Vertretungen wenigstens die Chance, schon einmal auf Zeit ins Arbeitsleben hineinzukommen und damit auch Zeugnisse zu erwerben. Im übrigen: Zur Zeit kehren nach dem Bericht der Bundesregierung 50 % der Frauen, die Mutterschaftsurlaub nehmen, danach noch nicht an den Arbeitsplatz zurück. In solchen Fällen hat die „Ersatzkraft“ sogar die Chance, einen Dauerarbeitsplatz zu erhalten.

Auch die Wirtschaft braucht morgen und übermorgen noch Arbeitskräfte, muß also daran interessiert sein, daß Kinder geboren werden. Sie will heute auf etwa 5 Millionen junge Frauen als Mitarbeiterinnen nicht verzichten. Diese sind übrigens immer noch überwiegend billige und zudem sehr willige Mitarbeiter. Es ist sehr kurzsichtig, den Frauen und Müttern weiterhin zuzumuten, daß sie sich einer Arbeitswelt anverwandeln, die einmal allein auf den lebenslang verfügbaren Mann zugeschnitten worden ist.

Vierte Konsequenz: Das 100 Jahre alte Rentenunrecht, daß Mütter für die Leistung der Kindererziehung keine Rentenanwartschaften erhalten, wird aufgebrochen. Ein erstes Erziehungsjahr in der Rentenversicherung wird Müttern für das Jahr nach der

Geburt des Kindes gutgeschrieben. Diese Leistung soll rückwirkend für alle Frauen bis zum Jahrgang 1921 gelten, unabhängig davon, ob die Frau oder der Mann bis dahin Mitglied der Rentenversicherung war oder nicht. Wenn, wie ich hoffe, in absehbarer Zeit auch die Möglichkeit eröffnet wird, für Pflegeleistungen bei nahen Angehörigen Rentenversicherungsbeiträge zu zahlen, dann können Frauen in der Familie durch Kindererziehung und Pflegezeiten ihre Rentenbiographie vervollständigen. Heute sind die um 30 bis 40 % niedrigeren Frauenrenten eine Folge von zuwenig Versicherungsjahren, im Schnitt sind es bei den Frauen nur 21, bei Männern aber 40. Außerdem wirken sich die niedrigeren Frauenlöhne natürlich auf die Rentenhöhe aus.

Fünfte Konsequenz: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muß für Frauen und Männer verbessert werden. Ob und wie die Eheleute in Familie und Beruf eine partnerschaftliche Arbeitsteilung vornehmen, kann und soll der Staat nicht bestimmen. Aber er muß Rahmenbedingungen im Arbeits- und Sozialrecht schaffen, damit die Arbeitszeiten und -abläufe flexibler gestaltet werden können. Immer mehr junge Elternpaare möchten in der Phase der Kindererziehung und immer mehr ältere Ehepaare möchten vor dem Übergang in den Ruhestand flexiblere Arbeitszeiten wählen können. Dem stehen die geltenden starren Arbeitszeitstrukturen entgegen. Nach seriösen Umfragen des wissenschaftlichen Instituts der Bundesanstalt für Arbeit wären über 2 Millionen Vollzeitbeschäftigte bereit, eine Teilzeitarbeit qualifizierter Art auszuüben, also eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich zu wählen.

Die Wirtschaft hat inzwischen erkannt, daß nicht nur der Druck der hohen Arbeitslosenzahlen, sondern auch Kostengesichtspunkte dafür sprechen, in Zukunft vielfältige Formen qualifizierter Teilzeitarbeit anzubieten, darunter auch das Modell der Arbeitsplatzteilung. Bundesländer - so z.B. Rheinland-Pfalz - haben Teilzeitmodelle erprobt, und zwar mit gutem Erfolg und Zufriedenheit bei Arbeitnehmerinnen und Betrieben. Teilnehmerinnen waren übrigens Frauen, die nach der Familienpause an den Arbeitsplatz zurückkehrten.

Dem öffentlichen Dienst kommt in der Frage des Teilzeitangebots Vorbildfunktion zu, auch im gehobenen und höheren Dienst. Aber auch die Frauen, die Teilzeitarbeit suchen, müssen solidarischer werden. Je nach Alter der Kinder und Familiensituation müssen sie auch ungünstigere Arbeitszeiten, z.B. an Nachmittagen, oder alternierende Arbeitszeiten - im Wechsel mit Partnern - in Anspruch nehmen. Sonst kann das Modell der Teilzeitarbeit nicht funktionieren.

Im Beschäftigungsförderungsgesetz werden Teilzeitarbeitsplätze sozial verträglicher ausgestaltet, z.B. im Hinblick auf Kündigungsschutz und Vertretungspflicht. Die im Handel schnell zunehmende Arbeit auf Abruf wird so ausgestaltet, daß der Arbeitnehmer vier Tage vorher über die Arbeitszeit zu benachrichtigen ist. Diese muß dann mindestens drei Stunden im Zusammenhang betragen.

Sechste Konsequenz: Öffentliche und freie Träger müssen ein bedarfsgerechtes Angebot familienergänzender Betreuungseinrichtungen für Kinder bereitstellen. Hier sind vor allem die Länder gefordert. Auch ein größeres Angebot von Ganztagschulen gehört dazu. Familienfreundliche Wohn- und Lebensformen begünstigen Nachbarschaftsinitiativen, wie wir sie aus den USA bereits kennen.

Siebente und letzte Konsequenz: Ein besonderer Dreh- und Angelpunkt in einem politischen Programm für mehr Wahlfreiheit für Frauen ist die konkrete Förderung der Rückkehrchancen nach der Familienpause. Hier gibt es zur Zeit die größten

Defizite. Viele Rückkehrerinnen müssen sich mit weniger qualifizierten und schlechter bezahlten Arbeitsplätzen begnügen, wenn sie überhaupt wieder zum Zuge kommen wollen. Deshalb ist es besonders zu begrüßen, daß die CDU/CSU-Fraktion in der vergangenen Woche im Deutschen Bundestag den Antrag gestellt hat, im Arbeitsförderungsgesetz Müttern für jedes Kind, das sie geboren und erzogen haben, fünf Jahre lang Anspruch auf Eingliederungshilfen gutzuschreiben. So können in Zukunft Mütter auch nach längerer Pause auf Grund ihrer früheren Beiträge zur Arbeitslosenversicherung Umschulung, Weiterbildung und Einarbeitungshilfen in Anspruch nehmen. Damit werden die Einschränkungen der sozialliberalen Regierung von 1975 wieder aufgehoben, ja die Bedingungen werden sogar gegenüber dem damaligen Zustand verbessert. Wichtig ist, daß die Umschulungsangebote auch in Teilzeitform angeboten werden. Frauen müssen auch in der Familienpause die Chance erhalten, Kontakte zum Beruf zu halten, z.B. durch Urlaubsvertretung und Fortbildung.

In den 90er Jahren wird sich, bei stark abnehmender Erwerbsbevölkerung, erweisen, daß all diese Maßnahmen auch volkswirtschaftlich richtig und sinnvoll sind.

Meine Damen und Herren! Wir sollten uns in der anschließenden Diskussion nicht in der Erörterung von Maßnahmen zur Verbesserung der Chancen der Frauen erschöpfen, so wichtig es ist, daß sie ihren Sachverstand und ihre Vorschläge konkret hier einbringen.

Mir scheint es aber nach der Diskussion, die ich gestern im Saal allerorten angetroffen habe, notwendig, daß wir uns auch mit den grundsätzlichen Aspekten von Partnerschaft und Gleichberechtigung beschäftigen, gerade in diesem Arbeitskreis hier.

Es ist der Vorwurf laut geworden, das in den Leitsätzen der CDU vorgelegte Konzept sei bloßer Aktionismus, es könne vor anthropologischen und ethischen Kategorien nicht bestehen, sei eher soziologisch, wenn nicht gar sozialistisch. Ich frage mich, ob diejenigen, die solches behaupten, nicht durch die Brille ihrer inneren Vorbehalte gegen neue Formen partnerschaftlicher Lebens- und Familiengestaltung geschaut haben.

(Beifall)

Vielleicht halten sie ihr eigenes Lebensmodell für das einzig richtige. Ich muß hier einen Einschub machen. Ich habe viel Verständnis dafür, daß Politiker zu Hause gestandene Ehefrauen und Hausfrauen brauchen und schon aus diesem Grund in diesen Familien manches Modell der Wahlfreiheit nicht geht.

(Heiterkeit)

Vielleicht sind die Kritiker selbst und ihr persönliches Umfeld auch nicht so stark von den Veränderungen unserer Zeit betroffen.

Ich meine, wir sollten mit Offenheit und Fairneß, aber auch mit dem nötigen Realismus an die Diskussion herangehen. Wir sollten zugestehen, daß biblische Ehemodelle, auch wenn sie in Paulus-Briefen beschrieben werden, keine Handlungsanweisungen für alle Zeiten sind.

(Beifall)

Ich sage das im Hinblick auf Briefe, die ich bekommen habe.

In unserer Generation haben sich neue Formen des familiären Zusammenlebens entwickelt, denen wir zugestehen müssen, daß sie eine neue Qualität von Partnerschaft zwischen Mann und Frau und auch eine neue Qualität der Elternschaft ermöglichen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Ich danke Frau Verhülsdonk für ihre Einführung.

In Anbetracht der Fülle der Wortmeldungen möchte ich sofort beginnen. Wir hier haben versucht, daß Ganze ein bißchen zu strukturieren. Wir wollen also nicht nach dem Eingang der Wortmeldungen vorgehen. Weil wir auch in der Verfassung die Ehe vor der Familie stehen haben, darf ich vielleicht mit denen beginnen, die das Thema Ehe angegeben haben.

Ich bitte Frau Dagmar Bange.

Frau Dagmar Bange: Mein Name ist Dagmar Bange. Ich komme vom Ring Christlich Demokratischer Studenten aus dem Landesverband Hessen von der Universität Marburg.

Es heißt immer: Den ersten beißen die Hunde. Das bin heute halt ich. Ich werde versuchen, daß sie mich nicht erwischen.

Ich möchte als Einleitung einen Satz sinngemäß zitieren, den Christiana Albert gesagt hat: Zwei Partner heiraten; sie werden Ehemann und Ehefrau, aber nicht mehr Partner. Dieser Satz spiegelt Gedanken, die gerade in der jüngeren Generation sehr gepflegt werden und über die man sehr nachdenkt. Es geht um den Bereich Partnerschaft, den Bereich Ehe.

Wir als RCDS glauben nach wie vor, daß Ehe mehr als eine althergebrachte Institution ist. Wir glauben auch, daß Ehe mehr ist und mehr sein muß als Absicherung von Sozialpartnerschaft und auch mehr ist als Eingeständnis aus gesellschaftlichen Konventionen.

Aber junge Partnerschaften stellen oft andere Forderungen, andere Bedingungen, andere Ideen, auch an die Gesellschaft.

Ich möchte hier den Bereich der nichtehelichen Gemeinschaften ansprechen. Sie basieren genau wie die Ehen darauf: Partnerschaft ist Miteinander; Partnerschaft ist Füreinander; Partnerschaft basiert im ersten auf Liebe. Das sind die entscheidenden Punkte, und das sollen sie sein.

Deshalb appelliere ich an die CDU gerade von der christlichen Verantwortung her, darüber nachzudenken, ob eine eheähnliche Gemeinschaft, eine Partnerschaft neben der Ehe es nicht verdient, wenigstens toleriert zu werden. - Danke.

(Beifall)

Frau Dr. Walburga Fischer-Gottlob: Ich darf mich kurz vorstellen: Ich vertrete den Bund katholischer deutscher Akademikerinnen.

Hier ist soeben für die nichteheliche Lebensgemeinschaft gesprochen worden. Ich muß sagen: Ich habe es sehr begrüßt, daß in den Leitsätzen der CDU steht, daß die nichtehelichen Lebensgemeinschaften die Institution der Ehe nicht ersetzen können

(Beifall)

und daß hiermit doch eindeutig der Ehe der Vorrang gegeben worden ist.

Ich befürchte vor allem, daß die nichtehelichen Lebensgemeinschaften die Rechte der Frau eigentlich nur viel schlechter bewahren.

(Beifall)

Vor allem möchte ich davor warnen, gesetzliche Regelungen für die nichtehelichen Lebensgemeinschaften zu treffen, wie es immer wieder gefordert wird.

(Beifall)

Es gibt natürlich eine Fülle von Problemen auch bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften, besonders wenn sie auseinandergehen.

Abgesehen davon, daß es natürlich ein Widerspruch in sich ist, gesetzliche Regelungen für die treffen zu wollen, die ja eigentlich keine Regelungen haben wollen, ist, meine ich, das Hauptproblem, daß man Ehen zweiter Klasse schaffen würde. Und davor möchte ich ganz dringend warnen.

Wenn ich mir vorstelle, was solche Regelungen behandeln sollten, stellt sich die Frage, ob so etwas wie Unterhalt bei Scheidung und Versorgungsausgleich bei Scheidung auch für die nichtehelichen Lebensgemeinschaften geregelt werden soll. Wenn ja, wird es wahrscheinlich weniger sein. Um es kurz zu sagen: Ich befürchte einfach, daß die Frauen zum Schluß wieder nur die Dummen sind.

Im übrigen meine ich, daß mit diesen Regelungen eine ganz enorme Abwertung der Institution Ehe stattfände, die über diese materiellen Auswirkungen weit hinausginge.

(Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zwischendurch etwas klarstellen. Die CDU möchte heute morgen zuhören. Darum werden wir - danach ist gefragt worden - nicht von hier vorne ständig dazwischen Stellungnahmen abgeben oder auf unseren Leit Antrag verweisen, oder ähnliches.

(Beifall)

Wir wollen Ihre Meinungen sammeln und hören. Frau Roitzsch wird darüber einen Bericht geben. In der Plenardebatte können wir miteinander diskutieren. Aber hier vorn wollen wir Sie hören. Die CDU insgesamt möchte ja viele Meinungen hören.

Zum gleichen Thema habe ich jetzt noch Frau Claudia Eigler, anschließend Frau

Inken Lüdersen. Ich sage jeweils den Namen der übernächsten Rednerin vorab, damit Sie sich ein bißchen darauf einstellen können.

Frau Claudia Eigler: Mein Name ist Claudia Eigler. Auch ich komme vom Ring Christlich Demokratischer Studenten, und zwar vom Landesverband Nordrhein-Westfalen. Ich studiere an der Universität Bonn.

Das Thema der nichtehelichen Lebensgemeinschaften wurde zweimal angeschnitten. Auch ich möchte dazu Stellung nehmen.

Sicher, der RCDS sagt ganz klar: Die nichtehelichen Lebensgemeinschaften können und dürfen die Ehe nicht ersetzen. Dahinter stehen wir ohne irgendwelche Einschränkungen.

Aber ich finde: Wenn die CDU den Anspruch erhebt, eine moderne, fortschrittliche Partei zu sein, dann muß sie auch den Schritt wagen, sich mit den nichtehelichen Lebensgemeinschaften auseinanderzusetzen. Sie existieren ja ganz sicher. Die CDU kann sie nicht totschweigen. Sie darf sie auch nicht diskriminieren. Nein, sie muß sich eine Meinung dazu bilden und damit auseinandersetzen. Wir vom RCDS sagen: Wir müssen diese nichtehelichen Lebensgemeinschaften tolerieren, d.h. wir dürfen nicht aktiv dagegen etwas unternehmen, sondern wir müssen sie tolerieren. - Danke.

(Beifall)

Frau Lüdersen: Ja, also noch mal der RCDS. Ich bin aus dem Landesverband Schleswig-Holstein. Ich studiere in Kiel Jura.

Wie meine Vorrednerin richtig gesagt hat, kann man die nichtehelichen Lebensgemeinschaften nicht mit der Ehe gleichstellen. Nur muß man, wenn man dieses Thema bedenkt, auch einiges andere berücksichtigen.

Die CDU beklagt die hohen Scheidungsraten. Liegen sie nicht vielleicht daran, daß viele Partner, weil sie einander lieben, gleich heiraten, ohne daß sie einander vorher vernünftig kennengelernt haben

(Heiterkeit)

oder wenigstens wissen oder auch nur abschätzen können, was es vielleicht bedeutet, wenn sie nun wirklich den ganzen Tag zusammenleben müssen, unter Umständen auf engem Raum, und wenn sie tägliche Konflikte zusammen durchstehen müssen. Ich glaube, viele, die heiraten, wissen das nicht.

(Heiterkeit)

Ich glaube, viele Ehen scheitern daran.

(Beifall)

Für uns als Studentenverband ist es auch wichtig, die Situation der Studenten zu beachten. Viele Studenten, im Grund alle, können auf Grund der gegenwärtigen Akademikerarbeitslosigkeit überhaupt nicht sagen, was aus ihnen beruflich werden wird. Es ist auch eine Frage der Verantwortung für den jeweiligen Partner, daß man sich nicht auf Dauer bindet, gerade weil man die Ehe als eine Einrichtung „Bis daß

der Tod uns scheidet“ betrachtet und weil man überhaupt noch nicht weiß, was aus der eigenen Zukunft werden wird, wenn auch die persönliche Entwicklung überhaupt noch nicht abgeschlossen ist, weil man noch nicht im Berufsleben steht.

(Beifall)

Leider müssen wir der CDU auch vorwerfen, daß sie in ihrer Haltung nicht konsequent ist. Sie hält den Anspruch des Grundgesetzes, daß die Ehe Vorrang hat und gefördert werden muß, sehr hoch. Aber leider ist es so: Wenn zwei Studenten BAföG bekommen, verliert im Moment ihrer Eheschließung einer von ihnen die Förderung.

(Beifall)

Das ist doch völlig inkonsequent. Durch wirtschaftliche Benachteiligung bei Heirat wird die nichteheliche Lebensgemeinschaft gezielt gefördert.

(Beifall)

Denn natürlich wird jeder sagen: Wenn ich dadurch mehr Geld habe, heirate ich natürlich nicht. Das ist doch inkonsequent.

(Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Darf ich zwischendurch auf folgendes hinweisen: Für die Damen und Herren, die hinten stehen, sind vorne rechts noch Plätze frei, falls sie sitzen möchten.

Joachim Merz: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die nichtehelichen Lebensgemeinschaften kommen häufig und schnell in eine Krise. Dann laufen sie auseinander. Dann gibt es rechtliche Probleme. Und für die rechtlichen Probleme ist nicht der Familienrichter zuständig, sondern bin ich, der gewöhnliche Zivilrichter, zuständig. Und ich bin in letzter Zeit mehr und mehr Scheidungsrichter für nichteheliche Lebensgemeinschaften.

Aus dieser Situation kann ich vor sehr vielem, was heute hier gesagt worden ist, nur warnen. Ich möchte aus meiner Grundhaltung als Lutheraner den Papst mit einem Wort zitieren, das er 1980 auf einer großen Veranstaltung in Köln gesagt hat. Ich zitiere jetzt: Man kann nicht auf Probe sterben;

(Beifall)

man kann nicht auf Probe leben;

(Beifall)

und man kann auch nicht auf Probe lieben.

(Beifall)

Danke sehr.

(Beifall)

Frau von Renesse: Ich habe ja eigentlich ein ganz anderes Thema auf der Pfanne.

Frau Rita Waschbüsch, Tagungspräsidentin: Wir sind nämlich jetzt von der nichtehelichen zur ehelichen Gemeinschaft gekommen.

Frau von Renesse: Wenn Sie erlauben, ein Wort zu dem Kollegen Zivilrichter. Ich bin Familienrichterin, und ich scheidet am laufenden Meter Ehen, die kaum ein Jahr bestanden haben.

(Beifall)

Übrigens tue ich es nicht gern.

Aber nun zu dem, was ich angekündigt hatte, nämlich zur rechtlichen Stellung der Familienfrau. Bei dem Referat von Frau Verhülsdonk spielte bei der Frage der Wahlfreiheit für meine Begriffe etwas zu Unrecht das Thema Scheidung eine verschwindende Rolle. Wenn man von Wahlfreiheit spricht, kann man nicht nur von einer Freiheit sprechen, etwas wählen zu dürfen, sondern man muß auch davon sprechen, was man wählen kann,

(Beifall)

was also praktisch verwirklicht ist.

Und da ist auf der einen Seite die rechtliche Stellung der Familienfrau mit ihren vielen sehr gravierenden Nachteilen. Ich spreche von der Rentenproblematik, von der abgeleiteten Rente, von dem Elend vieler Familienfrauen, die nichts als ihre 60 % Witwenrente haben. Hierzu mache ich an diesem Platz gleich deutlich, was wir von der CDU zu erwarten haben. Das Blümsche Anrechnungsmodell bringt keine Hilfe. Es läßt sich in vier Sätzen zusammenfassen: Keine Frau kriegt mehr; viele Frauen kriegen weniger; manche Männer kriegen mehr; kein Mann kriegt weniger.

(Beifall)

Das ist eine Situation, die für Familienfrauen sicher verhängnisvoll ist. Das muß ich sagen, wenn ich als Familienrichter deren brüchige Rentenbiographie sehe.

Ein zweites ganz konkretes Problem ist das Unterhaltsrecht. Es ist die Magna Charta der Hausfrau. Die erwerbstätige Frau läßt das Unterhaltsrecht kalt. Es geht genau gegen die Familienfrauen, wenn man Unterhaltsrechte verknüpft. Ich erinnere an die Einzelfallgerechtigkeit, die immer zum Rechtfertigungsgrund gemacht wird. Ich bitte, die Seite 21 des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Unterhaltsrecht vom 14. Juli 1981 zu lesen. Darin steht nämlich der Satz, daß das gegenwärtige Recht es den Gerichten ermögliche, den Verhältnissen des Einzelfalls Rechnung zu tragen. Die Einzelfallgerechtigkeit braucht in das Recht nicht erst hineinreformiert zu werden. Sie ist da, TÜV-geprüft.

Der letzte Punkt: Erziehungsurlaub. Der Referentenentwurf, der inzwischen vorliegt, ist nach meiner Auffassung und nach Auffassung des Verbands, den ich verrete - ach, das habe ich noch gar nicht gesagt; es ist die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen - ganz hervorragend.

Er entspricht im Grunde allen Wünschen, die seit vielen Jahren von Frauen und Verbänden, die sich auch mit Familie befassen, erhoben worden sind. Nur - jetzt wieder ganz konkret -, gestern abend habe ich ein Interview mit dem Bundeskanzler Helmut Kohl gehört, der sagte, finanziell sei außer der Steuerreform - von der die

Besserverdienenden mehr haben als die, die es eigentlich brauchen -, außer dem, was für die Steuerreform ausgeworfen werde, in dieser Legislaturperiode weiter nichts mehr drin. Der Erziehungsurlaub kostet aber nach dem, was vorliegt, eine ganze Stange Geld. Ich vermisse die Aussagen zu diesem Punkt - nicht nur von Herrn Geißler, sondern auch die des Bundeskanzlers und des Finanzministers. Vorher glaube ich das nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Ich möchte nur zur Klarstellung sagen: Das ist ein Irrtum. Der Erziehungsgeldentwurf ist drin. Das ist also nicht verschoben auf später.

(Zuruf von Frau von Renesse)

- Der Erziehungsgeldentwurf ist drin!

Ingrid Roitzsch: Um es ganz klar zu sagen, es hat einen Kabinettsbeschuß gegeben, und zum Kabinett gehört auch der Bundesfinanzminister. Dieser Beschluß beinhaltet das Erziehungsgeld und die Anrechnung des Erziehungsjahres auf die Rente. Dieser Kabinettsbeschuß wird jetzt im Plenum beraten. Dies ist festgeklopft.

(Vereinzelt Beifall)

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Das erste, was Frau von Renesse ansprach, war die Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung. - Jetzt Frau Lisa Al Naqib, Deutsche Hausfrauengewerkschaft.

Lisa Al Naqib: Ich habe auch einmal Politik und Jura studiert. Ich bin verheiratet und habe zwei Kinder. Ich bin die Bundesvorsitzende der Deutschen Hausfrauengewerkschaft.

Es wurden die Ehe und eheähnliche Gemeinschaften angesprochen. Eine ganz berechtigte Sorge der jungen Frauen ist heute: Sie wollen nicht auf ihre eigene Sicherheit jetzt und im Alter verzichten. Die Deutsche Hausfrauengewerkschaft - laut Urteil des Bundessozialgerichts Karlsruhe vom 18. März 1970 ist Hausfrau ein Beruf - fordert die Anerkennung des Berufes Hausfrau mit allen rechtlichen Folgen. Die Regierung ist aufgerufen, die Institution Familie zu erneuern und die Voraussetzungen dafür zu verbessern.

In der Zeitung der Diözese Osnabrück vom 10. März 1985 steht ein Artikel „Familienpolitik nur ein Strohfeuer?“. Nach den Berechnungen des Arbeitsausschusses „Bevölkerungs- und Familienfragen“ der Deutschen Zentrale für Volksgesundheitspflege ergibt sich durch die geltenden Regelungen der Altersversorgung eine bislang kaum zur Kenntnis genommene Umverteilung von jährlich 70 Milliarden DM von den Familien mit mehreren Kindern zu den kinderlosen und Einkindfamilien. Die Kinderlosen und Kinderarmen sind die eigentlichen - es klingt hart, aber es stand so in der Zeitung - Profiteure des sogenannten Generationenvertrages, der seit 15 Jahren schon nicht mehr erfüllt wird. Auch die in Aussicht gestellte finanzielle Entlastung sei allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein und bleibe weit hinter dem zurück, was man eine Wende in der Familienpolitik nennen könnte. 60 % aller Witwen erhalten eine Rente um 600 Mark. Diese Mütter waren es, die die heutigen Steuerzahler geboren und großgezogen haben und die keine Möglichkeit hatten, sich durch

Erwerbstätigkeit eine eigene Alterssicherung aufzubauen.

Als sozialpolitisch engagierte Vereinigung warnt die Deutsche Hausfrauengewerkschaft vor den sozialen und wirtschaftlichen Problemen, die eine weitere Überalterung der Bevölkerung bringen würde. Es ist begrüßenswert, daß mit dem einen Babyjahr, das die Bundesregierung einführen will, ein Anfang gemacht werden soll. Wissen Sie, daß eine Mutter 25 Kinder - bei einem Babyjahr - haben müßte, um auch nur die Höhe der Sozialhilfe zu erreichen? Wenn alle Mütter für jedes Kind - und das ohne die vielen Ausnahmen, die kaum bekanntgemacht werden - sechs Erziehungsjahre, die wir fordern, rentenbegründend und rentenfördernd anerkannt bekämen und wenn auch die Pflegejahre in der Rente angerechnet würden, wäre mehr als ein Problem, das uns heute unter den Nägeln brennt, gelöst.

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Frau Al Naqib, ich bitte, auf die Zeit zu achten.

Lisa Al Naqib: Ich bin sofort fertig.

Viele Mütter könnten sich im Bewußtsein eigener Sicherheit den Kindern oder den pflegebedürftigen Familienmitgliedern widmen. Ihre außerhäuslichen Arbeitsplätze würden wenigstens einem Teil der Arbeitslosen zugute kommen. Wir sagen, jede Mutter soll die Möglichkeit haben, erwerbstätig zu sein, arbeiten zu können, aber nicht jede Mutter soll erwerbstätig sein müssen.

Zum Schluß möchte ich Ihnen noch einen Satz von Mahatma Gandhi sagen: „Ein Land ist so fortschrittlich, wie seine Frauen sind.“

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Frau Elvira Eichmann.

Elvira Eichmann: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Es ist sehr begrüßenswert, daß sich die CDU auf diesem Parteitag einmal vom Grundsatz her mit der Rolle der Frauen beschäftigt und bemüht ist, Wege zu weisen, die Chancen der Frauen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu verbessern. Grundsätzlich befürworte ich die Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau. Allerdings habe ich auch Vorbehalte, Vorbehalte z. B. - das gehört jetzt nicht zur Ehe, aber ich komme sofort darauf - zum Leitsatz 10, wo es heißt, daß „Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung, die Erziehungsgeld in Anspruch nehmen, beitragsfrei in der gesetzlichen Krankenversicherung weiterversichert“ werden sollen. Aus meiner gesundheitspolitischen Arbeit heraus weiß ich, daß dadurch ein Einnahmeausfall von 400 Millionen DM - ich betone: 400 Millionen DM! - jährlich gegeben sein wird. Mir erscheint das im Rahmen der Kostendämpfungsbestrebungen im Gesundheitswesen als absolut nicht annehmbar. Hier muß man andere Wege finden.

Ich bin bei der weiteren Durchsicht aus meiner mehr pragmatischen Orientierung und Einstellung zur Politik zu dem Ergebnis gekommen, daß z. B. der Antrag bezüglich der Frauen in Forschung und Lehre im Leitsatz 37 in seiner vorliegenden Fassung zu sehr ausgerichtet ist auf die sicher nicht zu unterschätzenden Probleme der Frau im akademischen Bereich. Es hätte dem Antrag gutgetan, und es wäre für die CDU als Partei in Regierungsverantwortung sinnvoll, diesen Parteiantrag nicht auf die Randprobleme einer kleinen Minderheit von Frauen zu konzentrieren.

Dankenswerterweise hat die Mittelstandsvereinigung einen Ergänzungsantrag vorgelegt, der sich mit der Rolle der Normalfrau beschäftigt, der Normalfrau, die in der

Familie eine wichtige Rolle und Funktion erfüllt, sei es als Hausfrau, als Mutter, als mithelfende Familienangehörige,

(Vereinzelt Beifall)

die Frau, die im Grunde alles das leisten muß und auch bereit ist, es zu leisten, was wir in dieser Gesellschaft von der Frau erwarten. Ich möchte diesen Antrag der Mittelstandsvereinigung nicht kommentieren, aber ganz besonders betonen, daß ich mich inhaltlich mit ihm sehr wohl identifizieren kann.

Meine Anerkennung findet in diesem Rahmen auch ganz besonders die Einstellung der Jungen Union, die die Frage aufgeworfen hat, ob das im Leitantrag verankerte mehr funktionale Bild von der Rollenverteilung von Mann und Frau wirklich den Gegebenheiten entspricht, so wie wir sie pragmatisch sehen.

Aber jetzt bitte ich Sie hier noch um eines, lassen Sie mich hier bitte als Hausfrau und Mutter dazu einige mehr allgemeine Anmerkungen machen.

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Frau Eichmann, ich bitte Sie, Sie haben Ihre Zeit verbraucht.

Elvira Eichmann: Ich bitte um Nachsicht. Ich meine einfach, wir sind jetzt sehr in der Familienpolitik drin - -

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Sagen Sie noch einen Satz, bitte.

Elvira Eichmann: Bitte. - Ich darf hier einmal die Schlagworte „Emanzipation“, „Feminismus“ bringen, Schlagworte wie „Mein Bauch gehört mir“ in Erinnerung rufen. Vieles wurde mit uns, um uns und über uns geredet, vieles wurde mit uns, von uns, über uns außerordentlich wichtig genommen. Dabei traten leider andere uns Frauen betreffende Probleme deutlich in den Hintergrund. Inzwischen hat man erkannt, daß diese Emanzipation, dieser Feminismus nicht alles ist, und da, meine Damen und Herren, schließt sich wieder der Kreis.

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Frau Eichmann, ich muß Sie bitten, zu Ende zu kommen.

Elvira Eichmann: Ich muß noch auf etwas ganz Besonders hinweisen.

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Vielleicht melden Sie sich dann noch einmal. Ich bitte um Verständnis. Wir haben hier einen Tisch voller Wortmeldungen. Sie dürfen sich gern noch einmal melden. Es gibt ja noch einen zweiten Teil. Danke schön für Ihr Verständnis.

Frau Erika Schmelzle, anschließend Frau von Plettenberg.

Erika Schmelzle: Ich spreche hier als Mutter von vier Kindern, die berufstätig gewesen ist, und zwar ohne Pause, seit Erwartung des vierten Kindes allerdings mit 60 %, und die außerdem in der Kommunalpolitik steht. Ich schicke das voraus, damit Sie verstehen, was ich hier sage.

Trotz meiner Berufstätigkeit, die gewisse Einschränkungen für die Familie mit sich gebracht hat, möchte auch ich sagen, daß die Familie der Hort für soziale Ausgleichsfunktionen ist, vor allem was den Aufzugsbereich der Kinder anbelangt. Die

Familie ist der Ort der Geborgenheit, der den Kindern gewisse Sicherheiten in ihrer Persönlichkeitsentwicklung gibt. Verlagerung von Problemen und Lösungen auf öffentliche soziale Dienste bei zunehmender Berufstätigkeit, vor allem bei Vollzeitbeschäftigung beider Ehepartner, müssen sehr wohl gesehen werden, und zwar im Hinblick auf ihre Wirksamkeit und im Hinblick auf die Kostenfrage. Voraussetzung für die Berufstätigkeit der Frau sind natürlich gewisse Einschränkungen in der Familie. Es müssen Absprachen mit dem Ehepartner getroffen werden. Ein gewisses Organisationstalent muß vorausgesetzt werden. Wenn eine Ehe begonnen wurde unter dem Zeichen „Einer trage des andern Last“, so müssen sich beide klar sein, wenn Kinder da sind und die Berufstätigkeit erhalten werden soll, dann darf daraus nicht werden: „Eine trage der anderen Last“. Das muß hier auch einmal ganz klar gesagt werden.

Trotzdem ist wichtig, daß gerade im Bereich dieser Absprachen vorweg, die praktisch im Gedankenaustausch immer wieder erfolgen müssen, fest einplanbare Größen der Mithilfe von seiten des Partners vorhanden sind, die in den hauswirtschaftlichen Betriebsablauf eingeplant werden können, nicht nur ein punktuelles Entgegenkommen, wenn Mutter mal „ganz von den Nerven“ ist, sondern eben wirklich, und wenn es noch so kleine sind, fest einplanbare Größen. Sie müssen eingebracht werden, damit sie, wie gesagt, verplanbar sind. Die Einigung zwischen beiden Partnern ist unabdingbar, sonst läuft man Gefahr, daß die Kinderzahl noch geringer wird. Dieses Problem haben wir in den letzten Jahrzehnten deutlich gesehen.

Außerdem verweise ich in diesem Zusammenhang auf 250 000 Abtreibungen pro Jahr, wovon 80 % unter die soziale Indikation fallen. Das ist ein ganz großes Problem, das man in diesem Umfeld durchaus sehen sollte.

Die ganze Geschichte erfordert einen langen Umdenkungsprozeß. Die Leistungsfähigkeit und der Verselbständigungsprozeß der Frauen bekamen einen unheimlichen Schub durch die Kriegs- und Nachkriegszeit, weil dort die Frauen einfach ran mußten; die Männer waren ja im Feld. Der Rollenwandel wird trotzdem eine lange Entwicklung beanspruchen, damit kein Bruch entsteht, auch nicht in der Erziehung. Wir sehen die Erziehung schon flexibler als unsere Eltern. Die jüngere Generation, unsere Kinder, werden sie noch flexibler handhaben. Beide Seiten müssen umdenken und auf einander zugehen. Das betrifft auch die politische Betätigung der Frauen. Hier dürfen die Herren nicht eifersüchtig sein auf eventuelle Erfolge der Frauen, wenn sie gleichzeitig Verzicht innerhalb der Familie hinnehmen muß, damit nichts zu Lasten der Kinder geht.

(Beifall)

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Ich darf die Rednerinnen und Redner darauf aufmerksam machen, wir haben da an der Seite eine Lampe stehen, die leuchtet immer dann auf, wenn Ihre Redezeit zu Ende ist. Das ist dann nicht eine Vorwarnung, sondern dann ist die Redezeit zu Ende. Wir bitten Sie herzlich, dann auch zum Ende zu kommen. - Vielen Dank für Ihr Verständnis.

Jetzt Gräfin Plettenberg, bitte.

Gabriele Gräfin Plettenberg: Ich bin Vorsitzende der Katholischen Elternschaft Deutschlands und Vorsitzende aller katholischen Verbände für Erziehung und Schule in der Bundesrepublik. Ich möchte hier nur vier Punkte aufgreifen.

Punkt 1: Mir fehlt in diesem Leitantrag ein schlichtes aber schönes Kapitel zum Thema „Frau in der Familie“.

(Beifall)

Man müßte es deshalb noch einfügen, weil hier der Punkt „Frauen in Beruf und Familie“ die Familienmütter wirklich viel zu sehr abwertet. Es ist keineswegs überholtes Denken. Wenn Frauen sich heute noch entscheiden, ganz in der Familie zu sein.

(Beifall)

Denken Sie hier bitte an die älteren Frauen, die das vielfach auf dem Opferwege getan haben und heute zähneknirschend Ihre Partei wählen, sich aber verlassen fühlen. Ich denke, das muß man so sehen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich wäre also dafür, noch eine kleine Passage über die Bedeutung der Hausfrau und der Familienmutter einzufügen. Dann ist fast schon alles in Ordnung. Daß Sie überhaupt über dieses Thema nachdenken, dazu möchte ich gratulieren.

Punkt 2: Neue Formen - das steht im Leitantrag; Frau Verhülsdonk hat es eben auch noch einmal gesagt - partnerschaftlicher Lebensgestaltung. Nun, gut, aber, wie wir hier heute morgen auch gesehen haben, Sie müssen sich klar abgrenzen „Was ist eine Ehe heute?“ und „Was ist eine Familie?“. Hier muß es eine ganz klare Definition geben. Dann kann man mit denen reden, die eheähnliche Verhältnisse vertreten. Es muß aber ganz klar herausgebracht werden. Nehmen Sie einmal diese Formulierung von der „Neuen Partnerschaft“. Jemand, der nicht in der CDU ist - nehmen Sie einmal jemanden, der aus dem Ausland kommt -, könnte sagen: „Donnerwetter, jetzt rücken die ein bißchen von der Ehe ab.“ Dazu möchte ich sagen, daß Partnerschaft ganz sicher eine gute Grundlage für eine Ehe ist, Ehe ist aber viel mehr als Partnerschaft.

(Beifall)

Letzter Punkt: Wahlfreiheit. Ich sehe sehr wohl, daß es heute selbstverständlich ist, daß Jungen und Mädchen in Schule und Ausbildung das gleiche lernen. Ich sehe auch, daß beide selbstverständlich - wenn sie das noch nicht haben, muß man sich dafür einsetzen - den gleichen Ansatz für eine Karriere haben. Ich sehe aber ebenso, daß Frauen, wenn sie heiraten, im Sinne der Wahlfreiheit doch das Wohl der Kinder im Auge behalten müssen.

Meine Damen und Herren, auf der Grundlage von 2 Millionen Arbeitslosen ist es kühn und leichtfertig, auf eine absolute Wahlfreiheit hin zu tendieren, es kann nämlich einmal sein, daß der Mann arbeitslos wird und sich dann die Frau einen Arbeitsplatz suchen muß. Sie müssen sehr auf Flexibilität abheben.

Sie müssen aber der Kinder wegen das im Auge behalten, was der Kanzler gestern in seiner Rede gesagt hat. Er hat wörtlich gesagt: „Ohne das Opfer der Mütter hat unser Land keine Zukunft.“ Ich hätte lieber gehabt, wenn er gesagt hätte: „Ohne das Opfer der Väter und Mütter hat dieses Land keine Zukunft.“

(Beifall)

Denn in der Kindererziehung sind die Väter ebenso wichtig wie die Mütter.

Lassen Sie mich einen Schlußgedanken anfügen: Wenn Sie über absolute Wahlfreiheit nachdenken und wenn Sie das wollen, dann müssen Sie Kinderhorte und Ganztagschulen in Kauf nehmen. Die Erfahrung der letzten 20 Jahre hat gezeigt, daß das nicht absolut das ist, was wir wollen. - Das war's!

(Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungsleiterin: Ich habe noch eine Bitte: Wir müssen in Anbetracht der erfreulichen Fülle der Wortmeldungen darum bitten, von weiteren Wortmeldungen vorläufig abzusehen. Sollten wir dann - wir sehen das ja im zeitlichen Ablauf - noch einmal bis 13.00 Uhr die Möglichkeit haben, die Rednerliste neu zu eröffnen, dann sage ich Ihnen das. Aber auch wegen des Raumes müssen wir um 13.00 Uhr schließen. Von daher bitte ich um Ihr Verständnis.

Frau Renate Hans: Ich bin Vorstandsmitglied der Bürgeraktion „Freie Schulwahl“ in Hessen. Ich gehöre außerdem dem Landesverband der Katholischen Elternschaft in Hessen an.

Ich persönlich finde es nicht richtig, daß die CDU in ihrer Diskussion um die Gleichberechtigung nun das nachholt, was andere Parteien schon längst hinter sich haben. Wenn sie es tut, dann sollte sie eigene Akzente setzen.

Das sollte sie auch in den Termini tun. Sie sollte nicht von „Gleichberechtigung“ reden und „Gleichheit“ meinen; denn die Menschen sind von ihrer Erschaffung her nicht gleichberechtigt. Sie sind als Mann und Frau geschaffen. Und sie haben nicht eine Rolle wie im Theater, sondern sie haben eine Aufgabe in ihrer Welt, in der sie Verantwortung tragen.

(Beifall)

Noch etwas zum Selbstverständnis von Hausfrau und Mutter - Gräfin Plettenberg hat es ja bereits gesagt -: Man hat vielen Frauen jahrelang eingeredet, sie könnten sich zu Hause nicht selbst verwirklichen; sie sollten hinausgehen ins Berufsleben. Erst dann wären sie etwas wert.

Das hat meines Erachtens dazu geführt, daß viele Frauen, wenn man sie heute fragt, ob sie berufstätig sind, mit „Nein“ antworten und sagen: Ich bin nur Hausfrau. Ich meine, da hätte die CDU viel zu tun, um dies wieder aufzuarbeiten

(Beifall)

und diesen Frauen, die bewußt zu Hause bleiben, wieder mehr Selbstbewußtsein zu geben. Das vermisse ich.

(Beifall)

Frau Professor Ursula Lehr: Eben haben Sie geklatscht; jetzt werden Sie gleich pfeifen.

Zunächst einmal: Ich begrüße grundsätzlich die Leitsätze der CDU.

(Beifall)

Ich begrüße auch, daß seitens der Partei die Wahlfreiheit „nur Hausfrau, nur Mutter“ oder alles beides, „Hausfrau/Mutter plus Berufstätigkeit“, möglich gemacht wird.

Aber jetzt: Als Wissenschaftlerin muß ich jedoch etwas sagen, was einige im Saal nicht gern hören werden. Hausfrau und Mutter ist eine Tätigkeit, ist ein Beruf, der große Achtung verdient - aber nur für eine bestimmte Lebensphase der Frau von heute!

(Beifall)

Das war bei den Älteren hier, bei unseren Müttern und Großmüttern etwas ganz anderes. Da war es ein Lebensberuf. Da war man lebenslang Hausfrau mit fünf, sechs oder acht Kindern. Die Frauen sind gestorben, bevor das jüngste Kind aus dem Hause ging. Heute ist es so, daß das jüngste Kind aus dem Hause geht, wenn die Frau noch 50 % ihres Lebens vor sich hat.

(Beifall)

Heutzutage - und da kann ich eine Reihe fundierter Untersuchungen bringen - bedeutet die außerhäusliche Tätigkeit, die in vielen Fällen Berufstätigkeit ist, die aber auch außerhäusliches Engagement in Partei, Kommune, Kirche, Gemeinde usw. sein kann, die beste Geroprophylaxe. Tatsache ist, daß heute ausschließlich familienzentrierte Frauen den schlechtesten Altersprozeß haben.

(Beifall)

Soweit die Fakten!

Meine Zeit geht um; jetzt nur ganz kurz: Selbstverständlich soll die Mutter beim jungen Kind sein; aber es kommt nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität der Zuwendung an!

(Beifall)

Weiterhin haben Untersuchungen gezeigt: Das Kind braucht nicht nur die Mutter; das Kleinkind von zwei, drei Monaten braucht den Vater, braucht andere, fremde Personen.

(Beifall)

Zur These von der notwendigen Nestwärme darf ich Ihnen eines sagen: Ich halte sie für notwendig. Sie ist aber auch gegeben, wenn die Mutter berufstätig ist. Diese These von der notwendigen Nestwärme wird heute auf Grund von Forschungen durch die These der Gefahr der Mutterausschließlichkeit abgelöst.

(Beifall)

Nicht die Kinder nämlich, die eine berufstätige Mutter haben, entwickeln sich unbedingt schlechter, sondern die Kinder, die übermäßig betreut und betuttelt werden.

(Beifall)

Frau Marie-Theres Ley: Ich bin Mitglied der CDU-Frauenvereinigung Köln. Ich

möchte vorausschicken, daß ich fünf Kinder habe und zehn Jahre nicht erwerbstätig war. Ich mußte damals aus dem Beamtenverhältnis ausscheiden, da es das noch nicht gab, daß man bei der Geburt eines Kindes nur teilzeitbeschäftigt sein konnte oder sich beurlauben lassen konnte.

Ich begrüße die Leitsätze der CDU sehr. Sie sind auch auf einem Kreisparteitag in Köln verabschiedet worden.

Was mir absolut nicht gefällt, ist, daß hier dauernd von der Last der Mütter und von den Opfern der Mütter gesprochen wird. Ich finde es wunderbar, fünf Kinder zu haben!

(Beifall)

Ich habe dadurch mehr Glück erfahren. Trotzdem muß ich sagen, daß ich nach zehn Jahren eben wieder erwerbstätig geworden bin, weil mich die Aufgaben, die ich dann in der Familie hatte, nicht mehr ganz ausfüllten. Ich habe Glück gehabt und bin damals wieder in den Lehrberuf hineingekommen, was heute natürlich nicht möglich ist.

Ich würde es begrüßen, wenn sehr viel mehr dafür getan würde, daß nach einer Familienphase die Angebote für die Wiedereingliederung der Frauen in den Beruf verstärkt würden,

(Beifall)

und wenn das auch in der CDU verstärkt vertreten würde.

Frau Rita Waschbüsch, Tagungsleiterin: Danke, vor allen Dingen dafür, daß Sie die Zeit so schön eingehalten haben. - Frau Dr. Ellenberger! - Entschuldigung, es ist ein Herr Dr. Ellenberger.

(Heiterkeit)

Verzeihen Sie!

Dr. Gert Ellenberger: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf meine Vorstellung mit meiner beruflichen Tätigkeit verknüpfen und den Begriff der Großfamilie einführen, den ich bisher noch nicht vernommen habe. Ich bin von Beruf Steuerberater und Wirtschaftsprüfer und bin übrigens in der CDU in der Mittelstandsvereinigung auf verschiedenen Ebenen aktiv tätig. Ich habe drei Partner.

(Lebhafte Heiterkeit)

- Steuerberaterpartner natürlich und Partnerinnen! Ich komme aber noch dazu.

Wir haben ein Büro von 30 Personen insgesamt, davon sieben Herren und 23 Damen. Der überwiegende Teil dieser Damen ist teilzeitbeschäftigt. Etwa die Hälfte von jenen Damen, die kleine Kinder haben, lassen diese Kinder von ihren Eltern oder Schwiegereltern betreuen. Ich finde das großartig.

Wir üben große Nachsicht, wenn Wünsche auf eine veränderte Arbeitszeit an uns herangetragen werden. Ich muß sagen: In unserem Beruf ist das relativ einfach arrangierbar. Es gibt Berufe, bei denen das nicht möglich ist.

Wir sind der Meinung, daß diese Frauen am besten und am motiviertesten arbeiten können, wenn wir ihnen eine weitestgehende Flexibilisierung in der Arbeitszeit geben. Unsere Arbeitszeiten sind äußerst verschieden: 5-Tage-Woche, 5-Tage-Woche halb, 4-Tage-Woche, 4-Tage-Woche halb, auch Nachmittagsarbeit. Und jene, die vormittags verkürzt arbeiten, bekommen relativ ein höheres Gehalt als jene, die den ganzen Tag arbeiten. Alles hat sich bewährt und ist mit dem Personal abgesprochen worden.

(Beifall)

Das wäre aber nicht möglich, wenn nicht zu Hause treue Eltern und Schwiegereltern wären, die denen die Erziehung der Kinder für diese Zeit in Liebe abnähmen.

(Beifall)

Vielleicht noch ein Punkt dazu: Ich stamme selbst aus einer Familie mit vielen Kindern. Bei meinen Eltern war das gleich. Ich finde es großartig, jetzt auch meine Kontakte zu den vielen Nichten und Neffen zu haben. Ich bin ein Verfechter des Zusammenhalts in einer Großfamilie. Für mich geht der Familienbegriff, den ich hier heute bisher mitbekommen habe, etwas weiter.

Ich darf aber noch auf einen zweiten Begriff zurückkommen, nämlich die mitarbeitende Ehefrau im Mittelstand. Ich habe meinem Bundeshauptgeschäftsführer, Dr. Spary, heute mitgeteilt, daß wir in unserem Büro eine Untersuchung abgeschlossen haben, wonach etwa 80 % unserer gewerblichen Mittelständler nicht in der Lage sind, eine Verzinsung ihres eingesetzten Kapitals, geschweige denn zusätzlich die Vergütung der Arbeitskraft des Unternehmers mit seiner Ehefrau, überhaupt zu erreichen. Ich werde jetzt Aufsätze schreiben mit dem Titel „Über die Armut im gewerblichen Mittelstand“

(Vereinzelter Beifall)

und werde auch darauf hinweisen, daß sich dieses Problem kumulativ negativ auf die mitarbeitende Ehefrau abwälzt, die keinerlei echte soziale Absicherung erwarten kann, weil das wirtschaftlich nicht möglich ist.

Ich hätte gern noch mehr gesagt; aber ich bedaure: Das rote Licht leuchtet auf.

Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungsleiterin: Danke für Ihr Verständnis. - Jetzt haben wir die Großfamilie; das ist sicher ein besonderer Bereich.

Frau Ursula Gauls: Ich bin Verbandsbeauftragte für Frauenfragen im Deutschen Bundeswehrverband. Es gibt seit zwei Jahren die Möglichkeit, daß Frauen von aktiven Soldaten gleichberechtigte Mitglieder sind.

Ich möchte ganz kurz, möglichst in militärischer Kürze, versuchen, die besondere Problematik berufstätiger Ehefrauen von Soldaten darzustellen.

Soldaten sind die einzige Berufsgruppe in der Bundesrepublik, die der sogenannten Zwangsmobilität unterliegen, das heißt, auch hier gilt für den Soldaten das Prinzip von Befehl und Gehorsam: Es wird umgezogen, wie man sonst auch einen Befehl befolgt.

Die durchschnittliche Stehzeit eines Soldaten beträgt nach Untersuchungen des Verteidigungsministeriums ungefähr zweieinhalb Jahre. Das bedeutet für berufstätige Ehefrauen ein ganz großes Problem: Sie ziehen also um, sie integrieren zunächst einmal ihren Mann, damit er wieder ordentlich motiviert seinen Dienst antritt; dann versorgen sie ihre Kinder, gliedern sie in die Schule ein, und dann kümmern sie sich vielleicht um sich selbst und suchen sich einen neuen Arbeitsplatz. Das ist mit sehr großen Schwierigkeiten verbunden: Entweder ist das unterhalb ihrer eigenen Qualifikation oder - in Einödstandorten - finanziell uninteressant.

Wir Soldatenfrauen sind nicht gegen die Mobilität. Wir sind für die Mobilität, wir sind für die Berufe unserer Ehemänner. Wir sind für den Auftrag der Bundeswehr insgesamt; aber dafür fordern wir ein Recht auf Anerkennung all unserer Mobilitätsleistungen und auch ein Recht auf Hilfe bei der Arbeitsplatzsuche nach diesen häufigen Versetzungen. Es gibt Soldatenfrauen, die nicht die Möglichkeit haben, sich einen eigenen Rentenanspruch zu erarbeiten. Ich meine, das könnte vielleicht auf gesetzlichem Wege oder auf dem Ordnungswege mit Hilfe der Frauengruppe der CDU/CSU zur Zeit möglich sein.

Zum Schluß ein Dank an die Politiker, ein persönlicher Dank der Soldatenfrauen: Ich beispielsweise bin 25 Jahre Soldatenfrau und habe meinen Mann und auch meinen Sohn niemals in einen Krieg oder in einen Verteidigungsfall schicken müssen.

(Beifall)

Frau Emmi Beck: Ich möchte meine Wortmeldung zurückgeben, weil Gräfin Plettenberg mir sehr aus dem Herzen gesprochen hat.

Frau Christine Vollmer: Ich bin Frauenbeauftragte der Stadt Gelsenkirchen und leite dort die Gleichstellungsstelle. - Ich möchte kurz auf die Arbeitszeitflexibilisierung eingehen, die in Ihren Leitsätzen doch auch sehr ausführlich behandelt wird.

Aus eigener Erfahrung aus der Arbeit in Gelsenkirchen weiß ich, daß sich Arbeitszeitflexibilisierung nicht immer hinreichend im Interesse der Frauen auswirkt. Auch verschiedene Untersuchungen haben belegt, daß Arbeitszeitflexibilisierung - wie zum Beispiel Job-sharing, kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit - unglaubliche Schwierigkeiten für die Frauen mit sich bringt, und zwar deshalb, weil sich diese Flexibilisierungsvarianten in der Regel nicht nach den familiären Belangen, sondern nach den betrieblichen Belangen orientieren.

Von daher sollte man sich, wenn man solche Regelungen propagiert, durchaus auch immer vergewissern: Wie wird das denn eigentlich in der Praxis gehandhabt? Und in der Praxis sind diese Regelungen - so würde ich einmal sagen - frauen- und familienfeindlich.

Ich möchte auch noch einmal auf die Ladenschlußzeiten eingehen, die in den Leitsätzen propagiert worden sind. Wenn ich mir ansehe, wer eigentlich in den Verkaufsständen, wer in den Geschäften tätig ist, dann sind das überwiegend Frauen. Wenn man nun für eine Flexibilisierung der Ladenschlußzeiten eintritt, trifft das wieder überwiegend die Frauen, die dann wieder zu Lasten ihrer Familie dort arbeiten müssen.

(Zustimmung)

Ein wichtiger Punkt wurde in Ihren Leitsätzen auch vergessen: die bezahlte Freistellung der Eltern - und zwar Väter wie Mütter gleichermaßen - für den Fall, daß das Kind krank wird. Ich selbst als Mutter und Sie sicher auch, wir alle wissen, daß die fünf Tage, die man nach der derzeitigen gesetzlichen Regelung pro Jahr hat, in keiner Weise hinreichend sind, vor allen Dingen dann nicht, wenn sich mehrere Kinder anstecken. Die Kinderkrankheiten kennen Sie alle ja.

Ein weiterer Punkt: Rückkehr in den Beruf. Ich denke, auch hier sollte man eine Gleichstellung zwischen einzelnen Beschäftigtengruppen vornehmen, nämlich eine Beurlaubungs- oder Teilzeitreduzierungsmöglichkeit gesetzlich einführen, damit die Gleichstellung zwischen Beamtinnen und Beamten, Angestellten und Arbeiterinnen auf allen Ebenen und in allen Wirtschaftsbereichen gewährleistet ist.

Frau Ute Otzen: Ich komme vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten von der Universität Kiel.

Ich möchte hier sagen: 84 % der alleinerziehenden Elternteile sind Mütter. In der Gesellschaft werden alleinerziehende Mütter stark diskriminiert. Ein uneheliches Kind erregt noch immer moralische Entrüstung.

Männer hingegen, die allein erziehen, werden als mutig angesehen, wenn sie sich mit einem Kind durchboxen wollen. Frauen, die nicht den Weg der Abtreibung gegangen sind, sondern den Mut haben, ihr Kind großziehen zu wollen, müssen oft neben der gesellschaftlichen Diskriminierung auch noch erhebliche finanzielle Nachteile in Kauf nehmen.

Alleinerziehende Mütter sind auf Grund der Doppelbelastung durch Familie und Beruf oft völlig überlastet. Diese Mütter dürfen weder Stein gesellschaftlichen Anstoßes sein noch finanzielle Nachteile erleiden.

(Beifall)

Dies sollte die Aufgabe der Familienpolitik sein.

Deshalb legt der Ring Christlich-Demokratischer Studenten gesteigerten Wert auf die Aufnahme des Problems der Alleinerziehenden in den Leitantrag.

(Beifall)

Frau Else Fleischer: Ich bin aus Solingen. - Sehr geehrte Frau Verhülsdonk, Sie haben heute den Apostel Paulus aus der Bibel zitiert und gesagt, daß wir heute von diesen Vorstellungen der Ehe abgehen sollten.

(Widerspruch)

- Also nicht mehr danach leben könnten, wie das früher war. Wenn aber die CDU von der biblischen Auffassung über die Ehe abgehen will, dann müßte sie meines Erachtens das „C“ aus ihrem Namen streichen.

Die Bibel hat uns in ihren zehn Geboten klare Leitsätze gegeben, wie wir unser Leben zu führen haben. Wenn wir alle danach lebten, hätten wir sicher auch keine Verbrechen mehr.

In einer christlichen Ehe benötigt man keine Leitsätze über eine neue Partnerschaft; denn da klappt die Partnerschaft selbstverständlich im gegenseitigen Verstehen.

Wir haben heute zwar eine andere Zeit, und ich bin auch dafür, daß die Frauen einen Beruf ergreifen, um für alle Wechselfälle des Lebens gerüstet zu sein; aber wir sollten die Frauen, die ihre Kinder selbst erziehen wollen, mehr unterstützen. Dazu gehört meines Erachtens auch eine Rentenversicherung für Hausfrauen. Ich finde, daß Frauen oder Mütter, die ihre Kinder erziehen und dadurch auf vieles verzichten, wiederum für Frauen einstehen, die nur für ihre Karriere leben und dafür auf Kinder verzichten und ein schöneres Leben haben, das sich die Mutter nicht leisten kann, aber deren Kinder nachher für die Rentenversicherung aufkommen sollen. Ich meine, da müßte einmal ein Ausgleich geschaffen werden.

Ich finde, es ist besser, Geld für die Sicherheit der Mütter auszugeben - damit sie auch von einer eigenen Rente leben können, je nachdem, wie es im Leben kommt -, als Geld für Ganztagschulen auszugeben, wie Sie, Frau Verhülsdonk, das heute vorgeschlagen haben. Wir wissen noch nicht, welchen Einflüssen die Kinder dann ausgesetzt sind; denn auch in der Politik ändert sich alles, und wir sollten uns vor Ganztagschulen hüten.

(Vereinzelter Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungsleiterin: Meine Damen und Herren! Ich habe die schriftliche Frage vorgelegt bekommen: Wann komme ich an die Reihe? Wann kommt das Thema „Erziehungszeiten“? Ich habe noch viele Wortmeldungen vorliegen. Wir haben die sozialrechtlichen Dinge - Erziehungszeiten, rentenrechtliche Regelungen - hier durchaus ebenfalls vorgesehen. Das liegt als ganzer Block hier. Ich wollte zunächst einmal die mehr allgemeine Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf diskutieren lassen.

Ich bitte auch um Verständnis, wenn das manchmal springt. Wir können von hier vorn aus nicht immer ganz präzise wissen, worauf nun die Redner hinaus wollen, weil der eine oder andere oder die eine oder andere ihr Stichwort enger oder weiter fassen.

Frau Dagmar Bange: Ich möchte noch einmal einen Themenkomplex ansprechen, der ganz kurz abzuhandeln ist, der aber eigentlich recht wichtig ist. Im Leitantrag fehlen nämlich zwei Sachen: das Problem „Frau und Adoption von elternlosen Kindern“ und das Problem „Behinderte“.

Die beiden Probleme, Behindertenfrauen und Adoption, kann man in einer so kurzen Zeit nicht abhandeln. Man kann sie auch jetzt nicht mehr nachträglich im Leitantrag verankern.

Ich möchte Sie nur auf einen Komplex hinweisen, damit man darüber vielleicht in

Zukunft verstärkt nachdenkt: Es ist den sogenannten „Behindertenehen“ - bei denen also ein Partner in der Ehe behindert ist - nicht erlaubt, Kinder zu adoptieren. Das finde ich sehr, sehr schlimm, weil das doch bedeutet: „Funktioniert dein Körper nicht, funktionierst du nicht als Mutter oder als Vater.“ Es gibt gerade in diesem Bereich viele Ehen, in denen einfach keine Kinder gezeugt werden können, bei denen die Frau nicht in der Lage ist, Kinder auszutragen, aber durchaus in der Lage ist, mit ihrer Liebe und in ihrer ehelichen Gemeinschaft Kinder zu erziehen. Und unsere Kinder, wenn sie drei oder vier Jahre alt sind, verrotten in den Heimen, weil halt jeder nur Babies will.

Ich meine: Das ist eine ganz große Diskriminierung gerade auch der behinderten Frauen, und ich möchte doch bitten, daß man darüber vielleicht einmal in aller Ruhe und in allem Ernst wirklich nachdenkt.

(Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungsleiterin: Meine Damen und Herren! Es gab natürlich von jedem Kreisverband der CDU her die Möglichkeit, Abänderungsanträge zu diesem Leitantrag zu stellen. Es ist also nicht so, als wenn nur exakt der Bundesvorstand ein Papier vorgelegt hätte, zu dem nicht auch Meinungsäußerungen aus der Breite hätten kommen können.

Ich bitte, vielleicht auch noch eines sagen zu dürfen: Dieses Anliegen eben ist ein ganz berechtigtes; aber es ist sicher ein sehr spezielles in unserem Zusammenhang: „Frau in Familie und Beruf“.

Frau Barbara Fischer: Ich bin Mitglied der CDU-Frauenvereinigung und bin Jurastudentin an der Universität Bonn. Ich möchte ein paar Dinge zur Situation von weiblichen Studenten an den Hochschulen sagen.

Im Hochschulbereich findet sich trotz der Verbesserung des globalen Anteils der Frauen immer noch eine starke Unterbesetzung in verschiedenen Zweigen und Fächern. Zum Beispiel waren es in den Ingenieurwissenschaften im Jahre 1982 nur 5,9 % Frauen, die dieses Fach studiert haben; in den Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften waren es 1982 nur 32,9 %, und in der Mathematik und in Naturwissenschaften waren es 1982 nur 34,9 %.

Ein wichtiges Ziel zur Erreichung von Chancengleichheit der Studentinnen ist es, Frauen zu motivieren und zu unterstützen, bisher untypische Ausbildungs- und Berufsziele zu wählen.

Wenn ich mir die Situation der Studentinnen ansehe, fällt auf, daß besonders diejenigen mit langen Studiengängen überlegen, ob sie eine Partnerschaft eingehen oder ob sie eine Familie gründen sollen. Vielfach ist es für sie nicht einsehbar, warum sie sechs bis acht Jahre lang lernen sollen, vom Staat oder von den Eltern finanziell abhängig sind und Prüfungen absolvieren, um dann gar nicht berufstätig zu sein.

Die Möglichkeiten, Studium oder Beruf miteinander zu verbinden, sind immer noch viel zu gering. Wenn man zum Beispiel Studiengänge dahin- gehend verkürzt, daß

eine Spezialisierung auf bestimmte Bereiche eher möglich ist, dann wäre dies sicher ein wichtiger Schritt, um dieses Problem zu lösen. Unsere europäischen Nachbarn schaffen das im übrigen recht gut - und das schon länger!

Viele Frauen mit einem abgeschlossenen Studium oder einer anderen Berufsausbildung scheuen sich auch, eine Familie zu gründen und Kinder zu haben, aus Sorge um den Arbeitsplatz. Sie sehen keine ausreichenden Möglichkeiten, nach einiger Zeit wieder in das Erwerbsleben zurückzukehren.

Arbeitsplatzgarantie und Erziehungsgeld sind sicherlich ein guter Anfang, diese Schwierigkeiten abzubauen. Damit allein ist es jedoch nicht getan. Es muß auch insgesamt in der Gesellschaft ein Umdenkungsprozeß stattfinden: Es muß ganz einfach selbstverständlich werden, daß ein Vater seiner Familie und seinen Kindern genauso verpflichtet ist wie eine Mutter.

(Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungsleiterin: Darf ich um folgendes bitten! Ich sehe gerade: Wir haben einige Damen, die sich zweimal gemeldet haben. Das habe ich vorhin übersehen. Ich werde diese Damen bei der zweiten Wortmeldung zunächst einmal in der Reihenfolge denen anschließen, die noch nicht an der Reihe waren. Ich bitte dafür um Verständnis.

Frau Ursula Körtner: Ich komme aus dem Bezirksverband Hameln-Pyrmont. Ich bin Hausfrau und Mutter dreier Kinder.

Ich möchte mich ganz kurz fassen und im Hinblick auf die vielen vorliegenden Redebeiträge auf einen Punkt konzentrieren.

Wenn Sie mir erlauben, nur einen kurzen Satz noch zu dem zu sagen, was Frau Professor Lehr angesprochen hat. Ich teile vieles, was Frau Professor Lehr hier heute gesagt hat. Nur: Ich muß ganz arg bezweifeln und auch ganz entschieden bestreiten, daß unsere Kinder unter zu viel Liebe leiden. Die Kindergarten- und Schulsituation, der Nullbock und der Frust der Jugendlichen sind mit Sicherheit sehr häufig das Ergebnis von zu wenig Liebe und zu wenig Geborgenheit in der Familie.

(Beifall)

Ich beziehe mich jetzt auf die Seite 4 Punkt 6 der Leitsätze zu diesem Forum. Ich darf ganz kurz, verkürzt, zitieren. Unter Punkt 6 wird geschrieben:

Frauen, auch mit Kindern unter 15 Jahren, arbeiten heute nicht nur deshalb, weil sie einen Beitrag zum Lebensunterhalt der Familie leisten müssen; sie wollen in der Regel arbeiten, weil sie Freude an der Tätigkeit und am Kontakt zu anderen Menschen haben.

Das wird von mir als Mutter dreier Kinder, aber vor allem in Kenntnis der Lebensbedingungen vieler Frauen aus meinem näheren und weiteren Umfeld bezweifelt. Statistische Werte untermauern meine Zweifel. Ein großer Prozentsatz der arbeiten-

den Frauen mit Kindern unter 15 Jahren arbeitet, weil das Geld des alleinverdienenden Mannes nicht ausreicht.

(Zustimmung)

Es ist gar nicht so einfach, seinen Kindern und in der Familie sagen zu müssen: Wir können nicht verreisen, wir können dies nicht, und wir können das nicht. Das hat mit existentieller Armut überhaupt nichts zu tun, sondern es ist wirklich verdammt schwer, dann auf vieles verzichten zu müssen, was andere haben und auch berufstätige Mütter und Frauen haben.

(Beifall)

Es ist deshalb für mich und viele andere Frauen ungeheuer wichtig, die von den erziehenden Frauen für die Familie und damit für die Gesellschaft erbrachten Leistungen besser honoriert zu bekommen, und zwar nicht nur verbal - das hatten wir schon sehr, sehr häufig -, sondern vor allen Dingen auch materiell.

Ich bitte Sie, wirklich daran zu denken, daß wir von den Frauen daran gemessen werden, wie wir heute und hier und im Plenum nicht nur diskutieren, sondern ob wir auch in der Lage sind, unsere Forderungen durchzusetzen.

(Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Danke schön.

Jetzt kommen wir zu einem Themenbereich, der sich vor allen Dingen mit Adoptiveltern, Pflegekindern, Hort, Kinderbetreuung usw. beschäftigt.

Bitte, Frau Jasca.

Frau Marta Jasca: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Mein Name ist Marta Jasca, ich bin Hausfrau, ich war über zehn Jahre Pflegemutter, und ich bin jetzt ehrenamtliche Mitarbeiterin im Bundesverband der Pflege- und Adoptiveltern, für den ich heute hierher delegiert worden bin.

Ich möchte Sie auf dieses Problem der Pflegefamilien hinweisen. Wir beziehen uns auf Ihre Leitsätze unter II und XI. Wir finden darunter keine Pflegefamilie verzeichnet. Ich möchte etwas zu der Situation dieser Kinder sagen. In der Bundesrepublik leben 65 700 Kinder im Rahmen der Hilfe zur Erziehung, der freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung außerhalb des Elternhauses in einer Fürsorgefamilie. Dies sind etwa 0,6 % der Kinder und der Minderjährigen in der Bundesrepublik. Hierzu kommen noch 300 000 Kinder in verwandten Familien bis zum dritten Grad. Berücksichtigt man die Zahl der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik, wird eindeutig klar, daß es sich hier um eine Minderheit handelt, die parteipolitisch ohne

Bedeutung ist. Das ist sicherlich auch ein Grund dafür, daß wenige Politiker bereit sind, sich den Problemen dieser Kinder anzunehmen.

Ich komme nun zu den Pflegemüttern. Sie können sagen: Die Pflegemütter erhalten Pflegegeld. Dieses Geld muß aber für den Unterhalt der Kinder verwendet werden. Es bleiben lediglich 100 DM Erziehungsbeihilfe. Von dieser Erziehungsbeihilfe können wir weder Krankenkassen- noch Rentenversicherungsbeiträge bezahlen. Wir bitten die CDU, das in ihre Überlegungen mit aufzunehmen.

(Beifall)

Frau Anne Franz: Ich habe vier Kinder und bin seit zehn Jahren wieder erwerbstätig. Man hat mir wegen dieser Erwerbstätigkeit jahrelang ein schlechtes Gewissen eingeredet, und das lasse ich mir jetzt weder vom Katholischen Elternbund noch von der CDA noch vom „Rheinischen Merkur“ wieder einreden.

(Beifall)

Da hier die Rede von der Wahlfreiheit ist, frage ich, was denn so schlimm daran ist, daß bei Arbeitslosigkeit des Mannes unter Umständen nun die Frau arbeiten, also erwerbstätig sein müßte.

Im übrigen: Gott schuf nicht Mann und Frau als erstes, Gott schuf den Menschen.

(Beifall)

Zuerst steht dort: Gott schuf den Menschen.

Ich möchte auf den Bereich der Pflege unserer älteren Familienangehörigen zu sprechen kommen. Grundsätzlich unterstütze ich die Leitsätze der CDU. Ich möchte hier nur bemerken, daß das für Familienmütter wirklich außerordentlich schwierig ist. Sie haben die Kinder erzogen und sind nun sofort wieder in die Pflicht genommen, ihre alten Eltern zu pflegen. Ich vermisse hierzu eine klare und eindeutige Stellungnahme der CDU. Mir sind die notwendigen Maßnahmen zu vage. Hier steht z.B.: Der Mann muß an den Aufgaben beteiligt werden, oder die Krankenkassen müssen herangezogen werden und mehr Leistungen übernehmen. Sie übernehmen diese Leistungen aber nicht einmal heute nach der bestehenden RVO. Da gibt es außerordentlich große Schwierigkeiten. Ich verstehe nicht, warum sich der Bundesfamilienminister gegen eine Pflegeversicherung sperrt. Ich finde, es ist an der Zeit, verschiedene Modelle zu diskutieren, und man sollte nicht sagen, daß das nicht notwendig ist.

(Beifall)

Frau Elli Peters: Ich bin vom Landesverband Rheinland, Berufstätige Frau, 38 Jahre, verheiratet, drei Kinder, 20 Jahre engagierte Hausfrau und Mutter, seit 18

Jahren wieder berufstätig. Das schicke ich vorweg, damit Sie wissen, vor welchem Hintergrund ich spreche.

Ich bin für die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau, aber genauso für eine neue Partnerschaft zwischen den Generationen. Ich bin dafür, daß es durch familien-gerechtes Bauen ermöglicht wird, ältere Generationen in den Bereich der Familie mit einzubeziehen,

(Beifall)

damit sie wieder eine sinnvolle Aufgabe bekommen und damit auch einen Beitrag zur Erfüllung der flexibleren Arbeitsteilung zwischen Beruf und Familie leisten. Ich hoffe, daß man Wege findet, die dies ermöglichen.

Danke schön.

(Beifall)

Franz Lütke: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin der Überzeugung, daß die CDU recht getan hat, dieses Thema aufzunehmen und dies als Beginn eines langen Entwicklungsprozesses, eines Bewußtseinsänderungsprozesses auch in unseren eigenen Reihen anzusehen.

(Beifall)

Ich bin der Überzeugung, daß wir diesen Prozeß nicht in Kürze oder in einer Legislaturperiode überstehen werden, sondern daß das noch weit in das Jahr 2000 hineingehen wird, bis sich all die schönen Ziele, die wir uns gesetzt haben, erfüllen werden. Ich sehe das an mir selbst und an meinen Freunden; ich arbeite seit über 30 Jahren in dieser Partei. Wir haben auch noch einen gehörigen Nachholbedarf, und deshalb halte ich das für eine ausgezeichnete Idee.

(Beifall)

Ich glaube, daß es für die Frauen in Beruf und Familie im Rahmen der neuen Partnerschaft in den künftigen Jahren bessere materielle Voraussetzungen gibt, als es in der Vergangenheit gab, als dies bei früheren Generationen der Fall gewesen ist.

Wir haben die neuen Techniken, die auch den Frauen die Möglichkeit geben, im Rahmen von Flexibilität die beiden Belastungen, die Beruf und Familie bedeuten, besser miteinander zu vereinbaren. Da ich mich beruflich damit befasse, denke ich insbesondere an die computergestützten Arbeitsabläufe. Das sind saubere und umweltfreundliche Arbeitsplätze, die es früher in dieser Form nicht gegeben hat. Damit gibt es auch bessere materielle Voraussetzungen dafür, daß dieses Ziel der Frauen in Beruf und Familie besser verwirklicht werden kann.

Ich komme zu einem weiteren Punkt. Ich meine, wir brauchen in vielen Berufsbereichen eine Mindestquotierung für Frauen, damit die Frauen in verantwortlichen und entscheidungsträchtigen Positionen stärker berücksichtigt werden. Das heißt, den

Frauen muß eingeräumt werden, daß sie zu einem bestimmten Anteil in Führungspositionen in Wirtschaft und Verwaltung hineinkommen.

Ich selbst bin als Jurist seit über 25 Jahren in einer großen Verwaltung tätig und sehe, wie schwer es meine weiblichen Kolleginnen haben, überhaupt weiterzukommen, wenn sie die Doppelbelastung von Beruf und Familie zu tragen haben. Ich meine, wenn wir diesen Freiraum einräumen, bauen wir die systembedingten Nachteile, die die Frauen heute in Wirtschaft und Beruf haben, etwas ab. Ich meine, wir sollten eine Mindestquotierung fordern. Ich bin nicht für ein Verhältnis von 50 : 50, aber ich meine, die Ausgangssituation muß besser werden, als sie in der Vergangenheit war und heute noch ist. Alle Männer müssen noch einen langen Lernprozeß durchstehen, d.h. wir müssen uns auch in unseren Parteien und Verbänden bemühen, Frauen auch in verantwortliche Positionen zu bringen.

(Beifall)

Im Alltagsgeschäft, wenn es um Personalentscheidungen geht, lassen wir den Kavalier zu Hause, und dann kommt der Ellenbogen wieder raus. Meistens ziehen die Frauen auf diese Weise heute noch leider den Kürzeren. Ich möchte Sie deshalb alle bitten, meine Damen: Treten Sie noch mehr als bisher in die politischen Parteien ein, versuchen Sie kraft Ihrer Zahl und intelligenten Argumentation, uns Männer mehr zurückzudrängen, damit wir mindestens ein ausgeglichenes Zahlenverhältnis zwischen Männern und Frauen bekommen oder wir Männer sogar in die Minderheit geraten!

Ich bedanke mich.

(Beifall)

Frau Elke Wülfing: Ich bin Mutter von drei kleinen Kindern. Ich bin nicht außerhäuslich berufstätig, bin aber wohl in der CDU politisch tätig. Ich kann Ihnen sagen, daß das eine Tätigkeit, fast ein Teilzeitjob ist, und insofern fühle ich mich auch unter diesem Thema wohl.

(Beifall)

Allerdings ist das ein Teilzeitjob, der keine Bezahlung bringt.

Ich möchte Sie alle bitten, mit dem Vorurteil aufzuräumen, daß Politiker Verständnis verdienen, wenn sie sich nicht um ihre Familien und ihre Kinder kümmern. Ich bekomme dieses Verständnis nie irgendwo, auch nicht in der Bevölkerung. Jedesmal, wenn man irgendwo antritt, um zu reden oder zu kandidieren, wird gesagt: Die soll sich erst einmal um ihre Kinder kümmern. Haben Sie eine solche Bemerkung schon einmal gehört, wenn ein Mann irgendwo antritt? Ich möchte Sie alle bitten, dieses Vorurteil nicht weiterzutragen.

(Beifall)

Frau Mechthild Rau: Zu dem Feld „Frauen in Beruf und Familie“ gehört unbedingt die Kinderbetreuung. Eine Frau kann nicht berufstätig sein, wenn das Kind nicht betreut wird, und sie kann auch nicht in Ruhe arbeiten, wenn sie weiß, daß das Kind

nicht gut betreut ist. Aus diesem Grund brauchen wir mehr Kindertagesstätten, z.B. Horte, Ganztagschulen, Angebotsschulen, damit die Kinder nicht gezwungen sind, in ein drittes Umfeld zu gehen: erst die Familie, dann die Schule und dann noch der Kinderhort. Das wäre besser in der Ganztagschule zusammengefaßt. Außerdem sind die Horte als sogenannte Ganztageseinrichtungen auch quasi für die Nachhilfe, für Schulaufgaben zuständig. Sonst sind heutzutage ja die Mütter die Nachhilfelehrer der Nation. Spätestens ab dem 6. Schuljahr kommt kaum noch eine Mutter mit, wenn sie nicht selbst Akademikerin ist. Sie kann ihrem Kind in Mathematik, in den naturwissenschaftlichen Fächern nicht mehr helfen. Da kann ein Hort helfen, der dann auch für Kinder ab dem 12. Lebensjahr zur Verfügung stehen müßte. Die Erzieherinnen in Horten sind heute nicht für die Betreuung von Kindern über 12 Jahre ausgebildet. Ab dem 12. Lebensjahr sind die Kinder von berufstätigen Müttern oder berufstätigen Eltern - ich selbst bin Alleinerziehende, war jahrelang Vorstandsmitglied im Verband alleinerziehender Mütter und Väter, so daß ich die Problematik genau kenne - auf die Straße angewiesen. Die Großfamilie in dem Sinne existiert kaum noch, nicht einmal mehr in kleineren Gemeinden, und deshalb brauchen wir Einrichtungen, die die Kinder betreuen, oder ein Angebot, das die Kinder interessiert, damit sie nicht in die Spielhöhlen und in die Geschäfte gehen, und die weibliche Kriminalpolizei nachher nicht die viele Arbeit mit den Kindern hat, die etwas mitgehen lassen, weil es so angenehm dargeboten wird.

Im übrigen haben die Frauen, die sich vornehmen, sobald die Kinder drei, vier oder fünf Jahre sind, wieder in den Beruf zu gehen, die Ruhe dazu nicht. Sie sind überhaupt nicht in der Lage, sich eine Stelle zu suchen. Ich habe eine Bekannte, die in Scheidung lebt, die eine Arbeit gefunden hatte. Sie konnte diese Arbeit nicht annehmen, weil die Kinder nicht betreut werden konnten. Auch für die Männer ist es wichtig zu wissen: Wenn meine Frau berufstätig ist, verzichtet sie auf Unterhalt oder auf höheren Unterhalt. Die Herren, auch die in der CDU, sollten mithelfen, daß Betreuungseinrichtungen geschaffen werden.

Frau Gabriele Wülker: Ich möchte zunächst etwas zur Halbfamilie sagen. Ich halte es für eminent wichtig, daß das Problem der Frauen in Beruf und Familie sehr ernst genommen wird. Wir müssen aber auch die Halbfamilien ernst nehmen, in denen die Mütter allein ihre Kinder erziehen. Ich bin seit 1945 berufstätig gewesen. Ich hatte das Glück, drei Kinder zu haben, und ich habe meinen Beruf voll ausführen können, bis ich 1979 emeritiert wurde. Die Frauen dieser Jahre haben es unwahrscheinlich schwer gehabt, da die sozialen Leistungen des Staates für die alleinstehenden Kriegerwitwen sehr miserabel gewesen sind. Sie haben z.B. auch keine Hilfe bei der Suche nach einer Wohnung bekommen. Ich halte es deswegen für ganz wichtig, daß der Paragraph, nach dem Väter und Mütter rückwirkend bis zum Jahre 1921 Erziehungsjahre angerechnet bekommen, bezüglich des Jahres eine Kann-Bestimmung wird und daß ermessen wird, ob die Frau, die nach 1945 ihre Kinder aufgezogen hat, darauf angewiesen ist, hier eine zusätzliche Einnahme zu erhalten.

Ein Zweites: Verschiedentlich wurde gesagt: Alleinstehende Frauen müssen heute besser unterstützt werden. Ich meine, daß das nicht im finanziellen Sinne notwendig ist. Aber die Gemeinden, die freien Verbände sollten unbedingt mehr Einrichtungen schaffen, in denen Mütter mit Kindern bevorzugt berücksichtigt werden, wenn sie berufstätig sein müssen.

Danke schön.

(Beifall)

Frau Karin Ubrig: Ich bin in Münster stellvertretende Kreisvorsitzende der CDU und möchte hier etwas Grundsätzliches sagen und auch meine Gefühle als junge Frau darlegen, die ich bei dem Leitantrag empfinde. Ich darf vielleicht vorausschicken, daß ich hundertprozentig hinter dem Leitantrag stehe, und zwar aus folgenden Gründen.

Ich bedaure die Diskussion, die im Vorfeld des Leitantrages in der Presse stattgefunden hat. Es wurde immer gesagt: Die Frau, die sich ausschließlich der Familie widmet und zu Hause bleibt, wird ausgegrenzt, und es zählt nur noch die berufstätige Frau. Das ist nicht das Problem, und ich möchte auch Frau Plettenberg etwas widersprechen. Im Leitantrag geht es darum, gleichberechtigt mehrere Lebensformen nebeneinanderzustellen.

(Beifall)

Müssen wir uns in der CDU nicht eigentlich erst mit dem Gedanken anfreunden, daß es neben der Frau, die sich ausschließlich der Familie widmet, auch andere Frauen gibt? Vielleicht fällt uns das deshalb so schwer, und viele fühlen sich etwas verletzt, weil sie diese Ausschließlichkeitsrolle eigentlich nicht mehr einnehmen. Das möchte ich als Anregung in die Diskussion einführen. Es geht hier nicht darum, irgendeine Lebensform zu diskriminieren, auszugrenzen, sondern es geht darum, sie gleichberechtigt neben andere zu stellen, und das ist auch in der modernen Gesellschaft die Herausforderung.

(Beifall)

Ich habe noch zwei weitere Punkte, aber ich werde mich bemühen, mich kurzzufassen.

Auch ich als junge Frau mache eine Ausbildung und werde sicherlich erst mal darauf bedacht sein, eine Anstellung zu finden; das ist klar. Ich habe dabei auch ein sehr existenzielles Bedürfnis. Sicherlich ist eine Anstellung sehr wichtig. Ich möchte etwas Sicheres finden und hinterher, nachdem ich Kinder bekommen habe, möchte ich das aus folgendem Grund weitermachen.

In meinem Bekanntenkreis - das werden sicherlich auch andere erfahren haben - gibt es zahlreiche Ehen, die, teilweise nach sehr langen Zeiten, nach 17 oder 20 Jahren, auseinandergehen. Jede dritte Ehe in der Bundesrepublik wird geschieden. Für die Frauen ist es sehr schwer, auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Ich glaube, daß viele Frauen aus diesem diffusen Gefühl heraus Sicherheit wünschen und weiter berufstätig bleiben möchten. Ich glaube, das ist ein sehr wichtiger Punkt, der in der Diskussion überhaupt noch nicht zum Tragen gekommen ist.

(Beifall)

Ich komme zu einem dritten Punkt. Ich komme nun zu den vielen Frauen vom RCDS Kiel. Ich glaube, wir sind eine freiheitliche Gesellschaft, und keiner von uns will den Menschen vorschreiben, wie sie leben, mit wem sie leben usw.

Als junge Frau möchte ich sagen: Die Ehe ist nicht unersetzlich. Ich glaube, für die Frauen gibt es, wenn sie Kinder haben wollen, keine Alternative zur Ehe, und zwar auch als materielle Sicherung; denn die Frauen riskieren dabei sehr viel. Zweitens glaube ich, daß es notwendig ist, grundsätzlich zu einem Menschen ja zu sagen; ich glaube, man kann keine Beziehung unter Vorbehalt eingehen.

(Beifall)

Frau Amrei Schulte-Kellinghaus: Ich komme vom Ring Christlich Demokratischer Studenten aus Köln. Ich möchte etwas zu der Teilzeitarbeit sagen. Grundsätzlich begrüße ich es sehr, daß die CDU Teilzeitarbeitsplätze schaffen oder die Arbeitszeit flexibler gestalten möchte, als dies bisher der Fall ist. Allerdings vermisse ich etwas die Betonung, daß auch Männer auf diesen Teilzeitarbeitsplätzen arbeiten können; es wird immer nur von den Frauen geredet. Man muß aber auch den Männern ermöglichen, einen halben Job zu übernehmen, damit auch sie sich um die Familie kümmern können.

(Beifall)

Ich finde, außerdem ist es wichtig, daß die Chancen auch bei einer Teilzeitarbeitsstelle garantiert sein müssen. Weiterhin ist Vorsicht in Dienstleistungsbereichen, bei Büroarbeiten geboten, in denen eine Rationalisierung immer mehr um sich greift. Natürlich können durch die Rationalisierung Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden. Allerdings geschieht das auf Kosten der Frauen, denn meistens arbeiten Frauen auf diesen Teilzeitarbeitsplätzen, die dann ihren Arbeitsplatz verlieren.

Ich möchte noch ein Wort zu der Arbeitsplatzgarantie sagen. Wenn man einige Jahre in der Familie gearbeitet hat und dann wieder in den Beruf einsteigen möchte, halte ich es für wichtig, daß auch eine Beschäftigung garantiert wird, wie das in dem Antrag von Heiner Geißler formuliert ist.

Zunächst sollte man bei den Arbeitgebern das Bewußtsein schaffen, daß das für die Frauen sehr wichtig ist und daß den Frauen nicht von vornherein die Möglichkeit genommen werden sollte, überhaupt in qualifizierten Berufen zu arbeiten. Es darf nicht schon bei ihrer Einstellung gesagt werden: Wir können Sie nicht einstellen, weil Sie eine Frau sind. Da muß dann allerdings auch noch die Regelung in § 611 des BGB Sanktionsmöglichkeiten erhalten, entsprechend dem EG-Anpassungsgesetz, so daß also auch Arbeitgeber mit Sanktionen belegt werden, wenn sie bei der Vergabe von Arbeitsplätzen Frauen diskriminieren.

Danke.

(Beifall)

Frau Inga Letz: Ich komme aus Braunschweig und bin dort Vorsitzende des Lehrhausfrauenverbandes. Ich betreue seit ungefähr acht Jahren Frauen, die in der wesentlichen Phase stehen, wo die Kinder anfangen, aus dem Haus zu gehen, und die sich wieder beruflich oder auch verstärkt in der Familie neu orientieren wollen. In dem Zusammenhang habe ich auch das Braunschweiger Modell, das vielleicht teilweise bekannt ist, durchgeführt.

Ich möchte auf folgendes hinweisen und habe eine Bitte. Sie haben lediglich von Hausarbeit gesprochen. Ich möchte, daß in diesem Leitantrag statt „Hausarbeit“ gesagt wird: Haushaltsführung. Für Sie mag das wie eine Wortklauberei aussehen, aber mir geht es um folgendes.

Hier fiel auch der Begriff der familienzentrierten Hausfrau. Die Haushaltsführung beinhaltet sehr viel mehr. Sie umfaßt mit den gesamten dispositiven Bereich der Hauswirtschaft und ist ein ganz wesentlicher Teil, der immer wieder vergessen wird und der auch den Anteil der Selbständigkeit der Hausfrau ausmacht. Eine Hausfrau, die wirklich selbständig ihren Haushalt führt, ist eine selbständige Frau und keineswegs abhängig.

(Beifall)

Diese Selbständigkeit kann sie in eine irgendwie geartete Erwerbstätigkeit mitnehmen.

Ich habe das von den Personalchefs Braunschweiger Firmen erfahren, bei denen ich um Praktikumsplätze für meine Hausfrauen nachgesucht habe, die wieder in ihren alten Beruf hinein wollten. Darum meine ganz herzliche Bitte: Statt „Hausarbeit“ sollten wir „Haushaltsführung“ sagen, um noch einmal zu unterstreichen, daß es sich hier tatsächlich um eine Selbständigkeit handelt.

Vielleicht kann ich an dieser Stelle noch einen Punkt anfügen. Es gibt im Bundesgebiet einen Prozeß, der bisher nie zur Kenntnis genommen wurde, weil die Selbständigkeit der Hausfrauen selten gesehen wird. Mehr als 30 000 Frauen haben in den letzten Jahren eine Prüfung als Hauswirtschafterin abgelegt. Das ist ein Zeichen dafür, daß sie bereit sind, diesen Beruf zu professionalisieren. Man sollte sehr viel mehr danach fragen, warum diese Frauen das gemacht haben. Das sind mit Sicherheit nicht diejenigen Frauen, die ihre Kinder nur überversorgen und überbehüten, sondern bei denen hört die Familienarbeit nicht an der eigenen Korridor-tür auf, sondern sie wenden sich dann auch verstärkt dem Ehrenamt zu.

Danke schön.

(Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Geben Sie bitte keine Wortmeldungen mehr ab. Einige haben sich inzwischen nachgemeldet, und sie werden zu Wort kommen, wenn wir noch Zeit haben. In Anbetracht der zeitlichen Lage erübrigen sich weitere Wortmeldungen.

Ich bitte, jetzt zu dem Komplex überleiten zu dürfen: Familienlastenausgleich, Erziehungszeiten, Rentenzeiten, Neuregelung des Scheidungsfolgenrechts. Dazu liegt eine Fülle von Wortmeldungen vor.

Frau Renate Damm: Ich bin die erste Vorsitzende des Deutschen Juristinnenbundes. Ich habe mich bewußt zu diesem Thema gemeldet, weil ich eine Diskrepanz zwischen dem Referat von Frau Verhülsdonk zu dem Leitantrag des Bundesvorstandes sehe. Ich will Ihnen das erklären.

Offensichtlich glauben Sie oder der Bundesvorstand, daß der Familienlastenausgleich durch das Gesetz, das am 1. Januar 1986 in Kraft tritt, abgeschlossen ist. Ich sehe das ganz anders.

(Zuruf)

- Dann muß er in das Kapitel „Ehe und Familie“, Seite 5 ff., hinein. Darüber findet sich kein Wort. Der Familienlastenausgleich wird im Leitantrag überhaupt nicht erwähnt.

Ich möchte vorweg eine Bemerkung machen. Sie bringen ein bißchen die heile Welt: Sie nennen das Ehegattensplitting, wodurch endlich die Ehe mit einem Verdienst wieder begünstigt wird, da das Einkommen ansteigt. Was wird wirklich begünstigt? In der Tat wird die Ein-Verdiener-Ehe begünstigt, aber auch die Ehe des alleinverdienenden Ehemannes oder der alleinverdienenden Ehefrau, was sicherlich immer

noch die Ausnahme ist, die keine Kinder erziehen. Hier ist also das Ehegattensplitting qua Ehe mit eingekauft. Das ist eine viel bessere Lösung. Wenn man es ehrlich meint, hier eine neue Partnerschaft aufzubauen, dann muß man auch mal dieses Ehegattensplitting ernsthaft in Frage stellen und nicht sagen: Das ist noch eine Verbesserung.

Der zweite Punkt in diesem Zusammenhang: Frau Verhülsdonk, in Ihrem Referat sagen Sie, daß erstmals auch die nichtberufstätigen Frauen berücksichtigt werden. Ich sehe das etwas anders. Die nichtberufstätigen Frauen werden doppelt begünstigt; denn sie haben den Vorteil des Ehegattensplittings und bekommen auch noch das Erziehungsgeld, also eine normale Steigerung. Es wäre eine bessere Lösung, hier einzugreifen und das Ehegattensplitting einmal aufzuheben, eine Alleinbesteuerung aller Einkünfte gesetzlich zu verankern und dazu gleich hohe Kinderadditive vorzusehen. Dann gibt es keine Ungerechtigkeiten, keine Kinderfreibeträge, die man dann wieder ausgleichen muß. Diesen Punkt möchte ich hier ausdrücklich bemängeln. Ich möchte alle politisch Verantwortlichen bitten, darüber ernsthaft nachzudenken. Ich kann Ihnen auch den Grund sagen. Immer, wenn ich mit Bundestagsabgeordneten männlichen Geschlechtes darüber diskutiere, kommt sofort das Argument: Um Gottes willen, da gehen wir nicht ran; denn davon sind wir selber betroffen. In der Tat sind viele Frauen von Bundestagesabgeordneten nicht berufstätig. Ich kann Ihnen eine ganze Menge nennen.

Ein anderer Punkt ist schon in verschiedenen Beiträgen angeklungen. Es ist hier die heile Welt der Familie in der Ehe dargestellt. Es ist schon von mehreren Vorrednerinnen gesagt worden, daß wir auch die nicht heile Welt haben. Genauer gesagt: Wir haben auch alleinverdienende, alleinerziehende Eltern, Väter und Mütter.

Wir haben, vom Deutschen Juristinnenbund gesponsert, eine Entscheidung vor dem Bundesverfassungsgericht erstritten, daß die alte Besteuerung verfassungswidrig war, weil sie gegen Art. 3 des Grundgesetzes verstieß. Dabei ist eine magere Lösung herausgekommen. Ich kündige jetzt schon an, daß wir eine neue Verfassungsbeschwerde werden machen müssen, um die Ungleichbehandlung durch das Härteanpassungsgesetz wieder aus der Welt zu bekommen. Hier wäre auch ein Ansatz gewesen, die Auflagen des Bundesverfassungsgerichts etwas genauer zu nehmen und hier die Alleinerziehenden etwas besser zu berücksichtigen.

Ich will das jetzt hier abbrechen. Ich glaube, es ist besser, wenn ich zum Scheidungsfolgenrecht später etwas sage.

Frau Angelika Ziegert: Ich möchte noch etwas Kritisches zum Erziehungsgeld und zur Arbeitsplatzgarantie sagen. Es gibt inzwischen auch andere Ansichten als die, die so oft genannt worden sind, wenn von der Abqualifizierung der Nur-Hausfrau gesprochen wurde. Es gibt inzwischen Frauen, die sich nicht mehr trauen zu sagen, daß sie berufstätige Mütter sind. Die Stimmen gegen berufstätige Mütter mehren sich, und außerdem wird die Durchsetzbarkeit der Arbeitsplatzgarantie bezweifelt. Diese Kritik, die gegen die berufstätigen Mütter laut wird, wird eigentlich durch den Leit Antrag unterstützt; denn durch die Zahlung des Erziehungsgeldes in Höhe von 600 DM wird eine Unterschiedlichkeit der Frau manifestiert. Gestern habe ich z.B. den Ausspruch gehört: Diejenigen, die keine Kinder in die Welt setzen, sind nur zu bequem dazu; da können die anderen die 600 DM ruhig bekommen. Das zieht unter Umständen weitere Kreise und wird stärker. Sollte es aber wirklich um Hilfen für Frauen gehen, die dadurch starke finanzielle Einbußen haben, was nicht zu bestreiten ist, wenn man ein Kind zu versorgen hat, dann stellt sich die Frage, ob die Zahlung über ein Jahr wirklich hilft, ob man nicht über das Kindergeld langfristig eine

viel bessere Hilfe geben könnte als durch diese einmalige Zahlung des Erziehungsgeldes, die nur wieder die Emotionen aufpeitscht und unter Umständen doch nicht so viel bringt.

Das zweite ist die Arbeitsplatzgarantie. Ich muß gestehen: Als dieses halbe Jahr Mutterschaftsurlaub eingeführt wurde, habe ich gesagt: Das ist blödsinnig, es müßte ein ganzes Jahr sein. Inzwischen hat sich die Lage geändert und in der Praxis überlegen sich die Arbeitgeber, ob sie eine Frau einstellen, weil diese ein ganzes Jahr ausfällt. Herr Geißler hat vorhin im Vortrag gesagt, daß er von Herrn Franke gehört hätte, daß eine große Nachfrage nach befristeten Arbeitsverträgen bestehe. Dabei müßte man wissen: von wem, für wie lange und ob das Bereiche betrifft, in denen Frauen dann ausfallen. Das ist ein großes Problem. Da muß man auch fragen, ob man nicht durch flexiblere Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen, die man hinterfragen muß und die auch nachprüfbar sein müssen, damit die Frauen wirklich etwas davon haben, durch das Arbeitsförderungsgesetz mehr Hilfe für die Frauen bewirken kann als durch diese Maßnahmen, die unter Umständen ein Bumerang sind. Ein deutliches Familienbild ist in dem Leitantrag ganz eindeutig zu erkennen. Das Gewicht fällt auf die Familie, auf die Hausfrau und Mutter.

Frau Dr. Glassen: Ich spreche im Namen der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer und der Vereinigung von Unternehmerinnen, und zwar auch zum Erziehungsgeld und zur Arbeitsplatzgarantie. Meine Vorgängerin hat mir das Bumeranggesetz, das ich als erstes hier stehen hatte, schon vorweggenommen. Ich glaube, man sieht von politischer Seite nicht, wie schwer und wie eingreifend diese Gesetze, die aus sozialen Gründen und aus guten Gründen gemacht werden, gegen die von ihnen Betroffenen als Bumerang wirken, ob das Schwerbeschädigte oder alleinerziehende Mütter sind.

Ich bin, wie gesagt, Unternehmerin und muß deshalb sagen, daß das anders ist, als Sie, Frau Verhülsdonk, das sagten, daß es angesichts der großen Arbeitslosigkeit leicht sein müsse, für eine Frau, die ein Jahr ausscheidet, einen Ersatz zu bekommen. Das ist mitnichten leicht, und vor allen Dingen ist es ein ganz großer Kostenfaktor. Ich habe mich extra bei verschiedenen Unternehmungen erkundigt, wie lange es dauert, bis man so eine Ersatzfrau eingearbeitet hat. Ich denke jetzt an eine Industriearbeiterin, und da dauert das bis zu fünf Monate. Das ist ein Kostenfaktor, und dann kommt die andere wieder.

Weiter wird in Ihrem Papier an die Wehrdienstverpflichtung der jungen Männer erinnert und gesagt, daß es so etwas auch für die Frauen geben müßte. Die jungen Männer sind 18 Jahre alt und noch nicht so weit, daß sie eine Karriere angefangen haben. Sie haben vielleicht die Lehre hinter sich und nach dem Wehrdienst kann man sie vielleicht an irgendeinen Arbeitsplatz setzen.

Das ist ja nicht vorprogrammiert, wann die Kinder kommen, und dann ist es sehr schwierig, sie wieder an den gleichen Arbeitsplatz zu bringen.

Ich wollte nur sagen: Ich finde das Papier enorm materialistisch. Nur für ein Kind soll man dieses Geld bekommen? Ich habe drei Kinder. Ich habe sie auch alleine erziehen müssen. Mein Mann ist bereits seit 30 Jahren tot. Ich kann nur sagen: Mich hat dieses Papier enorm enttäuscht. Die Freude am Kind ist überhaupt nicht berücksichtigt, und die kann mir keiner bezahlen, auch dann nicht, wenn es mehr als 600 DM wären.

(Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungsleiterin: Bitte Frau Lindemann-Meyer zu Rahden. - Ich bitte, weil wir zu den Komplexen „Renten“ und „Scheidungsfolgenrecht“ noch nichts gesagt haben, daß wir uns dann diesen Themen zuwenden, um jeden Bereich zu berühren.

Frau Lindemann-Meyer zu Rahden: Ich vertrete den Deutschen Landfrauenverband und möchte auch zu den Kindererziehungszeiten etwas sagen, und zwar zu der Forderung nach Arbeitsplatzgarantie, die ich ebenso wie meine Vorrednerin doch für etwas bedenklich halte; denn Betriebe mit überwiegend hochqualifizierten Arbeitskräften werden es immer schwer haben, für eine so befristete Zeit gleichwertige Arbeitskräfte zu bekommen. Besonders für kleine und mittelständische Betriebe halte ich auch die finanzielle Belastung für zu hoch, als daß sie von ihnen getragen werden kann.

Aus dem Grund befürchte ich, daß sich die Verwirklichung dieser Forderung insofern nur zu Lasten der Frauen auswirkt, als sie dann in diesen Betrieben gar nicht eingestellt werden.

Frau Rita Waschbüsch, Tagungsleiterin: Ich darf jetzt zum Thema „Sozialrenten“ kommen und bitte zunächst einmal Frau Knobler vom Jüdischen Frauenbund.

Frau Maren Knobler: Ich habe drei erwachsene Kinder und bin im Jüdischen Frauenbund seit einigen Jahren tätig und ehrenamtliche Mithelferin in einer Sozialeinrichtung mit kleinen Kindern und Müttern.

Mich berührt vor allem die Lage der sozial Schwachen in unserer Gesellschaft. Aufgabe der Sozialpolitik ist es, Wege zu finden, den im Gesetz verankerten Anspruch auf ein würdevolles Leben aller, unter anderem auch älterer Menschen zu gewährleisten.

Doch wie weit dieses Ziel von der Realität noch entfernt ist, konnte man aus den Medien und aus der letzten „Report“-Sendung am Beispiel zweier Berliner Frauen deutlich nachvollziehen.

Die wirtschaftliche Lage vieler alleinstehender älterer Frauen muß nachhaltig verbessert werden, wozu eine hinreichende Altersversorgung gehört, die erst die Voraussetzung für eine menschenwürdige Teilnahme am öffentlichen Leben ist.

Das Erziehungsjahr sollte auch den Frauen angerechnet werden, die vor 1921 geboren sind.

(Beifall)

Der Vorschlag aus Ihren Reihen, daß ein differenziertes Bildungs- und Betreuungsangebot vorhanden sein muß, wozu auch die Förderung von Selbsthilfegruppen gehört, bedarf einer genaueren Definition.

Meine konkrete Frage an Sie: Wäre auch von Staats wegen finanzielle Hilfe zu erwarten, könnten damit eventuelle neue Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingeleitet werden, und wären sie im Zusammenhang mit ehrenamtlichen Helfern denkbar?

Frau Hubertine Nyssen: Ich bin aus Aachen, von Beruf Hausfrau, habe vier Kinder und arbeite in der Katholischen Frauengemeinschaft bereits 20 Jahre ehrenamtlich mit Frauen, zuerst mit alleinerziehenden Müttern, und jetzt mache ich schon zehn

Jahre einen politischen Frühschoppen für Frauen, der sehr gut besucht wird und in dem auch viel diskutiert wird.

Ich möchte an und für sich nur zu der Anrechnung von Erziehungszeiten sprechen. Von diesen Frauen wurde auch der Wunsch geäußert, die Erziehungszeiten auf Mütter von Adoptivkindern und Pflegekindern zu erweitern, da diese Frauen doch sehr viel Arbeit und auch Hilfe für diese Kinder leisten.

Dann habe ich noch eine Frage: Was ist, wenn eine Hausfrau arbeitsunfähig wird? Hat sie dann überhaupt Anspruch auf eine Berufsunfähigkeitsrente?

(Zurufe)

- „Natürlich nicht“, höre ich schon. Ich wußte es auch. Daran müßte auch einmal gedacht werden!

Dann habe ich noch ein Anliegen: Ich habe auch sehr viel mit älteren Frauen, das heißt mit Frauen in den mittleren Lebensjahren, zu tun und stelle mit Sorge fest, daß immer mehr Frauen depressiv krank werden. Ich weiß nicht, woher das kommt und wie man da helfen kann. Vielleicht wird auch einmal überlegt, wie man diesen Frauen helfen kann.

Frau Ilse Stein: Ich vertrete den Verband der Heimkehrer und infolgedessen die ältere Generation. Da fällt mir auf, daß die vorgesehene Anrechnung erst ab 1921 zum Tragen kommt. Das empfinde ich als eine Diskriminierung.

Frau Rita Waschbüsch, Tagungsleiterin: Bei den Erziehungszeiten im Rentenrecht!

Frau Ilse Stein: Im Rentenrecht, ja, nur ab 1921!

Es geht dabei um die Frauen, die ja in erster Linie die ganze Last des Krieges und der Nachkriegszeit zu tragen hatten. Wo bleibt da die Anerkennung der Arbeit der Frauen und Mütter in den Fabriken, die der „Trümmerfrauen“, die der alleinerziehenden Mütter während des Krieges und später? Sie sind alle früher gealtert und verdienen erst recht, was jüngeren Müttern zuerkannt werden soll. Das ist ein Problem.

Dann habe ich noch etwas, was mir am Herzen liegt, was sicherlich den meisten nicht gefällt: Der Staat soll, anstatt Vorleistungen zu gewähren, mehr Leistungen fordern und anerkennen. Diese brauchen nicht immer Geld zu kosten. Bei den Bestrebungen zur Gleichberechtigung der Frauen sollten ihnen auch Pflichten zugemutet werden.

(Widerspruch)

Für Männer sind Pflichten gesetzlich geregelt. Ich sagte ja: Das wird nicht immer Zustimmung finden. Ich will keinen Wehrdienst für Frauen, aber doch etwas soziales Engagement - zum Beispiel in Krankenhäusern, Pflegeanstalten, Altenheimen und Sozialstationen - und als Anerkennung bevorzugte Berücksichtigung für eine Ausbildung und für einen Arbeitsplatz, Entlohnung ähnlich wie bei Soldaten.

Es ist ja so: Die Männer müssen nach dem Abitur zur Bundeswehr; die Frauen können studieren. Es fehlt ihnen die Zeit. Ich will noch nicht einmal von einem Jahr reden; das könnte ein halbes Jahr oder etwas weniger sein. Wir haben Mangel an

Menschen in Krankenhäusern und in Sozialstationen, und dem würde auf diese Weise abgeholfen werden.

Frau Lore Dehnen: Ich bin Vizepräsidentin des Deutschen Familienverbandes.

Sie können sich also vorstellen, daß ich die Familie für die optimale und ideale Form des menschlichen Zusammenlebens halte. Der Beweis ist an sich schon dadurch erbracht, daß Alleinstehende im Grunde immer irgendwelche Forderungen stellen müssen, weil sie einfach nicht allein in der Lage sind, ihre Kinder ausreichend zu versorgen, wenn ihnen irgendein Mißgeschick zustößt. Schon von daher ist der Beweis erbracht, daß Familie die beste Form ist.

Daß wir nun auch die Einführung eines Erziehungsjahres für außerordentlich gut halten, ist klar; denn unser Verband fordert Erziehungsjahre schon seit längerer Zeit. Allerdings gehen wir nicht davon aus, dies nur für ein Jahr zu tun, sondern mindestens für drei Jahre. Wenn wir nämlich jetzt die Frau mit Erziehungsgeld locken, ihren Beruf aufzugeben, und das nur für ein Jahr tun und nach diesem Jahr keinerlei Voraussetzungen geschaffen haben, daß die Frau dann entweder wahlweise in den Beruf zurückkehren kann oder eben ihre Kinder versorgt, weil praktisch für die Kinderversorgung niemand da ist - denn leider stehen nicht überall Großmütter zur Verfügung -, dann sollte die CDU in absehbarer Zeit einfach Erziehungsgeld für drei Jahre möglich machen. Sie sollte dann auch um Himmels willen mit dem Geld nicht so kleinlich sein; denn wenn Sie auch vorgeben, arbeitsmarktpolitische Aspekte dabei außer acht gelassen zu haben, so meinen wir: Mit einem kleinen Hintergedanken spielt sicherlich die Zahl der vielen Arbeitslosen dabei auch eine Rolle. Viele Frauen werden es dann nämlich sicher vorziehen, zu Hause zu bleiben und nicht in den Beruf zurückzugehen, wodurch praktisch dann auch sehr viele Arbeitsstellen für jetzige Arbeitslose zur Verfügung stünden.

Frau Eva Grunerl: Ich spreche hier für den Deutschen Akademikerinnenbund.

Wir haben doch etwas Sorge, was die Einführung des Erziehungsurlaubs mit der Arbeitsplatzgarantie für ein Jahr betrifft. Wir meinen, daß es für jüngere Frauen Schwierigkeiten geben wird, einen qualifizierten Beruf zu finden, weil sie nach unserer Meinung kaum noch eingestellt werden. Sie werden also große Schwierigkeiten haben, in dem sowieso schon stattfindenden Konkurrenzkampf zu bestehen.

Des weiteren meinen wir auch, daß die Leitsätze der CDU doch davon ausgehen, daß die Eltern gemeinsam die Verantwortung für die Kinder tragen. Da wird unseres Erachtens zu wenig Rücksicht darauf genommen, daß auch die Väter mit in diesen Erziehungsurlaub einbezogen werden müßten. Deswegen ist unsere Forderung - -

Frau Rita Waschbüsch, Tagungsleiterin: Das ist vorgesehen! Der Entwurf sieht vor: wahlweise Vater oder Mutter.

Frau Eva Grunerl: Richtig, wahlweise! Unsere Meinung dazu aber ist, daß das eine Mußvorschrift sein müßte, das heißt: die Hälfte der Zeit die Frau und die andere Hälfte der Zeit der Mann.

(Oh-Rufe)

- Das geht sehr wohl durchzuführen. Das ist nicht das Problem, das durchzuführen, sondern es ist das Problem, das durchzubekommen. Das ist ein anderes Problem!

Frau Gertrud Wartenberg: Ich spreche für den Deutschen Frauenring. Wir sind der größte Staatsbürgerinnenverband, überparteilich.

Wir begrüßen, daß sich die Regierungspartei mit der neuen Frauenfrage auseinandersetzt. Das ist für uns eine ganz wichtige Sache. Ich kann mir vorstellen, daß heute jeder, der sich hier ganz kurz faßt, den Applaus hat. Es ist so wahnsinnig viel gesagt worden. Was ich mir aufgeschrieben habe, war ganz speziell zu dem Anrechnungsjahr in der Rentenversorgung, daß das auch für Adoptivmütter gelten soll.

Frau Rita Waschbüsch, Tagungsleiterin: Vielen Dank! Das ist vorgesehen. Das steht ausdrücklich im Entwurf.

Frau Dr. Walburga Fischer-Gottlob: Ich vertrete den Bund katholischer deutscher Akademikerinnen.

Ich wollte noch ganz kurz zu den Frauen im Hochschulbereich etwas sagen. Es wurde ja vorhin davon gesprochen, dies seien Probleme von Randgruppen, und die CDU möge sich doch damit nicht befassen. Ich bin aber der Meinung, daß es hier um einen ganz wichtigen Bereich geht; denn es ist doch so, daß die Frauen im Hochschulbereich wichtige Arbeit an den Problemen unserer Gesellschaft leisten. Es ist ganz wichtig, daß Frauen ihren Beitrag dazu einbringen.

Die tatsächliche Situation ist ja die: Wir haben etwa 40 % Frauen als weibliche Studierende; wir haben aber nur 5,2 % Frauen als Professorinnen, das heißt, genauer gesagt, Frauen, die eine C-4-Professur haben. Es ist für Frauen ungeheuer schwer, hier hineinzukommen. Ich weiß von dem frustrierenden Kampf der Wissenschaftlerinnen, hier angemessen berücksichtigt zu werden, wobei es eben nicht nur darum geht, daß Frauen Möglichkeiten haben, sich auch hier entfalten zu können, sondern hier geht es auch darum, daß Frauen eben nicht ihren Beitrag für die Gesellschaft einbringen können.

Ich möchte daher doch darum bitten, daß man diesen Fragen auch seine besondere Aufmerksamkeit zuwendet.

Frau Helga Schulz: Ich vertrete die Frauen des Deutschen Beamtenbundes.

Ich möchte noch einmal auf das eingehen, was Renate Damm hier vor einigen Wortmeldungen zum Ehegattensplitting gesagt hat. Es kommt ja in den Leitsätzen so sehr zum Ausdruck, daß die Wahlfreiheit zum Zuge kommen soll. Aber die Wahlfreiheit gibt es für die meisten gar nicht, und zwar einmal, weil unser Ehemuster ja heute noch immer so ist, daß meistens der Mann mehr verdient. Da ist also schon nicht viel mit Wählen; wenn man nämlich für ein Jahr auf das Gehalt verzichten soll, dann verzichtet man ja tunlichst auf das des weniger Verdienenden, und das ist dann meistens die Frau.

Zum anderen sind eben unsere Steuergesetze so, daß sie eigentlich in bestimmten Einkommensbereichen dazu zwingen, daß einer zu Hause bleibt. Wenn ich daran denke, daß im Rahmen dieser sogenannten „größten Steuerreform aller Zeiten“ das Ehegattensplitting in der Spitze von jetzt über 14 000 DM auf dann über 18 000 DM erhöht wird, dann wäre ich ja schön blöd, wenn ich dann arbeiten würde; denn für 18 000 DM muß ich ja schon ganz schön was leisten und was können, und wenn ich jahrelang nicht im Beruf gewesen bin, dann wird das wohl für dieses Geld nicht so leicht zu finden sein.

Ich glaube also, man sollte da doch einmal etwas mehr auf Alfred Dregger hören, der ja schon gesagt hat: Der Bestand unseres deutschen Volkes wird eben nicht durch die Ehe gesichert, sondern durch Kinder.

Aber nun leben ja nicht alle in solch guten Verhältnissen, daß die Freude an Kindern allein das ausgleicht, was man an Sorgen mit Kleidung, Ernährung usw. hat. Man muß also ein bißchen finanziellen Ausgleich auch dafür verlangen, daß man auf vieles verzichtet.

(Beifall)

Und da hapert es. Wenn ich das vergleiche, was ich auf der einen Seite bei dieser Steuerreform für die Ehe und auf der anderen Seite für die Kinder zuschlage, dann ist das ja lächerlich. Da wird zwar gesagt: Der Freibetrag wird 2 484 DM. Ja, schön! Aber er ist heute schon 432 DM, und es wird außerdem die sogenannte Sonderausgabenadditive gestrichen, die heute 900 DM beträgt. Das sind 1 300 DM, das heißt: Es wird nur um 1 100 DM erhöht - und das, wohlgemerkt, als Freibetrag, während der Splittingeffekt echte DM waren. Das wirkt sich dann je nach Steuersatz also noch verschieden aus. - Ich will das nicht ausdehnen.

Hinzu kommt, daß für die Kleinverdiener, die ja nun auch nicht gerade zu denjenigen gehören, die im Steuerrecht bestens Bescheid wissen, gesagt wird: Ihr kriegt noch einen sozialen Ausgleich in Form eines Zusatzkindergeldes. Das muß beantragt werden. Da sollen nun diese Leute sagen, daß sie mit ihrem zu versteuernden Einkommen innerhalb der Grundfreibeträge liegen. Ich möchte Sie, soweit Sie nicht Steuerberater sind, hier einmal fragen, ob Sie - erstens - schon einmal den Begriff „Grundfreibetrag“ gehört haben, ob Sie - zweitens - mir auf Anhieb sagen können, wie hoch der ist, und - drittens - wie hoch ihr zu versteuerndes Einkommen ist. Und das verlangt man ausgerechnet von Geringverdienern!

Ich glaube, die CDU, die diese Bürokratiendebatte einmal angefangen hat, wäre gut beraten, hier nicht solch ein bürokratisches System zu erfinden, das ausgerechnet wieder die Familie mit Kindern in Schwierigkeiten bringt,

(Beifall)

und zwar einmal, daß es zu wenig ist, und dann auf äußerst bürokratischem Wege.

Frau Dr. Hannelore Schmitz: Ich vertrete den Verband alleinerziehender Mütter und Väter.

Die Alleinerziehenden sind heute bereits mehrfach angesprochen worden. Ich möchte einige Fakten nachreichen.

In der Bundesrepublik leben heute 1 Million Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren; das sind 1,4 Millionen Kinder. Von den alleinerziehenden Müttern waren 1937 bereits 32 % Sozialhilfeempfängerinnen; das ist 14mal soviel wie normale Familien. 29% der Frauen bekommen überhaupt nur Unterhalt, und der durchschnittliche Unterhalt liegt bei 420 DM. - Das nur vorab!

Jetzt finde ich bei Ihnen in den Leitsätzen die Alleinerziehenden nur in einem Halbsatz erwähnt. Ich wollte Sie sehr darum bitten, die Leistungen der Alleinerziehenden, die unter erschwerten Bedingungen künftige Rentenzahler erziehen, doch in dieses Papier mit hineinzunehmen.

(Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungsleiterin: Bei den Anträgen, die die Antragskommission schon bejaht hat, ist eine solche Verstärkung vorgesehen. Vielleicht darf ich das einmal dazwischenrufen.

Frau Dr. Hannelore Schmitz: Noch etwas zum Scheidungsfolgenrecht! Das Scheidungsfolgenrecht und das, was Sie hier unter Punkt 12 dazu geschrieben haben, weichen völlig voneinander ab. Das Scheidungsfolgenrecht in der geplanten Form sieht ja vor, daß die Frau verteufelt wird, daß sie schwarz angemalt wird, daß sie weniger Unterhalt bekommt, daß der Unterhalt begrenzt werden soll und daß die Schuld ausschließlich bei ihr gesucht werden soll. Damit ist die Familienhausfrau ja entschieden die Dumme.

Die Scheidungsziffern haben sich von 1960 bis 1983 bei uns zweieinhalbfach gesteigert. Das heißt: 1960 waren es 49 500, 1983 waren es 123 000. Die Scheidungszahlen werden weiter steigen.

Das heißt also: Wenn das Gesetz so durchkommt, wie es vorgesehen ist, wird die Zahl der Sozialhilfeempfängerinnen unter den alleinerziehenden Müttern weiter ansteigen. Was das bedeutet, brauche ich Ihnen nicht zu sagen - es sei denn, es würde alles das, was Sie hier geschrieben haben, in diese Neuregelungen einfließen.

(Beifall)

Frau Anita Sonnen: Ich vertrete den Deutschen Hausfrauenbund, Landesverband Hessen, und spreche auch zum Ehescheidungsfolgenrecht.

Ich habe die Leitsätze aufmerksam studiert. Mir ist dabei aufgefallen, daß Anspruch und Wirklichkeit gerade in diesem Bereich weit-auseinanderklaffen.

Ich möchte ein Beispiel herausgreifen. Auf Seite 8 der Leitsätze heißt es:

Frauen und Männer, die wegen der Erziehung der Kinder ihre Erwerbstätigkeit aufgeben oder eingeschränkt haben, müssen sich auch nach der Scheidung darauf verlassen können, daß ihnen keine zeitliche Begrenzung des Unterhalts zugemutet wird und sie nicht auf den Arbeitsmarkt verwiesen werden.

Im Gegensatz dazu heißt es im Regierungsentwurf zur Neufassung des Ehescheidungsfolgenrechts in § 1573 Absatz 5:

Die Unterhaltsansprüche nach Absatz 1 bis 4 können zeitlich begrenzt werden, soweit dies insbesondere unter Berücksichtigung der Dauer der Ehe ... der Billigkeit entspricht.

Das Gleiche gilt dann im § 1578 Absatz 1. Hier ist eine zeitliche Begrenzung der Bemessung vorgesehen.

Ich meine: Die CDU hat gerade im Moment, wo das Gesetz in der parlamentarischen Diskussion ist, genügend Gelegenheit, hier den Anspruch der Leitsätze in die Wirklichkeit umzusetzen. Dazu möchte ich Sie auffordern.

(Beifall)

Frau Anneliese Ullrich: Ich komme aus dem sozialen Bereich, vom Sozialdienst katholischer Frauen.

Ich habe zu dem Thema „Einstieg bzw. Wiedereinstieg von Frauen in den Beruf“ eine kurze Frage.

Wir befassen uns ja im Moment in Politik und Praxis vor allem mit dem Wiedereinstieg in den Beruf, das heißt Rückkehr von Frauen nach der Familienphase, nachdem sie aber vorher bereits Berufsausbildung und Beruf hinter sich hatten.

Jetzt bewährt sich in der Praxis immer mehr ein anderes Modell: daß Frauen mit einer Berufsausbildung erst beginnen, nachdem sie die Familienphase hinter sich haben.

Vorteil: Sie ersparen sich Ausbildungskosten für einen Beruf, den sie in Anbetracht einer Familienphase ohnehin nicht ausüben; sie ersparen sich Frustration darüber, daß sie die Familie bevorzugen und den Beruf nur bedingt oder gar nicht ausüben. Weiterer Vorteil: Sie brauchen keine Umschulungs- oder Wiedereingliederungsmaßnahmen, sondern sie können direkt mit einer Berufsausbildung für einen Beruf beginnen, den sie anschließend auch wahrnehmen können, sind also frisch vorbereitet und nach dem neuesten Stand für diesen Beruf ausgebildet.

Frage: Können wir diese Dinge nicht in unseren politischen und praktischen Überlegungen wesentlich stärker berücksichtigen und können nicht auch Fördermaßnahmen hierauf noch stärker abheben?

(Vereinzelter Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungsleiterin: Meine Damen und Herren! Jetzt habe ich noch eine Wortmeldung, die ich berücksichtigen möchte; dann bitte ich Sie alle um Verständnis: Es liegen mir noch weitere vier Wortmeldungen vor, auf denen Frauenvereinigung oder auch CDA steht. Ich bitte die Damen einfach um Verständnis, daß wir unsere Gäste zu Wort kommen lassen und daß ich Sie jetzt mit Blick auf die Uhr zunächst nicht mehr aufrufe. Das gleiche gilt für die Damen, die sich schon einmal gemeldet haben, und ebenso für die Nachmelder.

Ich möchte aber ausdrücklich darauf hinweisen, daß sich in der Plenarsitzung heute nachmittag ja gerade die Damen dann vielleicht noch einmal melden sollten, so wie sich jede oder jeder heute mittag noch einmal zu Wort melden kann.

Ich bitte um Verständnis: jetzt noch die letzte Meldung eines Gastes, das ist Frau Dr. Lieselotte Thewalt. Dann möchte ich zu ganz wenigen Schlußanmerkungen Frau Verhülsdonk das Wort geben.

Frau Dr. Lieselotte Thewalt: Ich vertrete die Vereinigung von Unternehmerinnen und will es ganz kurz machen.

Es geht um die Arbeitsplatzgarantie, die wir in unseren mittelständischen Betrieben nicht zum Vorteil der Frauen ansehen können, weil wir wirklich die Schwierigkeit sehen, die Frauen wieder zu beschäftigen.

Auch die Klausel „bis zu fünf Beschäftigten kommt die Arbeitsplatzgarantie nicht zum Tragen“ ist im Grunde ganz unsinnig; denn die mittelständischen gewerblichen

Betriebe haben ja zum Teil 70, 80 oder 100 männliche Beschäftigte und haben dann drei oder vier Frauen, die aber ganz hochqualifiziert sind und im Betrieb ganz integriert sind. Die können Sie nicht einfach für ein Jahr herausnehmen; dann bricht Ihnen fast der halbe Betrieb zusammen. Diese Frauen tragen da sehr stark Verantwortung und sind auch sehr gut. - Das ist das eine, was ich sagen möchte. Mit der Arbeitsplatzgarantie schützen wir meines Erachtens die Frau zu Tode. Das ist nichts Gutes.

Das andere möchte ich zur Familie sagen. Das Grundgesetz schützt die Familie. Ich nehme an, daß damit die Familie gemeint ist, die sich sittlich verpflichtet fühlt. Es ist eine sittliche Verpflichtung, ein Kind aufzuziehen, das ich geboren habe, und es ist nachher auch wieder die sittliche Verpflichtung dieses Kindes, für die Mutter und den Vater zu sorgen, die es aufgezogen haben. So sehe ich die christliche Familie. Es mag andere Auffassungen geben, und die sind vielleicht auch berechtigt; nur möchte ich sagen: Das „C“ in „CDU“ würde mich zu dieser Auffassung von Familien führen. Und es darf keine Einflußnahme des Staates auf die Familie erfolgen. Wir haben so etwas in unseligen Zeiten früher schon erlebt. Es scheint mir die Einflußnahme des Staates auf die intimste Produktionsgemeinschaft zu sein, die es gibt.

(Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungsleiterin: Jetzt bitte ich zu wenigen Anmerkungen Frau Verhülsdonk.

Frau Roswitha Verhülsdonk: Meine Damen und Herren! Es sind ein paar Fragen gestellt worden, die eine Antwort erforderlich machen.

Ich glaube, es ist eine breite Meinung des Parteitages vorhanden, daß man vielleicht in den Leitanträgen doch noch ein deutlicheres Wort zur Anerkennung der Hausfrau sagen sollte. Dafür werde ich mich in der Antragskommission, die zur Zeit schon tagt, einsetzen. Ein eigenes Kapitel werden wir nicht mehr schreiben können; wir haben aber 40 Jahre lang familienpolitische Papiere gemacht, in denen wir diese Frauen immer wieder auch entsprechend herausgestellt und dargestellt haben. Zum ersten Mal sprechen wir jetzt auch von anderen Frauen.

Punkt 2: Es ist verständlich, daß ein Teil der Gesetze, die in der Mache sind, die im Bundestag sind, in den Inhalten noch nicht hinreichend bekannt sind. Das betrifft einmal den ganzen Bereich der Familienpolitik, der ja in der ersten Stufe 10,3 Milliarden DM ausmacht und Verbesserungen der Leistungen für Kinder in Form von Steuerfreibeträgen oder in Aufstockungen des Kindergeldes bei denen enthält, denen keine Leistungen im Steuerrecht zugute kommen.

Dieses ganze Paket hat aber ja noch die Tarifreform zum Inhalt. Da will ich nur eine Zahl sagen: Von der verfügbaren Masse, die in der Tarifreform dem Steuerzahler sozusagen zurückgegeben wird, gehen 51 % der Gelder an die 38 % Steuerzahler, die Kinder auf der Steuerkarte haben. Das heißt: Da kommt auch noch über die Tarifleiste eine Hilfe hinzu.

Dritter Punkt: Die Rentenreform 1984 können wir hier nicht herauf- und herunterdiskutieren. Unbestreitbar ist - das hat auch ein Hearing im Bundestag noch einmal deutlich gemacht -, daß sie unter allen denkbaren Lösungen, die bei Kostenneutralität überhaupt möglich sind - Kostenneutralität ist von der Rentenkasse her geboten -, die frauenfreundlichste Lösung ist.

Die Frage der Frauen vor dem Jahrgang 1921 ist eine reine Finanzfrage. Das würde auf einen Schlag sofort 5 Milliarden DM mehr kosten. Nur damit Sie einmal die Größenordnung von 5 Milliarden DM sehen: Wir geben für das gesamte Kindergeld im Bundesgebiet 13 Milliarden DM aus. Fast die Hälfte dessen, was wir für Kindergeld insgesamt ausgeben, wäre also erforderlich, wenn wir die Generation der heutigen Rentnerinnen einbeziehen wollten.

Das Thema „Ehegattensplitting“ kann hier auch nicht ausdiskutiert werden. Nur ein Gesichtspunkt dazu: Wenn man Kinderadditive wählt, dann wird den Frauen, solange sie Kinder auf der Steuerkarte haben, ein Steuerfreibetrag zugute kommen; aber wenn eine Frau vier oder fünf Kinder großgezogen hat und dann den Anschluß an den Beruf nicht wiederfindet, hat sie hinterher gar keine Leistung mehr im Steuerrecht. Deswegen ist über die Sache mehr nachzudenken, als wenn man das nur kurzschlüssig sieht.

Weitere Information für die Dame, die da fragte, ob für ehrenamtliche Gruppen und Selbsthilfeeinrichtungen, wenn sie etwa arbeitsfördernde Maßnahmen betreiben, AB-Maßnahmen, also vorübergehend Beschäftigte, möglich sind. Das ist möglich. Auch Sportverbände bekommen zur Zeit ABM-Stellen. Wir haben das ja auch auf 80 000 Stellen in diesem Jahr aufgestockt.

Scheidungsfolgenrecht! Zu der Diskrepanz, die einige hier zwischen dem im Bundestag befindlichen Gesetzentwurf der Bundesregierung und der Aussage dieses Parteitages sehen, ist zu sagen: Der Parteitag beschließt eine politische Zielrichtung, er macht keine Gesetze; aber das bleibt ja nicht ohne Auswirkung auf das, was zur Zeit gesetzlich beraten wird. In Kürze gibt es ein Hearing im Deutschen Bundestag. Da werden sicher die Vorbehalte, die hier latent vorhanden sind, auch wieder deutlich werden. Die Gruppe der Frauen, deren Vorsitzende ich bin, bemüht sich zur Zeit in internen Verhandlungen der Fraktion, Verbesserungen hineinzubringen; aber zwei Dinge muß ich klarstellen:

Das ist der Punkt, daß heute schon, nach geltendem, geschriebenem Recht bei grobem Fehlverhalten die Richter Unterhalt aberkennen oder zumindest vermindern. Es sind gerade wieder neue Urteile ergangen.

Der zweite Punkt: Die Veränderungen beziehen sich auf kurzdauernde Ehen, die kinderlos sind.

(Widerspruch)

- Doch! Es sind ja nachträglich in den Gesetzentwurf Ergänzungen gekommen, daß der Zeit der Ehedauer die Zeit der Kindererziehung gleichzusetzen ist. Dann sind es keine kurzen Ehen mehr.

(Zurufe und Widerspruch)

- Doch! Entschuldigen Sie bitte: Ich habe den Gesetzentwurf vorliegen. Ich schicke Ihnen den gern zu, Frau Damm, wenn Sie ihn haben möchten.

(Frau Renate Damm: Da steht doch nicht, daß dieses Gesetz - -)

- Es steht darin, daß der Ehedauer die Zeit der Kindererziehung gleichzusetzen ist, und eine Zeit der Kindererziehung, selbst wenn sie nur mit 12 Jahren veranschlagt wird, macht aus einer kurzen Ehe eine lange Ehe. Das ist ein logischer Schluß.

(Widerspruch - Zuruf: ... Das ist ein Unterschied! Auch bei langen Ehen kann man - -)

- Wir können das ja vielleicht im privaten Gespräch klarstellen.

Letzter Punkt der Information, und zwar in bezug auf die Arbeitsplatzgarantie, die zur Zeit acht Monate ausmacht. Qualifizierte Frauen nehmen zur Zeit schon nicht den Mutterschaftsurlaub in Anspruch. Nach dem Bericht der Bundesregierung nehmen 25 % aller Frauen den Mutterschaftsurlaub nicht in Anspruch. Die Gründe liegen klar auf der Hand: einmal aus Rücksicht auf ihren Betrieb und ihre qualifizierte Position, zum anderen aber auch aus finanziellen Gründen; der Abstand zwischen dem Nettoeinkommen, das sie selbst erzielen, und dem gezahlten Mutterschaftsurlaubsgeld von 510 DM ist für sie so groß, daß sie aus dem überschießenden Einkommen eine private Lösung für die Kinderbetreuung finanzieren können und noch etwas Plus machen.

Dies waren Informationen, die ich noch zu den angesprochenen Punkten geben wollte. - Vielen Dank.

(Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungsleiterin: Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende unserer Beratungen. 50 Wortmeldungen - ich glaube, das war schon eine Fülle von Anregungen, von Fragen, von kritischen Stellungnahmen, für die sich die CDU ganz herzlich bei Ihnen bedankt.

Dies war nicht nur eine formale Sache, sondern wir werden sehr sorgfältig darüber nachdenken und versuchen, auch diese Überlegungen abzuwägen und eventuell einzubringen.

Haben Sie herzlichen Dank. Wenn Sie sich nun nicht berücksichtigt fühlen, dann bitte ich Sie sehr um Ihr Verständnis. Anders war es nicht zu machen. Nutzen Sie heute nachmittag noch einmal die Gelegenheit zur Diskussion.

Frau Roitzsch hat jetzt die Arbeit der Zusammenfassung und der Berichterstattung. Herzlichen Dank auch Ihnen und Frau Verhülsdonk.

Ich schließe unser Forum.

(Beifall)

(Schluß: 13.10 Uhr)

FORUM 2

Frauen im Berufsleben

Beginn: 10.00 Uhr

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt gerne mit dem Forum beginnen. Ich darf Sie alle herzlich hier begrüßen. Ich hoffe, daß wir eine interessante Diskussion haben werden, daß wir möglichst viele Beiträge hören, daß wir viele Äußerungen, viele kritische, bejahende, kontroverse oder zustimmende Gedanken hören werden. Ich hoffe, daß wir dann am Mittag sagen können: Es war ein lohnenswertes Forum; vor allen Dingen hat man einander zugehört - das scheint mir das Wichtigste zu sein - und hat die Argumente und Vorstellungen des jeweils anderen ernst genommen.

Ich denke, daß ein solches Forum vor allen Dingen zum Zuhören geeignet ist und dazu, die Überlegungen des anderen in seine eigenen aufzunehmen und sie zu berücksichtigen. Heute nachmittag ist im Gesamtforum sicherlich noch einmal Gelegenheit, das eine oder andere, angereichert durch das, was man heute früh hier gehört hat, noch einmal zur Sprache zu bringen.

In diesem Sinne darf ich Sie alle willkommen heißen und Sie alle einladen, hier Ihre Gedanken auszubreiten.

Um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten, darf ich zunächst auf folgende technische Dinge hinweisen. Sie haben Wortmeldungszettel bekommen. Alle Gäste dieses Parteitags sind an ihren gelben Wortmeldungszetteln zu erkennen, so daß wir vom Präsidium hier oben sehr genau wissen, ob es sich um einen Gast oder einen Delegierten handelt. Die Delegierten haben weiße Wortmeldungszettel. Somit haben wir die Gewähr, die Gäste hier zu Wort kommen lassen zu können.

Damit möglichst viele heute dabei sein können, darf ich herzlich bitten, daß hier keine großen Reden gehalten werden, sondern daß Sie jeweils in etwa drei Minuten Ihr Anliegen vortragen. Ich glaube, in drei Minuten kann man alles das, was man gerne sagen möchte, an die Frau oder an den Mann bringen. Das sollten wir aus Rücksicht und aus Respekt voreinander so halten.

Es gibt hier einige Lampen. Man hat mir gesagt, ich solle gelegentlich die Lampe bedienen, wenn jemand zu lange redet. Aber ich hoffe sehr - wir sind ja alle diskussionsgewohnt -, daß das nicht notwendig sein wird, daß wir auch ohne Lämpchen in drei Minuten zum Ende kommen. Durch kurze Beiträge kann die Diskussion sehr lebhaft werden.

Ich darf hier unter uns Frau Minister Breuel begrüßen, die das Einleitungsreferat halten wird und uns damit zusätzlichen Diskussionsstoff bietet. Ich darf Frau Senatorin Laurien herzlich begrüßen, die nachher den Bericht über unsere Arbeit abliefern und heute abend im Forum zur Sprache bringen wird, so daß das, was hier heute diskutiert wird, nicht verloren geht.

Es läuft auch - ich sage das nur, damit jeder Bescheid weiß - ein Band mit. Deshalb habe ich die ganz herzliche Bitte, daß nur vor einem Mikrofon gesprochen wird. Es gibt vier Mikrophone, die mit den Ziffern 1, 2, 3 oder 4 gekennzeichnet sind.

Vermerken Sie bitte auf Ihrem Wortmeldungszettel, von welchem Mikrophon aus Sie sprechen werden. Die Protokollführung bittet darum, daß Sie zu Beginn Ihrer Ausführungen Ihren Namen deutlich nennen.

Meine Damen und Herren, nun ist es genug der technischen Bemerkungen. Ich lade uns alle ein, in aller Offenheit und Toleranz miteinander zu diskutieren. Ich darf Frau Breuel gleich bitten, uns ihr Einführungsreferat zu halten. Bitte schön, Frau Breuel.

Frau Birgit Breuel: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich denke, daß ich mich nach den Ausführungen des Generalsekretärs zur Erläuterung des Leitetrags relativ kurz fassen kann. Ich will vorweg nur sagen: Manch einer hätte uns diesen Leitetrug gar nicht zugetraut. Ich denke schon, die Diskussion um diesen Antrag hat den Frauen insgesamt gut getan und einiges in Bewegung gebracht, was vor kurzer Zeit sicherlich noch niemand für denkbar gehalten hätte.

Ich will allerdings auch sagen: Die Fragen, die wir zu diskutieren haben, umfassen natürlich alle Frauen, nicht nur die Mitarbeiterinnen in Firmen, sondern auch die Unternehmerinnen und z.B. die mitarbeitenden Familienangehörigen in der Landwirtschaft, eine Gruppe, die nach wie vor eine erhebliche Leistung bringt. Wir sind im Ziel sicherlich alle einig, darüber, was wir für die Frauen erreichen wollen. Aber es gibt sicherlich unterschiedliche Wege, um dieses Ziel zu erreichen. Wir wissen, daß von der Rechtsgleichheit, wie sie praktisch besteht, zur Chancengleichheit im Alltag ein weiter Weg zu beschreiten ist. Ob dieser Weg durch Diskussion, durch Überzeugung oder durch Schutzmaßnahmen oder durch eine Kombination von beidem zu beschreiten ist, dürfte einer der Diskussionspunkte sein. Ich will für meine Person sagen: Ich habe ein bißchen Sorge, daß man, wenn man zuviel Schutz gesetzlicher Art produziert, auch Gefahr läuft, Frauen aus dem Arbeitsmarkt herauszuschützen.

(Beifall)

Nun ist ja deutlich geworden und von Herrn Geißler auch mehrfach unterstrichen worden - jeder, der hier im Saale anwesend ist, weiß es -, daß die Frauen im Berufsleben nach wie vor benachteiligt sind. Der Forderung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ hat zwar das Bundesverfassungsgericht in den 50er Jahren in der Weise entsprochen, daß ausdrücklich diskriminierende tarifliche Regelungen nicht mehr möglich sind, aber die praktische Wirklichkeit sieht in vielen Fällen völlig anders aus. Das fängt z.B. bei dem Thema Sockelbetrag an, der bei Frauen niedriger angesetzt wird oder ganz entfällt, immer vor dem Hintergrund: Hier geht es um Doppel- oder Hinzuverdiener. Das gilt für die Kriterien bei der Lohnfindung, wo die Muskelkraft eine bedeutende Rolle spielt, aber Beanspruchung der Nerven, Fingerfertigkeit, Geschicklichkeit, Ertragen von Streßsituationen, worin Frauen besonders stark sind, werden nicht honoriert. Ich kann deshalb nur mit Bedauern feststellen, daß diese Fragen in Tarifverhandlungen immer nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Die Tarifpartner sind von uns dringend aufzufordern, hier zu einer konkreten Neuorientierung zu kommen, die - das sage ich provozierend - weniger auf Vorurteile und mehr auf fachliche Leistung der Frauen abgestellt sein muß.

(Beifall)

Wir müssen uns sicherlich fairerweise eingestehen, daß die Form von Diskriminierung, die wir gerade im Berufsleben diskutieren, verschiedene Ursachen hat, Ursachen, die z.B. in der Erziehung in den Familien liegen, in der immer noch geringeren beruflichen Qualifikation der Frauen, in dem Bemühen der Frauen, sich nur in wenigen - oder wie immer das zu erklären ist - typischen Frauenberufen zu bewegen,

aber natürlich auch in der Doppelbelastung, der die Frauen unterliegen. Wir sollten aber auch nicht verschweigen, meine Damen und Herren, daß sich manche Frauen im Berufsleben zu wenig zutrauen und deshalb gar nicht erst versuchen, den Weg nach oben intensiv zu beschreiten.

(Beifall)

Es ist heute morgen sehr deutlich geworden, daß es nicht unsere Aufgabe sein kann, ein starres Leitbild, ein Rollenbild vorzuschreiben, sondern das Erreichen von Wahlfreiheit ist unsere Aufgabe. Diese Wahlfreiheit ist politisch und durch die Tarifpartner so zu flankieren, daß sie für jeden wirklich eine echte, freie Entscheidung bedeutet.

Das kann aber auch nicht heißen, meine Damen und Herren, daß Wahlfreiheit dazu führt, daß wir einen Katalog staatlicher Aufgaben formulieren, der, wie ich denke, tief ins Privatleben hineinreichen wird. Wahlfreiheit kann auch nicht heißen, daß jede private Entscheidung vom Staat finanziell begleitet wird.

(Beifall)

Ich sage auch: Das Ehrenamt sollte Ehrenamt bleiben. Hier sollte der Staatseinfluß nicht weiter aufgestockt werden. Denn sonst könnten wir versuchen, den Eindruck zu erwecken, als ob menschliche Schicksale politisch machbar wären. Dies hielte ich für verheerend.

(Beifall)

Die CDU hat in den letzten Jahren eine Vielzahl von Vorstößen unternommen, die darauf abzielen, Wahlfreiheit mit Leben zu erfüllen. Ich nenne die Stichworte Arbeitsplatzflexibilisierung, Teilzeitarbeit, Erziehungsgeld, Anrechnung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung. Aber jeder weiß - es ist heute morgen auch noch einmal gesagt worden -: Hinzu kommen muß das Bewußtsein der Menschen, daß es hier wirklich eine veränderte Situation gibt. Gleichberechtigung läßt sich nicht politisch vorschreiben. Sie muß gelebt werden. Ich sage für mich allerdings auch, meine Damen und Herren: Sie sollte nicht in Gleichheit umschlagen. Ich bin für die kleinen Unterschiede manchmal sehr dankbar.

(Beifall)

Eines der Themen, die uns hier den ganzen Tag in der Diskussion noch bewegen werden, wird das Thema Arbeitsplatzgarantie oder Beschäftigungsgarantie sein, wie jetzt eine Kompromißformulierung lautet. Ich will für mich sagen, daß ich dagegen immer erhebliche Bedenken gehabt habe.

(Vereinzelt Beifall)

Denn mein Ziel ist es, Frauen im Arbeitsmarkt zu integrieren, und nicht, neue Wälle aufzubauen. Die kann man mit noch so schönen Namen bedenken. Wenn sie den Frauen nicht helfen, dann sollten wir sie nicht aufbauen.

(Beifall)

Ich glaube auch, daß weitere gesetzliche Auflagen gerade für mittelständische Firmen eine nicht unerhebliche Belastung darstellen und mit der praktischen Wirk-

lichkeit oft nicht in Übereinstimmung zu bringen sind. Ich erinnere mich auch, Frau Vorsitzende, daß gerade im Bereich der Lehrstellen der Appell an die Freiwilligkeit, der Appell an die Verantwortung, an die Verpflichtung jedes einzelnen zu hervorragenden Ergebnissen geführt hat.

Wenn das nicht ausreicht, weil man dem Unternehmer in diesen Fragen nicht traut, könnte man noch über Prämien nachdenken, die hinterher für eine freiwillige Rückkehr gezahlt werden, z.B. die Erstattung eines Teils der Lohnkosten für eine bestimmte Zeit.

Wir sollten heute morgen einem zweiten Punkt unsere besondere Aufmerksamkeit widmen. Das ist der gesamte Bereich der Teilzeitarbeitsplätze. Ich halte das für eine der idealen Formen, um gerade für Frauen die Doppelaufgabe Familie und Beruf erfüllen zu können. Aber ich wehre mich mit aller Vehemenz dagegen, wenn für manche Leute Teilzeittätigkeit eine flexible Arbeitsmarktreserve darstellt. Das ist ein echter Mißbrauch gerade von Frauen, der hier manchmal getrieben wird. Hier müssen wir aufpassen.

(Vereinzelt Beifall)

Teilzeitarbeitsplätze sind gleichwertige Arbeitsplätze. Ich denke, daß jeder öffentliche Dienst hier noch eine große Aufgabe zu erfüllen hat. Ich kann mir vorstellen, daß Frau Laurien nachher dieses Thema für den öffentlichen Dienst aufnehmen wird. Wir alle kennen die Umfragen, den Wunsch nach viel mehr Teilzeitarbeitsplätzen. Dies würde eine echte Chance für die Frauen sein, würde die Arbeitszeitsouveränität des einzelnen stärken, den Arbeitsmarkt entlasten. Es gibt interessante Tarifentscheidungen, gerade von der IG Chemie, in diesen Tagen veröffentlicht, die in diese Richtung gehen.

Nun wird immer gesagt: Teilzeitarbeit gibt es nur bei ganz einfachen Arbeiten. Ich kann dazu nur sagen: Im Wirtschaftsministerium in Hannover ist vor drei Jahren das Jobsharing eingeführt worden, das ja eine besondere Form von Teilzeitarbeit ist. Seit etwa einem Jahr gibt es zwei Referenten - Referent ist immerhin eine relativ gehobene Position im öffentlichen Dienst -, die im Jobsharing arbeiten. Es sind übrigens zwei Frauen, ungewöhnlich tüchtig. Das ist genau die Form von Arbeitsplatzgestaltung, wo die Leistung aus Motivation hervorragend erbracht wird, wo die Zeiteinteilung zwischen den beiden freiwillig vereinbart werden kann, ob sie die Tage in der Woche austauschen, ob sie wochenweise oder monatsweise tauschen. Ich glaube, daß dieses Modell in der Tat einen erheblich weiteren Spielraum haben sollte als bisher.

(Vereinzelt Beifall)

Nächster Punkt: mehr Flexibilität, auch vor dem Hintergrund der technologischen Entwicklung, wo wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein fast exponentielles Wachstum feststellen. Auch hier ist der Appell an die Tarifpartner zu richten, flexibler zu sein, die ja - das sage ich ganz offen für beide Seiten - teilweise in sehr zementierten Strukturen arbeiten und denken. Es ist bereits vor einiger Zeit darauf hingewiesen worden, daß die neuen Technologien auch im Bereich der Heimarbeit neue Entwicklungen mit sich bringen können. Das ist ein Thema, das uns gegenwärtig durchaus zu schaffen macht, weil wir damit relativ wenig Erfahrung haben. Dahinter verbirgt sich natürlich die Sorge, daß die sogenannte Telearbeit zu einer neuen Form von Isolierung führt, die niemand wünschen kann. Es wird Aufgabe des Gesetzgebers sein, die sozialen, gesellschaftlichen, aber auch die familiären Gesichtspunkte

angemessen zu berücksichtigen und sicherzustellen, daß arbeitsrechtliche Vorschriften auch an Heimarbeitsplätzen voll gewahrt werden.

Es gibt Untersuchungen, die besagen, daß die neuen Technologien im wesentlichen den traditionellen Männerberufen zugute kommen und den traditionellen Frauenberufen schlecht bekommen werden. Wenn man sich die Stichworte vor Augen führt, die Arbeit im Büro, Arbeit im Handel, Arbeit als Verkäuferin heißen, kann man das wohl auch nicht ganz von der Hand weisen. Ich sage aber umgekehrt: Die neuen Technologien können als erstes die Chance schaffen, auch für Frauen, an qualifizierte Berufe heranzukommen,

(Beifall)

was allerdings voraussetzt, daß die Frauen ihre Chancen auch wirklich wahrnehmen. Denn ich bin sehr überzeugt davon, daß wir in nicht allzu ferner Zeit allen Menschen werden sagen müssen: Ihr müßt lebenslang weiterlernen. Immer neue Technologien erfordern von jedem Menschen einen Gewöhnungsprozeß, aber auch einen Lernprozeß. Das werden Sie nicht mit ein paar Volkshochschulen oder ähnlichen Institutionen bewerkstelligen können. In einigen Betrieben wird dies heute bereits vorzüglich gewährleistet. Ich bin überzeugt, wir werden in diesem Bereich noch viele private Angebote hinzubekommen können. Nur müssen die Frauen diese Chancen, die es schon heute gibt, auch angemessen wahrnehmen. Ich kann aus meiner Erfahrung nur sagen: Auch wenn man mit Frauen Personalentwicklungsgespräche führt und ihnen die Perspektiven darstellt, die für sie bestehen, gibt es - durch familiäre Bindung oder ähnliches - oft erhebliche Hemmungen. Genau hier haben wir einen Umdenkungsprozeß zu ermöglichen.

Den Umgang mit der Technik haben die meisten Arbeitnehmer während und nicht vor ihrer Berufstätigkeit gelernt. Die erforderliche Qualifikation wird hauptsächlich im Beschäftigungssystem und nicht im Bildungssystem vermittelt. Es mag sein, daß das auch in der Zukunft so sein wird. Aber ich bin wirklich davon überzeugt: Schon im schulischen Bereich muß die Hemmschwelle gegenüber der Technik abgebaut werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich komme damit zum Schluß. Ich glaube, dieser Parteitag hat sich eine aufregende Aufgabe vorgenommen, die natürlich besonders uns Frauen herausfordert. Ich will für mich auch sagen: Wir werden diese Aufgabe nicht lösen, wenn wir in solchen Floskeln wie „weibliches Godesberg der CDU“ sprechen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wir werden sie nur lösen, wenn wir zeitgerecht unsere Leitlinien verwirklichen, um die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in absehbarer Zeit im Alltag zu verwirklichen. Wir werden sie nur lösen, meine Damen und Herren, wenn wir nach diesem Parteitag nicht sagen „das war's" und die Frauenfragen in die Schublade packen, sondern wenn wir alle diejenigen zur Verantwortung ziehen, die heute mit uns gestritten haben, daß dieses Thema ein Thema bleibt und nicht kurzfristig wieder vergessen wird.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Liebe Frau Breuel, vielen Dank für Ihr einleitendes Referat. Ich glaube, es hat uns alle sehr interessiert, weil Sie in lockerer Form, aber sehr pointiert einige Thesen hineingebracht haben. In einem sind wir sicherlich einer Meinung, gleichgültig, wo wir sonst stehen und welche Akzente wir setzen möchten: daß dieses Thema mit dem heutigen Tag und diesem Parteitag nicht abgeschlossen ist. Wir alle erhoffen uns von diesem Tag und von diesem Parteitag insgesamt neue Impulse und sozusagen ein neues pushing für diese Fragen, die uns ja in besonderer Weise beschäftigen.

Nun kommen wir zur Diskussion, meine Damen und Herren. Wir haben, wie Sie dem Programm entnommen haben, von der Organisation her die Möglichkeit, bis 13.00 Uhr zu diskutieren. Wenn Sie allerdings irgendwann finden, das sei zu lange, können wir das auch eher abbrechen. Wir sind hier ganz frei. Ich habe jetzt allerdings schon so viele Wortmeldungen, daß ich Sie noch einmal in aller Höflichkeit auf die Begrenzung der Redezeit auf drei Minuten erinnern möchte. Vielleicht können wir es aus Solidarität untereinander so halten: kurze, knappe, pointierte Beiträge.

Auch noch einmal der Hinweis, weil einige Damen und Herren noch stehen: Hier sind überall noch vereinzelt Plätze frei. Sie können auch hier an der Kamera vorbeikommen. Vielleicht können die Damen und Herren auch jeweils noch ein Plätzchen aufrücken. Dann ginge das vielleicht bequemer. Ich bitte also herzlich, vielleicht auch hier ein bißchen zusammenzurücken - wie es so schön heißt.

Ich beginne jetzt mit dem Aufruf und darf Frau Brigitte Schneimann bitten, jetzt von Mikrofon 1 zu sprechen.

Frau Brigitte Schneimann: Ich vertrete den Berufsverband der Arzthelferinnen und habe eine Frage zum Teilnehmerkreis. Im Vorfeld des Parteitages haben wir gehört, daß Frauen aus allen Bereichen zu diesem Parteitag geladen seien. Ich möchte Sie fragen: Sind wirklich Frauen aus allen Bereichen eingeladen? Sind auch Bereiche wie autonome Frauengruppen berücksichtigt worden? Sind Frauen aus den Gewerkschaften hier? Sind Frauen aus Bürgerinitiativen dabei? Sind Frauen aus der Friedensbewegung dabei? Sind Frauen von anderen Parteien da?

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Wenn Sie erlauben, kann ich das kurz und knapp beantworten: Es sind wirklich Frauen aus diesen Kreisen, die Sie genannt haben - es ließen sich noch viele andere hinzufügen -, eingeladen worden und auch gekommen. Die Einladungen sind sowohl von der Bundespartei in alle diese Richtungen ausgesprochen worden als auch noch jeweils von den einzelnen Landesparteien, so daß man auch regional noch solche Frauen ansprechen konnte. Ich glaube, die Foren heute morgen und heute nachmittag werden zeigen, daß diese Frauen auch wirklich hier sind.

Also noch einmal: Wir bitten Sie auch um kontroverse Standpunkte. Sie müssen jetzt nicht alle sagen, wie gut die CDU ist - obwohl wir das natürlich wahnsinnig schön fänden, wie Sie verstehen werden. Aber wenn jemand das nicht findet, möge er sich ruhig äußern.

Frau Kunath.

Frau Brigitte Kunath: Ich bin Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Bonn. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die Stadt Bonn wohl eine der wenigen CDU-regierten Städte ist, die von der Möglichkeit der Einrichtung einer Gleichstellungsstelle Gebrauch gemacht haben. Ich darf vielleicht ganz kurz erklären, warum.

Entsprechende Bestrebungen sind in verschiedenen Städten immer wieder im Gange gewesen, aber man hat sich bisher in anderen Städten gescheut, solche Stellen einzurichten.

Was die Ausbildung und Berufsbildung insgesamt anlangt, so muß ich hier darauf hinweisen, daß es nicht nur Schuld der Männer ist, wenn Frauen nicht zum Zuge kommen. Meine bisherige Tätigkeit hat gezeigt, daß es vielmehr bei den Frauen eine große Hemmschwelle gibt, ihre Bedürfnisse geltend zu machen und tatsächlich um ihre Rechte zu kämpfen. Es wird insbesondere im öffentlichen Dienst deutlich, daß Frauen sehr selten den Mut finden, z. B. eine Gleichstellungsbeauftragte in Anspruch zu nehmen - aus Angst, sie könnten irgendwelche Nachteile erfahren. Die große Arbeitslosigkeit trägt sicherlich einiges dazu bei. Ich glaube, da sind die Politiker, vor allem die Politikerinnen, aufgefordert, die Frauen insgesamt zu ermutigen, indem sie im Hinblick auf Förderungsmaßnahmen bestimmte Richtlinien erarbeiten, um den Bedürfnissen der Frauen gerecht zu werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Ich darf die Technik bitten, das Mikrophon 4 noch ein wenig mehr in die Mitte des Raumes zu stellen. Man könnte die Damen dann besser sehen und hören.

Dann hat jetzt Frau Pelzer das Wort.

Frau Gabriele Pelzer: Ich komme vom Bund Deutscher Sekretärinnen.

Sie haben in Nr. 30 der Leitsätze geschrieben:

Frauenförderungspläne sollen in Zusammenarbeit von Geschäftsleitung und Betriebsrat erarbeitet werden und auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme verbindliche Ziele und Maßnahmen festlegen.

Sie haben das in Ihren Anträgen - die da in dem Köfferchen waren - erweitert um „und Personalräten“. Ich bitte Sie, zu bedenken, daß in Geschäftsleitungen fast keine Frauen sind und in Betriebsräten und Personalräten sehr wenige. Ich rege an, das um eine Gruppe oder repräsentative Gruppe eines Unternehmens zu erweitern.

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Wir sammeln erst einmal die Anregungen. Vielleicht kann dann nachher vom Podium das eine oder andere kurz aufgegriffen oder kommentiert werden.

Jetzt Frau Staiblin, bitte schön.

Frau Gerdi Staiblin: Ich bin Vorsitzende des Landfrauenverbandes. Ich bin selbst Bäuerin und Lehrfrau. Ich spreche hier im Auftrag des Bildungsausschusses des Deutschen Landfrauenverbandes, dem derzeit über 500 000 Mitglieder angehören.

Wir haben gegenwärtig über 200 Ausbildungsberufe, und bei allen Ausbildungsberufen ist zu hundert Prozent steuerliche Absetzbarkeit gewährleistet. Ausschließlich bei dem Beruf der Hauswirtschafterin, im städtischen wie im ländlichen Bereich, ist Absetzbarkeit nur zu 50 % oder gar nicht gegeben.

(Beifall)

Ich möchte sehr darum bitten, daß man dies noch einmal überprüft und auch bei diesem Beruf die Gleichberechtigung und die Gleichwertigkeit herstellt. Ich meine, daß gerade der Beruf der Hauswirtschafterin, auf dem viele Berufe aufgebaut werden können, eine sehr solide und gute Grundlage für ein späteres Berufs- und Familienleben bildet.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Erlauben Sie ein Wort zur Sache: Wir - Frau Laurien flüstert mir gerade zu: Ein Urallthema - bemühen uns seit Jahren - mit „wir“ meine ich jetzt alle, die irgendwie mit diesem Thema zu tun haben - darum, zu einer vernünftigen Lösung zu kommen. Ich muß Ihnen sagen, daß die bisherigen Bemühungen, auch im Bundeskabinett, jetzt zunächst einmal dahin geführt haben, daß bei Haushalten in der Land- und Forstwirtschaft zumindest 50 % der entsprechenden Kosten steuerlich berücksichtigt werden können. Wir sind da noch nicht weit genug. Wir sollten hier auch nicht locker lassen. Frau Breuel, wenn ich recht informiert bin - vielleicht können Sie das noch ergänzen -, gehen auch von Ihrer Seite Bemühungen da hin.

Frau Birgit Breuel: Das niedersächsische Kabinett hat einen Antrag für den Bundesrat beschlossen. Und wir werden sehr massiv um Mehrheiten in Bundesrat und Bundestag werben.

(Beifall)

Frau Dr. Hanna-Renate Laurien: Ich darf nur darauf hinweisen, meine Damen und Herren - wir kämpfen um diese Sache doch schon lange -, daß das Argument gegen unsere Position immer wieder heißt, hier würden Kräfte dienstmädchenähnlich privatistisch benutzt, und deshalb solle man dies nicht absetzen können. Bitte, helfen Sie uns, daß dieses Argument nicht weiter mit ideologischer Härte aufrechterhalten wird.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Dann hat sich Frau Furchner gemeldet.

Frau Edith Furchner: Ich komme aus Konstanz. Ich leite die Arbeitsgruppe Grund-, Haupt- und Sonderschulen. Ich bin Pädagogin, ausschließlich in der Erwachsenenbildung tätig.

Wenn ich Ihre Leitsätze durchlese, muß ich sagen, daß es sehr gefährlich ist, Frauen für zwei Jahre ein Erziehungsgeld unter Gewährung einer Arbeitsplatzgarantie zuzuerkennen. Ich habe auf Grund meiner Ausbildung und durch die Leutchen, die wir ausbilden, die Erfahrung gemacht, daß gerade Frauen, die für einen längeren Zeitraum aus dem Berufsleben ausgeschieden sind, es sehr schwer haben, wieder in den Beruf integriert zu werden, überhaupt in den Arbeitsmarkt. Ich sehe einfach die Gefahr, daß die Arbeitgeber, wenn sie einen Arbeitsplatz zwei Jahre garantieren sollen, davon Abstand nehmen werden, überhaupt noch Frauen einzustellen. Sie werden das vielmehr umschiffen. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob Ihr Vorschlag so in die Realität umgesetzt werden kann.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Ich darf vorschlagen, daß wir, da dieses Thema sicherlich noch viele Diskussionsredner beschäftigen wird und von Frau Breuel auch angesprochen worden ist, hier noch weitere Wortmeldungen zu diesem Thema aufzunehmen, selbstverständlich aber auch zu anderen Themen, und wir gleich versuchen, hier vom Podium ein paar Zwischenantworten zu geben - das ist vielleicht schon zuviel gesagt -, ein paar Zwischenbemerkungen zu machen.

Zunächst aber Frau von Pawelsz.

Frau Maria von Pawelsz: Ich bin Vorsitzende des hessischen Landesfrauenrates.

Ich möchte gerne zu zwei Punkten etwas sagen, einmal zu dem Punkt Teilzeitstellen. Hier bitte ich sehr dringend darum, daß wir uns nicht immer nur um Teilzeitstellen für Frauen kümmern, sondern um Teilzeitstellen für Männer und Frauen.

(Beifall)

Ich denke, daß wir dabei einiges erreichen könnten. Einmal würden wir zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen. Gleichzeitig muß man deutlich machen, daß, wenn Mann und Frau in einer Familie z. B. jeweils eine Zweidrittelstelle haben, der Nettoverdienst gar nicht so sehr viel geringer ist, weil die steuerliche Belastung niedriger ist, da beide weniger verdienen. Das muß man doch mit sehen. Das hat außerdem den Vorteil für die Familie, daß Vater und Mutter mehr Zeit für die Kinder haben. - Im übrigen sehe ich auch Vorteile für die Unternehmer; denn die Ermüdungserscheinungen sind geringer, wenn jemand z. B. nur sechs Stunden statt acht Stunden am Tag arbeitet.

(Zurufe)

- Ich denke, so ist es.

Aber auf der anderen Seite sollten wir Karrieremöglichkeiten für die Teilzeitbeschäftigten offenhalten. Hier habe ich eine dringende Forderung an den Staat, an den öffentlichen Dienst. Der öffentliche Dienst kann hier als Vorreiter tätig werden und sollte den Unternehmungen dies jetzt vorleben, ihnen zeigen, wie sinnvoll es ist, Teilzeitstellen für Männer und Frauen einzurichten.

Ein zweiter Punkt ist die Wiedereingliederung von Frauen nach der Familienphase. Hier bitte ich darum, daß wir die Arbeitsverwaltung anweisen, offener für diese Frauen zu sein. Diese Frauen bringen etwas mit, was nirgendwo auf einem Zeugnis verzeichnet ist, mehr Kreativität, mehr Flexibilität, mehr Gelassenheit, die sie in ihrer

Familienphase schlicht erlernt haben, einfach durch die Arbeit mit den Kindern und im Haushalt. Sie könnten auch etwas ganz anderes machen als das, was sie einmal gelernt haben. Deshalb sollte es hier Offenheit geben. Es gilt nicht nur für den öffentlichen Dienst, sondern sehr viel mehr noch für die Unternehmungen, daß Frauen die Möglichkeit gegeben werden muß, dieses alles mit einzubringen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Wenn ich es recht sehe, sind ein paar Komplexe angeklungen, die sicherlich weiterer Diskussion hier bedürfen: Teilzeitarbeitsplätze, Arbeitsplatzgarantie/Erziehungsgeld, Wiedereingliederung von Frauen in das Berufsleben. Ich sage das nur, damit eine gewisse Strukturierung möglich wird.

Frau Männle.

Frau Ursula Männle: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich fand den Vortrag von Frau Breuel recht interessant.

(Zurufe: Name!)

- Männle. Ich komme von der CSU. Ich bin Vorsitzende der CSU-Frauenunion.

(Beifall)

Das ist die Schwesterorganisation der Frauenvereinigung. Auch ich gehöre zu den 500 Eingeladenen.

Für mich war Ihr Vortrag recht interessant. Etwas wirkte aber provozierend auf mich. Allerdings habe ich mich belehren lassen, daß im Süddeutschen das Wort „*ungewöhnlich tüchtig*“ einen anderen Klang hat als im Norddeutschen. Ich nehme an, daß es „sehr tüchtig“ bedeuten soll. Wenn bei uns jemand „*ungewöhnlich tüchtig*“ ist, nimmt man erst einmal an: Na ja, man hat es nicht erwartet. Ich nehme nicht an, Frau Breuel, daß Sie das in bezug auf die Frauen in dieser Richtung gemeint haben.

(Heiterkeit)

Aber da wir nicht alle aus denselben Landstrichen kommen, gibt es manchmal solche Sprachverwirrungen.

(Frau Birgit Breuel: Ich habe bei den Bayern auch manchmal Schwierigkeiten, alle zu verstehen! - Heiterkeit und Beifall)

- Ich habe es leider nicht gehört. Aber wir können uns darüber ja privat unterhalten.

Einige Punkte waren für mich auch entlarvend, Frau Breuel. Ich muß sagen, mich hat es etwas gestört, daß der Ausdruck gefallen ist: Man soll sich nicht alles mit Geld bezahlen lassen, aber dann recht locker formuliert worden ist: Wenn man den Arbeitgebern Zuschüsse gibt, damit sie die Frauen wieder einstellen, ist das in Ordnung. Das hat mir nicht ganz gepaßt.

(Beifall)

Zu dem Punkt: Ehrenamt soll Ehrenamt bleiben. Auch ich bin dafür. Das Ehrenamt ist ein ganz wichtiges Amt. Aber überlegen Sie mal, seien Sie einmal selbstkritisch, meine Damen und Herren: Welche Ehrenämter bringen denn was, und welche bringen nichts? Da werden Sie feststellen, daß viele Ehrenämter, die Männer einnehmen, sowohl an Prestige wie auch an Geld etwas bringen. Und die Ehrenämter, die Frauen haben? Na ja.

(Lebhafter Beifall)

- Ich freue mich, daß Sie meiner Meinung sind. Wir haben uns verstanden.

Von daher meine ich, daß wir gerade auf dem Gebiet des Ehrenamtes bei Frauen noch sehr, sehr viel anderes tun könnten und müßten.

Sie haben mich hinsichtlich der Arbeitsplatzgarantie oder Beschäftigungsgarantie für Frauen provoziert. Ich weiß, es ist ein kontroverses Thema. Auch bei uns in der CSU ist es sehr kontrovers diskutiert worden. Interessanterweise haben wir schon einen Beschluß, der die Arbeitsplatzgarantie beinhaltet, und zwar für ein Jahr. Wir haben dies auf unserem Parteitag im Oktober beschlossen. Damals hat sich kein Mensch aufgeregt, weil man noch nicht erwartete, daß das in Gesetzesform umgegossen würde. Jetzt, wo es Realität werden soll, ist es natürlich viel, viel interessanter als damals, wo man es so theoretisch auf dem Papier hatte.

(Heiterkeit)

Es ist also auch bei uns kontrovers diskutiert worden. Und es kann Schwierigkeiten für Frauen bringen. Ist es nicht so - auch Sie haben es gesagt, Frau Bruehl, und hat es nicht auch der Herr Schnitker auf der Handwerksmesse gesagt? -, daß es heute schon ganz große Beschäftigungsrisiken für junge Frauen gibt und unsere Situation kaum noch verschlechtert werden kann? Die ganzen Appelle in Richtung auf freiwillige Maßnahmen haben zwar geholfen, aber für wen? Für die jungen Männer. Vor der Tür stehen von den jungen Arbeitslosen doch im wesentlichen die jungen Mädchen - ob mit Arbeitsplatzgarantie oder ohne Arbeitsplatzgarantie. Wir haben doch schon eine Arbeitsplatzgarantie. Das ist für mich ganz wesentlich. Wir haben heute schon sechs Monate plus zwei Monate Kündigungsschutzgarantie. Das sind also heute schon acht Monate. Das wollen wir um vier Monate ausdehnen. Und nun fängt ein Geschrei in der Öffentlichkeit an, so, als wollte man etwas ganz Neues einführen. Das kann ich nicht verstehen.

(Beifall)

Vor allen Dingen, meine Damen: Wir wissen, wenn der Erziehungsurlaub ohne entsprechende Garantie, sei es Beschäftigungsgarantie, sei es Arbeitsplatzgarantie, eingeführt wird, wird er von einem großen Teil der Frauen nicht wahrgenommen werden können, weil sie wieder in ihren Beruf zurück wollen und sonst draußen vor der Tür stünden.

Wenn wir erziehungsmäßig etwas Derartiges wollen - und das Erziehungsgeld hat doch den Sinn, daß einer der Elternteile, im Normalfall die Mutter, zu Hause bleibt und sich um die Erziehung kümmert -, müssen wir etwas anderes machen. Sonst wird es nicht klappen.

Bei den Zivildienstleistenden und anderen klappt es.

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Frau Männle - -

Frau Ursula Männle: Ich weiß, es ist wegen der Zeit. Ich höre gleich auf.

(Heiterkeit)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Frau Männle, melden Sie sich lieber gleich noch einmal.

Frau Ursula Männle: Noch mal? Das ist ja blöd, zweimal zum Mikrofon zu marschieren.

Ich darf bloß gerade zum Abschluß kommen, Frau Wilms.

Ich meine, wir sollten ein bißchen rationaler an diese Diskussion herangehen, uns bewußt sein, daß es schwierig ist, dafür kämpfen, daß es durchgesetzt wird. Ich wohne nahe an Österreich. Dort klappt es ohne weiteres. Da hat man am Anfang auch geschrien, und jetzt klappt es hervorragend mit einem Jahr.

Diejenigen, die am lautesten rufen, sind die Akademikerinnen. Ich bin selber eine. Interessant ist: Wo sind die beschäftigt? Im öffentlichen Dienst. Und dort haben sie es. Nicht nur für ein Jahr, sondern für mehrere Jahre können sie sich befreien lassen. Seien wir doch mal gerecht.

(Lebhafter Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Vielen Dank für den temperamentvollen Diskussionsbeitrag. Aber so ist unsere Kollegin Männle auch immer im Bundestag.

(Heiterkeit)

Wir schätzen das und freuen uns daran. Es trägt wirklich immer zum Fortgang der Dinge bei.

Ich schlage jetzt vor, daß wir Frau Redemann bitten. Meine beiden Kolleginnen hier auf dem Podium haben den dringenden Wunsch, dann doch ein paar Worte zu sagen.

Frau Redemann, bitte schön.

Frau Ilse Redemann: Ich bin Vorsitzende des Hauptpersonalrates für Lehrer an Grund- und Hauptschulen in Nordrhein-Westfalen und vertrete 70 000 Lehrer - hauptsächlich Lehrerinnen, muß ich dazusagen.

Ich möchte etwas zur Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst sagen. Frau Breuel, Sie sprachen das an. Ich hatte den Eindruck, daß Frau Laurien nicht darauf eingehen wollte. Sie wehrten das damit ab, daß Sie sagten, das sei hier nicht das richtige Forum.

Es gibt Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen ca. seit 1976, gemäß § 85 a mit familienpolitischer Begründung. Dort, wo Kinder zu erziehen sind oder wo es pflegebedürftige Angehörige gibt, kann man sich teilzeitbeschäftigen bzw. sogar beurlauben lassen. Es gibt seit drei Jahren bzw. vier Jahren auch den

§ 78 b, der aus arbeitsmarktpolitischen Gründen geschaffen worden ist, nach dem man teilzeitbeschäftigt, neuerdings auch beurlaubt werden kann, um für einen jungen Kollegen den Arbeitsplatz teilweise zu räumen. All das sehe ich als positiv an. Nun hat aber die Bundesregierung im Jahre 1984, wirksam zum 1. 8. 1984, eine Malus-Regelung eingeführt, die einen zusätzlichen Abschlag bei der Pension bedeutet. Für jedes Jahr, das man teilzeitbeschäftigt bzw. beurlaubt ist, gibt es über die Verminderung der Pension, die man auf Grund des geringeren Arbeitsumfanges erhält, einen Abschlag von ca. einem Prozent. Das wirkt sich so aus, daß man von den „erworbenen“ 75 % Ruhegehalt sogar auf 65 % und weniger kommen kann.

Im Moment stört das den einzelnen nicht, weil er es nicht merkt. Aber in dem Moment, wo er pensioniert wird, wird es sich für ihn sehr gravierend auswirken, es wird ihn schädigen.

Zusätzlich ist die Möglichkeit gegeben, sich mit 55 Jahren beurlauben zu lassen. Es muß allerdings garantiert sein, daß der oder die Betreffende nicht wieder in den Dienst zurückkommt. Für diese zehn Jahre werden von der erworbenen Pension 10 % abgezogen. Ich glaube nicht, daß man das vertreten kann. Ich bin der Meinung, daß die CDU insoweit im Beamtenversorgungsbereich eine Änderung herbeiführen müßte.

Frau Dr. Hanna-Renate Laurien: Meine Damen und Herren, ich möchte keine Meinung vertreten, sondern nur Sachinformationen geben.

Erstens zum Beamtenrecht: Wir haben jetzt schon die Möglichkeit - das ist Bundesrecht und kein nordrhein-westfälisches Sonderrecht, d. h. das gilt in allen Ländern, Frau Redemann -, bei Kindern bis zum 16. Lebensjahr und einer voll pflegebedürftigen Person Urlaub zu nehmen oder eine Teilzeitbeschäftigung auszuüben.

Zweitens. Im Lehrerbereich - in anderen Beamtenbereichen noch nicht - haben wir aus Arbeitsmarktgründen dieselbe Möglichkeit. Durch die letzte Bundesbeamtengesetz-Novelle sind die zeitlichen Räume für diese Zeit erheblich ausgeweitet worden.

Nun zuerst zu der Negativbemerkung: Alle Teilzeitbeamten haben unverändert genauso volles Recht auf Beihilfe wie der, der voll vergütet wird. Sie bekommen diese Zeit auf das Dienstalter angerechnet. Ihr Pensionsanspruch wird aber - das war für Angestellte übrigens schon immer selbstverständlich - jetzt ein bißchen gemindert. Meine Damen und Herren, das ist ein Stück Herstellung von sozialer Gerechtigkeit zwischen Angestellten und Beamten.

(Beifall)

Wir reden so lange und gründlich über die Rentenkasse, wie Sie wissen. Wir haben feststellen müssen, daß es einen erfreulich hohen Prozentsatz von Teilzeitbeschäftigten gibt. In Berlin haben übrigens 30 % der Lehrer davon Gebrauch gemacht. Das sind für Tausende junger Leute mehr Beschäftigungsmöglichkeiten. Es ist vortrefflich, das auch anzuerkennen. Aber, meine Damen und Herren, wenn ich nur zur Hälfte tätig bin, ich jedoch ein volles Pensionsalter erreiche, dann geht auch dort am Ende der Generationenvertrag zu Bruch.

(Beifall)

Eine weitere Bemerkung, auch nur informierend: Es ist ganz selbstverständlich - ich

bitte die Sachkenner, das jetzt nicht als belehrend aufzufassen; aber das geht ja in der Diskussion sonst immer durcheinander -, daß die Mutterschutzfrist an die - ich darf es einmal so sagen - Biologie gebunden ist. Wir haben auch jetzt schon den Mutterschaftsurlaub. Wir haben jetzt schon - das ist gestern noch einmal voll bestätigt worden, das wird im Leit Antrag wieder bestätigt, das hat auch die Antragskommission ausdrücklich noch einmal formuliert und wird das morgen auch so einbringen - während dieses Mutterschaftsurlaubes die volle Kündigungsschutzgarantie. Das Wort Arbeitsplatzgarantie erweckt einen falschen Eindruck. Es gibt die volle Kündigungsschutzgarantie, und daran wird nicht gedeutelt. Jetzt geht es darum, für zwei plus zwei macht vier weitere Monate - das ist ja zeitlich gestuft - nicht eine Arbeitsplatzgarantie, sondern - das ist schon miteinander besprochen worden - eine Beschäftigungsgarantie festzulegen, d. h. nicht unbedingt hinsichtlich desselben Platzes, aber im selben Betrieb. Es zeichnet sich auch ab - um den Diskussionsstand wiederzugeben -, daß genauso wie bei den Wehrpflichtigen Betriebe mit bis zu sechs Beschäftigten hiervon ausgenommen sind, daß es bestimmte Konditionen gibt. Dabei wird ein Parteitag nicht alle Einzelheiten regeln. Das wird vielmehr im Rahmen der Gesetzgebung geschehen.

Ich meine, diese Beschäftigungsgarantie - da kann man unterschiedlicher Meinung sein; ich bin dafür, andere sind dagegen -, hilft 90 % der Frauen. Über die 10 % Hochqualifizierten, für die es keinen Ersatz gibt, muß man reden. Aber darüber kann man ja miteinander streiten.

Lassen Sie mich noch etwas aufnehmen: Mir ist vorhin von Journalisten die Frage gestellt worden - ich habe gedacht, ich kriege einen Fips; ich bin sofort zu Norbert Blüm gelaufen -, was denn sei, wenn der Mann den jetzigen Mutterschaftsurlaub nehme.

(Heiterkeit)

Verzeihen Sie, wir wiederholen: Wenn die Frau diesen Mutterschaftsurlaub hat, wird nichts an der totalen Kündigungsschutzgarantie geändert, die es heute bereits gibt. Wir können dann ja darüber verhandeln, zu welchen Konditionen wir die Männer in diese Frist einbeziehen. Das müssen wir nicht heute beschließen.

(Beifall)

Frau Birgit Breuel: Ich fürchte, ich muß gleich im Anschluß an Frau Laurien etwas zum Thema der Beschäftigungsgarantie sagen. Der Zustand ist so, wie Sie ihn beschrieben haben, Frau Laurien, richtig. Die Frage ist nur, ob nicht irgendwann das Faß zum Überlaufen kommt, wenn Sie kleinen und mittleren Firmen unentwegt neue Zwangsmaßnahmen auferlegen.

(Beifall)

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Die CDU ist immer dafür angetreten, Freiwilligkeit und Eigenverantwortung in den Vordergrund zu stellen. Das Mißtrauen, daß wir das nicht schaffen, verschärfen wir durch immer neue gesetzliche Zwangsmaßnahmen. Das ist genau der Punkt, an dem ich in dieser Frage sehr kritisch bin.

(Beifall)

Ich nenne einen dritten Punkt. Ich möchte alle diejenigen, die bei dieser Frage soviel Engagement entfalten - was ich verstehe; denn viele hielten das für einen großen

Fortschritt für Frauen -, wirklich einmal bitten zu prüfen, darüber nachzudenken, ob es den Frauen auf die Dauer wirklich hilft. Es ist ein politischer Erfolg für die Frauen, wenn es durchkommt. Das ist akzeptiert. Ob es den Frauen nachher in der praktischen Wirklichkeit hilft, wage ich - auch auf Grund der bisherigen Erfahrungen mit den Wehrpflichtigen - massiv zu bezweifeln.

(Beifall)

Deshalb plädiere ich dafür, daß wir das in die Verantwortung der Unternehmer legen, d. h. freiwillig machen. Wenn wir den Unternehmern langsam alle Verantwortung nehmen und alles durch Gesetze regeln, brauchen wir auch keine Unternehmer mehr. Das ist die Konsequenz, wenn man diese Politik in die Zukunft fortschreibt.

(Beifall)

Ich habe dieselbe Position hinsichtlich der Frage des Ehrenamts. Das ist zwar wunderbar formuliert worden. Nur, in der Bundesrepublik werden millionenfach Ehrenämter ausgeübt, lautlos, stillschweigend, Tag für Tag. Und nur deshalb, weil sich ein paar Männer in Sportvereinen gesundstoßen, sollen wir alle diese weitgehend von Frauen wahrgenommenen Ehrenämter jetzt auch von staatlicher Seite finanziell ausgestalten? Ich akzeptiere das nicht. Ich meine, daß das stillschweigend wahrgenommene Ehrenamt besser gewürdigt werden muß, daß es eine Leistung darstellt, die jedermann honorieren sollte. Wir brauchen aber keine staatlichen Regelungen, um das zu gestalten.

Ich bin umgekehrt dafür, daß Ehrenamt Ehrenamt bleiben sollte und nicht dort finanziert wird, wo es heute bereits geschieht, was ich auch für außerordentlich bedauerlich halte.

(Zustimmung)

Letzter Punkt: Teilzeitarbeit. Natürlich für Männer und Frauen. Nur, gegenwärtig ist die Wirklichkeit die, daß die Nachfrage auf seiten der Frauen viel stärker ist. Die Umfragen scheinen ja zu belegen - jedenfalls sagen sie das aus -, daß etwa 20 % der Frauen, die jetzt vollzeitbeschäftigt sind, gerne eine Teilzeitarbeit hätten. Ich kann nur wieder aus meiner eigenen Erfahrung sagen: Es gibt im Rahmen des sogenannten Job-sharing-Modells, das inzwischen auch in der privaten Wirtschaft angewandt wird, sehr häufig auch Ehepaare, die sich ihren Arbeitsplatz in dieser Form teilen, sich gegenseitig abstimmen. Damit tun sie natürlich etwas für die Familie, aber auch für das gegenseitige Verständnis. Insofern ist völlig richtig, daß hier Mann und Frau eine gemeinsame Aufgabe zu erfüllen haben.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Einem Moderator steht es eigentlich nicht zu, eine Bemerkung zu machen. Nur, als Sie gerade von den vielen, vielen Tausenden sprachen, die Ehrenämter still wahrnehmen, habe ich gedacht: Ja, das sind dann wieder die Frauen.

Jetzt hat Frau Oda Koch das Wort.

Frau Oda Koch, Bad Zwischenahn: Ich bin Delegierte des Landesvorstands der Frauenvereinigung Landesverband Oldenburg. Ich bin Unternehmerin.

Ich möchte das unterstützen, was Frau Männle vorhin aufgegriffen hat. Deshalb hätte ich auch lieber sofort im Anschluß daran gesprochen. Ich wundere mich eigentlich, daß Frau Breuel schon von einer Prämie spricht, wenn es um die Wiedereingliederung von Frauen geht. Wenn man so etwas auf dem Parteitag laut denkt, greifen das, glaube ich, alle sehr gerne auf. Normalerweise sind Sie, Frau Breuel gar nicht für Subventionen. Ich finde das sehr ungewöhnlich von Ihnen.

(Heiterkeit)

Aber zum Problem selbst: Wir müssen uns doch überhaupt damit auseinandersetzen - ich glaube, Frau Laurien, Sie haben das eben auch noch einmal gesagt -, wie wir die Zeit des Ausfalls einer Frau während einer Schwangerschaft regeln. Grundsätzlich lösen wir das Problem ja heute schon. Wenn es für ein halbes Jahr gelöst ist, ist es überhaupt kein Problem, das auch für ein ganzes Jahr zu lösen.

(Beifall)

Die Problematik ändert sich dadurch nicht.

Was ich allerdings in diesem Zusammenhang mit Blick auf Familienminister Geißler oder überhaupt auf die CDU nicht richtig fand, ist, daß man das vielleicht noch nicht ganz durchdacht hatte, daß man die Vergünstigung für Unternehmen, d. h. teilzeitbefristete Verträge, erst hinterher eingebaut hat. Vielleicht sollte man auch nicht von einer Verpflichtung reden, sondern von der Freiwilligkeit, weil das wahrscheinlich genauso zum Erfolg führt. Das liegt schon im Interesse der Unternehmer selbst.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Wir sammeln jetzt wieder eine Reihe von Wortmeldungen, um die Diskussion zu beleben.

Als nächster hat das Wort Frau Martha Koch.

Frau Martha Koch, Itzehoe: Ich bin stellvertretende Landesvorsitzende der CDU-Frauenvereinigung in Schleswig-Holstein.

Zunächst einmal möchte ich sagen: Wenn man die öffentliche Diskussion im Vorfeld dieses Parteitages verfolgt hat, hätte man den Eindruck gewinnen können, als ob sich die CDU auf diesem Parteitag nur mit der Arbeitsplatzgarantie für Frauen beschäftigen wollte. Das bedauere ich; denn ich hätte mir gewünscht, daß man die Zukunftsperspektiven, die in dem Leitantrag aufgezeigt sind, etwas mehr gewürdigt hätte.

Zum Thema Arbeitsplatzgarantie: Ich bin im Grunde derselben Meinung wie Frau Breuel. Ich möchte mich aus zwei Gründen gegen die Arbeitsplatzgarantie aussprechen. Zum einen aus wirtschaftlichen Erwägungen. Herr Geißler hat vorhin in seiner Argumentation das Beispiel Amerika angeführt. Ich glaube, daß dieses Beispiel nicht aussagekräftig ist; denn wir alle wissen, daß in Amerika ganz andere arbeitsrechtliche, sozialrechtliche Bestimmungen gelten, daß die Betriebe bei weitem nicht so belastet sind mit Personalnebenkosten. Der Kündigungsschutz ist ein ganz anderer. Ich glaube daher, daß dieses Argument nicht stechen kann.

(Zustimmung)

Ich bin der Ansicht, daß die Frauen selber - auch innerhalb der CDU - die Frage der Arbeitsplatzgarantie sehr viel differenzierter sehen, als es oft den Anschein hat. Viele Frauen nämlich, die in der Wirtschaft arbeiten, wissen, daß eine qualifizierte Position nicht ohne weiteres im Rahmen eines befristeten Arbeitsvertrages besetzt werden kann.

(Beifall)

Sie fürchten mit Recht, daß sie darum als junge Frauen, die einen qualifizierten Beruf erlernt haben, gar nicht erst die Chance bekommen, überhaupt arbeiten zu können, d. h. daß der Arbeitgeber sie gar nicht erst einstellen wird. Ich glaube, das müssen wir berücksichtigen und auch akzeptieren.

Ich möchte noch einmal auf die Schutzbestimmungen aufmerksam machen. Die Regierung hat gerade in den vergangenen Monaten Schutzbestimmungen für Frauen abgebaut, um den Frauen den Zugang zum Arbeitsmarkt der handwerklichen und technischen Berufe zu erleichtern. Wir haben geworben mit dem Slogan: Frauen in Männerberufe. Wenn wir jetzt eine neue, weitaus schwerwiegendere Schutzbestimmung einführen, wird das zum Nachteil der Frauen sein; denn wir wissen doch, daß es von der Tradition her für Frauen sehr schwer ist, Männerberufe zu erschließen. Ich bin der Ansicht, daß wir den Frauen dadurch sowohl bei den qualifizierten Berufen wie auch bei den gewerblich-technischen Berufen - und nur in diesen Berufen haben Frauen heute eine Chance - nur Nachteile bringen.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Jetzt hat das Wort Frau Landwehrmann.

Ich darf noch einmal an die drei Minuten erinnern.

Frau Christel Landwehrmann: Ich bin seit 15 Jahren selbständig, leite ein kleines Forschungsinstitut, bin aber vorher zehn Jahre als Lehrerin im öffentlichen Dienst gewesen.

Mittelständische Betriebe, die im Kostenwettbewerb stehen, haben vom Betrieb her keine Möglichkeit, Frauen besondere Vergünstigungen einzuräumen; denn sie werden im Zweifelsfall immer auf die billigere Arbeitskraft zurückgreifen müssen, auf den Mann.

(Zustimmung)

Durch besondere Schutzgesetze für die Frau - ich denke an das Nachtarbeitsverbot - ergeben sich weitere Benachteiligungen. Die Arbeitsplatzgarantie nach der Geburt eines Kindes erhöht die Benachteiligung der Frau noch einmal erheblich.

Gleiche Chancen für Mann und Frau bestehen erst dann, wenn die zusätzlichen Kosten für die Beschäftigung einer Frau nicht vom Betrieb, sondern von der Allgemeinheit getragen werden.

(Beifall)

Wenn genauso viele Männer wie Frauen vom Erziehungsurlaub Gebrauch machten,

käme es nicht zu einer Diskriminierung der Frau.

(Beifall)

Da das aber in den meisten Fällen nicht der Fall sein wird, wird das immer wieder zu Lasten der Frau gehen.

Daß der Betrieb den Ablehnungsgrund für die Beschäftigung einer Frau natürlich nicht angibt, ist klar.

Eine selbständige Frau mit etwa zehn weiblichen Beschäftigten wird die Lücken, die ihr das neue Gesetz beschert, im wesentlichen selbst ausfüllen müssen. Davon, wie sich das auf ihre eigene Schwangerschaft und auf ihre eigenen Kinder auswirkt, hat noch niemand gesprochen.

(Beifall)

Frauen in Führungspositionen können von der Möglichkeit der Beurlaubung kaum Gebrauch machen, es sei denn, sie sind im öffentlichen Dienst beschäftigt. Eine Frau in einer Führungsposition wird sich ebensowenig wie ein Mann für 18 Monate ins Privatleben zurückziehen können. Ich denke hier an die Problematik der leitenden Angestellten, die ins Ausland gehen und dann wieder in ihre eigene Firma zurückkommen.

Vieles spricht dafür, daß die Arbeitswelt in einigen Jahren durch die moderne Technologie ganz anders gestaltet werden kann. Ich denke hier daran, daß Wohnen und Arbeiten wieder vereint werden können. In vielen mittelständischen Betrieben ist das ja heute schon der Fall. Dadurch ergeben sich ganz neue Chancen für das Berufsleben der Frau.

Ein letzter Punkt: Ich halte es für längst überfällig, daß wir im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung eine angemessene Familienpolitik betreiben. Aber statt einer klaren, geschlossenen Gesamtkonzeption mit einer Zukunftsperspektive werden uns Lösungen von Einzelproblemen geboten, die aus dem Zusammenhang gerissen sind. Ihre unbeabsichtigten negativen Nebenwirkungen werden teilweise größer sein als der angestrebte Zweck. Auch die 18jährige Arbeitslose, deren männliche Schulkameraden einen Arbeitsplatz haben, wird nicht zuletzt auf Grund der Schutzbestimmungen für die Frau spüren, daß ihr illusionäre verbale Humanität nicht hilft, sondern schadet.

Wirtschaftlicher Realismus trägt die Humanität nicht vor sich her, hilft ihr aber und schafft ihr die Möglichkeit eines Arbeitsplatzes. Wollen wir mithelfen, daß möglichst viele junge Frauen diese Humanität zu spüren bekommen.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Ich darf im gegenseitigen Interesse erneut an die drei Minuten erinnern. Ich habe noch sehr viele Wortmeldungen vorliegen. Wir werden sicherlich noch sehr viele interessante Argumente hören. Ich bitte herzlich darum, sich an die drei Minuten zu halten.

Jetzt hat das Wort Frau Busse.

Frau Annette Busse, Hamburg: Ich bin Mitglied der Jungen Union.

Wir sitzen heute hier, weil Frauen augenscheinlich nicht gleichberechtigt sind und gerade auch im Berufsleben schlechtere Chancen haben. Das ist der Status quo. Mich als junge Frau interessiert natürlich insbesondere, was denn in der Zukunft auf mich zukommen wird.

In dem Papier werden zumindest in drei Ziffern zukunftsweisende Sachen festgeschrieben. Erstens: Frauen haben geringere Zugangschancen zu qualifizierten Tätigkeiten und zukunftssträchtigen Berufsfeldern. Zweitens - das ist Ziffer 27 -: Die Mehrzahl der Frauen wird auch in absehbarer Zeit in den sogenannten Frauenberufen tätig sein. Drittens - das ist Ziffer 26; um dem Ganzen den Gipfel aufzusetzen -: Frauen sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer.

Ich frage mich natürlich: Woran liegt denn das? Ich möchte folgende These in den Raum stellen. Das liegt u. a. daran, daß die bereits bestehenden Schutzvorschriften für die Frauen - sie machen die Frauen zu einem ungleich teureren Produktionsfaktor; ich will nicht sagen: unwirtschaftlicheren - logisch dazu geführt haben, daß wir uns heute überhaupt überlegen, was wir für die Besserstellung der Frauen tun müssen.

Nun komme ich zu dem Punkt der Arbeits- und Beschäftigungsgarantie bzw. der Kündigungsschutzgarantie, wie immer man das Kind nennen möchte. - Hierzu wird auch das Argument gebracht, es handele sich lediglich um eine Ausweitung der Zeit von sechs auf zukünftig acht oder jetzt zwölf Monate und bis jetzt sei alles prima gelaufen.

Ich würde sagen: Es ist bis jetzt überhaupt nicht prima gelaufen; denn schon die bestehenden Kündigungsschutzvorschriften bzw. die bestehenden Schutzvorschriften für Frauen haben dazu geführt, daß wir heute diese beklagenswerte Situation haben. Deswegen ist es für mich ein Unterschied, wenn ich jetzt fordere, zu einer weiteren Steigerung zu kommen.

Ich möchte allerdings betonen, daß ich die Zeit, die die Mutter oder auch der Vater beim Kind verbleiben kann, als familienpolitischen Fortschritt erachte. Ich möchte aber in bezug auf meine Vorrednerin an Frau Breuel die Frage stellen, was sie davon hält, wenn zusätzliche familienpolitische Fortschritte, z. B. in Form einer Arbeitsplatzgarantie, die ich unter dem Gesichtspunkt durchaus unterstütze, gefordert werden. Können wir uns dann auch der Forderung anschließen, daß diese Reformen nicht nur auf den Schultern der Arbeitgeber ausgetragen und von uns Frauen dann ausgebadet werden, oder sollte sich die Sozialpolitik aktiv daran beteiligen?

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Ich darf noch sagen, daß Frau Busse mit ihren kritischen Fragen auch die Kommission beflügelt hat, die die Vorarbeiten für den Leitantrag geleistet hat, und daß wir durch ihre Fragen viele interessante Diskussionen hatten.

Nunmehr hat Frau Stäglich das Wort.

Frau Erna Stäglich: Ich komme von den Christlich-Sozialen Arbeitnehmern und von der Europa-Union und möchte auch etwas zur Arbeitsplatzgarantie sagen.

Sie ist von der Idee her mit Sicherheit wünschenswert und lobenswert. Ich halte sie aber in der Praxis für undurchführbar.

Erstens. Diese Belastung kann man dem Mittelstand gar nicht mehr zumuten. Der Mittelstand beschäftigt die überwiegende Mehrzahl der Arbeitnehmer. Eine Frau, die in den Mutterschaftsurlaub geht, ist nicht mehr so jung, daß sie den Arbeitgeber nicht doch schon finanziell teuer kommt. Zu welchen Konditionen soll nun ein Zeitvertrag laufen: zu den gleichen? - Das ist schon unmöglich, weil sich der neue Arbeitnehmer einarbeiten muß; deshalb ist das an sich nicht denkbar.

Zweitens. In dem Kollegenkreis muß der neue Arbeitnehmer integriert werden. Auch das ist schwer, weil man weiß, daß er nur einen Zeitvertrag hat und ohnehin wieder ausscheidet. Man gibt sich gar nicht die Mühe, ihn so gut einzuarbeiten, wie das eigentlich wünschenswert wäre, abgesehen von dem Betriebsklima, das dadurch entsteht.

Ich hielte es für viel vorteilhafter, wenn wir den Mittelstand und die Industrie dahin bekämen, daß die jungen Ausgebildeten nach ihrer Lehre ein Jahr lang berufstätig sein können. Sie sind noch preiswert, weil noch jung. Ich finde es unmöglich, daß Jugendliche nach Abschluß der Lehre entlassen werden, so in Arbeitslosigkeit geraten und von daher ganz schwer wieder vermittelbar sind.

Ich meine, hier haben wir die große Aufgabe, zu erreichen, daß den Jugendlichen garantiert wird, daß sie, in welcher Form auch immer, ein Jahr Berufserfahrung sammeln können und in diesem einen Jahr die Möglichkeit haben, sich auf andere Arbeitsplätze zu bewerben.

Einen Gesichtspunkt möchte ich noch anführen. Frau Breuel, Sie sprachen die neuen Technologien an. Ihnen ist sicherlich die Position des Sachbearbeiters z. B. im öffentlichen Dienst bekannt. Im Zuge der neuen Technologien wurde dieser Posten ganz neu bewertet. Inzwischen gibt es Sachbearbeiter erster, zweiter und dritter Ordnung, wobei davon ausgegangen wird: Sachbearbeiter 3 ist eine Frau, weil sie an der EDV-Eingabe arbeitet und die bessere Fingerfertigkeit hat, während Sachbearbeiter 1 natürlich ein Mann ist, weil er der Ernährer der Familie ist. Auch hier sollten wir ansetzen. - Danke!

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Nunmehr hat Frau Blättel das Wort.

Frau Irmgard Blättel: Meine Damen und Herren! Ich bin Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes. - Ich freue mich sehr über jede Diskussion zu diesen Themen. Die CDU hat vom Düsseldorfer Parteitag, als wir noch hart ringen mußten, daß der Satz „Leitbild der Familienpolitik ist die partnerschaftliche Familie“ in das Programm aufgenommen wurde, bis hierher einen weiten Weg zurückgelegt. Die Frauen in der CDU - das will ich ausdrücklich sagen - haben viele Stationen harter Kämpfe hinter sich.

(Beifall)

Nach meiner Meinung müßte von dem heutigen Tag ein Push in die CDU hinein ausgehen, um auch etwas zu bewirken.

Jetzt zu Sachfragen! Frau Breuel, Sie haben die Lohndiskriminierung angesprochen.

Ich wäre sehr dankbar, wenn die Aufforderung, neue Bewertungskriterien für insbesondere von Frauen ausgeübte Tätigkeiten zu suchen, mehr an die Arbeitgeberseite gerichtet würde. Die Gewerkschaften stehen seit Jahrzehnten in diesem Kampf, aber die Arbeitgeberseite blockiert. Meine Damen, jetzt sind wir so weit, daß Arbeitgeber in Tarifverhandlungen versuchen, die abgeschafften Leichtlohngruppen wieder einzuführen.

Ich kann Ihnen nur sagen: Die Lohndiskriminierung ist ein diffiziles Instrument. Wenn wir sie an einer Stelle beseitigt haben, kommt sie nach kurzer Zeit durch die Hintertür in einem anderen Gewand wieder herein. Deswegen muß ständig aufgepaßt werden.

Das größere Problem liegt in der richtigen Eingruppierung. Unsere Aktionen haben bewirkt, daß viele, viele tausend Frauen richtiger eingruppiert werden konnten. Aber ich kann auch dazu nur sagen: Frauen, seht zu, organisiert euch so, daß ihr eine Kraft werdet, und informiert euch so, daß ihr in den Betriebs- und Personalräten mit am Tisch sitzt! Sonst geht das nicht!

(Beifall)

Stichwort: Frauenarbeitslosigkeit! - Meine Damen und Herren, ich bedaure, daß ein wichtiger Satz des Antrags der CDA zu diesem Thema von der Antragskommission nicht übernommen wird. In dieser Passage des Bundesvorstandes wird die hohe Arbeitslosigkeit der Frauen, der hohe Bedarf an Teilzeitarbeitsplätzen hervorgehoben, aber es wird wieder einmal unterschlagen - und das steht in dem CDA-Antrag ausdrücklich drin -, daß die Zahl der Vollzeitarbeitsuchenden viermal so hoch ist wie die der Teilzeitarbeitsuchenden.

Deswegen ist die CDU schlecht beraten, wenn sie diesen Satz unterschlägt. Die Tatsache, daß viermal so viele Frauen einen Vollzeitarbeitsplatz suchen, wie Frauen eine Teilzeitbeschäftigung wollen, ergibt sich aus der Statistik; das kann man überall nachlesen. Dieser Satz muß also aufgenommen werden; sonst setzen wir uns immer wieder dem Vorwurf aus, wir wären mehr für Halbtagsarbeit für Frauen, und das ist dann nur die Zuarbeit. Meine Bitte lautet also, das zu ändern.

Zum Thema „Arbeitsplatzgarantie“. - Ich habe von Frau Laurien sehr erfreut vernommen, daß nicht daran gedacht ist, an dem geltenden Mutterschaftsurlaub etwas zu ändern. Nur mache ich Sie darauf aufmerksam: Der Referentenentwurf sagt, daß mit dem Entwurf zu dem Erziehungsgeld das Mutterschutzgesetz in den betreffenden Passagen abgelöst werden soll. Wenn es in bezug auf die Arbeitsplatzgarantie - sprich: Kündigungsschutz - keine Änderung gibt, dann ist das schon eine wichtige Sache. Ich kann nur davor warnen, das „anzuknacken“.

Ich sage Ihnen: Verschlechtert wird die Position der Grenzgängerinnen. Das sind Tausende von Frauen, die jahrzehntelang auf deutschem Boden arbeiten und hinter der Grenze leben. Diese Frauen sollen ausgeschlossen werden. Ich meine, das sollten wir nicht tun.

Zum Thema der Konkurrenzfähigkeit der Betriebe! - Meine Damen, wer konkurriert denn untereinander? Das sind doch Betriebe mit gleicher Beschäftigtenstruktur. Diese haben doch überall ungefähr gleich viele Frauen. Deshalb kann das Konkurrenzargument keine Rolle spielen. Ohne Arbeitsplatzgarantie auch für diese weiteren Monate kann nach meiner Meinung der größte Teil der Klein- und Mittelbetriebe - darauf bezieht sich ja der Vorschlag - von dieser Möglichkeit nicht Gebrauch machen. Haben Sie bisher ein Geschrei darüber gehört, daß das nicht zu organisie-

ren wäre? Erst jetzt wird geschrien. Ich habe mich sehr gewundert, Frau Breuel, daß Sie das auf einmal mit Geld „verzuckern“ wollen. Also muß das doch gehen! Dann darf es doch kein organisatorisches Problem sein, den Arbeitsplatz zu erhalten. Meine Damen und Herren, nehmen Sie das ernst!

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Frau Blättel, darf ich Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Frau Irmgard Blätter: Ich bin ohnehin am Ende meiner Ausführungen. - Vielen Dank!

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Ich danke auch. - Da sich offensichtlich irgendwo ein Mißverständnis eingeschlichen hat, Frau Blättel, möchte ich kurz Frau Breuel das Wort geben.

Frau Birgit Breuel: Das ist vorher von Frau Oderkoch auch schon gesagt worden. Ich erinnere mich sehr genau, was ich gesagt habe. Ich habe gesagt: Wenn man den Unternehmern in der Frage mißtraut, daß sie das freiwillig nicht leisten werden - sie haben es bei den Lehrstellen in hervorragender Weise freiwillig geleistet -, dann sollte man über eine Prämie nachdenken. Ich habe hinzugefügt: Ich glaube an die Freiwilligkeit. Wir haben bisher immer dann, wenn wir Eigenverantwortung in den Vordergrund gestellt haben, von der Wirtschaft eine erhebliche Leistung erhalten. Das ist auch meine Position.

Ich will nur noch eben die Position von Frau Busse mit aufnehmen. Eines ist natürlich richtig, meine Damen und Herren: Wenn Sie diese Entscheidung über eine gesetzliche Beschäftigungsgarantie herbeiführen, kann sich das sehr wohl auf dem Rücken der Frauen austragen. Deshalb kann man durchaus davon ausgehen, daß der Staat, wenn man das nicht will, darüber nachdenken müßte, hier helfend einzugreifen.

(Beifall)

Aber meine Position noch einmal: Wir haben in all den Jahren seit der Wiederaufbauzeit bei allen Bevölkerungsgruppen immer dann Erfolg gehabt, wenn wir ihnen deutlich gemacht haben, welche Verantwortung sie haben und wie wichtig ihre Aufgabe ist. Ich finde, diese Position sollten wir nicht freiwillig räumen.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Soeben wurden mehrfach Zahlen über Teilzeitarbeitslosigkeit und Vollzeitarbeitslosigkeit genannt. Ich sehe, Frau Joppe ist hier und hat sich auch zu Wort gemeldet. Vielleicht sollte sie uns nachher aus ihrer Arbeit bei der Bundesanstalt für Arbeit dazu noch ein paar Informationen geben.

Jetzt hat Frau Cantauw das Wort.

Frau Ursula Cantauw: Ich bin mitarbeitende Ehefrau. Wir betreiben ein Einzelhandelsfilialunternehmen ausschließlich mit weiblichen Mitarbeitern. Ich möchte Ihnen etwas aus meiner Erfahrungswelt mitteilen.

Wir haben derzeit 25 Mitarbeiterinnen, bis auf wenige Ausnahmen alles Teilzeitkräfte, beschäftigt. Das klappt hervorragend. Wir nehmen diese Kräfte, wenn ein Baby angekommen ist, nach einem Jahr, nach zwei Jahren oder wie auch immer wieder an. Aber nur Qualität verkauft sich.

Die Damen, mit denen wir zufrieden waren, haben keine Probleme, wieder den Einstieg in das Berufsleben zu finden. Ich kann vor neuen Gesetzen nur warnen, die dem Unternehmer immer mehr Auflagen machen, so daß es beinahe gar nicht möglich ist, unternehmerische Entscheidungen völlig frei zu gestalten.

Wir haben in jeder Firma einen Betriebsrat, der entscheidet, wer kommt und geht.

(Widerspruch)

Die guten qualifizierten Kräfte gehen, weil sie gut zu vermitteln sind, die schwierigen Kräfte aber behalten Sie. Ich kann in dieser Hinsicht nicht aus meiner Erfahrung sprechen, weil unser Betrieb funktioniert. Ich weiß das aber von Kollegen, die in ähnlichen Situationen sind.

Ich frage mich allen Ernstes: Warum ist es so, wie Herr Geißler es heute morgen sagte, warum sind 61 % junge Frauen arbeitslos oder finden nicht den Einstieg? Das hat doch einen Grund.

Dieser Grund ist meiner Meinung nach darin zu sehen, daß die Gesetzentwürfe immer härter und immer schärfer werden und daß ein Unternehmer es gar nicht verantworten kann, Frauen, die in gebärfähigem Alter sind, zu beschäftigen; denn die Kosten und Probleme, die sich damit verbinden, sind auf das Produkt, das ein Unternehmen verkauft, gar nicht abzuwälzen.

Wenn ich eine solche Personalpolitik zwei Jahre betreibe, möchte ich die Bank sehen, die sagt: Frau Cantauw, Sie haben so wunderbar gearbeitet, Ihr Sozialplan steht, Sie erhalten eine weitere halbe Million Kredit. - Die Banken sagen nach zwei Jahren: Wenn Sie nicht in der Lage sind, Ihren Betrieb im Griff zu haben, tun Sie uns leid; Kredite sind gestorben. - Da ist nichts mehr zu holen.

(Beifall)

Die Gesetze, die für den Schutz gedacht sind, wirken sich negativ aus. Die Frauen kommen in ein klares Out. Die Arbeitsplatzgarantie kann ich eigentlich nicht rechnen. Ich weiß nicht, wie das bei 2,6 Millionen Arbeitslosen gehen soll.

Eine Arbeitsplatzgarantie in dem Sinne halte ich also für tödlich. Der Mittelstand, die Unternehmer müssen mehr Freiheiten in ihren Unternehmen behalten. Anders ist es meiner Meinung nach nicht zu regeln. Auf freiwilliger Basis - okay! Das klappt auch in den meisten mittelständischen Unternehmen. Nur die Großindustrie hat dabei wahrscheinlich Probleme. Aber man kann das Problem nicht auf die breite Masse umwälzen. - Danke!

(Beifall)

Frau Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Danke schön! - Jetzt hat Frau Reinartz das Wort.

Frau Marianne Reinartz: Ich bin Vorsitzende des Frauenrates Nordrhein-Westfalen

und möchte mich einmal in die Niederungen etwas genauerer Definitionen begeben. Für kleine Hilfestellungen wäre ich dankbar.

Der Begriff Beschäftigungsgarantie bedeutet schon eine Kompromißformel. Ich wäre dankbar, wenn die beiden Begriffe Arbeitsplatzgarantie und Beschäftigungsgarantie einmal genau beschrieben würden; bei ersterem ist es wohl so, daß die Arbeitsplatzinhaberin in dem Bereich wieder beschäftigt werden müßte, während bei der Beschäftigungsgarantie die Stellung, auch die soziale Stellung, schon eine andere sein könnte. Dabei entsteht die Frage der Benachteiligung derjenigen, die eine solche Garantie haben oder nicht.

Ich selbst bin an sich der Meinung, daß allzu viele Schutzeinrichtungen die soziale Wirklichkeit nicht verbessern. Aber wenn man ehrlich diskutiert, muß man zunächst die Begriffe ehrlich definieren.

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Dahinten stehen so viele Damen und Herren. Das wird durch den ganz verständlichen Wechsel zwischen den Foren verursacht. Wer aber gedenkt, ein wenig länger hierzubleiben, sollte sich doch setzen; denn hier vorn ist eine Vielzahl von Plätzen frei. Sie brauchen nicht zu stehen. Bitte, kommen Sie doch nach vorn.

Ich erteile nun Frau Volkmann-Schläger das Wort.

Frau Christa Volkmann-Schläger: Ich bin Bundesvorsitzende des Verbandes der weiblichen Angestellten. Wir sind die einzige Frauengewerkschaft in Europa und, wie ich glaube, sogar in der ganzen Welt. Die Organisation ist 96 Jahre alt und war schon tariffähig, als es den DGB und die DAG noch gar nicht gab.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich möchte mich ganz kurz zur Frage der Teilzeitarbeit äußern. In diesem Bereich sehe ich viele gute Möglichkeiten. Mir ist klar, daß Job sharing nötig ist, wenn es um die Besetzung von Planstellen geht. Aber in der Wirtschaft sollte man sich nicht auf 40 Stunden und 20 Stunden festlegen. Man sollte acht Stunden an drei Tagen der Woche anbieten. Das wäre eine ideale Möglichkeit für Frauen, deren Kinder in die Schule gehen. Diese Frauen hätten immer noch Kontakt zum Beruf und Möglichkeiten zur Weiterbildung, die so ungeheuer wichtig sind.

Dieses ganze Potential wird noch gar nicht ausgenutzt, weder von den Firmen noch von den Frauen. Es bietet aber unwahrscheinliche Möglichkeiten.

Ganz dringend aber möchte ich vor einer Entwicklung warnen, die sich jetzt stark abzeichnet und die ich persönlich für sehr verhängnisvoll halte. Im Bereich der Frauenteilzeitarbeit baut sich jetzt eine nicht sozialversicherte Reservekolonne auf Abruf aus. Das ist ganz schlimm! Diese Frauen werden wirklich immer nur nach Bedarf bestellt, haben herzlich wenig Ansprüche - in Betriebsräten oder so sind sie niemals vertreten -, und was noch schlimmer ist und von den Frauen nicht bedacht wird: Sie werden nicht sozialversichert.

Das schadet den Frauen. Sie werden nachher vor diesen entsetzlichen Minirenten stehen. Die Beiträge gehen aber auch den Versicherten verloren, die in diesen Frauen jemanden hätten, der mit die Rententöpfe und die Töpfe der Krankenkassen aufstockt. So geht das alles als Einzahlungsquote verloren. Das ist eine ganz verhängnisvolle Entwicklung. Ich kann die Frauen nur dringend davor warnen, sich

auf so negative Weise einsetzen zu lassen - ich muß mich direkt zusammenehmen, um nicht zu sagen: mißbrauchen zu lassen; denn es ist ganz, ganz schlimm, was man Frauen da antut.

(Beifall)

Zu dem Bereich „Tarifverhandlungen“ möchte ich sagen: Liebe Damen hier im Saal - besonders die berufstätigen -, setzen Sie sich dafür ein, wo immer Sie sind, in einer Gewerkschaft - oder kommen Sie zu uns! -,

(Heiterkeit)

daß Frauen auch selber ihre Tarifverhandlungen führen können. Das darf nicht nur von Männern erledigt werden.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Bitte schön, Frau Joppe, Sie haben das Wort.

Frau Luise Joppe: Ich bin Referentin in der Bundesanstalt für Arbeit und möchte auf zwei Probleme eingehen, zu denen ich mich zu Wort gemeldet habe. Zunächst aber möchte ich mich für die Einladung zu Ihrem Parteitag bedanken.

Mir liegt das Problem des Berufsabbruchs von Mädchen, die in der Berufsausbildung stehen, am Herzen. Die Verbindung von Familie und Beruf geschieht heute sehr viel eher als in früheren Jahren. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat in einer Untersuchung festgestellt, daß rund 20 % der Mädchen, die in Berufsausbildung stehen, diese wegen einer Familiengründung abbrechen, während sonst die Quote bei etwa 10 % liegt.

Mir scheint, es muß über Modelle nachgedacht werden, wie man beides, die Kindererziehung einerseits und die Berufsausbildung andererseits, miteinander verknüpfen kann. Ich halte das für sehr wichtig. Wenn die Frau ihre Berufsausbildung abbricht und sie später nachvollziehen will, wird das aus den verschiedensten Gründen, auf die ich jetzt nicht eingehen möchte, wesentlich schwieriger und komplizierter.

Das zweite Problem, auf das ich hinweisen möchte, hängt mit der Rückkehr der Frauen in das Berufsleben zusammen. Sehr häufig ist es auch aus der Sicht des Arbeitsamtes erforderlich, daß eine berufliche Fortbildungs-, Anpassungs- oder Umschulungsmaßnahme erfolgt. In § 46 Abs. 2 des Arbeitsförderungsgesetzes wird die Berufsrückkehr der Frauen zwar in gewisser Weise berücksichtigt, indem eine bestimmte Rahmenfrist, die ansonsten kürzer ist, auf vier Jahre verlängert worden ist, aber da in der Regel in der Durchschnittsfamilie wenige Kinder vorhanden sind und die Kinder schnell hintereinander geboren werden, kann diese Rahmenfrist von vier Jahren in den meisten Fällen nicht voll ausgeschöpft werden.

Ein kleines Beispiel möge das verdeutlichen. - Zwei Kinder werden im Abstand von zwei Jahren geboren. Normalerweise müßte es so sein - das habe ich früher auch geglaubt -, daß sich damit eine Rahmenfrist von acht Jahren ergibt. Dem ist nicht so! Ab der Geburt des zweiten Kindes beginnt die Berechnung der Rahmenfrist von vier Jahren aufs neue, so daß nach meinem Beispiel bestenfalls also sechs Jahre als Rahmenfrist herauskommen, nicht aber acht Jahre. Das bedeutet, daß in vielen

Fällen Frauen, die längerfristig nicht erwerbstätig waren, wiederum nicht voll nach dem Arbeitsförderungsgesetz gefördert werden können. - Ich möchte das Problem nur angerissen haben; den Fachleuten ist es ohnehin bekannt.

Zur Situation der Vollzeitwünsche und Teilzeitwünsche von Arbeitslosen. Auch dieses Problem ist sehr differenziert zu betrachten. Ich möchte dazu nicht mit Zahlen aufwarten, obwohl ich sie bei mir habe.

Man muß zunächst einmal zwischen Frauen, die aus der Erwerbstätigkeit heraus arbeitslos geworden sind, und Frauen, die nach einer Berufspause erneut einen Beruf aufnehmen wollen, unterscheiden. Man muß feststellen, daß die Rückkehrerinnen in wesentlich höherem Umfang Teilzeitarbeit wünschen, was für uns durchaus verständlich ist, daß von hier aus gesehen aber das Problem besteht, daß - und das ist in der augenblicklichen Situation statistisch eindeutig nachweisbar - Frauen bevorzugt werden, die aus der Erwerbstätigkeit heraus arbeitslos geworden sind. Deshalb ist eben auch ein Stau vorhanden, der statistisch begründet ist, weil sich die Dauer der Arbeitslosigkeit verlängert, wenn ich von einer Statistik ausgehe, die den Bestand erhebt. Das sieht schon wieder etwas anders bei einer Bewegungsanalyse aus, die wir auch erarbeiten. - Interessierten stelle ich gern die konkreten Zahlen zur Verfügung. - Danke schön!

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Joppe.

Es sei mir erlaubt, Ihnen, Frau Joppe, für uns alle, die wir uns seit vielen, vielen Jahren mit Frauenarbeit beschäftigen, einmal ganz herzlich zu danken. Sie waren immer wie ein Fels in der Brandung, wenn es darum ging, von der Bundesanstalt fundierte, aber auch engagierte Aussagen im Sinne der Frauen zu bekommen. Ganz herzlichen Dank für Ihre Arbeit.

(Lebhafter Beifall)

Jetzt erteile ich Herrn Haarmeyer das Wort.

Paul Haarmeyer: Ich möchte mich zunächst bei Ihnen bedanken, daß Sie mich nun auch aufgerufen haben.

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Wir sind für Gleichberechtigung. Ich bitte Sie!

Paul Haarmeyer: Ich hatte mich als einer der ersten gemeldet und habe jetzt gemerkt, wie schwierig es ist, wenn man nicht gleichberechtigt ist.

(Heiterkeit, Beifall und Buh-Rufe)

Ich bin Delegierter aus Hamburg und bin dort Vorsitzender der Mittelstandsvereini- gung. Ich muß hier ein bißchen etwas für unsere Frauen im Mittelstand sagen, weil sie mir das mit auf den Weg gegeben haben. Viele dieser Frauen haben mir, als sie die Leitsätze für die Frau zum erstenmal gelesen haben, gesagt, sie betrachteten das als Leitsätze für Arbeitnehmerinnen. Hier ist fast völlig die Situation der selbstän- digen Frauen, die Situation der mithelfenden Ehefrauen in vielen Einzelhandelsbe- trieben, Handwerksbetrieben und Betrieben des Mittelstandes vergessen. Immerhin

stellt der Mittelstand 90 % aller Betriebe in Deutschland. Zwei Drittel aller Arbeitnehmer sind in diesen Betrieben beschäftigt.

Deshalb ist es wichtig, diejenigen, die dort als Ehefrau des Inhabers oder als selbständige Frauen arbeiten - auch das sind in Deutschland einige Millionen, wenn wir die Landwirtschaft einbeziehen -, in den Leitsätzen zu berücksichtigen. Gerade bei den mithelfenden Ehefrauen in den Handwerksbetrieben, in den Einzelhandelsbetrieben finden wir eine vorbildliche Partnerschaft, sozusagen fast ein Modell dafür, wie Männer und Frauen zusammenarbeiten können.

Es ist vielleicht nicht so bekannt, daß die Scheidungsrate in diesem Bereich außerordentlich niedrig ist.

(Heiterkeit)

- Ich darf unterstellen, daß in einer Partei, die das „C“ in ihrem Namen trägt, das ein positives Argument ist.

(Beifall und erneute Heiterkeit)

Das liegt sicherlich in der gemeinsamen Zielsetzung in dem gemeinsamen Arbeiten und dem Gemeinsamen, dem Miteinander im täglichen Handeln, dem Viel-miteinander-Sprechen und Viel-miteinander-zu-tun-Haben.

Ich vermisse in diesen Leitsätzen, daß für diese mittelständischen Frauen etwas ausgesagt wird. Warum sind z. B. alle staatlichen Hilfen immer nur für die Arbeitnehmerinnen aufgestellt worden. Ich halte es für richtig, daß solche Hilfen gegeben werden, meine aber, daß auch die selbständigen und die mithelfenden Ehefrauen mit berücksichtigt werden sollten.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch ein kurzes Wort zur Teilzeitarbeit sagen. Ich selber bin langjähriger Praktiker. Auch hier ist es sehr die Frage, ob wir Teilzeitarbeit organisieren sollen oder ob wir nicht nur Anregungen geben sollten. Wir haben in unserem Betrieb mit etwa 30 teilzeitbeschäftigten Mitarbeiterinnen diese Frage vor langem schon diskutiert. Es gibt keine fest vorgegebenen starren Zeiten, sondern es wird fast jeder Wunsch, den eine Mitarbeiterin an uns stellt, erfüllt. Sie hat die Möglichkeit, so zu arbeiten, daß sie es mit ihrem Privatleben vereinbaren kann: zwei halbe Tage in der Woche oder drei ganze Tage in der Woche oder nur montags und sonnabends.

Das ist eine ganz mühselige Arbeit für den mittelständischen Unternehmer; das muß man auch sagen. Wenn der Gesetzgeber oder derjenige, der das eingeführt wissen möchte, meint, das koste alles nichts, muß man wissen: Bei kleinen und mittleren Betrieben kostet es natürlich erhebliche Mühe und Anstrengung. Was aber im Grunde viel schwieriger ist: Wenn jemand ausfällt, kostet es zusätzliche Last, die die mitarbeitende Ehefrau auf sich nehmen muß. - Ich darf mich bedanken, daß Sie mir zugehört haben.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Herr Haarmeyer, ich habe Sie wirklich zurückgesetzt, aber nicht, weil Sie ein Mann sind, sondern weil Sie Delegier-

ter sind und wir erst einmal unsere Gäste zu Wort kommen lassen wollten. Ich bitte um Verständnis.

(Vereinzelter Beifall)

Nun hat Frau Ott das Wort.

Frau Heide Ott: Ich komme vom Verband alleinstehender Frauen und möchte zum Bereich Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub etwas sagen.

Das Erziehungsgeld und der Erziehungsurlaub sind im Prinzip eine sehr gute Sache. Ich meine allerdings, daß sie allen Erziehenden zugute kommen muß, auch den Müttern, die erwerbstätig sind, wie das z. B. auf viele Frauen in unserem Verband zutrifft.

Kann man wirklich davon ausgehen, daß nur solche Leute Kinder erziehen, die zu Hause sind, und die Frauen und Männer, die arbeiten gehen müssen, das nicht können? Das ist eine Unterstellung, die man so nicht erheben darf.

Ein weiterer Punkt in diesem Zusammenhang lautet: Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub können Mutterschaftsgeld und Mutterschaftsurlaub nicht ersetzen. Das eine ist eine Lohnersatzleistung, und das andere ist eben eine Erziehungsleistung.

Ich möchte auf eine große Gefahr im Zusammenhang mit dem Problem hinweisen, daß kleine Betriebe eventuell von der Pflicht, Erziehungsurlaub zu gewähren, ausgenommen werden. Dann werden die dort beschäftigten Frauen schlechtergestellt als diejenigen, die in Groß- und Mittelbetrieben arbeiten. Wenn das Gesetz über den Erziehungsurlaub in Kraft tritt, fällt der Mutterschaftsurlaub weg, wenn ich richtig informiert bin. Für die soeben erwähnten Frauen gibt es dann keine Arbeitsplatzgarantie mehr. Es wäre viel besser, wenn man die Mutterschaftsurlaubsregelung beibehielte und den Erziehungsurlaub ausbaute. Das könnte eventuell aufgestockt werden.

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Wir haben das soeben schon zur Kenntnis genommen. Das wird bei dem weiteren Gesetzgebungsverfahren sehr ernst zu bedenken sein. Vielen Dank!

Nun erteile ich Frau Riehm-Guenther das Wort.

Frau Eva Riehm-Guenther: Ich komme aus Baden-Württemberg und bin im öffentlichen Dienst tätig. Ich habe es umgekehrt gemacht wie Frau Landwehrmann: Ich war vorher freiberuflich tätig und kenne deswegen diese Probleme auch. Ich kann nur betonen, daß die neuen Gesetze auf dem Rücken der Freiberuflerinnen und der Selbständigen ausgetragen werden.

Ich will aber auf ein anderes Problem zu sprechen kommen. Ich habe meine Wahlfreiheit eigentlich nie eingeschränkt gesehen, z. B. von meiner Familie oder von meinem Mann, der sehr verständnisvoll war. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß Mitte der 70er Jahre, als die Steuerrechtsreform kam, die von der sozial-liberalen Koalition verwirklicht wurde, meine Kinder nicht mehr genügend im Steuerrecht berücksichtigt wurden. Dadurch wurde meine Leistung entwertet, meine Wahlfreiheit wurde dadurch eingeschränkt.

Minister Gaddum aus Rheinland-Pfalz hat 1976 einen Vorschlag zu einem neuen

Steuerrecht unterbreitet; teilweise wird er jetzt auch verwirklicht. Aber es fehlt etwas ganz Wesentliches, und das ist das wirklich durchgeführte Familiensplitting.

Mit der Grund dafür, daß ich mich politisch betätigt habe, war das Gefühl: Je mehr ich arbeite, je mehr ich leiste, desto weniger kommt das meinen eigenen Kindern zugute. Deshalb habe ich mich mit solchen Steuerfragen beschäftigt. Ich bin in die Union eingetreten, weil ich mich damals mit Frau Matthäus-Maier herumgestritten habe, die gesagt hat: Alle Kinder sind dem Staat gleich lieb, und deswegen werden sie auch alle gleichgemacht. Seinerzeit ist das Kinderhaben sozialisiert worden.

Ich richte an die Union den dringenden Appell, das rückgängig zu machen, und zwar nicht mit halbherzigen Maßnahmen. Sie sollte uns das Steuersplitting bescheren, das sie uns versprochen hat. Es gab 1982 in Baden-Württemberg unter Graf Waldburg-Zeil einen Entwurf eines Familienpapiers, in das diese Forderung auch hineingeschrieben worden ist. Dann kam die Union an die Regierung, und dann war das auf einmal nichts mehr, sozial ungerecht und wurde nicht mehr durchgeführt.

Ich möchte Frau Breuel ganz besonders herzlich für ihre kritischen Worte danken. Ich möchte sie auch wirklich in der Richtung bestärken, die sie aufgezeigt hat. Unsere Kinder dürfen nicht weiter sozialisiert werden, sondern sie müssen entsozialisiert werden. Es sind unsere Kinder. Nur wenn wir nicht mehr für sie da sind, hat der Staat subsidiär einzuspringen, aber nicht von vornherein.

(Beifall)

Deshalb ist das Erziehungsgeld meines Erachtens ein falscher Weg. Die Schutzzäune, die jetzt um uns herum errichtet werden sollen, sind nicht der richtige Weg. Schützen im Sinne des Grundgesetzes heißt nicht, daß wir betreut werden sollen. Schutz und Betreuung sind zwei ganz verschiedene Paar Stiefel. Wir wollen nicht betreut werden, wir wollen keine Schutzzäune haben, wir wollen nicht entmündigt werden, sondern wir wollen gleichberechtigte Bürger dieses Landes sein.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Frau Riehm-Guenther, lassen Sie mich nur sagen, daß die Steuerreform, die der Bundesfinanzminister jetzt in den Bundestag eingebracht hat, wie wir sie im Kabinett beschieden haben, ganz klar den Weg geht, den Sie uns hier noch einmal ans Herz gelegt haben, nämlich wieder zu steuerlichen Erleichterungen für die Ehepaare mit Kindern zu kommen, so daß wir eine unterschiedliche steuerliche Behandlung vom Ehepaar mit Kindern und Ehepaare ohne Kinder haben werden. Ich glaube, dies entspricht auch den Grundsätzen der Steuergerechtigkeit, die dabei zu beachten sind.

Das Wort hat jetzt Frau Oppermann.

Frau Ilse-Maria Oppermann: Ich bin Hausfrau, habe fünf Kinder und gehe vielen ehrenamtlichen Aufgaben nach.

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Die wichtigsten sollten Sie nennen.

Frau Ilse-Maria Oppermann: Ich bin Vorsitzende des Bundeselternrates. Dieser vertritt die 10 Millionen bundesrepublikanischen Eltern auf Bundesebene.

Es gibt mindestens einen Grund, weshalb Mädchen und junge Frauen bestimmte Berufe nicht ergreifen. Dieser Grund liegt in der Erziehung und in der Bildung.

(Beifall)

Deshalb plädiere ich dafür, die Elternbildung zu stärken. Das heißt, bei den Eltern muß das Bewußtsein geweckt werden, daß Mädchen so erzogen werden müssen, daß sie wirklich alle Berufe ergreifen können und eine Affinität für alle Berufe entwickeln. Dies ist die eine Forderung.

Die andere Forderung betrifft den schulischen Bereich. Auch in der Schule muß - das sage ich vor dem Hintergrund, daß 70 % der Arbeitsplätze später etwas mit Computern zu tun haben werden - im Pflichtbereich so etwas wie ein Computergrundwissen vermittelt werden. Meistens findet das nur im Wahlbereich statt. Aber in den Wahlkursen finden wir Mädchen eben nicht. Deshalb geht mein Plädoyer dahin, dies in den Pflichtbereich zu übernehmen.

Diese Forderungen stehen in den Leitsätzen auf den Seiten 16 bis 18. Überhaupt kommt die Rolle der Eltern bei der Erziehung in den Leitsätzen zu kurz. Ich denke, daß sich eine Gesellschaft nicht zu Lasten der Schwächsten dieser Gesellschaft, nämlich der Kinder, verwirklichen darf.

(Beifall)

Eine letzte Anmerkung. Ich stoße bei meinen vielen Ehrenämtern immer auf eine Schwierigkeit, die vielleicht auch an mir liegt: Die Solidarität unter den Frauen ist bei Wahlen sehr gering.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Frau Oppermann, lassen Sie mich dazu nur eine Bemerkung machen. Dieser Leitantrag zielt speziell auf die Situation der Frau. Er ist nicht so sehr ein Elternpapier und auch kein Familienpapier; hierzu gibt es an anderer Stelle noch Unterlagen. Von daher mag es dem einen oder anderen an dieser oder jenen Stelle nicht ausgefeilt oder nicht ausführlich genug erscheinen. Aber, ich glaube, im Zuge der Beratungen heute Abend wird sich hierzu das eine oder andere noch ergeben.

Frau Laurien will zum sachlich fachlichen noch eine Anmerkung machen.

Frau Dr. Hanna-Renate Laurien: Frau Oppermann, die Antragskommission hat den Grundgedanken einer breiteren ökonomisch-technischen Bildung aufgenommen.

Ihr Plädoyer möchte ich zum Anlaß nehmen, hier etwas zu verdeutlichen, und damit ein bißchen aus der Rolle des Berichterstatters herauspringen. Bitte, prüfen Sie doch einmal, welche Wahlpflichtfächer in den Schulen die Mädchen und welche die Jungen nehmen. Ich kann nur sagen: Wir gehen mit der Werbelampe herum. Wenn die Eltern hier nicht mitgewonnen werden, ist die ganze Sache umsonst.

(Beifall)

Wenn ich die Preise bei „Jugend forscht“ ausbebe, bin ich von lauter kleinen Jungen umgeben. Wenn ich für den Fremdsprachenwettbewerb des Stifterbandes der deutschen Wissenschaft die Preise ausbebe, dann bin ich hingegen von lauter

kleinen Mädchen umgeben. Das heißt, die Geschlechtsschemata „Sprache für Mädchen“ und „Technik für Jungen“ werden durch die Wahl der Wahlpflichtfächer fortgeschrieben statt in Frage gestellt. Jetzt nenne ich ein Gegenbeispiel. Dabei sollten Sie getrost einen Schrecken bekommen. In reinen Mädchenschulen - diese gibt es nur noch in ganz wenigen Ländern - wählen die Mädchen Naturwissenschaften so wie die Jungen, und in reinen Jungenschulen wählen die Jungen Fremdsprachen so wie Mädchen. Die Befreiung vom Geschlechterklischee sollten wir aber Jungen und Mädchen auch in unseren gemischten Schulen geben. Leute, das schaffen wir doch! Wir brauchen doch deshalb nicht zurück zu den geschlechtsspezifischen Schulen.

(Vereinzelter Beifall)

Jetzt möchte ich nachdrücklich auch etwas zur Berufswahl sagen. In Berlin haben Industrie- und Handelskammer und entsprechende Betriebe auch Ausbildungsplätze für Mädchen in gewerblich-technischen Berufen angeboten. Die sind nicht alle besetzt worden. Man glaubt das kaum. Aber bitte prüfen Sie die Statistik nach. Auch das Arbeitsamt hat das belegt, weil die Eltern, die hier etwas zu sagen haben, traditionalistische Entscheidungen treffen, die für ihre Töchter eine Zukunft haben.

Ich bitte Sie, in dieser Richtung mitzuwerben. Wenn allein das aus unserem Forum herauskäme, hätten wir schon ein Stückchen gewonnen. Es muß ja nicht gleich Hammerwerfen für Mädchen sein. Vielmehr meine ich, daß man in vielen Berufen von einem Geschlechterklischee wegkommen muß. Die Sache muß nicht geschlechtsvernichtend sein, wie manche meinen. Die Elektroindustrie ist für junge Mädchen genauso anmutig wie für junge Männer.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich kann hier sagen: Von der ganzen Problematik der Lehrstellensuche und des Lehrstellenangebots hängen die grundsätzlichen strukturellen Probleme ab, die weit über die konjunkturelle Fragen und die Fragen des Geburtenberges, womit wir uns im Moment beschäftigen, hinausgehen. Nun ist Frau Hieke dran.

Frau Anneliese Hieke: Ich bin Mitunternehmerin eines typisch mittelständischen Betriebs mit zehn Mitarbeitern und Delegierte aus Baden-Württemberg, gleichzeitig Vorsitzende der Kommission „Frau im Mittelstand“ der Mittelstandsvereinigung.

Gestatten Sie mir, bevor ich zum Thema Stellung nehme, eine kurze Bemerkung zu den Ausführungen von Frau Blätzel vom DGB.

Frau Blätzel nennt auf der einen Seite die Gewerkschaften und auf der anderen Seite die Arbeitgeber; diese nennt sie in einem nicht sehr schönen Bild. Soviel mir bekannt ist, ist der DGB ein sehr großer Arbeitgeber und in seinen sozialen Verhältnissen bezüglich der Arbeitnehmerschaft durchaus nicht sehr vorbildlich.

(Lebhafter Beifall)

Da müßte der Appell doch erst einmal an die eigenen Betriebe gehen. Zudem sagte Frau Blätzel: Es sind doch nur Konkurrenzfähigkeiten innerhalb der gleichen Größe von Betrieben vorhanden. Daß das nicht so ist, spüren wir tagtäglich ganz hautnah. Wir sind doch heute einem Preisdruck unterlegen und müssen uns rein preislich

gesehen - außer anderen Belastungen - sehr stark am Großunternehmen orientieren, die mehr Subventionen bekommen, als sie Steuern zahlen.

Ich bin Frau Minister Breuel sehr dankbar, daß sie auch die Situation der selbständigen und mitarbeitenden Frauen angeschnitten hat. Ich habe es sehr bedauert, daß in den Leitsätzen diese positiven Beispiele der Partnerschaft im Beruf überhaupt keinen Eingang gefunden haben. Warum haben wir eine so positive Partnerschaft im Mittelstand? Weil wir keine Schutzvorschriften haben.

Ich nenne in solchem Zusammenhang gern das Beispiel von Bäcker. Wenn ein Mädchen Bäcker oder Konditor lernt, dann darf sie mit Ausnahmegenehmigung morgens um 4 Uhr - früher um 5 Uhr - anfangen. Wenn das Mädchen erwachsen wird, fällt es unter die Frauenarbeitsschutzvorschriften der Nachtarbeit; dann darf sie das nicht mehr. Wenn sie aber den Bäcker heiratet, dann darf sie auch um 2 Uhr in die Backstube gehen.

(Große Heiterkeit und Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Aber Sie fordern jetzt nicht alle Mitarbeiterinnen auf, ihre Chefs zu heiraten?

Frau Anneliese Hieke: Das sollte keine Aufforderung sein. Aber ich möchte sagen, daß diejenigen, die ihren Chef heiraten, dann auch ganz besonders zufrieden sind.

Jetzt möchte ich noch etwas zu den Schutzvorschriften sagen. Die Zeiten sind meines Erachtens nicht mit denen bei der Bundeswehr vergleichbar. Weil die betreffenden jungen Männer Schwierigkeiten haben, einen Arbeitsplatz zu finden, versuchen wir ja, daß der Bundeswehrdienst vorzeitig abgeleistet wird. Hinzu kommt, daß wir von der CDU wollen, daß die Frauen nicht nur ein Kind bekommen und dann in diese Schutzzeiten fallen, sondern die Frauen sollen doch wieder drei oder vier und mehr Kinder bekommen.

(Beifall)

Um so größer wird dann natürlich auch die Belastung für die mittelständischen Betriebe.

Ich meine, die Frauenarbeitslosigkeit ist auch ein Strukturproblem. Gerade mittelständische Betriebe haben oft große Schwierigkeiten, überhaupt Ersatzkräfte zu bekommen. Die Frauen des Mittelstandes sind oft in der Situation, die zusätzlichen Arbeiten übernehmen zu müssen.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen. Bezüglich des Erziehungsgeldes haben wir die Aussage, daß in den ersten sechs Monaten alle Frauen dieses Erziehungsgeld bekommen sollen. Dabei wird keine Verdienstgrenze berücksichtigt. Wenn man aber sagt, es dürfe halbtags gearbeitet werden, dann kann man diesen 20-Stunden-Ansatz bei den selbständigen und mitarbeitenden Frauen und ebenso bei den alleinerziehenden Frauen nicht in Ansatz bringen. Wir arbeiten ja 60 und 70 Stunden. Man sollte dann von diesen 20 Stunden abkommen, wenn man schon von Halbtagsarbeit spricht. Es sollte also keine Stundenbegrenzung geben.

Vielen Dank.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich will nur sagen, damit nachher niemand enttäuscht ist: Wir haben noch sehr viele Wortmeldungen. Ob wir sie alle bis ein Uhr abwickeln können, weiß ich nicht. Ich sage dies, damit uns nachher niemand vorhält, er sei gar nicht zu Wort gekommen.

Ich bitte deshalb noch einmal, daß wir uns wirklich auf drei Minuten Redezeit begrenzen, dies aus Kollegialität gegenüber allen anderen.

Bedenken Sie bitte: Demjenigen, der sich jetzt noch meldet, kann ich nicht garantieren, noch dranzukommen.

Das Wort hat jetzt Frau Bley.

Frau Gisela Bley: Ich bin Kommunalpolitikerin aus dem Saarland und Hauswirtschaftsmeisterin. Deshalb habe ich mich so sehr gefreut, als gleich zu Anfang schon ein Bericht zu dem Beruf der Hauswirtschaftsmeisterin kam. Dieser Beruf erscheint auf diesem Parteitag ja in keinerlei Unterlagen. Es herrscht offensichtlich eine sündhafte Unkenntnis über diesen Beruf. Die Hausfrau wird offensichtlich immer noch als die Hilfsarbeiterin der Nation angesehen.

Die Hauswirtschaftsmeisterin ist ein Beruf, den es seit 1976 gibt. Es ist ein vollwertig anerkannter Beruf. Aber die Ausbildung dazu ist in Gefahr, weil das duale System nicht mehr in allen Ländern richtig durchgeführt werden kann. 95 % der Ausbildung geschehen in außerbetrieblichen Maßnahmen. Das ist nur deshalb so, weil die natürlichen Ausbildungsbetriebe, nämlich die Familienhaushalte, die anerkannte Meisterhaushalte sind, bestimmten Kriterien unterzogen werden und steuerlich und finanziell nicht unterstützt werden.

In diese Richtung geht auch ein Initiativantrag. Ich bitte Sie alle recht herzlich, diesen zu unterstützen, wenn er heute zur Diskussion steht.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Danke schön.

Das Wort hat jetzt Frau Kern.

Frau Ingrid Kern: Ich bin Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft berufstätiger Frauen in der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft in Baden-Württemberg.

Ich stehe diesen Leitsätzen kritisch gegenüber. Ich behaupte, daß sich durch diese Leitsätze für die Frauen nichts ändern wird. Ich möchte einmal an das Jahr der Frau sowie an das Jahr des Kindes erinnern. Außerdem haben wir bereits entsprechende Gesetze. Im Grundgesetz heißt es u.a.: Niemand darf wegen seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt werden. Dann haben wir das Gesetz vom 21. August 1980 über die Gleichberechtigung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz. Ich meine, daß diese Gesetze nun Zug um Zug verwirklicht werden sollten.

Im Monatsblatt der CDU vom März 1985 steht im Stellenmarkt, daß bei einem CDU-Bezirksverband bis zum 1. April 1985 die Stelle des Sozialsekretärs zu besetzen ist, von einer Sekretärin ist da keine Rede. Es heißt dort: Der Aufgabenbereich erfordert Organisationsgeschick, Kontaktfreudigkeit, Ideenreichtum und ein großes Maß an Einsatzbereitschaft. Da es sich nicht um einen Job handelt, erwarten wir Bewerbungen von jungen dynamischen Interessenten.

Das bedeutet, das alles können die Frauen nicht. Ich denke, die CDU sollte für sich in Anspruch nehmen, daß auch an Frauen gedacht wird.

Ich meine, daß sich das gesellschaftliche Bewußtsein nur durch eine Verwirklichung des Partnerschaftsgedankens verwirklichen läßt. Jeder einzelne muß den anderen als gleichberechtigten Partner annehmen und respektieren. Das gilt gleichermaßen für die Arbeitswelt, für die Familie und das öffentliche Leben.

Frau Minister Breuel, Sie sprachen vorhin vom lebenslangen Lernen. Da frage ich mich, warum wir bis zum heutigen Tag noch keinen Bildungsurlaub auf Bundesebene haben. In jedem Land gibt es ein anderes Bildungsurlaubsgesetz. Baden-Württemberg hat aber z.B. keines.

(Widerspruch)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Frau Kern, denken Sie an die drei Minuten?

Frau Ingrid Kern: Ja.

Dann möchte ich noch etwas zur Lohndiskriminierung sagen. In einem Artikel aus der „Stuttgarter Zeitung“ steht: Bis heute sind Frauen wie vor hundert Jahren auch überwiegend auf die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen ihrer jeweiligen Sozialpyramide begrenzt. Frauen sind bis heute weniger als Männer in Leitungsfunktionen anzutreffen. Freilich haben sich ihre Chancen erheblich gebessert.

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Danke schön. Frau Kern, lassen Sie mich dazu nur eines sagen. Dieser Leitantrag der CDU richtet sich selbstverständlich auch an uns, die wir die CDU sind. Insoweit ist Ihr Beitrag sicher sehr, sehr wichtig.

Jetzt spricht Frau Henselder-Barzel.

Frau Dr. Helga Henselder-Barzel: Ich möchte zu einem Thema sprechen, das Frau Kern gerade angerissen hat, nämlich zu der Frage von Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft. Hierzu ist noch nichts gesagt worden. Wir fordern ja mit Recht die Realisierung des Grundgesetzes bezüglich der Chancengleichheit. Chancengleichheit kann ja wohl nur heißen: Gleiche Chancen bei gleicher beruflicher Qualifikation. Wir wollen ja keine Sonderstellung, aber wir wollen diese Gleichheit.

Nun ist es sehr merkwürdig, daß die Frauen heute in den Ausbildungseinrichtungen - sprich: schulischer und universitärer Bereich - gleichgezogen haben. Aber dort, wo das Arbeitsleben beginnt, beginnt auch die massive Diskriminierung der Frau.

(Beifall)

Dazu möchte ich einige Beispiele bringen.

Erstes Beispiel: Es gibt keine Frau, die Vorstandsvorsitzende einer Aktiengesellschaft ist. Es gibt auch keine Frau, die im Vorstand einer Kapitalgesellschaft sitzt. Es gibt keine Frau, die im Vorstand deutscher Großbanken ist, mit einer Ausnahme: Bank für Gemeinwirtschaft. Nur 1 % der Frauen ist in der obersten Geschäftsführung. Bei leitenden Angestellten beträgt der Anteil der Frauen 2,4 %. Dort, wo

Frauen in obersten Geschäftsetagen tätig sind, sind es in der Regel die Töchter oder die Ehefrauen der Kapitaleigner.

Besonders frauenfreundlich ist der Mittelstand. Das muß hier betont werden. Die Frau hat dort, wo sie als Ehefrau arbeitet oder Kapitaleignerin ist, eine Chance. Dort kann sie zeigen, was in ihr steckt, was sie kann. Aber auf dem freien Markt, wo sie im Wettbewerb steht, scheint das nicht der Fall zu sein.

Das gleiche gilt für den ganzen Bereich Forschung und Wissenschaft. Denken Sie da nur einmal an die Max-Planck-Gesellschaft. Schauen Sie einmal nach, wieviel Frauen dort in höheren Funktionen sind! Mir wurde gesagt, man diskutiere, ob eine Dame in eine solche Führungsposition hineindürfe; denn entscheiden tun das, wie Sie wissen, ja die Männer.

Bei den Medien ist es überhaupt nicht anders. Oder können Sie mir unter den Chefredakteuren, den Programmleitern, den technischen Direktoren bei Fernsehen und Funk eine Frau nennen? Von 170 ARD-Auslandskorrespondenten ist einer eine Frau.

Im Bereich des Auswärtigen Amtes ist es auch nicht besser. Wir haben jetzt vielleicht eine oder zwei Botschafterinnen.

Ich möchte hiermit aufhören. Aber damit wollte ich die Sensibilität für dieses Thema ansprechen und forcieren. Denn ich sehe nicht ein und kann es auch nicht begreifen, warum Frauen in dem Bereich - ich kann es nur so nennen - diskriminiert werden, denn die erforderlichen Universitätsabgängerinnen sind ja vorhanden.

(Lebhafter Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Henselder-Barzel. Lassen Sie mich folgendes hinzufügen. Sie haben nur die Max-Planck-Gesellschaft genannt. Ich möchte ganz generell die Universitäten nennen. Wieviel Prozent Professorinnen haben wir denn in den Gruppen C 3 und C 4? Ich glaube, es sind 3,5 %. Auch hier sieht es also sehr dünn aus.

Das Wort gebe ich nun an Frau Wanke.

Frau Helga Wanke: Ich bin in der Frauenvereinigung der CDU Westfalen-Lippe und stehe beruflich im öffentlichen Dienst. Ich bin Lehrerin an einem Gymnasium.

Wir sind hier wieder öffentlich aufgefordert worden, etwas mehr zu tun, um unsere beruflichen Interessen wahrzunehmen. Wir tun sehr viel.

Ich will aus meinem Erfahrungsbereich berichten.

Man könnte meinen, wenn man an einem Gymnasium als Lehrerin tätig ist, dann gebe es Gleichberechtigung. Lohnende Diskriminierung gibt es dort natürlich nicht. Wir unterrichten die gleichen Klassen, und wir haben die gleiche Stundenzahl. Aber wenn es darum geht, sich um eine Beförderungsstelle zu bewerben, dann muß man als Frau eben mehr aufweisen, als nur einen ganz normalen, zufriedenstellenden Unterricht zu geben. Ich glaube, das ist im übrigen öffentlichen Dienst nicht anders.

Wenn es also um eine Beförderung geht, wird man gefragt: Welche Funktionen

haben Sie denn außerdem ausgeübt? Es ist aber ganz fraglos so, daß verantwortungsvolle Funktionen wie etwa die des Fachleiters oder des Stufenleiters vom Chef der Schule an Männer vergeben werden. Dann steht man da und hat nichts weiter als seine Pflicht und Schuldigkeit getan.

Wenn man aber einmal eine solche Funktion ergattert hat und bewirbt sich um eine Leiterposition, dann hat man wiederum kaum eine Chance. Ich habe z.B. die Erfahrung gemacht, daß in allen Fällen, in denen Schulleiterpositionen, die früher von Frauen besetzt waren, vakant wurden, nach Einrichtung der Koedukation, diese Positionen allesamt von Männern eingenommen worden sind, daß also die Frauen aus diesen Bereichen verdrängt wurden.

Nun frage ich mich: Wie kann man sich dagegen wehren? Man bekommt, wenn man sich beworben hat, von dem Entscheidungsgremium bzw. von der entsprechenden Verwaltung, die ja die Beschlüsse eines Ausschusses ausführt, mitgeteilt: Leider konnte Ihre Bewerbung nicht berücksichtigt werden. - Solches erleben Frauen fünf-, sechsmal.

Ich möchte dafür plädieren, daß eine Regelung geschaffen wird, wonach Frauen zumindest auf Nachfrage mitgeteilt werden kann, welches die Ablehnungsgründe gewesen sind. Ich kann ja nicht zu einem Gleichberechtigungsförderungsgremium gehen, um dort mitzuteilen: Ich habe den Verdacht, daß man mich wegen meines Geschlechts nicht genommen hat. Ich muß also etwas in der Hand haben. Ich meine, das wäre die erste Voraussetzung dafür, die Entscheidungsgremien für ihre Entscheidungen etwas nachdenklicher zu machen, und das wäre auch die erste Voraussetzung dafür, daß eine Entscheidung unter Umständen korrigiert oder entschädigt werden kann.

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Das hat Frau Laurien sehr gereizt, eine Bemerkung dazu zu machen.

Frau Dr. Hanna-Renate Laurien: Ich möchte Ihnen sehr zustimmen. Manchmal müssen wir ja mit der Lampe herumgehen, damit sich überhaupt Frauen um solche Stellen bewerben. Es gibt da auch Unterschiede in den Ländern. In manchem Land entscheidet noch der Kultusminister über solche Dinge, in anderen Ländern entscheiden darüber drittelparitätlich besetzte Gremien. Für die Länder, in denen es noch Entscheidungsmöglichkeiten gibt, möchte ich folgendes sagen. Als Helmut Kohl Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz war, hat er dies gemacht: Wo immer bei Bewerberinnen die ersten drei zur Entscheidung vorgelegt wurden - das ist nicht selten so üblich -, hat er verlangt, daß, wenn eine Frau unter den Bewerbern war, sie unabhängig davon, ob man sie unter die drei einordnete oder nicht, ihre Bewerbung ihm mit vorgelegt würde. Auf einmal waren die Frauen unter den ersten drei, wo sie vorher nie drin waren.

Ich möchte ein solches Vorgehen da, wo es getätigt werden kann, als sinnvoll empfehlen.

Ich führe in kleinen Schritten einen erfolgreichen Kampf dagegen, daß man Frauen, die Teilzeitarbeit wahrgenommen haben, aus all den Gründen, die wir kennen, eo ipso von der Beförderung ausschließt. Ich habe eine Frau zu einem Prozeß ermutigt. Sie hat gewonnen. Ich habe auf den Vorgang „Hurra“ geschrieben, aber meine Behörde hat gejammert.

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Das Wort hat Frau Barbara Palm-Scheidgen.

Frau Barbara Palm-Scheidgen: Ich vertrete den Deutschen Verband technischer Assistenten in der Medizin. Der Berufsverband für die MTA - es handelt sich übrigens um einen Beruf in der Technik mit einem Frauenanteil von cirka 95 % - setzt sich seit Jahren für eine Verlängerung der MTA-Ausbildung von zwei auf drei Jahre, also für eine Verbesserung der Ausbildung ein. Ein entsprechender Reformgesetzentwurf liegt seit 1982 beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit sowie bei den Länderregierungen. Man hat uns aber immer wieder vertröstet und gesagt, eine Verbesserung der Ausbildung sei zur Zeit nicht machbar.

Dies sind konkrete Dinge, bei denen sich die Regierungspartei für eine Verbesserung der Ausbildung in einem Frauenberuf einsetzen könnte. Ich meine, eine gute Ausbildung trägt wesentlich dazu bei, die Chancen für die Frauen im Berufsleben zu verbessern.

Speziell für die MTA-Ausbildung ist es so, daß die Bundesrepublik das einzige Land im europäischen Raum ist, das nur eine zweijährige Ausbildung für die MTA hat. Ich meine, das können wir uns nicht leisten.

Danke schön.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Wir werden Ihre Anregungen mitnehmen.

Jetzt spricht Frau Heska.

Frau Sabine Heska: Ich komme von der CDA Niedersachsen.

Ich habe hier heute sehr vieles gehört. Doch eines bedrückt mich ein kleines bißchen. Wir sprechen von Arbeitsplatzgarantie, wir sprechen von Profit, von Technik und neuen Technologien. Aber wo sprechen wir von Menschlichkeit, von Menschlichkeit am Arbeitsplatz? Das habe ich heute nicht ein einzigesmal gehört. Das vermisse ich hier.

Die neuen Technologien - das behaupte ich hier einfach einmal - bringen den Frauen nicht nur Vor-, sondern auch Nachteile. Es wird Arbeitsplätze geben, die bezüglich Einkommen und Qualifikation für Frauen unwahrscheinlich viele Nachteile haben werden. Es werden Arbeitsgänge produziert, die einfach geleistet werden können. Es sieht so aus, daß ein sogenanntes Punktesystem, das es innerhalb einer Hierarchie oder einer Bewertung bei einer Behörde gibt, sehr, sehr stark abgeflacht wird.

Ich sage nicht nur zu den Frauen, sondern auch zu den Männern: Wir müssen Mut zum Neuen haben. Ich sperre mich mit Sicherheit nicht gegen die neuen Technologien. Aber eines muß ich zum Schluß sagen - vielleicht klingt es ein bißchen polemisch; Frau Breuel guckt schon ganz merkwürdig; ich höre auch gleich auf -: Wir haben auf dem Gebiet der Technik in den letzten Jahren viele Wandlungen gehabt, vielleicht auch im menschlichen Bereich, was bestimmte einzelne Gedankengänge gehabt, vielleicht auch im menschlichen Bereich, was bestimmte einzelne Gedankengänge betrifft. Aber nach meiner Meinung ist der Mensch immer noch mehr wert als alle seine Schöpfungen. Das sollten wir alle nicht vergessen.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Heska.

Jetzt rufe ich Frau Haase auf.

Frau Vera-Maria Haase: Ich gehöre zur CDA und zur Arbeitsgemeinschaft berufstätiger Frauen. Ich bin im Landesvorstand Niedersachsen.

Bezüglich der Frauenberufe müßten wir erst einmal bei der Berufsberatung anfangen. Die Mädchen sollen ja in bestimmte Richtungen geschickt werden.

Die Hemmungen vor der Technik bzw. die Angst, von der Frau Breuel sprach, können nur abgebaut werden, wenn schon in der Familie bzw. im vorschulischen Bereich damit begonnen wird, daß Jungen und Mädchen gleichermaßen mit technischem Spielzeug und mit der Technik vertraut gemacht werden. Weiterhin sollte der sinnvolle Umgang bzw. sollte das Vertrautmachen mit Computern schon im Primarbereich anfangen.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Vielleicht sollte man dazu, weil das ein wichtiges Thema ist, Frau Laurien sprechen lassen.

Frau Dr. Hanna-Renate Laurien: Ich darf diesmal etwas Parteienübergreifendes sagen. - Ich hatte eben Herrn Mayer-Vorfelder gesehen. Ist er noch hier drin? - Nein, der ist wohl herausgegangen; aber er hätte dem noch mit Nachdruck Bestätigung geben können.

Alle sind sich einig: Die Computerinformatik muß in die Schulen. Da ist sie übrigens auch schon. Seit 1981 ist sie Abiturfach. Seit 1975 ist sie in allen Schulen Unterrichtsfach. So etwas gibt es zum Teil also schon.

Jetzt in aller Kürze: Wir sind uns alle einig, daß dieser Unterricht nicht in der Primarstufe stattfinden soll. Die Kinder sollen erst rechnen und schreiben lernen, ehe sie mit dem Computer umgehen.

(Beifall)

Das sage ich nachdrücklich. Das schließt nicht aus, daß in Sachkunde usw. natürlich auch Fragen des Umgangs mit der Technik eine Rolle spielen; aber das sind zwei verschiedene Dinge.

Nun will ich in aller Kürze etwas zum Konzept sagen.

Erstens. Soll Informatik Wahlfach oder Wahlpflichtfach sein? Über die Antwort sind sich alle einig. Zu der Frage, ob Informatik in den Pflichtkanon gehört, sagt man noch nein. Denn sonst müßte man sagen, welches andere Fach man dafür ausschmeißen sollte; dies wäre dann die dritte Fremdsprache oder etwas anderes.

Zweitens. In mehr Fächern als heute wird es künftig computerunterstützten Unterricht geben, wo man den Umgang mit dem Instrument lernt und wo man erfährt, wie man sich Informationsschnelligkeit verschafft, ohne das Denken auszulassen. Das gibt es bereits in Mathematik, Physik und Chemie. Wir in Berlin setzen da neu an, es auch in der Arbeitslehre zu bringen, damit es, liebe CDA-Frauen, nicht zwei Gruppen gibt, nämlich die eine, die nur denkt, und die andere, die nur auf das Knöpfchen

drückt. Es kommt darauf an, daß auch derjenige, der den Hauptschulabschluß qualifiziert schafft, Zugang zu diesen Instrumentarien bekommt. Deshalb werden wir das in Abstimmung mit den Ländern in der Arbeitslehre bringen. Einzelne Länder machen nur computerunterstützten Unterricht, sowohl in der Biologie als auch in sonstigen Fächern. Das ist ein wichtiger Beitrag. Auch sonst ergänzen wir uns ja; denn der einzelne kann ja nicht alles.

Eine dritte Bemerkung. Wir Berliner machen ein Pilotprojekt. Wir werden im neuen Schuljahr - im September - an sieben Schulen mit einem Kompakt- oder Orientierungskurs anfangen, der 30 Wochenstunden umfaßt. Es wird ein Unterricht sein, in dem man in diesen Dingen sozusagen lesen lernt. Unser Ziel ist, dies denjenigen Schülern zu vermitteln, die nicht das Wahlfach oder das Wahlpflichtfach wählen, damit eine Grundinformation da ist. Hier sind also noch Dinge in der Entwicklung. In anderen Bereichen ist man schon weiter. Ich glaube hier ist ein Stückchen Zukunftsinformation wichtig.

Schlußsatz: Laurien freut sich jedesmal, daß, wenn wir in Berlin solche Kurse mit IBM, Siemens und anderen großen Firmen anbieten, immer 50 bis 55 % Mädchen dabei sind. Aus anderen Ländern höre ich, daß das dort nicht so sei. Also sind wir da mal wieder vorn.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Das sollte in Berlin auch so sein und bleiben.

Das Wort gebe ich jetzt Frau Schwuchow.

Frau Karola Schwuchow: Ich bin eine der angesprochenen CDA-Frauen. Ich bin Personalrätin bei der Bundespost.

Das Thema neue Technologien und deren Auswirkungen auf die Frauenarbeitsplätze ist wiederholt in einzelnen Beiträgen angeklungen. Ich will diesen Diskussionsbeiträgen zwei Aspekte hinzufügen.

Mir ist die Darstellung der Auswirkungen der neuen Technologien auf die Frauenerwerbsarbeit ganz pauschal zu positiv. Ich halte das für geschönt. Es wird zuviel von neuen Chancen geredet. Sie sind zwar zweifellos auch da - ich will sie gar nicht wegdiskutieren -, aber quantitativ stehen sie in keinem Verhältnis zu der arbeitsplatzvernichtenden Wirkung neuer Technologien, nämlich da, wo diese als Mittel der Rationalisierung eingesetzt werden; und dies ist ein sehr breites Feld.

Neben den angesprochenen Berufsfeldern Verkäuferin und kaufmännische Angestellte ist die Deutsche Bundespost der größte Frauenarbeitgeber in der Bundesrepublik und sehr intensiv damit beschäftigt, Frauenarbeitsplätze durch neue Technologien weg zu rationalisieren.

In diesem Zusammenhang erscheint mir ein Erfordernis sehr wichtig. Ich sehe mich jetzt als Personalrätin. Wir brauchen die Mitbestimmung bei der Einführung neuer Technologien. Das gilt nicht nur für die Personalräte, sondern genauso für die Betriebsräte. Wir dürfen nicht hinterher dastehen, um den Scherbenhaufen zusammenzufegen, sondern wir müssen vorher, rechtzeitig mitreden.

Ich komme zu einem anderen Aspekt, der mir auf diesem Parteitag besonders wichtig erscheint. Wir haben Landtagswahlen hinter uns. Wir alle, die wir hier sitzen, kennen die Ergebnisse. Die CDU wird sich daran messen lassen müssen, wie es ihr gelingt, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern. Das ist ein Aspekt, der hier noch nicht angesprochen ist, den wir hier aber auf gar keinen Fall wegdiskutieren können.

Ich bringe diesen Aspekt einmal in Verbindung mit den Rationalisierungs- und den arbeitsplatzvernichtenden Maßnahmen. Ich meine, es ist ein politisches Gebot für die CDU - wir haben die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vor uns und die Bundestagswahlen in nicht allzu ferner Zukunft zu bestehen -, daß wir dort, wo die CDU als Regierungspartei Handlungsspielraum hat, wo sie Einfluß nehmen kann - das sind die öffentlichen Verwaltungen und die öffentlichen Betriebe wie z.B. die Bundespost -, auf die Dinge einwirkt und Rationalisierungen stoppt oder streckt. Zumindest darf die CDU in dieser Zeit politischer Brisanz durch die Arbeitslosigkeit nicht mit dazu beitragen, weitere Arbeitslosenzahlen zu schaffen, statt sie abzubauen.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Schwuchow. Ihre Thesen erfordern eine Antwort. Ich möchte jetzt erst Frau Laarz das Wort geben, die sich, glaube ich, zu einem ähnlichen Thema äußern möchte. Und danach sollte eine amtierende Ministerin, die gerade auch für diesen Aspekt ein Stück Mitverantwortung in einer Landesregierung trägt, nämlich Frau Breuel, ein paar Ausführungen machen. - Jetzt spricht also Frau Laarz.

Frau Brigitte Laarz: Ich spreche hier heute nur in meinem eigenen Namen. Ich bin keine Vertreterin eines Verbandes oder einer Vereinigung.

Ich bin berufstätig und bin es gern. Ich bin meiner Ausbildung entsprechend eingesetzt. Ich sehe in Ihrem Leitantrag eine Gefahr für meinen Arbeitsplatz. Sie ermutigen die Arbeitgeber, mehr Teilzeitarbeitsplätze bzw. Heimarbeitsplätze für Frauen einzurichten.

Sie wissen, wie die Struktur der Frauenarbeitslosigkeit im Moment ist. Sie kennen sicher auch die Siemens-Studie „Büro 1990“. Die besagt, daß ungefähr 25 bis 30 % der Arbeitsplätze gerade im Dienstleistungsbereich, also auch im Bürobereich, wegrationalisiert werden bzw. daß der Rest total umgestellt wird. Das bedeutet für mich, die ich heute noch einen sicheren Arbeitsplatz habe, daß ich auf Grund Ihrer Befürwortung der neuen Technik in diesem Bereich mit sehr starken Veränderungen rechnen muß.

Veränderungen in meinem Bereich wären z.B. - ich zähle jetzt ein paar Negativpunkte auf -: Die zur Ausführung der Arbeitsaufgaben notwendigen Qualifikationen bei Arbeitnehmern und Angestellten und die beruflichen Erfahrungen werden abnehmen. Gerade im Angestelltenbereich wächst die Austauschbarkeit der einzelnen Arbeitnehmer, weil sich die Arbeitsläufe mit der neuen Technik immer stärker angleichen. Entscheidungen werden in zunehmendem Maße auf den Computer übertragen. Die Freiräume zur Gestaltung des eigenen Arbeitsvollzugs werden kleiner, und die Vorgabe konkreter Arbeitsschritte und -anweisungen wird durch den Computer ersetzt.

Das bedeutet für mich: Die Erhaltung und der Ausbau meines Einkommens werden

schwieriger. Die Dequalifizierungsprozesse in den einzelnen Berufen beschleunigen sich immer stärker. Die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich. Die Arbeitnehmer unterliegen einer immer mehr zunehmenden Kontrolle.

Die Auswirkung sieht für mich so aus, daß die Fremdbestimmung für die Arbeitnehmer steigt und immer stärker wird. Sie wird direkt von Maschinen und EDV-Anlagen übernommen. Die Ökonomisierung der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung mit Auswirkungen wie Leistungsdruck, geistige Verarmung und Vereinsamung im Büro oder zu Hause wird mit diesen Informationssystemen eine neue Dimension erreichen.

Jetzt fördern Sie natürlich ganz besonders die Hausarbeit. Dazu kommen bei der beruflichen Hausarbeit die häusliche Isolation, anonyme Auftragserteilung und Leistungsbewertung sowie Vereinsamung und Vereinzelung. Leistungsvergleiche und Absprachen mit Kolleginnen entfallen total. Soziale Erfahrungen werden abgeschnitten. Gespräche über Arbeitsprobleme und gemeinsame Problemlösungen entfallen. Hilflosigkeit tritt ein. Das bedeutet Abhängigkeit von Fachpersonal bei Störungen und Abweichungen. Eigene Fähigkeiten verkümmern, Abhängigkeiten wachsen.

Jetzt haben Sie uns heute als Tischvorlage einen Bericht von Elisabeth Noelle-Neumann vorgelegt. Darin stellt sie u.a. fest, daß die Doppelbelastung Beruf und hausfrauliche Tätigkeit die Frauen zunehmend emanzipiert habe, stärker gemacht habe. Das Bewußtsein ist stärker geworden. Dann wird aber im letzten Satz unter „Politik und Gesellschaft“ gesagt, daß den Frauen einfach die Erfahrungen fehlten. Wenn man uns jetzt aber wieder an den häuslichen Herd zurückschickt und wir die Arbeit zu Hause verrichten sollen, wo uns das soziale Umfeld fehlt, wo sollen wir denn dann überhaupt die Erfahrungen sammeln? Sie katapultieren uns doch wieder zurück und nicht nach vorn.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Laarz. Sie haben jetzt in geballter Ladung eine Sicht der Dinge vorgetragen, zu der, glaube ich, etwas gesagt werden muß. - Bitte schön, Frau Breuel.

Frau Birgit Breuel: Ich gebe zu, daß mich die letzten beiden Beiträge in einigen Positionen etwas erschreckt haben, einmal vor dem Hintergrund der Betrachtungsweise neuer Technologien und der Wettbewerbschancen in der Welt insgesamt,

(Beifall)

zweitens aber auch vor dem Hintergrund der Vorstellung, als ob die Frauen diesen Entwicklungen völlig hilflos ausgeliefert wären und nicht in der Lage wären, sich auf diese neuen Entwicklungen einzustellen.

(Beifall)

Wir sind doch eigenständige Menschen, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich beim ersten Punkt anfangen. Natürlich bringen die neuen Technologien Änderungen für jeden von uns mit sich. Wer das nicht will und sagt, er wolle die Technologie bei sich nicht einführen, dem muß klargemacht werden, daß wir eine andere Gesellschaft haben werden, in der man z.B. auch soziale Besitzstände von heute nicht mehr aufrechterhalten kann. Das kann man wollen. Die GRÜNEN wollen

das. Ich will es nicht. Deshalb bekenne ich mich zu den neuen Technologien.

Wer also im Wettbewerb mithalten will, muß die neuen Technologien akzeptieren. Er muß es, wenn sie bei uns eingeführt werden. Jede Technologie ist in sich wertfrei. Es liegt an uns, was wir aus der Technologie machen.

Vorhin hat die Frage der Menschlichkeit eine Rolle gespielt. Man muß sich einmal die Arbeitsplätze ansehen. Wer einmal vor zehn Jahren ein Stahlwerk besichtigt hat und sich dieses heute anschaut, muß sagen, daß immer noch sehr harte Arbeitsbedingungen herrschen. Dennoch ist es ein Unterschied von Tag und Nacht; denn die neuen Technologien machen die Arbeitsplätze ja auch sehr viel humaner.

(Beifall)

Sie schaffen auch ganz andere Arbeits- und Gestaltungsmöglichkeiten.

Ich komme zum zweiten. Ich habe es schon am Anfang gesagt: Technische Weiterentwicklungen im Berufsleben setzen voraus, daß jeder, Mann oder Frau, bereit ist, laufend ein Weiterlernen zu betreiben. Anders kann es nicht funktionieren.

(Beifall)

Wer sich davon ausschließen zu können glaubt, wird eines Tages in der Tat vom Computer abgeschafft werden.

Aber genau dies ist der falsche Ansatzpunkt. Deshalb habe ich in meinen einleitenden Worten dafür geworben, daß sich die Frauen viel engagierter in Weiterbildungsmaßnahmen einreihen und dort ihre Chancen wahrnehmen. In vielen Betrieben gibt es bereits solche Angebote.

Insofern sage ich - jetzt sage ich es etwas aggressiv -: Wenn die Frauen mit einem solchen Minderwertigkeitskomplex, wie er hier in den letzten beiden Ausführungen zum Tragen gekommen ist, an die neuen Aufgaben herangehen, dann werden wir sie nicht schaffen. Lassen Sie uns die Aufgaben deshalb mutig anpacken; dann schaffen wir es auch!

(Beifall)

Frau Dr.Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir haben noch zehn Minuten vor uns. Frau Minister Breuel muß sich leider verabschieden, weil sie jetzt noch in die Antragskommission gehen muß, wo einige wichtige Punkte anstehen.

Jetzt können wir nicht mehr alle Wortmeldungen erledigen. Ich werde noch einige aufrufen, damit wir die Zeit bis 13 Uhr nutzen. Das soll aber nicht bedeuten, daß jetzt alle aufbrechen und hier ein Exodus stattfindet.

Als nächste Rednerin rufe ich Frau Asche auf.

Frau Ruth Asche: Ich komme aus dem Land Niedersachsen, Bezirk Lüneburg, Kreis Soltau-Fallingb. Ich komme von der Frauenvereinigung.

Im Hinblick auf diesen Parteitag haben wir uns seit 10. März systematisch mit Stellenanzeigen befaßt. Wir haben zirka 60 Firmen, deren Angebote per Telefon

erwartet wurden, angerufen und gefragt, warum diese Angebote nur Männern gemacht worden seien. Am Telefon waren fast ausschließlich Frauen mit erstaunlichen Argumenten, u.a. wurde gesagt: Na ja, die Frauen bewerben sich sowieso, wenn sie sich stark fühlen, diese Position auszufüllen.

In Anknüpfung an das, was Frau Henselder-Barzel vorhin sagte, weise ich darauf hin: Es wurden zum Teil Betriebswirte gesucht, aber auch technische Zeichner, Verkaufsleiter für pharmazeutische Artikel usw. Wir haben all diese Anzeigen gesammelt und werden dieses Thema auf Landesebene weiterverfolgen.

Unsere Forderung ist, diesen Anzeigen größere Aufmerksamkeit zu widmen und sich zu engagieren, damit die Stellen in den Zeitungen und Zeitschriften anders angeboten werden.

Dann möchte ich noch etwas zur Teilzeitarbeit sagen, die Frau Blättel angeführt hat. Ich komme aus einem Textilbetrieb mit 120 Mann. 90 % der dort Beschäftigten sind Frauen. Kurz bevor ich hierher gefahren bin, habe ich diese Frauen alle befragt. Von ihnen sind etwa 30 % im Acht-Stunden-Rhythmus beschäftigt, und zwar in zwei Schichten, während die restlichen 70 % halbtags arbeiten; sie sind ordnungsgemäß angemeldet usw.

Ich warne davor, all diese Dinge immer zu pauschalieren und zu sagen, es gebe keine Teilzeitarbeit. Frau Breuel kennt unseren Betrieb. Sie weiß, wie diese Frauen zur Teilzeitarbeit eingestellt sind. Uns wäre es egal. Es könnten auch noch Vollzeit Arbeitsplätze geschaffen werden. Aber die Frauen wollen das gar nicht. Es handelt sich um einen ländlichen Bereich. Es ist der Regierungsbezirk Lüneburg, Landkreis Fallingb. Die Frauen wollen unbedingt nur vier Stunden, höchstens fünf Stunden arbeiten. Sie haben gleitende Arbeitszeiten.

Man muß also sehr differenzieren und darf nicht pauschalieren.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Willms, Tagungspräsidium: Frau Asche, ich glaube, Ihr letzter Hinweis, man müsse sehr differenzieren, ist ein tragender Grundsatz. Wir sollten Frau Laurien bitten, diesen in ihrem Bericht mit aufzunehmen. Mit Pauschalierungen und perfekten Lösungen ist unserem Problem überhaupt nicht beizukommen.

Jetzt rufe ich Frau Steinberg auf.

Frau Karin Steinberg: Ich bin vom Deutschen Verband berufstätiger Frauen. Ich sollte für diesen Verband ein Wort sagen. Zu unseren Mitgliedern zählen sowohl Arbeitnehmerinnen als auch Arbeitgeberinnen als auch selbständige Frauen. Deshalb sehen sich für uns manche Probleme von vornherein etwas differenzierter an, als das in einer reinen Interessenorganisation möglich ist. Ich möchte zum Thema zurückkehren: Frauen im Berufsleben. Über diesen Worten steht: Die neue Partnerschaft. Ich glaube, wir haben heute morgen schon sehr intensiv darüber nachgedacht, wie es nicht geht. Sehr viel intensiver sollten wir aber darüber nachdenken, wie es denn nun geht.

(Beifall)

Gleichzeitig erscheint mir - insofern stimme ich Frau Breuel zu - die Schaffung neuer Schutzgesetze mit der Gefahr verbunden, daß damit neue Diskriminierungsansätze

geboden werden. Ich kann es auch anders sagen: Die Drohung mit solchen neuen Gesetzen ist die Bankrotterklärung der Motivation, mehr Frauen einzustellen.

(Beifall)

Versuchen wir es also einmal mit der Motivation! Die kann durchaus mit ein bißchen Druck verbunden sein. Da haben uns die Amerikaner etwas vorgemacht. Das Beispiel ist in dem Leitartikel kurz zitiert worden. Ich glaube, es ist nur nicht so bekannt, wie es sein sollte.

Die Unternehmer in Amerika wurden unter Druck gesetzt, indem sie nur dann öffentliche Aufträge bekamen, wenn sie nachweisen konnten, daß sie in ihren Betrieben Frauenförderungsprogramme gestartet haben. Die taten das zuerst auch nicht so schrecklich gern. Aber es war für mich sehr überraschend, als ich neulich das Ergebnis dieser Versuche hörte. Das Ergebnis kann man zusammengefaßt in dem Urteil eines der beteiligten Personalchefs wiedergeben. Er hat gesagt: Die Grunderkenntnis aus diesen ganzen Frauenförderungsprogrammen ist, daß derjenige, der Frauen und Männern gleiche Chancen gibt, ökonomisch sinnvoll handelt. Ich finde, das braucht sich nur herumsprechen, dann haben wir viele Probleme im einzelnen gelöst.

Vielen Dank.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Jetzt rufe ich noch Frau Gramatzky auf. Sie wird das Schlußlicht sein.

Frau Hildegard Gramatzky: Ich komme von der CDU Berlin.

Ich möchte an das anschließen, was meine Vorrednerin gesagt hat. Es geht um die Frage der Förderungsmaßnahmen für die Wiedereingliederung der Frauen in das Berufsleben. Wir haben in Berlin Gott sei Dank ein Projekt, das Frauen in Sozialberufe, insbesondere in den Beruf der Krankenschwester, zurückführt. Mein Wunsch wäre, daß dies auch auf die nichtsozialen Berufe erweitert wird. Zu denken ist da auch an die technischen Berufe. Ich komme aus einem technischen Beruf, habe ihn aber aufgegeben, um meine Kinder zu erziehen. Ich würde heute gern wieder in den Beruf zurückgehen. Das ist für mich aber ein Ding der Unmöglichkeit, weil in den Jahren, in denen ich meine Kinder erzogen habe, der technische Fortschritt so weit gegangen ist, daß dies einfach ein Unding ist. Wenn ich nämlich zu einer Firma komme, dann sagt die: Wir nehmen Jungen.

Es ist nach meiner Meinung nicht damit getan zu sagen: Der Betriebsrat muß oder soll Förderungsmaßnahmen erreichen. Vielmehr müssen wir bei den Frauen selbst ansetzen. Genauso wie es in Berlin jetzt für die Krankenschwestern läuft, müssen wir den Frauen in technischen Berufen eine schulische oder eine berufsbezogene Ausbildung ermöglichen bzw. anbieten, um sie danach in die Berufe bzw. in die Betriebe zurückzuvermitteln.

(Beifall)

Frau Dr. Dorothee Wilms, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Gramatzky. Sie haben die Diskussionsrunde mit einem Thema beendet, das uns allen sehr am

Herzen liegt. Die Sache hat eine finanzielle Seite, über die Hilfen zu geben sind, damit man in den Beruf zurückkommt. Das muß über das Arbeitsförderungsgesetz besser geregelt werden als es im Moment geregelt ist.

Hier liegt natürlich auch quasi eine pädagogische Frage vor. Es müssen nämlich Angebote da sein, wie man seine Kenntnisse in den verschiedensten Berufsbereichen wieder auffrischen kann.

Auch mir ist das Berliner Modell bekannt. Auch ich würde mir wünschen, daß sich da noch weitere Felder für die Frauen öffnen. Es müßten auch flexible Übergänge geschaffen werden, die es denen, die nicht mehr erwerbstätig sind, ermöglichen, in die Erwerbstätigkeit wieder hineinzuwachsen. Damit sind wir wieder bei dem Stichwort, das über all unseren Bemühungen stehen muß: Man muß zu differenzierten, zu flexiblen Lösungen kommen und Abschied nehmen von der Vorstellung, es gäbe eine einzige Patentlösung, um die anstehenden Probleme zu lösen. Dies ist nicht so. Die Situationen in den Berufen sind höchst, höchst unterschiedlich. Hier sind verschiedene Berufsfelder genannt worden. Die Probleme sind sehr unterschiedlich, je nachdem, auf welcher Ebene man tätig ist und wie die Qualifikationen sind.

Ich möchte meinerseits mit der folgenden Feststellung schließen. Es bleibt notwendig, daß die Betriebe, die Arbeitgeber, die Gewerkschaften, der Staat, die Gesellschaft, wie immer wir das bezeichnen, den Frauen auch die Chance geben, sich bildungsmäßig immer wieder auf die neue Situation einzustellen. Es bleibt notwendig, daß die Frauen den Willen zur steten Weiterbildung haben, daß sie sich geistig, innerlich nicht zur Ruhe setzen und nicht glauben, sie brauchten das nicht. Dies gilt übrigens für die berufstätige Frau und für die wieder berufstätig werdende Frau in gleicher Weise wie für die Hausfrau und Mutter. Einen Stillstand im Wissen und in den Informationen gibt es für die, die sich weiterbilden, für uns alle de facto nicht mehr, gleich, wo die Frauen sind.

Meine Damen und Herren, mir bleibt nur noch übrig, Ihnen, die Sie ausgeharrt haben, sehr herzlich zu danken. Es war eine sachliche Diskussion. Eine Diskussion, die von Toleranz und Kameradschaft getragen war. Wir haben uns gegenseitig angehört. Dies ist heute im politischen Bereich leider nicht mehr immer der Fall. Daher bedanke ich mich ganz besonders herzlich und wünsche noch einen schönen Tag.

(Beifall)

(Schluß: 13.02 Uhr)

FORUM 3

Frauen in Politik und Gesellschaft

Beginn: 10.20 Uhr

Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich heiße Sie im Forum 3 „Frauen in Politik und Gesellschaft“ sehr herzlich willkommen. Ich freue mich sehr, daß sich so viele Parteitagsteilnehmer für dieses Forum entschieden haben und wir in der großen Gruga-Halle tagen können.

(Zustimmung)

Der Parteitag gehört heute den Frauen, und ein nicht unwichtiges Thema ist die Situation der Frauen in Politik und Gesellschaft. Wir wollen nach dem großartigen Einführungsreferat unseres Generalsekretärs die aufgeworfenen Fragen in unserem Forum vertiefen.

Zunächst darf ich Ihnen vorstellen, wer neben mir sitzt: auf der linken Seite die Referentin, Frau Dr. Renate Hellwig, Bundestagsabgeordnete, und auf der rechten Seite die Landtagsabgeordnete Christa Thoben. Beiden Damen darf ich nochmals sehr herzlich gratulieren: Sie haben neben allen anderen Kandidatinnen den Einzug in den Bundesvorstand geschafft und damit einen guten Auftakt für den heutigen Tag gegeben.

(Beifall)

Auch ich selbst darf mich vorstellen: Ich bin Vizepräsident des Rheinland-Pfälzischen Landestages. Ich freue mich darüber, dieses Forum moderieren zu können, insbesondere deshalb, weil ich seit 14 Jahren eine der wenigen weiblichen Kreisvorsitzenden eines CDU-Kreisverbandes in unserer Bundespartei bin.

(Zustimmung)

Parteitag und Frauen, das ist ein sehr wichtiges Thema, denn eine lebendige Demokratie lebt von der Mitwirkung aller ihrer Bürger. Dazu gehören Männer und Frauen. Je lebendiger die Mitwirkung ist, desto besser steht es um die Demokratie.

Um Partnerschaft und Teilhabe der Frau in unserer Gesellschaft hat sich unsere Partei schon verschiedentlich bemüht. Wichtige Aussagen und das Mannheimer Programm, das wir beschlossen haben, haben in der Theorie bereits viele schöne Forderungen aufgestellt, Forderungen nach Realisierung des Standpunktes der Frau in unserer Gesellschaft, der ihr nach dem Grundgesetz und nach ihrem Engagement auch zukommt. Wir alle wissen aber, daß sich diese Theorie in der Praxis überhaupt noch nicht in dem Maße, das wünschenswert ist, realisiert hat.

Helmut Kohl sagte es gestern selbst: Noch immer haben es Frauen schwerer als Männer. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Führungspositionen in unserer Gesellschaft nur in sehr geringem Umfange an Frauen vergeben werden. Wir wollen heute im einzelnen feststellen und vertieft darüber sprechen, wo die Ursachen liegen und wie wir dem Mangel abhelfen können.

Dieser Parteitag und dieses Forum sind notwendig. Wir stehen in der Tradition einer großen Frauenbewegung, nicht nur der nach 1945. Sie werden es sicherlich verstehen, wenn ich heute stellvertretend für die Frauen, die sich nach 1945 entscheidend für die Belange der Frauen einsetzten, unsere unvergessene Margot Kalinke sowie noch einmal Anne Brauksiepe, die bereits vorhin von uns begrüßt wurde, nenne.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stehen aber auch in der großen Tradition der Frauenbewegung des 19. Jahrhunderts und der Weimarer Republik, und dafür darf ich stellvertretend diese Namen nennen: Luise Peters, Helene Lange, Hedwig Dransfeld und Gertrud Bäumer.

Abschließend möchte ich Ihnen einen Passus aus einem Büchlein vorlesen, und vielleicht können wir im Verlaufe dieses Forums feststellen: Was hat sich geändert, oder an was fehlt es uns heute noch, wenn es darum geht, Frauen in unserer Gesellschaft und in der Politik die notwendige Teilhabe einzuräumen? Ich zitiere:

Insgesamt bewiesen die bürgerlichen Parteien völlige Instinktlosigkeit, weil sie das ihnen mit den Frauen zuwachsende politische Kräftepotential nicht erkannten und sich keinerlei Mühe um sie gaben. Allerdings, als Fußvolk, wie üblich, so zum Beispiel bei den technischen Vorbereitungen zu Wahlen, konnte man sie prächtig brauchen. Frauen mißbilligten auch die äußeren Umstände der politischen Arbeit, die ungemütlichen Lokale voller Rauch und Bierdunst, die Stammtischatmosphäre schlechthin. Schließlich erkannten sie schnell, daß Männer meist nicht aus glühenden politischen Ambitionen, sondern aus höchst eigensüchtigen Motiven in die Partei gingen. Vielen bedeuteten sie nur Sprungbrett zu weiterem Fortkommen oder zur Verstärkung der persönlichen oder wirtschaftlichen Einflußsphäre.

Geschrieben wurde dies zu Beginn dieses Jahrhunderts. Wir wollen einmal sehen, wie es heute ist.

Ich darf jetzt Frau Dr. Hellwig das Wort geben. Ich bitte sie, einführend zu uns zu sprechen.

(Beifall)

Frau Dr. Renate Hellwig: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Forum behandelt den 3. Teil der Leitsätze. Lassen Sie mich zu Beginn kurz ein paar allgemeine Feststellungen treffen. Es gibt leider immer noch viel zu wenige Frauen in der Politik. Es sind besonders wenige Frauen in Führungspositionen in Parteien, in Parlamenten, in Regierungen. Im vopolitischen Raum - in den Verbänden, in den Vereinen, in den Medien, bei den Tarifpartnern - sieht es nicht besser aus. Frauen bilden allenfalls einige wenige bunte Punkte im Einheitsgrau der Männerkleidung.

Die „Alibifrau“ als Kennzeichen mangelnder Gleichberechtigung in Politik und Gesellschaft hat dieses Jahrhundert bis jetzt geprägt. Wird sich das jetzt, kurz vor Schluß der ersten 20 Jahrhunderte christlicher Zeitrechnung, noch ändern? Wahrscheinlich wird man im 21. Jahrhundert unser Jahrhundert belächeln; man wird sagen: Das war die Zeit, da haben Frauen zwar rechtlich den Zugang zur politischen Mitverantwortung erkämpft, aber praktisch ließen sie sich davon mit dem falschen Argument abdrängen, sie sollten sich statt dessen um die Kinder kümmern. Gerade

weil und wenn Frauen etwas für die Zukunft ihrer Kinder tun wollen, müssen sie sich immer stärker in die politische Diskussion einschalten.

(Beifall)

Sie tun das auch. Es gibt jetzt schon viele Statistiken - u. a. in Ihren Unterlagen -, die diese von uns persönlich erlebten Erfahrungen auch nachweisen. Um hier nur eine Zahl zu nennen: 1953 antworteten auf die Frage, ob sie sich über Politik unterhalten, nur 23 % der Frauen mit „Ja, häufig bzw. gelegentlich“. 1979 sind es bereits 62 % gewesen. Eine Steigerung von 23 auf 62 %!

Niemand erwartet, dieses „große, nachhaltig wirkende Ereignis“ - wie Noelle-Neumann es nennt - werde sich gleich in entsprechenden Prozentzahlen an Parteieintritten oder gar Parlamentssitzen und Regierungsämtern niederschlagen. Dennoch müssen bei der CDU rote Warnlichter aufblinken: Parallel mit diesem wachsenden politischen Selbstbewußtsein der Frauen schmilzt der traditionell hohe CDU-Vorsprung bei den Frauenstimmen gegenüber den Männerstimmen von rund 10 % von Wahl zu Wahl dahin und landet schließlich 1980 bei minus 0,5 %.

Der für die CDU lebenswichtige Zustrom an jungen, tüchtigen, einsatzbereiten Frauen wird versiegen, wenn sie den nachwachsenden Frauengenerationen nicht besser zuhört, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Worum geht es dabei? Es geht darum, den Anspruch der Frauen auf politische Mitsprache in Taten, nicht nur in Worten einzulösen. Wir, die älteren Frauengenerationen - ich rechne mich ausdrücklich dazu, denn der Zustrom versiegt bei den 18- bis 35jährigen, und das müssen wir 45jährigen mit Sorge sagen -, tragen vor der Geschichte große Verantwortung. Unsere Vorgängerinnen in der christlichen Frauenbewegung des letzten Jahrhunderts haben ebenso wie liberale und sozialistische Frauen, verhöhnt und verspottet vom damaligen Zeitgeist, unbeirrt den Weg für Frauen in die Schulen, in die Hochschulen, in die Verbände, in die Parlamente freigekämpft. Die tapferen Suffragetten waren die erste Vorhut. Wir Parlamentarierinnen heute sind erst die zweite Vorhut. Unsere Aufgabe ist es, den noch schmalen Zugang für Frauen zur echten politischen Mitverantwortung zu verbreitern.

Unsere Minderheit z.B. im Bundestag ist noch winzig: nur 19 von insgesamt 255 Mitgliedern in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sie muß bereits 1987 stattlicher werden!

(Beifall)

Sonst schafft die CDU ihr Ziel, das sie sich hier in den Leitsätzen ausdrücklich gestellt hat, ein Ziel, das ich ganz großartig finde, nicht, nämlich die Gleichberechtigung bis zum Jahre 2000 tatsächlich im wesentlichen zu verwirklichen.

Ein Wort allerdings, ein besonderes Lob, sei mir an dieser Stelle an die Delegierten dieses Parteitages erlaubt: Die CDU hat gestern bei den Vorstandswahlen mit einem Schlag den Frauenanteil im Bundesvorstand von 10 % auf 25 % erhöht.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn die CDU dieses Tempo einhält, schafft sie ihr Ziel bis zum Jahr 2000!

Wir Vorhut-Frauen brauchen aber auch die Unterstützung an der Basis. Je offener, je unbekümmerter und immer unüberhörbarer für Parteiführungen Sie diese erweiterte politische Mitwirkung an der Basis einfordern, um so besser, meine Damen! Dazu ermutigt zu werden, dafür sind Sie hier!

Unerlässlich allerdings ist, daß unsere Parteiführungen auch die richtigen Antennen haben, diese Signale aufzunehmen.

Der Parteitag hier und heute beweist es: In der CDU sind diese Antennen derzeit auf Empfang eingestellt. Machen wir Frauen uns heute morgen an die Arbeit, gehen wir auf Sendung!

(Beifall)

Die drei Foren sind entsprechend den drei Schwerpunkten der Leitanträge aufgeteilt. Damit ist für unsere Diskussionen auch schon in etwa der Rahmen vorgegeben. Die heute abend vom Delegiertentag zu beratenden und zu verabschiedenden Leitsätze befassen sich im letzten Teil, und zwar in den Ziffern 31 bis 43, mit unserem Thema: Frauen in Politik und Gesellschaft.

Ich hoffe, daß die meisten von Ihnen die Leitsätze kennen und daß Sie sich auch bereits dick angestrichen haben, welchen Aussagen und Forderungen Sie begeistert zustimmen, welche Aussagen Sie mit demselben Elan ablehnen oder daß Sie - ein Drittes - sagen, wo Ihnen wichtige, am Herzen liegende Aussagen noch fehlen und aufgenommen werden müssen. Insbesondere um diese drei Fragen sollte es hier heute in unserer Diskussion gehen. Je enger wir uns dabei an den vorgegebenen Text und die bereits gestellten Änderungsanträge halten, die die Landes- und Kreisverbände der CDU und die Vereinigungen eingereicht haben, um so nachhaltiger wird die Wirkung dieses Forums auf die heutige entscheidende Abenddiskussion sein.

Da ich mich selber noch zu gut erinnere, wie verwirrend für mich mein erster Parteitag war, erlauben Sie mir ganz kurz, unseren Gästen das Verfahren zu erklären. Also, die Leitsätze sind ein CDU-Programmpapier. Sie finden es in diesem dicken Heft „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“, und zwar immer jeweils unter der Rubrik „Antrag des Bundesvorstandes“. Ich weise deswegen darauf hin, weil es hier auch Stimmen gibt, die sagen, in dem von mir soeben erwähnten Heft befinden sich nur die Änderungsanträge und nicht auch die Leitsätze selber. Der unser Forum betreffende Leitsatz beginnt mit der Ziffer 31. Diese Leitsätze sind an die Basis verschickt worden, von denen dann die Änderungsanträge zurückkamen, die Sie auch in diesem Antragsheft finden. Heute abend wird dann auf dem Delegiertentag um das Für und Wider, insbesondere auch um die Änderungen, gerungen. Diesen Abstimmungsprozeß können wir hier im Forum nicht ersetzen. Aber die Delegierten sitzen ja mitten unter uns und werden sehr aufmerksam zuhören und dann auch das in ihre Willensbildung mit einbeziehen, was die Damen hier sagen. Deswegen meine Bitte: Sagen Sie deutlich, wenn Sie zustimmen. Denn manchmal meint man ja, daß man dann, wenn man mit etwas einverstanden ist, nichts mehr dazu zu sagen braucht.

Ich sehe meine Aufgabe jetzt darin, Ihnen hinsichtlich der Ziffern 31 bis 43 ganz kurz die Punkte zu nennen, bei denen es heute abend zu Kampfabstimmungen kommt und hinsichtlich der Sie hier sagen sollten, welcher Meinung Sie sind, meine Damen.

In Ziffer 31 des Leitantrags wird festgestellt, die Frauenbewegung habe die Gleichstellung der Frau rechtlich durchgesetzt. Dazu meint die Junge Union, daß eine solche Formulierung doch zu weitgehend sei. Sie schlägt vor, zu formulieren, sie, die Frauenbewegung, sei dafür immer wieder eingetreten. Nun, das ist ein Nebenschlachtfeld, das ist nicht so wichtig. Allerdings sollte man der Frauenbewegung des vergangenen Jahrhunderts meiner Meinung nach durchaus die ihr zukommende Ehre erweisen und sagen, daß sie es mit ihrem Kampf tatsächlich auch durchgesetzt hat, daß die Frauen an die Hochschulen konnten, daß sie z. B. jetzt in der Politik sind.

Hinsichtlich Ziffer 32 über die ehrenamtliche Tätigkeit ist folgender Punkt - und das halte ich für wichtig - umstritten: Soll man Frauen besser weiterbilden, damit sie auch in wichtige Entscheidungsgremien kommen, in die man ehrenamtlich hineinkommt und wozu heute noch bestimmte Qualifikationen erforderlich sind? Oder ist der andere Weg richtig, nämlich der, die Qualifikationen für diese Gremien zu senken und zu sagen, sie seien zu hoch, um den Frauen damit mehr Chancen zu geben? Für meine Begriffe ist der Mittelweg richtig. Aber, wie gesagt, Ihre persönlichen Erfahrungen sind zu diesem Thema gefragt.

Hinsichtlich Ziffer 33 ist umstritten, ob Frauenverbände, wie der Leitantrag es vorsieht, als besonders förderungswürdig eingestuft werden sollen. Wenn sie so eingestuft werden, können sie selber Spendenbescheinigungen ausstellen. Dagegen wehren sich viele Kreisverbände und sagen, das sei eine zu große Bevorzugung von Frauenverbänden. Ich glaube, daß man diese Bevorzugung so lange befürworten kann, bis der Anteil der Frauen in den Entscheidungszentren in Regierung, Verwaltung, Gewerkschaft, Betrieben und Medien so 40 Prozent erreicht hat. Wie sehen Sie das, meine Damen?

Die Junge Union fordert hier übrigens, die Männer müßten sich mehr für Frauenverbände interessieren,

(Beifall)

die Männer sollten einer ungewünschten Isolation der Frauenverbände entgegenwirken. Ich erlaube mir, hier auf die ungewünschte Isolation auch der Männer hinzuweisen, z. B. in Spitzenfunktionsgremien des Sports, in den Aufsichtsräten oder in den Gewerkschaftszentralen.

(Beifall)

Wir sollten das offen diskutieren.

Auch um Ziffer 35 wird es noch Streit geben. Immerhin sind drei Landesverbände gegen die hier vorgeschlagene Änderung des innerparteilichen Nominierungsverfahrens bei der Kandidatenaufstellung, wenn es also um die Nominierung von Gemeinderäten, Landtagsabgeordneten und Bundestagsabgeordneten geht. Heute ist es noch in vielen Kreisverbänden - in meinem übrigens nicht; da machen es die Mitglieder - üblich, daß Delegiertenkonferenzen, also ein Gremium von auserwählten Mitgliedern - den Paris-Apfel an den Schönsten oder die Schönste verteilen und damit - in einem sicheren Wahlkreis - praktisch über den Sitz im Landtag, im Bundestag oder im Gemeinderat entscheiden.

Wir wollen erreichen, daß hier zukünftig alle Mitglieder, sogar mittels Briefwahl, mitreden dürfen.

(Beifall)

Ich bin gespannt, ob dieses Stück mehr Basisdemokratie heute abend in der eigenen Partei durchsetzbar sein wird. Auf Ihre Meinung kommt es an, meine Damen. Im übrigen finde ich, daß die Frauen hier sehr mutig sind. Denn keiner garantiert ihnen, ob sich das für die weiblichen Kandidaten automatisch positiv auswirkt. Aber nach dem Motto „Schlechter kann es nicht werden; wir haben nichts zu verlieren, nur zu gewinnen“ gehen wir hier ran, meine Damen.

(Beifall)

Ein wichtiger Punkt hinsichtlich des Wahlrechts sind auch die begrenzt offenen Listen. Die Bayern sind da Experten. Ich begrüße herzlich meine Kolleginnen von der CSU aus Bundestag und Europaparlament.

Weiter erhoffen wir Frauen uns einiges von der regelmäßigen Parteitageberichterstattung des Generalsekretärs, wie sie ebenfalls in Ziffer 35 vorgesehen ist, über die hoffentlich immer bessere Beteiligung der Frauen in der CDU. Ich hoffe, daß der Zusatzantrag des westfälischen Landesverbandes heute abend eine Mehrheit findet - auch Heiner Geißler hat vorhin auf dieses Thema hingewiesen -, wonach auch die Vorstände der CDU auf Kreis- und Landesebene in die Pflicht genommen werden sollen, um den Anteil der Frauen in ihrem Bereich auf allen Ebenen zu erhöhen.

(Beifall)

Wir sehen in diesen Zielvorgaben, mit denen man sich selbst in die Pflicht nimmt, eine Alternative zu einem Quorum. In der Halbzeit bis zum Jahre 2000 sollten wir einmal überprüfen, inwieweit uns dieses lockere Verfahren hilft.

(Beifall)

In Ziffer 36 wird gefordert, der Wähler müsse mehr Mitspracherecht erhalten, indem er bei Listenwahlen die Reihenfolge der Kandidaten verschieben kann. - Das ist jetzt dieses bayrische Verfahren. - Das ist in der CDU auch noch umstritten. Wie denken Sie darüber? Eine Untersuchungskommission des Bundestages zum Wahlrecht hat übrigens so ein begrenztes Listenwahlrecht ausdrücklich empfohlen.

Ich darf es Ihnen mit zwei Sätzen erklären: Bei der Wahl zum Bundestag hat man zwei Stimmen: eine für den Direktkandidaten und eine für die Liste. In Bayern, wo das für Landtagswahlen genauso ist, gibt es nun zwei Möglichkeiten, sein Listenkreuzchen anzubringen: Entweder macht man es oben - damit sagt man: Ich will diese Partei, die Reihenfolge der Kandidaten auf der Liste gefällt mir -, oder man macht es hinter einem Kandidaten. Damit sagt man dann: Ich will diese Partei. Aber man sagt zusätzlich: Und den will ich vorne sehen. Das ist eine zusätzliche Chance. In dem Kreuzchen steckt sozusagen noch mehr als in dem anderen. Ich hielte das für sehr gut und bin daran interessiert, Ihre Meinung dazu zu hören.

In den Ziffern 37 und 38 befassen wir uns mit der Hochschulsituation. Es geht uns einmal darum, den Anteil der Frauen an den Hochschullehrern zu erhöhen. Meine Damen, wir wissen alle: Hier ist das Mißverhältnis zwischen der Gott sei Dank stark gestiegenen Zahl an Studentinnen und der immer noch verschwindend geringen Zahl an Professorinnen besonders kraß.

Zum anderen geht es uns bei dem Hochschulthema auch darum, daß die Frauenfor-

schung ausgebaut und gesichert werden kann. Umstritten ist bei diesen beiden Punkten noch, ob zugunsten von Frauen und Männern, die sich eine Zeitlang ganz der Familie widmen, die Fristen und Altersgrenzen verlängert werden sollen oder nicht. Ich meine, zu einer glaubwürdigen Familienpolitik gehört auch diese familienbezogene Fristverlängerung. Sie wird heute leider noch umstritten sein.

In Ziffer 39 wird gefordert, meine Damen und Herren, es müsse auch in Presse, Rundfunk und Fernsehen durch Frauenförderungspläne erreicht werden, daß mehr Frauen in die oberen Ränge kommen.

(Beifall)

Außerdem wird die Berichterstattung über die Probleme der Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft als unzureichend, als schlecht angeprangert. Besonders pikant und lobenswert finde ich übrigens den Vorschlag, daß man die neu zu gründenden Privatsender auffordert, hier mit besonderem Beispiel voranzugehen, soweit es um Frauen in Spitzenpositionen und um eine gute Berichterstattung über die Probleme von Frauen geht.

(Beifall)

Das ist allerdings auch noch umstritten, da gibt es Gegenanträge.

In Ziffer 40 wird die Werbung kritisiert, und zwar dahingehend, daß hier ein überholtes Bild von der Hausfrau als unselbständigem Wesen gezeichnet wird. Das stellt sicher eine Verzerrung der Wirklichkeit von Hausfrauen dar. Es gibt Kreisverbände, die an der Werbung nichts auszusetzen haben. Die sagen, das ist ganz richtig und gut so. Meine Damen, Ihre Meinung ist hier für unsere Delegierten sicher sehr wichtig.

Vorletzter Punkt: Die CDU setzt sich - für viele unerwartet - in Ziffer 41 und 42 mit dem Thema „Gewalt gegen Frauen“ sehr offen auseinander. Umstritten ist dabei noch die Forderung, ob Frauen, die Opfer waren, im Prozeß als Nebenkläger auftreten können; Heiner Geißler hat schon mit Verve darauf hingewiesen. Ihre Meinung dazu ist für unsere Delegierten wichtig, meine Damen.

In Ziffer 43 - ich bin bei der letzten Ziffer - fordern die Leitsätze eine Institution, in der praktisch alles, was in unserer Republik Rang und Namen hat - von den Gewerkschaften über die Verbände bis hin zu den Parteien -, vertreten ist und die jedes Jahr einmal berichtet, wieweit die Gleichberechtigung - nicht nur im öffentlichen Dienst, sondern auch im Privatsektor, auch in den Gewerkschaften, auch im Betrieb, auch in den Medien - vorangekommen ist.

Wir halten so etwas für wirkungsvoller als ein Antidiskriminierungsgesetz, das dann doch keiner in die Praxis umsetzt. Wir haben da leidvolle Erfahrungen mit sehr guten Gesetzen, aber schlechter Verwirklichung. Sie, meine Damen, können jetzt in diesem Forum helfen, unsere Delegierten davon zu überzeugen, wie wichtig für die CDU sowohl die Verabschiedung der Leitsätze als auch ein solches Forum ist, um das Ziel 2000 tatsächlich auch zu erreichen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Dr. Hellwig, für diesen Bericht zur Situation der Frau, gleichzeitig verbunden mit der Erläuterung der Leitsätze, die heute abend zur Verabschiedung anstehen.

Ehe wir jetzt zur Diskussion kommen, darf ich noch einige technische Hinweise geben, damit wir auch eine organisatorisch geordnete Diskussion führen können. Wir sind übereingekommen, die Redezeit auf drei Minuten zu beschränken - dies gleich von vornherein -, damit möglichst viele Teilnehmer dieses Forums Gehör finden können.

Wir bitten, bei Wortmeldungen - dies für das Protokoll - Vor- und Zunamen zu nennen und bitte auch anzugeben, aus welchem Land, aus welcher Stadt man kommt. Wir werden dann von hier oben aus angeben, zu welchem Mikrofon Sie gehen sollen, damit die Technik in der Lage ist, auch den nötigen Saft zu geben, so daß Sie verstanden werden können.

Ich meine, wir sollten die Diskussion jetzt so führen, daß wir einzelne Programmpunkte aufrufen, die zusammengehören, und dann blockweise diskutieren. Denn wenn die Diskussion im ganzen eröffnet wird, kommen wir nicht zu einer erfolgversprechenden Diskussion, die zu den einzelnen Programmpunkten auch etwas bringt.

Ich eröffne damit die Diskussion und bitte zunächst um Wortmeldungen für die ersten beiden Punkte, nämlich zu den Ziffern 34, 35 und 36. Wo sind Wortmeldungen? - Darf ich Sie bitten, nach hier oben zu kommen.

Hildegard Sandhof, Dortmund: Mein Name ist Hildegard Sandhof, ich komme aus Dortmund, und zwar von dem Projekt Frauenstudien der Universität Dortmund.

Ich habe dieses Programm mit großem Interesse gelesen. Ich frage mich nur, wie man die schweigende Mehrheit von Frauen politisieren will. Ich denke, das Projekt, das bei uns in Dortmund läuft, ist eine gute Chance für Frauen, Hintergrundwissen zu bekommen. Für Frauen, die nach Jahren der Haus- und Familientätigkeit wieder an sich arbeiten möchten, sich gesellschaftlich aktivieren wollen, bieten die Frauenstudien an der Universität Dortmund eine wissenschaftliche Weiterbildung auch ohne Hochschulzugangsberechtigung. Die Hochschulgesetzgebung des Landes Nordrhein-Westfalen ermöglicht die Öffnung der Universitäten auch für hochschulferne Gruppen.

Der Antrag auf Anerkennung dieses Projekts als Modellstudium läuft. Ich lege es der CDU in Nordrhein-Westfalen ans Herz, uns dabei zu helfen, verbunden mit einer besseren ökonomischen und finanziellen Ausstattung.

Dieses Projekt besteht seit 1981. Nach Verhandlungen und Zusammenarbeit mit zukünftigen Teilnehmerinnen, die an einem Frauenforum teilgenommen haben, werden die Frauen befähigt, einen beruflichen oder, mit dem Modellstudium verbunden, eventuell auch einen wissenschaftlichen Einstieg in die Berufswelt wiederzufinden.

Zu den anfangs 30 Frauen sind jetzt über 200 Frauen dazugekommen, und wir denken, daß im nächsten Semester wieder 70 bis 80 Frauen dazukommen werden. Das sind Frauen, die ihre Kinder gerade großgezogen haben oder die sie in einem Alter haben, wo sie sich lösen können. Sie kommen auf den Gedanken: Soll das denn alles gewesen sein? Sie möchten sich einfach betätigen. Diese Frauen sind

zum großen Teil zwischen 35 und 45 Jahre alt. Ich denke, das ist eine Gruppe, die auch für Parteien interessant ist. Die älteste Studentin, die wir mittlerweile dabei haben, ist 76 Jahre alt.

Als Studentinnen dieses Frauenstudiums stellen wir fest, daß die Wissenschaftlerinnen einen unwahrscheinlich schweren Stand haben. Das haben wir noch vorige Woche bei einer Anhörung beim Wissenschaftsminister Krumsiek hier in Nordrhein-Westfalen festgestellt. Denn bei im ganzen 6359 männlichen Professoren sind 328 Frauen, und der ganze akademische Mittelbau besteht aus ca. 80 Prozent Frauen. Und diese 80 Prozent sind fast nur in Zeitverträgen.

Wir haben weiter festgestellt, daß bei Berufungsverfahren noch während des Verfahrens die Regeln geändert werden, um nicht eine Frau auf einem der drei ersten Vorschlagsplätze zu haben.

Unserer Erfahrung nach ist das Problem auch, daß Frauen zögern, Angst haben, sich unsichtbar machen, so daß es ihnen einfach gar nichts hilft, in dieser Art und Weise in die Politik hineinzuspielen.

Wir hoffen, daß unser Projekt dazu führt, Frauen einfach mehr zu politisieren, weil sie Hintergrundwissen bekommen.

(Beifall)

Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank für diese Ausführungen.

Zu den Wortmeldungen darf ich darauf hinweisen: Sie haben hoffentlich alle die gelben Stimmzettel; wir nehmen aber auch weiße. Geben Sie bitte Ihren Wortmeldezettel nach vorne. Schreiben Sie bitte auch die Ziffern der Leitsätze, zu denen Sie sprechen wollen, darauf. Das erleichtert uns die Arbeit.

Ich darf jetzt Frau Elsbeth Gut bitten. Sie ist Gastdelegierte aus Heilbronn.

Elsbeth Gut, Heilbronn: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wurden aufgerufen, zunächst zu den Punkten 34 bis 36 zu diskutieren: Gleiche Chancen in der Politik für Mann und Frau.

Ich möchte zuerst vielleicht ganz kurz auf das eingehen, was Herr Generalsekretär Geißler vorhin gesagt hat, nämlich daß nur 11 oder 12 Prozent der Männer tatsächlich im Haushalt helfen. Meine Damen, ich frage Sie: Sieht das bei Ihnen auch so aus? Nach jüngsten Erhebungen helfen etwa 65 bis 70 Prozent aller Männer regelmäßig.

(Beifall)

Ich glaube, die jüngere Generation hat keine großen Probleme mehr, wenn es darum geht, mal das Baby zu wickeln oder mal das Abendessen zuzubereiten.

(Beifall)

Hier möchte ich also eine Lanze für die Herren brechen.

(Beifall)

Wie können wir nun auch in der Politik für Frauen tatsächlich eine bessere Chancengleichheit erreichen? Aus meiner eigenen Erfahrung weiß ich, daß eine Frau, wenn sie bereit ist, sich zu engagieren, durchaus einiges bewegen kann.

(Beifall)

Darum ein Aufruf an Sie, meine Damen: Engagieren Sie sich, wo immer Sie es für wichtig halten! Engagieren Sie sich innenpolitisch in Parteien! Natürlich wäre es mir am liebsten, wenn Sie sich in der CDU engagieren. Aber überhaupt ein Engagement ist zunächst einmal das Wichtigste. Wenn wir den Anteil der Frauen in den politischen Gremien erhöhen können, habe ich keine Sorge, daß mit der Zeit auch in den Führungspositionen die Frauen einen größeren Anteil haben werden.

(Beifall)

Wir können den Bestrebungen der Frauen helfen, indem wir das unterstützen, was die Leitsätze zum Ausdruck bringen, Frau Dr. Hellwig. Man sollte sich, wenn es um die Nominierung von Kandidatinnen geht, ein neues Wahlsystem überlegen. So sollten beispielsweise nicht nur die anwesenden Delegierten oder Parteimitglieder das Wahlrecht haben, sondern man sollte auch per Briefwahl wählen können. Andererseits sollte man auch, wie an dem Beispiel Bayerns aufgezeigt, die Reihenfolge der Kandidatenaufstellung verändern können.

Abschließend möchte ich ganz dringend darauf hinweisen, daß vor allem der Prozeß der Gleichberechtigung von unten nach oben erfolgen muß. Zunächst also mehr Frauen in die untersten Parteigliederungen! Der Aufstieg kommt eigentlich mehr oder weniger von selbst.

Natürlich müssen wir denjenigen Frauen, die verheiratet sind, die Kinder haben, die zwangsläufig vorübergehend aus dem Berufsleben ausscheiden, die Möglichkeit der Wiedereingliederung geben, d.h. auch die Möglichkeit, auf einem gewissen Wissensstand zu bleiben, um später auch qualifizierte Ämter in den Parteien einnehmen zu können. Es gibt bereits gute Ansätze auf diesem Gebiet der begleitenden Möglichkeiten für Frauen, sich von ihrem Wissen her einfach auf einem gewissen Niveau zu halten. Nehmen wir beispielsweise das Land Baden-Württemberg. Da gibt es über die Erwachsenenbildungsinstitutionen das Angebot „Neue Chance ab 35“. Da werden gezielt für jüngere Frauen, die wieder ins Berufsleben wollen, Maßnahmen angeboten, die ihnen das erleichtern.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank!

Frau Gertrud Alkämper aus Moers. Darf ich darauf aufmerksam machen, daß sie, da sie zu Ziffer 46 des Antrages sprechen möchte, Forum 2 aufsuchen müßte, weil diese Ziffer bei uns eigentlich nicht diskutiert werden sollte.

Nun darf ich Frau Helga Vetter ums Wort bitten.

Frau Helga Vetter: Meine Damen und Herren, wenn wir heute morgen von Heiner Geißler gehört haben, daß man die Frauen bis jetzt immer eingeladen hat, im

politischen Auto mitzufahren, sie dann aber nicht ans Steuer gelassen hat, so hat er noch etwas vergessen: Wir wären wahrscheinlich gerne eine Weile mitgefahren, wenn wir nicht grundsätzlich das Benzin hätten bezahlen müssen, d. h. nämlich die Basisarbeit hätten machen müssen.

(Beifall)

Für die Frauen in meinem Kreis möchte ich nicht fordern, daß wir eine Pauschalgarantie bekommen, eine Garantie der heilen Familie, der beruflichen Karriere und dann noch der politischen Karriere. Ich finde, das ist unzumutbar, auch unseren Männern gegenüber.

(Zustimmung)

Wenn ich aber meine Kinder so weit habe, daß sie selbständig sind, wenn ich mich dann zur Verfügung stelle und dann von unseren hohen Herren höre, ach, du bist ja noch so jung, so kurz dabei, du hast ja noch Zeit, dann ist das einfach nicht wahr. Ich habe mich ja mit der Familie auch für die Politik interessiert - nur nicht aktiv betätigt -, ich bin ja nicht dumm geblieben, ich habe mich ja informiert.

(Beifall)

Deswegen fände ich es hervorragend, wenn es möglich wäre, die Namen auf der Liste zu verschieben.

(Zustimmung)

Es ist nämlich eine alte Tatsache, daß in den Wahlkämpfen - gleich welcher Art: ob Stadtratswahlen, Landtagswahlen oder Bundestagswahlen - die Damen einen erheblich größeren Arbeitsaufwand haben.

(Beifall)

Unsere Wähler sollten doch wirklich die Gelegenheit haben, das auch zu honorieren.

Danke schön.

(Beifall)

Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Vetter!

Ich darf jetzt Frau Ursula Schwerin aufrufen.

Frau Ursula Schwerin: Ich möchte alle Anwesenden doch einmal bitten, sich hier im Saal umzuschauen. Der Ansatz mit einem Frauenparteitag ist sicher lobenswert, aber wie viele junge Frauen sind denn da?

(Widerspruch)

Es sind nicht sehr viele junge Frauen. Wir diskutieren hier sehr viele Probleme der Frauen zwischen 20 und 30 oder der noch jüngeren Frauen, der Frauen in der Berufsausbildung, aber im Detail werden sie nicht gefragt. Ich appelliere vor allem an die hier anwesenden Frauen, an die Frauen in der Frauenbewegung, an die Frauen

in der Frauenvereinigung: Zeigt Solidarität, gebt uns jüngeren eine Chance!

(Vereinzelt Zustimmung)

Denn junge Frauen außerhalb der Partei müssen sich durch junge Frauen in den Gremien und überall vertreten fühlen. Geben Sie also allen jungen Frauen eine Chance! Es sind weiß Gott leider nicht so viele.

(Beifall)

Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Frau Schwerin, ich bitte Sie, sich doch einmal im Saal umzusehen. Ich glaube, dann müßten Sie Ihre Aussage, es seien zu wenige junge Frauen auf diesem Parteitag, korrigieren.

(Beifall)

Das Wort hat nun Frau Koslowski.

Frau Eva-M. Koslowski: Meine sehr geehrten Herren! Meine lieben Freundinnen aus der Frauenvereinigung und aus den anderen Verbänden! Die Situation der Frauen in Politik und Gesellschaft ist ja eigentlich kein neues Thema, aber die CDU will es mit Frauen diskutieren, und zwar in einem Rahmen, den es bis jetzt noch nicht gegeben hat. Dafür möchte ich mich einfach einmal bedanken.

(Vereinzelt Zustimmung)

Im Leitantrag werden die Verdienste der Frauenbewegung gewürdigt. Auch die Frauenvereinigung der CDU weiß, was sie geleistet hat. Sie hat vorausgedacht, vorausgeschaut.

Fast auf den Tag genau vor vier Jahren, am 23. 3. 1981, sagte ein Kommentator im Westdeutschen Rundfunk anlässlich des Landesdelegiertentages der Frauenvereinigung der CDU Westfalen-Lippe, sie wäre wohl die aktivste, kritischste und originellste Gruppierung in der CDU. Sicherlich gilt das nicht nur für einen Landesverband der Frauenvereinigung. Wer also hören wollte, was die Frauen in der Partei bewegte, der konnte es tun.

Der Hinweis auf die feministischen Gruppen im Leitantrag ist in diesem Zusammenhang auch interessant. Wir hatten das Programm und die Leitsätze für eine gute Politik im Interesse der Frauen und der Familien. Nur mußten diese Leitsätze auch offensiv vertreten werden, um uns die Möglichkeiten, sie politisch umzusetzen, zu geben. Statt dessen gab es Mißverständnisse, Schuldzuweisungen und Ignoranz, siehe „Soziale Ordnung“, 3/85.

(Vereinzelt Zustimmung)

Meine Damen und Herren, auch gute Politik ist kein Selbstläufer. Sie muß eben vorgetragen und erklärt werden - von Männern und von Frauen. Wir wollen den in zunehmendem Maße selbstbewußten Frauen eine Möglichkeit dazu geben. Wie aber können wir jungen Frauen klarmachen, daß es sich lohnt, in der CDU zu arbeiten, wenn sich die CDU mehr oder weniger als Männerpartei darstellt, wenn alle Frauen als Vertreter dieser Partei fast nur Männer zu sehen und zu hören bekommen? Welche Chancen haben Frauen für eine aktive politische Mitarbeit?

Sieht man sich die Vertretungen und Parlamente an, so ist die Antwort schon gegeben: Mann - ich betone das Doppel-n - sucht Mann für dieses oder jenes Amt.

(Vereinzelt Zustimmung)

Auch die Ochsentour, die vielgerühmte, ist für Frauen vielfach kein Weg mehr zum Erfolg. Zu viele Frauen habe ich kennengelernt, die trotz allem Einsatz über Jahre hinaus durch die Tatsache, daß sie nach der sogenannten Alibi-Frau ins Rennen gehen mußten, keine Aussicht mehr auf eine Nominierung oder einen sicheren Platz hatten.

(Beifall)

Was sich hier, im Bereich der Nominierungen, abspielt, ist für Frauen deprimierend und manchmal sogar fast inhuman. Es ist auch ungerecht.

Für uns Frauen ist das alles ja nicht neu. In schöner Regelmäßigkeit haben wir gehofft, waren wir enttäuscht, haben wir gearbeitet, dazugelernt und nach einer neueren und besseren Strategie gesucht, um Frauen nach vorne zu bringen. Und dann war wieder einmal alles wie gehabt. Soll das denn ewig so weitergehen? Die CDU mit einem so hohen Frauenanteil wie nie zuvor muß sich da etwas einfallen lassen.

Es ist eine legitime Forderung, auch bei der Wahl von Mandats- und Funktionsträgern dem Frauenanteil Rechnung zu tragen. Die alten Rezepte haben versagt. Absichtserklärungen und Aufrufe bringen uns doch auch nicht weiter.

(Zustimmung)

Ob eine Veränderung des Wahlrechts Frauen mehr Chancen bringt, ist nicht bewiesen; es würde so schnell auch gar nicht greifen.

Deshalb hier und jetzt die Gretchenfrage: Was wirst du, meine Partei, tun, um deinen Parteifrauen gerechte Chancen zu geben?

(Zustimmung)

Natürlich habe auch ich mir die Frage gestellt, was nun geschehen sollte. Die innerparteilichen Nominierungsverfahren müssen verändert, nämlich verbessert werden. Verändert werden müssen sie durch eine von der Partei zu beschließende proportionale Quotierung der Frauenplätze.

(Vereinzelt Zustimmung)

Wir sind ja hier heute um unsere Meinung gefragt, und das ist eine Meinung. Die CDU könnte hier nach meiner Meinung einen wichtigen Meilenstein für die Partei, für das Land und für die Zukunft setzen.

(Beifall)

Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Koslowski. Sie haben auf etwas sehr Wichtiges hingewiesen, nämlich auf die Schwierigkeiten, die Frauen bei Nominierungen und bei Wahlen zu Parteigremien haben. Jetzt Frau Lydia Buchholz, bitte.

Frau Lydia Buchholz: Meine Damen und Herren, ich komme aus Niedersachsen und stehe sozusagen am Ende meiner Parteikarriere. Ich bin vor knapp 13 Jahren in die Partei eingetreten, weil ich aktiv sein wollte. Wenn man das nicht will, halte ich es für sinnlos, überhaupt in einer Partei zu sein.

Es sind hier auf diesem Arbeitsforum die Schwierigkeiten der Vergangenheit schon angesprochen worden. Die vorletzte Rednerin war eine junge Frau, die gesagt hat, daß junge Frauen es schwer hätten. Ich selber habe mich immer bemüht, auch sehr junge Frauen in wichtige Positionen zu bringen. Allerdings gab es da an der Basis Schwierigkeiten.

Ich halte es für sehr wichtig, daß vor allem von der Basis aus alles etwas neu organisiert wird. Frau Hellwig hat in diesem Zusammenhang schon die neue Wahlordnung, die es in Bayern bereits gibt, angesprochen. In „Frau und Politik“ habe ich gelesen, daß auch Rheinland-Pfalz das neue System bei Kommunalwahlen schon angewandt hat, daß also nicht mehr allein die Delegierten darüber bestimmen, wer wo seinen Platz bekommt, sondern daß auch die Wähler, die Nichtdelegierten - wie Frau Hellwig gesagt hat: auch mittels Briefwahl -, ihre Meinung dazu äußern können. Ich möchte Sie bitten, dazu beizutragen, daß dieses neue Wahlrecht auch in anderen Ländern angenommen wird, damit wir vor allen Dingen die jungen Wählerinnen nicht frustrieren. Ich habe sehr viele Frauen für die CDU geworben. Aber sie haben die Partei nach einiger Zeit, nach wenigen Jahren wieder verlassen, weil sie einfach nicht weitergekommen sind. Ich fände es außerordentlich schade, wenn das so bliebe.

Die Wahlen, die jetzt noch anstehen, möchten wir natürlich alle gewinnen. Im Saarland und in Hessen haben wir allerdings kleine Denkmäler bekommen. Ich meine, daß unsere Einstellung gegenüber Frauen und Senioren - hierzu kann ich allerdings jetzt nicht sprechen - mit dazu beigetragen hat, daß wir dort nicht so gut abgeschnitten haben. Also, bitte das Wahlrecht ändern!

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Buchholz. Ich darf Ihnen auf Grund meiner Erfahrungen in Rheinland-Pfalz bestätigen, daß unser verändertes Kommunalwahlrecht mit der Möglichkeit zum Stimmenhäufeln Frauen vielfach zum Erfolg verhalf.

(Beifall)

Noch kurz eine Bitte zum Technischen: Geben Sie, wenn möglich, auf Ihrer Wortmeldung schon das Mikrofon an, von dem aus Sie sprechen wollen. Dann können wir das gleich mit aufrufen.

Frau Hunecke, bitte.

Frau Gudrun Hunecke: Ich möchte aus der Sicht der schleswig-holsteinischen Frauenvereinigung etwas zu dem Leitsatz 36, zur eventuellen Wahlrechtsänderung, sagen. Ich möchte begründen, warum wir uns dafür aussprechen möchten. In Schleswig-Holstein haben wir innerhalb der Gesamtpartei darüber schon gute Gespräche geführt.

Uns Parteien, meine sehr verehrten Damen und Herren, trifft doch immer wieder der vehemente Vorwurf der angeblich festgefahrenen Machtstrukturen. Diesen Vorwurf

bekommen wir aus dem Sympathisantenkreis der GRÜNEN/Alternativen, aber auch - und das trifft uns im Grunde genommen sehr viel schwerer - aus unseren eigenen Reihen und vor allen Dingen von unseren Wählern immer wieder zu hören.

Wir meinen nun, daß wir mit dem System der begrenzt offenen Listen diesen Vorwurf doch etwas entkräften können. Denn hier bekommt ja der Wähler, der diese festgefahrenen Strukturen beklagt, die Möglichkeit der Mitbestimmung. Da scheint es uns doch möglich zu sein, daß in dem Zusammenhang sozusagen ein Nutzeffekt für die Frauen mit herauspringt. Die Frage, ob es für Frauen wirklich positiv ist, wenn wir diese Listen öffnen, begrenzt öffnen, können wir, so meine ich, bejahen. Denn es ist in unserer Partei inzwischen doch so, daß die Leistung der Frauen, die sie bringen - das fängt bei Canvassing an und endet bei einem Tag wie dem heutigen -, anerkannt wird, anerkannt wird von denjenigen, die an der Aufstellung der Listen beteiligt sind.

Ich habe in Schleswig-Holstein - dort haben wir ja im nächsten Jahr Kommunalwahlen - als Landesvorsitzende der Frauenvereinigung vor ein paar Tagen die Frage gestellt: Sollen wir als Landesvorstand der Frauen einmal einen Brief an die Ortsvorsitzenden schicken, die die Listen aufstellen? Sie werden sehr erstaunt sein, wenn ich Ihnen jetzt sage, daß ein Großteil der Frauen gesagt hat: Bloß nicht! Auf Ortsebene, auf Kreisebene kann jede Frau, die vorher Leistung gebracht hat, davon ausgehen, daß sie aufgestellt und auf den Listen ziemlich hoch abgesichert wird.

(Beifall)

Das hat mir sehr zu denken gegeben, ob man sich nun tatsächlich so vehement für eine Wahlrechtsänderung einsetzen muß. Denn, wie gesagt, auf der unteren Ebene findet eine Berücksichtigung der Frauen durchaus statt. Hinsichtlich der mittleren und oberen Ebene kann die begrenzt offene Liste die Frauen, die vorher Leistung gezeigt haben, durchaus weiterbringen.

Danke.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Frau Hunecke.

Jetzt darf ich mit besonderer Freude eine Wortmeldung aufrufen, die von dem ersten Mann stammt, der in diesem Frauenforum spricht. Es ist Herr Alfred Giersberg.

(Beifall)

Alfred Giersberg: Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zu der Ziffer sprechen, in der die Wiedereinführung des Urwahlprinzips bei der Aufstellung der Kandidaten gefordert wird. Ich darf dazu sagen, daß es in der CDU einige Kreisverbände gibt, die dieses Wahlprinzip anwenden, u. a. der Kreisverband Bonn. Wir haben damit hervorragende Erfahrungen gemacht, gerade was die Aufstellung der Kandidaten aus den Vereinigungen angeht, etwa der Jungen Union, die auch Probleme hat, ihre jungen Kandidaten durchzusetzen, und bei Parteitagen - ohne Delegiertensystem - ganz hervorragende Aussichten hätte, Kandidaten durchzusetzen. Ich bitte alle Delegierten - auch um der Demokratie willen innerhalb der Partei - , diesem Leitsatz zu folgen und ihm Taten folgen zu lassen.

Gestatten Sie mir, daß ich noch zu einem weiteren Punkt spreche. Ich glaube, daß junge Männer heutzutage in der Lage und auch willens sind, Aufgaben in der Familie, in der Hausarbeit mit zu übernehmen.

(Beifall)

Viele verkrustete Strukturen, die noch vorhanden zu sein scheinen, sind wohl im Begriff, sich aufzulösen. Ich kann das vielleicht an meiner eigenen Person illustrieren: Ich bin von Beruf Krankenpfleger, bin also in einem typischen Frauenberuf tätig. Ich habe zwei Jahre Hauswirtschaft gelernt und habe das sehr gerne gemacht.

(Beifall)

Ich glaube, daß Arbeiten wie Putzen, Staubwischen usw. Arbeiten sind, die niemand gerne macht. Also, warum soll man sich das in einer neuen Partnerschaft nicht teilen?

Danke schön.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Giersberg. Wir können Ihre Ehefrau nur beglückwünschen. Wir hoffen, daß Sie ein rühmliches Beispiel für viele andere Männer sind, die es damit ihren Frauen ermöglichen könnten, in der Politik aktiv mitzuwirken.

Frau Engelhardt, bitte.

Frau Annemarie Engelhardt: Ich komme aus Baden-Württemberg. Dort hatten wir vor nicht allzu langer Zeit Kommunalwahlen. Da haben wir die Beobachtung gemacht, daß wir auf kommunaler Ebene immer mehr reine Frauenlisten bekommen. Ich meine, das sollte den etablierten Parteien zu denken geben.

Diese Frauenlisten haben gute Erfolge erzielt. Daher meine ich, wir sollten diesen Punkt 36 gut überlegen.

Wir haben uns in Baden-Württemberg in der Partei schon bemüht, unsere CDU zu motivieren, sich dafür einzusetzen, daß eine Wahlrechtsänderung vorgenommen wird - mit schlechtem Erfolg. Wir haben sogar einen Minister beauftragt, hier zu recherchieren. Er hat den Zettel in die Tasche gesteckt und ihn nie wieder herausgezogen. Deshalb bin ich unendlich dankbar, daß dieser Punkt in den Leitsätzen drin ist. Wir haben einen Nachholbedarf auf diesen Ebenen Landtag und Bundestag.

Ich glaube, das Klima in unseren Parteien ist vom Rollenverständnis her zugestanderweise oft noch sehr konservativ. In der Bevölkerung ist das Klima aber schon wesentlich anders. Deshalb möchte ich, daß auch unsere Bürger mitbestimmen, wer wann wo eine Position bekommt.

Ich möchte Sie also noch einmal bitten, mir zu helfen, mehr Dampf zu machen, damit Bewegung in diese Dinge gebracht wird.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Engelhardt, für Ihre Ausführungen. Ich möchte nur etwas spöttisch anmerken, daß Zettel in Ministertaschen, die nicht mehr zum Vorschein kommen und nicht behandelt werden, sehr selten sind. - Frau Dr. Frank!

Frau Dr. Irmgard Frank: Ich freue mich sehr, zu lesen, daß die CDU Vorschläge zur Stärkung des Einflusses der Frauen in der Partei erarbeiten will. Ich hätte einen Vorschlag zu machen und wende mich mit diesem Vorschlag an die Ortsgruppen, d.h. an die Basis der CDU. Ich meine, man müßte an der Basis anfangen, die Praxis zu ändern.

Seit Jahren ist es so, daß man als Frau, wenn man aufgenommen wird, gleichzeitig abgeschoben wird in die Frauenvereinigung, während weiterhin die Politik von den Männern gemacht wird - in den kleineren Ortsgruppen am Stammtisch, in den größeren in entsprechenden Gremien. Meines Erachtens sollten Frauen, die neu eingetreten sind, von vornherein persönlich angesprochen und dadurch motiviert werden, Aufgaben innerhalb der Ortsgruppe zu übernehmen, und dadurch auch die Chance erhalten, sich zu profilieren. Dann hätten sie gleichzeitig an Motivation gewonnen, auch zu kandidieren. Und das würde dazu führen, daß man nicht mehr getrennt marschiert, sondern gesamtgesellschaftliche Lösungen sucht.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Frank. - Frau Hiß, bitte.

Frau Elisabeth Hiß: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Für gleiche Chancen brauchen wir sehr viel Verständnis unserer männlichen Kollegen.

In der Regel ist es doch so, daß wir Frauen uns zuerst um Familie und Kinder kümmern. Wenn dann die Kinder groß sind und wir in die Politik einsteigen, sind wir in einem Alter, das für die Wirtschaft schon nicht mehr zählt. Eine Frau aber, die sich für die Politik entschieden hat, meint es sehr ernst.

Leider läuft dann die Zeit an uns vorbei, weil man eine gewisse Anlaufzeit braucht, um bekannt zu werden und gewählt zu werden. Deswegen mein Appell an die Männer, auch unbekanntere Frauen zu wählen.

Den Ruf der jungen Dame von vorhin nach mehr Solidarität möchte ich sehr unterstützen. Wir müssen junge interessierte Frauen unterstützen. Wir müssen uns um sie kümmern, sie motivieren. Denn wir brauchen Nachwuchs, ganz besonders jetzt, wo es sich zeigt, daß mehr Frauen gewählt werden. Wir müssen uns auch davor hüten, durch Gleichgültigkeit oder vielleicht gar durch Furcht vor Konkurrenz Bereitschaft zur Mitarbeit zu verschenken.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Hiß. Sie haben zwei wichtige Dinge gesagt. Es ist richtig: Anlaufzeit für Frauen ist notwendig, deshalb junge Frauen so früh wie möglich für Politik ansprechen! - Frau Ursula Hohl!

Frau Ursula Hohl: Meine Damen und Herren, damit Sie nachher besser verstehen, warum ich Ihnen zwei Probleme - so möchte ich einmal sagen - hier in dieser Weise

vortrage, und zwar ziemlich mutlos, ist es wichtig, daß ich mich Ihnen zunächst etwas ausgiebiger vorstelle. Ich habe mit 16 Jahren die Junge Union mitgegründet, bin seit nunmehr sechs Jahren Geschäftsführerin der CDU-Frauenvereinigung Nordbaden, halbtags angestellt, und arbeite nebenher noch 30 bis 40 Stunden in der Woche ehrenamtlich - aus Freude an der Sache -, kann das aber nur, weil ich einen Ehemann habe, der die Partnerschaft liebt. Aber das nur nebenbei.

(Beifall)

- Ich nehme den Beifall für meinen Mann mit entgegen; so habe ich das jetzt verstanden. Danke.

Ich möchte Ihnen jetzt aber zwei ganz aktuelle Probleme sagen, die mich mutlos machen als eine Frau, die sich so für die CDU engagiert.

Erstens. Es häufen sich Anrufe von Frauen, von Kreisvorsitzenden, bei mir im Büro, die zum Beispiel sagen: Sie haben eine Veranstaltung gehabt, etwa mit dem Thema Krebsvorsorge für Frauen; 70 Teilnehmerinnen. Die Kreisvorsitzende hat das mit Freuden im Kreisvorstand der Gesamtpartei erzählt. Sie hörte dort so bissige Kommentare, daß sie mich weinend anrief.

Ein zweites Beispiel: Vielleicht kann die Kamera einmal dieses Bild hier aufnehmen. - Ja, Sie sehen es jetzt. Ich bin sieben Jahre CDA-Mitglied. Das hier ist ein Bild in der offiziellen Mitgliederzeitschrift. Sie sehen hier Kopf und Füße einer Frau, und der Leib, der Körper ist geschlechtslos. Ich finde es so niveaulos,

(Lebhafter Beifall)

daß eine Vereinigung innerhalb der CDU uns Frauen so hinstellt.

Auf der zweiten Seite heißt es dann unter der Überschrift „Dr. Heiner Geißlers neue Eva“ zum Beispiel - ich zitiere -:

Der Beruf verdinglicht ihre Gedanken, macht die Frau fügsam für die Zweck/Mittel-Rationalität, fördert so die Kälte der männlich geprägten Welt.

Und dann:

Zu einer menschlichen Gesellschaft gehören Werte, die ihre Heimat in der Familienkultur haben, wie Liebe, Natürlichkeit, Treue, Verzicht.

Meine Damen und Herren, das sind für mich Werte, mit denen ich großgezogen worden bin. Sie gelten für mich auch heute noch.

Und dann kommt folgender Satz:

Diese Symbole gehören zur Mütterlichkeit. Mütterlichkeit ist das Idol für diese Werte.

Ich bin eine Frau, die leider noch keine Mutter ist, aber wenn das so da steht, frage ich mich: Was bin dann ich? Muß das sein, müssen solche Artikel uns Frauen, die sich in der CDU engagieren, so die Kräfte nehmen?

(Beifall)

Ich möchte meinen CDA-Kollegen, den Chefredakteur, doch ganz herzlich bitten: gerade weil Sie Mann sind und weil ich davon ausgehe, daß hier Männer sitzen, die nicht ständig darüber diskutieren müssen: Hier die Frau als Mutter, da die Frau als Berufstätige. Muß das denn sein? Jede Frau hat doch ihre Tugenden. Das, was sie kann, soll sie einbringen. Ich möchte doch nicht immer in der CDU diskutieren, wer wer wird. Darum geht es doch gar nicht!

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Ich danke Frau Hohl für ihre bemerkenswerten Ausführungen. Frau Hohl, Sie haben völlig recht: Jeder muß sich mit dem einbringen, was er hat. Und da ist ganz Entscheidendes einbringbar. Aber auch auf Mütterlichkeit und Väterlichkeit wollen wir nicht verzichten.

Frau Helga Utecht!

Frau Helga Utecht: Meine Damen! Ich nehme an, die Herren nehmen es mir nicht übel, daß ich mich nur an meine Geschlechtsgenossinnen wende. Der Begriff „Quotierung“ hat mich hierher getrieben. Ich glaube wir wollen weder die Alibifrau noch die Quotierung. Wir möchten zwar mitwirken, aber mit Sachverstand und mit dem, was uns Frauen nun eigen ist, mit weiblichem Einfühlungsvermögen.

Daher mein Appell an Sie: Verschaffen Sie sich Sachkunde in einem Gebiet, das Ihnen Freude macht, und sagen Sie nicht, daß eine junge Frau, die Kinder hat, das nicht kann. Das muß nicht sofort im politischen Feld sein. Das kann sehr wohl auch im vopolitischen Raum sein. Das geht im Kindergarten los. Da gibt es den Kindergartenrat; da kann man sich demokratisch wählen lassen. Das setzt sich fort in der Schule. Wenn man die Schuldinge mit Sachverstand betreibt, ist man sehr schnell bei der Bildungspolitik. Man kann auf der kommunalen Ebene weitermachen, eventuell auf Landesebene. Von da aus ist es dann gar nicht mehr sehr weit in die Politik. Ich meine, es muß nicht in diesem politischen Rahmen immer nur die Frauenvereini-gung sein; auch mit den Herren läßt sich trefflich zusammenarbeiten.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Utecht. - Frau Susanne Ostendorf, bitte!

Frau Susanne Ostendorf: Meine Damen und Herren! Ich gehöre zu den geladenen 500 Frauen, die sich politisch engagieren und die Ihnen als Delegierten gern aus der Praxis etwas mit auf den Weg geben möchten. Ich spreche aus niedersächsischer Sicht und sicherlich stellvertretend für viele CDU-Frauen, die den Mut - und mit Recht auch die Unterstützung - haben, eine Kandidatur anzutreten und zu wagen. Daher möchte ich vorab die Delegierten bitten: Selbst wenn Sie an den Leitsätzen einiges oder etliches zu bekritlein haben, sehen Sie mit uns und mit unserem Engagement, was in der Sache dahintersteckt, und tragen Sie für uns diese Leitsätze mit! Es wird sicherlich das eine oder andere geben, das Sie nicht mögen, aber von der Tendenz her, meine ich, sollten wir uns nicht zerstreiten. Bitte bedenken Sie: Was wir hier nicht an Einigkeit finden, werden uns andere wegnehmen und auf ihre Fahnen nehmen. Das möchten wir nicht. Das möchten engagierte Frauen in der CDU-Politik nicht.

Ich möchte eines gleich zu Beginn sagen: Frauen, die sich in der CDU-Politik engagieren, und sei es, wie es meine Vorrednerin gesagt hat, im vorparlamentarischen Raum - dann hat man ja auch schon eine politische Meinung -, werden ihr politisches Engagement behalten. Diese Frauen sind der politischen Partei vielleicht zu unbequem; unser Engagement treibt uns dazu. Wir sind mit Mehrheit sachlich, wir sind unbequem, wir sind sicherlich auch hartnäckig. Das sind Dinge, die Männer und auch manche Frauen in Führungsgremien nicht mögen.

(Beifall)

Daher kommen viele Berührungspunkte. Daher setzt auch das Katz-und-Maus- und das Mühlespiel an der Basis ein. Gucken Sie - Sie alle sind Praktiker - in Ihre Ortsverbände, Stadtverbände und Kreisverbände: Die haben alle die Frauen drin, und es ist nicht die Alibifrau, sondern es ist die Frau, die sich durchgesetzt hat, weil sie etwas kann. Aber in dem Moment, in dem sie vielleicht dem einen oder anderen gefährlich werden könnte, weil sie mindestens genauso gut ist, fängt das Mühlespiel an.

(Beifall)

Da werden die Aktivitäten beobachtet. Da wird der Schotten dichtgemacht; Entschuldigung, ich bin Norddeutsche. Da kommen die Schwierigkeiten.

Ich meine, das dies sicherlich eine Sache ist, die man nicht per Papier auf einem solchen Parteitag diskutieren und weitergeben kann; aber hier haben wir einmal alle zusammen. Bitte bedenken Sie dies in der Praxis, nehmen Sie es mit nach Hause, und beachten Sie, wie Sie auch zu Hause erleben, daß die Frau eine gute Partnerin in der Zusammenarbeit sein kann! Mehr wollen wir nicht. Bedenken Sie, daß die Frauen aus Beruf und Familie unwahrscheinliche Kompetenzen und Fähigkeiten einbringen, die ja auch ihr Profil und auch das mancher empfindlicher Dame nur stärken kann. Es geht um Partnerschaft, es geht um Gemeinsamkeit. Es geht nicht um hie Männlein, da Weiblein.

(Beifall)

Dieses Wie und nicht das Ob müssen wir begreifen. Deshalb meine Empfehlung an die Delegierten: Unterstützen Sie dieses Anliegen der engagierten Frauen! Ich denke, dies wird uns allen dienlich sein. Bedenken Sie, daß das Engagement, das eine politische Partei wie die CDU braucht, sonst in andere Richtungen, in andere Vereinigungen geht. Es wird wahrscheinlich auf einem Rückflußweg wieder der CDU zugute kommen. Aber nehmen Sie doch die Gelegenheit wahr, und unterstützen Sie die Frauen, die engagiert sind!

Deshalb habe ich eine zusätzliche Forderung zu dem, was in den Leitsätzen steht. Sicherlich muß Fortbildung für Frauen hinzukommen. Aber selbst wenn wir uns weiterbilden, brauchen wir auch atmosphärisch dieses Miteinandergehen und das Miteinanderarbeiten. Haben Sie ruhig den Mut: Arbeiten Sie partnerschaftlich mit uns Frauen zusammen! Bei einer Überprüfung nicht nur auf Bundesebene, auch auf Kreisebene, werden Ihre Berichte phantastisch aussehen.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Frau Ostendorf, herzlichen Dank. Ich

bedauere, daß Sie keine ordentliche Delegierte sind. Ich gebe aber der Hoffnung Ausdruck, daß die ordentlichen Delegierten Ihre Ausführungen beachten werden. Ich darf Ihnen als Kreisvorsitzende einer Partei in einer Großstadt aber als kleines Trostpflasterchen mitgeben: Ich möchte und könnte nicht auf das Engagement und den Fleiß meiner Frauen verzichten.

(Beifall)

Frau Annegret Kirsch, bitte!

Frau Annegret Kirsch: Meine Vorrednerin hat mir schon eine ganze Reihe Punkte abgenommen. Ich kann dem nur bekräftigend zustimmen. Ich möchte eines noch einmal in den Vordergrund stellen. Daß Herr Dr. Geißler so stark diese Leitsätze in den Vordergrund gestellt und sie auch in den Medien so konkret und so engagiert vertreten hat, möchte ich hier als ganz positiv für uns Frauen herausstellen.

(Beifall)

Aber einen Wermutstropfen möchte ich doch hinzufügen: Die „Soziale Ordnung“ hat - ich selbst gehöre auch der CDA an - in diesem Zusammenhang etwas gebracht, was allein durch die Überschrift „Dr. Geißlers neue Eva“ aussagt, daß dort nichts verstanden worden ist; denn Dr. Geißler hat von etwas ganz anderem gesprochen.

(Beifall)

Was wir wollen - das haben einige meiner Vorrednerinnen klar und deutlich gesagt -, ist Partnerschaft. Das ist das, was hier im Vordergrund stehen muß und durch diesen Parteitag bestätigt werden muß.

Ich möchte noch etwas sagen. Als ich heute morgen hier hineinkam - man weiß ungefähr, daß die Delegierten überwiegend Männer sind -, habe ich die Lücken zwischen den Delegierten gesehen, die hier anwesend sind. Dann muß man sagen, daß das Interesse in unserer Partei gerade an diesem Thema meines Erachtens noch viel zu gering ist.

(Beifall)

Diese Delegierten entscheiden heute abend - wir sind als Gäste hier - über die Richtlinien. Ich hoffe, daß Sie doch etwas mitnehmen. Meine Hoffnung ist, daß nach diesem Parteitag, auf dem wir hier diskutieren - wir als Gäste dürfen dazu etwas sagen -, auch die Männer in unserer Partei - die CDU ist nach wie vor eine Männerpartei - doch einen großen Teil mitnehmen und hoffentlich dies auch in den Kreisverbänden und in den Stadtverbänden umsetzen; denn nur so kann es weitergehen. Wir wollen nicht mehr. Wir als Frauen setzen uns schon selbst ein. Aber wir müssen die Männer, die immer noch in der Mehrzahl sind, zur Unterstützung haben. Das ist das, was meine Vorrednerin schon gesagt hat: Wenn wir in diesem Sinne vorankommen, dann, meine ich, hat Herr Dr. Geißler mit seinem Engagement, mit seinem Einsatz, für uns Frauen eine Menge erreicht. Ich bitte alle Delegierten, uns in diesem Sinne zu helfen. Das andere müssen natürlich auch wir Frauen tun. Ich hoffe, daß uns das gelingt.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Kirsch. Ich hoffe, daß der heutige Tag dazu angetan ist, das Engagement der Frauen in unserer Partei zu stärken. - Frau Benedix-Engler, bitte!

Frau Ursula Benedix-Engler: Meine Damen, meine Herren! Sie haben vorhin mit Frau Ostendorf eine Stimme aus Niedersachsen gehört. Ich bin dort die Landesvorsitzende. Ich glaube, daß es gut ist, wenn ich das Gesagte noch etwas konkretisiere und aktualisiere; denn wir alle sind hier zusammengekommen, nicht um die Dinge zu beschönigen, sondern um sie sehr offen herauszuarbeiten und daraus Leitlinien für unsere zukünftige Arbeit zu gewinnen. Ich glaube, daß das Engagement und auch die Durchsetzungsfähigkeit der Frauen auf der kommunalen Ebene bereits ganz gut sind. Aber die Barriere setzt ein, wenn es um Landtagskandidaturen und um Bundestagskandidaturen geht. Sie setzt vor allem dann ein, wenn aufgrund eines Landesbeschlusses eine Frau in einem Wahlkreis nominiert werden muß.

Warum liegt da die Barriere? Warum gelingt uns das - ich spreche aus niedersächsischer Sicht; ich weiß aber, daß es in anderen Ländern nicht viel besser ist - immer weniger? Warum sinkt unsere Zahl? - Folgende Handicaps: Zunächst einmal - es wurde schon gesagt - können Frauen erst später aktiv anfangen, weil sie mit Familie, Beruf usw. in der ersten Phase zu sehr beschäftigt sind. Infolgedessen haben die Männer einen Vorsprung. Dann fangen die Frauen an, meist auf der kommunalen Ebene, auch sehr erfolgreich. Dann beginnt das, was Frau Ostendorf als Mühlespiel bezeichnet hat, d. h. dann sieht man plötzlich eine Frau auftauchen, die ein Konkurrent werden könnte. Bei der Nominierung sind die Männer Meister der Absprache. Das große Handicap der Frauen ist also, daß man auf Ortsebene und auf Verbandsebene Partner für eine Absprache suchen muß, daß man dort überall auf Männer trifft und sich häufig die Interessen bündeln: Hilfst du mir, helfe ich dir; kommst du mir entgegen, komme ich dir entgegen. Es finden dort Gespräche statt. Das ist ja alles menschlich, sehr verständlich, ganz klar. Da haben uns die Männer eines voraus: Man trifft sich am Biertisch, man trifft sich bei bestimmten Vereinen an der Bar, und dann läßt sich das mal so schnell kameradschaftlich, persönlich miteinander absprechen. Und schon sind gewisse Koalitionen da, und die Frau kann die Hürde der Nominierung nicht mehr nehmen.

Meine Damen und Herren! Wir wollen ja keine Privilegien. Wir wollen keine Quotierung. Wir wollen weiter nichts als, die Chance zu haben, uns dem Wähler zu stellen. Das können wir nicht, wenn wir bei der Nominierung abgeblockt werden. Begreifen Sie doch, daß dies nicht nur eine Chance für uns Frauen, sondern für die CDU ist, den Frauen die Möglichkeit zu geben, diese erste Hürde zu überspringen und vor den Wähler zu treten, damit er die Möglichkeit hat, zu entscheiden. Sie glauben gar nicht, meine Herren, welche beachtliche Zahl an ganz großartigen, überzeugenden Frauen, die der CDU da und dort heraushelfen, die CDU hat, wenn Sie ihnen die Chance geben.

Wir sehen die Chance in den begrenzt offenen Listen, von denen eben gesprochen wurde. Wir sehen sie aber auch in dem neuen Nominierungsverfahren innerhalb der CDU - alle Mitglieder, Briefwahl usw. Wir sollten das einmal probieren. Dann können wir uns eine Quotierung und alles andere schenken und können damit die Begabungen der Frauen, die wir unter uns haben, herausstellen.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Benedix-Engler. Den Meistern der Absprache können wir am besten dadurch begegnen, daß sich Frauen nicht nur in der Frauenvereinigung betätigen, sondern zunehmend in der Partei selbst, und da sind, wenn gewählt wird.

(Beifall)

Frau Dr. Rudolph-Heger, bitte!

Frau Dr. Eva-Brigitte Rudolph-Heger: Ich komme auch aus Niedersachsen. Sie sehen, Niedersachsen ist hier sehr aktiv. Ich bin heute als Gast hier. Ich möchte auch zum Thema „gleiche Chancen in der Politik“ sprechen. Der weibliche Anteil in der CDU ist stetig gewachsen, auf jetzt 22 %. Es ist hier schon in mehreren Beiträgen geschildert worden, wie es nun mit der Mitwirkung der Frauen in den Parlamenten aussieht - nicht in der Partei. In der Parteiarbeit unten an der Basis sind die Frauen natürlich die Aktivsten, neben den Männern.

Lassen Sie mich einige Vergleichszahlen anführen. Im Bundestag beträgt der Anteil der weiblichen Abgeordneten an allen Abgeordneten rund 10 %. Der Anteil der weiblichen Abgeordneten innerhalb der CDU/CSU-Fraktion beträgt aber nur knapp 8 %, liegt also unter dem Durchschnitt.

Wie sieht es in den Länderparlamenten aus? - Erheblich schlechter in den meisten Parlamenten. In meinem Parlament - ich muß das für Niedersachsen leider sagen - hatten wir zu Beginn dieser Wahlperiode nur zwei Frauen, was - bei 85 Mitgliedern der CDU-Fraktion - einen Prozentsatz von etwas mehr als 2 % ausmacht. Inzwischen ist eine Frau nachgerückt, so daß wir etwa 3 % Frauen haben. Insgesamt aber liegt der Anteil der Frauen in unserem Landtag bei rund 9 %. Wenn man böse wäre, könnte man sagen: In dieser Hinsicht stellt sich die CDU als frauenfeindlichste Partei dar.

Nun aber andere Zahlen zum Vergleich. Früher wurde bei uns oft gesagt: Frauen würden wir ja gern wählen, wir würden sie gern als Kandidaten aufstellen, aber wo finden wir qualifizierte Frauen, und wo finden wir qualifizierte Frauen, die zudem noch bereit sind, sich dieser Verantwortung zu stellen? - Nun, andere Bereiche finden qualifizierte Frauen. Ich möchte nur einen Bereich nennen, zu dem ich im weiteren Sinne gehöre, nämlich den Justizbereich. Die Justiz gilt im allgemeinen als konservativ, eher im Sinne von rückständig konservativ. Ich möchte Ihnen die Zahlen für die heutigen Einstellungen nennen. Bei den heutigen Neueinstellungen sind 30 % Frauen. Unter den heutigen Proberichtern und Staatsanwälten sind 30 % Frauen. Insgesamt macht der weibliche Anteil unter den Richtern und Staatsanwälten bereits 14 % aus. Nach dem Kriege konnten sie die Frauen an einer Hand zählen, die im höheren Justizdienst tätig waren.

Dieses ungünstige Bild der Frauen, daß die CDU in den Parlamenten, in den Regierungen und in den höheren Gremien bietet, ist mit ein Grund dafür, daß sie für junge weibliche Wähler so unattraktiv ist.

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Frau Dr. Rudolph-Heger, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie Ihre Redezeit schon überzogen haben. Wir haben an dieser Seite des Saales eine Warnleuchte, die ich zu beachten bitte.

Frau Dr. Eva-Brigitte Rudolph-Heger: Ich bitte um Entschuldigung. - Die Frauen wollen nicht nur mitwirken, sondern sie wollen auch von Frauen vertreten werden.

Nun lassen Sie mich kurz noch eine verfassungsrechtliche Frage ansprechen. Nach Artikel 20 des Grundgesetzes geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Das Volk besteht zu immerhin mehr als 50 % aus Frauen. Die Parlamente sollen ein Spiegelbild der Bevölkerung sein. Das sind sie aber noch lange nicht. Jeder Deutsche hat die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Die Parteien haben die Verpflichtung, die Wahlen vorzubereiten, die Kandidaten aufzustellen. Das heißt, sie sind verpflichtet, Gesetze und Strukturen zu finden, um die Frauen entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil auch in die Parlamente hineinzubringen.

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Frau Dr. Rudolph-Heger, bitte verübeln Sie es mir nicht; ich muß Ihnen das Wort entziehen. Wir haben noch sehr viele Wortmeldungen. Frau Dr. Rudolph-Heger, nur noch eine Anmerkung von mir: Die CDU ist sicherlich nicht die frauenfeindlichste Partei. Das zeigen die vielen Parteitage und die Beschlüsse und auch heute der Anteil der Männer in diesem Forum.

(Beifall)

Ich erteile Frau Marianne Gloistein das Wort.

Frau Marianne Gloistein: Frau Vorsitzende! Meine Damen, meine Herren! Ich bin seit 17 Jahren in der Frauenvereinigung aktiv. Jedesmal, wenn wir Wahlen haben, setzen wir auf das Verständnis der Männer, daß einige von uns ein Landtagsmandat oder ein Bundestagsmandat bekommen. Jedesmal, wenn die Wahlshow abgezogen wird, sind wir enttäuscht, daß wir mit unseren Vorschlägen nicht durchgekommen sind, daß unsere Frauen die Wahlkreise nicht bekommen haben. Ich plädiere jetzt, nach 15 Jahren, auch dafür, daß wir eine Quotenregelung in die Satzung aufnehmen. Das muß ja nicht für ewig und alle Zeiten sein. Wenn wir das bekommen, dann wird es auf Bezirksebene und auf Kreisebene bestimmt auch Allgemeingut werden, daß Frauen angemessen beteiligt werden.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Danke schön. - Frau Schaack-Vogel, bitte!

Frau Elisabeth Schaack-Vogel: Meine Damen und Herren! Ich bin jetzt 20 Jahre in der Politik, nicht nur in der Parteipolitik, sondern auch in der Kommunalpolitik. Wir haben immer mit den Männern gearbeitet. Wir haben gerade vor ganz kurzer Zeit einen großen Erfolg gehabt. Ich sage Ihnen, auch den Jüngeren: Wir in unserem Alter haben den Boden bereitet, den Sie heute betreten können. Das war auch nicht immer leicht. Aber ich sehe heute noch in meinem Alter lieber zu einem Mann auf als zu einem hinunter.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Frau Schütze, bitte!

Frau Brigitte Schütze: Meine Vorrednerin hat schon einiges gesagt. Ich möchte auch noch sagen, daß ich aus der Kommunalpolitik komme, seit 13 Jahren im Gemeinderat und im Verbandsgemeinderat sitze, im Gemeinderat als Fraktionsvorsitzende, und sehr intensiv mit den Männern zusammenarbeite. Ich habe im Grunde

- aber das kommt wahrscheinlich auf den einzelnen an - keine Schwierigkeiten. Man darf sich allerdings, wie es so schön heißt, nicht die Butter vom Brot nehmen lassen.

Ich bin auch gegen die Quotierung. Wir wollen letzten Endes zu unser aller Wohl ein Miteinander und kein Gegeneinander. Quotierungen würden schon im Vorfeld aller Wahlen zu ganz greulichen Kämpfen führen. Dem sollten wir alle - ich meine Männer und Frauen - uns nicht aussetzen.

Den Frauen möchte ich sagen: Wir sollten selbstbewußter werden. Wir sind keine schützenswerte Minderheit, die sich irgendwo zu verstecken hat und die überall Nischen gebaut bekommen sollte.

(Beifall)

Ich meine, das entspricht nicht unserem heutigen Selbstbewußtsein. Wir haben Männer, die uns helfen, und wir haben auch Frauen, die uns helfen.

Den Frauen darf ich hier des weiteren sagen: die sogenannten Alibifrauen kommen mir manchmal, wenn sie in höchste Positionen gerutscht sind, als exotische Vögel vor, die sich in dieser Alibifunktion doch sehr wohl fühlen und andere eigentlich nicht besonders unterstützen.

(Beifall)

Ich will es nicht anders ausdrücken.

Auch sollten wir nicht in den Fehler verfallen, die Weiblichkeit in junge und alte Frauen aufzuspalten.

(Beifall)

Wir sind Frauen. Wir haben unsere Rechte. Das wissen wir, und das sollten wir, wo wir hinkommen, auch vertreten. Furcht vor Konkurrenz sollten wir nicht haben. Es gibt mindestens ebenso viele dumme Männer wie dumme Frauen.

(Beifall)

Ich meine, das ist etwas, was uns weiterhelfen kann.

Vor allem möchte ich hier noch ein Wort zur Kommunalpolitik sagen. Ich habe vor den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz vor vielen jungen Frauen praktisch auf den Knien gelegen und sie gebeten, in den Gemeinderat zu kommen. Ich habe eine einzige, mit Hängen und Würgen, hineinbekommen. Ich meine, das sollten wir Frauen uns auch hinter die Ohren schreiben: Wir können nicht immer nur nach hinten schreien. Wir kriegen nichts auf dem silbernen Tablett serviert. Wir müssen selbst ran. Ich meine, wenn jemand zu einer Wahl antritt, dann muß er - das ist die größte Angst bei den Frauen - sie auch verlieren können. Auch wenn er sie dreimal hintereinander verliert - irgendwann klappt es.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Schütze. Ich möchte all diejenigen, die sich hier zu Wort gemeldet haben, bitten, sich freiwillig noch kürzer zu

fassen als bisher, weil wir noch eine große Anzahl von Wortmeldungen haben. Ich sehe mich veranlaßt, die Debatte zu den Ziffern 34 bis 36 vorläufig zu schließen, weil ich Wortmeldungen bereits zu anderen Punkten habe, die wir noch aufarbeiten wollen. Verbleibt dann noch Zeit, können wir wieder zu den so wichtigen Ziffern 34 bis 36 Wortmeldungen zulassen. - Ich bitte Frau Karin Hussing ans Mikrofon.

Frau Karin Hussing: Frau Vorsitzende, da Sie gerade gesagt haben, Sie wollten die Debatte zu den Ziffern 34 bis 36 schließen - dazu war meine Wortmeldung -, ziehe ich sie bis nachher zurück.

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Danke schön. - Frau Kornelia Debertin-Hink, bitte!

Frau Kornelia Debertin-Hink: Ich komme aus Niedersachsen. Ich bin nicht Mitglied der CDU, sondern bin hier Gast. Ich freue mich auch sehr, daß so viele Leitsätze zur neuen Partnerschaft verfaßt wurden. Ich habe das Gefühl, daß sehr viel davon in der Praxis, von hier aus gesehen, umgesetzt werden könnte. Aber man kann doch schon enttäuscht sein. Ich habe mich sehr darauf gefreut, hierherzukommen, über die Einladung überhaupt, und habe das auch mit einer Dame besprochen, die bei uns in Hildesheim für den Landtag kandidiert hat, die von vielen Frauen in meinem Alter akzeptiert wird, die eine Leitfigur ist, von der man hätte annehmen können, daß sie für viele Frauen wählbar ist, die sonst nicht gerade der CDU ihre Stimme geben, die sich doch überlegen, wen sie favorisieren.

Ich habe Schwierigkeiten, mir vorzustellen, wie das, was hier besprochen wird, in die Praxis umgesetzt wird, wenn man sieht, wie doch eigentlich viele Frauen, die vorhanden sind, nicht zum Zuge kommen, wenn es darauf ankommt. Man muß als Außenstehende das Gefühl haben, wie sich das auch bei uns in der Presse dargestellt hat, daß Frauen, schon bevor es zu der Wahl der Landtagskandidaten kommt, im Grunde genommen abserviert sind. Ich frage mich wirklich, ob es Zweck hat, nur theoretisch darüber zu reden und sich nicht im gleichen Zusammenhang vorzustellen, wie das umsetzbar ist und was davon man in der Praxis wirklich realisieren kann; denn es hat keinen Zweck, das hier zu bereden, wenn dann doch wieder nichts passiert. Ich finde, es ist sehr wichtig, im Auge zu behalten, daß solche Frauen tatsächlich zum Zuge kommen und nicht letztendlich weggedrängt werden, weil die Männer sich einig sind, so daß man das Gefühl hat, daß die Frau nicht gewünscht wird.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Debertin-Hink. - Jetzt darf ich Frau Marlies Kutsch bitten.

Frau Marlies Kutsch: Frau Präsidentin! Ich bitte um Entschuldigung, daß ich ausgerechnet zu den beiden Ziffern etwas sagen will, die Sie abschließen wollten. Ich glaube aber, daß ich es ganz kurz machen kann. Ich bitte darum, daß ich zwei Dinge vortragen darf.

Das erste betrifft den Antrag E 18. Im ersten Satz steht, daß alle Erfahrungen, die Männer und Frauen machen, in die Politik eingebracht werden sollen. Ich denke, daß das gut ist. Im zweiten Satz allerdings steht dann wieder einmal nicht etwa, daß die familiären Erfahrungen, die sie erworben haben, ebenfalls eingebracht werden sollten, sondern es steht ausgerechnet drin, daß diese Erfahrungen Frauen hem-

men. Ich glaube, daß Sie, wenn Sie über diesen Antrag endgültig reden, ihn vielleicht noch ein bißchen verändern sollten.

Zu dem anderen Antrag - das ist der Antrag 26 - hatte uns Frau Hellwig gebeten, daß wir uns auch das ansehen, was uns die Antragskommission rät. Ich habe bei dem, was die Antragskommission empfiehlt, sofort, als ich es las, erhebliche Bauchschmerzen bekommen. In dem Antrag steht nämlich, daß bei der Besetzung von Gremien und leitenden Positionen Frauen stärker berücksichtigt werden sollen. Die Antragskommission schlägt vor, vor „Frauen“ das Wort „qualifizierte“ zu setzen. Wir alle sind uns zwar einig, daß wir in Funktionen und Gremien überall nur qualifizierte Frauen und Männer haben wollen. Wenn man aber ausgerechnet vor das Wort „Frauen“ „qualifizierte“ schreibt, verspreche ich Ihnen, daß Sie große Diskussionen bei Kandidaturen von Frauen darüber bekommen werden, ob sie wirklich qualifiziert sind.

(Beifall)

Man wird an solchen Vokabeln am Ende aufhängen, ob eine Frau überhaupt in Frage kommt. Wenn wir, die wir nur Gäste sind, Ihnen etwas raten sollen, dann rate ich Ihnen, daß Sie gegen diesen Vorschlag der Antragskommission stimmen und es in dieser Sache bei dem Text des Antrags belassen.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Ich erteile Frau Irene Schlempp das Wort.

Frau Irene Schlempp: Ich spreche im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft deutscher Frauen- und Kinderschutzhäuser und möchte mich zu den Fragen 41 und 42 äußern. Ich sehe es als sehr positiv an, daß der zehnjährige Prozeß in der Diskussion über Gewalt gegen Frauen und Arbeit in den Frauenhäusern nun in den Leitsätzen einen positiven Niederschlag gefunden hat, und zwar so, daß wesentliche Aussagen gemacht werden, mit denen man in der Arbeit konkret etwas anfangen kann. Dazu möchte ich drei Punkte anführen.

Erstens: Fachkundige, hauptamtliche Sozialarbeit und engagierte, ehrenamtliche Arbeit müssen im Frauen- und Kinderschutzhause gemeinsam tätig sein. Dann kann eine echte Hilfe zur Selbsthilfe gewährt werden, und zwar im Haus selbst und auch im Umfeld, in das die Frauen nachher wieder hinausgehen.

Das führt dazu - der zweite Punkt, der auch in den Leitsätzen Niederschlag gefunden hat -, daß das Frauenhaus keine isolierte Einrichtung sein kann, sondern offen zur Kooperation mit Institutionen, mit Ämtern und damit auch mit dem männlichen Geschlecht sein muß. Wir können in isolierten Frauenhäusern nicht arbeiten, weil das einfach unmöglich ist, weil es ein gemeinsames Problem ist, die Gewalt gegen Frauen zu bewältigen.

Das Dritte, was für die Arbeit selbst von großer Bedeutung ist, ist, daß sich die CDU dafür einsetzen möchte, daß eine institutionelle Förderung der Frauenhäuser zustande kommt, daß also nicht nur über die einzelne Person abgerechnet wird, sondern der Aufwand im Personalkostenbereich durch eine Förderung insgesamt bezuschußt und nicht über die einzelne Frau abgerechnet wird.

Ich meine, daß dies drei wesentliche Aussagen in den Leitsätzen sind, die unbedingt

so stehen bleiben müssen, damit die Arbeit weiterhin bewältigt werden kann.

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Zum selben Thema will auch Frau Dr. Pankoke-Schenk sprechen.

Frau Dr. Monika Pankoke-Schenk: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Beitrag schließt sehr gut an den der Vorrednerin an. Ich möchte zu Ziffer 42 der Leitlinien sprechen. Aber zunächst möchte ich grundsätzlich sagen, daß wir sehr begrüßen, daß sich die CDU so intensiv mit den Fragen und mit der Situation der Frau hier befaßt. Als Vertreterin eines Frauenfachverbandes, nämlich des Sozialdienstes katholischer Frauen, möchte ich zunächst sagen, daß wir sehr dankbar dafür sind, daß diese Leitlinien von Minister Geißler als Familienminister eingebracht worden sind, und daß wir sie unterstützen.

Nun zur Ziffer 42. Dieser Punkt bezieht sich darauf, daß engagierte Frauen das Problem der Gewalt gegen Frauen in unserer Gesellschaft, also in der Öffentlichkeit, thematisiert haben. Ich möchte diesen individuellen Ansatz sehr gern durch einen institutionellen erweitert wissen, indem nämlich der Begriff „Frauen“ durch „Frauen und Frauenverbände“ ersetzt wird. Ich spreche, wie gesagt, für den Sozialdienst katholischer Frauen, der diese Aufgabe, nämlich Frauenhäuser zu unterhalten, bereits seit der Jahrhundertwende, seit Beginn des Jahrhunderts, wahrnimmt. Wir haben bereits im Jahre 1913 40 solcher Frauenhäuser gehabt und haben uns dieser Probleme von Frauen schon immer angenommen. Dies ist daher kein Thema, das erst in den 70er Jahren von den autonomen Frauen, von den Feministinnen, entdeckt worden ist, sondern eine Aufgabe, deren Kontinuität wir bis heute gewahrt haben.

(Beifall)

Wir unterhalten 18 Frauenhäuser und 15 Aufnahmeheime für Frauen im Bundesgebiet, von denen in den Leitlinien ebenfalls die Rede ist.

Ich möchte noch einmal unterstreichen, was meine Vorrednerin gesagt hat. Frauenhäuser sind nicht ein isoliertes Angebot. Auch wir sehen diese Hilfe im Kontext der Hilfe für Frauen und der engagierten Selbsthilfe, aber auch der Hilfe für Familien. Wir möchten ebenfalls darauf hinweisen, daß diese Arbeit nur mit ehrenamtlichen Frauen und Fachkräften getan werden kann.

Meine Damen und Herren Delegierte! Ich bitte Sie, diese Argumente mit zu berücksichtigen, und darf zum Antrag erheben, daß in die Leitlinien unter Ziffer 42 oben aufgenommen wird: „Es ist engagierten Frauen und Frauenverbänden zu verdanken“.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank für den ergänzenden Beitrag, Frau Dr. Pankoke-Schenk. - Ich bitte Frau Regina Vollbrecht zum Mikrofon.

Frau Regina Vollbrecht: Ich wollte eigentlich zu dem vorigen Thema sprechen, und aus diesem Grunde stelle ich meine Wortmeldung zurück, bis das Thema wieder aufgenommen wird.

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Dann bitte ich Frau Claudia Schmidt zum Mikrofon.

Frau Claudia Schmidt: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich spreche als Behindertenreferentin des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten. Wir sehen das Frauenproblem als gesellschaftspolitisches Problem an. Ich glaube, darüber sind wir uns hier im Raum einig.

In diesem Zusammenhang möchte ich ein weiteres gesellschaftspolitisches Problem ansprechen, und zwar die behinderten Frauen, die nämlich zweifach in unserer Gesellschaft benachteiligt sind, und zwar im Berufs- und Arbeitsleben sowie im Bereich der Familie. Ich möchte hier nur einmal das Stichwort Adoption als Hinweis geben - das ist mir ein sehr großes Anliegen. Natürlich sind sie auch in Führungspositionen nicht zu finden. Man schaue sich hier um, man schaue sich im Bundesrat oder im Bundestag um: Wieviel Behinderte haben wir dort, geschweige denn behinderte Frauen, die sich engagieren können? Ich möchte hier als RCDS-Behindertenreferentin fordern, daß auch dieser Kreis von Frauen, d.h. behinderte Frauen, von Ihnen beachtet, berücksichtigt und gefördert wird.

Des weiteren möchte ich zu Ziffer 41 etwas sagen. Wir begrüßen es sehr, daß die CDU fordert, daß bei Strafprozessen wegen Vergewaltigung und Sexualdelikten die Möglichkeit, die Öffentlichkeit auszuschließen, im Interesse des Betroffenen großzügig angewendet werden soll. Ich habe allerdings bisher vermißt, daß Beiträge gerade zu diesem mir sehr wichtigen Punkt gemacht worden sind. Ich finde, wir sollten auch hierauf noch einmal eingehen. Ich würde mich freuen, wenn andere Frauenverbände, Initiativen oder engagierte Frauen hierzu noch etwas sagen könnten und wenn wir uns heute noch für diese Ziffer 41 aussprechen könnten.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Frau Yzer, bitte!

Frau Cornelia Yzer: Hier ist schon mehrfach erwähnt worden, daß die Frauen, die die Bereitschaft zeigen, sich in der Partei zu engagieren, auch die Chance dazu bekommen. Ich räume gern ein, daß sich viel zuwenig Frauen engagieren. Aber ich muß auch sagen, daß die Frauen, die die Bereitschaft zum Engagement zeigen, es wesentlich schwerer als die Männer haben, sich durchzusetzen. Es ist sicherlich richtig, daß Frauen, wenn sie z. B. für die Vorstände der CDU kandidieren, oftmals bessere Chancen haben, gewählt zu werden, vorausgesetzt natürlich, daß nicht eine Reihe anderer weiblicher Kandidaten zur Verfügung steht. Aber wenn sie dann im Vorstand vertreten sind, haben sie die großen Schwierigkeiten. Zunächst einmal als Alibifrau abgestempelt, müssen sie das Doppelte und Dreifache leisten, um sich gegenüber ihren männlichen Kollegen zu behaupten. Sie werden nur allzugern zum Kaffeekochen, zum Brötchenschmieren und zum Kuchenbacken abgestellt.

(Beifall)

Das ist die Rolle in der Gesellschaft, wie die Männer in der CDU sie sehen. Wir können hier Anträge und Leitsätze verabschieden. Sie werden uns Frauen nichts nützen, wenn nicht endlich eine Änderung in der Denkweise unserer männlichen Parteikollegen eintritt.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich darf nur anmerken: Kuchenbacken zum politischen Geschäft ist auch noch zulässig. - Frau Scholz, bitte!

Frau Petra Scholz, Ibbenbüren: Wir haben heute morgen schon sehr viele Klagen über die schlechte Stellung der Frauen in der Politik und gerade innerhalb der CDU gehört. Ich muß ehrlich sagen: Ich persönlich habe ganz andere Erfahrungen gemacht, nämlich die, daß es, wenn man sich engagiert und konsequent einsetzt, auch akzeptiert wird, auch von Männern, vielleicht sogar gerade von Männern.

(Beifall)

Als zweiten Punkt möchte ich aufführen, daß ich die formelle Trennung zwischen Mann und Frau innerhalb der CDU, institutionalisiert durch die CDU-Frauenvereinigung, eigentlich für fatal halte.

(Beifall)

Dadurch werden sofort Fronten aufgebaut. Sämtliche Argumente werden auf das Argument „Mann gegen Frau, Frau gegen Mann“ verkürzt. Inhaltliche Positionen und sachliche Aussagen stehen oft hintenan.

Des weiteren möchte ich zum Grundsätzlichen sagen, daß ich meine, daß die Politik familienfeindlich organisiert wird. Ich lege die Betonung auf das Wort „familienfeindlich“ und nicht auf „frauenfeindlich“. Ich habe nicht einmal gehört, daß man Männer, die zum Parteitag fahren, fragt: Was macht ihr mit euren Kindern? Frauen werden aber sofort gefragt: Was macht ihr mit euren Kindern? - Ich habe eben im Vorbeigehen gesehen, daß hier ein Kinderhort installiert worden ist. Ich begrüße das sehr. Bedauerlich finde ich nur, daß das in keinem einzigen Hinweis in den Tagungsunterlagen auftaucht.

(Beifall)

Warum hat man das nicht gemacht? - Ich finde, wir sollten heute abend noch einmal das Problem diskutieren, daß man grundsätzlich auf größeren Veranstaltungen, aber auch auf kleineren Kinderhorte installiert, damit Mütter wie auch Väter Gelegenheit haben, ihre Kinder mit zu den Veranstaltungen zu bringen, um somit das Verständnis für das politische Engagement in der Familie zu fördern.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank.- Jetzt hat Frau Ellen-Heidi Hebestreit das Wort. Ich bitte, sich freiwillig sehr kurz zu fassen. Wir haben noch viele Wortmeldungen.

Frau Ellen-Heidi Hebestreit: Ich spreche hier für die Frauenvereinigung Schleswig-Holstein. Ich möchte zu Ziffer 41 zwei Punkte herausgreifen, die mir wesentlich erscheinen, weil es für Frauen, die vergewaltigt oder mißhandelt worden sind, hier auf unserem Parteitag und auch sonst keine Lobby gibt.

Ich möchte Sie erstens ganz herzlich bitten, wenn es heute abend um die Abstimmungen geht, zu berücksichtigen, daß die Strafprozeßordnung dahingehend geändert wird, daß es möglich wird, die Öffentlichkeit, wie es in anderen Prozessen auch möglich ist, auszuschließen, wenn es um die Opferbefragung geht, die in jedem Fall in das Intimleben des Opfers sehr großen Eingriff nimmt. Wenn man selber so etwas einmal mitgemacht hat, egal auf welcher Seite, dann sieht man, wie unfair Anwälte, Staatsanwälte und Richter mit diesen Frauen umspringen. Ich möchte allerdings

nicht verhehlen, daß dies zur Tatbestandsaufnahme notwendig ist. Deshalb möchte ich Ihnen ans Herz legen, daß aus diesem Grunde die Möglichkeit geschaffen werden muß, die Öffentlichkeit auszuschließen.

Die andere Forderung ist, daß auch aus diesem Grunde die Frau für das Prozessuale als Nebenkläger zugelassen werden muß. Es ist ganz wichtig, daß sie aus der Opferrolle herauskommt und dadurch überhaupt die Möglichkeit erhält, sich einmal an den Täter heranzuwagen.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank für die Wortmeldung. Ich bitte noch einmal, die Ausführungen zu straffen und nur das zu bringen, was bisher nicht gesagt wurde. Ich rufe jetzt die letzte Wortmeldung, die noch zum Thema Frauenhaus zur Ziffer 42, vorliegt, auf. Frau Helge Kahnert, bitte!

Frau Helge Kahnert: Meine Damen, meine Herren! Ich komme von der Frauenvereinigung aus Niedersachsen, aus Ammerland. Bisher war das Thema Frauenhaus ein heikles Thema. Dazu ist meine Meinung: Das Angebot an Frauenhäusern sollte nicht nur flächendeckend erweitert werden. Ich begrüße diese Forderung; aber müßten sie nicht erst einmal auf dem Land bekannt gemacht werden? Es müssen mehr Kontaktstellen hierfür eingerichtet werden, damit die in Not geratenen Frauen eine Möglichkeit haben, sich einen Rat zu holen oder zu erfahren, wo ein Frauenhaus existiert. Oder es muß ein Telefondienst „Frauen in Not“ eingerichtet werden, damit sie erfahren, was sie wissen müssen. Die Betreuung danach ist besonders wichtig, denn nach Aussage der Leiterin des Frauenhauses in Oldenburg wird diesen Frauen schon nach vier bis fünf Wochen eine Wohnung zugewiesen, und dann sind sie allein.

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Ich bitte Frau Ursula Lettau ans Mikrofon.

Frau Ursula Lettau: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wende mich ganz bewußt an die Männer und an die Frauen in meiner Partei. Frauen in Beruf und Familie, Frauen im Berufsleben, Frauen in Politik und Gesellschaft - ich als Kreisvorsitzende der Bochumer CDU-Frauen, bewußt nur Ehefrau und Mutter, komme gar nicht in den Leitsätzen vor. Mich gibt es als eigene Gruppe in dieser meiner christlichen Partei nicht, obwohl ich bestimmt davon überzeugt bin, daß wir noch immer die Mehrheit unserer weiblichen Mitglieder stellen.

(Beifall)

Ich habe, wenn ich nach diesen Leitsätzen gehe, keine gesellschaftspolitische Zukunft, wenn ich mich ganz gezielt nur so betätige, wenn ich nur Ehefrau und Mutter sein möchte. Ich sehe mich sicherlich selbstkritisch, doch behaupte ich, ebenso Verstand und Bildung mir bewahrt zu haben wie Frauen, die berufstätig sind oder bestrebt sind, in den Beruf zurückzukehren.

(Beifall)

Da ich eine hoffende und zukunftsfreudige Christin bin, gebe ich meiner Ehe Bestand und fühle mich ohne eigene Einkünfte durchaus partnerschaftlich anerkannt.

(Beifall)

Nicht partnerschaftlich anerkannt und auch nicht gleichberechtigt fühle ich mich dagegen in dieser meiner so sehr geschätzten christlichen Partei.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Frau Margot Sander, bitte ans Mikrofon! - Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich jetzt zwei Wortmeldungen zu Hochschule, Forschung und Lehre vorziehe; denn wir müssen unser Spektrum insgesamt abhandeln. Ich bitte Sie, sich wirklich kurz zu fassen.

Frau Margot Sander: Meine Damen und Herren! Ich bin vom RCDS. Ich möchte Ihnen, wie das für einen Studentenverband so üblich ist, gleich zu Anfang eine ziemlich provozierende Frage stellen: Wer in der CDU kann sich eine Frau als Bundeskanzler vorstellen?

(Zurufe: Ich!)

- Die Arme kommen sehr zögerlich hoch, stelle ich fest. - Wir im RCDS können das sehr gut; denn bei uns gibt es eine ganze Reihe Frauen, die in Führungspositionen tätig sind, sei es im Landesverband, sei es wie Claudia Schmidt, wie Sie vorhin hörten, im Bundesverband. Leider sind in der CDU nur 25 % weibliche Mitglieder tätig. Im Bundestag hat die CDU einen Frauenanteil von ca. 7,5 %. Das, finde ich, ist sehr gering. Dieses Manko liegt meines Erachtens immer noch an dem Spartendenken von Mann und Frau in der Gesellschaft. Der Hauspascha und das Heimchen am Herd sind bei einem Großteil der Bevölkerung in den Vorstellungen verwurzelt. Ein Karrierestreben der Frau wird dadurch oft im Keim erstickt. Außerdem wird den Frauen oft vorgeworfen, daß sie männlich wirken, wenn sie z. B. eine politische Karriereleiter emporstreben möchten. Männer, die auf Karriere verzichten wollen, gelten dagegen als verweicht. Die vorliegenden Leitsätze werden hoffentlich eine Abkehr von diesem Spartendenken bewirken. Meine Herren Delegierte, was sagt die Frau in Ihnen dazu?

Bedauerlicherweise sind einige Punkte so gehalten, daß man sie zwar wahrscheinlich mit Begeisterung verabschiedet, daß sie jedoch nicht von der Bevölkerung praktiziert werden. Darum lautet mein Appell an alle Anwesenden: Sorgen Sie dafür, daß die hier verabschiedeten Leitsätze in Ihrer Nachbarschaft, in Ihrem Ort, tatsächlich gelebt werden! Die CDU muß besonders nach diesem Parteitag mit gutem Beispiel vorangehen. In diesem Sinne möchte ich noch einmal meine Auftaktfrage, leicht geändert, wiederholen: Wann gibt es eine Frau als Bundeskanzler?

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Eine Frau als Bundeskanzler - auch das ist vorstellbar. - Ich darf jetzt Frau Helga Vetter ans Mikrofon bitten.

Frau Helga Vetter: Meine Damen und Herren! Ganz kurz noch zu Punkt 40: Hausfrau als unselbständiges Wesen. „In der Werbung“, haben Sie angegeben. Bitte, erweitern Sie diesen Punkt. Das unselbständige Wesen in der Werbung - diese Platinüden im Fernsehen und in den Zeitschriften kann jedes Kind erkennen. Das sehe ich daran, daß meine kleine Tochter kommt und mir sagt: Mami, hast du diesen Pullover auch mit ... gewaschen? - Was in meinen Augen viel subtiler ist, ist die Stellung der Frau in Schulbüchern. Ich weiß, daß das Ländersache ist. Aber man könnte doch darauf hinwirken, daß da einmal nachgeschaut wird. In Klassenstufe 7

ist Madame Leroc lediglich mit Einkaufen und Geschirrspülen beschäftigt, und Monsieur Leroc liest Zeitung.

Noch ganz kurz zu Ziffer 43. Das ist mit einem Satz zu sagen. Dazu soll ein Bericht über die Erfolge dieser Leitsätze gegeben werden. Es ist ein alter Grundsatz: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Ich bitte Frau Dr. Irmgard Frank ans Mikrofon.

Frau Dr. Irmgard Frank: Meine Damen und Herren! Zu dem Punkt „Frauen in Forschung und Lehre“ spreche ich als Vertreterin des Deutschen Akademikerinnenbundes. Der Deutsche Akademikerinnenbund hat im vergangenen Jahr in Königswinter eine Tagung zu eben diesem Thema durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Tagung können Sie in unserem Mitteilungsblatt nachlesen. Der Deutsche Akademikerinnenbund hat zugleich ein Programm zur Förderung von Hochschullehrerinnen verabschiedet, das ebenfalls gedruckt worden und nachzulesen ist. Erfreulicherweise stimmen manche Details mit den Leitsätzen der CDU, die uns hier vorliegen, überein. Ich kann, stellvertretend für den Vorstand des Deutschen Akademikerinnenbundes sagen, daß wir diesen Leitsätzen zustimmen.

Im einzelnen gehen unsere Vorschläge über die Leitsätze hinaus. Wir sind gern bereit, weitere Ideen zur Durchsetzung der einzelnen Vorhaben einzubringen.

Auf der Tagung - das möchte ich noch hinzufügen - hat sich herausgestellt, daß alle Frauengruppen an den Universitäten noch der Förderung bedürfen. Studentinnen, die mittlerweile zahlenmäßig stark vertreten sind, bedürfen der Förderung dergestalt, daß sie motiviert werden, alle Fächer gleichermaßen zu studieren. Die Motivation dazu muß bereits in der Erziehung beginnen. Der Mittelbau muß dahin gefördert werden, daß er die Möglichkeit erhält, später höhere Positionen einzunehmen. Das beginnt bereits bei der Aufgabenverteilung während der Zeit, in der die Frauen im Mittelbau arbeiten. Die Hochschullehrerinnen, die die Habilitation hinter sich haben, müssen die Möglichkeit erhalten, bei drohender Arbeitslosigkeit Arbeitsmöglichkeiten zu bekommen, sei es durch Stiftungsprofessuren, sei es durch Unterstützung von Auslandsaufenthalten, sei es durch die Vergabe von Forschungsvorhaben oder von Lehraufträgen. Sie sehen, daß wir sehr detailliert nachgedacht haben. Ich möchte noch einmal sagen, daß wir jederzeit gesprächsbereit sind.

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Dr. Frank, für Ihre Zustimmung zu den Leitsätzen, aber auch zu Ihrem Angebot zur Mitarbeit. - Ich rufe jetzt die Wortmeldungen auf, die sich mit dem Thema „Frau und Medien“ befassen. Als erstes hat das Wort Frau Rosa-Maria Wolter.

Frau Rosa Maria Wolter: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich habe außer dem Punkt, den Sie jetzt aufgerufen haben, noch einige andere Punkte. Sie haben eben gesagt, Sie würden zu den übrigen Punkten auch noch Wortmeldungen zulassen, wenn gewisse Argumente noch nicht abgehandelt seien.

Zu Punkt 35! Das neue Nominierungsverfahren, das von unserem Generalsekretär Dr. Geißler vorgestellt wird, betrifft die Männer genauso wie die Frauen. Ich möchte das einmal besonders herausstellen.

Wir haben bei uns festgestellt, daß besonders große Verluste in zweistelliger Höhe bei den Kommunalwahlen dort zu verzeichnen waren, wo die Meinung der Basis, der Mitglieder in den Ortsverbänden nicht beachtet wurde. Ich meine, wir alle müssen uns Gedanken darum machen, wie das auszuschalten ist bzw. wie das wieder hereinzuholen ist, was wir verloren haben. Dafür würde ich das Nominierungsverfahren von Herrn Geißler für besonders geeignet halten, weil es wirklich darauf abstellt, was unsere Mitglieder in den Ortsverbänden und in den Stadtverbänden denken.

Zu Punkt 36! Dort heißt es, bei der Stimmabgabe solle der Akzent auf der Liste besonders herausgehoben werden. Ich finde es gut, daß jeder einen persönlichen Akzent setzen kann. Das gilt wiederum sowohl für Männer als auch für Frauen. Bei der Beratung dieses Punktes sollte man daran denken, daß das der Gesamtpartei zugute kommt.

Zu Punkt 39! die Beteiligung der Frauen in den Aufsichtsgremien der Medien! Bei den Beiträgen, die in den verschiedenen Medien gebracht werden, muß ich immer wieder feststellen, daß Frauen zu bestimmten Bereichen ganz anders denken als Männer. Das fehlt in der Berichterstattung. Das ist eine Nichtbeachtung einer breiten Schicht der Bevölkerung. Darum auch hier die Bitte, daß etwas geschieht.

Dann habe ich noch Punkt 43 herausgegriffen. Es geht um den Bericht über die Gleichberechtigung und ihre Durchführung, der jedes Jahr an eine bestimmte Institution gegeben werden soll. Auch diesen Gedanken von Herrn Dr. Geißler halte ich für sehr gut.

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Frau Wolter, darf ich Sie bitten, zum Schluß zu kommen. Ihre Redezeit ist abgelaufen. Wir haben noch so viele Wortmeldungen. Ich bitte um Verständnis für die anderen Delegierten, die noch reden wollen.

Frau Rosa Maria Wolter: Ich bin auch fertig. Vielen Dank!

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Bitte schön!

Ich erteile jetzt Frau Heek das Wort und gebe gleichzeitig bekannt, daß ich die Rednerliste schließen muß.

Frau Helga Heek: Selbstverständlich unterstütze ich die Forderung nach mehr qualifizierten Frauen in Führungspositionen. Ich möchte jedoch davor warnen, im Hinblick auf die Medien nur auf die Führungsposition zu schießen. Die CDU hat vor langen Jahren diesen großen Fehler gemacht.

Ein SPD-Mitglied in führender Position im Rundfunk erklärte mir einmal folgendes. Die Misere für die CDU in den Medien sei folgendermaßen zustande gekommen: In den Aufsichtsratsgremien hat die CDU immer mit Argusaugen darüber gewacht, daß die leitenden Positionen ja nur ausgeglichen besetzt werden. Dabei hat sie aber übersehen, daß die jungen Volontäre und kleinen Anfänger, die ja noch so unwichtig sind, größtenteils SPD-orientiert waren. Diese Leute haben sich mittlerweile hochgearbeitet und sitzen heute vor den Mikrofonen. Meines Erachtens hat der Mann oder die Frau vor dem Mikrofon einen sehr viel größeren Einfluß auf die Meinungsbildung in der Öffentlichkeit als irgendein Aufsichtsratsmitglied.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Heek, für Ihre zutreffenden Ausführungen.

Jetzt erteile ich Frau Braun-Moser das Wort.

Frau Ursula Braun-Moser: Frau Vorsitzende, ich nehme das Wort, um lediglich auf einen Mißstand hinzuweisen, der unsere ganze Diskussion mit begleitet. Es geht um das Vorurteil, das Frauen häufig gegen sich selbst haben.

Wir haben dazu ein schönes Beispiel. Es war vorhin angeregt worden, darüber zu diskutieren. In einer Kommission, die von Frau Dr. Hellwig begleitet werden soll, nämlich der Antragskommission, werden nicht „normale“ Frauen aufgefordert, mehr in Parteilgremien und Medien zu arbeiten; vielmehr sollen es qualifizierte Frauen sein. Jetzt frage ich Sie: Was ist denn „qualifiziert“?

(Beifall)

Werden wir denn ständig nach qualifizierten Männern gefragt? Wir müssen heute leider häufig mit nicht sehr qualifizierten Männern zusammenarbeiten und tun das in einem Maße, wie es irgend möglich ist. Darüber wird auch in keiner Weise gesprochen. Aber warum versuchen wir, nur qualifizierte Frauen zu haben? Bedeutet die neue Partnerschaft eine Partnerschaft nur mit qualifizierten Frauen? Wir sollten versuchen, wirklich sachlich zu bleiben.

Wir bilden eine Mehrheit und halten uns für eine Minderheit. Wir sollten nicht immer gegen uns selbst das Wort führen. Auch wenn junge Frauen mir sagen, sie bräuchten keine Frauenvereinigung, sie würden nicht diskriminiert, sie nehme jeden wie einen Mann, dann haben sie doch schon das Vorurteil gegen sich selbst in der Tasche. Das tut einem irgendwo leid. - Danke!

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Braun-Moser.

Ich erteile nun Frau Ursula Dörler das Wort.

Frau Ursula Dörler: Ich möchte einen Punkt aufgreifen, nämlich die Werbung. Er ist mir bisher ein wenig zu kurz gekommen.

Das Bild der Frau und ihre Darstellung in der Öffentlichkeit ist wichtig, weil es das Selbstbewußtsein der Frau einerseits prägt und andererseits eine Quelle für Diskriminierungsformen gegen Frauen darstellt. Wesentlich beteiligt am Bild der Frau in der Öffentlichkeit - als ein Beispiel möchte ich das Stichwort „Frau als Sexualobjekt“ nennen - ist vor allem, aber nicht nur die Werbung. Hier Frauendiskriminierungen vermehrt und wirksam abzuschaffen, heißt unter anderem auch, so etwas Heiliges wie die Heilige Kuh Wirtschaft anzugehen. Es würde die Frauenfreundlichkeit der CDU erhöhen, nicht nur zu fordern, die Methoden der Selbstkontrolle zu verbessern, sondern auch entsprechende Kontrollmaßnahmen einzuführen. Alle Gleichberechtigungsbestrebungen werden scheitern, wenn das Bild der Frau in der Werbung dabei bleibt: knackig sexy, aber doof.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Frau Helma Schmidt!

Frau Helma Schmidt: Meine sehr verehrten Damen und Herren! 25 Jahre mache ich kommunalpolitische Arbeit und Landtagsarbeit. Dabei war ich Bäuerin und habe vier Kinder erzogen, und zwar so erzogen, daß mein Mann und ich sagen können: Wir sind mit ihnen zufrieden.

Frauen sollten auch einmal begreifen, daß sie nicht, sobald sie ein Kind haben, sofort sagen, sie hätten keine Zeit mehr. Das Thema „Frauen in Politik und Gesellschaft“ hat nicht nur mit politischen Ämtern zu tun.

(Beifall)

Wir haben viele andere Ämter in Frauenverbänden, in kirchlichen Verbänden. Es fehlen uns Frauen in den Schulelternbeiräten; es fehlen Frauen in Kindergartenbeiräten, im Strafvollzug, wenn es um Dinge geht, um die sich auch Frauen kümmern müssen.

Ich möchte Sie auffordern, nicht nur auf das politische Mandat zu sehen, sondern als junge Frau auch einmal dort hinzugehen, wo man sich die Grundlagen für die spätere politische Arbeit in der Gesellschaft holen soll.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Schmidt, für Ihre kurzen präzisen Ausführungen.

Ich erteile nun Frau Annelies Müller das Wort.

Frau Annelies Müller: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte den Leitsatz 32, die ehrenamtlichen Tätigkeiten, behandeln. Ich kann es, ehrlich gesagt, nicht mehr hören - und das ist oft zu hören -, daß wir Frauen immer noch mehr und noch mehr zu ehrenamtlicher Tätigkeit aufgerufen werden. Das können vielleicht Frauen, die nicht arbeiten müssen. Aber von alleinstehenden Frauen, von denen es eine große Zahl gibt und die vielleicht auch noch Kinder zu versorgen haben, kann man das einfach nicht in diesem Maße verlangen.

Ich empfinde es als schlimm, daß man laufend die Zahl bezahlter Planstellen in den sozialen Bereichen, von Sozialarbeitern, in Krankenhäusern und Altenheimen kürzt, denn das sind Arbeitsgebiete, in denen besonders viele Frauen tätig sind. Ich meine, der Staat entzieht sich damit mehr und mehr der Pflicht, Leben lebenswert zu erhalten und dies auch finanziell zu honorieren, wenn er laufend an die Frauen appelliert, in diesen Bereichen ehrenamtlich tätig zu werden.

Es sollten auch vermehrt Arbeitsplätze in den Bereichen Umwelt-, Tier- und Naturschutz für Frauen geschaffen werden. Auch in diesen Bereichen darf nicht immer nur der ehrenamtliche Einsatz im Vordergrund stehen. Auch bin ich dafür, daß Politik vermehrt beruflich betrieben werden kann; denn sich in Sachgebiete wirklich umfangreich neben Beruf und Haushalt einzuarbeiten geht einfach auf Kosten von Familie und eigener Gesundheit. Das gilt übrigens für Männer wie für Frauen. Dann wird die ehrenamtliche Tätigkeit, egal, auf welchem Gebiet, zur Strapaze und ist der Sache nicht mehr dienlich, da Vernachlässigung durch Überforderung eintritt.

Zusammengefaßt: Ich bin für eine vermehrte Arbeitsplatzbereitstellung auf den Gebieten, auf denen die Frauen ehrenamtlich tätig sind. - Ich bedanke mich.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank! - Ich darf jetzt bitten, sich mit einer Redezeit von zwei Minuten zu begnügen. Dann schaffen wir noch alle Wortmeldungen. Sonst wird das nicht möglich sein.

Frau Vogelsang!

Frau Irmgard Vogelsang: Meine Damen und Herren! Im Leitsatz 31 heißt es im letzten Satz: „Die Mitarbeit von Frauen in Politik und Gesellschaft ist daher unverzichtbar.“

Ich bin froh über diese Feststellung, und dennoch geht sie mir bei weitem nicht weit genug. Sie alle, meine Damen und meine Herren in ganz besonderer Weise, wissen, daß wir Frauen in der Union jederzeit bereit sind, aktiv und engagiert mitzuarbeiten. Ich brauche da nur an Wahlkampfzeiten und dergleichen zu erinnern. Das ist so, das soll sich auch nicht ändern. Aber wir sind nicht nur bereit und, wie ich meine, in der Lage, mitzuarbeiten, sondern auch Verantwortung mit zu tragen.

(Beifall)

Ich denke, es gibt eine Vielzahl von engagierten Frauen in der Union, die bereit sind, den Beweis dafür anzutreten, daß sie die Partei auch nach außen hin gut präsentieren können.

Ein Beispiel aus dem persönlichen Bereich. - Ich bin seit vier Jahren stellvertretende Bürgermeisterin einer Stadt mit 20 000 Einwohnern in Niedersachsen. Wenn wir gefordert werden - das ist eine Aufforderung an Sie, meine Herren -, dann können wir das, dann möchten wir das. Wir können mit Ihnen gemeinsam partnerschaftlich die Probleme lösen.

Zum Schluß eine Bitte! Verabschieden Sie die Leitsätze so, wie sie Ihnen vorliegen! Machen Sie auch nach außen hin deutlich, was wir in der Union uns für die Zukunft vorstellen! Aber bitte sorgen Sie auch dafür, daß wir es da verwirklichen, wo es notwendig ist: in der Familie, an der untersten Ebene, in den Ortschaften, in den Kommunen! Ich glaube, daß wir dann gemeinsam zwar relativ langsam, aber doch einen Schritt in die richtige Richtung tun. - Danke schön!

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Vogelsang, und viel Erfolg für Ihre weitere politische Arbeit!

Frau Nikola Greiff, bitte an das Mikrofon!

Frau Nikola Greiff: Vielen Dank, Frau Vorsitzende, daß Sie mich gleich unter dem Thema „Medien“ einordnen, aber eigentlich hatte ich den Auftrag, hier für die Kommission „Frau im Mittelstand“ zu sprechen.

Die Frau im Mittelstand findet in den Leitlinien wenig Erwähnung. Ich will meinem Auftrag mit wenigen Sätzen gerecht werden.

Die Frau drängt inzwischen sehr stark nach der Selbständigkeit. Wer die Ergebnisse der Meisterprüfungen liest, wird erkennen, daß die Frau im Handwerk ganz besonders gute Noten bei Handwerksprüfungen erhält. Damit bahnt sich schon eine Konkurrenz an.

(Beifall)

Einen Satz zu den Medien. Ich empfinde es, ehrlich gesagt, als außerordentlich schlimm, daß sich die Medien darüber unterhalten können, ob eine Frau noch Nachrichten lesen darf oder ob sie dafür nicht schon zu alt ist. Das wird dann durch die Printmedien aufgegriffen. Niemand fragt, ob sie es kann oder nicht. Es wird lediglich betont, sie sei zu alt, sie müsse weg.

Diese Entscheidung wäre mit Sicherheit so nicht gefallen, wenn in den oberen Etagen auch eine Frau mit dageigewesen wäre und gesagt hätte: Das würde ich Ihnen in diesem Jahrzehnt nicht empfehlen.

Die Franzosen haben wohl einen Sinn für Schönheit. Aber in französischen Medien gilt: Persönlichkeit vor Schönheit und Jugend.

(Beifall)

Ich meine, wir werden den Frauen erst dann gerecht, wenn wir dafür sorgen, daß in den Medien - gleichgültig, ob Rundfunk oder Fernsehen - die Frau so eingeordnet wird, wie ihre Ausdruckskraft ist.

Meine Damen, erlauben Sie mir, in die ganze Geschichte ein bißchen Humor zu bringen: Sind Sie eigentlich schon einmal gefragt worden, ob Sie dieses Toupé oder jenen Bierbauch sehen wollen?

(Heiterkeit und Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Greiff. Ich will nur darauf hinweisen: Die Probleme des Mittelstandes werden hier nicht behandelt. Ihre Wortmeldung lautete zur Ziffer 32, zur Ehrenamtlichkeit.

Ich erteile nun Frau Margarete Kuhn das Wort.

Frau Margarete Kuhn: Ich bin ohne vorbereitete Rede hier. Ich habe mich dazu entschlossen, als Frau Kuhn aus Arensburg bei Hamburg in Schleswig-Holstein ein paar Worte zu sagen.

Nachdem ich über elf Jahre in einem Kommunalparlament gearbeitet habe, muß ich sagen, daß ich bisher mit meinen männlichen Kollegen immer gut ausgekommen bin. Für manche wirkt es diskriminierend - das ist hier noch nicht zur Sprache gekommen und trifft auf mich nicht zu -, daß viele Frauen, wenn sie in der Kommunalpolitik sind, in Gremien für Gesundheit, Familienwesen und, wenn es ganz hoch kommt, für schulische Fragen eingesetzt werden. Diese Ressorts will ich nicht abwerten; sie sind ungeheuer wichtig.

Ich bin z. B. für Finanzen zuständig und bin beim Bauen und Planen dabei.

(Beifall)

Ich bin die einzige weibliche Person im Finanzausschuß des schleswig-holsteinischen Städtetages.

Das alles muß man sich aber ein bißchen erarbeiten. Wenn man dann Angst hat, das Wort „qualifizierte Frau“ zu hören, muß ich entgegenen: Man muß die Qualifikation so verstehen, daß man Erfahrungen sammelt, auch wenn sie mit dem Beruf nichts zu tun haben. Ich habe Pharmazie studiert; mein Mann war Arzt.

Man muß also Erfahrungen sammeln. Das bedeutet, daß man über ein gewisses Allgemeinwissen verfügen muß, daß man sich einfügen können muß und daß man auch nicht so stur ist, wie es manche Herren sind, an einer Sache so lange festzuhalten, bis sie festgefahren ist. Es ist eine typisch weibliche Eigenschaft, etwas flexibel zu sein.

Wir dürfen nie vergessen, daß wir von Männern gewählt werden. Ich bin auch im Vorstand einzige Frau. Aber mir wird immer gesagt, ich sei nicht das Feigenblatt der Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung Schleswig-Holstein. Diese Tätigkeit übe ich auch schon seit vielen Jahren aus. Ich meine, man muß sich so etwas erkämpfen, geschenkt wird es nicht.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Frau Kuhn, vielen Dank!

Frau Bettina Gilbert!

Frau Bettina Gilbert: Ich möchte noch einmal etwas zu der Vokabel „qualifizierte Frau“ sagen. Ich halte es für außerordentlich wichtig, daß es qualifizierte Frauen gibt. Politik und Gesellschaft brauchen qualifizierte Frauen. Frau sein allein ist noch keine Qualifikation.

(Beifall)

Als Jugendliche finde ich es erschreckend, wie wenig selbstbewußt und wie ungleichberechtigt sich manche Frauen hier offensichtlich fühlen.

(Beifall)

Ich kann das nicht nachempfinden. Ich habe keine Angst vor den Männern, die als außerordentlich frauenfeindlich hingestellt werden.

(Beifall)

Ich frage mich, ob wir eine Sonderbehandlung und Sonderunterstützung, wie es vorhin hieß, überhaupt brauchen, ob wir mit einer solchen Forderung nicht die Meinung mancher Männer stützen, daß wir schwächer seien.

Ich sage das bewußt sehr kraß: Wir brauchen keine Emanzen und keine Feministinnen, sondern wir brauchen qualifizierte Frauen, die ein Ehrenamt im Verein, in der Politik und in der Kirche genauso wie den Beruf der Mutter selbstbewußt ausüben und die genauso selbstbewußt wie jeder Mann den bezahlten Beruf ausüben.

(Beifall)

Wir sollten unsere Kraft besser darauf verwenden, in der Weise zu handeln. - Zu den Ausführungen meiner Vorrednerin möchte ich noch anmerken: Ich finde es auch fatal, daß eine Unterscheidung zwischen Männern in der Partei und Frauen in der Partei überhaupt gemacht werden muß. Ich glaube, es wäre echte Emanzipation, wenn diese Unterscheidung nicht mehr gemacht werden müßte.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank für die erfrischenden Ausführungen, Frau Gilbert.

Jetzt hat Frau Bast das Wort.

Frau Inge Bast: Meine Damen und Herren! Ich muß in die gleiche Bresche schlagen wie meine Vorrednerin. Ich finde es beschämend, welches Bild wir von uns selbst zeichnen: hilflos, ängstlich und nur zum Kaffeekochen und zum Kuchenbacken geeignet. So ist es doch wirklich nicht!

Wir haben doch in weiten Bereichen die gleichen Qualifikationen wie die Männer und wissen sehr genau, was wir wollen. Nur reicht es natürlich nicht, wenn wir uns ständig vor unserer eigenen Courage verstecken und uns nur darauf verlassen, daß uns die Partei oder sonst irgendwer die Steine aus dem Weg räumt.

(Beifall)

Wir müssen für das, was wir wollen, selbst kämpfen. Dann erreichen wir auch etwas.

Ich möchte noch etwas zu den Ausführungen einer Dame vorhin sagen, die dargelegt hat, sie wolle zu den Männern gern aufschauen.

Da ich nicht gerade großgeraten bin, wird es mir auch weiterhin nicht erspart bleiben, zu den Männern aufzuschauen. Wenn es um die fachliche Qualifikation geht, werde ich mir einen Joker mitbringen.

Danke schön.

(Beifall)

Frau Marianne Lerch: Meine Damen und Herren! Ich möchte zu Punkt 32 sprechen, und zwar zur Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit. Immerhin ist es lobenswert, daß jetzt immer mehr Frauen als Schöffen vorgeschlagen werden. Jetzt beginnt aber die Diskriminierung der Hausfrau. Eine Hausfrau bekommt für eine Stunde Schöffentätigkeit 6 DM, ein Selbständiger viermal so viel. Das bezieht sich auf die gleiche Tätigkeit. Nach acht Stunden ist man genauso überanstrengt wie ein Mann und bekommt nur 50 oder 60 DM, während ein Selbständiger 250 DM bekommt. Das ist die Diskriminierung der Hausfrau, die irgendwie abgeschafft werden müßte.

(Beifall)

Frau Rita Zurmahr: Zunächst einmal denke ich, daß wir Herrn Geißler sehr dankbar sein sollten, daß er den Frauen die Chance gibt, die Problematik von Frauen in Beruf, Familie und Politik hier einmal sehr öffentlich zu diskutieren, da wir bisher, glaube ich, wenig Gelegenheit dazu haben, unsere besonderen Schwierigkeiten gerade im

Bereich der Politik und Gesellschaft einmal so intensiv zu diskutieren.

Ich möchte auf eine Wortmeldung Bezug nehmen, daß die Probleme erst dann anfangen, wenn Frauen auf Landes- oder Bundesebene kandidieren wollen und politisch engagiert sind. Ich komme aus einem Kreisverband, in dem das ganz anders ist. Da ist es noch enorm schwierig, in den Stadtrat zu kommen. In der Stadt Hückelhoven gibt es z.B. immer noch keine einzige Frau der CDU, die Mitglied des Stadtrates werden konnte. Im Kreis Heinsberg ist es keiner einzigen Frau gelungen, einen Wahlkreis für den Kreistag zu bekommen. Ich denke, sehr geehrte Männer, Sie sollten einmal zur Kenntnis nehmen, daß es auch in diesen Kreisen sicherlich engagierte Frauen gibt, die sich gern für die CDU zur Verfügung stellen wollen und die schon seit Jahren sehr intensiv an der politischen Arbeit beteiligt werden.

Ich denke, daß wir aus dieser Diskussion wahrscheinlich sehr viel Mut schöpfen können, wenn wir hören, daß es in anderen Kreisverbänden sehr viel anders zugeht. Allerdings sollten wir hier auch eine Gefahr sehr ernst nehmen. Ich habe hier den Eindruck, daß die Frauen insgesamt durch diese Diskussion in die Gefahr gedrängt werden, zwischen den wahren Frauen, die sich nämlich für Familie und Kinder entschieden haben, und den eigentlichen Frauen zu unterscheiden, die beruflich qualifiziert oder politisch engagiert sind. Ich hoffe, daß hier deutlich wird, wie groß die Gefahr ist, wenn sich Frauen jetzt von Männern in eine solche Entscheidungssituation drängen lassen.

Ich glaube, daß wir es gerade unserem Generalsekretär und unserem ausgezeichneten Familienminister zu verdanken haben, daß die Leitsätze deutlich machen, daß es hier nicht um eine Polarisierung, sondern eindeutig darum geht, Frauen die Wahlmöglichkeit, die Wahlfreiheit zu ermöglichen. Das heißt, wir müssen akzeptieren, daß es Frauen gibt, die sich ausschließlich für Familie und Erziehung ihrer Kinder entscheiden, daß es aber auch Frauen gibt - ich weiß nicht mehr, aus welchem Verband die Dame kam, die das diffamierende Beispiel innerhalb der CDA deutlich hervorgehoben hat -, die aus irgendwelchen Gründen, manchmal auch nur aus finanziellen Gründen, leider auch manchmal aus medizinischen oder biologischen Gründen, nicht Mutter sein können. Diese dürfen um Gottes willen nicht diffamiert und von der politischen Arbeit ausgeschlossen werden.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Zurmahr, für Ihre Ausführungen.

Ich darf jetzt das Forum, die Zuhörer um besondere Aufmerksamkeit bitten. Wir haben ein wichtiges Thema, das wir miteinander behandeln wollen. Herr Hasselmann wird Ihnen den Sachverhalt vortragen, und ich bitte um Ihre besondere Aufmerksamkeit.

Wilfried Hasselmann: Meine Damen und Herren! Ich habe einen Vorschlag, animiert durch eine freie Mitarbeiterin des Norddeutschen Rundfunks, die hier das Wort genommen hat. Wir haben alle aus den Nachrichten entnommen, daß die Nachrichtensprecherin Frau Ruth Speer, 49 Jahre alt, diese Aufgabe nicht mehr übernehmen soll, weil sie zu alt sei. Was Werner Höfer recht ist, kann für uns eigentlich Auftrag sein, entsprechendes für Frau Speer zu tun.

(Beifall)

Sollten wir nicht einen Initiativantrag zugunsten von Frau Speer verabschieden? Ich weiß nicht, zu welcher Partei sie gehört, was mir auch völlig gleichgültig ist. Aber was für den einen gilt, gilt auch für den anderen. Ich rege diese Initiative an; die Organisation der Bundespartei wäre bereit, entsprechendes zu veranlassen.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Hasselmann.

Ich darf das Forum um Zustimmung bitten. Wir wollen eine Resolution verfassen, einen Appell aussprechen, daß Frau Ruth Speer weiter auf ihrem Posten bleiben kann. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Niemand. Es ist einstimmig so beschlossen, daß wir protestieren.

Frau Dr. Annette Schavar: Hier steht überall: die neue Partnerschaft. Ich versuche nun krampfhaft zu überlegen, worin die alte Partnerschaft bestanden hat. Wir könnten vielleicht im Laufe des Tages versuchen, das zu formulieren, was wir neu in den Partnerschaftsgedanken hineinbringen wollen.

Dazu möchte ich die Anregung geben, den Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Politik stärker hervorzuheben. Ich glaube, es geht nicht nur darum, daß Frauen mehr Mandate bekommen, sondern auch darum, daß es gesellschaftliche Bereiche gibt, in denen in der Hauptsache Frauen tätig sind. In Ziffer 32 des Leitantes ist das formuliert, und unsere Frage sollte vielleicht sein: Kann man in der Politik zukünftig auf all dieses gesellschaftliche Engagement und auf die Inhalte in den Berufsfeldern, in denen in der Hauptsache Frauen tätig sind, verzichten? Ich denke, man kann unter gar keinen Umständen darauf verzichten. Deshalb ist die Frage nicht primär und allein: Soll die Frau bestimmte Mandate übernehmen, sondern es fragt sich, ob wir in unseren Parlamenten und den politischen Gremien verzichten sollen, ob wir verzichten dürfen, all die Erfahrungen aus der Familie, aus vielen gesellschaftlichen, verbandlichen Bereichen, aus dem Bildungsbereich, aus dem Sozialbereich, der in dieser Gesellschaft von Frauen geprägt wird, einzubringen.

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Ich bitte, jetzt nur noch das vorzutragen, was Sie in diese Plenumsdiskussion möglicherweise neu einbringen können.

Frau Kläre Vorreiter: Ich möchte auf zwei Punkte eingehen, die noch nicht angesprochen wurden, zum einen auf den Antrag Nr. E 53, in dem es heißt: Die CDU verurteilt frauendiskriminierende Werbung. Ich möchte hier die Frage aufwerfen: Wie ernst meint es die CDU überhaupt mit dieser Forderung? Ich möchte vorausschicken, daß ich Frauen, die sich allein für Mutterschaft und Familie entscheiden, bewundere, aber dieser Parteitag steht unter dem Thema: „Die neue Partnerschaft, Frauen in Beruf, Familie und Politik“. Ich halte das letzte „Deutsche Monatsblatt“ der CDU, wo eine Frau mit einem wirklich entzückenden Kind in alter Rollenverteilung auftrat, nicht für angemessen, und für mich war dieses Titelbild Ausdruck der Diskriminierung der Frau.

Ein weiterer Punkt ist Antrag Nr. 59, in dem es heißt: „Vergewaltigung ist sowohl außerhalb wie innerhalb der Ehe als Straftat zu verfolgen“. Ich möchte alle hier Anwesenden bitten, diesen Antrag des Bundesvorstandes der Jungen Union zu unterstützen; denn die Forderung, auch Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe zu stellen, ist in der CDU leider nicht populär. Es wird oft mit der Begründung abge-

drängt, man könne das juristisch so schwer fassen. Ich muß fragen: Kann man aus juristischen Gründen das Schutzobjekt vergewaltigte Frau völlig vernachlässigen? Das kann doch wohl nicht der Auftrag einer christlich demokratischen Partei sein.

Ich habe im Protokoll über die entsprechende Bundestagssitzung gelesen, daß, als die GRÜNEN das Thema der Vergewaltigung in der Ehe aufgegriffen haben, „gröhrendes Gelächter aus den Reihen der Abgeordneten“ verzeichnet ist. Leider muß ich annehmen, daß auch die CDU-Abgeordneten mitgegröhlt haben, und das halte ich für eine Schande.

Frau Jutta Giersch: Ich danke Ihnen, daß Sie mir zum Schluß noch ein paar Worte gestatten. Eines steht fest: An der Gemeinsamkeit von Frauen und Männern geht nichts vorbei. Im Endeffekt vermisse ich das Wort „Kompromißbereitschaft“. Es ist doch wohl ganz sicher, daß Männer Politik ohne Frauen nicht verwirklichen können; denn sie müssen auch von Frauen gewählt werden, und Frauen brauchen in ihrer Funktion natürlich auch Männerüberzeugung. Daran kommen wir nicht vorbei.

Vorhin waren ein paar junge Damen hier, die ich prima fand. Auch Selbstbewußtsein gehört zu unserem Leben. Wir sollten uns nicht selber etwas einreden; das ist Quatsch. Ich möchte ein Motto noch einmal ganz deutlich sagen, und jeder sollte es aufnehmen: Selbstbewußt, kämpferisch, werbend überzeugen. Man kann auch Männer mit ein bißchen Humor und ein bißchen Schwung überzeugen. Besser geht es, wenn noch Sachkenntnis hinzukommt. Es kommt aber auf die Kompromißbereitschaft an.

Meine Bitte ist also, daß dieser Antrag 69 des Bundesvorstands, damit diese ganze Mühe des Anhörens und Redens nicht umsonst bleibt, wirklich in die Tat umgesetzt wird, eine Institution zu schaffen, die jährlich in etwa verfolgt, kontrolliert und feststellt, wie weit die Wege zur Partnerschaft in dem Sinne weitergegangen worden sind. Ich könnte mir vorstellen, daß daraus wieder neue Anregungen entstehen, Fehler verbessert werden können. Ich meine, es wäre vielleicht ein ausgezeichnete Schluß dieser Debatte, wenn wir uns auf diesen Antrag letztlich als Endpunkt einigen könnten.

Frau Birgit Kupper: Auch ich bedanke mich, daß Sie mir noch Gelegenheit geben, mich zu äußern.

Zwei Dinge sind mir aufgefallen. Einmal wurde sehr viel gesagt: Frauen können sich erst stärker politisch betätigen, wenn ihre Kinder groß sind. Ich denke, das stimmt einfach nicht. Die Frauen lassen sich zwar normalerweise sofort zurückdrängen, wenn sie eine Familie gründen, aber ich meine, das muß nicht sein. Ich selbst habe mit politischer Betätigung angefangen, als ich mit meinem ältesten Kind in Umständen war. Heute ist mein Sohn 16 Jahre alt, und ich denke, man kann auch Kinder dazu erziehen, dieses Engagement ihrer Mutter, ob im Beruf oder sonstwo - es muß nicht immer eine Erwerbstätigkeit sein - zu akzeptieren und als selbstverständlich anzusehen. Das haben meine Kinder schneller als mein Mann gelernt.

(Beifall)

Ich denke, daß auch das eine Frage des Selbstbewußtseins ist, das vorhin ein paar Mal angesprochen wurde.

Folgendes habe ich vermißt. Vorhin wurde die ledige Mutter erwähnt. Wir haben

auch geschiedene und verwitwete Frauen. Wenn es bei der Diskussion über einen neuen Familienminister darum geht, daß wir versuchen, eine Frau zu finden, die diese Position ausfüllen kann, dann darf es dabei kein Argument sein, daß eine Frau verheiratet oder nicht verheiratet ist. Ich verlange auch von dem Mann keinen Nachweis, daß er sich in der Familie betätigt hat, und ich verlange auch nicht gleichzeitig ein Medizin- oder Psychologiestudium, als Voraussetzung für das Amt des Ministers für Jugend, Familie und Gesundheit. Ich denke, daß wir davon wegkommen müssen, die Frauen gesondert einzuteilen. Es muß eine Frau sein, die die Fähigkeiten besitzt, egal, ob sie verheiratet oder nicht verheiratet ist. Da muß die Partei auch noch umdenken.

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Kupper. Ich bin froh, daß wir Ihnen zum Abschluß Gehör geben konnten. Ihre Ausführungen waren sehr gut.

Zum Abschluß darf ich den Teilnehmern dieses Forums noch etwas Besonderes anbieten. Wir haben einen weiblichen Gast aus Spanien unserer Schwesterpartei bei uns, und unser Gast möchte einige Worte zu uns sprechen. Ich bitte Frau Concepcion Ferreir ans Mikrofon.

Frau Concepcion Ferreir (mit Beifall begrüßt)

(Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung): Frau Concepcion Ferreir ist die Vorsitzende der Union Democratica Katalonien, eine unserer Schwesterparteien in der Union Christlich Demokratischer Parteien Europas. Sie ist also eine authentische Politikerin, Parteivorsitzende; das ist eine seltene Erscheinung.

(Beifall)

Was sie Ihnen sagen wollte, ist ein bißchen die Zusammenfassung vieler Äußerungen, die hier heute morgen gekommen sind. Sie ist Mutter von fünf Kindern und Abgeordnete im katalonischen Parlament.

(Beifall)

Sie hat heute morgen hier viele Frauen gehört, die z.B. eine Änderung des Wahlrechts, eine bessere Beteiligung der Frau an der Politik fordern. Sie hat auch gehört, daß es um bessere soziale Bedingungen, um den Zutritt für Frauen nach der *Familiertätigkeit im politischen Leben und um Fragen der Gleichberechtigung* insgesamt ging. Sie unterstützt sehr vieles davon, was gesagt worden ist. Sie hat über einen Dolmetscher zugehört.

Sie meint aber, man müsse eines noch einmal ganz deutlich und konkret sagen. Frauen sind nicht nur Frauen, sondern über alle Bedingungen hinweg Person und Persönlichkeit, und deswegen müssen sie am politischen Leben teilnehmen.

(Beifall)

Frauen wollen keine Privilegien, sie sind keine Minderjährigen. Frausein ist kein Recht, aber sie müssen alle Rechte haben, die der Gesellschaft offenstehen.

(Beifall)

Daher betont sie, wie wichtig es ist, was Dr. Geißler sagte, daß die Frauen voll

berechtigter Teil der Gesellschaft sind, daß sie den vollen sozialen Rahmen erhalten, um gleichzeitig Frau, Mutter, Erzieherin zu sein und am Arbeitsleben und in der Politik teilzunehmen. Sie unterstreicht also voll diese Forderung von heute morgen.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Ferreir. Sie sind für uns ein Paradebeispiel für die Vereinbarkeit von Familie und Tätigkeit in der Gesellschaft, in der Politik. Wir danken Ihnen für Ihre Ausführungen, für Ihr Kommen, und wir wünschen Ihnen für Ihre weitere politische Arbeit in Ihrem Heimatland, in unserer Schwesterpartei viel Erfolg.

Ich darf abschließend für drei Sätze Frau Dr. Hellwig das Wort erteilen.

Frau Dr. Renate Hellwig: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur zur Information: Wir sind hier oben angesprochen worden, daß es sehr bedauerlich sei, daß jetzt aus diesem Forum keine Anträge mehr kommen können. Ich darf Ihnen versichern, Frau Thoben und ich sind Mitglieder der Antragskommission, und wir werden versuchen, die eine oder andere Anregung in diesem lockeren Verfahren noch aufzunehmen, weil wir sagen, daß es ein ungewöhnlicher Parteitag ist, wo auch ungewöhnliche Verfahren gelten sollten.

(Beifall)

Noch zu Ihrem Verständnis, insbesondere meine jungen Damen: Die Frauenvereinigung ist ein bißchen in Frage gestellt worden, und ich fände es schade, wenn das als widersprüchlicher Eindruck hier stehenbleiben würde. Ich darf Ihnen versichern: Als ich noch ganz jung war, habe ich sie auch für überflüssig gehalten. Sie wird so lange notwendig sein, wie es nicht möglich ist, daß die Frauen in unserer Gesellschaft nicht mehr in diese Konfliktsituationen kommen, wie wir also nicht wie Männer ohne Kinder nur mit ihrer Qualifikation in Wettbewerb treten können. Als junger Mensch empfindet man noch nicht, was es bedeutet, wenn die Frauen Kinder haben und dann faktisch plötzlich erleben müssen, daß sie von dieser Gesellschaft für die Kinder eher bestraft als belohnt werden, trotz vieler guter Sprüche, die zugunsten der Mütter mit Kindern kommen. Die Chancen, dann in der Politik echt etwas durchsetzen zu können - ich glaube, das haben Damen hier sehr gut zum Ausdruck gebracht -, sind leider auch in der CDU noch nicht so optimal.

Das Selbstverständnis der Frauenvereinigung läuft darauf hinaus, auf keinen Fall eine isolierte Truppe zu sein. Wir empfinden uns als ein sogenannter Transmissionsriemen, der den Frauen Mut macht, in die Gesamtpartei einzusteigen. Erst dann, wenn wir eine Generation haben, die das ohne jede Hemmungen unmittelbar verwirklichen kann, wird die Frauenvereinigung überflüssig sein. Diesen Zustand werden wir erreicht haben, wenn von den Parlamentariern 50 % Frauen sind.

Vielen Dank.

(Beifall)

Frau Gisela Büttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Dr. Hellwig, für diese abschließenden Äußerungen. Wir sind damit am Schluß dieses Forums angekommen.

Wir haben in der uns zur Verfügung stehenden Zeit eine große Fülle von Anträgen beraten können, was nur deshalb ging, weil Sie alle sehr diszipliniert waren und das Bewußtsein hatten, daß die Themen so wichtig sind, daß es angezeigt war, sich kurzzufassen. Wir haben Ihnen alle für diese Diskussionsmöglichkeiten und die vielen Anregungen zu danken. Die vielen Äußerungen, die gemacht wurden, zeigen, daß das Frauenbild völlig anders geworden ist, als dies in der Jahrhundertwende der Fall war. Wir wollen unsere Leitsätze heute so beschließen, wie das heute morgen diskutiert werden konnte.

Ich schließe damit das Forum 3.

Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß entgegen der Angabe im ausgedruckten Programm die nächste Plenarsitzung bereits um 14.30 Uhr und nicht erst um 15 Uhr beginnt.

Ich wünsche Ihnen jetzt einen guten Appetit.

Das Forum ist geschlossen.

(Schluß: 13.07 Uhr)

FORUMSDISKUSSION IM PLENUM

Leitung und Einführung: Frau Dr. Helga Wex, MdB

Frau Dr. Helga Wex, (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich begrüße Sie zur Forumsdiskussion und stellvertretend für alle Frauen die 500 Frauen aus allen Teilen unseres Landes, aus den verschiedensten Bereichen, die Jüngeren und die Älteren, die Hausfrauen, die Rentnerinnen und die berufstätigen Frauen.

Wir wollen jetzt das fortsetzen, was heute vormittag in den Foren begonnen hat: unsere Leitsätze im Spiegel Ihres Urteils zu sehen.

Wir als politische Partei haben unsere politische Vorgabe für dieses Thema gemacht. Wir erklären uns zum Adressaten für Zustimmung, Kritik und Veränderung.

Die Diskussion dieses Themas und die politischen Konsequenzen, die daraus folgen, sind keine vordergründige Überbetonung von Gruppeninteressen von Frauen, wie gestern eine große Zeitung vermutete, die in diesem Zusammenhang von drohendem Ständestaat sprach. Sondern mit diesem Thema setzen wir uns mit Themen und Problemen auseinander, vor denen die Mehrheit der Bürger jeden Tag steht.

Unser Vorschlag, flexiblere Arbeitszeiten einzuführen, eröffnet nicht allein Frauen neue Chancen, sondern ist ein Beitrag zur aktuellen Arbeitsmarktsituation und kommt allen Bürgern zugute.

Wir wollen nicht den Ständestaat. Wir wollen einen gerechten Staat.

Mit diesen Leitsätzen leisten wir einen wichtigen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und zur Weiterentwicklung und Stabilisierung unserer freien Gesellschaft. Die Diskussion im Vorfeld des Parteitags konnte dieses gemeinsame Ziel nicht immer deutlich machen. So hatte man bei manchen Beiträgen den Eindruck, die CDU habe sich da ein Thema aufgehalst, über das es eigentlich nur Auseinandersetzungen geben könnte. Die CDU verfolge ein Programm, hieß es da, das selbst von sozialistischer Seite nicht besser geschrieben werden könne. Die Partei laufe Feministinnen nach. Die Partei wolle nun alle Frauen in die Büros und Fabriken bringen, weil nur so die Gleichberechtigung möglich sei. Und: Die Partei schreibe die Mutter ab.

Die Antwort ist: Die CDU schreibt nicht vor, und die CDU schreibt niemanden ab, sondern sie eröffnet neue Chancen für ein gerechteres Miteinander.

(Beifall)

Die CDU hat die Kraft, schwierige Themen und verschiedene Sichtweisen und Vorstellungen aufzunehmen und in eine gemeinsame Politik umzusetzen. Sie ist eben die große Volkspartei, die ihre große Kraft aus leidenschaftlicher Diskussion und aus der Zusammenführung unterschiedlicher Interessen erhält. Keine andere Partei könnte dieses Thema zum Mittelpunkt eines so großen Parteitags machen, ohne sich in alle Flügel auseinanderzuemanzipieren.

Wie jeder große Entwurf war der Entwurf der Leitsätze anfangs nicht vor Irrtümern gefeit. Die CDU entwerfe ein neues Bild der Frau und werfe bewährte Grundsätze

über Bord, hieß es. Die Wahrheit ist: Das Berliner Programm, die Beschlüsse des Mannheimer Parteitags, das Grundsatzprogramm der CDU, die Stuttgarter Leitsätze, sie alle enthalten wichtige, in der Kontinuität unserer politischen Arbeit stehende Aussagen zur Partnerschaft. Der Grundansatz, nämlich das Prinzip der Wahlfreiheit, ist in allen Beschlüssen enthalten.

Allerdings: Die Zeit ist weitergegangen. Auf neue Fragen müssen neue Antworten gefunden werden. Wenn etwa binnen weniger Jahre der Anteil der verheirateten Frauen an den Erwerbstätigen sich verdoppelt und der Anteil der erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter 15 Jahren sich gar verdreifacht, dann muß eine große Partei, wie es unsere ist, darauf eine Antwort geben. Sie kann nicht so tun, als gäbe es diese Entwicklung nicht.

Der zweite Irrtum: In der CDU spiele sich ein Kampf ab: der Männer gegen die Frauen, der Realisten gegen die Utopisten, der Marktwirtschaftler gegen die Sozialpolitiker. Die Wahrheit ist: Einen Kampf gibt es zwischen einer guten und einer besseren Politik bei uns.

In dem Bericht des Club of Rome für die 80er Jahre über das menschliche Dilemma steht ein aufrüttelnder Satz: Ein Aspekt, den man noch eingehender erforschen müßte, sei, daß eine Mutter, die Jahre damit verbracht hat, ihre Kinder zu versorgen und zu erziehen, aus Sorge um die Zukunft dieser Kinder langfristige Konsequenzen mehr als die Männer bedenke, die auf Grund ihrer andersartigen Lebenserfahrung möglicherweise weniger zukunftsbewußt denken.

An diesem Satz wird eines deutlich, worum es in dieser Diskussion letztlich auch uns geht: Die Frauen sollen nicht so werden wie die Männer, und die Männer nicht so wie die Frauen.

(Beifall)

Es geht darum, die weiblichen und die männlichen Eigenschaften zu einer neuen Qualität von Menschlichkeit zu verbinden. Die Angleichung von Männern und Frauen besteht heute nicht in der Angleichung ihres Wesens, sondern in der Angleichung der Interessen.

Unterschiedlich aber sind die Fragestellungen. Zum Beispiel bei den Problemen der Umwelt ist die erste Frage bei den Frauen nicht, was es kostet, sondern: Was ist uns die Zukunft unserer Kinder wert?

(Beifall)

Und in diesem Zusammenhang gehe ich genau auf das ein. Die Einlassungen und Ausführungen des Ministers Zimmermann mit der Unterstützung unseres Bundeskanzlers zeigen, wie hier die Probleme des heutigen Tages mit dem Thema „Neue Partnerschaft“ in alle Probleme der Politik hineinreichen.

Dies ist die Frage, die wir zu stellen haben: Was tun wir für die Zukunft? Was tun wir für die Prioritäten? Was tun wir dafür, daß eine wirtschaftliche Erholung auch dazu führt, größere Gerechtigkeit auf allen Gebieten unseres Landes herzustellen.

(Beifall)

Ich bin sicher: Politik in guter Partnerschaft zwischen Männern und Frauen formuliert, ist weniger einseitig, gerechter und damit menschlicher.

Frauen sind die einzige Mehrheit, die in unserer Gesellschaft wie eine Minderheit behandelt wird.

Wir haben heute einen großen Schritt zu tun - und wir werden ihn tun -, um das zu ändern. Wir werden die Talente und Begabungen vieler Frauen nutzen und nicht brach liegen lassen.

Eine große Zeitung hat das gestern auf eine einfache Formel gebracht: Sie - die Frauen - sehen viele Dinge mit mehr Mitgefühl, Leidenschaft und oft auch einfacher. Das nützt einer Welt, die jeden Tag komplizierter wird.

Vor diesem Hintergrund wird die Frage nach Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau auch zu einer Frage der politischen Kultur in unserem Land.

(Beifall)

Es hat seine Gründe, wenn immer mehr Bürgerinnen und Bürger die Ansicht vertreten, Frauen hätten in unserer Gesellschaft weniger Chancen, obwohl in den vergangenen Jahrzehnten erhebliche Fortschritte in der Gleichberechtigung gemacht worden sind. Hier wird ein Verlust der richtungweisenden Kraft von Grundwerten deutlich, die unser gesellschaftliches Zusammenleben prägen soll. Von der Enttäuschung hin bis zu rot-grünen Träumereien ist für viele nur ein kleiner Schritt. Eine solche Entwicklung darf uns nicht ruhen lassen. Vielmehr gebietet unsere demokratische Aufgabe, daß wir den Rückzug in Verweigerung und Isolation stoppen. Dem Auftrag des Grundgesetzes nachzukommen dient unsere Politik. Aber das will der heutige Tag zum Ausdruck bringen: Das Grundgesetz kann nur verwirklicht werden, wenn jede Frau und jeder Mann, wenn alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte zusammenwirken. Es ist unser aller Pflicht, das Grundgesetz mit Leben zu erfüllen. Darum schlagen wir auch die Bildung eines Gleichberechtigungsforschums vor, in dem alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte eine gemeinsame Anstrengung durchführen sollen.

(Beifall)

Die CDU beginnt heute ein neues Kapitel Gleichberechtigungspolitik. Die frühere Politik, z. B. auch die der SPD-Regierung, ist gescheitert, weil sie versucht hat, den Menschen ihren Lebensweg vorzuzeichnen und sie auf bestimmte Lebensentwürfe festzulegen. Wir, CDU, verzichten in unseren Leitsätzen bewußt darauf, Frauen oder Männer auf bestimmte Lebensentwürfe festzulegen. Beide, Mann und Frau, sollen ihren Weg frei wählen können. Die Unterschiedlichkeit von Mann und Frau wird durch die gleichen Chancen, die sie erhalten, nicht verwischt.

(Beifall)

Im Gegenteil, je freier jemand die Chancen nutzen kann, um sein Leben zu gestalten, desto weniger ist er gezwungen, sich in seinem Wesen zu verändern, desto weniger wird er austauschbar. Und das sage ich gerade, um allen Mißverständnissen in dieser breiten Diskussion vorzubeugen.

(Beifall)

Eine Partei hat nicht das Recht, zu bestimmen, welche Konsequenzen sich zwingend aus der Unterschiedlichkeit von Mann und Frau für das tägliche Leben ergeben. Die *Fraulichkeit ist nicht auf zu Hause und die Männlichkeit ist nicht auf Draußen-Tätigkeit beschränkt.*

(Beifall)

Die Leitsätze sprechen von neuer Partnerschaft zwischen Mann und Frau. Und was ist das Neue? Durch unsere Vorschläge werden den Männern größere Chancen gegeben, ihre Aufgaben als Väter zu erfüllen. Durch unsere Vorschläge wird die *Diskriminierung der Frauen beendet, die sich für die Familie und für die Pflichten einer Hausfrau entscheiden.* Der Graben, der sich bei der sozialen Sicherheit zwischen den Hausfrauen und den berufstätigen Frauen in den letzten Jahrzehnten aufgetan hat, wird zugeschüttet, z. B. durch die Anrechnung von Erziehungszeiten. Durch unsere Vorschläge zur Teilzeitarbeit, zur Arbeitsplatzteilung können die Welt der Familie und die Welt der Arbeit wieder miteinander versöhnt werden.

Wir wollen bis zum Ende dieses Jahrhunderts die neue Partnerschaft im wesentlichen verwirklichen. Wir gehen da als Regierungspartei einen anderen Weg als die Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten meldeten sich als Regierungspartei aus der Diskussion ab, die CDU meldet sich an. Sie wird zum Motor für eine neue Partnerschaft und damit für mehr Gerechtigkeit. Wir setzen uns dieses ehrgeizige Ziel. Aber dieses Ziel ist erreichbar. Phantasie und Leidenschaft auch auf diesem Gebiet - dieser Parteitag ist der Beweis dafür. Und das fordern wir auch von anderen ein. Wir sagen offen: Die Politik allein kann das nicht beibringen.

Arbeitgeber und Gewerkschaften nehmen die Aufgaben in unserer Gesellschaft so lange nicht ernst, solange sie nicht auch die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in ihre jährlichen Verhandlungspakete einbeziehen. Wir fordern die Tarifpartner auf, z. B. Arbeitszeitverkürzungen insbesondere solchen Beschäftigten anzubieten, die kleine Kinder zu versorgen haben.

Wir haben die Hoffnung und die feste Überzeugung, daß diese Entwicklung für beide Teile einen großen Erfolg bringen wird. Was wäre das denn für eine Wirtschaft, die es zuließe, daß im Ergebnis Frauen, solange sie Kinder haben und solange sie Kinder kriegen können, für das Arbeitsleben ein Hindernis sind. Es ist abzusehen, daß es dann eben immer weniger werden, die Kinder kriegen. Das ist aber nicht nur eine Frage der Geburtenzahlen, das ist auch eine Frage, wie menschlich oder unmenschlich eine Gesellschaft ist und welche Zukunftshoffnungen sie wirklich hat.

Der Ernstfall, von Gleichberechtigung nicht nur zu reden, sondern sie durchzusetzen, ist heute da. Und die CDU stellt sich dieser Herausforderung. Von diesem Parteitag wird eine Offensive für die Frauen ausgehen, für mehr Partnerschaft in unserem Lande. In einer Zeit festgefahrener Strukturen sind es die Frauen, die in unserer Gesellschaft noch etwas bewegen können. Und wir hoffen, Sie alle helfen uns dabei, Sie in der Partei, Sie, unsere Gäste, mit denen wir jetzt die Diskussion beginnen wollen. -

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich eröffne jetzt die Diskussion.

Ich muß vorweg ein paar technische Bemerkungen machen. Für die Diskussion bitten wir um Wortmeldungen mit ausgefüllten Meldezetteln. An den Treppen an beiden Seiten werden diese Zettel eingesammelt.

Eines, was ich Ihnen gleich sagen werde, ist ein bißchen schwierig. Ich bitte Sie aber sehr, daß Sie damit gleich beginnen, damit es kein Durcheinander gibt. Wir bitten darum, daß Sie an die Mikrophone 1, 4, 2, 5 auf der einen Seite und 3 und 6 auf der anderen Seite gehen und auf ihren Wortmeldungen angeben, welches Mikrophon Sie benutzen wollen. Da Sie das am Anfang noch nicht wußten, ich aber schon einige Wortmeldungen hier habe, bitte ich Sie, Ihre Hand zu heben, wenn ich Ihren Namen aufrufe.

Ein weiteres, wofür ich Sie gleich von Anfang an um Verständnis bitte, weil das die Diskussionsleitung allein nicht ohne Schwierigkeiten durchsetzen kann, weil es dann nur eine schwierige Stimmung gäbe, ist, daß die Redezeit auf drei Minuten beschränkt wird. Damit möglichst viele von unseren Gästen sprechen können, darf ich die Kollegen und Delegierten bitten, so gut zu sein, unseren Gästen ein bißchen Vorrang bei den Wortmeldungen einzuräumen.

Es wird eine technische Hilfe geben: Nach drei Minuten wird eine rote Lampe aufleuchten. Da alle gleichbehandelt werden und diese Lampe ganz unbestechlich ist, bitte ich Sie, von Anfang an einen Wettbewerb in Kürze und Präzision zu eröffnen.

Ich eröffne nunmehr die Diskussion. Als erste rufe ich Heide Ott vom Verband Alleinstehender Frauen auf. - Wo ist Frau Ott jetzt? Sie hat kein Mikrophon angegeben. - Frau Ott, wenn Sie hier hochkommen, können Sie auch von hier oben sprechen. Sie sind sehr weit weg - das habe ich eben erst gemerkt -, aber vielleicht überwinden Sie das schnell. -

Nach Frau Heide Ott vom Verband Alleinstehender Frauen bitte ich Frau Claudia Schmidt vom RCDS ans Mikrophon zu gehen, danach Frau Männle von der CSU-Frauenunion. Auf Ihrem Meldezettel steht nichts weiter drauf. Deshalb nehme ich an, daß Sie von hier oben sprechen wollen.

Frau Ott, ich gebe Ihnen jetzt das Wort.

Frau Heide Ott: Ich möchte etwas zu den Anträgen sagen, die ich heute morgen durchgeguckt habe. Mir ist aufgefallen, daß bei den Anträgen auch ein Kapitel dabei ist, das sich mit den Alleinstehenden beschäftigt. Ich finde es sehr gut, daß dieser Bereich berücksichtigt wird, obwohl ich sagen muß, daß es nur ein ganz kleines Kapitelchen ist. Aber besser ein kleines Kapitelchen als gar kein Kapitelchen.

In diesem Abschnitt wird aber leider nur von den Alleinerziehenden gesprochen. Ich möchte hier einmal betonen, daß die Alleinerziehenden nicht die einzige Gruppe der Alleinstehenden sind. Alleinstehende sind vielmehr auch Töchter, die ihre Eltern pflegen, die ihre Geschwister versorgen. Ich denke, daß man das hier auch einmal sagen muß: Die Alleinstehenden sind bei uns diejenigen, die die höchsten Steuern zu entrichten haben, die Beiträge zur Rentenversicherung entrichten, ohne jemanden mitversichern zu können. Ich denke, daß man dies, wenn man sich mit einem so wichtigen Kapitel bei so einem Parteitag beschäftigt, nicht vergessen darf. Wenn Sie Antrag 9 behandeln, der in Nr. 8 integriert werden soll, bitte ich Sie, das ausdrücklich zu berücksichtigen.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Ott.

Das Wort hat nun Frau Claudia Schmidt vom RCDS.

Frau Claudia Schmidt: Sehr verehrte Damen und Herren! Als Bundesbehindertenreferentin des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten möchte ich hier nochmals das Wort ergreifen. Wir haben heute morgen die Situationen der Frauen in den verschiedenen Lebens- und Arbeitsbereichen diskutiert. Allerdings haben wir bei der Formulierung der Leitsätze sowie bei der Diskussion einer speziellen Gruppe der Frauen nicht gedacht, und zwar der Gruppe der behinderten Frauen. Diese sind oftmals doppelt benachteiligt, sei es bei der Berufs- oder Arbeitssuche, sei es in der Familie - Stichwort: Adoption -, sei es hinsichtlich Aufstiegschancen in Führungspositionen. Man schaue sich hier einmal um, man schaue auf den Bundestag oder den Bundesrat - kaum ein Behinderter, geschweige denn eine behinderte Frau.

Der RCDS, der Ring Christlich-Demokratischer Studenten, findet es sehr enttäuschend, daß in den Leitsätzen der CDU keinerlei Hinweise darauf zu finden sind, daß auch an die behinderten Frauen gedacht wird. Daher appellieren wir an die Delegierten, die hier im Raume sitzen, bei der Diskussion heute abend nach 19.00 Uhr, d. h. bei der Abstimmung, auch an die behinderten Frauen und deren doppelte Benachteiligung zu denken und zu versuchen, ihnen in der Praxis, z. B. in Kommunalvereinigungen, Verbänden und Initiativgruppen, zu helfen.

Danke.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Frau Männle, bitte.

Frau Prof. Ursula Männle: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Quasi als Vertreterin der kleinen Schwester darf ich hier auf dem Parteitag das Wort ergreifen. Es ist ja immer ganz gut, wenn man große Schwestern hat, die vorausgehen, die die Wege ebnen. Das ist so der Vorteil, wenn man eine große Schwester hat. Ich bin ganz dankbar dafür, daß die Frauenvereinigung der CDU, aber auch die CDU als Partei uns Frauen den Weg ebnet und neue Perspektiven entwickelt.

Also, manchmal haben wir es als kleine Schwester leichter. Manchmal kann man als kleine Schwester etwas leichter durchsetzen. Dafür ein Beispiel, das das Verhältnis von CDU und CSU betrifft: Auf unserem letzten Parteitag im Oktober 1984 war es ganz selbstverständlich, daß wir die Vorlage zum Erziehungsgeld, zur Beschäftigungsgarantie in unserem familienpolitischen Programm verabschiedet haben. Also, hier ist die CSU etwas weiter als die CDU.

(Beifall)

Vielleicht folgt die CDU uns hier. Warum eigentlich nicht?

Wir alle wissen, daß die Beschäftigungsgarantie nichts Neues ist. Wir haben bisher sechs Monate bzw. acht Monate, und jetzt setzt plötzlich wegen weiterer vier bzw. sechs Monate großes Geschrei ein. Ich kann dieses Geschrei wirklich nicht verstehen.

(Beifall)

Wir alle wissen, daß ein Erziehungsgeld ohne diese Beschäftigungsgarantie, ohne eine Arbeitsplatzgarantie letztlich unwirksam ist. Das, was für die jungen Männer beim Wehr- und Ersatzdienst gelten soll, sollte doch auch für die Frauen gelten. Im übrigen: Das Erziehungsgeld ist ja nicht nur was für Frauen, sondern auch für Männer. Je mehr junge Männer dieses Erziehungsgeld in Anspruch nehmen, desto weniger wirkt sich das zukünftig negativ auf Frauen aus.

Ich meine, wir sollten hier nicht allzuviel Angst haben und hier nicht allzu defensiv sein. Ich darf als Beispiel für diese meine Auffassung das Nachbarland Österreich anführen: Dort haben wir den Karenzurlaub von einem Jahr. Dort funktioniert das ausgezeichnet, obwohl die Frauenbeschäftigung dort höher ist als bei uns in der Bundesrepublik. Das ist also durchaus ein positives Zeichen.

Meine Damen und Herren, mich hat schon interessiert, wer von den Frauen dagegen ist. Es ist verständlich, Teile der Unternehmerinnen; denn es erfordert einiges Organisationstalent, dies entsprechend zu bewältigen. Aber ansonsten sind es im wesentlichen die Akademikerinnen, die bereits einen sicheren Beruf haben, im wesentlichen die Akademikerinnen, die im öffentlichen Dienst sind, und die haben eine Beschäftigungsgarantie - nicht nur für ein Jahr, sondern viel, viel länger.

(Beifall)

Ich meine, wir Frauen sollten auch da solidarisch sein. Ich habe mir heute sagen lassen, daß wir 1,5 Millionen Verkäuferinnen haben. Ich weiß nicht, ob die sich alle mit männlicher Konkurrenz auseinandersetzen müssen. Ich möchte auch einmal einen männlichen Sekretär oder ähnliches sehen.

Dieses Thema Arbeitsplatzgarantie hat mich jetzt übermannt; denn eigentlich wollte ich etwas anderes sagen. Ich wollte der CDU ein Kompliment machen, daß sie diesen Leitantrag eingebracht hat. Ich finde es prima, ich freue mich als Frau, daß hier neue Wege gegangen werden. Ich hoffe, daß der Leitantrag heute abend verabschiedet und dann auch umgesetzt wird. Darauf, daß die Umsetzung erfolgt, werden wir schon achten.

Das, was mich an der ganzen Diskussion störte, spielte sich im Vorfeld ab. Ich hoffe nicht, daß diese Diskussion noch weitergeführt wird. Da wurden Männer gegen Frauen ausgespielt. Aber als viel schlimmer empfinde ich es, daß Frauen gegeneinander ausgespielt worden sind: die Evas gegen die Mütter. Meine Damen, ich habe immer gemeint, Eva sei auch Mutter, sogar Stammutter gewesen. Ich verstehe diese Diskrepanz nicht, die man da in der sozialen Ordnung aufgebaut hat. In Bayern würde man sagen: Mir hat es gestunken, wie das gemacht worden ist.

(Beifall)

Es wurde auch gesagt, die Frauen würden an Herrn Blüm Rache nehmen. Ich glaube, Sie haben das gar nicht nötig, Herr Blüm. Aber wir wurden als emanzipierte Akademikerinnen, als Gesellschaftsingenieurinnen, als CDU-Aktivistinnen und als CDU-Feministinnen bezeichnet - sehr schöne Bezeichnungen. Man wollte uns damit diskriminieren, aber wir lassen uns dadurch nicht diskriminieren.

(Beifall)

Ziel war es, hier einen Keil hineinzutreiben, zwischen Frauen Gegensätze zu schaffen, die es so überhaupt nicht gibt. Jede Frau - das sage ich mit vollem Ernst - , ganz gleich, welchen Weg sie geht, hat ihren Wert.

(Beifall)

Jede Mutter, die sich entscheidet, ihre Kinder allein großzuziehen, die daneben nichts anderes macht, jede Frau, die neben der Erziehung ehrenamtliche Tätigkeiten verrichtet, die nebenher erwerbstätig ist, hat ihren Wert. Es haben auch diejenigen einen Wert, die keine Kinder haben.

Lassen Sie mich ganz kurz ein Beispiel nennen: Auf dem Weg hierher - ich bin mit dem Zug gefahren - traf ich eine Frau, der ich gesagt habe: Ich fahre zum CDU-Parteitag. Da hat sie gesagt: Wissen Sie, was mich stört: daß ich überhaupt nichts wert bin. Da habe ich gefragt: Wieso? Sie antwortete: Ich habe acht Fehlgeburten gehabt und habe keine Kinder. Und jetzt wird mir immer gesagt, nur die Frau sei etwas wert, die Mutter ist. Dies nur als Merkposten für unsere Diskussion, daß wir aufpassen und nicht diese Gruppe von Frauen gegen eine andere ausspielen.

(Beifall)

Ich wollte nur soviel sagen, Herr Blüm, ich habe mich mit Hegel ein bißchen beschäftigt. Ich habe gesehen, es ist uns vorgeworfen worden - uns; ich identifiziere mich jetzt damit, das merken Sie schon -, es sei nicht christlich. Ich habe gefunden, daß Ihre Ideen bei Hegel stärker sind und daß der Papst hier ganz andere Vorstellungen hat. Vielleicht lesen Sie es einmal nach.

(Heiterkeit und Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Männle.

Frau Ina Kuschlus zum Erziehungsgeld und hinterher Frau Renate Damm zu „Ehe und Familie“.

Frau Ina Kuschlus: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte einiges zum Erziehungsgeld sagen. Das Erziehungsgeld wird als soziale frauenpolitische Großtat angepriesen. Wie sieht es konkret aus? Nachdem in den letzten Jahren durch Sozialabbau rund 20 Milliarden DM bei den Frauen eingespart und somit gewonnen wurden, sollen uns nun 1986 zirka 1,5 Milliarden und 1989 3 Milliarden DM wiedergegeben werden. Ich möchte daran erinnern, daß zuvor das Mutterschaftsgeld von 750 DM auf 510 DM gekürzt wurde. Das Konzept des Erziehungsgeldes ist deshalb eine Verschlechterung, vor allem für die erwerbstätige Mutter. Sie bekommt die Erziehungsleistung mit einem Almosen ersetzt. Wenn das Erziehungsgeld einkommensunabhängig eingezahlt wird, ist es für die einen, die aus ökonomischen Gründen zur Erwerbsarbeit gezwungen sind, nicht genug, während andere, die es eigentlich nicht nötig haben, das Geld bekommen. Sicher, für die Schwächsten ist es eine Hilfe, dennoch ändert das nichts am Charakter eines Almosens.

Im übrigen sind auch die tatsächlich gezahlten 600 DM meines Erachtens fragwürdig. Die private Verrichtung von Haus- und Familienarbeit ist nach Ihren Rechnungen wohl billiger als gute öffentliche Sozial- und Kindereinrichtungen.

Deshalb muß an dieser Stelle auch an all die anderen Kürzungen von Sozialleistun-

gen erinnert werden: Die Kürzung der Erwerbsunfähigkeitsrente, des Kindergeldes, von Arbeitslosengeld- und hilfe, des BAföG, die Schließung oder Reduzierung von Kindertagesstätten. Dieses sind nur einige Beispiele.

Nun rühmt sich Herr Minister Geißler damit, daß sein Erziehungsgeld Frauen und Männern zur Verfügung stehen solle. Das kann er ziemlich ungestraft sagen, solange es die gesellschaftlichen Strukturen sind, die allemal den Männern die besseren Startchancen schaffen. Es bleibt fraglich, wieviele Männer tatsächlich einen Anspruch auf Erziehungsgeld wahrnehmen, solange sie die höheren Einkommen und die sichereren Arbeitsplätze haben, einmal ganz abgesehen von ihrer Einsicht, auf Privilegien zu verzichten.

Solange die Strukturen nicht geändert werden, besteht die Gefahr, daß Frauen und Männer untereinander gespalten werden. Das Problem wird also erst lösbar, wenn die überproportionale Frauenarbeitslosigkeit abgebaut wird.

Als eine vorrangige konkrete Forderung möchte ich nennen: Arbeitszeitverkürzung, 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Bitte, Frau Damm und dann Frau Schulz und Frau Ursula Körtner.

Frau Renate Damm: Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Herren! Meine Damen! Als ich die Einladung, für die ich mich sehr bedanken möchte, bekam, als Nichtparteimitglied der CDU hierher zu kommen, habe ich zunächst einmal mit großen Kinder-Augen auf den Titel geschaut, der heißt: „Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“. Ich möchte Sie doch sehr herzlich bitten, daß Wort „neu“ zu streichen und überhaupt erst einmal eine Partnerschaft zwischen Mann und Frau zu begründen. Das wäre, glaube ich, der richtige Anfang und nicht, daß man mit etwas Neuem anfängt, wenn man das Alte überhaupt noch nicht begonnen hat.

Ich habe mich hier zu einem speziellen Punkt gemeldet. Ich vertrete den Deutschen Juristinnenbund, und ich vermisse in diesem Papier eine juristische Absicherung der Thesen. Ich will es Ihnen an einem Beispiel festmachen. Es heißt auf Seite 8 unter Ziffer 12 des Leitantrages, der sich mit der Novellierung des Ehescheidungsfolgerechts beschäftigt, daß diese Änderung „nicht die Rückkehr zum Schuldprinzip zur Folge“ haben soll. Meine sehr geehrten Herren, meine Damen, genau dieses wird der Fall sein. Die Änderung des Unterhaltsrechtes wird in der Praxis zu einer Rückkehr zum Verschuldensprinzip führen, wenn solche Formulierungen wie „insbesondere Dauer der Ehe“ und „nach Billigkeit“ dort enthalten sind. Diese Vorschriften treffen genau die Frauen, die Sie eigentlich meinen, nämlich die nicht berufstätigen Frauen, die ihre Berufstätigkeit aufgegeben haben, weil sie beispielsweise in der Ehe Kinder erzogen haben. Wenn das dazu führen soll, daß eine Vorschrift des Entwurfs heißen soll - § 1573 BGB -, daß eine Frau, die Kinder betreut hat und arbeitslos wird, wenn die Kinderbetreuung aufgehört hat, in Zukunft dann auch keinen Arbeitslosenunterhalt mehr von ihrem geschiedenen Mann bekommen soll, wenn es der Dauer und der Billigkeit der Ehe entspricht, dann ist das ein schlimmer Schlag für all diese Frauen.

Ich kann persönlich als Juristin und als Rechtsanwältin jeder Frau eigentlich nur raten: *Bleiben Sie um Gottes Willen berufstätig, geben Sie Ihre Berufstätigkeit nicht auf, weil später der Richter beim Familiengericht entscheiden muß, was billig ist, was in dem Fall angemessen ist.*

(Beifall)

Wir sollten alle - ich bitte alle Frauen, die hier Delegierte sind - darauf achten, daß zumindest etwas nicht passiert, daß nämlich eine Diskrepanz zwischen dem vorliegenden Entwurf der Bundesregierung zur Änderung des Unterhaltsrechts und diesen Thesen entsteht, die in Ziffer 12 der Leitlinien enthalten sind. Diese Diskrepanz ist bisher enthalten, wenn es dort heißt:

„Frauen und Männer, die wegen der Kindererziehung ihre Erwerbstätigkeit aufgegeben oder eingeschränkt haben, müssen sich auch nach einer Scheidung darauf verlassen können, daß ihnen keine zeitliche Begrenzung des Unterhaltes zugemutet wird und sie nicht auf den Arbeitsmarkt verwiesen werden.“

Genau das ist jetzt vorgesehen, denn - eine Vorschrift, die immer untergegangen ist - in Zukunft soll jeder - ich sage: jeder - Unterhaltsanspruch auch höhenmäßig abgeschmolzen werden, auch der der kinderbetreuenden Ehefrau. Ich meine, Sie sollten sich damit beschäftigen und das nicht so durchgehen lassen.

Schönen Dank.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Damm. Sie können sicher sein, daß wir das tun. Sie wissen ja auch, wie ausführlich wir uns mit dieser Frage beschäftigt haben.

Frau Helga Schulz, Deutscher Beamtenbund.

Frau Helga Schulz: Meine Herren! Meine Damen! Auch ich bedanke mich, daß ich als Nichtmitglied der CDU hier zu Ihnen sprechen darf. Zunächst einmal möchte ich für meine Kolleginnen sprechen, die hier schon öfter als „öffentlich Bedienstete“ und mit ihrer „Vorbildfunktion“ zitiert worden sind. Wir empfinden uns da überhaupt nicht als Vorbild. Wenn am 1. Januar 1986 das Erziehungsgeld bei der Rentenversicherung angerechnet wird, dann stehen wir vor der Situation, daß es diese Regierung geschafft hat, daß uns, wenn wir aus familienpolitischen Gründen Teilzeitarbeit oder Beurlaubung machen, eine gravierende Versorgungskürzung ins Haus steht, die auch keinesfalls ab dem 1. Januar 1986 korrigiert werden soll. Bisher steht weder etwas in den Anträgen noch habe ich solches von der Regierung gehört. Meine Kolleginnen sind darüber tief betroffen, denn Teilzeitarbeit und Beurlaubung nehmen natürlich auch im Beamtenrecht fast nur Kolleginnen in Anspruch.

Da bin ich bei der finanziellen Situation der Familie und möchte noch einmal auf das eingehen, was Heide Ott hier als alleinstehende Mutter gesagt hat: Es ist dringend erforderlich, daß wir unser Steuersystem ändern. Alfred Dregger hat einmal sehr richtig gesagt: „Der Bestand der deutschen Nation hängt nicht von den Ehen ab, sondern von den Familien.“ Solange wir es uns leisten, mit jeder Tarifreform den Splitting-Effekt auszudehnen und immer weniger für die Kinder zu tun, solange begünstigen wir einseitig Alleinverdiener, Ehen ohne Kinder, und die Familien mit Kindern kommen zu kurz.

Ich will überhaupt nicht leugnen, daß Kinder auch Freude machen, aber Kinder müssen angezogen werden, sie müssen eine angemessene Unterbringung haben und das kostet nun einmal. Der Staat ist bestimmt aufgerufen, hier eine angemessene Entlastung zu machen.

Das, was dort geplant ist, ist auf jeden Fall unzulänglich. Das ist eine Roßtäuscherei. Es wird nämlich gesagt, der Freibetrag betrage 2484 DM. Dabei wird dezent verschwiegen, daß dafür 900 DM Kinderadditive bei den Sonderausgaben und 432 DM bisheriger Kinderfreibetrag wegfallen, so daß es sich lediglich um eine Erhöhung um etwas über 1000 DM - und das als Freibetrag - handelt. Das ist unter Berücksichtigung des jeweiligen Steuersatzes minimal.

Hinzu kommt, daß für die Geringverdiener ein Zusatzkindergeld erfunden wurde, das in seiner Ausgestaltung so kompliziert ist, daß die Geringverdienenden davon bestimmt kaum Gebrauch machen werden, weil sie es nämlich gar nicht begreifen werden. Ich finde, es steht einer christlichen Partei schlecht zu Gesicht, wenn sie ausgerechnet denjenigen, die sich schlecht wehren können, solche Gesetze zumutet, zumal es die CDU war, die die Bürokratiendebatte in diesem Lande erfunden hat

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Zu einer Antwort darauf hat das Wort Frau Laurien.

Frau Dr. Hanna-Renate Laurien: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die erste Bemerkung der Vorrednerin erfordert eine Klarstellung, daß es nämlich die CDU sei, die zwar die Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst fördere, diese Teilzeitarbeit aber gleichzeitig Nachteile in der Versorgungsregelung bringe.

Meine Damen und Herren, wer als Beamter - nur davon ist jetzt die Rede - Teilzeitarbeit nimmt, hat unverändert - das ist ganz wichtig und für uns ein Kernstück - die volle Beihilfeberechtigung. Er bekommt die volle Anrechnung auf das Besoldungsdienstalter. Aber bei ihm erfolgt eine prozentuale Senkung des Versorgungsdienstalters, so wie es im Angestelltenbereich schon immer war. Das ist ein Stück Gerechtigkeit im Verhältnis beider Gruppen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, auch noch diese Bemerkung: Es würde die Pensionskassen sprengen, wenn jemand eine ganze Zeit die halbe Stelle wahrnimmt, aber die volle Anrechnung auf das Pensionsalter verlangt.

Ich möchte schließlich auch dankbar feststellen, daß für alle, die jetzt Teilzeitarbeit wahrnehmen, die volle Besitzstandswahrung gilt. Nur für die neu beginnenden Teilzeitarbeitsverträge gilt diese Senkung.

Erlauben Sie mir einen Schlußsatz: Ich bin auch seit 1952 im Deutschen Beamtenbund. Ich finde, auch als Standesvertreter muß ich für Gerechtigkeit im Vergleich zu anderen Gruppen sein.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Laurien.

Als nächste hat das Wort Frau Körtner.

Frau Ursula Körtner: Ich darf vorausschicken, daß ich Hausfrau und Mutter dreier Kinder bin. Das prägt ganz sicher hier und heute meinen Beitrag.

Die Wahl der sechs Frauen in den Bundesvorstand ist für uns Frauen ein großer Erfolg. Wir freuen uns darüber und hoffen, daß die Zeichen, die hier von der Bundes-CDU gesetzt werden, ihre Wirkung auch in den Landes- und Kommunalparlamenten zeigen. Aktive und geeignete Frauen - das kann ich Ihnen versichern - gibt es in der CDU genug.

(Beifall)

Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren hier oben, sind auf diesem Parteitag in die Pflicht genommen. Sie werden von uns und von den Frauen draußen an den Taten gemessen, die jetzt folgen.

(Beifall)

Ich habe allerdings wirklich ein bißchen Angst davor, daß wir hier und heute ungleichgewichtige Schwerpunkte setzen und uns auf Begriffe oder Thesen festlegen, die eine falsche Interpretation durch Presse und andere Medien zulassen, so daß diese wichtige und notwendige Veranstaltung zugunsten der Frauen in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, wählerwirksamer Schaukampf zu sein. Damit täte man uns, die wir uns ernsthaft und mit Bezug aus dem eigenen Leben und Umfeld mit diesem Thema befaßt haben, bitter Unrecht tun.

Wir wollen die Frauen nicht aus den Familien in die Berufe drängen. Wir wollen für die in der Familie, für die für diese Gesellschaft geleisteten Arbeiten eine bessere Honorierung, und zwar nicht nur verbal, sondern auch materiell.

(Beifall)

Es ist einiges getan worden. Aber das, was bisher getan worden ist, reicht meines Erachtens nicht aus. Die Frauen, die ihre Kinder erziehen und ihren Beruf aufgeben wollen, suchen sich Arbeit, weil sonst wirklich auf verdammt viel verzichtet werden muß, was für andere eine Selbstverständlichkeit bedeutet. Aber diese Frauen - das sollten wir uns wirklich alle immer wieder vor Augen führen - erziehen das höchste Gut in unserer Gesellschaft, nämlich unsere Kinder.

(Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, die Gleichstellung und auch die Gleichberechtigung dürfen nicht nur diskutiert, sondern sie müssen eben auch praktiziert werden.

Die Kassen sind leer. Das wissen wir, das wird uns immer wieder gesagt. Aber wenigstens schrittweise muß etwas getan werden. Herr Bundeskanzler und meine Damen und Herren hier oben, ich bitte Sie im Interesse der Glaubwürdigkeit dieses Parteitages: Lassen Sie es nicht bei verbalen Streicheleinheiten und Lobeshymnen auf die Frauen bewenden - uns haben gestern und heute schon die Ohren geklungen -, sondern lassen Sie wirklich Taten folgen, damit dieser Parteitag das bleibt, was er sein sollte: ein Meilenstein auf dem Weg zur Partnerschaft.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Als nächste hat das Wort Frau Anneliese Jackisch. Ihr folgen Frau Eva Zöller und Frau Claudia Eigler.

Frau Anneliese Jackisch.

Frau Anneliese Jackisch: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich wollte diesen Beitrag an sich schon heute morgen im Forum liefern. Aber Sie wissen ja: Gottes Wege sind unerforscht. Ich gehörte jedenfalls zu denjenigen, die aussortiert wurden. Deshalb müssen Sie mich jetzt anhören.

Aber noch eine Vorbemerkung, damit Sie meinen Beitrag nicht mißverstehen. Ich war 44 Jahre berufstätig, die letzten 15 Jahre als Gewerkschaftssekretär, aber auch gleichzeitig 40 Jahre mit demselben Mann verheiratet.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich habe heute in den Diskussionen immer nur von der Wahlfreiheit reden gehört. Die Frau müsse die Möglichkeit haben zu wählen, ob sie neben Familie und Kindern auch noch einen Beruf ausüben wolle. Ich meine, meine Damen und Herren, es muß auch eine Wahlfreiheit geben, die den berufstätigen Frauen die Möglichkeit eröffnet, bei ihren Kindern zu bleiben, wenn sie sich das finanziell leisten können.

(Beifall)

Ich meine, da ist die CDU gefordert.

Die CDU sollte sich überlegen, ob diese Möglichkeit vor allen Dingen den alleinerziehenden Frauen und den Frauen eröffnet werden soll, deren Männer so wenig verdienen, daß sie einfach gezwungen sind, berufstätig zu sein.

Berufstätige Frauen haben eine Lobby, wenn sie wollen. Frauen mit Kindern, Mütter haben das nicht. Ich meine, die CDU wäre gut beraten, für diese Frauen mit Kindern, für die Mütter als Lobby in die Bresche zu springen.

(Beifall)

Wir sollten uns auch überlegen, welche Möglichkeiten es gibt, diese Frauen finanziell abzusichern. Sagen Sie mir nicht wieder sofort: Woher soll das Geld kommen? Der Bundesfinanzminister sollte sich überlegen, ob er sich in vier Jahren totsparen will und dann der SPD das Geld überläßt, die das dann wieder zum Fenster hinauswirft,

(Beifall)

oder ob wir dieses Geld in den vier Jahren nicht besser selber anlegen.

Ich darf Sie also bitten: Vergessen Sie über alle Fragen der berufstätigen Frau, über Schutz oder nicht Schutz - das ist sowieso unterschiedlich, je nachdem, auf welcher Seite der Theke man steht: ob man das Geld geben muß oder ob man das Geld nehmen will -, bei allem, was Sie für die berufstätige Frau tun und was notwendig ist, nicht diese Frauen mit Kindern, die zu Hause bleiben wollen und dann ja auch einen Arbeitsplatz frei machen für junge Frauen und Mädchen, die in den Beruf gehen. Für

diese Frauen sollten wir etwas tun, sie sollten wir nicht vergessen.

Machen Sie es sich doch ganz einfach! Ich rufe Ihnen das zu, was ich in Mannheim bei den Diskussionen gesagt habe: Die alleinstehende Frau sollte arbeiten können, die verheiratete Frau sollte arbeiten dürfen, und die Frau mit Kind sollte nicht arbeiten müssen.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Frau Eva Zöller, bitte schön.

Frau Eva Zöller: Ich meine, wenn Mann und Frau sich diesen Parteitag angucken, könnte Irritation auftauchen, und zwar deswegen, weil Helmut Kohl noch vor einiger Zeit im „Bild der Zeit“ gesagt hat, daß er die deutschen Frauen liebt, die ihr Leben lang ihre Pflicht getan haben, die nicht demonstriert haben, gar nicht wissen, was das ist. Und jetzt lobt Herr Geißler die Frauenbewegung über alle Maßen. Das heißt doch wohl auch, daß das Demonstrieren notwendig ist, wenn in diesem Lande überhaupt etwas erreicht werden soll. Ich möchte alle Frauen auffordern, das nicht zu vergessen.

Nun, was ist dran an der neuen Frauenpolitik der CDU? Die Regierung hat schon öfter etwas gesagt, was sie nicht so gemeint hat, z.B. „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ oder das Versprechen von Lehrstellen, das auch tatsächlich leer blieb.

(Zurufe)

- Ja, ich weiß.

Ich möchte das jetzt auch an einem Beispiel konkret machen, und zwar an der Gesetzesinitiative von mittlerweile 74 CDU/CSU-Männern gegen die Krankenkassenfinanzierung beim Schwangerschaftsabbruch. Ich weiß nicht, wie man das in Einklang bringen kann mit der Sensibilität gegenüber Gewalt gegen Frauen, wie es in den Thesen heißt.

Die Notlagenindikation - noch einmal zur Erinnerung - wird gebraucht, wenn Frauen durch eine Schwangerschaft in eine Notlage kommen, die nicht anders abgewendet werden kann als durch einen Schwangerschaftsabbruch. Deswegen ist auch die Krankenkassenfinanzierung wichtig, um die psychische, körperliche und soziale Unversehrtheit - sprich: Gesundheit - von Frauen zu sichern.

Die Reform des § 218 hat dazu geführt, daß die Todesrate und die Komplikationsrate bei Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch machen müssen, erheblich gesunken ist. Wer an die Krankenkassenfinanzierung geht, nimmt damit in Kauf, daß wieder eine höhere Todesrate und eine höhere Komplikationsrate entstehen. Damit werden Frauen wieder zu Kurpfuschern getrieben. Alle Untersuchungen bestätigen, daß schärfere soziale und strafrechtliche Bestimmungen die Rate der Schwangerschaftsabbrüche nicht senken, sondern daß lediglich neue Entmündigungen und Diskriminierungen der Frauen eingeführt werden.

(Pfiffe)

Wenn Sie das Selbstbestimmungsrecht der Frauen so hoch schätzen, wenn Sie mit

Hilfe der Frauen eine menschliche Gesellschaft errichten wollen, dann frage ich Sie: Wieso trauen Sie dann den Frauen keine verantwortliche Entscheidung bei einer Schwangerschaft und einem eventuellen Schwangerschaftsabbruch zu, einem Schwangerschaftsabbruch in der Notlage, der unter menschenwürdigen Bedingungen stattfindet und die Belastungen der Frau, die da sind - deswegen muß sie ja einen Schwangerschaftsabbruch machen - nicht noch weiter erhöht?

Auch ich möchte, daß den Frauen ein Schwangerschaftsabbruch erspart bleibt. Dazu werden aber Dinge gebraucht, die Ihre Regierung meiner Ansicht nach nicht gewährleistet, und zwar gesunde, kostenlose Verhütungsmittel für Männer und Frauen, eine umfassende Sexualaufklärung und keine Angriffe gegen Pro Familia,

(Glocke des Tagungspräsidiums)

ein Recht auf volle Erwerbstätigkeit, vollen Lohnausgleich und gute öffentliche Kindereinrichtungen und nicht zuletzt

(Erneut Glocke des Tagungspräsidiums)

- es ist nicht populär, aber ich sage es trotzdem - eine gesunde Umwelt, Frieden und Abrüstung und nicht Nachrüstung und Bunkerbau. Ich glaube, daß dann Frauen einen Sinn darin sehen, gerne leben wollen und daß sich Männer und Frauen gerne für Kinder entscheiden werden, die sie haben wollen und dann auch lieben werden.

(Vereinzelter Beifall - Zurufe: Aufhören!)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren und liebe Freunde, seien Sie doch bitte so gut und hören Sie in Ruhe an, was gesagt wird!

(Beifall)

Wir haben hier extra alle eingeladen, um auch andere Meinungen zu hören. Das gehört einfach zu dem, was wir uns vorgenommen haben. - Herr Minister Geißler!

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Sehr verehrte Damen und Herren! Ich will nur eine kurze Erwiderung auf das geben, was eben gesagt worden ist. Wir können von Staats wegen nicht alle Konflikte lösen, die mit der Schwangerschaft verbunden sind. Das wissen wir auch. Aber wir können etwas tun. Wir können dafür sorgen, daß in einem so reichen Land wie der Bundesrepublik keine Frau deswegen, weil sie ein Kind auf die Welt bringt, in eine soziale Notlage gerät.

(Lebhafter Beifall)

Dies machen wir mit unserer Familienpolitik ab 1. Januar nächsten Jahres.

(Erneuter Beifall)

Ich will es nur ganz kurz hier sagen: Das Erziehungsgeld hat viele Gesichtspunkte. Ich habe das heute morgen hier gesagt. Aber ab 1. Januar nächsten Jahres wird eine alleinstehende Mutter, die keinen Arbeitsplatz hat, die sich in einer sozialen Notlage befindet, auf die Sozialhilfe angewiesen ist, über 350 DM von der Sozialhilfe bekommen und 150 DM für das Kind. Das macht insgesamt über 500 DM. Dazu kommen 600 DM Erziehungsgeld, netto, nicht auf die Sozialhilfe angerechnet. Dazu

kommen die Bezahlung der Mietkosten und die Mehrbedarfszuschläge. Das heißt: Diese alleinstehende Mutter hat mit ihrem Kind ungefähr 1500 bis 1600 DM netto. Dies haben wir erreicht. Das gab es vorher nicht.

(Lebhafter Beifall)

Nun kommt die berechnigte Frage: Was macht die Mutter im zweiten und im dritten Jahr? Ich will nicht auf die Möglichkeiten des Arbeitsmarktes hinweisen, aber daß mehr Teilzeitarbeitsplätze und vieles andere mehr, was wir hier mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz vorschlagen, Hilfen sein können, ist ganz unbestritten. Aber ich sage etwas ganz anderes: In den Leitsätzen steht - übrigens angeregt durch den Bundesfinanzminister -, daß wir das Erziehungsgeld stufenweise ausbauen wollen. Wir können das nicht in dieser Legislaturperiode machen. Wer nur fünfzig Pfennig im Sack hat, kann nicht eine Mark ausgeben. In der nächsten Legislaturperiode werden wir an die Sache herangehen.

Aber Berlin und Baden-Württemberg haben Familiengeld auf Länderebene, und sie haben beschlossen, ihr Familiengeld, wenn der Bund am 1. Januar das Bundeserziehungsgeld einführt, für das zweite Lebensjahr des Kindes zur Verfügung zu stellen.

(Beifall)

Ich empfehle den anderen Ländern, insbesondere den sozialdemokratisch regierten, ähnliches zu tun.

(Beifall)

Das sind konkrete Maßnahmen zum Schutze des ungeborenen Lebens.

Auf dem letzten Parteitag - da gab es eine sehr wichtige Diskussion über den § 218 - habe ich gesagt - damit nehme ich ein Wort von Frau Professor Männle auf, die vorhin gesprochen hat, ein sehr gutes Wort -: Wir Christlichen Demokraten wollen nicht strafen, sondern wir wollen helfen.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Frau Claudia Eigler!

Frau Claudia Eigler: Sehr geehrtes Präsidium! Meine Damen und Herren! Ich bin Studentin und spreche als Vertreterin des Rings Christlich Demokratischer Studenten.

Ich möchte aus der Sicht der Studenten, aus der Sicht junger Menschen auf die Diskrepanz zwischen Ehe, Familie und nichtehelichen Lebensgemeinschaften eingehen. Sicherlich, Ehe und Familie können und dürfen durch nichts ersetzt werden. Man darf nicht dem Irrtum verfallen, man könnte sich in unserer Gesellschaft der Verantwortung entziehen, ein Bündnis auf Lebzeiten einzugehen. Die prinzipielle Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung und Verpflichtung in Ehe und Familie ist unverzichtbar.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bei alledem muß doch aber folgendes beachtet werden.

Wie sollen junge Menschen, wie sollen Studenten, die heute noch nicht wissen, wo sie morgen einen Arbeitsplatz haben, eine Ehe eingehen und sich für die Familie entscheiden? Heute wird von jungen Menschen mehr denn je gefordert, daß sie mobil, daß sie flexibel, daß sie dem Markt angepaßt sind, nicht zuletzt in Anbetracht der Arbeitsmarktsituation. Ich bin gerne bereit, Verantwortung zu übernehmen, aber ich bin in meiner momentanen Situation - ich bin noch im Studium -, in der ich heute nicht weiß, wo ich morgen leben werde, nicht bereit, die Verantwortung für Ehe und Familie zu übernehmen. Dies wäre in meinen Augen verantwortungslos und kann auch nicht verlangt werden.

Aus diesem Grunde sage ich dies: Wenn die CDU den Anspruch erhebt, eine moderne, fortschrittliche Partei zu sein, dann muß sie auch den Schritt wagen, sich mit Nachdruck für die Toleranz der nichtehelichen Lebensgemeinschaften auszusprechen.

(Vereinzelt Beifall)

Erlauben Sie mir noch eine kurze Bemerkung zu dem Thema der Gewalt gegen Frauen. Bei Strafprozessen wegen Vergewaltigung oder Sexualdelikten gegen Frauen sind der Ausschluß der Öffentlichkeit und die Möglichkeit der Frauen, als Nebenkläger aufzutreten, unverzichtbar, ja sogar überfällig. Das hätte schon viel früher kommen müssen.

(Beifall)

Nicht zustimmen kann ich in diesem Zusammenhang jedoch einem vorliegenden Antrag, der die Einführung eines Straftatbestandes für Vergewaltigung in der Ehe vorsieht. Ich habe sowohl unter sozialen als auch rechtlichen Gesichtspunkten Bedenken dagegen. Man stelle sich einmal vor, wie es in der Praxis aussähe: Eine Ehefrau läuft zum Staatsanwalt und zeigt ihren Ehemann an. Ich finde, eine Frau, die diesen Mut aufbringt, hat ganz sicherlich auch den Mut, sich einem Scheidungsanwalt anzuvertrauen. Das wäre in meinen Augen für alle Beteiligten, nicht zuletzt für die Kinder aus solchen Ehen, das Beste. Man muß sich einmal vorstellen, wie es sich ausweitete, wenn die Frauen ihre Männer anzeigen könnten. - Ich danke Ihnen

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Ich danke allen Rednern, die sich bisher ganz strikt an die Redezeit gehalten haben. Nun hat Frau Michaela Geiger das Wort.

Frau Michaela Geiger: *Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Abgeordnete der CSU, der kleinen Schwesterpartei, und möchte mich als solche bei dem Bundesvorsitzenden Dr. Kohl und bei dem Generalsekretär Dr. Geißler dafür bedanken, daß sie einen solchen Parteitag ermöglicht haben, daß sie den Frauen eine solche Plattform bieten.*

(Beifall)

Ich glaube, das ist in der gesamten deutschen Parteienlandschaft vorbildlich.

Auch die neuen Leitsätze haben sehr viele gute Ansätze. Selbst wenn nur ein kleiner Teil davon umgesetzt werden sollte, wäre dies ein riesiger Erfolg für uns Frauen. Ich war heute vormittag in allen drei Foren und habe die Diskussionen verfolgt. Das

Niveau der Beiträge war sehr hoch, und die Diskussionen waren sehr fruchtbar. Was mich besonders gefreut hat, ist, daß es trotz aller Meinungsverschiedenheiten doch immer sehr friedlich geblieben ist. Es ist vor allem eines vermieden worden, was meines Erachtens eine große Gefahr für diesen Parteitag war, es ist vermieden worden, die Frauen gegeneinander aufzuhetzen.

(Vereinzelt Zustimmung)

Es ist vermieden worden, die nicht außerhäuslich tätigen Frauen gegen die berufstätigen Frauen auszuspielen. Es ist vermieden worden, die Frauen in brave und weniger brave Frauen einzuteilen. Auch dafür recht herzlichen Dank.

(Beifall)

Ich habe mich auch deshalb zu Wort gemeldet, um diejenigen Frauen zu ermutigen, die heute früh hier in diesem Saal im Rahmen des Forums gesprochen haben und so verzagt waren, weil sie in ihrer Partei bisher so wenig erreicht haben. Sie wissen vielleicht - man kann es auch hören -, daß ich aus dem schönen Oberbayern komme. Bei uns ist es für die Frauen in der Politik noch ein bißchen schwierig.

(Heiterkeit)

Da wird noch streng nach der Maxime gehandelt: Die Frau gehört an den Herd. Die Politik machen die Männer. - Sie sehen aber, es geht halt trotzdem, wenn man nur genügend hartnäckig ist, wenn man Willen hat, wenn man sich durchsetzt, wenn man es immer wieder probiert. Das möchte ich auch Ihnen empfehlen. Ich weiß sehr genau, daß die schönsten auf einem Parteitag verabschiedeten Leitsätze in einem Dorf auf dem Lande recht wenig helfen.

(Beifall)

Ich hoffe, daß dieser Parteitag Anstoß für neue Wege in der Politik von, für und mit Frauen gibt. Ich glaube aber, daß der Weg bis zu der Zeit, in der wir 50 % aller Mandate erreichen, noch recht lang ist. Das liegt unter anderem auch daran, daß wir die Männer in der Partei, die heute 40, 50 oder 60 Jahre alt sind, ganz gewiß nicht mehr ändern können und vielleicht auch gar nicht ändern wollen. Wir können aber eines - das sage ich jetzt ganz besonders an die Adresse der Frauen -: Wir können unsere Töchter und Söhne anders erziehen.

(Beifall)

Wir können sie erziehen hin zu mehr Partnerschaft, hin zu mehr Verständnis für die gegenseitigen Probleme. Wir können sie auch, Herr Dr. Blüm, hin zu mehr Väterlichkeit erziehen. - Danke schön.

(Lebhafter Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Nun hat Frau Sanchidrian das Wort.

Frau Lucinda Sanchidrian: Als ausländische Frau, die schon viele Jahre in Deutschland ist, begrüße ich den Antrag des Bundesvorstandes der CDU sehr und wünsche ihm - auch im Namen meiner Landsmänninnen - viel Erfolg. Hoffentlich überzeugen Sie die Männer und Frauen in der CDU, damit sie alle mehr Wissen über Frauen erwerben und unsere Probleme und Sonderwünsche, die doch nicht so

sonderbar sind, in Beruf und Familie besser kennen und darüber diskutieren können.

Wir ausländischen Frauen - ich bin Spanierin - haben während unseres Aufenthaltes in Deutschland im Arbeitsleben und innerhalb unserer Familie vieles gelernt. Wir haben gelernt, entfernt von der uns bekannten und geliebten großen Familie zu leben, was natürlich ein Problem bedeutet. Wir haben gelernt, manchmal auch ohne unsere Kinder zu leben. So schmerzhaft es auch ist, außerhalb der Heimat zu leben, so haben wir uns doch bemüht, das Familienleben trotz Arbeit und Haushaltsführung auch hier weiterhin zu bewahren.

Wir haben erfahren, daß Integration nicht nur für die hier geborenen Kinder möglich ist. Wir ausländischen Frauen können sehr viel dazu beitragen, unser Leben in der Gemeinde und anderswo besser zu gestalten. Wir möchten Sie unsererseits dringend bitten, in dem letzten Teil des Antrages auf Seite 9 das Ausländergesetz nicht zu vergessen. Denken Sie bitte daran, wenn Sie mit Herrn Minister Zimmermann darüber argumentieren bzw. diskutieren. - Danke.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Wir danken Ihnen sehr - auch für Ihre freundlichen Worte über die Aufnahme hier im Lande - und wünschen Ihnen alles Gute. Wir werden über das, was Sie vorgeschlagen haben, nachher bei der Beratung über den Leitantrag diskutieren.

Jetzt hat Frau Sollwedel das Wort.

Frau Inge Sollwedel: Ich bin in zweifacher Bewunderung hierhergekommen - ich bedanke mich für die Einladung -, und zwar einerseits in Bewunderung für die heute zur Beschlußfassung anstehenden Leitsätze der CDU. Ich halte sie wirklich für einen großen Wurf. Ich will allerdings gleich hinzufügen: Ich halte sie eigentlich auch gewissermaßen für eine längst fällige Zusage an die Frauen.

(Beifall)

Ich sage das, weil ich Frauenbeauftragte in Hessen bin und weiß, wie vielfältig die nachteiligen Auswirkungen in einer patriarchalischen Gesellschaft für die Frauen sind. Ich denke, diese Leitsätze sind die erste umfassende Zusammenstellung, die der Situation der Frau in unserer Zeit heute gerecht wird. Daher meine Bewunderung.

Meine Bewunderung gilt zweitens allerdings auch der Tatsache, daß ich mich frage: Wie macht eine Partei das eigentlich, solche Leitsätze - hoffentlich - zu verabschieden und gleichzeitig eine völlig gegenteilige Politik zu praktizieren?

(Beifall)

Ich nenne dazu als Stichworte nur BAföG-Änderung - mit der speziellen Auswirkung auf Mädchen, was wohl alle Politiker gewußt haben müssen -, das anstehende Scheidungsfolgendengesetz und die AFG-Kürzungen - die natürlich auch für die Frauen in ganz besonderem Maße nachteilig sind.

Trotzdem warte ich immer noch mit Spannung auf den heutigen Abend und halte auch meine Bewunderung aufrecht. Gleichzeitig aber, nachdem ich die Änderungs-

anträge gelesen und die Diskussionen des heutigen Vormittags verfolgt habe, insbesondere die auf den Fluren von den männlichen Parteifreunden, frage ich mich: Weiß die CDU eigentlich, welches Risiko sie mit diesen Leitsätzen gelaufen ist oder noch läuft? Wenn Sie wirklich nicht nur im Jahre 2000, sondern in absehbarer Zeit die Hälfte von dem, was hier zugesagt ist, so verwirklichen, daß die Frauen nicht benachteiligt sind, dann, denke ich, werden Sie das bei den nächsten Wahlen deutlich positiv spüren. Denn daß dieses Papier auf eine sehr sorgfältige und sehr gute Wahlanalyse zurückgeht, nach der Ihnen die jungen Frauen weggelaufen sind, ist ja allgemein bekannt.

Wenn aber die CDU das nur als papierene Leitsätze verabschiedet und die Verwirklichung des hier Angedeuteten - es ist ja noch nicht richtig zugesagt, aber das haben alle Parteiprogramme so an sich - nicht geschieht, dann, glaube ich, werden Sie Ihrer Partei keinen Gefallen getan haben. Denn dann werden die Frauen in Zukunft wissen, wohin sie sich wenden müssen.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Es ist ganz sicher, daß diese Leitsätze Konsequenzen haben werden. Frau Sollwedel, wenn wir uns darauf verständigen können, daß die Pflicht zum Bericht über die Durchsetzung einer der wichtigsten Punkte auch in diesem Leitantrag ist, dann ist die Qualität dieses Programms soviel besser als von allem anderen, was wir bisher in der Bundesrepublik gesehen haben, daß wir uns getrost auf die Jahre einstellen können, zumal die Gesetzesvorschläge für die Verbesserungen schon vorliegen. Wir haben die Glaubwürdigkeit herzustellen, daß wir in der Opposition, wenn wir Programme machen, und in der Regierung, wo wir uns verpflichten, sie durchzuführen, dasselbe sagen. Diese Qualität hier schon festzuhalten ist schon am heutigen Tage möglich. - Vielen Dank.

(Beifall)

Frau Karin Kraus, bitte.

Frau Karin Kraus: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin eine von den jungen Frauen, die der CDU nicht weggelaufen sind, will aber trotzdem oder gerade deshalb versuchen, Sie, die Delegierten, die heute abend schließlich über den Leitantrag entscheiden werden, für ein Anliegen zu sensibilisieren, das uns jungen Frauen im RCDS, aber auch in der Jungen Union sehr am Herzen liegt.

Meine Damen und Herren, die Ehe als Institution ist für unsere Gesellschaft unerlässlich. Die Ehe ist die Basis für die Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft. Auch der RCDS sieht in ihr die Zukunft unseres Volkes gewährleistet. Auch bei der jungen Generation im allgemeinen ist weiter eine Bejahung der Institution der Ehe festzustellen. So lag die Heiratsabsicht bei den 16- bis 18jährigen im Jahre 1983 bei 87,4 %. Das ist doch wirklich eine stattliche Prozentzahl. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, daß viele junge Menschen heute nichteheliche Lebensgemeinschaften praktizieren, und zwar nicht als Alternative zur Ehe, sondern als Vorstufe zur Ehe. Das tun sie nicht ohne Grund.

Meine Damen und Herren, jede dritte Ehe wird heute in der Bundesrepublik geschieden. Viele Jugendliche haben selber leidvolle Erfahrungen mit den zerrütteten Ehen ihrer Eltern gemacht. Da darf es Sie doch wirklich nicht wundern, daß sich unsere Generation genauer prüfen will. Wir wollen länger darüber nachdenken, wie wir

unser Leben in bezug auf Ehe, Familie und Beruf gestalten. Die Christlich Demokratische Union kann und darf, gerade wenn sie für junge Männer und Frauen attraktiver werden will, an den gesellschaftlichen Realitäten in bezug auf dieses Thema nicht vorbeigehen. Denn wir bejahen die Ehe nicht, weil es schon immer richtig und opportun war zu heiraten, sondern wir bejahen sie aus religiöser, gesellschaftspolitischer und programmatischer Überzeugung. Wir wollen, daß zwei Menschen, die einander lieben, in einer dauerhaften Partnerschaft zusammen leben.

Sagen Sie der jungen Generation mit Ihrem Votum heute abend, daß Sie ihre freie Entscheidung, vor der Ehe auch andere Formen der Partnerschaft zu praktizieren, zumindest tolerieren. Sie haben damit die Chance, Ihren Willen zur Toleranz und Ihre Fähigkeit zur Aufgeschlossenheit unter Beweis zu stellen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Ich rufe jetzt Frau Maren Knobler auf.

Frau Maren Knobler: Ich bin eine Mutter von drei erwachsenen Kindern und seit zirka zwei Jahren in der Frauenarbeit im jüdischen Frauenbund und in einer Sozialeinrichtung mit kleinen Kindern und Familien tätig.

Mich berührt vor allem die Lage der sozial Schwachen in unserer Gesellschaft. Die Aufgabe der Sozialpolitik ist es, Wege zu finden, den im Gesetz verankerten Anspruch auf eine würdevolles Leben aller, u.a. auch alter Menschen, zu gewährleisten. Denn wie weit die Realität von diesem Ziel noch entfernt ist, konnte man in der letzten „Report“-Sendung am Beispiel zweier Berliner Frauen deutlich nachvollziehen. Die wirtschaftliche Lage vieler alleinstehender älterer Frauen muß nachhaltig verbessert werden, wozu eine hinreichende Altersversorgung gehört, die erst die Voraussetzung für eine menschenwürdige Teilnahme am öffentlichen Leben ist. Das Erziehungsjahr sollte auch den Frauen angerechnet werden, die vor 1921 geboren sind.

(Beifall)

Der Vorschlag aus Ihren Reihen, daß ein differenziertes System an Bildungs- und Betreuungsangeboten vorhanden sein muß, wozu auch die Förderung von Selbsthilfegruppen gehört, bedarf einer genaueren Definition.

Meine konkrete Frage an Sie: Wäre auch von Staats wegen finanzielle Hilfe zu erwarten, könnten dann neue Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingeleitet werden, und wäre das in Verbindung mit irgendwelchen Helfern denkbar? - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Frau Else Funke, bitte.

Frau Else Funke: Frau Präsidentin! Ich spreche heute als Sozialarbeiter zu Ihnen, und zwar als Vertreterin des deutschen Berufsverbandes der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen, der für die Einladung sehr dankt.

Einige Anmerkungen. In den Leitlinien wird davon gesprochen, daß Frauen in der Regel aus Freude am Beruf arbeiten, wegen des Kontaktes mit Mitmenschen; ich könnte auch sagen: zur Selbstverwirklichung. Bitte vergessen Sie nicht, daß ebenso

viele Frauen aus Existenzsicherungsgründen arbeiten. Das ist allerdings eine Gruppe, die hier nach meiner Ansicht zu wenig gesehen wird. Das sind diejenigen, die Hilfen brauchen.

Die einen sind die, die eine sehr qualifizierte Berufsausbildung oder doch zumindest eine Berufsausbildung haben. Die anderen müssen sich mit irgendwelchen Diensten, meistens bei Reinigungskolonnen oder anderswo in gewerblichen Betrieben zufrieden geben. Gerade diese Frauen brauchen aber noch andere Hilfe.

Bereits heute morgen ist im Forum die Forderung nach mehr Einrichtungen für Kinder und Jugendliche erhoben worden. Als Sozialarbeiter kann ich nur sagen, daß wir hier viel mehr Förderung brauchen. Ich weiß natürlich genau, daß der Bundestag der CDU kein Gesetzgebungsgremium ist; aber hier sind die Mandatsträger aus Ländern und Gemeinden anwesend. Wir Sozialarbeiter erwarten, daß sich diese Mandatsträger dafür einsetzen, daß auf dem sozialen Sektor nicht immer nur gekürzt, sondern endlich den Erfordernissen gerade auch der Schwächeren Rechnung getragen wird.

(Vereinzelt Beifall)

Weitere Forderungen: Der Bundestag wird die Leitlinien verabschieden, und es ist auch davon gesprochen worden, daß es eine eigenständige Sicherung gerade der Frauen im Rentenbereich geben muß. Wir würden sehr darum bitten, dann zu überprüfen, ob nicht die Regelungen des 390-DM-Gesetzes abgeschafft werden müßten, denn danach gibt es keine eigenständige Sicherung.

(Zustimmung)

Vielmehr ist das eine Möglichkeit, die Frauen wie am Ende des 19. Jahrhunderts auszunutzen.

(Beifall)

Wenn man die Frauen und ihre Rückkehr in den Beruf fördern will, muß man auch mehr dafür tun, daß die Vorhaben gefördert werden, die den Frauen diese Rückkehr ermöglichen, auch die Vorhaben, die den Frauen während ihrer Familienphase den Bezug zum Beruf und den Kontakt zum Beruf ermöglichen.

Zum Erziehungsgeld sind wir Sozialarbeiter durchaus der Meinung, daß eine Arbeitsplatzgarantie gegeben werden muß, sehen aber die Verwirklichung tatsächlich nicht so. Wir stellen nämlich jetzt schon fest, daß Männer überall bevorzugt eingestellt werden; die kriegen nämlich keine Kinder.

Weiter ist zu bedenken: Was wird aus denen, die die Arbeitsplätze zeitweilig in Anspruch nehmen, wenn jemand Erziehungsgeld bezieht? Es besteht hier zumindest die Gefahr, daß wir eine neue Gruppe von Wanderarbeitnehmern bekommen, die zeitweilig eingesetzt sind und dann wieder anderswohin müssen.

Ein Wort noch zur Pflegekostenversicherung: Sie ist dringend erforderlich, aber auch hier stören mich die Worte „in der Regel“. Wer aus der sozialen Arbeit weiß, was es heißt, einen schwer Pflegebedürftigen zu Hause zu haben, wer weiß, wie eng die Wohnungen sind, wer weiß, wie die Belastung für diejenigen, die pflegen, einfach fast nicht mehr zu ertragen ist, wie dadurch eventuell auch Familien kaputtgehen und

wie Probleme auftauchen, die nicht durch die jetzige Besetzung der Sozialstationen gelöst werden können, der muß sich auch Gedanken darüber machen, daß es hier nicht „in der Regel“ heißen kann, sondern allenfalls „nach Möglichkeit“.

Ein letztes. Meine Kollegen haben mir mitgegeben: Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns Taten sehen! Wir würden uns sehr freuen, wenn diese Taten folgen würden, wobei die Praxiserfahrungen einbezogen werden sollten.

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Wir werden das ja prüfen können, und wir hoffen, wir können Sie dann nicht nur von den Leitsätzen, sondern auch von der Durchführung überzeugen.

Das Wort hat jetzt Frau Gertrud Höhler.

Frau Gertrud Höhler: Meine Damen! Meine Herren! Erlauben Sie mir, daß ich versuche, das Papier in einen größeren Zusammenhang zu stellen, in dem es doch wahrscheinlich entstanden ist und gesehen werden sollte.

Was hier zur Debatte steht, ist das Menschenbild, mit dem wir leben, vor allem doch wohl auch - meine Herren, von denen heute wieder so wenig die Rede ist - das Menschenbild, das Männer haben, z. B. Männer, die es zu Hause für unter ihrer Würde halten, ihren Frauen bei der Hausarbeit zu helfen.

Deshalb meine ich, wir sollten das, was Herr Minister Geißler als den Bewußtseinswandel von Frauen beschreibt, nunmehr als einen Bewußtseinswandel von Männern vollziehen.

(Zustimmung)

Ganz offenkundig ist er ja im zuständigen Ministerium bereits vollzogen.

Warum ist das wichtig? Wir haben ja in diesem Jahrhundert endlich Zeit, die letzten Defizite aufzuholen, was die Menschenwürde, die in unserem Grundgesetz beschrieben wird, angeht. Ich sehe in vielem, was Frauen heute immer noch nicht gewährt wird, Defizite an Menschenwürde. Das ist ein Appell nicht nur an Frauen, sondern auch und vor allem ein Appell an die Männer, die mit Frauen leben - in allen Bereichen unseres Lebens, im Privatleben, im beruflichen Leben und als Väter.

Das Stichwort „Wahlfreiheit“ beschäftigt mich vor allem deshalb, weil auch ein Mann, der eine Familie haben möchte, ein Stück seiner Wahlfreiheit, nämlich etwa nur Berufsmensch zu sein, aufgibt, und zwar für eine hohe Verantwortung, nämlich die, Ehemann oder Partner einer Frau und Vater von Kindern zu sein. Davon sollten wir sprechen. Wahlfreiheit bedeutet doch wohl für uns alle, daß wir in allem, was wir in unserem Leben an Verpflichtungen eingehen, ein Stück weit die Wahl frei haben, aber dann, wenn wir uns sittlich für andere Menschen verantwortlich sehen, ob das erwachsene Lebenspartner sind oder ob das der Nachwuchs ist, den wir gemeinsam in die Welt setzen, haben wir freiwillig und mit Zustimmung ein Stück Wahlfreiheit aufgegeben, um über viele Jahre bestimmte Aufgaben wahrzunehmen. Ich meine, das sollte deutlich gesagt werden, und das betrifft Männer und Frauen.

(Beifall)

Heute morgen hat Herr Minister Geißler gesagt: Kinder brauchen Eltern. Ich möchte

hinzufügen: Erwachsene brauchen die Jugend des Staates.

(Beifall)

Wir brauchen Jugend, damit sie immer wieder unser Menschenbild korrigiert. Nur Jugend setzt in uns die höchsten Erwartungen, ob das unsere eigenen Kinder sind oder ob das Kinder sind, denen wir irgendwo begegnen. Wo wir mit Kindern umgehen, sind wir verantwortlich, weil wir Erfahrungsvorsprünge haben.

Ein Staat braucht junge Menschen, weil diese Menschen Zukunft sind und Mut auf Zukunft machen, weil sie uns in die Pflicht nehmen, ohne daß sie uns das sagen. Sie nehmen uns ja in die Pflicht, weil wir sie lieben und weil wir über unser Leben hinaus ihre Zukunft sichern möchten.

(Glocke der Tagungspräsidentin)

- Ich spreche wie alle Vorredner etwas länger als drei Minuten,

(Zustimmung)

nur ganz wenig länger!

Ein letztes. Es ist wichtig, daß Frauen offene Horizonte für ihr Leben haben, daß sie fühlen: Ich kann frei wählen, was ich tun möchte. Ich bin überzeugt, daß Frauen außerordentlich verantwortlich wählen werden, was sie tun möchten.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Darf ich Sie bitten, zum Schluß zu kommen. Es gilt gleiches Recht für alle, und es gibt auch eine Solidarität unter Frauen.

Frau Gertrud Höhler: Frau Wex, ich wundere mich. Sie haben noch niemanden unterbrochen. Ich bin die erste. Ich sage einen letzten Satz.

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Ja, bitte, wenn Sie es nun gar nicht ändern wollen!

Frau Gertrud Höhler: Wir Frauen sollten das, was wir in dieser Welt anders als die Männer sehen, zur Geltung bringen. Wir sollten dort, wo uns etwas auffällt, was Männern nicht auffällt, nicht versuchen, wie Männer zu sehen, sondern sollten dem männlichen Weltbild das unsere hinzufügen. Das scheint mir die Aufgabe zu sein.

Danke schön.

(Lebhafter Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Das Wort hat Frau Inge Müller.

Frau Inge Müller: Meine Damen und Herren! Noch einmal zum Thema „Arbeitsplatzsicherung beim Erziehungsgeld“. Ich sage uneingeschränkt Ja zum Erziehungsgeld, melde aber Bedenken hinsichtlich der Arbeitsplatzsicherung an. Die Diskussion im Forum hat deutlich gemacht, daß die Mehrheit der Beiträge zum

Thema „Beschäftigungsgarantie“ sehr zurückhaltend und nicht ohne Vorbehalte war, und dies sowohl von Arbeitgeber- als auch von Arbeitnehmerseite.

In einer Zeit sehr großer Arbeitslosigkeit kann sich ein solches Gesetz für die Frauen nur negativ auswirken.

(Vereinzelt Zustimmung)

Aus meiner Arbeit als Betriebsrätin weiß ich, daß die Unternehmen nicht auf die angebotenen Aushilfsverträge ausweichen werden, sondern vielmehr auf die sogenannten 390-DM-Verträge. Wie wir alle wissen, richtet diese Art von Beschäftigungsverhältnissen langfristig großen volkswirtschaftlichen Schaden an, ganz davon abgesehen, wie die Frauen ausgebeutet werden. Dies wäre für alle ein viel zu hoher Preis für die Beschäftigungsgarantie.

Trotzdem war diese Diskussion gut und nützlich, um eine Bewußtseinsveränderung zu bewirken, damit dann, wenn es uns wirtschaftlich wieder besser geht, dieses im Ansatz lobenswerte Vorhaben in die Praxis umgesetzt werden kann.

Vielen Dank.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Das Wort hat Frau Hildegard Sandhof.

Frau Hildegard Sandhof: Ich möchte ein paar konkrete Maßnahmen, mit denen man in der Politik etwas ändern kann, ansprechen, und zwar Frauenförderungsmaßnahmen, die am speziellen Lebenslauf der Frauen ausgerichtet sind. Wie ich mir letzstens habe erzählen lassen, ist z. B. das Umschulungsalter auf 42 Jahre festgesetzt. Wenn die Familienfrauen die Kinder so weit groß haben, daß sie sich wieder einer Arbeit widmen können, stehen sie da und können nicht wieder in den Beruf kommen, weil das Arbeitsamt ihnen einen Strich durch die Rechnung macht.

(Vereinzelt Zustimmung)

Ich rege auch an, die Weiterbildungsmaßnahmen zu fördern. Dabei sollen die Frauen nicht nur auf die Volkshochschulen verwiesen werden. Sie sollen, wie es bei uns in Dortmund möglich ist, auch eine wissenschaftliche Weiterbildung machen können, die sie aber nicht nur in ihrer Familie umsetzen, sondern auch an andere weitergeben und mit der sie ein qualifiziertes Amt ausüben können.

Drittens. Über die Heimarbeit habe ich noch nichts gehört. Speziell in Bayern ist das ein Problem, weil dort der Heimarbeitsanteil am größten ist. Die Heimarbeit muß in bezug auf die neuen Technologien überdacht werden, ebenso das System der Bezahlung, aber auch, daß womöglich Kinder diese Heimarbeit verrichten. Da ist noch ein großes Gebiet.

Ein weiterer Punkt sind die Ehrenämter. Wenn sie Frauen schon angedient werden, sollten sie bezahlt sein, ausgenommen Parteiämter und Aufgaben, die man ehrenamtlich machen will.

Ich habe den Eindruck, im Moment will die CDU die SPD links überholen. Ich hoffe, daß ihr das gelingt.

Im übrigen denke ich: Wir Frauen sind zwar im Moment aktuell. Im Mai sind ja Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. Aber danach sind wir vielleicht wieder gegessen.

Zum Schluß wünsche ich der CDU die Chance, sich progressiver darzustellen. Dann ist sie auch für jüngere Wählerinnen wählbar.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Sandhof. Nun Frau Ria Pechel, danach Frau von Renesse.

Frau Ria Pechel: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin vom Katholischen Deutschen Frauenbund. Eines scheint mir ein wenig zu kurz gekommen zu sein. Auch in den Leitsätzen ist es nur eine kleine Passage. Aber Passagen lassen sich ja in Zukunft beliebig verlängern. Daran müssen wir denken. Es geht um die Frau der älteren Generation.

Als wir heute morgen in dem Forum 1 dieses Thema nur so am Rand anschnitten, sagte jemand, wie großartig es sei, wenn Großeltern für die berufstätige Tochter oder den berufstätigen Sohn selbstlos die Enkelkinder hüten.

Meine Anwesenden, ich muß dazu sagen: Bei aller Liebe zu meiner Familie weigere ich mich, der Babysitter meiner Familie zu sein.

(Beifall)

Die Generation der 60jährigen Frauen heute ist nicht mehr die Generation der 60jährigen Frauen noch vor 10 oder 20 Jahren. Sie haben zu einem neuen Lebensstil gefunden und zum Teil neue Formen von Berufen entdeckt, die sie wirklich ausüben. Wir müssen mit dieser Frauengeneration in Zukunft rechnen. Es täte der CDU gut - und ich glaube, mit Sicherheit wird sie daran denken -, den Blick auch darauf zu richten.

Die neuesten wissenschaftlichen Ergebnisse besagen sogar: Die Zukunft gehört den alten Damen.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Jetzt kommt Frau von Renesse, dann Frau Jutta Pronschi, dann Frau Maria von Pawelsz.

Frau Margot von Renesse: Frau Tagungspräsidentin! Meine Damen und Herren! Ich spreche zu Ihnen als Mutter von vier Kindern und als Familienrichterin.

Ich habe die Chance gehabt, mich auf eine einsame Insel zu retten: die hochprivilegierte Erwerbstätigkeit, obgleich die Familienpflichten in meinem Haushalt wahrlich nicht klein sind. Ich habe die Chance gehabt, weil mein Beruf es durch große Flexibilität und durch eine gute Bezahlung ermöglicht und weil ich einen Mann hatte, der zwar ursprünglich sehr konservativ war, aber im Lauf der Zeit gelernt hat, die Vorteile von Väterlichkeit zu schätzen.

(Beifall)

Wenn ich meinen Töchtern, denen ich sehr wünsche, daß auch sie eines Tages glückliche Mütter werden, heute einen Rat geben darf, was sie, wie die Lage sich heute für Frauen darstellt, einmal tun sollen, muß ich ihnen schweren Herzens empfehlen, nicht einen Tag mit der Erwerbstätigkeit aufzuhören. Denn die Erwerbstätigkeit ist in unseren Tagen die einzige privilegierte Form des Daseins, die Hausfrauen mögen leisten, was sie wollen, bei der jungen Generation und, nicht zu vergessen, bei der älteren. Wir sollten ja durchaus nicht übersehen, daß nur 5 % der älteren und pflegebedürftigen Mitmenschen - und ihre Zahl nimmt zu - in Heimen leben. Die meisten werden jedenfalls von ihren Familien betreut. Das ist im wesentlichen die Leistung der Familienfrauen.

Aber diese Leistung lohnt sich nicht. Diese Leistung ist mit sozialen Defiziten auf der ganzen Linie bezahlt. Ich erinnere nur an eines. Eine Leistung des Haushaltsbegleitgesetzes 1984 ist der Rauschmiß der Hausfrauen und Mütter aus der sozialen Sicherung, besonders aus der Invaliditätsversicherung. Das hat besonders bei den Frauen, die ich seit Jahren täglich sehe und deren Elend zu produzieren ich als Familienrichterin mithilfe, nämlich bei den Geschiedenen und Alleinstehenden, die abscheulichsten Auswirkungen. Ihnen bleibt im Alter zwischen 48 und 65, wenn sie nicht einmal mehr den 390-Mark-Job bei Uniputz machen können, nur noch das schwarze Loch der Sozialhilfe, und ihre Kinder und ihre Eltern werden angeschrieben, was sie verdienen und ob sie nicht einen Obolus dazugeben können. Dieses Elend sehe ich seit acht Jahren täglich. Es bedrückt mich ungeheuer, weil ich weiß, daß mich von diesen Frauen nur zwei Handbreit Zufall trennen. Das Glück, das ich gehabt habe, haben die meisten nicht.

Wenn Sie in Ihrem Leit Antrag sagen, Hausfrau sei Beruf, dann respektieren Sie bitte auch eine zumindest annähernde Gleichstellung des Hausfrauendaseins mit diesem sehr, sehr gefährdeten Arbeitsplatz - ein Drittel aller Ehen werden geschieden, jedenfalls bei uns im Ruhrgebiet - und machen Sie eine soziale Sicherung, die nicht zurückgeht, wie es in den letzten zwei Jahren war, sondern die voranschreitet und die diese Situation nicht weiter in große Gefahren bringt.

Dazu gehört natürlich auch das Scheidungsfolgenrecht, das ich in letzter Zeit eigentlich nur noch als Unterhaltsamnestie bezeichne.

(Beifall)

Denken Sie bitte daran, wie das der Prophet Mohammed, der seinen Anhängern, den Moslems, erlaubte, bis zu vier Frauen zu heiraten, eine gewichtige Vorbedingung gemacht hat: Der Moslem, der mehrere Frauen heiratet, muß zumindest in der Lage sein, sie alle standesgemäß zu halten.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau von Renesse. Herr Blüm, Sie werden sicher auf einige der Fragen eingehen. - Nun Frau Jutta Prouschil, dann Frau Maria von Pawelsz.

Frau Jutta Prouschil: Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst stelle ich den Verband vor, den ich vertrete. Der Bundesverband der Pflege- und Adoptiveltern wurde 1976 aus der Notwendigkeit gegründet, durch eine Organisation Erfahrungen und Forderungen von Betroffenen an Entscheidungsträger weiterzugeben. Außerdem will der Bundesverband Solidarität und gegenseitige Unterstützung fördern.

Wir beziehen uns auf das Erziehungsgeld. Bedauerlicherweise geht aus diesen Leitsätzen nicht hervor, daß Pflegefamilien in diesen Kreis einbezogen sind. Nach unserer Meinung sollten in die Erziehungsgeldregelung auf jeden Fall die Familien einbezogen werden, in denen ein Kind als Dauerpflegekind untergebracht ist. Wenn das Erziehungsgeld sozusagen eine Belohnung für Betreuung und Erziehung sein soll, sind diese Eltern vollwertige Ersatzeltern. Ihre Leistung sollte demgemäß der Leistung anderer Eltern gleichgestellt werden, weil sie genauso gut, umfassend und hochwertig ist. Wie will man begründen, daß gleiche Leistung einmal mit 600 DM an leibliche Familien und Adoptivfamilien, ein anderes Mal aber mit 100 DM, bei der Pflegefamilie, abgegolten werden soll? Wir bitten die Bundesregierung, unsere Anregung zu überdenken; denn der Gleichheitsgrundsatz sollte doch für alle Familien gelten. Oder sind Pflegefamilien gleicher als gleich?

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Wir werden gleich noch darauf eingehen. Das ist eine der wichtigen Fragen, die auch in unserem Leittrag eine Rolle spielen.

Frau Maria von Pawelsz. Danach Frau Dr. von dem Bottlenberg.

Frau Maria von Pawelsz: Ich spreche als Landesvorsitzende des hessischen Landesfrauenrates.

Ich möchte gerne einen Aufruf an die Männer machen. Wir Frauen kennen unsere Sorgen, z. B. bei Einstellungen, Bewerbungen um bestimmte Stellen, bei denen häufig das Geschlecht entscheidend ist. Ich rufe Ihnen, den Männern, zu: Nur Männer von Format können qualifizierte Frauen ertragen und sogar fördern.

(Beifall)

Und in der CDU haben wir doch nur Männer von Format.

(Heiterkeit)

Das rechtfertigt unseren Optimismus in die Zukunft.

Vielen Dank.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Frau Dr. von dem Bottlenberg.

Frau Dr. von dem Bottlenberg: Ich spreche für die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands.

Was ich zu sagen habe, hat nichts mit Neid zu tun. Wir älteren Frauen gönnen den jungen Frauen von Herzen all das, was ihnen hier versprochen wird. Aber trotzdem muß ich ein bißchen traurig feststellen, daß viele Frauen meiner Generation sich in Ihren Entwürfen nicht wiederfinden können.

Wir haben unsere Kinder für eine Welt großgezogen, die sie heute nicht haben will,

da sie keine Arbeitsplätze für sie hat. Das betrifft auch unseren Lebensentwurf. In einen Beruf können die meisten von uns, zumal, wenn sie vor der Ehe nicht berufstätig waren, nicht kommen. Uns bleibt die ehrenamtliche Tätigkeit, die aber keinerlei Zukunftssicherung mit sich bringt. Für uns gilt das gleiche, was in Ihrem Papier bei dem Passus über die Alterssicherung der Frauen in mittelständischen Betrieben steht. Wir haben keine Chance auf eine eigene Alterssicherung.

So wäre es für uns eine Beruhigung und ein Zeichen der Anerkennung unserer Lebensarbeit, wenn in diesem Zusammenhang über die Anrechnung der Erziehungsjahre auf eine Rente neu nachgedacht würde.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Herr Minister Blüm, würden Sie jetzt ein paar Antworten vortragen, die wir für das Plenum vorbereitet haben? -

Dr. Norbert Blüm: Meine Damen und Herren! Ich bin also offenbar der letzte Patriarch, den sich die CDU noch hält. Fürchtet euch nicht.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, Sie können ganz sicher sein, ich werde immer auf der Seite der Frauen sein, wenn sie diskriminiert werden, wenn sie beim Lohn benachteiligt werden. Und das passiert immer noch. Die Arbeiterin verdient im Monat immer noch im Durchschnitt 180 DM weniger als ihr Kollege, die Angestellte im Durchschnitt 1200 DM weniger. Ich werde immer mit von der Partie sein, wenn es darum geht, eine Tarifpolitik zu machen, in der die Frauenarbeitsplätze nicht auf raffinierte Tour abgewertet werden. Da müssen wir uns auch an Gewerkschaften und Arbeitgeber halten.

Ich werde mit von der Partie sein, wenn jemand glaubt, Frauen, Mädchen brauchten nichts zu lernen, die würden geheiratet. Erstens werden sie nicht geheiratet - die heiraten -, und zweitens: Mädchen müssen auch etwas lernen, immer, weil sich zeigt, daß auf dem Arbeitsmarkt gerade die Ungelernten die Hauptkandidaten für die Arbeitslosigkeit sind.

Ich werde mit von der Partie sein - um die Frage gleich zu beantworten -, wenn es um die Beseitigung der Benachteiligung von Frauen in der Sozialversicherung geht. In der Tat, im Rentenrecht ist das so. Da erscheint die Frau, die bekannte Nur-Hausfrau - dazu sage ich gleich etwas -, im Alter nur sozusagen als Beiwagen des Mannes. Nein, die Frau, die ein Kind erzieht, hat genausoviel geleistet wie eine Frau, die erwerbstätig ist. Und das muß endlich im Rentenrecht anerkannt werden.

(Beifall)

Vielleicht ist es unser Nachteil, daß wir nicht so lange darüber geredet haben wie die SPD. Es stimmt: Die hat lange darüber geredet, es nur nie eingeführt in den 13 Jahren. Wir führen Erziehungszeiten ins Rentenrecht ein, und zwar rentensteigernd und rentenbegründend. Also, die Tatsache der Kindererziehung ist auch eine Begründung, überhaupt Ansprüche auf Rente zu erhalten. Die SPD hat einen Entwurf gehabt - ich will nur das Kontrastprogramm schildern, damit die Proportionen ein bißchen zurechtgerückt werden -, nach dem nur die berufstätigen Frauen Zugang zu einer solchen Regelung haben sollten.

Insofern antworte ich Ihnen: In dem Verlangen nach Gleichberechtigung lasse ich mich von niemandem, noch nicht einmal von jemandem in diesem Saal, übertreffen. Nur geht mein Gleichberechtigungsverlangen nicht nur dahin, Männer und Frauen im Erwerbsleben gleichzubehandeln, sondern ich kämpfe auch für die Gleichberechtigung der nichterwerbstätigen Hausfrau und Mutter und der erwerbstätigen Frau. Die hat die Emanzipationsbewegung offenbar vergessen.

(Beifall)

Ich möchte nicht eine Frauengruppe gegen die andere ausspielen. Aber manchmal habe ich den Eindruck, auch heute nachmittag: Die Hausfrau ist der Dorftrottel der Nation, und sie muß dankbar sein, wenn sie überhaupt ernst genommen wird.

(Beifall)

Wenn die einzige Form der Selbstverwirklichung die Erwerbsarbeit ist, steht es aber schlimm mit unserer Gesellschaft.

(Beifall)

Fragen Sie mal eine Arbeiterin, die 15 000 Schrauben in einer Schicht anzieht, was da an Emanzipation und Selbstverwirklichung drin ist. Da reden Leute über Erwerbsarbeit von Frauen, die noch nie ein Fließband gesehen haben, glaube ich.

(Beifall)

Schließen Sie nicht von den Lebensgewohnheiten einer Oberschicht, die ihr gegönnt seien, auf die Lebensgewohnheiten der Malocher. Da ist ein Großteil nicht aus emanzipativen Gründen erwerbstätig, sondern damit die Kasse stimmt. Und daß die Kasse stimmt, dafür wollen wir sorgen. Dann erst läßt sich Wahlfreiheit herstellen.

(Beifall)

Wir kämpfen für die wirkliche Wahlfreiheit.

Meine Damen und Herren, Reform der Hinterbliebenenversorgung: Auch da brauchen wir unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Das Teilhabemodell benachteiligt die berufstätigen Frauen. Wenn es gewünscht wird, kann ich das ganz leicht erklären. - Unangetastet bleibt die eigene Rente. Das ist die Rente von Mann oder Frau, soweit sie selber erwerbstätig war. In die Anrechnung kommt rein, wer zwei Renten hat, die eigene und die abgeleitete. Das können nur die berufstätigen Frauen sein; denn der Mann hat keine abgeleitete. Die Teilhaberente ist nichts anderes als eine Reform der Hinterbliebenenversorgung auf den Knochen der berufstätigen Frauen. - Und sehen Sie: Auch das mache ich nicht mit. Es wird nicht eine Gruppe gegen die andere ausgespielt.

Wir haben ein Freibetragsmodell, das gerade die kleinen Rentner schützt, entwickelt. Deshalb bin ich ganz stolz, mich in guter Gesellschaft zu befinden. Die Reform der Hinterbliebenenversorgung nach unseren Vorstellungen wird unterstützt vom Deutschen Frauenrat, vom DGB, von der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, vom Reichsbund. Auf der Gegenseite steht das Traumpaar des Jahres: Die SPD und der Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände. In der Tat, das sind die Alternativen in der Reform der Hinterbliebenenversorgung.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich will das gerade auch an die Älteren sagen: Was mich wirklich schmerzt ist, daß wir ein hundert Jahre währendes Unrecht, das, daß Erziehungszeiten nicht angerechnet werden, im Jahre 1985 nicht wettmachen, nicht ausradieren können, sondern das nur für den Rentenzugang machen können. Das tut mir weh. Aber, meine Damen und Herren, es war in der Sozialpolitik immer so: Wer alles oder nichts als einzige Wahlmöglichkeit erkannt hat, ist meistens beim Nichts gelandet. Laßt uns doch mit der Beseitigung des Unrechts jetzt beginnen. Je länger geredet wird, desto mehr Generationen werden wieder ohne Anerkennung der Erziehungszeiten sein. Jetzt muß gehandelt werden. So praktisch sind wir.

(Beifall)

Um Sie hinsichtlich Ihrer patriarchalischen Vorstellungen noch etwas zu verunsichern: Diese Regierung führt im Arbeitsförderungsgesetz eine neue Rahmenfrist ein, damit die Frauen, die aus der Erwerbsarbeit ausgeschieden sind, um beispielsweise ihr Kind zu erziehen, später wieder zurückkehren können, wobei das Arbeitsamt ihnen helfen soll: mit Umschulung, mit beruflicher Förderung. Denn ich meine, daß wir aus der Alternative heraus müssen: entweder ganz ins Erwerbsleben oder gar nicht. Das ist doch einfallslos.

Sehr viele junge Frauen sagen, sie würden aus dem Erwerbsleben gerne ausscheiden, um sich ihrem Kind zu widmen. Nur, so sagen sie, wenn sie einmal ausgeschieden seien, hätten sie keine Gelegenheit mehr zurückzukehren. Das ist richtig. Allerdings frage ich Sie zurück: Was müssen wir dann ändern: die Mütter oder die Gesellschaft? Ich antworte darauf: Laßt die Mütter Mütter sein und ändert die Gesellschaft.

(Beifall)

Gebt Hilfen für die Rückkehr ins Erwerbsleben. Man muß doch nicht so einfallslos sein, das Leben nur in Kolonnen zu organisieren.

Teilzeitarbeit: Wir statten sie zum ersten Mal mit einem sozialen Schutz aus. Im Rahmen der Teilzeitarbeit dürfen nicht Arbeitsverträge zweiter Klasse abgeschlossen werden. Arbeitsverhältnisse im Hobbyformat darf es da nicht geben. Wir sorgen dafür, daß der berühmten Kapovaz die Zähne gezogen werden, daß Hausfrauen nicht zu Hause am Telefon sitzen und warten, bis sie gerufen werden; sie sind nicht Zubehör für den Arbeitsmarkt. Wir werden dafür sorgen, daß ordentliche Absprachen getroffen werden.

Wir wollen job-sharing, also Arbeitsplatzteilung, und zwar nicht so, daß sie aufeinander angewiesen sind wie beim Tandem, sondern so, daß für jeden ein Stück Freiheit bleibt. Vielleicht - das gebe ich zu - beherrsche ich die emanzipatorische Lyrik nicht so sehr, aber wir machen was für die Frauen, und zwar für die Hausfrauen und für die erwerbstätigen Frauen. Laßt uns doch nicht immer die einen gegen die anderen ausspielen. Das ist doch die alte Vorliebe der SPD. Die ist doch nur im Konfliktstadium selig; Konsens hält die doch für Dekoration.

(Beifall)

Wie gesagt, die ist nur selig, wenn sie alle gegeneinander ausspielt: die Jungen

gegen die Alten, die Alten gegen die Jungen, die Arbeitnehmer gegen die Unternehmer, die Unternehmer gegen die Arbeitnehmer, die Männer gegen die Frauen, die Frauen gegen die Männer. Wir fangen so nicht an. Laßt uns doch eine differenzierte Politik betreiben!

Ich bleibe dabei: Wahlfreiheit ist wichtig. Ich kämpfe mit Ihnen darum. Nur, meine Damen und Herren, sie ist nicht alles. Es bleibt bei Unterschieden zwischen Mann und Frau. Ich meine das nicht als witzige Bemerkung. Ich hatte nie eine Wahlfreiheit, Mutter zu werden. Das ist eine Tatsache, über die wir nicht hinwegkommen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich glaube auch, daß die Frauen die Kinder gebären, daß das Kind neun Monate, die erste Phase seines Lebens, bei der Mutter war. Das ist mehr als eine zeitliche Differenz, die es vom Vater trennt.

(Beifall)

Laßt uns nicht eine Gesellschaft anstreben - ich jedenfalls möchte nicht darin leben -, in der alles mit allem austauschbar ist, eine Gesellschaft nach dem Muster eines Ersatzteillagers. Ich möchte auch nicht die Gesellschaft der Beliebigkeit; in ihr würde ich mich nicht wohlfühlen. Den Vater haben wir, wenn es sein muß, mit der künstlichen Befruchtung schon überflüssig gemacht. Wenn wir so weitermachen, schaffen wir es auch noch mit der Mutter. In einer Gesellschaft mit Samenbanken, Retortenbabys, Leihmüttern und ähnlichem möchte ich weder selbst leben, noch möchte ich eine solche meinen Kindern zurücklassen. Ich bleibe der alten Mutter Erde treu.

Meine Damen und Herren, meine Mutter - wir werden im Rahmen des Leitetrags über die Mütter noch reden; da können Sie abstimmen wie Sie wollen, daran halte ich fest, weil es da nichts abzustimmen gibt - war für mich in meiner Kindheit die wichtigste Person. Ich bin sicher: Mein Vater würde, wenn er könnte, diesem Satz Beifall spenden. Ich wäre ganz stolz, wenn auch meine Kinder das einmal behaupten könnten. Ich jedenfalls würde mich dadurch nicht diskriminiert fühlen.

(Anhaltender Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Blüm.

Meine Damen und Herren, ich möchte die Rednerliste um 17.00 Uhr schließen; denn wir haben noch mehr als 20 Wortmeldungen abzuwickeln. Vielleicht können sich alle noch einmal überlegen, ob sie ihre Redezeit nicht noch weiter verkürzen. Wir wollen versuchen, mit den Wortmeldungen durchzukommen. Wir werden uns überlegen, falls das nicht möglich ist, ob wir noch eine Verlängerung anbieten können.

Das Wort hat nun Ilse-Maria Oppermann.

Frau Ilse-Maria Oppermann: Ich bin Hausfrau und Mutter von fünf Kindern und Vorsitzende des Bundeselternrates. - Hohes Haus, ich möchte Ihr Augenmerk auf die außerordentlich wichtige Rolle der Eltern bei dem Prozeß lenken, Mädchen zu befähigen, in Familie, Politik und Gesellschaft tätig zu sein, und Mädchen so zu erziehen, alle Berufe, auch die technischen, wählen zu können. Nur wenn Eltern nicht mehr in geschlechterspezifischen Rollenklischees erziehen, wird es Männer

und Frauen als Arbeitgeber geben, die Frauen problemlos einstellen, und es wird Mädchen geben, die sich an technischen Leistungswettbewerben in der Schule verstärkt beteiligen, und es wird vermehrt junge Frauen geben, die sich für Berufe qualifizieren, die nicht nur typische Frauenberufe sind. Sie werden sich dann auch für solche Berufe qualifizieren, die mit neuen Technologien zu tun haben. Ich meine, daß dies auf dem Hintergrund, daß 70 % aller Arbeitsplätze in Kürze mit dem Computer zu tun haben, außerordentlich wichtig ist. Das Bewußtsein der Eltern für diese Aufgabenstellung ist also zu schärfen.

Aber im gleichen Moment möchte ich auch darauf hinweisen, daß eine absolute Wahlfreiheit der Frauen, d. h. eine Wahlfreiheit zwischen Familie, Kindern und Beruf, zu Lasten der Schwächsten unserer Gesellschaft, nämlich der Kinder, geht, daß sie unter Umständen zu weniger Kindern führt und daß Ganztagschulen und Kindertagesheime unentbehrlich werden. Ich frage Sie: Was handeln wir uns damit ein?

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Oppermann.

Das Wort hat nun Frau Christa Stracke.

Frau Christa Stracke: Meine Damen! Meine Herren! Ich nehme an, daß der Fall Doris Haas Ihnen allen bekannt ist. Es ist hervorragend, daß sich eine Frau bis zum Europäischen Gerichtshof gewagt hat. Aber bleiben wir bei kleineren Problemen der Gleichstellung der Frau im Berufsleben. Die Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau stellen in Punkt III fest, daß Frauen im Vergleich zu Männern eine geringere Auswahl an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen haben. Appellieren wir doch an die Wirtschaft, nun endlich auch Frauen gleichgute Arbeitsplätze wie Männern anzubieten. Eine bessere berufliche Ausbildung für Frauen wird gefordert. Während man den zweiten Teil mit Sicherheit unterstützen kann, wenn er im Einklang mit der Aufhebung geschlechtsorientierter Berufsbilder steht, muß man zum ersten Teil sagen, auch wenn die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in ihrem Antwortschreiben an die CDU zum Hearing am 29. Januar dieses Jahres der Meinung ist, daß die bestehenden gesetzlichen Regelungen den Frauen gleiche Chancen im Erwerbsleben bieten, daß Appelle wohl kaum etwas nutzen. Ich erinnere daran, daß Art. 3 des Grundgesetzes nicht erst seit gestern besteht und daher Handeln gefordert ist.

Weiter heißt es in den Leitsätzen unter Ziffer 25:

Frauen streben eine Teilzeittätigkeit an, weil so Beruf und Familie besser zu vereinbaren sind.

Dies scheint meines Erachtens ein Dreh- und Angelpunkt des Papiers zu sein. Zum einen liegt hierin ein versteckter Hinweis, daß auf jeden Fall die Frau mit der Familie belastet ist und durch Teilzeittätigkeit besser für die Familie sorgen kann. Es ist kaum schwer zu erraten, warum der Mann in diesem Zusammenhang nicht genannt wird. Zum anderen wird damit die Teilzeittätigkeit zur Problemlösung hochstilisiert, ohne dabei zu bedenken, wer sich das leisten kann, denn immerhin heißt Teilzeitarbeit auch halber Lohn.

Am Rande gibt es natürlich auch hier die Frage, wenn heute Teilzeitarbeit, also

verminderte Arbeit, als Wunsch und Potenz dargestellt wird, warum sich gerade die CDU derart gegen die Verkürzung der Arbeitszeit gestellt hat, die allen Arbeitnehmern zugute gekommen wäre und wodurch beide Elternteile mehr Zeit für die Familie gehabt hätten.

Ein zweiter wesentlicher Punkt.

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Ihre Redezeit ist zu Ende. Sie können gerne noch den Satz zu Ende führen

Frau Ilse-Maria Oppermann: Dann lassen Sie mich wenigstens den Schlußsatz sagen, wenn ich schon nicht weiterreden darf.

Es gäbe noch viele Punkte zu dem Papier anzumerken, sei es zur Flexibilität, sei es zu den Teilzeitmodellen, aber, meine Herren - das nehmen Sie mit auf Ihren Weg, wenn Sie wieder Politik machen gehen -, die Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik, und das sind Frauen, bekommen Sie nicht so leicht mit schönen Reden und Papieren.

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das wissen wir ganz genau. Deswegen haben wir dieses Angebot gemacht, das in vielen Dingen ganz konkret ist, gerade bei Teilzeitarbeit und den Zeitverträgen in Verbindung mit den Möglichkeiten, Erziehungszeiten in der Rente anzurechnen. Das ist gerade der Mittelpunkt dieses Entwurfs, und das werden wir in der Regierung durchsetzen. Der erste Schritt ist schon getan.

Frau Brigitte Laarz: Meine Damen und Herren! Wir wurden ja aufgefordert, bei diesem Parteitag kritische Anmerkungen zu machen. Das habe ich schon im Forum 2 zu einer bestimmten Passage des Leitantes getan, und zwar ging es da speziell um die Heimarbeit oder die Flexibilisierung, Teilzeitarbeit in bezug auf Restarbeitsplätze usw. Daraufhin wurde mir von Frau Breuel vorgeworfen, ich hätte Minderwertigkeitsgefühle und sollte doch mehr zu den Grünen hingehen. Das, finde ich, ist, schlichtweg gesagt, eine Unverschämtheit.

(Beifall)

Ich sehe durchaus die Vorteile der neuen Technologie. Ich will sie auch nicht abstreiten, denn die neue Technologie ermöglicht uns im Moment tatsächlich ein totales Chancengleichheitsprogramm. Aber wie sieht das denn in Wirklichkeit aus? Wir haben 2 Millionen Arbeitslose. Es werden laut Siemens-Studie noch einmal 2 Millionen hinzukommen. Die Machtstrukturen sehen doch so aus, daß in der Politik, in der Gewerkschaft und in der Wirtschaft die Männer noch alles vollkommen in der Hand haben. Wo sollen wir uns denn da etablieren? Die werden doch für uns keinen Deut zurückrücken, wir werden doch die Chance gar nicht bekommen, gleichberechtigte Arbeitsplätze zu bekommen. - Danke!

(Vereinzelt Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich nehme an, es kann sich

nur um ein Mißverständnis handeln. Es wird sicher im Zuge der Abstimmung über den Leitantrag noch eine Diskussion geben, und sicher werden da die Spannungen oder Mißverständnisse ausgeräumt werden können. Wir danken für diese kritische Anmerkung.

Als nächste Gräfin Plettenberg.

Gräfin Gabriele Plettenberg: Meine Damen und Herren! Mein Thema ist die Wahlfreiheit zwischen Beruf und Familie.

Lassen Sie mich zuerst einmal sagen, was mich hier unendlich bedrückt. Wir haben über 2 Millionen Arbeitslose, und ich frage mich schon den ganzen Nachmittag, wenn wir über Wahlfreiheit in Beruf und Familie sprechen, was wohl die Frauen von den Arbeitslosen oder die arbeitslosen Frauen dazu sagen. Ich bitte, das doch im Kopf zu behalten. Diese Menschen haben gar keine Wahl, die haben nämlich keine Arbeit.

Das zweite. Ich kann mich ganz kurz fassen, weil Herr Blüm schon fast alles gesagt hat, was ich hätte sagen wollen. Dennoch: Streichen Sie aus Ihrem Leitantrag den Satz: „Es ist der Ausdruck eines überholten Denkens, die Aufgaben der Frau auf die der Mutter und Hausfrau beschränken zu wollen.“ Meine Damen und Herren, Mutter und Hausfrau zu sein ist kein starres Leitbild von gestern, sondern gar keine leichte Aufgabe. Wie wir sie als Mütter erfüllen, davon hängt tatsächlich das Gelingen der Zukunft ab. Nehmen Sie den Satz heraus, der stimmt so nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Sie sagen, es sei die freie Entscheidung von Ehepartnern, wie Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Kindererziehung aufgeteilt werden, und sie sollen es unter sich aufteilen. Gehen Sie doch bitte auch davon aus, daß noch Hunderttausende von jungen Frauen Männer heiraten, die in einen Beruf eingebunden sind und bereit sind, eine Familie zu ernähren, und die gar keine langen Debatten über Entscheidungen abhalten können. Das kann später einmal sein, wenn Ihre Teilzeitangebote besser sind und wenn wir die Gegebenheiten dafür geschaffen haben. So habe ich Angst, wir tragen Streit in manche junge Familie, weil Sie ihr vormachen, sie hätte eine Wahlfreiheit, die sie gar nicht hat.

Eine Wahlfreiheit, die so total ist, wie Sie sie fordern, können wir sofort haben, wenn Kinderbetreuung in Kindergärten und Ganztagschulen den Frauen die Erziehungs- und Hausarbeit abnimmt, aber das kann nicht das sein, was die CDU will.

(Beifall)

Lassen Sie mich jetzt den Bundeskanzler zitieren mit dem Satz, der mir gut gefallen hat und der mutig war: „Ohne das Opfer der Mütter hat dieses Land keine Zukunft.“ Ich möchte den Bundeskanzler aber an dieser Stelle etwas korrigieren. Ich würde immer sagen: „Ohne das Opfer der Väter und Mütter hat dieses Land keine Zukunft.“

(Vereinzelt Beifall)

Ganz zum Schluß etwas: Was wir, die ältere Generation, beantworten müssen, ist die Forderung, die der RCDS hier gestellt hat, am Leitbild der christlichen Ehe festzuhalten, aber die eheähnlichen Beziehungen zu tolerieren. Meine Damen und Herren, hier ist es unsere Pflicht, auch zu sagen: So geht das nicht. Das christliche

Leitbild der Ehe läßt dieses nicht zu. Ich wiederhole das, was heute morgen im Forum 1 ein Lutheraner gesagt hat, der den Papst zitierte: „Man kann nicht auf Probe leben, man kann nicht auf Probe sterben, man kann nicht auf Probe lieben.“

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Gräfin Plettenberg. Ich denke, hier ist auch festzustellen, daß gerade im Zusammenhang zwischen Arbeitsmarkt und dem, was wir in diesen Leitsätzen an gemeinsamen Familienaufgaben anbieten, dieses auch bedeutet, daß die Flexibilität beider Seiten, zu wählen, was man machen kann, dem Arbeitsmarkt zugute kommt, alldieweil Frauen zu einem großen Teil bei einem Erziehungsurlaub nicht wieder zurückgehen würden. Wir wollen niemanden beschränken. Das gilt auch bezüglich der Frauen.

Frau Lisa Al Naqib: Meine Damen und Herren! Ich hoffe, ich kriege das zusammen. Ich habe da ein bißchen Durcheinander.

Meine Damen und Herren, ich bin die Bundesvorsitzende der Deutschen Hausfrauengewerkschaft. Ich bin Hausfrau und Mutter dreier erwachsener Kinder. Ich habe auch einmal Politik und Jura studiert.

Ich hatte heute oft den Eindruck, daß viele nicht wissen wollen, daß, kurz ausgedrückt, eine Familie mit einem Durchschnittseinkommen von 1600 Mark, wie es heute ist, mit einem Verdiener bei einem Kind bereits zum Sozialfall wird. Wir, die DHG, fordern die Einbeziehung der Haushalte in die Volkswirtschaft und damit in die Arbeitswelt, die Aufhebung der Trennung zwischen Arbeitswelt und Familienleben. Es soll in beiden Bereichen gearbeitet und gelebt werden. Wir sind eines der wenigen Länder, das den Hausfrauen keine Lebenssicherung durch ihre Arbeit zubilligt. Wir fordern die tatsächliche Anerkennung der Hausfrauentätigkeit als Beruf mit allen rechtlichen Konsequenzen. Dazu gehört die Verbesserung der Alterssicherung und die Anerkennung von Erziehungs- und Pflegejahren in der Rentenversicherung. Hat es eine Mutter, wenn sie Kinder als künftige Steuerzahler großzieht, nicht verdient, daß sie dafür pro Kind wenigstens sechs Erziehungsjahre für die Rentenberechnung anerkannt bekommt?

Das Müttergenesungswerk z. B. ruft immer wieder zu Spenden für Kuren für Mütter auf, damit sie sich erholen können. Ist es nicht beschämend, wenn dafür in diesem Land noch mit der Büchse in der Hand gesammelt werden muß? Warum steht einer Mutter keine Kur zur Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitskraft zu, wie das in allen anderen Berufen der Fall ist?

Wir sind das Land mit der niedrigsten Geburtenrate. Nicht zuletzt deshalb, weil viele junge Frauen bewußt keine Kinder mehr bekommen, um nicht wie ihre Mütter auf ihre eigene Sicherheit verzichten zu müssen. Das bedeutet einen Verfall der Familie.

Wir rufen die Politiker auf, ihre Leitsätze zu erweitern und auch durchzusetzen. Es ist begrüßenswert, daß mit dem einen Babyjahr, das die Bundesregierung einführen will, ein Anfang gemacht werden soll. Wissen Sie überhaupt, daß eine Mutter 25 Kinder haben müßte, um im Zusammenhang mit dem Babyjahr auch nur die Höhe der Sozialhilfe zu erreichen? Wenn alle Mütter für jedes Kind sechs Erziehungsjahre - wie wir es fordern - rentenbegründend und rentenfördernd anerkannt bekämen und auch die Pflegejahre angerechnet würden, wäre mehr als ein Problem, das uns heute auf den Nägeln brennt, gemildert. Viele Mütter könnten sich im Bewußtsein

eigener Sicherheit den Kindern oder den pflegebedürftigen Familienmitgliedern widmen. Damit kämen ihre außerhäuslichen Arbeitsplätze wenigstens einem Teil der Arbeitslosen zugute. Außerdem würde eine Menge an Kosten gespart werden; ich denke nur an die Sozialhilfe und an die Pflegekosten in den Heimen.

Ich danke Ihnen für die Einladung und für die Möglichkeit, hier sprechen zu können. Ich hoffe, alle Frauen, alle Parteien und Organisationen erkennen endlich, daß wir nur gemeinsam eine bessere Zukunft für unsere Kinder aufbauen können.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Frau Schleicher.

Frau Ursula Schleicher: Frau Tagungspräsidentin! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte der CDU ganz herzlich dafür danken, daß sie als erste Partei Europas die Anliegen der Frauen zum zentralen Thema ihres Parteitags gemacht hat. Das ist ein ausgesprochenes Novum innerhalb der Parteienlandschaft.

(Beifall)

Ich werde anlässlich der Generalversammlung der Europäischen Frauen-Union im Juni in Brighton dieses Faktum als vorbildlich für die Arbeit aller mit uns befreundeten Parteien in 15 Ländern Europas herausstellen können.

Die Beiträge heute beweisen, daß die Frauen sehr viel zu sagen haben. Ausnahmsweise sind auf einem Parteitag die Männer mehr Zuhörer und weniger Diskutierende. Die CDU hat einen mutigen Schritt getan. Aber die Diskussion hat auch gezeigt, daß noch viele gegensätzliche Vorstellungen vorhanden sind.

Meine Damen und Herren, mir geht es in meinem Beitrag im Moment weniger um das noch sehr zu beklagende Vollzugsdefizit, sondern es geht mir um die Gestaltung der Zukunft. 15 Jahre vor der Jahrtausendwende stehen wir vor einem riesigen Umbruch. Die neuen Technologien stehen in einem Ausmaß zur Verfügung, wie es für die Menschheit noch niemals der Fall gewesen ist. Sorgen und Ängste, die damit verbunden sind, sollten überwunden werden hinsichtlich der unglaublichen Möglichkeiten und Chancen, die sie uns bieten.

Die technologischen Innovationen haben Wechselwirkungen auf unsere Arbeitsplätze, auf unser Wohnen, auf die Freizeit, auf den Verkehr aber auch auf die Gesundheit und - wenn ich es bedenke - auch auf den gesamten Bereich der Erziehung in der Familie und der Ausbildung, wo auch immer sie stattfindet. Wir bewegen uns in Richtung einer Biogesellschaft mit erheblichen sozialen und ethischen Fragen. Das betrifft den Umgang mit biologischen Substanzen, aber auch die Auswirkungen der Biotechnologie. Hier geht es um heikle Fragen, um Leben, um Geburt, um Wachstum, um Verhaltensmuster und um Tod.

Unabhängig davon aber geht es darum - wo auch immer wir stehen -, den Begabungen und Leistungen in unseren Völkern zum Durchbruch zu verhelfen und alle kreativen Möglichkeiten zu nutzen, um den Prozeß, der uns bevorsteht, bewältigen zu können. Deshalb möchte ich gerne an die Delegierten des Parteitages appellieren, dieses bei ihrer Abstimmung heute abend einzubeziehen; denn es geht darum, daß auch weiterhin die Zukunft gestaltet wird von Männern und Frauen. Ich glaube, weder Männer allein noch Frauen allein haben die besten Lösungen. Vielmehr

werden die Probleme, die anstehen, nur bewältigt werden, wenn wir gut zusammenarbeiten. Ich finde es gut, wenn die christdemokratischen Parteien hier mit gutem Beispiel vorangehen.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Schleicher.

Jetzt werde ich wieder ein paar Wortmeldungen nennen: Frau Gerdi Staiblin, Frau Erna Stäglich, Frau Irmgard Blättel und Frau Lissner.

Frau Staiblin.

Frau Gerdi Staiblin: Heute morgen wurde die Frage gestellt, ob zu diesem Bundesparteitag auch wirklich Frauen aus sämtlichen Berufen eingeladen worden seien. Ich darf dankend feststellen, daß man auch die Bäuerinnen nicht vergessen hat.

(Beifall)

Da ich jetzt schon einmal die Gelegenheit habe und Herrn Geißler so nahe vor mir habe - es wird ja immer wieder gesagt, daß er in dieser Sache maßgebend sei -, möchte ich doch ganz kurz auf folgendes eingehen. Unter derzeit über 200 Ausbildungsberufen sind mit einer Ausnahme alle steuerlich absetzbar. Nur der Beruf der Hauswirtschafterin ist lediglich zu 50 % oder zum Teil gar nicht absetzbar. Ich bitte sehr darum, noch einmal zu überlegen, ob es nicht möglich ist, diesen wichtigen Beruf Hauswirtschafterin gleichwertig und gleichberechtigt im Verhältnis zu allen anderen Ausbildungsberufen zu behandeln.

(Beifall)

Ich meine, daß gerade der ländliche Bereich eine erhebliche Sozialleistung erbringt. Wir ländlichen Familien, wir Bauersfamilien erbringen Leistungen, ohne gleich an den Verdienst zu denken. Wir leisten große Dienste, ohne den Verdienst in den Vordergrund zu stellen.

Vieles, was heute schon angesprochen wurde, gilt auch für den ländlichen Bereich. Ich möchte nur noch eines hinzufügen: Gegenwärtig wird das Pflegegeld für Behinderte nach dem Verkehrswert berechnet. Ich bitte dringend darum, das in Zukunft nach dem Ertragswert zu berechnen; denn in den landwirtschaftlichen Betrieben ist ja der Besitz nicht als solcher anzusehen, sondern er ist eben erforderlich für eine positive Bewirtschaftung.

Des weiteren möchte ich auch nur noch ganz kurz anfügen: Man sollte sich überlegen, ob man bei dem dritten agrarsozialen Ergänzungsgesetz nicht vielleicht unserer Forderung nachkommen kann. Wir fordern nämlich unseren eigenen kostenneutralen Renten- bzw. Altersruhegeldanspruch.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Wir nehmen diese Bitte auf. Sie ist uns sehr wohl bekannt. Die Anerkennung der Hauswirtschaftsmeisterin als Ausbildungsberuf muß sicherlich ohne Einschränkung erfolgen. Das ist ein Punkt, den wir

vorantreiben werden - ich weiß, daß auch Herr Minister Blüm dieser Meinung ist -; denn das ist eine Lücke, die wir ausfüllen können.

Frau Stäglich.

Frau Erna Stäglich: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Herren! Meine Damen! Das Motto „Frauen in Beruf, Familie und Politik“ vereinige ich in einer Person. Das verdanke ich der Toleranz meines Mannes; es wäre anders nicht möglich gewesen.

(Beifall)

Dafür, daß Sie aber so mutig waren, dieses Thema so zuzulassen, haben Sie meinen vollen Respekt und meine Achtung; und zwar nicht nur deshalb, weil Sie vorher überhaupt keine Absprachen getroffen haben und daher auch nicht wußten, was die einzelnen sagen würden. Das zeigt so viel Mut, daß ich sagen muß: Das ist für mich gelebte Demokratie. So sollte es eigentlich immer sein!

(Beifall)

Ich hoffe, daß Ihre Leitlinien heute abend verabschiedet werden.

In den Foren ist eindeutig Positives, aber auch Negatives gesagt worden. Ich möchte das nicht wiederholen. Aber im Grundsatz finde ich die Leitlinien sehr positiv. Zu einigen Punkten gibt es Anmerkungen; aus meiner Sicht sind sie ein bißchen realitätsfern, aber da kann man ja auch noch Veränderungen vornehmen. Nur müssen diesen Leitlinien natürlich auch Taten folgen, wenn wir glaubwürdig sein wollen. Das bedeutet, daß wir im Berufsleben, im Privatleben und in der Politik von anderen nur das erwarten können, was wir selber gut vorleben. Insofern appelliere ich an Sie, diese Leitlinien auch mit Leben zu erfüllen.

Sie wundern sich, daß Ihnen die jungen Frauen zum Teil weggelaufen sind. Dazu möchte ich sagen: Meine sehr verehrten Väter und meine Mütter, wirken Sie doch auch ein bißchen auf Ihre Söhne ein, daß sie nicht so sehr rücksichtslos Ämtermacht betreiben und die Mädchen so total an die Seite drücken! Ich weiß eine ganze Reihe von Mädchen, die gern in die Verantwortung möchten, die aber diesen Kungel und Klüngel und diese Postenjägerie der jüngeren Männer in allen Gremien leid sind.

(Beifall)

Nehmen Sie Einfluß darauf, daß unsere jungen Männer ein bißchen bedächtiger und ein bißchen weniger machthungrig sind! Dann bin ich überzeugt, daß Sie auch junge Frauen wieder für unsere Partei gewinnen können.

Noch ein Satz zu unserer älteren Generation: Keine Generation und kein Land kann es sich erlauben, auf die Erfahrungen der älteren Menschen zu verzichten. Sie haben die Erfahrung des Krieges, der Familie, des Erwerbs, zum Teil auch der Enkelkinder. Ich bitte Sie, diese Erfahrungen der älteren Menschen ernst zu nehmen. Hier sehe ich einen sinnvollen Ansatz zur geistig-moralischen Wende, die dringend notwendig ist.

Ich meine, wenn wir hieran gemeinsam arbeiten, kommen wir einen großen Schritt weiter.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank für diesen Beitrag. - Frau Irmgard Blättel!

Frau Irmgard Blättel, DGB-Bundesvorstand: Liebe Frau Dr. Wex! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrte Delegierte! Liebe Männer und Frauen! Da ich häufig auf Grund meiner verschiedenen Funktionen im Deutschen Gewerkschaftsbund, im Deutschen Frauenrat und bei den Sozialausschüssen Anlaß hatte, die Bundesregierung zu kritisieren - was dann auch meine Rolle ist -, will ich heute der Partei ausdrücklich sagen, daß ich es sehr begrüße, daß diese Diskussion heute hier stattfinden kann.

(Beifall)

Ich möchte insbesondere auch dem Generalsekretär danken, daß er den Mut hatte, dieses Thema hier in dieser Weise zu präsentieren.

(Erneuter Beifall)

Wir sollten jede Gelegenheit wahrnehmen, über die Probleme zwischen Männern und Frauen zu diskutieren. Dann können viele Mißverständnisse ausgeräumt werden.

Ich habe mir den Leitantrag sehr genau angesehen. Da ich keine Delegierte bin, möchte ich jetzt Stellung nehmen zu einem ganz besonderen Problem. Das ist das Stichwort Frauenarbeitslosigkeit.

Sie haben die Ziffer 26 auf der Seite 35 Ihres Antragsheftes vorliegen. Es hat mich sehr gefreut, daß die Antragskommission - ich meine, zum ersten Mal in der Geschichte der CDU - das Gerede von den Doppelverdienern zurückweist.

(Vereinzelter Beifall)

Ich möchte hoffen, daß diese Empfehlung der Antragskommission mit breiter Mehrheit angenommen wird. Denn diese Diskriminierung der Frauen muß in einer christlichen Partei ausgeräumt werden.

(Beifall)

Ich bedaure aber, daß sich die Antragskommission nicht entschließen konnte, einen anderen Kernsatz aus dem Antrag der Sozialausschüsse in ihre Empfehlung aufzunehmen. Wir hatten heute morgen im Forum 2 schon eine Diskussion zu diesem Thema.

Meine Damen und Herren, unter den mehr als zwei Millionen Arbeitslosen sind rund eine Million Frauen. Die Arbeitslosenquote ist wesentlich höher als die der Männer, wenn man sie ins Verhältnis setzt. Das lese ich in dem Leitantrag zu diesem Thema auch, aber es folgt nach dem Hinweis, daß die Arbeitslosigkeit bei Frauen besonders

hoch sei, sofort die Empfehlung: Teilzeitarbeit.

(Glocke des Tagungspräsidiums)

Ich möchte hier noch einmal klarstellen - ich habe das mit Frau Joppe heute geprüft -: 77 Prozent der registrierten arbeitslosen Frauen suchen einen Vollzeitarbeitsplatz, 22 Prozent suchen einen Teilzeitarbeitsplatz. Meine Damen und Herren, die CDU tut sich den schlechtesten Dienst, wenn sie den Wunsch nach einem Vollzeitarbeitsplatz in ihrem Leit Antrag überhaupt nicht registriert.

(Vereinzelter Beifall)

Wenn Wahlfreiheit, muß auch eine Vollzeitarbeit möglich sein. Deshalb meine ich: Ergänzen Sie diesen Antrag um den Vorschlag der Sozialausschüsse, damit wir nicht in eine Ecke gestellt werden, daß für die Männer wieder die Vollzeitarbeitsplätze vorrangig reserviert sind und für die Frauen die Teilzeitarbeitsplätze.

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Frau Blättel, bitte!

Frau Irmgard Blättel: Ich habe meinem Freund Norbert Blüm sehr intensiv zugehört. Lieber Norbert, ich glaube wir sollten die Diskussion darüber bei einer anderen Gelegenheit noch einmal führen. Wer hält denn die Hausfrauen für die letzten Dorfrotteln? Ich kann nur sagen: Ich finde keine Frauen, die Hausfrauen für die letzten Dorfrotteln halten. Aber vielleicht müssen wir endlich mal bei Männern Ängste abbauen.

Nur noch ein Satz: Es steht hier auch der Antrag über das Erziehungsgeld zur Beratung. Meine Damen und Herren, wenn Sie dort die Arbeitsplatzgarantie für Klein- und Mittelbetriebe streichen, dann verpufft dieses Gesetz. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Klein- und Mittelbetriebe, die das bisher mit sechs und acht Monaten schaffen, es dann nicht mehr schaffen sollen, wenn es diesen dringend notwendigen Urlaub für zehn oder zwölf Monate geben soll.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Blättel. - Frau Lissner!

Frau Dr. Anneliese Lissner: Sehr verehrte Frau Wex! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte noch einmal zu dem Thema Arbeitsplatzsicherung Stellung nehmen.

Ich habe mit Verwunderung einige Widersprüchlichkeiten in der Argumentation gegen diese Arbeitsplatzsicherung gehört. Die Unternehmer und Unternehmerinnen haben gesagt - auch Frau Blättel hat darauf gerade noch einmal abgehoben -: Wir tun das bereits, und das klappt bestens; aber dann, wenn es Gesetz wird, wenn wir dazu verpflichtet werden, ist es zu teuer. Und die jungen Frauen - einige, die offensichtlich in einer guten Ausbildung waren - haben gesagt: Wir halten das für gefährlich, weil wir dann, wenn die Unternehmer gezwungen werden, uns eine Arbeitsplatzgarantie zu geben, wenn wir ein Kind kriegen, nicht mehr eingestellt werden.

Ich möchte einige Fragen zu den Folgen stellen, die eintreten werden, wenn dies nicht geschieht. Wenn es so ist, daß junge Frauen mit Arbeitsplatzverlust dafür

bestraft werden, daß sie ein Kind bekommen, wird die Folge sein, daß eben noch weniger Kinder geboren werden, höchstens ein Kind, das dann irgendwie im Familienverband noch erzogen werden kann.

Eine andere Folge: Gut ausgebildete Frauen, die nicht mehr an ihren Arbeitsplatz zurückkommen, haben ja den Staat und die Wirtschaft bei ihrer Ausbildung auch Geld gekostet. Diese Ausbildungskosten sind dann ja auch a fonds perdu.

Und das dritte: Wenn man keine Arbeitsplatzsicherung bekommt, lohnt es sich für Frauen nicht mehr, eine gute Ausbildung anzustreben. Also werden Frauen dann in höherem Maße in bestimmten Schichten keine qualifizierten Ausbildungen mehr anstreben. Das kann doch der Zukunft der Wirtschaft auch nicht dienen.

Herr Blüm hat vorhin gesagt, man solle nicht immer das Entweder/Oder sehen: entweder ganz raus oder ganz rein. Ich glaube, das sieht auch keiner so. Ich denke, es gibt auch für die Frage der Arbeitsplatzsicherung noch manche anderen Möglichkeiten in den Betrieben, indem nämlich jungen Müttern auch Möglichkeiten innerhalb der Betriebe gegeben werden, ihre Kinder gut unterzubringen und zu versorgen.

Das würde einen Teil der Erwartungen der Frauen, die Erziehungsgeld und Arbeitsplatzgarantie wollen, von vornherein abbauen.

Zum Schluß möchte ich noch ein paar Fragen an Herrn Blüm stellen. Er hat vorhin gesagt, nicht nur Erwerbstätigkeit trage zur Selbstverwirklichung bei. Dem kann ich voll zustimmen. Ich möchte aber die Frage daran knüpfen, was denn für ihn Selbstverwirklichung des Mannes bedeutet. Er hat vorhin gesagt, der Haushalt biete eine vorzügliche Lebensperspektive. Haushaltsführung sei eine tolle Lebensleistung. Ich frage ihn, warum er diese vorzügliche Lebensperspektive dann nicht auch den Männern, den Vätern empfiehlt.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte noch folgendes anfügen. Es geht bei der Erziehung von Kindern um einige Jahre des Lebens einer Mutter und eines Vaters. Bei dem Leben, das Frauen und Männer vor sich haben, geht es aber um Perspektiven von 20, 30, 40 und 50 Jahren. Kinder sollte man in der Regel schon nach den neun Monaten abnabeln, spätestens aber, wenn sie erwachsen werden. Dann liegt noch eine unglaublich große Lebenszeit vor Frauen und Männern, die sie mit Arbeit für die Gesellschaft und auch mit Erwerbstätigkeit ausfüllen werden. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Ich möchte eine Anmerkung zum Verfahren machen. Einige von unseren Delegierten, die sich zu Wort gemeldet haben, werden erstaunt sein. Wir haben ihre Wortmeldungen bisher zugunsten der Gäste, die zu Wort kommen sollen, zurückgestellt.

(Beifall)

Die Delegierten können heute abend noch sprechen. Aber auch die Gäste sind herzlich eingeladen, heute abend bei der Diskussion über den Leitantrag dabeizussein, auch wenn sie kein Rederecht und kein Stimmrecht haben.

Es liegen noch über 20 Wortmeldungen vor. Es sollen möglichst noch alle zu Wort kommen. Wir sind jedenfalls sehr daran interessiert. Wir können aber nicht den zeitlichen Rahmen einhalten, wenn wir die Redezeit jetzt nicht auf zwei Minuten begrenzen. Wenn wir das tun, können wir einigermaßen pünktlich schließen. Auch diejenigen, die jetzt noch zu Wort kommen, möchten schließlich vor einem größeren Zuhörerkreis sprechen. - Vielen Dank. Dann werden wir so verfahren.

Die Rednerliste ist bereits um 17 Uhr geschlossen worden.

Nun hat Frau Karwatzki das Wort.

Frau Irmgard Karwatzki: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte dem Vorwurf, der hier zumindest anklang, begegnen, die Mutter sei in den Leitlinien etwas unterbewertet. Ich möchte hier für alle Kolleginnen, die an den Leitsätzen mitgearbeitet haben, nachdrücklich erklären, daß es für uns selbstverständlich ist - dies haben wir in vielen familienpolitischen Papieren deutlich gemacht -, daß wir den Wert der Mutter nicht so sehen, wie es manche hier bei ihrer Kritik unterstellt haben. Dies möchte ich vorwegschicken.

Wir unterhalten uns über Partnerschaft. In diesem Zusammenhang möchte ich auf zweierlei hinweisen, was mir gerade in bezug auf die Mutter wichtig erscheint. Es ist, glaube ich, etwas untergegangen, daß es diese Regierung war, die bereits im ersten Halbjahr für die Mütter etwas Grandioses geschaffen hat. Wir haben nämlich die Entscheidung getroffen, daß man nicht mehr 15 Jahre lang einzahlen muß, um einen eigenständigen Rentenanspruch zu haben, sondern daß gerade die Mütter nur noch fünf Jahre lang Beiträge in die Rentenversicherung einzahlen müssen, um einen eigenständigen Rentenanspruch zu erhalten. Das ist das eine.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die SPD hat im Zusammenhang mit dem Babyjahr zwar viel geredet, aber nicht gehandelt. Wir wollen erreichen, daß dieses Erziehungsjahr rentenbegründend in die Rentenversicherung eingeht. Dieses halte ich für außerordentlich wichtig und für richtig. Ich möchte die Damen, die den Part, der die Mutter betrifft, hier kritisch angegangen sind, bitten, doch einmal zu berücksichtigen, daß dies etwas Zukunftsorientiertes und in der Tat etwas Bewegendes ist.

Ich möchte einen zweiten Punkt nachdrücklich ansprechen. Die Frage der Doppelverdiener, liebe Kollegin Blättel, ist in der Partei, wie ich glaube, geklärt. Viel wichtiger scheint mir zu sein, daß wir Maßnahmen ergreifen müssen, um die berühmten Vielfachverdiener zurückzudrängen. Diese sind nämlich in der Tat diejenigen, die manchen Frauen und manchen Männern einen Arbeitsplatz abnehmen.

(Zustimmung)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für mich ist es nicht einsichtig, daß Lehrer und Lehrerinnen im öffentlichen Dienst sich am Abend dann noch zusätzlich einen Arbeitsplatz genehmigen, indem sie an den Volkshochschulen Unterricht erteilen.

(Beifall)

Dort hätten nämlich viele andere die Möglichkeit, einen Start in das Berufsleben zu erhalten. Dieses ist eben auch für Frauen ganz wichtig, die für sich als Lebensper-

spektive das Muttersein gewählt und akzeptiert haben. Auch dieses, so meine ich, sollten wir viel stärker in die Diskussion einbeziehen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Nun hat Frau Gabriele Pelzer das Wort.

Frau Gabriele Pelzer: Ich bin im Vorstand des Bundes Deutscher Sekretärinnen und möchte mich bedanken, daß ich wie ausnahmsweise so viele Frauen die Gelegenheit habe, an Ihrem Bundesparteitag teilzunehmen und etwas von dem Glanz, den dieser Parteitag verbreitet, mitzubekommen.

(Beifall)

Ich möchte Sie aber um zwei Dinge bitten. Erstens bitte ich Sie darum, daß etwas von dem Glanz dieses Bundesparteitages in Ihre Alltagsarbeit im Bereich der Politik einfließen möge,

(Zustimmung)

z.B. bei Besprechungen mit Vertretern der Industrie, der Wirtschaft, bei Besprechungen mit Vertretern anderer Gruppierungen. Ich wünsche mir, daß diese Leitsätze sich nicht nur in verschiedenen Gesetzgebungsvorhaben auswirken, sondern wirklich etwas bewirken.

Meine zweite Bitte ist, daß Sie diesen „Meilenstein“, wie Sie selber sagen, gründlich überdenken und überlegen, ob der Termin des 1. Januar 1986 für die Einführung des Erziehungsgeldes und die Arbeitsplatzgarantie sinnvoll ist, wenn man ein Gesetz schaffen möchte, das Bestand haben soll und an dem jeder gerne teilhaben möchte, nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer und die Familien. - Danke.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Wir danken an dieser Stelle auch für Ihr Telegramm, das gestern schon bei uns eingegangen ist.

Nun hat Frau Resi Negwer das Wort.

Frau Resi Negwer: Meine Damen und Herren! Ich bin Vollhausfrau und sage das auch mit einigem Selbstbewußtsein und mit Zufriedenheit. Ich glaube, ein selbstbewußter und zufriedener Mensch ist überall eine Bereicherung, auch wenn er nicht berufstätig ist.

(Beifall)

Ich bin Mutter von vier Kindern und Großmutter und nebenher ehrenamtlich im Familienbund der deutschen Katholiken und in der Katholischen Frauengemeinschaft tätig. Ich möchte einiges zur Rolle der Mutter sagen. Herr Dr. Blüm hat schon vieles gesagt, was ich unterstützen kann. Ich will daher versuchen, mich kurz zu fassen.

Die Rolle der Mutter ist zunächst nicht so austauschbar, wie es hier dargestellt wurde. Ich glaube, die Mutterbeziehung hat eine andere Qualität als die Vaterbeziehung.

(Vereinzelt Beifall)

Es wird immer gesagt, die Rolle der Mutter sei nur für eine kurze Lebensphase von Bedeutung. Wenn Sie - wie ich - kinderreiche Mütter sind, wissen Sie, daß diese Lebensphase sehr lang ist. Ich möchte auch dies sagen: Mütter bleiben Mütter. Auch unsere erwachsenen Kinder brauchen uns noch und sogar wieder. Nach langer Berufsausbildung stehen sie vor einer unsicheren Zukunft. Teilweise kommen sie gar nicht in den Beruf hinein.

Wenn sie in dieser Unsicherheit eine Ehe wagen und Kinder haben möchten, können sie das nur realisieren, wenn wir als Großmütter einspringen und unseren Kindern wieder Zukunft geben.

Dann möchte ich noch auf unsere jungen Familien hinweisen, die finanziell auf sehr, sehr schwachen Füßen stehen und sagen, daß viele junge Mütter auch langfristig Nur-Mütter bleiben möchten, wenn es ihnen finanziell möglich wäre.

(Vereinzelt Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Frau Gut, bitte.

Frau Elisabeth Gut: Es ist spät, machen wir es kurz. Herr Geißler, Sie haben heute morgen gesagt, 11 % der Männer helfen im Schnitt im Haushalt. Herr Geißler, Sie sind schlechter, als Sie denken. Denn ich habe eine andere Statistik gelesen, nach der 65 % bis 70 % aller Männer im Haushalt gerne helfen, wenn wirklich Not am Mann ist.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, die Partnerschaft im privaten Bereich, im Haushalt, ist bei der Jugend bereits viel mehr verwirklicht, als die Berufspolitiker allgemein annehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir Frauen wollen ein übriges tun. Wer hat denn einen solchen Einfluß auf die jungen Menschen, auf die Söhne, wie die Mütter? Wer hat einen solchen Einfluß auf die Ehepartner wie wiederum die Ehefrauen? Ich glaube, diese Chance, zur Partnerschaft zu erziehen, müssen und können wir nutzen.

Nächster Punkt: Partnerschaft im politischen Bereich. Herr Geißler, Sie haben heute morgen auch gesagt, die Gleichbehandlung und Gleichberechtigung der Frau in der Politik geht über die Männer. Sie bekamen großen Beifall dafür. Ich stimme Ihnen absolut zu. Wenn wir Ihnen die männliche Jugend liefern, die bereits zur Gleichberechtigung erzogen ist, dann sehe ich in der Hinsicht nicht schwarz, daß später auch in der Politik die Gleichberechtigung mehr verwirklicht wird.

Ich mache Ihnen ein Angebot. Wir Frauen bringen Ihnen zusätzlich andere Frauen in die Politik, speziell in die Union, und Sie versuchen, mehr Frauen in führende Positionen in der Politik zu bringen. - Ich bedanke mich.

(Vereinzelt Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Frau Becker-Döring, bitte.

Frau Ilse Becker-Döring: Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Sie haben den Passus über die Scheidungsrechtsfolgen in Ziffer 12 sehr kurz gefaßt. Ich bedaure das ein bißchen. Der Beitrag meiner Kollegin - auch ich bin Rechtsanwältin und bin Mitglied des Juristinnenbundes - veranlaßt mich nun doch, hier ein bißchen klarzustellen und um Ergänzung zu bitten. Zunächst bitte ich Sie in der ersten Zeile nicht von einer Novellierung des Ehescheidungsrechts zu sprechen. Davon ist überhaupt keine Rede. Das Scheidungsrecht wird nicht geändert. Es muß vielmehr heißen: Novellierung des Ehescheidungsfolgenrechts. Das ist etwas ganz anderes. Hier sind nur die Begriffe des Unterhalts von einer gewissen Bedeutung geworden.

In diesem Zusammenhang muß klargestellt werden, daß die Diskussionen über die Wiedereinführung des Verschuldensprinzips eigentlich in eine ganz bestimmte Richtung gehören, und zwar haben wir bereits geltendes Recht, daß hier ein Ausschluß des Unterhaltsrechts gegeben ist. Diese Passage, der § 1579 des BGB, ist zum Teil vom Bundesverfassungsgericht 1982 durch ein Urteil für verfassungswidrig erklärt worden. Hierum geht die Diskussion. Wir haben in diesem Gesetz bereits den Begriff des Fehlverhaltens. Man versucht nun in diesem Zusammenhang mit dem Verschuldensprinzip zusätzlich zu operieren.

Ich bitte also bei Diskussionen hier sehr genau auseinanderzuhalten. Wir haben ja diese Änderung des Gesetzes, die zwingend notwendig ist. Weil das Urteil, wie gesagt, bereits seit 1982 besteht, muß geändert werden.

Der letzte Satz in Ihrem Leitsatz Ziffer 12 spricht von der Begrenzung des Unterhalts. Das ist ein sehr ernstes Kapitel. Soweit ich bisher die CDU immer verstanden habe, hat sie mit Deutlichkeit gesagt, daß insoweit keinerlei Ungerechtigkeiten kommen sollen.

(Vereinzelt Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Darum bemühen wir uns.

Als nächstes hat Frau Barbara Fischer das Wort.

Frau Barbara Fischer: Ich möchte anknüpfend an den Vorfall heute morgen hier im Plenum einmal meinem Ärger darüber Ausdruck geben, daß wir jungen Frauen - ich nenne hierbei das Stichwort CDU-Emanze -, wenn wir uns kritisch für Frauen- und Familienfragen einsetzen, in der Öffentlichkeit schnell mit linken, schreienden Feministinnen über einen Kamm geschoren werden. Dagegen wehre ich mich.

(Vereinzelt Beifall)

Unser Ziel ist nicht eine Frauenherrschaft statt einer Männerherrschaft. Wir wollen ein partnerschaftliches Miteinander.

(Vereinzelt Beifall)

Herr Geißler hat das so schön gesagt: Wir wollen weder Softies noch Machos. Wir wollen Männer, mit denen wir gemeinsam arbeiten, mit denen wir gemeinsam Kinder erziehen und mit denen wir gemeinsam für ein familiäres und gesellschaftliches Klima arbeiten können, in dem sich jeder wohlfühlt.

Unser Ziel ist es nicht, wie ein Mann zu sein. Denn wir sind stolz darauf, daß wir

Frauen sind. Wir haben unseren Wert als Frau. Wir sollten aber dennoch kritisch verfolgen, was von den sicherlich guten Ideen und Programmen dieses Parteitagess letztendlich auch parlamentarisch verabschiedet wird. Wir haben einen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Aber es darf nicht bei Worten bleiben.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex: Frau Eichmann, bitte. - Ich bitte jetzt alle Rednerinnen, sich kurz zu fassen.

Frau Elvira Eichmann: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie um Nachsicht für das, was ich jetzt sagen möchte. Ich darf hier die Schlagworte Emanzipation und Feminismus bringen. Ich darf Schlagwörter wie „Mein Bauch gehört mir“ ganz hart in Ihre Erinnerung zurückrufen. Ich darf an die leider zur Genüge bekannte Alice Schwarzer erinnern.

Vieles wurde mit uns, um uns und über uns geredet. Vieles wurde mit uns, von uns und über uns außerordentlich wichtig genommen. Dabei traten leider andere uns Frauen betreffende Probleme in den Hintergrund. Inzwischen hat man erkannt, daß diese Emanzipation, dieser Feminismus nicht alles ist.

Ich möchte aber noch auf etwas ganz anderes ganz besonders heute hinweisen. Ich denke, meine Damen, wir haben uns im sogenannten Emanzipationskampf mancher Chance beraubt, wirklich zu wirken,

(Vereinzelt Beifall)

im stillen zu wirken. Durch lautes Geschrei sind manche Dinge prononciert worden, die eigentlich gar nicht hätten prononciert zu werden brauchen. Ich meine, meine Damen, mit leiser Methode haben wir Frauen doch eigentlich immer viel mehr erreicht als mit lauten Worten.

Ich denke, wir leben in einer Zeit, in der wir irgendwie wieder zur Besinnung und zur Familie kommen müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen versuchen, eine Basis für unser Denken zu erhalten, die den Zeitläufen entspricht. Hier, meine ich, sollten wir in allererster Linie bemüht sein, unsere Stellung als Frau in der Familie nicht zu vergessen, sondern sie im Gegenteil ganz besonders zu betonen. Innerhalb der Familie sollte doch wieder ein gewisser ruhender Pol, in leiser, führender Art, gefördert werden. Denken Sie nur einmal an die italienische Mama, die die ganze Familie im Griff hat. Das scheint mir wichtig zu sein.

In der heutigen Zeit müssen wir uns wieder auf irgendwelche - sagen wir es ruhig - ideellen Werte besinnen. Wir müssen uns ganz einfach darüber klar sein, daß eine Frau im stillen außerordentlich viel bewirken kann.

Ich bin der festen Überzeugung, daß wir uns darauf besinnen müssen, daß Geld nicht alles ist.

(Glocke der Tagungspräsidentin)

Wir müssen einfach wissen, daß die Familie mehr wert ist als ein noch so erfreuliches Bankkonto für das nächste Auto.

(Zustimmung - Glocke der Tagungspräsidentin)

Warum setzen wir Mütter unsere Position in der Familie für schnöden Mammon aufs Spiel? Es ist für mich eine bedrückende Vorstellung - -

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Ich darf Sie bitten, jetzt zum Schluß zu kommen!

Frau Elvira Eichmann: Es ist für mich bedrückend, daß man immer und immer mehr vom Geld und von dem redet, was die Frauen von der Gesellschaft und von den Männern zu verlangen haben.

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Dürfen wir Sie jetzt wirklich bitten!

Frau Elvira Eichmann: Ich möchte Sie an die immateriellen Werte einer Familie erinnern und - -

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Sie müssen jetzt wirklich zum Schluß kommen. Wir möchten bis 18 Uhr fertig werden, und es möchten noch andere sprechen. Bitte nur noch einen Satz!

Frau Elvira Eichmann: In diesem Zusammenhang durfte selbstverständlich von feministischer Seite auch nicht der Vorwurf an unseren Familienminister fehlen, die CDU verfolge bevölkerungspolitische Ziele. Darf ich einmal fragen - -

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Nein, bitte nicht!

(Heiterkeit)

Frau Elvira Eichmann: Darf ich fragen, was an einer Geburtenförderung im Land mit der niedrigsten Geburtenrate der Welt so verwerflich sein soll?

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Seien Sie bitte so gut! Ich hatte Ihnen noch einen Satz zugestanden, aber jetzt müssen Sie bitte Schluß machen, denn auch andere möchten noch sprechen, und ich denke, wir haben verstanden, was Sie sagen wollten. Jetzt bitte Schluß, ja?

Frau Elvira Eichmann: Darf ich den letzten Satz noch sagen?

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Nein.

Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Ursula Lietz. Ich mache Ihnen aber folgenden Vorschlag. Ich sage Ihnen, wer sich danach noch gemeldet hat, und ich frage Sie, ob einige von den Damen bereit sind, ihre Wortmeldung zurückzuziehen. Wortmeldungen liegen vor von: Frau Dr. Eva Riehm-Guenther, Frau Ursula Schween, Frau Inken Lüdersen, Frau Edith Furchner, Frau Ingrid Kern, Frau Erika Schmelzle, Frau Helga Wanke, Frau Susanne Ostendorf, Frau Helga Vetter, Frau Magda Weber und Frau Brigitte Baumeister.

Meine Damen, ich weiß, daß das jetzt eine Zumutung ist. Aber ich habe die Namen

jetzt genannt; hinzu kommen noch, wie ich sehe, Frau Volkmann-Schläger und Frau Alkämper. Die Namensnennung ist, so meine ich, insofern schon eine gerechte Sache, als wir dadurch wissen, wieviel Interesse noch besteht.

Ich erteile jetzt Frau Eva Riehm-Guenther das Wort. Ich bitte darum, sich jetzt auf eine präzise Frage zu beschränken.

Frau Dr. Eva Riehm-Guenther: Ich komme aus Tübingen, war immer - 30 Jahre lang - berufstätig und habe drei Kinder großgezogen. Deswegen bin ich relativ spät mit öffentlichen Fragen, mit politischen Fragen in Berührung gekommen. Das kam dadurch, daß ich das Gefühl hatte, je mehr ich leiste, je mehr ich tue, je mehr ich mich drehe und wende, um so mehr wird meine Leistung entwertet, um so höher komme ich z. B. in die Progression hinein. Das fing mit der Steuerrechtsform an, die die vorige Regierung 1974 gemacht hat und mit der die Kinderfreibeträge abgeschafft worden sind.

Nun bin ich zur Union gegangen, weil ich dachte, dort wird im Steuerrecht wieder verankert, daß durch Kinder ein Aufwand entsteht, der gar nicht der Steuer unterworfen werden kann. Auch die Abgeordnetendiäten werden ja zum Teil nicht der Steuer unterworfen, weil sie verbraucht werden. Um so mehr wird dieser Aufwand für unsere Kinder gebraucht.

(Vereinzelt Zustimmung)

Nun werden in der Union zaghafte Versuche gemacht, das Steuerrecht zu ändern. Aber ich habe eigentlich mit Schrecken vernommen, daß das Erziehungsgeld ausgebaut werden soll. Das Erziehungsgeld ausbauen heißt, daß man im Steuerrecht nichts ausbauen kann, denn man kann die eine Mark nicht einmal für dieses und einmal für jenes ausgeben.

(Vereinzelt Zustimmung)

Ich appelliere an Sie, an die Parlamentarier, an die Regierung: Schaffen Sie ein neues Steuerrecht, und zwar ein Steuerrecht mit einem Familiensplitting. Für die schlecht Verdienenden kann man es ja mit einem negativen Steuerast machen. Denn die Kinderfreibeträge stehen ja bei jeder neuen Regierung wieder zur Disposition, während ein Familiensplitting, das unsere Kinder berücksichtigt, dem Zugriff einer neuen Regierung entzogen ist.

Ich bedanke mich bei Ihnen.

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Dr. Riehm-Guenther, aber ich hatte darum gebeten, daß nur noch Fragen gestellt werden. Jetzt nehme ich von den Damen nur noch diejenigen dran, die nur eine präzise Frage zu stellen haben. Dann schaffen wir es noch.

Bitte, meine Damen, wer ist fähig und in der Lage, und wer ist willens, eine präzise Frage zu den Anträgen zu stellen? Wer von den vorhin aufgerufenen Damen möchte sich melden? Frau Ursula Schwerin? Bitte nur eine Frage, denn ich habe gesehen, es hält sich sonst niemand daran.

Frau Ursula Schwerin: Eine Frage habe ich, und zwar an Sie, Herr Minister Geißler.

Ich verstehe etwas an dem wirklich unterstützenswerten Papier nicht, und das ist unter II der Punkt 15. Da heißt es u. a.:

Um die Gleichwertigkeit der Arbeit im Beruf und in der Familie zu dokumentieren, sollten bis 1987 vom Statistischen Bundesamt Kriterien für die Bewertung der Tätigkeiten in Haushalt und Familie entwickelt und die Ergebnisse in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gesondert ausgewiesen werden.

Ich frage Sie: Was soll das? Kann man soziale Tätigkeiten, kann man die Liebe einer Mutter zu ihrem Kind, kann man Tätigkeiten, die aus der Nächstenliebe erwachsen, denn wirklich nach Werten in Geld aufrechnen? Oder dient das dazu, daß die Hausfrau ihrem abends heimkehrenden Mann sagt, du, ich habe heute für 14.95 DM Hemden und Socken gewaschen? Wozu soll das gut sein? Oder ist das nur Beschäftigung der Statistiker?

(Vereinzelt Zustimmung)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Es sollte jetzt aber keinen Wettkampf mit Fragen geben, die in einem langen Satz, in einem Bandwurmsatz, aneinandergesetzt werden. Bitte eine präzise Frage!

Wer ist dazu noch bereit? - Bitte.

Frau Volkmann-Schläger: Ich frage die versammelten Damen und Herren: Können Sie es sich wirklich nicht vorstellen, daß vielleicht auch berufstätige Frauen gute Mütter und gute Hausfrauen sind?

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Man sieht, welche Möglichkeiten es gibt, präzise zu sein!

Bitte, Frau Brigitte Baumeister, eine Frage!

Frau Brigitte Baumeister: Ich spreche hier als mitarbeitende Ehefrau eines mittelständischen Unternehmers mit ca. 50 Mitarbeitern und frage Sie, ob Sie sich eigentlich Gedanken über die Problematik gemacht haben, welche Probleme die Arbeitsplatzgarantie gerade dort mit sich bringt, und ob diese Garantie den Frauen, die draußen stehen und keine Arbeit haben, nicht geradezu zum Hindernis wird.

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Danke schön.

Frau Magda Weber, eine Frage!

Frau Magda Weber: Ich habe zwei Fragen. Die eine: Halten Sie es für sehr gerecht, daß ich heute morgen im Forum aus Zeitmangel nicht dazu kam, meinen Diskussionsbeitrag zu leisten, und jetzt wieder nicht?

Die andere Frage: Ist bei der Arbeitsplatzsicherung darüber nachgedacht worden, daß wir - Herr Geißler hat heute morgen darauf hingewiesen - ein Heer von Frauen haben, die zur Lebenssicherung auf einen Verdienst angewiesen sind und die sich nach dem Jahr Erziehungsurlaub nicht auf dem Arbeitsamt wiederfinden wollen?

(Zustimmung)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Wir bitten um Verständnis, aber es ist hier genau nach dem Eingang der Wortmeldungen vorgegangen worden, abgesehen davon, daß wir einige von den Delegierten zurückgestellt haben.

Jetzt Frau Helga Vetter, bitte.

Frau Helga Vetter: Frau Wex, ich hatte mich ganz am Anfang gemeldet, aber ich habe natürlich volles Verständnis dafür, daß die Zettel durcheinandergeraten.

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Nein, nein!

Frau Helga Vetter: Aber ganz kurz eine Frage an Herrn Geißler, weil Sie mich zwingen, eine Aussage als Frage zu formulieren. Ich frage Sie, ob diese ganze Tagung und Ihre Leitsätze vielleicht ein Hintertürchen sein könnten, um den Mann zum Maß aller Dinge zu machen, indem nämlich die Frau die Rechte verwirklicht haben möchte, die der Mann hat. Es wäre mir ein Graus, zu sehen, daß das verwirklicht wird. Ich bin gern eine Frau, auch eine Hausfrau, Herr Blüm, kein Dorfrottel, und ich hoffe, daß meine Tochter, die vielleicht einmal einen Beruf ergreift, den Hausfrauenberuf nicht als den Beruf eines Dorfrottels ansieht.

Danke.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Als nächste Frau Susann Ostendorf.

Frau Susanne Ostendorf: Meine Frage richtet sich an die Delegierten; auch ich muß jetzt das, was ich heute morgen gesagt habe, zu einer Frage umfunktionieren. Ich möchte also an die Delegierten die Frage richten: Haben Sie erkannt, wieviel Kompetenz, wieviel Sachverstand, wieviel Engagement bei Frauen vorhanden ist, das sich die CDU zunutze machen könnte, wenn sie diese Damen nicht außerhalb der Partei stehenließe, sondern mehr integrierte?

Ich schließe die weitere Frage an: Wenn Sie diese Arbeit, wie ich es heute morgen gefordert habe, in den nächsten Jahren leisten - auch das Präsidium ist angesprochen -, und zwar auf allen Ebenen, könnten Sie sich vorstellen, daß dann hier eine gemischte Gruppe von Delegierten sitzt, nämlich Damen und Herren, und daß vielleicht da eine gemischte Gruppe sitzt, die mit Ihnen diskutiert? Dann wären wir, was Partnerschaft anbelangt, eine ganze Menge weiter. Darum möchte ich Sie bitten, die Leitansätze von der Intention her mitzutragen, damit Sie beim nächsten Mal ein besseres Ergebnis haben.

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Frau Erika Schmelzle, bitte.

Frau Erika Schmelzle: Die CDU hat erfreulicherweise zum ersten Mal über ein Wortprogramm hinaus finanzielle Ansätze in Anschlag gebracht, um erste Schritte zur Verwirklichung ihres Programms zu tun. Meine Frage: Wie sieht es in politischen Bereichen aus, die im Augenblick kein Geld kosten und die der Allgemeinheit zur Last fallen? Das heißt, welche Möglichkeiten sehen Sie, bei Delegiertenwahlen und der Aufstellung von Kandidatinnen für Landtagswahlen, Bundestagswahlen und sonstige Wahlen das weibliche Element mehr zu berücksichtigen?

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Frau Inken Lüdersen, bitte.

Frau Inken Lüdersen: Ich ziehe angesichts der Regelung, die Sie getroffen haben, meine Wortmeldung zurück.

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Danke schön. - Nun Frau Edith Furchner, dann Frau Ingrid Kern, danach noch Frau Christa Volkmann-Schläger. Dann sind wir durch. Ich danke Ihnen vielmals für Ihr Verständnis.

Frau Edith Furchner: Frau Wex, ich möchte zugunsten der Delegierten und zugunsten aller Gäste verzichten, damit die hier wenigstens mal wieder rauskommen und Pause machen können.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Frau Volkmann-Schläger, bitte.

Frau Christa Volkmann-Schläger: Ich freue mich darüber, daß das Babyjahr und die Erziehungszeiten rentenwirksam werden sollen. Aber ich bitte Sie ganz dringend: Es muß gesichert sein, daß das alle Steuerzahler zahlen, nicht nur die Versicherten.

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Nun noch Frau Ingrid Kern.

Frau Ingrid Kern: Es ist recht schwierig, meinen Beitrag als Frage zu stellen. Ich möchte etwas zu den Erziehungsjahren sagen. Wer die geschichtliche Entwicklung der Sozialversicherung kennt, muß eingestehen, daß die Anrechnung von Erziehungsjahren, wenn sie gelingt, einen Markstein in unserer Sozialgeschichte darstellen wird. Dieses Vorhaben hat aber einen großen Fehler und mehrere Ungereimtheiten. Ob wir das nur mit Kostengründen erklären können, wage ich zu bezweifeln. Diese Begründung wird auf die Dauer nicht ausreichen. Nach dem 1. Januar 1986 haben wir drei Gruppen von Müttern: erstens die, die erst nach dem neuen Recht Mutter werden, zweitens die, die nach dem alten Recht Mutter geworden sind, drittens die Mütter, die vor dem 1. Januar 1986 bereits 65 Jahre alt sind. Viele Mütter, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes 65 Jahre alt und verheiratet sind und mit ihrem Ehemann von einer oder zwei kleinen Renten leben, werden eines Tages Witwen.

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Danke schön. - Für das Schlußwort gebe ich dem Herrn Generalsekretär das Wort.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann auf die vielen Sachfragen, die noch gestellt worden sind, am Ende dieses Forums nicht eingehen. Aber Sie dürfen davon ausgehen, daß wir bei der Vorbereitung des Parteitages uns intensiv mit all diesen Fragen beschäftigt haben. Wir haben den Fragen auch entnommen, welche Bedeutung Sie mit diesen Fragen verbinden.

Ich möchte am Ende dieses Nachmittags dreierlei sagen.

Vom Grundsätzlichen und vom Praktischen her ist das Notwendige gesagt worden.

Gestern und vorgestern und im Vorlauf des Parteitages habe ich, als wir den

Frauentag als zweiten Tag des Bundesparteitags vorgeschlagen haben, immer wieder gehört: Du wirst sehen, an dem zweiten Tag werden in den Foren und vor allem im Plenarforum die Frauen, im wesentlichen die Gäste, unter sich sein. Die männlichen Delegierten der Christlich Demokratischen Union werden sonst etwas tun, die werden ein Bier trinken und die wird man auf jeden Fall im Saal nicht sehen.

Ich habe dem widersprochen. Und ich glaube, ich habe recht gehabt.

(Beifall)

Ich möchte zunächst den Delegierten, die heute nicht oder kaum zu Wort gekommen sind, recht herzlich danken, daß sie das getan haben, was wir mit dem heutigen Tag bis 18 Uhr verbinden wollten, nämlich zuzuhören, was die Frauen, was unsere Gäste zu diesem bewegenden Thema zu sagen haben.

Ich bedanke mich bei den Frauen, die als Gäste zu uns gekommen sind. Es gab heute nachmittag ungefähr 70 Wortmeldungen und Beiträge. Heute vormittag in den Foren waren es wohl mindestens genauso viele.

Sie dürfen davon ausgehen, daß wir zugehört haben und daß wir das, was Sie gesagt haben, ernst nehmen, auch wenn wir nicht alles übernehmen können. Vor allem bitte ich um Verständnis dafür, daß wir nicht alles von heute auf morgen realisieren können.

Ich möchte wiederholen, was ich heute vormittag gesagt habe: Diese Parteitage der Christlich Demokratischen Union haben dennoch eine große politische Bedeutung, denn wir legen großen Wert darauf - das hat die bisherige Praxis bewiesen -, daß das, was hier diskutiert und entschieden wird, in die praktische politische Arbeit, in Regierung und Parlament Eingang findet.

Wir haben gesagt: Wir wollen die Gleichberechtigung der Frauen im Alltag bis zum Jahr 2000 realisieren. Das haben die einen als großspurig bezeichnet. Die anderen haben gesagt, es dauert viel zu lange. Ich glaube, weder das eine noch das andere ist richtig. Es ist eine realistische Perspektive.

Was wir jetzt angepackt haben: vom Erziehungsgeld über die Anerkennung der Erziehungsjahre, die Anwendung des Arbeitsförderungsgesetzes für die Wiedereingliederung von Frauen, mehr Teilzeitarbeitsplätze, Arbeitsplatzteilung, Flexibilisierung unseres Arbeitslebens, bis zu den Verbesserungen bei Gewalt gegen Frauen, das, was wir heute morgen und heute nachmittag angesprochen haben, Frauenförderungspläne, Urwahl bei der Aufstellung von Direktkandidaten, Landeslisten, bei denen die Bürger selber die Listenplätze bestimmen können, dieses und vieles andere mehr können wir nicht von heute auf morgen realisieren.

Aber Sie können davon ausgehen, daß sich nicht nur dieser Parteitag, das höchste Organ der Christlich Demokratischen Union, sondern auch die Landesvorstände, die Landesparteitage, die Kreisparteitage und die Ortsverbände dieser Themen annehmen werden.

Und wir werden, wenn der Parteitag dem Vorschlag des Bundesvorstandes folgt, auch für die eigene Partei das einführen, was wir für den öffentlichen Dienst und für die Wirtschaft verlangen, nämlich Frauenförderungspläne mit Berichtspflicht für die, die die Verantwortung für Einstellung und Beförderung von Frauen haben. Ich bin der

Auffassung: Wir sollten hier Erfolgskontrollen einbauen. Die Partei muß sich selber in Pflicht nehmen.

Deswegen trete ich hier dafür ein, daß das, was wir vorgeschlagen haben, nämlich daß der Generalsekretär auf den Parteitag zu berichten hat, was aus den Beschlüssen geworden ist, vom Parteitag sanktioniert wird. Ich glaube, das wäre ein wichtiger Hinweis darauf, daß wir das, was Sie uns vorgeschlagen haben, realisieren wollen.

Herzlichen Dank für alles, was hier an Anregungen, an Kritik, an Vorschlägen gekommen ist. - Ich möchte zum Abschluß einen Dank aussprechen - unsere Gäste werden dies verstehen - an die Frauen in der Christlich Demokratischen Union, an die Frauenvereinigung und an ihre Vorsitzende Frau Wex.

(Beifall)

Ich habe bei der Vorbereitung auch dieses Parteitages noch einmal in alten Parteitagsprotokollen nachgelesen. Beim Parteitag des Jahres 1976 hat Frau Wex eine Rede zur Frauenpolitik gehalten. Wenn Sie die einmal nachlesen, können Sie feststellen, daß im Hinblick auf die Leitsätze, die wir heute verabschieden werden, von dieser Rede nichts zurückgenommen oder geändert werden muß. Unsere Frauen sind für diesen Parteitag und für unsere frauenpolitischen Entscheidungen wirklich die Pionierinnen gewesen, die erreicht haben, daß sich in dieser Partei der Gedanke durchgesetzt hat, daß wir als die große Volkspartei der Bundesrepublik Deutschland unseren unverzichtbaren Beitrag leisten, die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Lebenswirklichkeit durchzusetzen. - Vielen Dank, Frau Wex. Vielen Dank der ganzen Frauenvereinigung der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Am Schluß dieses Forums noch einmal ein herzlicher Dank für Ihre Diskussionsbeiträge, dafür, daß Sie zugehört haben. Ich hoffe, daß wir viele unserer Gäste bei gemeinsamen Veranstaltungen draußen in unseren Städten und unseren Gemeinden wiedersehen werden und daß es dann bei diesen Gesprächen auch zu einem guten Dialog kommt, der uns auf der örtlichen und regionalen Ebene zur Erreichung dieses Zieles weiterhilft. Ich darf Sie jetzt schon zu diesem Dialog herzlich einladen.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Generalsekretär.

Um 19.00 Uhr werden wir in der Tagesordnung mit der Beratung und Verabschiedung der Leitsätze fortfahren.

Wir bitten die Gäste, die Delegiertenplätze eingenommen haben, sich während der Beratung wieder an die gelbgedeckten Tische zu setzen. Ich hatte vorhin schon gesagt: Sie sind herzlich zu der Beratung heute eingeladen. Sie haben zwar kein Rederecht, aber wir würden uns freuen, wenn Sie dabei sein könnten.

Bevor ich dieses Forum schließe, danke für Ihre Teilnahme, für die Disziplin und für das Engagement, gemeinsam diese Fragen, die uns alle betreffen, durchzudiskutieren.

Ich berufe die nächste Plenarsitzung für heute abend, 19.00 Uhr ein.

Das Forum ist geschlossen.

(Schluß: 18.13 Uhr)

NAMENVERZEICHNIS

Al Naqib 333, 494
Asche 408

Bange 328, 344
Bangemann 122
Bast 452

Baumeister 508
Becker-Döring 504
Beerbaum 175
Benedix-Engler 434
Biedenkopf 86, 266
Blätzel 386, 498
Bley 208, 399
Blüm 112, 172, 200, 487
Böhr 83, 190, 202 ff.
Bottlenberg 486
Brand 106, 181
Braun-Moser 220, 447
Breuel 205, 241, 368, 374, 380, 388, 407
Breuer 264
Buchholz 426
Büttner 413 ff.
Bukman 44
Busse 384

Cantauw 388

Damm 354, 467
Debertin-Hink 438
Dehnen 359
Diepgen 90
Diversy 239
Dömer 166
Dörler 447
Doppmeier 231
Doss 194
Dregger 62

Echternach 111 ff.
Eichmann 334, 505
Eigler 330, 474
Ellenberger 198, 340
Engelhardt 428
Erlenwein 237

Ferreir 456
Fink 246
Fischer, B. 345, 504
Fischer, L. 218, 221
Fischer-Gottlob 329, 360

Fleischer 343
Frank 429, 445
Franz 348
Friedrich 244 ff.
Funke 479
Furchner 374, 510

Gauls 341
Geiger 475
Geil 217
Geißler 51, 100, 129, 171, 176,
184, 225, 473, 510
Geschka 153 ff.
Giersberg 427
Giersch 455
Gilbert 451
Glassen 356
Gloistein 436
Grammatzky 410
Greiff 449
Grunerl 359
Gut 421, 503

Haarmeyer 392
Haase 404
Hans 338
Hasselmann 68, 453
Hauser 203
Hebestreit 442
Heek 446
Heinzel 82
Hellwig 174, 203 ff., 414, 457
Henselder-Barzel 400
Herr-Beck 174 ff., 219
Heska 403
Hieke 161, 204 f., 397
Hiß 429
Höhler 481
Hohl 429
Horten 79
Hunecke 426
Hussing 438

Jackisch 471
Jäger 81, 234
Janning 225
Jasca 347
Joppe 391
Jungen 244

Kahnert 443
Karwatzki 169 ff., 501
Kern 399, 510
Kessler 103
Kiep 73
Kirsch 433
Knobler 357, 479
Koch, M. 382
Koch, O. 197, 381
Königshofen 18 ff.
Köppinger 245
Körtner 346, 470
Kohl 7, 22, 47, 97, 99, 126, 232, 272
Koslowski 424
Kraus 478
Kuhn 450
Kunath 373
Kupper 455
Kuschlus 466
Kutsch 438

Laarz 406, 492
Lammert 101
Landré 192
Landwehrmann 383
Laurien 153, 207, 213, 374, 379, 396,
402, 404, 469
Lehr 338
Lenz 159, 196, 240
Lerch 452
Lettau 443
Letz 353
Ley 339
Lindemann-Meyer 357
Lissner 499
Lorenz 101 ff.
Lüdersen 330, 510
Lütke 349
Luster 68

Männle 376, 464
Merz 331
Meyer, G. 94
Meyer, L. 167
Müller, Alfons 93
Müller, Annelies 448
Müller, I. 482

Nagel 162
Negwer 502
Neumann 98 ff.
Nyssen 357

Olderog 250 ff.
Oppermann 395, 490
Ostendorf 431, 509
Ott, H. 394, 463
Ott, H.-H. 232
Otzen 343

Palm-Scheidgen 403
Pankoke-Schenk 440
Pawelsz 375, 486
Pechel 484
Pelzer 373, 502
Peters 348
Plettenberg 336, 493
Prouschil 485

Rahardt 182, 195
Rau 350
Rauen 105
Redemann 378
Reinartz 183, 389
Renesse 331, 484
Reuschenbach 17
Riehm-Guenther 394, 507
Rödding 164, 230 ff.
Rönsch 158 ff.
Roitzsch 179, 333
Rudolph-Heger 435

Sanchidrian 476
Sander 444
Sandhof 420, 483
Schaack-Vogel 436
Schäfer 214
Scharrenbroich 241, 248
Schavar 454
Scheffold 193
Schill 236
Schleicher 495
Schlempp 439
Schmelzle 335, 509
Schmidt, C. 441, 464
Schmidt, H. 448
Schmitz 361
Schneimann 372
Scholz 442
Schreiber 89
Schütze 436
Schulte-Kellinghaus 353
Schulz 360, 468
Schwerin 423, 507
Schwuchow 405
Sollwedel 477

Sonnen 362
 Stäglich 385, 497
 Staiblin 374, 496
 Stein 358
 Steinberg 409
 Steuer 224
 Stoltenberg 243, 256
 Stracke 491

 Teufel 227, 234, 249
 Thewalt 363
 Thoben 215, 222, 234

 Ubrig 352
 Ullrich 363
 Utecht 431

 Verhülsdonk 206 ff., 322, 364
 Vetter 422, 444, 509
 Vogel 62
 Vogelsang 449
 Vogt 197, 265
 Volkmann-Schläger 390, 508, 510
 Vollbrecht 440
 Vollmer 342
 Vorreiter 454

 Waffenschmidt 73 ff., 143 ff.
 Waldburg-Zeil 157, 199
 Wanke 401
 Wartenberg 360
 Waschbüsch 80 ff., 92 ff., 321 ff.
 Weber 508
 Weiss 189
 Westphalen 171
 Wex 44 ff., 90, 126 ff., 201, 226,
 459, 462 ff.
 Wiese 211, 220
 Wilms 168, 367 ff.
 Wolter 445
 Worms 13, 19, 43, 95 ff., 122 ff.,
 199, 228 f., 250, 271 ff.
 Wülfing 350
 Wülker 351

 Yzer 441

 Zeitel 188
 Ziegert 355
 Zimmermann 143
 Zöller 472
 Zurmahr 452